

Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009, Kap. X: Revolutionen (S. 736-817), Kap. XI: Staat (S. 818-906), Kap. XV: Hierarchien (S. 1056-1104), Kap. XVI: Wissen (S. 1105-72)

## X | Revolutionen:

*Von Philadelphia über Nanjing  
nach St. Petersburg*

### I | Revolutionen – von unten, von oben und woher sonst?

#### *Philosophische und strukturelle Begriffe von «Revolution»*

Mehr als in jeder anderen Epoche war Politik im 19. Jahrhundert revolutionäre Politik: Politik, in der nicht «alte Rechte» verteidigt wurden, die vielmehr in die Zukunft vorausgriff und partikulare Interessen, etwa die einer besonderen «Klasse» oder Klassenkoalition, zu Interessen einer ganzen Nation oder gar der Menschheit erhob. «Revolution» wurde in Europa zu einer zentralen Idee des politischen Denkens, zum Maßstab, der erstmals «Linke» und «Rechte» voneinander schied. Das ganze lange 19. Jahrhundert war eine Zeit der Revolutionen. Am offensichtlichsten wird dies durch den Blick auf die politische Landkarte. Zwischen 1783, als in Nordamerika die größte Republik der Welt entstand, und der nahezu weltweiten Krise am Ende des Ersten Weltkriegs verschwanden einige der ältesten und machtvollsten Staatsorganisationen von der historischen Bildfläche: der britische und der spanische Kolonialstaat in Amerika (jedenfalls südlich von Kanada), das Ancien Régime der Bourbonendynastie in Frankreich, die Monarchien in China, im Iran, im Osmanischen Reich, im Zarenreich, in Österreich-Ungarn und in Deutschland. Umbrüche von revolutionärer Konsequenz geschahen nach 1865 in den Südstaaten der USA und nach 1868 in Japan sowie überall dort, wo Kolonialherrschaft einheimische Herrschaftsgruppen entmachtete und sich als *direct rule* etablierte. In jedem dieser Fälle wurde nicht bloß das staatliche Personal innerhalb eines fortbestehenden institutionellen Gehäuses ausgewechselt. Neue Ordnungen mit neuen Legitimationsgrundlagen entstanden.

Rückwege in die Welt vor den Neustiftungen waren verbaut. Nirgends gelang die Wiederherstellung vorrevolutionärer Zustände.

Die Geburt der USA 1783 war das erste Gründungsdatum eines Staates neuen Typs. Die revolutionäre Unruhe, die zu diesem Ergebnis führte, hatte bereits um die Mitte der 1760er Jahre begonnen, damit im Grunde auch das Zeitalter der Revolution. Ein Zeitalter der Revolution oder der Revolutionen? Für beides sprechen gute Gründe. Eine geschichtsphilosophische Auffassung von «Revolution» bevorzugt den Singular, eine strukturelle den Plural. Die Urheber und miterlebenden Zeitgenossen der Revolutionen in Nordamerika und Frankreich sahen vor allem die Singularität des Neuen. Für sie war das, was 1776 in Philadelphia und 1789 in Paris geschah, ohne Beispiel in der gesamten Geschichte der Menschheit. Durch die Proklamation der Unabhängigkeit der dreizehn Kolonien von der britischen Krone und durch die spontane Bildung einer verfassunggebenden Nationalversammlung in Frankreich schien die Geschichte in einen neuen Aggregatzustand versetzt worden zu sein. Hatten frühere gewaltsame Umwälzungen doch immer wieder nur zu den bloß äußerlich modifizierten früheren Zuständen zurückgeführt, so sprengten die amerikanischen und die französischen Revolutionäre den Horizont der Zeit, öffneten eine Bahn linearen Fortschritts, fundierten gesellschaftliches Zusammenleben erstmals auf dem Prinzip formaler Gleichheit und unterstellten politische Machthaber einer regelgeleiteten, von Traditionen wie von Charisma gelösten Rechenschaftspflicht gegenüber einer Gemeinschaft von Staatsbürgern. Mit diesen beiden Revolutionen, so unterschiedlich sie gemeint gewesen waren, begann die politische Moderne. Nichts an ihnen blickte zurück, war «frühnezeitlich». Sie setzten Maßstäbe, an denen alles neu gemessen wurde. Erst seit den beiden Revolutionen des Aufklärungszeitalters trugen die Verteidiger des Bestehenden den Stempel des Überholten, Gegenrevolutionären, Reaktionären oder mussten ihre Haltung als bewusst «konservativ» neu begründen.

Die Revolutionen – die Französische mehr als die Nordamerikanische – polarisierten entlang neuer Bruchlinien: nicht länger zwischen Elitefaktionen oder Religionsgruppen, sondern zwischen Weltanschauungslagern. Zugleich und in einem Widerspruch, der niemals gelöst wurde, erhoben sie den Anspruch auf menschheitliche Versöhnung. «Für die Modernität der Revolution», so hat Hannah Arendt geschrieben, «ist vermutlich nichts so charakteristisch, als dass sie von vornherein beanspruchte, die Sache der Menschheit zu vertreten [...].»<sup>1</sup> Und sie zitiert jemanden, der

beide Revolutionen durchlebt und beeinflusst hatte. Schon 1776 hatte der Engländer Thomas Paine diesen neuen Ton angeschlagen und ein Lieblingsthema der europäischen Aufklärung, das Fortschreiten des «Menschengeschlechts», mit dem lokalen Protest einiger britischer Untertanen verkoppelt. Amerikas Bestrebungen seien die der gesamten Menschheit: «The cause of America is in great measure the cause of all mankind.»<sup>2</sup> Nimmt man die Programme der Nordamerikanischen und der Französischen Revolution beim Wort, dann gehören seither zu jeder Revolution, die sich so nennen darf, das «Pathos des Neubeginns» (Arendt)<sup>3</sup> und der Anspruch, mehr zu vertreten als nur die selbstsüchtigen Interessen der Protestierenden. Eine Revolution ist in diesem Verständnis ein lokales Ereignis mit universalem Geltungsanspruch. Und jede spätere Revolution zehrt von den Ideenpotenzialen, die mit der revolutionären Urzeugung von 1776 und 1789 in die Welt kamen, jede ist in gewissem Sinne imitativ.

Ein solcher philosophischer Begriff von «Revolution» ist freilich sehr eng, und er wird noch enger, wenn man verlangt, dass Revolutionen notwendig unter der Parole der «Freiheit» zu geschehen hätten und stets dem «Fortschritt» dienen sollten. Auch verallgemeinert er einen Universalitätsanspruch, der eine Erfindung des Okzidents war und sich nirgendwo sonst ähnlich findet. Eine größere Zahl von Fällen in einem weiteren Raum bekommt man in den Blick, wenn man nicht nach Zielen und ihrer philosophischen Begründung fragt, auch nicht nach der geschichtsphilosophischen Sonderrolle der Großen Revolutionen, sondern nach dem beobachtbaren Geschehen und seinen strukturellen Ergebnissen.<sup>4</sup> Eine Revolution ist dann ein Fall von kollektivem Protest mit besonderer Tragweite: ein tiefgreifender politischer Systemwechsel unter Beteiligung von Menschen, die nicht dem Kreis der bisherigen Inhaber der Macht angehörten. In der umsichtigen Sprache eines Sozialwissenschaftlers, der darauf achtet, seine begrifflichen Werkzeuge scharf zu halten, lässt sich definieren, eine Revolution sei «der erfolgreiche Umsturz der bisher herrschenden Eliten durch neue Eliten [...], die nach ihrer (meist mit größerem Gewaltgebrauch und der Mobilisierung von Massen verbundenen) Machtübernahme die Sozialstruktur (und damit auch Herrschaftsstruktur) fundamental verändern».<sup>5</sup>

Hier ist nichts über einen geschichtsphilosophischen Augenblick gesagt, das Pathos der Modernität verflüchtigt sich. Revolutionen in dieser Bedeutung kann es nahezu überall und in jeder Epoche geben. In der gesamten dokumentierten Geschichte ist es tatsächlich immer wieder zu radikalen Einschnitten gekommen, auch solchen, bei denen viele Men-

schen glaubten, alles Gewohnte sei auf den Kopf gestellt oder gar zerstört worden. Gäbe es eine Statistik über solche Umbrüche, würde sie wahrscheinlich zeigen, dass besonders tiefe Zäsuren öfter noch als auf Revolutionen auf militärische Eroberungen zurückzuführen sind. Die Eroberer besiegen nicht allein eine Armee. Sie besetzen das unterlegene Land, vernichten oder entmachten zumindest einen Teil seiner bisherigen Elite und pflanzen sich an deren Stelle, führen fremde Gesetze, manchmal auch eine fremde Religion ein. Das geschah auch im 19. Jahrhundert noch überall auf der Welt. Koloniale Eroberung war daher, von ihren Auswirkungen her betrachtet, in einem ganz konkreten, gar nicht übertragbaren Sinne oft «revolutionär». Sie musste schon sehr sanft und allmählich vor sich gehen, wenn sie von den Eroberten nicht als traumatischer Einbruch erlebt werden sollte. Selbst dort, wo die alte Elite physisch erhalten blieb, wurde sie dadurch degradiert, dass sich eine neue Herrenkaste über sie legte. Die Machtübernahme durch landfremde Kolonialherren als Folge militärischer Invasion, seltener als Ergebnis von Verhandlungen, hatte also in vielen Fällen für Afrikaner, Asiaten oder Südseeinsulaner durchaus den Charakter einer Revolution. Man könnte diesen Gedanken noch einen Schritt weiter ausspiinnen: Auf längere Sicht war der Kolonialismus vor allem dadurch revolutionär, dass er *nach* der Eroberung Spielräume für den Aufstieg *neuer* Gruppen in der indigenen Gesellschaft schuf und dadurch eine zweite Welle von Revolutionen vorbereitete. Die eigentliche soziale und politische Revolution fand in manchen Ländern erst während oder nach der De-Kolonisation statt. Revolutionäre Diskontinuität steht am Anfang und am Ende der Kolonialzeit.

Dass auch Eroberungen durch äußere Kriegsmächte «Revolutionen» sein konnten, war Europäern im 18. und noch im 19. Jahrhundert gegenwärtiger als uns heute. So wurde die Eroberung Chinas durch die Mandchu, die mit dem Sturz der Ming-Dynastie 1644 begann und sich dann noch mehrere Jahrzehnte hinzog, in einer reichhaltigen europäischen Publizistik bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein als ein besonders drastisches Beispiel für eine «Revolution» dargestellt und bezeichnet. Die ältere politische Sprache Europas verband den Begriff der Revolution eng mit dem Aufstieg und Fall der Reiche. Dabei spielten in einer Weise, die Edward Gibbon zwischen 1776 und 1788 – also im beginnenden Zeitalter der Revolutionen! – in seinem Werk über Niedergang und Fall des Römischen Reiches mit dem Blick auf die mittelmeerische Spätantike und das eurasische Mittelalter großartig zusammenfasste, mehrere Faktoren zusammen: innerer Aufruhr und Elitenwechsel, militärische Bedrohung von außen,

Sezessionen an der Peripherie des Imperiums und Ausbreitung subversiver Ideen und Werte. Nichts anderes waren die Ingredienzen revolutionärer Politik während der «Sattelzeit». Das alteuropäische Politikverständnis hielt also eine komplexe Auffassung von Umwälzungen im Makroformat bereit, von der ein Weg zum Verständnis des neuartigen Geschehens im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts hinführte. Es wäre auch zu einfach, ein neues «lineares» einem älteren «zyklischen» Geschichtsverständnis entgegenzusetzen: Was war die Schlacht von Waterloo 1815 anderes als der Abschluss eines Zyklus französischer Hegemonie? Wer «vormoderne» Muster in Reform suchte, konnte sie auch weiterhin finden. So spielte sich in exakter zeitlicher Parallele zu den revolutionären Ereignissen in Frankreich im heutigen Nigeria ein Drama ab, das direkt aus Gibbon hätte kopiert sein können: der Zerfall des Reiches von Oyo aufgrund von Elitenkämpfen im Zentrum und Erhebungen in den Provinzen.<sup>6</sup>

Das *kalendarische* 19. Jahrhundert zwischen 1800 und 1900 hat in den üblichen revolutionsgeschichtlichen Narrativen keine erstrangige Bedeutung. In ihm entfalteten sich die *Folgen* der Revolutionen in Nordamerika und Frankreich, aber es selbst brachte, so scheint es, keine «große» Revolution hervor. Um 1800 waren die revolutionären Würfel gefallen. Alles spätere, so sah es aus, war Imitation, matte Wiederholung des entrückten heroischen Beginns: die Farce nach der Tragödie, nach der Großen Revolution von 1789 die Routine der kleinen Unruhe. Erst 1917 raffte sich in dieser Sicht die Geschichte in Russland wieder zu etwas Unerhörtem auf. Das 19. Jahrhundert war in Europa weniger ein Zeitalter der Revolutionen als ein rebellisches Jahrhundert, eine Epoche verbreiteten, aber selten auf der Bühne nationaler Politik gebündelten Protests. Vor allem die Zeit zwischen 1848 und 1905, dem Jahr der ersten russischen Revolution, verlief in Europa – mit Ausnahme der kurzlebigen und gescheiterten Pariser Commune von 1871 – fast ganz revolutionsfrei. Auch die Statistik bestätigt diesen Eindruck. Charles Tilly zählt in Europa zwischen 1842 und 1891 insgesamt 49 «revolutionäre Situationen», im Vergleich zu 98 in der Periode von 1792 bis 1841.<sup>7</sup> In den meisten dieser Situationen wurde das Potenzial nicht nachhaltig in wirksame Aktion umgesetzt.

**Varianten und Grenzfälle** Schaut man dennoch im Sinne eines strukturellen Revolutionsbegriffs über

die Gründungsrevolutionen in Nordamerika und Frankreich hinaus, lässt sich vom Mythos ihrer Unvergleichlichkeit nicht zu sehr blenden und

zieht den Kreis der Fälle so weit, dass Systemumbürtze und kollektive Gewaltaktionen verschiedener Art in den Blick kommen, dann stellen sich vorweg zwei Fragen:

| **Erstens.** Sollen nur erfolgreiche Revolutionen als solche bezeichnet werden? Oder darf man den Titel auch einigermaßen spektakulären Griffen nach der Macht zubilligen, die ihre Ziele nicht erreichten? So definiert etwa einer der besten soziologischen Überblicke über Revolutionstheorien: «Revolutionen sind Versuche untergeordneter Gruppen, die gesellschaftlichen Grundlagen politischer Macht zu verändern.»<sup>8</sup> Hier zählt also schon der radikal gemeinte und groß dimensionierte Versuch. Sind «Erfolg» und «Scheitern» überhaupt in jedem Fall klar erkennbare Alternativen? Gibt es nicht Siege aus Niederlagen ebenso, wie die in verselbständigte Gewalt ausartende siegreiche Revolution ihre eigenen Fundamente zerstören kann? Die Frage nach Gelingen und Misserfolg wird oft zu akademisch gestellt. Die Menschen im 19. Jahrhundert sahen die Dinge dynamischer, sie begriffen die Revolution eher adjektivisch, achteten auf revolutionäre Tendenzen, die sie vorantrieben, begrüßten oder fürchteten. Der Historiker kann hier folgen und das Kriterium der *tatsächlichen* Mobilisierung ins Spiel bringen. Wenn Bewegungen, die immer auch Volksbewegungen sein müssen, mit systemüberwindenden Zielsetzungen auf der Bühne nationaler Politik bis zu jenem Punkt gelangten, an dem sie zumindest eine Weile eine Gegenmacht aufbauten, dann sollte man von einer Revolution sprechen. Um die beiden wichtigsten Beispiele aus dem 19. Jahrhundert zu nennen: Da es die Nationalversammlung in der Paulskirche tatsächlich gab und in Baden, Sachsen, Budapest, Rom, Venedig und Florenz sogar für kurze Zeit Rebellenregierungen mit eigenem Militär die Macht innehatten, war das, was 1848/49 in Europa geschah, eine Revolution. Und ebenso fand in China zwischen 1850 und 1864 die Taiping-Revolution statt und nicht bloß, wie die übliche westliche Bezeichnung lautet, die «Taiping-Rebellion», denn die Aufständischen hielten immerhin einige Jahre lang einen komplexen Gegenstaat aufrecht, der in vieler Hinsicht eine umgepolte Variante der bestehenden Ordnung war.

| **Zweitens.** Soll die ernsthafte Erschütterung oder gelungene Beseitigung bestehender Herrschaftsverhältnisse in jedem Fall «von unten» ausgehen, also von denjenigen Mitgliedern einer Gesellschaft, die von der regulären Wahrnehmung ihrer Interessen ausgeschlossen sind und die zu kollektiver Gewalt greifen, weil ihnen angesichts der organisierten Macht von Staat und Eliten nichts anderes übrig bleibt? Oder soll

man die Möglichkeit einer «Revolution *von oben*» zulassen, also der Auslösung einer über bloß kosmetische Reform hinausgehenden Systemumwandlung durch Teile der bestehenden Elite selbst? Diese Figur der «Revolution von oben» ist mehrdeutig, will man sie nicht sorglos eher als eine *façon de parler* behandeln.<sup>9</sup> Die Revolution selbst kann mit ihrer unvermeidlichen «Veralltäglichung» ihren Massenimpuls verlieren und in ein bürokratisches Regime übergehen, das manche Ziele der Revolution mittels der Instrumente der Staatsmacht durchsetzt, oft ohne, gegen oder gar auf Kosten der Revolutionäre der ersten Stunde. Napoleon und Stalin waren «Revolutionäre von oben» dieses Typs. Etwas anderes ist die konservative Flucht nach vorn: Revolutionsprophylaxe durch modernisierende Stärkung des Staates. Gerade anti-jakobinische Staatsmänner wie Otto von Bismarck, besonders in seiner Phase als preußischer Ministerpräsident, oder Camillo de Cavour in Italien waren solche «weißen Revolutionäre». Sie sahen, dass nur der die Initiative behalten könne, der sich nicht störrisch gegen die Zeit stellte: eine alte Einsicht der englischen herrschenden Klasse. Dennoch: solche «weißen» Revolutionen führten zu keinem richtigen Elitenauftausch, allenfalls zur Kooptation neuer Elitengruppen (etwa des Bürgertums nationalliberaler Prägung), und sie retteten Bestehendes eher durch Verallgemeinerung als durch Neuerfindung. Bismarck bewahrte Preußen *in* Deutschland, und Cavour projizierte sein Piemont auf die größere Fläche Italiens. Daher ist die Rede vom «weißen» Revolutionsersatz ungenau und von begrenzter Tragweite.

Doch gab es im 19. Jahrhundert *einen* Grenzfall, bei dem eine sub-dominante Elite das gesamte politische und gesellschaftliche System ihres Landes und damit sich selbst neu erfand, das radikalste Experiment einer Revolution «von oben», zugleich aber eines, das diesen Namen verschmähte und sich selbst als angebliche Wiederherstellung früherer Zustände legitimierte: die «Meiji-Renovation» in Japan nach 1868. Sie lag nicht im Wahrnehmungshorizont der meisten Kommentatoren europäischer Politik, und Kenntnisse über sie hatten keinen Einfluss auf das europäische Verständnis von Revolution und Reform. In Japan, einem Land, in dem sich die Eliten weniger vom Schreckgespenst einer «roten» sozialen Revolution als von den unkalkulierbaren Folgen einer Zwangsoffnung zum Westen bedroht sahen, verkleidete sich das, was in der Konsequenz ein radikaler Systemumbruch war, als «Renovation» oder auch «Restauration», als eine Erneuerung der politischen Ordnung im Gewande legitimer Kaiserherrschaft. Zweieinhalb Jahrhunderte lang hatte der Kaiserhof in Kyoto ein machtloses Schattendasein geführt, während die

tatsächliche Herrschaftsgewalt bei dem obersten Kriegsherrn des Landes, dem Shōgun in Edo (Tokyo), gelegen hatte. 1868 wurde das Shōgunat im Namen eines neuerlich aktiv werdenden Kaisertums besiegt.<sup>10</sup> Die treibenden Kräfte waren nicht die Mitglieder der alten *dominannten* Elite, also der Territorialfürsten, sondern kleine Kreise unter deren privilegierten Vasallen, den Samurai, einem niedereren, durch Reisstipendien entlohnnten Schwertadel, der im frühen 19. Jahrhundert fast nur noch Verwaltungsaufgaben erfüllte.

Diese besondere Art einer nicht gegenrevolutionär motivierten und auch in keiner Weise universale Prinzipien propagierenden Erneuerung unter dem Gesichtspunkt rapider Effizienzsteigerung war im eigenen Lande von ebenso einschneidender Wirkung wie die Nordamerikanische und die Französische Revolution in ihren jeweiligen Ursprungsländern. Der historische Kontext war aber nicht das Aufbegehren gegen Ungerechtigkeit und mangelnde Mitsprache, sondern das «Fitmachen» einer werdenden Nation für einen globalen Wettbewerb, dessen neuartige Regeln man von Anfang an anerkannte und für sich zu nutzen suchte. Dabei war die Meiji-Renovation in ihrem sozialen Gehalt unvergleichlich viel radikaler als das preußisch-deutsche *nation-building* der Bismarckzeit. Eine winzig kleine Oligarchie hatte sich nach kurzem militärischem Konflikt zwischen Shōgunat und Kaiserlichen der zentralen Staatsmacht bemächtigt und leitete eine innere Reformpolitik ein, die zwar bestehende gesellschaftliche Hierarchien nicht völlig umkrempelte, aber doch den Interessen der Samurai-Klasse, aus der die Meiji-Oligarchen fast ausnahmslos stammten, deutlich zuwiderlief. Die europäische Kategorie der Revolution wird im japanischen Fall eigentlich unscharf und damit auch die Vorstellung einer Revolution «von oben». Die Meiji-Renovation muss an anderer Stelle historisch eingeordnet werden: Sie war die radikalste und erfolgreichste Selbststärkungsaktion des 19. Jahrhunderts und gehört in den vergleichenden Zusammenhang ähnlicher staatlicher Strategien der Epoche.<sup>11</sup> Sie als ein japanisches Äquivalent einer «bürgerlichen Revolution» zu bezeichnen, wäre insofern formal richtig, als sie das feudale *Ancien Régime* im Lande beendete. Das wird man von keiner der europäischen «Revolutionen von oben» sagen können. Volksrechte wurden dabei sehr wenig beachtet, und es dauerte zwei Jahrzehnte, bis mittlere und untere Schichten gewisse Artikulationsmöglichkeiten im politischen System Japans erhielten. Zur Durchführung der Meiji-Strategie bedurfte es noch nicht einmal einer Mobilisierung von Volksmassen außerhalb einer zunehmend disziplinierten Arbeitswelt. Nicht die Motive und Methoden,

wohl aber die *Folgen* der Meiji-Renovation waren revolutionär: ein ideologisch kaschierter Bruch mit der Vergangenheit, der plötzlich neue Zukunftsräume öffnete, und zugleich das Vorrücken einer vordem peripheren Elite ins Zentrum der Macht.

Unter dem Gesichtspunkt massenhafter Krisenerfahrung sollen schließlich noch vier andere Fälle erwähnt werden, die sich nicht eindeutig dem Typus «Revolution» zuordnen lassen, Grenz- und Übergangsphänomene, die das Besondere der eigentlichen Revolutionen umso plastischer hervortreten lassen.

*Eine Revolution im Windschatten der Geschichte:* der Tay Son-Aufstand in Vietnam. Drei Brüder aus dem zentralvietnamesischen Dorf Tay Son begannen im Frühjahr 1773 eine Protestbewegung, die zur größten Erhebung in der vietnamesischen Geschichte vor dem 20. Jahrhundert werden sollte. Sie predigten die Gleichheit von Reich und Arm, verbrannten Steuerlisten, verteilten Inventar (aber nicht Land) von wohlhabenden Haushalten an die Armen, marschierten mit einer Bauernarmee von 100 000 Mann durch den Norden Vietnams (Tonking), beseitigten die seit mehr als dreihundert Jahren regierende Lê-Dynastie, schlug chinesische und siamesische Interventionen zugunsten der Lê zurück und griffen die benachbarten Königreiche Laos und Khmer an. Französische, portugiesische und chinesische Söldner und «Piraten» kämpften auf beiden Seiten. Hunderttausende Menschen starben durch Krieg und Hungersnöte. Nachdem die Tay Son-Führer die Herren ganz Vietnams geworden waren, führten sie ein tyrannisches Regiment ein, das besonders die chinesische Minderheit brutal unterdrückte. Ihre Massenunterstützung verfiel. Eine andere Warlord-Gruppe machte ihrer Herrschaft ein Ende und konnte 1802 in der Stadt Huê die Nguyen-Dynastie errichten.<sup>12</sup>

*Kleinere Bürgerkriege*, in der überblickenden Geschichtsschreibung oft übersehen, fehlten auch in Europa und seiner näheren Umgebung nicht: Teile Spaniens wurden nach dem Tod Ferdinands VII., des letzten spanischen Monarchen mit absolutistischen Anwandlungen, zwischen 1833 und 1840 von einem Bürgerkrieg, dem Ersten Karlistenkrieg, in ein Schlachtfeld verwandelt.<sup>13</sup> Hier standen sich ein parlamentarischer Liberalismus und eine klassische Form von Konterrevolution gegenüber. Die Karlisten, die ihre wichtigste Hochburg im Baskenland hatten, wollten das katholisch geeinte Spanien, die Ausmerzung aller liberalen und überhaupt «modernen» Tendenzen und die Inthronisation des absolutistischen, mental noch im 16. Jahrhundert steckenden Prätendenten «Karl V.» an Stelle seiner Nichte, Königin Isabella II. (r. 1833–70). 1837

und 1838 standen sich ganze Armeen gegenüber und führten einen Krieg gegeneinander, dessen Grausamkeit an die Zeit der napoleonischen Besatzung erinnerte. Auch nach seiner Niederlage 1840 gab der Karlismus nicht auf, setzte den Kampf als Guerillakrieg fort und bereitete Staatsstreich vor. Erst nach 1876 saß die konstitutionelle Monarchie fest im Sattel, nachdem sie durch einen neuerlichen Feldzug den karlistischen «Staat im Staate» (im Baskenland, in Navarra und Teilen Kataloniens) endgültig beseitigt hatte.<sup>14</sup> In der Dimension der Kämpfe etwas kleiner, in der Brutalität des Umgangs der Gegner miteinander vergleichbar war der Bürgerkrieg in Portugal 1832 bis 1834; eine Kette kleinerer Revolten zog sich bis 1847 hin.<sup>15</sup> Im osmanischen Libanon entstanden aus einer Gemengelage von sozialen Konflikten, religiös-konfessionellen Spannungen und den Interventionsgeltüsten fremder Mächte nach 1840 «kommu-nale» Feindseligkeiten, die 1858–60 zu einem Bürgerkrieg mit Tausenden von Massakrierten und Zige- bis Hunderttausenden von Flüchtlingen eskalierten. Das Ergebnis war hier nicht der Sturz eines Ancien Régime oder die Abwehr einer post-revolutionären Konterrevolution, sondern eine Art von international ausgehandeltem konstitutionellem Kompromiss, mit dem 1861 überhaupt die Geschichte einer eigenen libanesischen Staatlichkeit begann, allerdings unter Anerkennung französischer Schutz- und Interventionsrechte.<sup>16</sup>

*Baueraufstände* verschwanden in Europa (mit Ausnahme des Balkans), nachdem sie 1848/49 nochmals vom Osten der Habsburgermonarchie bis hinunter nach Sizilien sowie in Süd- und Mitteldeutschland aufgetreten waren, oft mit durchaus realistischen, der Zeit entsprechenden Zielen und Aktionsformen, also nicht notwendig als rückwärtsgewandte, blindwütige Gewaltausbrüche – wie Städter, mithin auch Historiker, sie gerne sahen. Außerhalb jener wenigen Länder Europas, in denen bäuerliche Interessen durch parlamentarische Repräsentation artikuliert werden konnten, griffen Bauern immer wieder zu Gewalt oder markanter Symbolik. In jeder Agrargesellschaft waren solche Protestformen im Prinzip zu erwarten. Größere Ausmaße nahmen sie etwa in Mexiko zwischen 1820 und 1855, mit einem besonderen Höhepunkt 1842–46, an.<sup>17</sup> In Japan, also unter gefestigteren politischen Verhältnissen, häuften sie sich in den ökonomisch wie ökologisch harten dreißiger Jahren und dann noch einmal unter ganz anderen Umständen, vor allem in Allianzen mit städtischer Politik, in den Achtzigern.<sup>18</sup> Der Nahe und Mittlere Osten erlebte zwischen 1858 und 1902 in seinen verschiedenen Ländern eine Serie von Bauernrevolten, die zumeist durch die Abwehr «modernisierender» Kräfte moti-

viert waren, vor allem eines systematischer als zuvor Steuernfordernden Staates und abwesender Grundbesitzer, die höhere Gewinne als zuvor aus einer strukturell unreformierten, also nicht produktiver gewordenen Landwirtschaft zu ziehen versuchten und somit den Ausbeutungsdruck erhöhten.<sup>19</sup>

*Anti-kolonialer Widerstand* kann revolutionäre Formen annehmen und revolutionäre Wirkungen zeitigen.<sup>20</sup> Die USA und die lateinamerikanischen Republiken entstanden aus einer ebensolchen Situation. Vom griechischen Aufstand gegen die Osmanenherrschaft (1821–26), dem großen Java-Krieg der Jahre 1825–30 und dem gleichzeitig beginnenden Widerstand der Kasachen gegen die russische Kolonisation über die Khoikhoi-Rebellion am Kap der Guten Hoffnung 1850–58 (die wesentlich zur Herausbildung rassischer Stereotypen von «schwarz» und «weiß» und zur Solidarisierung entlang einer *colour line* beitrug), der polnischen Erhebung von 1863, dem jamaikanischen Aufstand von 1865 und der Revolte auf Kreta 1866–69 zog sich eine lange Kette des Protests gegen Fremdherrschaft bis zur neuen großen Welle anti-kolonialer oder anti-imperialer Unruhen 1916–19 in Irland, Indien, Ägypten, China, Korea und Innereien hin. Anti-kolonialer Widerstand ist jedoch nur dann *revolutionär*, wenn er das Ziel der Errichtung einer neuen, unabhängigen *Ordnung*, etwa eines Nationalstaates, verfolgt. Dies war vor dem Ersten Weltkrieg außerhalb Europas relativ selten der Fall. Eines der wenigen Beispiele ist die Urabi-Bewegung in Ägypten 1881/82.<sup>21</sup>

Revolutionen als eine besonders wichtige Spielart von «beschleunigten Prozessen»<sup>22</sup> verteilen sich nicht gleichmäßig im Zeitkontinuum. Sie treten oft gehäuft auf, in krisenhaften Konzentrationen historischen Wandels, und werden daher gerne als Marken der Periodisierung verwendet, nicht erst seit der Französischen Revolution von 1789. Schon vor der Mitte des 18. Jahrhunderts lassen sich ungefähr gleichzeitige tiefe politische Systemkrisen oder gar Staatszusammenbrüche in mehreren Teilen der Welt beobachten, so etwa im Zeitraum zwischen etwa 1550 und 1700 – um nur die wichtigsten zu nennen – in Japan, dem Osmanischen Reich, England, China und Siam. Sie geschahen, ohne einander unmittelbar beeinflusst und angestoßen zu haben. Der (vorübergehende) Sturz der Stuart-Dynastie in England 1649 und die (endgültige) Beseitigung der Ming-Dynastie in China 1644 hatten ursächlich nichts miteinander zu tun. Man hat allerdings die Auffassung vertreten, dass solche zufällige Gleichzeitigkeit auf verborgene, den Zeitgenossen nicht erkennbare Hintergrundfaktoren zurückzuführen sei, unter denen eine ähnliche demographische Entwick-

lung besonders wichtig sein könnte.<sup>23</sup> In unserer Epoche liegen die Zusammenhänge zunächst viel offensichtlicher zutage. Zwischen etwa 1765 und 1830 ballte sich revolutionäres Geschehen an mehreren Schauplätzen so deutlich, dass man von einem kompakten Zeitalter der Revolutionen sprechen kann.<sup>24</sup> Seine imperialen Ausläufer erreichten alle Kontinente. Die Herde der interaktiven Unruhe lagen in Amerika und in Kontinentaleuropa. Deshalb trifft am ehesten das Bild von einem «revolutionären Atlantik» zu. Ein zweites Cluster des Aufruhrs und der Revolution findet sich zwischen 1847 und 1865. Hierher gehören die Revolutionen in Europa 1848–51, die Taiping-Revolution in China (1850–64), die «Mutiny» in Indien (1857) und, als ein Sonderfall, der Amerikanische Bürgerkrieg (1861–65). Diese Vorgänge wirkten viel schwächer und indirekter aufeinander ein als die Ereignisse rund um den revolutionären Atlantik. Dies war daher weniger ein zweites kompaktes Zeitalter der Revolutionen als eine Koinzidenz separater, durch eher schwache «transnationale» Beziehungen verknüpfter Mega-Krisen. Eine dritte Welle der Revolution erfasste Eurasien nach der Jahrhundertwende: Russland 1905, den Iran 1905, die Türkei 1908, China 1911. Die zweite russische Revolution, im Februar 1917 unter den besonderen Umständen des Weltkriegs geboren, gehört in mancher Hinsicht ebenfalls in diesen Zusammenhang, außerdem die 1910 beginnende Revolution in Mexiko, die sich ein volles Jahrzehnt hinziehen sollte. Hier wiederum waren die Einflüsse zwischen den einzelnen Ereignissen intensiver als in der Zeit um die Jahrhundertmitte; sie waren Ausdrucksformen eines gemeinsamen Zeithintergrundes.

## 2 | Der revolutionäre Atlantik

### Nationale Revolutionen und atlantischer Zusammenhang

Revolutionen haben immer lokale Wurzeln. Sie entspringen aus Wahrnehmungen einzelner Menschen und kleiner Gruppen, Wahrnehmungen von Ungerechtigkeiten, Alternativen und Handlungschancen. Aus solchen punktuellen Wahrnehmungen werden Akte kollektiven Ungehorsams, ganze Bewegungen, die wachsen, Gegner hervorlocken, ihre eigene Dynamik ausbilden. In seltenen Fällen tritt ein, was

die marxistische Revolutionstheorie als Norm annimmt: Ganze Klassen werden zu historischen Akteuren. Da in der Neuzeit Revolutionen oft als die Gründungsakte von Nationen und Nationalstaaten gesehen werden, ist Revolutionsgeschichte ihrem Wesen nach Nationalgeschichte. Die Nation «erfindet» sich in der gemeinsamen Anstrengung der Revolution. Dass die Revolution auf Bedingungen angewiesen war, die außerhalb ihrer selbst lagen, dass womöglich sogar Außenstehende Geburtshilfe geleistet haben könnten, passt schlecht in ein solches narzisstisches Bild. Der moderne europäische Begriff der Revolution ist enger gefasst als ein älterer, der auch Krieg und Eroberung mitdachte. Er schließt die äußere und internationale Dimension aus, vernachlässigt andere als lokale Wurzeln und betont das Entstehen und die Entladung eines Konflikts innerhalb einer bestimmten Gesellschaft, also den endogenen Charakter von Revolutionen.<sup>25</sup> In extremen Fällen war Revolutionshistoriographie so binnenzentriert, dass sie zentrale Entwicklungen gar nicht erklären konnte. Ist es möglich, wie Hippolyte Taine (1828–1893) es versuchte, der Terreur-Phase (1793/94) der Französischen Revolution gerecht zu werden, wenn man die Kriegsgefahr außer acht lässt, die den Terror wesentlich anfachte und die als Rechtfertigung der Schreckensherrschaft verwendet wurde?<sup>26</sup> Erstaunlich spät ist die Französische Revolution in ihren internationalen, also europäischen Zusammenhang gestellt worden: zuerst bei dem Preußen Heinrich von Sybel in seiner *Geschichte der Revolutionszeit* (1853–58), in Frankreich erst nach 1885 durch den Historiker Albert Sorel.<sup>27</sup> Diese Perspektive ist jedoch niemals dominant geworden; sie wurde periodisch vergessen und neu in Erinnerung gerufen. In der Geschichtsschreibung über die Amerikanische Revolution hat ebenfalls lange eine «nationalhistorische Nabelschau» überwogen, in den USA oft «Exzptionalismus» genannt.<sup>28</sup> Die rebellischen Neuengländer, so die Grundthese, hätten der korrumptierten Alten Welt den Rücken gekehrt und in genügsamer Selbstisolation ein Gemeinwesen von einzigartiger Vollkommenheit geschaffen. Da Revolutionen in den Augen ihrer Protagonisten und der ihnen folgenden nationalistischen Geschichtsschreiber meist als einzigartig betrachtet wurden, hat auch der Vergleich zwischen Revolutionen, der immer relativierend wirkt und den Mythos der Singularität entzaubert, lange keine größere Rolle gespielt, bis Geschichtsphilosophen und komparativ arbeitende Soziologen ihn ernst zunehmen begannen.<sup>29</sup>

Die Auffassung, dass es nicht reiche, die großen Revolutionen der «Sattelzeit» in Europa und Amerika isoliert voneinander zu betrachten, hat zwei Ursprünge. Auf der einen Seite schlügen seit den 1940er Jahren His-

toriker vor allem aus den USA und aus Mexiko vor, die Geschichte der Neuen Welt als eine Einheit zu behandeln. Trotz ihrer unterschiedlichen Besiedlungs- und Kolonialgeschichte sollten in dieser pan-amerikanischen Auffassung hinter den nationalen Unterschieden Gemeinsamkeiten der historischen Erfahrung gesucht werden. Auf der anderen Seite entstand in den fünfziger und sechziger Jahren die Vision einer gemeinsamen «atlantischen Zivilisation», eine Idee, die auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges bei einigen Autoren eine stark anti-kommunistische oder auch anti-eurasische Bedeutung erhielt: Das «Abendland» expandierte gewissermaßen über das Meer hinweg. Man musste einer solchen Ideologisierung aber nicht folgen, um die grundsätzliche Berechtigung einer transatlantischen Perspektive einzusehen. Der Franzose Jacques Godechot und der Amerikaner Robert R. Palmer entwickelten zur gleichen Zeit ein gemeinsames, nur in Nuancen unterschiedliches Konzept von einem atlantischen Zeitalter der Revolution, das die beiden großen Revolutionen in Nordamerika und Frankreich umschloss.<sup>30</sup> Demselben Thema näherte sich Hannah Arendt in philosophischer Absicht. Erst in den 1980er Jahren begann man, neben einem «weißen» den «schwarzen» Atlantik (wieder) zu entdecken sowie den britisch geprägten Norden und den spanisch und portugiesisch geprägten Süden zusammenzudenken.<sup>31</sup> Ein weiterer Impuls, das sattelzeitliche «Zeitalter der Revolution» nicht nur als bestenfalls gesamteuropäischen Geschehenszusammenhang aufzufassen, kam aus Leipzig. Dort hatten Walter Markov, ein Spezialist für die «Linke» in der Französischen Revolution, und später sein Schüler und Nachfolger Manfred Kossok einen Arbeitsschwerpunkt zur vergleichenden Revolutionsgeschichte aufgebaut, in dem die Traditionen von Karl Marx und des eigenwilligen Leipziger Historikers Karl Lamprecht zusammenflossen.<sup>32</sup> Kossok entwickelte ein Konzept großregionaler «Revolutionzyklen», das es erlaubte, die Interaktionen zwischen den Revolutionären verschiedener Länder und Regionen zu erfassen und zugleich über die Vorstellung eines durch Anfang und Ende markierten Zyklus zu einer verhältnismäßig gut abgesicherten weltgeschichtlichen Periodisierung zu gelangen.<sup>33</sup>

### | Nordamerika, England, Irland

Um welche Revolutionen geht es, wie sieht ihre jeweils spezifische Zeitstruktur aus, und wie verhalten sie sich chronologisch zueinander? Nicht immer lässt sich mit gleicher Eindeutigkeit sagen, wann eine Revolution als Ereigniszusammenhang (und nicht nur als potenziell

revolutionäre Situation) begann und wann sie endete. Nicht in jedem Fall ist auch das Ergebnis eindeutig. Die Nordamerikanische Revolution<sup>34</sup> erreichte ihren ersten Höhepunkt am 4. Juli 1776 mit der Annahme der berühmten *Declaration of Independence* durch die aufständischen Kolonien Britisch-Nordamerikas (mit Ausnahme von New York). Damit hatte die überwiegende Mehrheit der bisherigen britischen Untertanen in Nordamerika den Souveränitätsanspruch der britischen Krone ein für allemal zurückgewiesen. Die Unabhängigkeitserklärung kam freilich nicht aus heiterem Himmel. Sie war der Kulminationspunkt eines koordinierten Widerstandes gegen die britische Kolonialherrschaft, der bereits im März 1765 mit Protesten gegen das Stempelsteuergesetz (*Stamp Act*) begonnen hatte. Diese neue, von der Regierung in London ohne Konsultation mit den Kolonisten beschlossene Steuer auf Zeitungen und Dokumente aller Art verschärfte bereits bestehende Spannungen zwischen Kolonien und dem Mutterland und löste gewalttätige Übergriffe auf Vertreter des kolonialen Staates aus.<sup>35</sup> Die Krise um die Stempelsteuer mobilisierte die Nordamerikaner, in deren un-aristokratischen Gesellschaften republikanische Ideen seit längerem Anklang gefunden hatten, in einem Ausmaß, wie es keinem früheren politischen Ereignis gelungen war.<sup>36</sup> Sie schuf ein neues Gefühl der Einheit unter den Eliten der verschiedenen Kolonien, die sich in ihrer Herrschaftsform und Sozialstruktur zum Teil erheblich voneinander unterschieden. Die britisch-amerikanische Krise eskalierte zum Wirtschaftskrieg und schließlich im April 1775 zur offenen militärischen Auseinandersetzung zwischen dem British Empire und der rebellischen Kontinentalarmee, die dem Oberkommando von General George Washington unterstellt wurde. Der Kontinentalkongress, der die wesentlich von Thomas Jefferson verfasste Unabhängigkeitserklärung verabschiedete, fand mitten im Kriege statt. Die öffentliche Formulierung der Gründe für die Unabhängigkeit war daher vor allem ein symbolischer Akt.

Das faktische Wendejahr war 1781, als zweierlei geschah: Zum einen einigten sich die Kolonien auf die *Articles of Confederation*, eine Art von Verfassung des damit neu gegründeten Staatenbundes (noch nicht Bundesstaates), zum anderen kapitulierte am 18. Oktober die britische Armee bei Yorktown in Virginia. Im Friedensvertrag von Paris erkannte Großbritannien 1783, weitgehend zu den Bedingungen der Amerikaner, die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika an. Damit waren die USA zum handlungsfähigen Völkerrechtssubjekt geworden, also zu einem unabhängigen Staat. Vieles spricht dafür, dies als den Endpunkt des revolutionären Prozesses zu sehen. Heftige Debatten über die innere Ordnung

der neuen Union setzten sich aber noch mehrere Jahre lang fort. Erst im Juni 1788 wurde die neue Bundesverfassung in Kraft gesetzt, und im Frühjahr 1789 konstituierten sich die wichtigsten Staatsorgane des Bundes, darunter das Präsidentenamt mit George Washington als erstem Inhaber. Die Nordamerikanische Revolution dauerte von 1765 bis 1783. Die Bildung eines neuen, unabhängigen Staates, die ihr wichtigstes Ergebnis war, wurde wenige Monate vor dem Sturm auf die Pariser Bastille abgeschlossen.

Der nächste Akt im Drama der circum-atlantischen Revolution trug sich nicht in Frankreich zu, sondern in Großbritannien. Zwischen 1788 und 1791 brachen unabhängig voneinander in Irland, Yorkshire und London Aufstände aus, welche die herrschende Ordnung auf den Britischen Inseln mit einer Radikalität herausforderten, wie sie bis dahin im 18. Jahrhundert unbekannt war. Es wäre falsch, das gärende Frankreich einem friedlichen England gegenüberzustellen. Wer im Juni 1780 in London die sogenannten Gordon Riots erlebte, die sich anfangs gegen neue Zugeständnisse an die englischen Katholiken richteten, musste zu dem Schluss kommen, hier und nicht auf dem europäischen Kontinent braue sich ein großer Umsturz zusammen. Die Gordon Riots richteten enormen Schaden in der Londoner Innenstadt an. Militär konnte nur mit Mühe die Ordnung wiederherstellen, und am Ende wurde 59 Aufrührer zum Tode verurteilt, 26 davon gehängt.<sup>37</sup> Die Unruhen in Irland waren unmittelbar durch die Entwicklungen jenseits des Atlantiks angestoßen worden. Auch sie konnten nur mühsam durch den Einsatz der Miliz, in die sogar Katholiken rekrutiert wurden, gebändigt werden. Irland blieb, erst recht nach 1789 unter dem Einfluss der Französischen Revolution, bis zum Jahre 1798 ein Herd nationalrevolutionärer Rebellion. Ein führender Historiker Irlands hat den Aufstand von 1798, der vom revolutionären Frankreich unterstützt wurde «die konzentrierteste Episode von Gewalt in der Geschichte Irlands» genannt.<sup>38</sup> Vermutlich verloren dabei an die 30 000 Menschen (auf allen Seiten) ihr Leben. Die gnadenlose Bestrafung der Rebellen dauerte bis 1801. Allein 1798/99 wurden mehr als 570 Todesurteile ausgesprochen.<sup>39</sup>

Wir greifen kurz vor: Auch in England, wie in vielen Ländern des Kontinents, traten Sympathisanten der frühen Phase der Französischen Revolution auf und forderten eine radikale, bisweilen sogar eine republikanische Reform des politischen Systems – die Neugestaltung der politischen Ordnung nach Vernunftgrundsätzen. Solcher Radikalismus beschränkte sich zumeist auf einen öffentlichen Papierkrieg der Pamphletisten für und

wider die Revolution und führte nicht zu Aufständen wie im Jahre 1780.<sup>40</sup> Zunehmend wurden solche Auseinandersetzungen in den drohenden, schließlich den seit Februar 1793 wirklich geführten Krieg mit Frankreich hineingezogen. Kritik am System konnte – wie spiegelbildlich in Frankreich – als Hochverrat dargestellt werden. Zum Radikalismus mancher Intellektueller und Handwerker trat in den wirtschaftlich schwierigen Kriegsjahren eine ständige Unruhe auf dem Lande hinzu. Der britische Staat sorgte mit Ausnahmegesetzen und harter Repression (die aber in keiner Weise der französischen *terreur* vergleichbar war) für Ruhe. Etwa um 1801 waren die letzten Spuren einer quasi-revolutionären Herausforderung verschwunden, und es entstand ein neuer nationaler Konsens im Zeichen eines anti-französischen Patriotismus.<sup>41</sup> Wenn auch in Großbritannien der große politische Umsturz ausblieb, so war es doch eng in das revolutionäre Geschehen verwickelt. Von toten Klassikern wie John Locke bis zu sehr lebendigen Publizisten und Agitatoren wie Thomas Paine, dessen Schrift *Common Sense* (1776) der Nordamerikanischen Revolution im richtigen Moment einen kräftigen Schub versetzt hatte, stammten einige der wichtigsten Ideengeber der revolutionären Epoche aus Großbritannien. Die politische Klasse wiederum stand im anderen Lager und führte, mit wechselndem Erfolg, Kriege gegen die amerikanischen *und* die französischen Revolutionäre. Während der unruhigen Jahrzehnte verstand es die britische Oligarchie, ihre Herrschaftsstellung zu wahren.

Auf die britische Beinahe-Revolution der 1780er und 1790er Jahre folgten dreißig Jahre konservativer Systemverteidigung, dann ein vorsichtiger Reformismus «von oben», der seit einer Wahlrechtsreform 1832 für den Rest des Jahrhunderts stilprägend wurde. In einigen, aber nur wenigen Ländern des europäischen Kontinents blieb es ähnlich ruhig oder noch ruhiger. Vor allem an Russland prallten die revolutionären Tendenzen der Zeit ab. Dort herrschte bis zu ihrem Tode 1796 die Zarin Katharina II., unbeeindruckt vom revolutionären Geschehen im Westen. Ein großer Baueraufstand in den südöstlichen Randgebieten des Reiches, angeführt durch Emilian Pugačev, wurde 1774 unterdrückt. Dies war für mehr als ein Jahrhundert die letzte revolutionäre Herausforderung der zarischen Zentralmacht. Die Angst vor einer Wiederholung eines solchen Aufstandes, der mehrere Hundert Adlige das Leben gekostet hatte, hielt sich freilich als ein hintergründiger Bestimmungsfaktor der Politik. Russland überstand die Invasion durch Napoleons Grande Armée 1812, ohne von Ideen des westlichen Liberalismus infiziert zu werden. Der Versuch adliger Verschwörer, 1825 die unklare Situation nach dem Tode des Zaren

Alexander I. für einen Putsch zugunsten einer Liberalisierung der Autokratie zu nutzen, schlug binnen weniger Tage fehl. Die gescheiterten «Dekabristen» verschwanden größtenteils in der sibirischen Verbannung.

Das verworrene Revolutionsgeschehen

| **Frankreich** auf dem Kontinent begann keineswegs am 14. Juli 1789 mit dem Sturm auf die

Pariser Trutzburg der Bastille. Den Anfang machten im Frühjahr 1782 Unruhen zwischen Bürgerparteiungen im republikanischen Stadtstaat Genf. Genf hatte während des 18. Jahrhunderts manche Turbulenzen erlebt. Der Aufstand von 1782 war blutiger als alles, was ihm vorausgegangen war, und wurde durch die vereinte Intervention Frankreichs, Sardiniens und des Kantons Bern niedergeschlagen.<sup>42</sup> Gravierender und für die transnationale Verkettung des revolutionären Geschehens folgenreicher war jedoch das, was in den Niederlanden geschah. Auch dort hingen, wie so oft, Revolution und Krieg eng zusammen, und abermals gehörte Großbritannien zu den kriegsführenden Parteien. Nach einem Jahrhundert friedlicher Beziehungen griff Ende 1780 das Vereinigte Königreich die Republik der Niederlande, längst ein Schatten ihrer früheren politischen Größe, aus einem Grunde an, der bereits ein Folgeproblem der Revolution war: Großbritannien war darüber verärgert, dass die rebellischen nordamerikanischen Kolonien, mit denen man sich im Kriegszustand befand, durch niederländische Schiffe über die Karibik versorgt wurden. Der kurze Krieg endete selbstverständlich für die Niederlande in einem militärischen Desaster. Er löste die Bewegung der sogenannten «Patrioten» aus: politisch interessierter, von der Amerikanischen Revolution und überhaupt den Ideen der Aufklärung beeinflusster Bürger, die einen selbstbewussten Nationalismus vertraten und die Herrschaft des Erbstatthalters (*stadhouder*) Willhelm V. und seiner Clique beenden wollten. Dass die Patriotenbewegung aus weniger innen- denn außenpolitischen Gründen anti-britisches und pro-französisches war, erhielt wegen einer scheinbaren Lappalie große Bedeutung. Nachdem ein patriotisches Freikorps die Gattin des Erbstatthalters, eine Schwester des preußischen Königs Friedrich Wilhelm II., in Arrest genommen hatte, intervenierte Preußen, gedeckt von London, 1787 mit einer Armee von 25 000 Mann.<sup>43</sup> Die Dame wurde befreit, der inkompetente Statthalter wieder in sein Amt eingesetzt. Die Patrioten verschwanden im Untergrund oder ins Ausland. Entscheidend war aber dies: Die französische Öffentlichkeit, an Konfrontation mit England und Preußen gewöhnt, sah in der vor allem finanziell bedingten Unfähigkeit der Regierung Lud-

wigs XVI., den niederländischen Patrioten zu Hilfe zu kommen, einen ernsthaften Prestigeverlust der französischen Monarchie.

Die Französische Revolution ist nicht primär aus außenpolitischen Ursachen entstanden. Sie war, wie alle Strömungen der Revolutionsgeschichtsscheibung mit unterschiedlichen Akzenten herausgestellt haben, in erster Linie «hausgemacht».⁴⁴ Doch die Dynamik sozialer Gegensätze, die Kraft radikaler Ideen oder der nationale Wille eines zu sich selbst findenden «Volkes» können allein nicht erklären, warum das französische Königtum ausgerechnet seit Mitte der 1780er Jahre einen dramatischen Verfall seiner Legitimität erlebte. Die Erklärung für die Überführung einer (potenziell) revolutionären Situation in einen Prozess tatsächlicher revolutionärer Aktion muss gleichermaßen die Stärke rebellischer Dynamik *und* die Schwäche ihres Angriffsziels erfassen. Hier setzt jene Argumentation der Revolutionsgeschichtsschreibung ein, die neben gesellschaftlichen Konflikten und ideologischer Radikalisierung auch die Versuche eines Landes berücksichtigt, seine Stellung im internationalen System zu wahren.<sup>45</sup> Frankreich hatte den zuletzt im Siebenjährigen Krieg global ausgetragenen Hegemonialkonflikt mit England 1763 verloren. Trotz einer sonst recht großzügigen britischen Haltung in den Friedensverhandlungen von Paris sah es sich definitiv aus Nordamerika verdrängt, seine Position in Indien war stark geschwächt. Der nordamerikanische Unabhängigkeitskrieg bot den Architekten der französischen Außenpolitik eine Chance der Revanche gegenüber dem alten Konkurrenten. 1778 schlossen der französische König und die nordamerikanischen Anti-Royalisten zu Konditionen, die für die Amerikaner ziemlich vorteilhaft waren, eine allein machtstrategisch begründete Allianz gegen Großbritannien, die zugleich die erste offizielle Anerkennung der Rebellen durch eine europäische Großmacht bedeutete. Im folgenden Jahr schloss sich Spanien der Allianz an. Die kontinentaleuropäische Unterstützung half den Amerikanern in entscheidenden Momenten, Engpässe zu überwinden. Vor allem gelang es der französischen Flotte 1781 für kurze Zeit, den nordatlantischen Raum zu kontrollieren und dadurch die britischen Truppen in Amerika zu isolieren.<sup>46</sup>

Der Frieden von Paris 1783, ein großer Rückschlag für England nur zwanzig Jahre nach dem Triumph von 1763, stärkte auch die französische Position in der Welt. Allerdings war es ein Pyrrhus-Sieg, denn der Preis für den Erfolg der amerikanischen Verbündeten und für einige eher symbolische Erfolge im Seekrieg gegen die führende Flottenmacht der Welt war der bevorstehende Bankrott des französischen Staates. Jede andere

Krise hätte diese verzweifelte Lage ebenso in ein helles Licht gerückt wie das für Frankreich blamable Versagen in den Niederlanden 1787. War die fatale Lage des Fiskus sicher nicht die tiefste Ursache der Französischen Revolution, so gab es, ereignisgeschichtlich gesehen, doch kaum einen stärkeren Anstoß für die Serie von Herausforderungen der Monarchie, die nun begann. Da das Steuersystem keinen Spielraum für die schnelle Erhöhung von Einkünften bot und da die Dynastie zu schwach war, um kurzerhand ihre Schulden zu annullieren, sah sie sich gezwungen, die Notabeln des Landes zu konsultieren. Statt die Krise pragmatisch zu bereinigen, forderten diese nun aber eine Formalisierung des Konsulationsprozesses durch Einberufung der Generalstände, eines repräsentativen Organs, das zuletzt 1614 zusammengetreten war. Damit wurde eine Dynamik sich steigernder Forderungen an die Krone in Gang gesetzt. In sie flossen bald andere konflikträchtige Tendenzen ein: Cliquenkämpfe am Hofe, Unruhe unter der Landbevölkerung in den Provinzen und unter dem «Volk» der Hauptstadt, Widersprüche zwischen Adligen und Nicht-Adligen innerhalb der Oberschicht. Von dem Moment an, als die Regierung aus einer Position der Schwäche heraus Reformbereitschaft signalisiert hatte, brachen innerhalb einer Opposition, die sich zunächst weniger gegen das Herrschaftssystem an sich als gegen seine stümperhafte Handhabung unter Ludwig XVI. gerichtet hatte, neue Gräben auf. Angesichts bevorstehender Veränderungen bemühten sich Gruppen und Individuen, ihre Interessen möglichst erfolgreich zur Geltung zu bringen. Bald sollte sich in diesem Wettkauf um Vorteile und Positionen die Reformunfähigkeit des Regimes insgesamt erweisen. Wie weit in der Zeit vom offenen Ausbruch der Revolution 1789 bis zum Beginn der militärischen Auseinandersetzung zwischen Frankreich und den verschiedenen europäischen Großmächten im April 1792 außen- und kolonialpolitische Fragen eine Rolle spielten, beschäftigt weiter die Historiker.<sup>47</sup> Klar ist aber eines: nachdem die faktische wie symbolische Schwächung von Frankreichs außenpolitischer Position in den Jahren 1787–89 ein wichtiges Moment beim Zusammenbruch des Ancien Régime gewesen war, musste die Korrektur dieses Zustandes ein wichtiges Ziel der neuen politischen Kräfte sein, zumal diese sich in einer schnell schärfer werdenden Rhetorik des Nationalismus artikulierten. Die spätere militärische Expansion unter Napoleon folgte daher ganz der Logik der globalen Rivalität mit Großbritannien.

Wann begann die Französische Revolution, wann endete sie? Es fehlte ein tumultöser Vorlauf, wie ihn in Nordamerika die Zeit von der Stem-

pelsteuerkrise 1765 bis zum großen revolutionären Schritt der Unabhängigkeitserklärung 1776 gebildet hatte. So etwas wie die terminale Krise des Ancien Régime kann man mit eben diesem Jahr 1776 beginnen lassen, als der Außenminister Vergennes sich gegen die Warnungen des im Mai stürzenden großen Ministers Turgot mit seiner am Ende fatalen Politik der amerikanischen Intervention durchsetzte.<sup>48</sup> Man kann aber auch 1783 beginnen, als sich die *Folgen* dieser Politik zeigten. Nicht vor 1789 kam es in Frankreich zu revolutionärer Gewalt, die den amerikanischen Ereignissen von 1765 vergleichbar gewesen wäre. Der revolutionäre *point of no return* war am 17. Juni 1789 erreicht, als sich der Dritte Stand der Generalstände als Nationalversammlung konstituierte. Zu diesem Zeitpunkt hatten der König und seine Regierung alles verloren, was ihnen an Macht noch geblieben war. Es war schon für die Zeitgenossen diese außerordentliche Beschleunigung unerhörter Ereignisse, die sichtbarsten davon in Versailles und Paris, die der Französischen Revolution einen ganz neuartigen Charakter verlieh. Eine ähnliche Raum-Zeit-Komprimierung in Friedenszeiten hatte es selten gegeben, auch nicht in Nordamerika nach 1765.

Der weitere innerfranzösische Verlauf der Revolution muss hier nicht beschrieben werden, ihr Durchgang durch mehrere Stadien, in denen jeweils Möglichkeiten verschlossen wurden (so im Sommer 1792 die Chance einer parlamentarischen Monarchie) und sich neue Horizonte öffneten.<sup>49</sup> Wann die Revolution *endete*, war und ist unlösbar umstritten. Ihre «heiße» Phase gesteigerter revolutionärer Gewalttätigkeit begann im August 1792 und dauerte fast genau zwei Jahre bis zum Sturz Robespierres Ende Juli 1794. Einigermaßen stabile politische Zustände stellten sich aber erst im November 1795 mit der Regierung des Direktoriums unter der Verfassung vom August desselben Jahres (*Constitution de l'an III*) ein. Endete die Revolution mit der Machtübernahme des Generals Bonaparte am 9. November (18. Brumaire) 1799, mit der vorübergehenden Herstellung eines friedlichen außenpolitischen Umfeldes durch den Frieden von Amiens zwischen Großbritannien und Frankreich im März 1802 oder doch erst mit dem Ende von Napoleons Herrschaft im April 1814? In weltgeschichtlicher Perspektive spricht das meiste für diese letzte Option. Die Weltwirkung der Französischen Revolution entfaltete sich langsam, und es waren zunächst die Armeen Napoleons, die sie von Ägypten bis Polen und Spanien in die Welt hinaustrugen.

### Haiti

In gleichen Jahr 1804, als sich Bonaparte zum Kaiser Napoleon krönte, proklamierte sich Jean-Jacques Dessalines in Frankreichs vordem reichster Kolonie zum Kaiser Jacques I. Damit endete, in diesem Fall eindeutig, ein revolutionärer Prozess, der mit dem französischen auf das Engste verbunden war und ihm zeitlich fast genau parallel lief. Die Revolution in der Kolonie Saint-Domingue, die die westliche Hälfte der Antilleninsel Hispaniola ausmachte und mit dem Staat Haiti in seinen heutigen Grenzen schon im 18. Jahrhundert fast identisch war, ist in einem unmittelbaren Sinne als Folge der Revolution in Frankreich zu verstehen. Noch bevor es zu dem ideologischen Weltbürgerkrieg zwischen Revolutionären und ihren Gegnern kam, den der anglo-irische Politiker und Publizist Edmund Burke bereits 1790 in seinen *Reflections on the Revolution in France* vorausgesehen und selbst mit angestoßen hatte, zündeten die Pariser Ereignisse einen Revolutionsprozess in der fernen Karibik, der im Zeitraum von 1791–1804 an Gewaltsamkeit die Nordamerikanische und die Französische Revolution weit in den Schatten stellen sollte.<sup>50</sup> Da das Geschehen weniger bekannt ist als das im revolutionären Nordamerika und in Frankreich, ist eine kurze Skizze nötig.

Die gesellschaftliche Ausgangslage in der zuckerproduzierenden Kolonie war selbstverständlich eine ganz andere als in Nordamerika und in Frankreich. In den 1780er Jahren gab es in Saint-Domingue eine prototypische Sklavereigesellschaft, die in drei Klassen zerfiel: eine große Mehrheit schwarzer Sklaven, davon sehr viele, die noch in Afrika geboren waren, im Jahr 1789 etwa 465 000 Menschen; eine weiße Herrschaftselite von 31 000 Plantagenbesitzern, angestellten Aufsehern und kolonialen Funktionären; dazwischen etwa 28 000 *gens de couleur*, Farbigen im Status von Freien, von denen es einige zu beträchtlichem Wohlstand und sogar zum Besitz eigener Plantagen mit Sklaven gebracht hatten.<sup>51</sup> In diesem Dreieck spielten sich drei Revolutionen gleichzeitig ab: (1) die Auflehnung konservativer Pflanzer gegen das neue sklavereifeindliche Regime in Paris, (2) ein veritable Aufstand der größten Sklavenbevölkerung außerhalb der USA und Brasiliens und (3) der Versuch der *gens de couleur*, die Dominanz der Weißen in einer tief von rassischer Diskriminierung durchdrungenen Gesellschaft zu brechen. In keinem anderen Land, das in den atlantischen Revolutionszusammenhang einbezogen wurde, war so viel gesellschaftlicher Sprengstoff versammelt wie in Saint-Domingue. Dort ging es weniger um Verfassungsfragen oder um die Durchsetzung von Rechtsprinzipien als um das schiere Überleben in einer

extrem brutalisierten Gesellschaft. Die haitianische Revolution war nicht nur von ihren Ursachen her unter den großen Revolutionen der Epoche diejenige, die man am eindeutigsten eine *soziale* Revolution nennen kann, sie war es auch in ihren Ergebnissen. Die Nordamerikanische Revolution schuf keinen völlig neuen Gesellschaftstypus und löschte keine Klassen der kolonialen Ordnung vollkommen aus. Es gibt gute Gründe für die Behauptung, der gesellschaftliche Wandel während der Zeit der sogenannten *market revolution*, etwa 1815 bis 1848, sei tiefer gegangen als die sozialstrukturellen Veränderungen der Revolutionszeit nach 1765.<sup>52</sup> Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Französischen Revolution waren erheblicher. An erster Stelle standen hier die Abschaffung aristokratischer Privilegien, die Befreiung der Bauern aus feudalen Zwängen, die Ausschaltung der Kirche als wichtiger gesellschaftlicher Faktor (etwa als großer Grundbesitzerin) sowie die Schaffung rechtlicher und administrativer Rahmenbedingungen für bürgerlich-kapitalistische Wirtschaftsformen: dies letztere vor allem eine Errungenschaft der napoleonischen Zeit. In keiner der beiden «großen» Revolutionen wurde aber neben einer politischen Ordnung auch ein gesamtes Gesellschaftssystem zerstört. Dies geschah in Haiti. In einer langen Serie von Massakern und Bürgerkriegen siegten am Ende die Sklaven, aus der kolonialen Kastenordnung wurde eine egalitäre Gesellschaft freier afroamerikanischer Kleinbauern.

Dieses Drama entfaltete sich in einem Kraftfeld internationaler Einwirkung. In Frankreich drängten aufgeklärte Vertreter der allgemeinen Menschenrechte auf die Befreiung der Sklaven in den Kolonien. Zugleich stellte sich schon ganz zu Beginn der Revolution in Frankreich die Frage, in welcher Weise die kolonialen Franzosen und – das war der besonders umstrittene Punkt – die *gens de couleur* an der Demokratisierung französischer Politik teilhaben sollten. Ein Partizipationsprozess begann in Saint-Domingue bereits im Februar 1790 mit Wahlen unter den Weißen für eine koloniale Repräsentativversammlung.<sup>53</sup> Bereits noch früher, im Oktober 1789, war eine Delegation der *gens de couleur* in der Pariser Nationalversammlung aufgetreten. Die Ereignisse in Frankreich und diejenigen auf der Antilleninsel verliefen in direkter Wechselwirkung, doch machten Kommunikationsprobleme eine direkte Koordination unmöglich. Als im November 1791 drei Kommissare als Abgesandte der Nationalversammlung auf Saint-Domingue eintrafen, um für eine ordentliche Umsetzung der neuen, allerdings in sich durchaus widersprüchlichen Pariser Politik zu sorgen, da wussten sie noch gar nicht, dass in der Kolonie

bereits im August ein großer, nur mühsam unterdrückter Sklavenaufstand ausgebrochen war.<sup>54</sup>

Ein tiefer symbolischer Einschnitt war erreicht, als im April 1792 die Nationalversammlung in Paris das Prinzip gleicher politischer Rechte für weiße Bürger und *gens de couleur* bzw. freie Schwarze verkündete. Damit waren zwar die Sklaven noch nicht befreit, aber es war der Grundsatz in die Welt gekommen, dass Bürgerrechte nicht nach Hautfarbe gestaffelt werden durften. Die verschiedenen revolutionären Gruppierungen in Paris hatten aber keineswegs die Absicht, ihre kostbarste Kolonie in die Unabhängigkeit zu entlassen. Unter der Führung eines ehemaligen Sklaven, François Dominique Toussaint Louverture (oder L’Ouverture, 1743–1803), der in den Diensten der französischen Revolutionsregierung aufgestiegen war, verschränkten sich auf eine komplizierte Weise revolutionärer Kampf und eine vorsichtige Bewegung hin zur Unabhängigkeit. Frankreich hätte ein unabhängiges Haiti möglicherweise dulden können, wäre garantiert gewesen, dass die Insel weiter ihre Rolle im transatlantischen französischen Handelssystem gespielt hätte. Toussaint Louverture, der 1797 mit der Ernennung zum Gouverneur von Saint-Domingue auf dem Höhepunkt seiner Macht angekommen war, scheint gesehen zu haben, dass ein völliger ökonomischer Bruch mit Frankreich nicht ratsam war. Toussaint lavierte auch geschickt zwischen Frankreich und den beiden gegenrevolutionären Interventionsmächten Spanien (dem die Osthälfte der Insel Hispaniola gehörte) und Großbritannien. Die Briten gaben 1798 einen verlustreichen Versuch zur Eroberung der Insel auf.<sup>55</sup> Napoleon setzte dem Experiment Toussaints ein Ende. Die 1794 vom Konvent in Paris beschlossene Abschaffung der Sklaverei in allen kolonialen Besitzungen wurde rückgängig gemacht. Nachdem der Erste Konsul im April 1802 mit Großbritannien Frieden geschlossen hatte, entsandte er eine militärische Expedition in die Karibik, um dem Autonomieprojekt Toussaint Louvertures ein Ende zu bereiten. Der Gouverneur wurde gefangengenommen und starb bald darauf in französischer Festungshaft. Die Schwarzen wehrten sich und brachten der französischen Armee 1803 in einem ungemein destruktiven Guerillakrieg eine vernichtende Niederlage bei. Am 1. Januar 1804 wurde der unabhängige Staat Haiti ausgerufen. Erst 1825 erkannte Frankreich ihn an und verzichtete damit auf die Möglichkeit einer gewaltigen Rückeroberung. Gegen den Widerstand der beiden stärksten Militärmächte der Epoche, Großbritannien und Frankreich (die sich hier ausnahmsweise einig waren), hatte die Bevölkerungsmehrheit

von Haiti die drei Jahrhunderte alte Institution der Sklaverei auf der Insel zerstört. Revolution und Interventionskriege hatten aber gleichzeitig Verwüstungen solchen Ausmaßes angerichtet, dass der Aufbau einer befriedeten und prosperierenden neuen Gesellschaft extrem schwierig wurde.

Der Lauf der Dinge in Haiti löste keine weitere revolutionäre Kettenreaktion aus. In keiner einzigen anderen Sklavereigesellschaft sollte sich im 19. Jahrhundert das Schauspiel einer revolutionären Selbstbefreiung der Sklaven wiederholen. In Frankreich wirkte das Fanal von Haiti als Warnung vor einer zu nachgiebigen Politik in der Sklavereifrage. Das Land, das 1794 die totale Emanzipation verkündet hatte, befreite seine restlichen Sklaven erst 1848, also fünfzehn Jahre nach dem vormals konterrevolutionären Großbritannien. In allen Sklavereigesellschaften, nirgendwo mehr als in den Südstaaten der USA, wurde fortan bei Bedarf das Schreckgespenst des großen «Negeraufstandes» an die Wand gemalt, der auszubrechen drohe, wenn man den Sklaven auch nur ein Minimum an Zugeständnissen gewährte. Bis zum Bürgerkrieg, also mehr als ein halbes Jahrhundert nach den Ereignissen, erinnerten südstaatliche Propagandisten daran, dass die französischen Abolitionisten (die *Amis des Noirs*) die Pandorabüchse der Sklavenrevolte geöffnet hätten. Umgekehrt wiesen die US-Abolitionisten darauf hin, nur die Abschaffung der Sklaverei könne das drohende Übel an der Wurzel ausrotten.<sup>56</sup>

Im Unterschied zur Nordamerikanischen und zur Französischen Revolution fand die Revolution von Haiti nicht in einer Gesellschaft mit einer ausgeprägten Schrift- und Druckkultur statt. Es gibt Selbstzeugnisse der Revolutionäre, aber nicht viele, und nur wenige ausformulierte programmatiche Erklärungen. Selbst die Absichten Toussaint Louvertures, einer vielschichtigen Persönlichkeit, lassen sich teilweise nur aus seinen Taten erschließen. Historikerinnen und Historiker haben diese verstreuten Quellen in jüngster Zeit sehr einfallsreich ausgewertet und damit dem Zeitalter der Revolutionen eine ganz neue Facette hinzugefügt.<sup>57</sup> Diese diskursive Kargheit hat dazu beigetragen, dass Haiti in der Revolutionsgeschichte lange nicht ernstgenommen wurde. Von dieser Revolution schien außer dem Freiheitsappell an die Sklaven aller Länder kein universalisierbares politisches Denken auszugehen. Das ist nicht falsch. Doch muss gesehen werden, dass die Revolution in der französischen Karibik von Anfang an den Freiheitsdiskurs teilte, wie er der gesamten atlantischen Revolution zugrunde lag. Die britisch-nordamerikanische ebenso wie die französische Absolutismuskritik hatte den Topos des sklavischen Jochs, von dem man sich befreien müsse, stark strapaziert. Schon Samuel John-

son, der englische Aufklärer, hatte sich darüber gewundert, dass die lautesten Rufe nach Freiheit ausgerechnet von Sklavenhaltern kamen.<sup>58</sup> Einige der Gründerväter der USA waren Sklavenbesitzer und blieben es (George Washington gab aber all seinen Sklaven die Freiheit), und die Verfassung der USA schwieg 1787 ebenso wie in den folgenden Verfassungszusätzen zum Problem der Sklaverei. Zuerst in Haiti – und nirgendwo mehr – gewann das Programm zunächst der rassischen Nicht-Diskriminierung, dann der Sklavenemanzipation eine unmittelbare Bedeutung für Menschen, die revolutionär aktiv wurden. Schwarze und Farbige, die Opfer eines rigiden Unterdrückungssystems, eigneten sich die Ideen, Ideale und Symbole der Französischen Revolution an und suchten ihre Position in einem neuen Universum «farbenblinder» Staatsbürgerschaft, wie es 1794 proklamiert worden war.<sup>59</sup> So war es denn auch die Wiedereinführung der Sklaverei, die in den Jahren 1802/03 einen apokalyptischen Befreiungskrieg auslöste. Und der fortdauernde Kolonialismus überall außer in Haiti hielt den Widerspruch zwischen der Norm rechtlicher Gleichheit und deren praktischer Verweigerung noch weitere anderthalb Jahrhunderte auf der historischen Tagesordnung.

### Lateinamerika und Nordamerika im Vergleich

Die geistigen Weltwirkungen der Prinzipien von 1776 und 1789 waren zeitlich und räumlich unbegrenzt.<sup>60</sup> Fast überall (vielleicht mit der Ausnahme Japans) hat man sich in allen folgenden Epochen auf Freiheit, Gleichheit, Selbstbestimmung, Menschen- und Bürgerrechte berufen. Eine Gegenströmung im westlichen Denken vom britischen Zeitgenossen Edmund Burke bis zu dem französischen Historiker François Furet hat mit umgekehrter Wertung im jakobinischen Radikalismus die Ursprünge der «totalitären Demokratie» (so Jacob L. Talmon, der Rousseau als den Hauptübeltäter ausmachte) und überhaupt jeder Form von politischem Fanatismus und Fundamentalismus sehen wollen. Die *unmittelbare*, in konkreten Interaktionen greifbare Weltwirkung war wesentlich enger begrenzt. Sie endete, wie wir sahen, bereits vor Russland.<sup>61</sup> In China blieb die Französische Revolution im Grunde bis 1919 ohne spürbare Resonanz, und auch dann fand aus guten Gründen der anti-imperiale Befreiungskampf der nordamerikanischen Kolonien ein größeres Interesse. Der Revolutionsführer Sun Yatsen (1866–1925) hätte sich gerne als der George Washington Chinas gesehen. In Indien hofften einige Gegner der Briten vergeblich

auf französische Unterstützung, umgekehrt wurde die taktisch geschickt genutzte Furcht vor einer französischen Invasion zum Vorwand für die präventive Eroberung großer Teile des Subkontinents unter Richard Wellesley, dem Bruder des im Kampf gegen Napoleon bewährten Arthur Wellesley, seit 1814 Duke of Wellington.<sup>62</sup> Die tiefste Wirkung außerhalb oder am Rande des atlantischen Interaktionsraumes hatte die französische Revolution samt ihrer napoleonischen Erweiterung im Nahen und Mittleren Osten. Viel wichtiger als die Revolution selbst war in Ägypten, im Osmanischen Reich und sogar im fernen Iran selbstverständlich die militärische Expansion unter Napoleon. Sie machte sich 1798 mit der französischen Invasion Ägyptens auf einen Schlag bemerkbar. Die französische Besatzung brach die jahrhundertealte Macht der Mamluken und machte auf diese Weise Raum für neue Individuen und Gruppen, die nach dem Abzug der Franzosen 1802 die Macht ergriffen. Das Osmanische Reich war ein bewährter und jetzt wieder wichtig werdender Partner der Briten als Sicherheitsfaktor im östlichen Mittelmeer. Hier misslang jedoch der Versuch von Sultan Selim III. (r. 1789–1807), der zufälligerweise im Epochenjahr der Revolution auf den Thron gekommen war, den Einfluss der konservativen Militärtruppe der Janitscharen, die allen möglichen Reformen im Wege standen, zu brechen; dies gelang erst seinem übernächsten Nachfolger, Sultan Mahmud II., im Jahre 1826. Immerhin begann Sultan Selim unter dem Eindruck intensivierter diplomatischer und militärischer Aktivitäten mit einer Politik militärischer Modernisierung; der Iran folgte wenig später mit einem ähnlichen Programm. Aber nirgendwo in der islamischen Welt und überhaupt in ganz Asien und Afrika löste die Französische Revolution eigenständige revolutionäre Bewegungen «von unten» aus.<sup>63</sup>

Wie passt Lateinamerika in dieses Bild?<sup>64</sup> Es war der vierte der an den Atlantik angrenzenden Großräume, der in den Revolutionsprozess der Sattelzeit einbezogen wurde. Überall war dieses Einschwingen in den Gesamtprozess regional unterschiedlich verteilt. In Nordamerika standen jene Kolonien, die später Kanada bilden sollten, loyal zur britischen Krone. In den übrigen Sklavenkolonien der Karibik blieb es sonst ruhiger als in Saint-Domingue, und auch auf den anderen französischen Antilleninseln nahm die Entwicklung einen eigenen Lauf. Es ist demgegenüber eines der markantesten Merkmale Hispanoamerikas (Brasilien ging unter einem Ableger der portugiesischen Krone einen Sonderweg), dass das spanische Kolonialreich mit Ausnahme Kubas vollständig zusammenbrach. Innerhalb weniger Jahre zerfiel ein riesiges Imperium in ein Mo-

saik selbständiger Republiken. Auch der spanische Nationalstaat selbst war in mancher Hinsicht ein Zerfallsprodukt seines Imperiums. Dieser Vorgang, den man am besten als «Unabhängigkeitsrevolutionen» (im Plural) bezeichnet, war zeitlich der letzte der großen Transformationsschübe im atlantischen Raum. Man kann ihn ziemlich unstrittig auf die Jahre 1810 bis 1826 datieren.<sup>65</sup> Alle drei großen Revolutionen konnten dabei als Bezugspunkte dienen. Haiti flößte überall dort Furcht ein, wo Sklaverei eine größere Rolle spielte und vor allem wo freie Farbige, in Hispanoamerika *pardos* genannt, ihre eigenen politischen Ziele zu entwickeln begannen. Haiti war also weniger Vorbild denn Menetekel, diente aber auch als Zufluchtsort für Rebellen gegen Spanien. Die Französische Revolution taugte nur bedingt als Modell. Die Führer der hispanoamerikanischen Unabhängigkeitsrevolutionen waren zumeist Kreolen, also in der Neuen Welt geborene Weiße spanischer Abstammung. Typischerweise gehörten sie der wohlhabenden Oberschicht an, waren Grundbesitzer und/oder Mitglieder des städtischen Patriziats. Solche Leute mussten bei aller Sympathie für die liberalen Ziele der Anfangsphase der Französischen Revolution einen jakobinischen Radikalismus als Bedrohung empfinden. Ebenso betrachteten sie die mitunter unumgängliche Bewaffnung der Volksmassen mit Vorsicht und Argwohn.

Dass es auch im spanischen Amerika das Potenzial zu großen Volksprotesten gab, hatte in den Jahren 1780–82 der Aufstand gezeigt, den José Gabrial Condorcanqui, der selbsternannte Inka Túpac Amaru II., geführt hatte. Wenige Jahre nach der Pugačev-Rebellion in Russland war dies am anderen Ende der Welt eine in mancher Hinsicht ähnliche Erhebung, die auf einer breiten, aber lose geknüpften Koalition verschiedenartigster Kräfte beruhte und die Quellen eines volkskulturellen Selbstbewusstseins anzapfte. Ebenfalls gegen die spanische Herrschaft gerichtet (und von ihr brutal unterdrückt), war dies dennoch eine Erhebung, deren Motive sich mit dem Autonomiestreben der kreolischen Oligarchie nicht völlig deckten. Die Größenordnung der Rebellion, abermals am besten an den Opferzahlen ablesbar, war eindrucksvoll; an die 100 000 Indios und 10 000 Spanier sollen den Tod gefunden haben.<sup>66</sup> Jakobinismus und *levée en masse* hielten daher für die «Befreier» Lateinamerikas wenige Attraktionen bereit. Auch konnte man nicht auf revolutionäre Unterstützung aus Frankreich rechnen, denn in den entscheidenden Jahren des Freiheitskampfes herrschte nach dem Ende des napoleonischen Reiches in Frankreich wieder die Restauration.

Der Zusammenhang zwischen den Transformationen in Frankreich

und in Lateinamerika war weniger ein substanzIELL revolutionärer als ein machtpolitischer. Dazu muss man in die 1760er Jahre zurückgehen. In diesem Jahrzehnt liegen die Wurzeln sowohl der nordamerikanischen als auch der lateinamerikanischen Unabhängigkeitsrevolution. Aus verwandten, aber doch je eigenen Gründen unternahmen damals gleichzeitig der britische und der spanische Staat Versuche, durch Stärkung ihrer kolonialen Autorität und durch Reformen des kolonialen Herrschaftsapparates die amerikanischen Kolonien an eine kürzere Leine zu legen und ihre wirtschaftlichen Potenziale stärker als bisher für die Metropolen nutzbar zu machen. Großbritannien unter seinem neuen König Georg III. scheiterte damit schon nach wenigen Jahren kläglich. Spanien unter Karl III. (r. 1759–88) war zunächst erfolgreicher; jedenfalls traf es auf einen viel geringeren Widerstand der Kolonisten. Dies hatte verschiedene Gründe. So war das spanische Herrschaftssystem in Amerika immer schon homogener und zentralistischer gewesen, sodass Reformen durch fähige Administratoren leichter durchgesetzt werden konnten. Auch waren die südamerikanischen Kreolen weniger dicht in den Diskurs einer autoritätskritischen Aufklärung einbezogen und weniger daran gewöhnt, in Repräsentativorganen ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. Aus diesem und vielen anderen Gründen brach das spanische Kolonialsystem nicht wie das britische schon im dritten Quartal des 18. Jahrhunderts zusammen. Vielmehr behauptete es sich, bis 1808 Napoleons Invasion Spaniens die Bourbonenherrschaft in Spanien selbst zum Einsturz brachte.

Richtete sich die nordamerikanische Erhebung gegen eine Reichsregierung, die als zunehmend ungerecht und despotisch empfunden wurde, so schürzte sich der Krisenknoten in Hispanoamerika erst in dem Moment, als es ein solches Reichszentrum gar nicht mehr gab.<sup>67</sup> In dieser Situation eines imperialen Vakums traten zwei Tendenzen in den Vordergrund: zum einen die verschiedenen kreolischen Patriotismen, die sich mit der Zeit im Rahmen des spanischen Imperiums herausgebildet hatten und die viel deutlicher profiliert waren als die Charaktere der einzelnen Kolonien in Britisch-Nordamerika, zum anderen der Wille, dennoch im Rahmen neuer, liberaler Verfassungsstaatlichkeit an einem lockeren politischen Verband mit Spanien festzuhalten. Dies war in gewissem Sinne das Spiegelbild der vorausgegangenen Entwicklung in Nordamerika. Die «Kreolen» (wie man sie getrost nennen darf) in den dreizehn rebellischen Kolonien Nordamerikas fühlten sich zu Beginn des Konflikts überwiegend noch als Briten. Es dauerte bei vielen von ihnen eine ganze Weile, bis aus einer gefestigten britischen Identität eine einstweilen noch unsichere

amerikanische wurde.<sup>68</sup> Umso entschiedener war der Widerstand weniger gegen den König als reale und symbolische Figur gerichtet denn gegen die Allmachtsansprüche des Parlaments in London, das sich das Recht der willkürlichen Besteuerung der Amerikaner nahm, ohne ihnen etwas anderes als die leere Fiktion einer *virtual representation* anzubieten. Im spanischen Fall war die separate Identitätsbildung weiter fortgeschritten.

Auf der anderen Seite setzten die hispano-amerikanischen Kreolen große Hoffnungen in die nicht-royale (der reaktionäre König Ferdinand VII. war ein Gefangener Napoleons) Gegen-Regierung im unbesetzten Teil Spaniens. Das Herz dieser Gegenregierung waren die im September 1810 zusammengetretenen *cortes* von Cadiz, die erste moderne Nationalversammlung Spaniens, die von Anfang an als eine Repräsentativkörperschaft für die gesamte spanische Welt, also auch die Kolonien gedacht war.<sup>69</sup> Die *cortes*, in denen die Amerikaner selbstverständlich nur mit wenigen Mitgliedern vertreten waren, erwiesen sich aber in Fragen zum Beispiel der Handelspolitik als ebenso starrsinnig wie einige Jahrzehnte zuvor das britische Parlament. Das durchaus denkbare Ideal einer imperialen Föderation ließ sich auch jenseits des spanischen Absolutismus nicht verwirklichen. Auch versäumten es die *cortes*, den Sklavenhandel und/oder die Sklaverei abzuschaffen und überhaupt zu den Problemen der Multiethnizität amerikanischer Gesellschaften Stellung zu beziehen. Dennoch: das frühe und für damalige europäische Verhältnisse sehr weitgehende spanische Experiment in Verfassungsstaatlichkeit gewöhnte gerade auch die Kreolen an den Nutzen geschriebener Verfassungen (die spanische Verfassung von 1812 wurde zum formalen Vorbild für den gesamten üppig wuchernden Konstitutionalismus im Lateinamerika des 19. Jahrhunderts) und an die Praxis einer weitgespannten politischen Partizipation, die zum Beispiel keine Einschränkungen des Männerwahlrechts durch Besitzqualifikationen kannte.

Die Emanzipation Hispanoamerikas verlief viel weniger geradlinig als die im britischen Amerika. Das Gebiet war größer, seine Logistik schwieriger, der Stadt-Land-Gegensatz schärfer, der Royalismus stärker, die kreolische Elite oftmals bis an den Rand des Bürgerkrieges untereinander entzweit. Räumlich gesehen, führten mehrere Armeen und Milizen nebeneinander verschiedene, nur lose miteinander verbundene Unabhängigkeitskriege. Zeitlich folgten zwei Kriegsphasen aufeinander:<sup>70</sup> Der ganze neue Aufbruch diesseits wie jenseits des Atlantiks wurde im Mai 1814 mit der Rückkehr des neo-absolutistischen Königs Ferdinand VII. von heute auf morgen zunichte gemacht. Erst im militärischen Wider-

stand gegen den nun beginnenden und zunächst überaus erfolgreichen Versuch einer Rückeroberung der schon entglittenen Kolonien erreichte der von Männern wie Simón Bolívar, José de San Martín und Bernardo O'Higgins geführte Freiheitskampf seinen heroischen Höhepunkt.<sup>71</sup> Um 1816 sah es so aus, als habe Spanien den Widerstand – mit Ausnahme vor allem Argentiniens – unter Kontrolle gebracht. An vielen Stellen des Kontinents fanden sich die Rebellen in die Defensive gedrängt; die Reaktion setzte ihre Strafgerichte in Gang. Erst nach diesem Tiefpunkt der revolutionären Sache begann allmählich eine zweite Phase von Befreiungskriegen, eine Phase, in der *caudillos* bereits eine ominöse Rolle zu spielen begannen: Kriegsherren, deren Macht darauf beruhte, dass sie ihren bewaffneten Banden und zivilen Anhängern den Zugang zu Beute sicherten, und die sich nicht um staatliche Institutionen scherten. Das Revolutionsgeschehen war insgesamt sozial vielschichtiger als im Norden. Dort hatten Bauernrebellionen und überhaupt Volksaufstände innerhalb der Elitenrevolution gefehlt, wie sie etwa im ländlichen Mexiko vorkamen: Erhebungen, die oft nichts mit der spanischen Kolonialpräsenz zu tun hatten und viel eher der Verteidigung bedrohter Lebensweisen dienten.<sup>72</sup> Die letzte Serie militärischer Siege in den Ländern südlich von Neuspanien/Mexiko hatte abermals mit spanischer Schwäche zu tun, denn in der Armee war die Begeisterung für die Rückeroberung Amerikas gering, und ohne die Armee wäre es den Liberalen nicht gelungen, König Ferdinand 1820 zur Wiederherstellung der Verfassung zu zwingen. Diese neuerlichen spanischen Wirren verzögerten die Abfahrt frischer Expeditionstruppen. Dass die Spanier beim Versuch der *reconquista* Amerikas französische Methoden der Guerillabekämpfung anwandten, die sie kurz zuvor am eigenen Leibe erfahren hatten, zeigt ein weiteres Mal den revolutionären Atlantik als Lernzusammenhang.

Schließlich der internationale Kontext: Im Unterschied zu den nordamerikanischen Insurgenten nach 1778 erhielten die hispanoamerikanischen Freiheitskämpfer keine direkte militärische Unterstützung von außen, auch nicht von den USA. Keine externe Großmacht griff, wie in Haiti, direkt in das Geschehen ein. Die Royal Navy spannte einen Schutzhals über den Atlantik, doch anders als bei den übrigen Revolutionen wurden die entscheidenden militärischen Auseinandersetzungen ohne die Einmischung Dritter zwischen Kreolen und den Repräsentanten der spanischen Restaurationsmonarchie ausgetragen. Jedoch darf man nicht übersehen, dass anfangs, um 1810, die Furcht, Frankreich könnte sich auch der spanischen Kolonien bemächtigen, eine große Rolle spielte. Als

es die spanische Monarchie nicht mehr gab, war niemand in Lateinamerika darauf erpicht, Untertan Napoleons zu werden. In späteren Phasen war «private» Unterstützung nicht unwichtig. Englische und irische Söldner und Freiwillige kämpften an verschiedenen Schauplätzen (zwischen 1817 und 1822 trafen 5300 von ihnen in Südamerika ein) und wurden zu einem wichtigen militärischen Faktor,<sup>73</sup> amerikanische Freibeuter gingen mit Duldung ihrer Regierung gegen spanische Schiffe vor, und britische Kaufleute besorgten finanzielle Unterstützung: längerfristig eine gute Investition in die Erschließung neuer Märkte.

In ganz Amerika hatten die Unabhängigkeitsrevolutionen zumindest in der Tendenz zwei fundamentale Folgen: Untertanen wurden zu Staatsbürgern, und das Gefüge der alten hierarchischen Gesellschaften war ins Wanken geraten.<sup>74</sup> Aus kolonialer Pluralität entstanden in Nord- und in Hispanoamerika unterschiedliche politische Landschaften: hier eine noch größere, durch nationalstaatliche Souveränitäten verstärkte Vielfalt, dort ein Bundesstaat, dessen Grunddynamik die territoriale Expansion nach Westen und Süden war, auch auf Kosten Mexikos und überhaupt der spanisch geprägten Zivilisation (der Spanisch-amerikanische Krieg von 1898 liegt in dieser Fluchtlinie). Im Norden wie im Süden gab es weiterhin jeweils einen nicht-revolutionären Großstaat: hier das Kaiserreich (ab 1889 die Republik) Brasilien, dort das Dominion Kanada im British Empire. Im Norden wie im Süden mündete die politische Revolution nicht sogleich in stabile Verhältnisse, doch im Norden waren die Voraussetzungen dafür günstiger, weil der Unabhängigkeitskrieg nicht zugleich auch ein Bürgerkrieg gewesen war und weil es kein nördliches Äquivalent der *pardos* gab, jener großen Schicht freier Farbiger, die zeitweise sowohl von Republikanern wie Royalisten umworben wurde.<sup>75</sup> Im Norden wurden die Abgrenzungen zu Indianern und Schwarzen eindeutig gezogen: Nationale Politik blieb weiße Politik. Im Süden, wo der Kolonialstaat Schattierungen der Hautfarbe in rechtlichen Status übersetzt hatte, verliefen die Konfliktlinien weiterhin komplizierter. Im Norden blieb eine deutlichere Balance von Stadt und Land erhalten, während die Kriegszeit im Süden zu einer «Ruralisierung der Macht» führte.<sup>76</sup> In den folgenden Jahrzehnten förderte die nordamerikanische Frontier eine gewisse Demokratisierung des Landbesitzes. In Südamerika hingegen monopolisierten landbesitzende Oligarchien die Macht, die der jeweiligen *nationalen* Politik stärker ihren Stempel aufdrückten, als dies agrarischen Kräften in den USA selbst auf dem Höhepunkt des Einflusses der Südstaaten vor dem Bürgerkrieg jemals gelingen konnte.

Eine der großen Leistungen der jungen USA, im Süden nicht wiederholt, war das Vermeiden von Militarisierung und Militarismus. Aus der *nation in arms* der Revolutionszeit wurde keine Militärdiktatur. Unabhängige Militärmächte vom *Caudillo*-Typ erlangten keine Bedeutung. Anders als Südamerika und Teile Europas wurde Nordamerika nicht zu einem Kontinent der Militärputsche.<sup>77</sup> Zahlreiche Staaten Hispanoamerikas kamen erst in den 1860er oder gar 1870er Jahren innerlich zur Ruhe, auch eine Folge verstärkter Einbindung in die Weltwirtschaft.<sup>78</sup> Wenn man so etwas wie eine Hochphase politischer Stabilität in Mittel- und Südamerika abgrenzen will, dann die drei Jahrzehnte zwischen 1880 und dem Beginn der mexikanischen Revolution 1910. In den USA war bereits ein hohes Maß an post-revolutionärer Stabilisierung erreicht, als der lateinamerikanische Unabhängigkeitskampf überhaupt erst begann. Mit der Wahl des dritten Präsidenten, Thomas Jefferson, im Jahre 1800 trat die Union in die Periode ihrer Konsolidierung ein.<sup>79</sup> Manches an dieser Konsolidierung war trügerisch oder vorübergehend. Vor allem zwei Fragen blieben ungeklärt: wie in ein und demselben Staat zwei ganz unterschiedliche Gesellschaftstypen, die Sklavereigesellschaft und der auf freier Lohnarbeit beruhende Kapitalismus des Nordens, koexistieren könnten, und die zweite Frage, in welcher Weise neue Bundesstaaten integriert werden sollten, ohne die fein austarierte Verfassungsbalance aus dem Gleichgewicht zu werfen. Der Bürgerkrieg, der 1861 begann, kam nicht völlig überraschend. Er scheint im Nachhinein viel «unvermeidlicher» als zum Beispiel der Erste Weltkrieg. Am Beginn des Bürgerkrieges standen ungelöste Folgeprobleme der Revolutionszeit. Nur weil die Gründerväter es versäumt hatten, die Frage der Sklaverei eindeutig zu klären, war es möglich, dass noch in den späten 1850er Jahren ernsthaft die Wiederaufnahme des 1807 verbotenen Sklavenhandels aus Afrika gefordert werden konnte und dass ein besonnener Politiker wie Abraham Lincoln zu der Überzeugung gelangte, der Süden beabsichtigte die Erzwingung der Sklaverei in den freien Staaten des Nordens.<sup>80</sup> So war der Bürgerkrieg in gewissem Sinne der letzte Ausläufer der Revolution. Wenn man das Risiko nicht scheut, den Revolutionsbegriff heftig zu strapazieren, könnte man mit dem Gedanken eines hundertjährigen Zyklus revolutionärer Unruhe in Nordamerika spielen: von der Stamp Act Crisis 1765 bis zur Niederlage der Konföderation 1865.

Das Ende der hispanoamerikanischen Unabhängigkeitsrevolutionen führt zeitlich nahe an die janusköpfigen, in die Vergangenheit wie in die Zukunft blickenden europäischen Revolutionen von 1830/31 heran. Auch sie sollten als Teil – und Abschluss – des Revolutionszeitalters gewertet

werden. Damals herrschten, ausgelöst durch Unruhen unter Pariser Handwerkern Ende Juli 1830, revolutionäre Zustände in Frankreich, den südlichen Niederlanden (die aus diesen Entwicklungen als autonomer Staat Belgien hervorgingen), Italien, Polen und einigen Staaten des Deutschen Bundes (vor allem Kurhessen, Sachsen und Hannover). Das Ergebnis war eher bescheiden. Die restaurativen Kräfte, die in Kontinental-europa nach 1815 die Oberhand gewonnen hatten, wurden da und dort geschwächt, aber nur in Frankreich politisch besiegt – und selbst dort verschafften sich vor allem solche gesellschaftliche Gruppierungen, ob man sie nun «Notabeln» oder «liberale Bourgeoisie» nennen will, politisch mehr Spielraum, die schon *vor* der Julirevolution den Kern der postrevolutionären französischen Elite gebildet hatten.<sup>81</sup> 1830 war eher eine politische als eine soziale Revolution. Sie schloss aber insofern an 1789/91 an, als sie den ursprünglichen revolutionären Gedanken der Verfassungs-staatlichkeit in Erinnerung rief und sich stark auf die Rhetorik und Symbolik der Großen Revolution in ihrer vorjakobinischen Phase zurück-bezog. Die heroisierende Bilderwelt des städtischen Barrikadenkampfes sollte indes nicht darüber hinweg täuschen, dass es, oft nur in lockerem Zusammenhang mit den Ereignissen in den Städten, weiterhin Formen ländlichen Protests gab, über die man wenig sagt, wenn man sie als «vor-modern» etikettiert.<sup>82</sup>

### | Transatlantische Integration

Die atlantischen Revolutionen hatten eine neuartige Grund-erfahrung gemeinsam, die jede Rückkehr zu vorrevolutionären Verhältnissen verbot: die andauernde Politisierung breiter Bevölkerungs-kreise. Überall hörte Politik auf, bloß Elitenpolitik zu sein. Davon blieb fast immer etwas zurück, auch wenn der Übergang aus der Revolutions-phase, das Abkühlen revolutionärer Hitze, auf ganz unterschiedlichen Wegen geschah.<sup>83</sup> Die Politisierung wurde am erfolgreichsten in den USA in das Gehäuse repräsentativer Institutionen kanalisiert, dort allerdings unter Ausschluss der nicht-weißen Bevölkerung. Wo ein solcher Versuch quasi-demokratischer Rekonstruktion scheiterte, wie in Frankreich wäh rend des Intermezzos des Direktoriums (1795–99) und in manchen Staaten Lateinamerikas, konnten neue autoritäre Systeme einer gewissen, mindestens akklamatorischen Legitimierung durch das «Volk» nicht ent-behren. «Bonapartismus» bedeutete keine Rückkehr zum Ancien Régime, und selbst die Bourbonen-Restauration nach 1814 akzeptierte manches

Erbe der Zeit seit 1789, etwa den Verfassungsgedanken (als *charte constitutionnelle*) und die neue Aristokratie, die Napoleon aus seinen Generälen und Günstlingen geschaffen hatte. Sie legte allerdings das fürchterlichste Instrument still, das aus der Revolution entstanden war: Napoleons männerverschlingende Konskriptionsmaschine.<sup>84</sup> Nirgendwo außer in Spanien, Kurhessen und Teilen Italiens wollte die «Reaktion» die Spuren der Revolution vollkommen tilgen. Dass reines Charisma eine postrevolutionäre Ordnung nicht zu tragen vermochte, verstand Napoleon, ein großer Institutionenbauer, sehr gut. Bolívar sah es auch und kämpfte trotz mancher diktatorischer Anfechtungen, die sich in seinen Jahren des Triumphes anboten, unermüdlich für Rechtsstaatlichkeit und die überpersönliche Bindung persönlicher Macht. Er konnte aber nicht verhindern, dass sein heimatliches Venezuela und ähnlich andere Staaten des Kontinents in Jahrzehnte der *Caudillo*-Herrschaft abglitten.<sup>85</sup> Unter solchen Bedingungen reduzierte sich Massenpolitisierung darauf, die enge eigene Klientel bei Laune zu halten.

Die atlantischen Revolutionen entstanden aus einem beide Ränder des Ozeans erfassenden Beziehungsgeflecht, das seit den Zeiten des Kolumbus gewachsen war. Mehrere Ebenen der Integration überlagerten sich:

- (1) die administrative Integration innerhalb der großen Imperien Spaniens, Englands/Großbritanniens und Frankreichs sowie der kleineren Portugals und der Niederlande;
- (2) die demographische Integration durch Migration in die Neue Welt, vor allem von Osten nach Westen, aber auch durch Re-Migration in umgekehrter Richtung, vor allem von kolonialem Personal;
- (3) die Integration durch den Handel, vom Pelzhandel im Norden bis zum Sklavenhandel von Angola nach Brasilien im Süden, dabei organisiert nach den kompetitiven Spielregeln eines mit schwindendem Erfolg durchsetzbaren nationalen Merkantilismus und zunächst gestört (seit etwa 1730 rückläufig) durch endemische Piraterie; dieser Handel schuf so etwas wie eine gemeinsame atlantische Konsumkultur (also die Anfänge des heutigen westlichen *consumerism*), deren Unterbrechung durch politisch motivierten Boykott nun erstmals zur Waffe im internationalen Umgang wurde;<sup>86</sup>
- (4) die Integration durch kulturelle Transfers mannigfacher Art von der Übertragung westafrikanischer Lebensformen über die Verbreitung performativer Praktiken kreuz und quer durch die Region bis zur modifizierten Reproduktion europäischer Architekturstile jenseits des Atlantiks;<sup>87</sup>

(5) die Integration durch gemeinsame oder ähnliche, von einer wachsenden Zirkulation von Büchern, Pamphleten und Zeitschriften getragene und verbreitete normative Grundlagen einer «atlantischen Zivilisation»; schon der englische Schriftsteller und Literaturkritiker William Hazlitt hatte 1828 die Französische Revolution als Spätfolge der Erfindung des Buchdrucks bezeichnet.<sup>88</sup>

Dieser fünfte Punkt ist für das Verständnis der atlantischen Revolutionen nicht unwichtig, obwohl die reine Idee ohne ein fundierendes Interesse politische Aktion nicht zureichend erklären kann. Ideengeschichtlich gesehen, sind alle atlantischen Revolutionen Kinder der Aufklärung. Diese Aufklärung war europäischen Ursprungs, und ihre Wirkungen jenseits des Atlantiks müssen zunächst einmal als ein riesiger Vorgang des Mitnehmens und der Rezeption beschrieben werden. Eigene amerikanische, auch in Europa gehörte Stimmen meldeten sich seit den 1760er Jahren zu Wort, manche in empörter Antwort auf europäische Autoren (wie den Naturforscher Buffon und später den Philosophen Hegel), die sich herablassend über Natur und Kultur der Neuen Welt geäußert hatten: Benjamin Franklin, Thomas Jefferson, die Verfasser der *Federalist Papers* (erschienen 1787–88), der mexikanische Theologe Fray Servando Teresa de Mier.<sup>89</sup> Auch Simón Bolívar, der neben dem vielseitigen, lange in London lebenden Gelehrten Andrés Bello wichtigste politische Denker Lateinamerikas der Epoche, beharrte immer wieder darauf, die Programme der europäischen Aufklärung nicht unmodifiziert auf Amerika zu übertragen. Hier konnte er sich auf Montesquieu berufen, der verlangt hatte, die Gesetze eines Landes dessen konkreten Umständen anzupassen. Innerhalb der gesamtatlantischen Aufklärung bildeten sich Zentren und Peripherien. Im Verhältnis zu Frankreich oder Schottland war auch Spanien in der Phase anti-klerikaler Reformpolitik unter Karl III., intellektuell gesehen, ein Nebenschauplatz. Es war aber ein Merkmal der Zeit, dass man sich über innereuropäische Kulturgrenzen hinweg orientierte. Dass Engländer und nordamerikanische Kolonisten, obwohl religiös oft auf unterschiedlichen Spuren, eine gemeinsame Rechtstradition und gemeinsame Überzeugungen von Individualität und ihren Sicherungen teilten, ist oft bemerkt worden.<sup>90</sup> Zahlreiche Pamphlete im inneramerikanischen Meinungskrieg und vor allem dann die *Declaration of Independence* zeigten, dass John Locke und seine Auffassung vom Herrschaftsvertrag, die Widerstandslehre eines Algernon Sidney und die Theorien früher schottischer *moral philosophers* wie Francis Hutcheson und Adam Ferguson in Nordamerika wohlbekannt waren.<sup>91</sup> Thomas Paine, ein gelernter Korsett-

macher und philosophischer Autodidakt, der erst im November 1774 in die Neue Welt gekommen war und sich zu einem der einflussreichsten Journalisten aller Zeiten wandelte, bündelte dann den britischen politischen Radikalismus in seiner durchschlagenden Schrift von 1776, *Common Sense*, dem Produkt eines atlantischen Kosmopolitismus, der in Paines späterer Schrift *The Rights of Man* (1791–92) einen noch markanteren Ausdruck finden sollte.

Verglichen mit den konkreten Ergebnissen des «aufgeklärten Absolutismus» in Europa verkörperten die neuen Vereinigten Staaten einen Fortschritt verwirklichter Aufklärung. Wenn es in der Sattelzeit überhaupt je Philosophenkönige gegeben hat, dann waren es mehr noch als Friedrich II. von Preußen oder Joseph II. von Österreich neben dem einzigartigen Napoleon die drei Nachfolger George Washingtons im Präsidentenamt: John Adams, Thomas Jefferson und James Madison. Auch im englischsprachigen Amerika wurden französische Autoren stark beachtet, allen voran Montesquieu, Rousseau und der scharfe Kolonialismuskritiker Abbé Raynal (unter dessen Namen zum Teil auch Denis Diderot schrieb). Lateinamerikaner lernten diese *philosophes* ebenfalls rasch kennen. Ein junger Mann aus reichem Hause in Caracas wie Simón Bolívar las ihre Werke und die von Hobbes und Hume, Helvétius und Holbach; er dürfte nicht ganz untypisch gewesen sein.<sup>92</sup> In den 1790er Jahren studierte in Mexiko alle Welt vom Vizekönig abwärts, was die kritischen Geister Europas zu sagen hatten – ohne es sogleich in die Tat umzusetzen.<sup>93</sup> Noch allgemeiner gesagt, war es der Zeitgeist des Fortschrittsglaubens, der auf beiden Seiten des Atlantiks nicht nur die Intellektuellen im engeren Sinne erfasste, sondern auch Teile der Geschäftswelt.<sup>94</sup> Ein Besuch im *politisch* konservativen London, dem Weltzentrum ökonomischer Modernität, war daher für viele Amerikaner mindestens so aufregend wie der hautnahe Eindruck vom revolutionär aufgewühlten Paris.

Die Revolution ist keine Dinnerparty, hat der junge Mao Zedong, der es wissen musste, 1927 geschrieben. Und dasselbe gilt auch für die atlantischen Revolutionen. Keine von ihnen war eine friedliche Revolution wie die der Jahre 1989–91 zwischen Elbe und Wüste Gobi. Statistiken aufzustellen ist hier müßig. Die Opfer der französischen *terreur* von 1793/94, auf bis zu 50 000 im ganzen Land geschätzt (hinzukommen die 150 000 bis 200 000 Toten des Bürgerkrieges in der Vendée 1793 bis 1800),<sup>95</sup> müssen gesehen werden neben den zahlreicher Opfern der europäischen Kriege zwischen 1792 und 1815 (einschließlich des schrecklichen Terrors aller Seiten in Spanien nach 1808), den Hunderttausenden von

Toten in Lateinamerika vom Túpac-Amaru-Aufstand 1780 bis zum Ende der Befreiungs- und Bürgerkriege, die mitunter als totale Kriege ohne Vernichtungshemmung geführt wurden,<sup>96</sup> und denjenigen, die im schlimmsten revolutionären Hexenkessel der Epoche, Saint-Domingue/Haiti, ihr Leben verloren, darunter Zehntausende einfacher Soldaten der französischen und britischen Expeditionsarmeen, von denen die meisten an Tropenkrankheiten starben. Mit Recht wird die Revolution Thomas Jeffersons und George Washingtons vorteilhaft mit derjenigen Maximilien Robespierres verglichen; es gab kein amerikanisches Gegenstück zum Massenmord an angeblichen Volksverrättern. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass der amerikanische Unabhängigkeitskrieg von 1775 bis 1781 aus britischer Sicht einen Mobilisierungsgrad verlangte, der über alle früheren Kriege Großbritanniens hinausging und ihn gewissermaßen zum ersten modernen Krieg werden ließ, und dass er allein auf der Seite der Rebellen ca. 25 000 Tote forderte.<sup>97</sup> Der Krieg produzierte mehr Flüchtlinge und Emigranten als die gesamte Französische Revolution.<sup>98</sup> Anders als etwa im Russisch-osmanischen Krieg, als bei der Einnahme der Hafenfestung Očakov (Özi) 1789 an einem Nachmittag Tausende von Türken umgebracht wurden, kam es aber nicht zu Massakern an der Zivilbevölkerung. Das zweite Quartal des 19. Jahrhunderts war demgegenüber eine harmlose Etappe in der Geschichte der Welt, bis 1850/51 das große Taiping-Gemetzel in China begann.

Ganz eigentümlich im großen atlantischen Revolutionsfeld war die Stellung Großbritanniens. Es war spätestens seit 1763 die stärkste Militärmacht im atlantischen Raum. Der Versuch, die eigenwilligen Kolonialbriten zur Räson zu bringen, löste überhaupt erst die Kettenreaktion (wenn man es einmal so linear vereinfachen will) der zeitlich aufeinanderfolgenden Revolutionen aus. Überall war Großbritannien beteiligt. Es führte Krieg gegen sämtliche Revolutionen der Zeit außer der lateinamerikanischen, doch auch hier hatte zumindest eine frühe britische Militäraktion, die Besetzung von Buenos Aires im Juni 1806, weitreichende mobilisierende Konsequenzen. Bei alledem blieb das britische politische System intakt, ließ sich von sozialem Protest und subversiven Aktionen sowohl auf dem Lande wie in den neuen Städten der Industriellen Revolution nicht erschüttern, brachte zwischen 1775 und 1815 die größte militärische und ökonomische Mobilisierungsleistung vor dem Ersten Weltkrieg zustande und bewährte sich bei einer Führungsauslese, die ungemein fähige Politiker wie William Pitt d. J. (zwischen 1783 und 1806 nahezu ununterbrochen Premierminister), den gefährlichsten aller Gegenspieler Napoleons, an die Macht gelangen ließ.

War Großbritannien, das gleichzeitig besonders schnelle sozialökonomische Veränderungen durchlief, also ein konservativer ruhender Pol in einer Welt des Umsturzes?

Auch das Vereinigte Königreich nahm an der europäischen Revolutionsbewegung von 1830 teil. Zwischen Sommer 1830, als kurz auf den Tod König Georgs IV. die Nachrichten von der Julirevolution in Frankreich folgten, und dem Juni 1832, als das Paket der Reformgesetze unter dramatischster Spannung endgültig vom Parlament beschlossen wurde, durchlebte Großbritannien seine größte innenpolitische Krise des 19. Jahrhunderts. Nicht die 1790er Jahre und nicht 1848 waren die Momente größter revolutionärer Anfälligkeit, sondern ein Zeitpunkt fünfzehn Jahre nach dem Ende des mehr als zwanzigjährigen Krieges. Unbewältigte Kriegsfolgen und die Auswirkungen der frühen Industrialisierung kamen zusammen, um die Unzufriedenheit mit der herrschenden Ordnung extrem zu steigern. Zwischen 1830 und 1832 brachen in weiten Teilen Süd- und Ostenglands und in Wales Unruhen aus, die Hafenstadt Bristol erlitt beträchtliche Zerstörungen, Nottingham Castle wurde niedergebrannt, Arbeiter und *middle class* formierten sich in Gilden, Milizen und *unions*. Hätte der Herzog von Wellington, der führende konservative Politiker, im Frühjahr 1832 in der Art des Prinzen Polignac zwei Jahre zuvor in Frankreich mit der Rückendeckung eines reaktionären Königs die direkte Konfrontation mit der öffentlichen Stimmung gesucht, dann wäre das Haus Hannover womöglich den Weg der französischen Bourbonen gegangen.<sup>99</sup> So aber half der Herzog dem reformwilligen Premierminister der Whig-Partei, Charles Grey (2nd Earl Grey), eine Mehrheit für das Reformgesetz zu finden. Wichtiger als der Inhalt des Gesetzes, das die Zahl der wahlberechtigten Männer vorsichtig erweiterte und die parlamentarische Repräsentation der wachsenden Industriestädte verbesserte, war die Tatsache, dass es überhaupt angenommen wurde.<sup>100</sup> Reform von oben war der Revolution von unten zuvorgekommen. Damit war ein neues Erfolgsrezept für stabilitätssichernde Politik gefunden und zugleich das konservative Oligarchenregime, für das Pitt gestanden hatte, durch eine neue Haltung abgelöst worden, die über Parteigrenzen hinweg mehr auf die Stimmung im Lande hörte, zunehmend auch unter denjenigen, die noch von Wahlen ausgeschlossen waren. Das genügte nicht allen, denn aus der Enttäuschung über die Grenzen der Reform entstand die auch intellektuell fruchtbare Massenbewegung des Chartismus, die 1848 politisch scheiterte, weil sie weder den Sprung in die gewaltsame Revolution tat noch hinreichend viele Verbündete unter Reformkräften in den Mittelschichten fand.

Eine andere Form von britischer Revolution hatte bereits 1807 ihren ersten großen Erfolg errungen: Der Abolitionismus, der als riesige Bürgerbewegung organisierte Kampf gegen den Sklavenhandel, erreichte, dass das britische Parlament den Sklavenhandel verbot. 1834 folgte die Unterdrückung der Sklaverei im British Empire. Dies kam einer Revolution der Moral und des Rechtsempfindens gleich, einer radikalen Verwerfung einer Institution, die man jahrhundertelang in ganz Europa als selbstverständlich und den jeweiligen «nationalen» Interessen förderlich betrachtet hatte. Am Anfang dieser spezifisch britischen Revolution, den man auf das Jahr 1787 datieren kann, standen wenige religiöse Aktivisten, zumeist Quäker, und radikale Humanitaristen. Ihr ausdauerndster und erfolgreichster Organisator wurde ein anglikanischer Geistlicher, Thomas Clarkson, ihr prominentester parlamentarischer Sprecher der evangelikale Gentleman-Politiker William Wilberforce. Auf dem Höhepunkt seiner Wirksamkeit war der Abolitionismus eine gesamtbritische Massenbewegung, die sich eines breiten Spektrums gewaltfreier Agitationstechniken bediente, die erste breit fundierte Protestbewegung der europäischen Geschichte, die wesentlich von Geschäftsleuten geführt wurde (etwa dem Töpfereiunternehmer Josiah Wedgwood) und in der, anders als in der Französischen Revolution, adlige Renegaten kaum eine Rolle spielten.<sup>101</sup> Wenn der Abolitionismus auch kein politisches System eines Territorialstaates zerstörte, so doch eine Zwangseinrichtung mitsamt der sie stützenden Rechtsordnung und Ideologie, die zu den Fundamenten der frühneuzeitlichen atlantischen Welt gehört hatte.<sup>102</sup>

Die Revolutionen wirkten nicht allein durch Bücher und abstrakte Diskurse aufeinander ein. Künftige Revolutionäre lernten «vor Ort». Benjamin Franklin, dank seiner naturwissenschaftlichen Experimente der in Europa bekannteste Amerikaner der Zeit, verkörperte zwischen 1776 und 1785 als Gesandter in Paris das neue Amerika. Der Marquis de Lafayette, der «Held zweier Welten», hatte neben vielen anderen europäischen Freiwilligen im Nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg gekämpft und wurde, geprägt von amerikanischen Verfassungsprinzipien, der Freundschaft mit George Washington und Thomas Jeffersons persönlicher Belehrung, zu einem der führenden gemäßigten Politiker in der ersten Phase der Französischen Revolution. Lafayette musste sich bald sagen lassen, dass Frankreich das amerikanische Modell nicht «sklavisch» kopieren werde. Er floh aus Frankreich, landete als angeblich gefährlicher Radikaler in preußischen und österreichischen Kerkern und wurde schließlich für viele – wie den jungen Heinrich Heine, der ihn als temperamentvollen

alten Herrn in Paris kennenlernte – zur Verkörperung der reinen Ideale der Revolution.<sup>103</sup> Die einzelnen Revolutionen gingen selbstverständlich ihre eigenen Wege. So legte man in Frankreich viel weniger Wert auf *checks and balances* zwischen den Staatsorganen und viel mehr auf die Artikulation eines ungeteilten nationalen Willens im Sinne Jean-Jacques Rousseaus. Hier waren die Nordamerikaner bessere Schüler Montesquieus als dessen französische Landsleute, die erst in den späten 1870er Jahren dauerhaft zu einer liberalen Demokratie fanden. Immerhin näherte sich die Direktoriumsverfassung von 1795 amerikanischen Vorstellungen stärker an als ihre revolutionären Vorgängerinnen, und der General Bonaparte wurde von vielen als ein neuer George Washington gefeiert.<sup>104</sup> Weiterhin spiegelten sich die Revolutionen ineinander, bis sich im 19. Jahrhundert allmählich ein breiter mentaler Graben zwischen Amerika und Europa öffnete.

Auch die spätere Restauration stand im Zeichen einer oft biographisch unmittelbaren Revolutionserfahrung. Die französische Revolutionszeit vom Ballhausschwur bis Waterloo hatte gerade einmal 26 Jahre gedauert. Leute wie Talleyrand, der jedem der französischen Regime in hoher Funktion diente, hatten sie in der Mitte ihres Lebens aktiv durchgemacht, andere sie von Anfang bis Ende beobachtet wie Goethe, Hegel, Friedrich von Gentz und die langlebigeren unter ihren Generationsgenossen. Alexander von Humboldt hatte noch vor der Französischen Revolution Edmund Burke in London reden gehört, hatte mit Thomas Jefferson wissenschaftlich diskutiert, war Napoleon vorgestellt worden, hatte in Europa um Sympathien für den lateinamerikanischen Unabhängigkeitskampf geworben und besuchte im März 1848 als Achtzigjähriger Revolutionsversammlungen in Berlin.<sup>105</sup>

Das Zeitalter der Revolutionen präsentiert sich als ein großes Paradoxon, seit die Wirtschaftsgeschichte die Industrialisierung später ins 19. Jahrhundert hinein datiert hat. Die eingängige, vor allem von Eric Hobsbawm populär gemachte These von der «Doppelrevolution» – politisch in Frankreich, industriell in England – ist nicht länger haltbar. Mit den großen Texten des Revolutionszeitalters, vor allem der nordamerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776), der Verfassung der USA (1787), der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (1789), dem französischen Dekret über die Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien (1794) oder Bolívars Rede von Angostura (1819), beginnt die *politische Moderne*. Diese Dokumente stammen aus einer Zeit, als selbst in Großbritannien die Industrielle Revolution erst kaum revolutionär gewirkt hatte. Die

atlantische Revolutionsdynamik wurde nicht von den neuen sozialen Konflikten der Industrialisierung gespeist. Wenn etwas an ihr «bürgerslich» war, dann hatte es mit Industrie nichts zu tun.

### 3 | Die Konvulsionen der Jahrhundertmitte

Ein zweites Zeitalter der Revolutionen hat es nicht gegeben, sieht man ab von den stürmischen Jahren 1917 bis 1923, als Revolutionen und Aufstände Russland, Deutschland, Irland, Ägypten, Spanien, Korea und China erschütterten und in Europa wie im Nahen Osten mehrere neue Staaten entstanden. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts ereigneten sich in verschiedenen Teilen der Welt große kollektive Gewaltausbrüche. Die wichtigsten waren die Revolutionen von 1848/49 in Europa, die Taiping-Revolution in China (1850–64), der Große Aufstand in Indien (1857–59), auch «Mutiny» genannt, und der Bürgerkrieg in den USA (1861–65).<sup>106</sup> Die ungefähre Gleichzeitigkeit dieser Ereignisse innerhalb eines Zeitstreifens von siebzehn Jahren legt es nahe, sie als eine Art von revolutionärem Cluster zu betrachten. Es sieht so aus, als sei die Welt insgesamt durch eine schwere Krise hindurchgegangen. Die globalen Verflechtungen, so mag man vermuten, hatten sich seit dem Zeitalter der atlantischen Revolutionen verdichtet. Das revolutionäre Geschehen an verschiedenen Orten der Welt könnte daher enger aufeinander bezogen sein. Das war nicht der Fall. Dem Revolutionscluster der Jahrhundertmitte fehlte die räumliche Einheitlichkeit des revolutionären Atlantiks. Die Revolutionen blieben Ereigniszusammenhänge von jeweils subkontinentaler Erstreckung, keine *nationalen* Ereignisse, denn die Acht- und vierziger-Revolution übersprang sogleich nationale Grenzen, Indien und China waren damals keine Nationalstaaten, und in den USA wurde eine prekäre nationale Einheit infrage gestellt. Die einzelnen Krisen müssen daher zunächst unabhängig voneinander beschrieben werden.

#### | 1848/49 in Europa

Die europäischen Revolutionen von 1848/49 wiederholten in ihrem Verlaufsmuster das, was nach der französischen Julirevolution von 1830 passiert und damals ohne Beispiel gewesen war: ein ungemein schnelles Überspringen von Protest-

bereitschaft in ganz unterschiedliche politische Milieus in vielen Teilen Europas.<sup>107</sup> Historiker halfen sich früher gern mit dem naturalistischen Bild des Flächenbrandes oder des Lauffeuers, das selbstverständlich noch nichts erklärt und eine genauere Untersuchung der Reaktionsmechanik nicht ersetzen kann. Jedenfalls wurde die Revolution dieses Mal nicht, wie nach 1792, durch die Heere eines revolutionären Staates in anderen Ländern verbreitet. Es waren Nachrichten, oft nur Gerüchte, die revolutionäres Handeln als Antwort auf objektive Problemlagen hervorriefen. Dies konnte so schnell geschehen, weil viele Menschen seit dem Herbst 1847 einen revolutionären Ausbruch bereits erwarteten. Dabei konnte ein Repertoire von Rhetorik, Dramatisierung und Aktionsformen – etwa der Bau von Barrikaden, dem emblematischen Instrument des städtischen Häuserkampfes – aktiviert werden, das seit 1789, wiederbelebt 1830, in der politischen Kultur West- und Südeuropas bereitlag. Auch die Kräfte des Bestehenden glaubten seit 1789 und 1830 zu wissen, wie eine Revolution «funktionierte», und trafen entsprechend ihre Vorbereitungen. Die anfangs sensible Reaktion der revolutionären Zentren aufeinander hatte freilich nicht lange Bestand. Die einzelnen Revolutionen lokalisierten sich, nahmen ihre je besondere Machtkonstellation und ideologische Färbung an und gingen, ohne sich nennenswert gegenseitig zu Hilfe zu kommen, ihre je eigenen Wege. Gleichwohl bleiben sie Teile eines synchronen Epochenzusammenhangs und lassen sich miteinander vergleichen.<sup>108</sup> Die einzelnen Revolutionen flossen 1848/49 nicht zu einer einzigen großen europäischen Revolution zusammen, aber Europa wurde in einem Maße wie zuletzt während der Napoleonischen Kriege zu einem «Kommunikationsraum», einer «großräumigen Handlungseinheit».<sup>109</sup> Einzelne Schauplätze und besondere Ereignisse, auch wenn sie oft lokal «gemeint» waren, wurden in europäische Zusammenhänge und Horizonte eingebettet; politische Ideen, Mythen und Heldenbilder zirkulierten in ganz Europa.<sup>110</sup>

Beteiligt am revolutionären Geschehen waren die Schweiz (die 1847 im «Sonderbundskrieg» zwischen protestantischen und katholischen Kantonen einen richtigen Bürgerkrieg erlebte), Frankreich, die deutschen und die italienischen Staaten, der gesamte Vielvölkerstaat der Habsburgermonarchie, auch die Grenzonen des Osmanischen Reiches auf dem Balkan. Die Niederlande, Belgien und die skandinavischen Länder wurden insofern berührt, als sich dort Reformprozesse beschleunigten. Zusammengenommen war dies die an Teilnehmern zahlreichste, geographisch ausgedehnteste und gewaltsamste politische Bewegung im Europa des 19. Jahrhunderts. Die Revolution mobilisierte oft große Teile der Bevölke-

rung, und es ist ratsam, mehrere simultane Teilrevolutionen zu unterscheiden: bürgerliche Protestbewegungen, bürgerliche Verfassungsbewegungen, Protestaktionen städtischer Unterschichten, schließlich nationalrevolutionäre Bewegungen, die mitunter auf breiten gesellschaftlichen Bündnissen beruhten.<sup>111</sup> Zwischen diesen Teilrevolutionen bestand nicht immer eine enge Verbindung: Bauern, die Holz stahlen, und städtische Notabeln, die Festbankette zu politischen Foren umfunktionierten, hatten wenig miteinander gemein.<sup>112</sup> Das Beispiel des Holzdiebstahls ist nicht zufällig gewählt. Es zeigt, dass 1848 nahezu *alle* latenten Konflikte virulent wurden. Die Frage des Zugangs zu Forstressourcen war ein besonders weit verbreiteter Protestanlass: «Überall, wo es Wälder gab, gab es auch Waldaufstände.»<sup>113</sup> Und es gab viel Wald in Europa.

Vom chronologischen Beobachtungspunkt vor allem des Frühjahrs 1848, als in mehreren Ländern die Macht «auf der Straße» zu liegen schien, ist es erstaunlich, dass die Revolutionen dann doch allesamt scheiterten. Sie schlugen in dem Sinne fehl, dass fast keine Gruppe von Akteuren ihre jeweiligen Ziele dauerhaft durchzusetzen vermochte. Allerdings ist hier die Differenzierung wichtiger als ein solches allzu pauschales Verdikt. Das «Scheitern» nahm nämlich verschiedene Grade und Formen an. Differenziert man *sozial*, dann gewannen die Bauern am meisten. Im Habsburgerreich, an dem die frühere «Bauernbefreiung» spurlos vorübergegangen war, und in einigen deutschen Staaten wurden die Bauern von ihrem servilen Status entlastet. Dort, wo die rechtliche Lage der Bauern zuvor schon verbessert worden war, beschleunigten sich Emanzipationsprozesse und kamen zum Abschluss; so wurden etwa Ablösezahlungen auf ein realistisches Maß reduziert.<sup>114</sup> Hatten die Bauern solche Ziele erreicht, dann verloren sie das Interesse an der Revolution. Ihr Unmut hatte sich ohnehin nur gegen die Grundbesitzer gerichtet, nicht gegen die spätabsolutistischen Monarchen, deren Macht die bürgerlichen Verfassungsbewegungen beschränken wollten. Anders als sehr viele Bauern, gehörten die unterbäuerlichen Schichten, denen die Regierungen keine Konzessionen machten, zu den Verlierern der Revolution. Dort fanden sich auch die städtischen Unterschichten, denen die volle Wucht der Repression zugeschlagen wurde. Insgesamt fällt aber auf, wieviele Gewinner dann doch bei Revolutionen zu finden waren, die an der Oberfläche «scheiterten». Der Adel (wenn er nicht ohnehin schon schwach war wie in Frankreich) verteidigte im Großen und Ganzen seine Position; die Staatsbürokratien lernten viel über den Umgang mit einer politisierten Bevölkerung und über den geschickten Einsatz von Medien; das Wirt-

schaftsbürgertum fand ein wachsendes staatliches Verständnis zumindest für seine Geschäftsinteressen.<sup>115</sup>

Differenziert man *regional*, dann schlug die Revolution in Frankreich weniger drastisch fehl als andernorts. Letzte Spuren eines legitimistischen Königtums wurden beseitigt. Zum ersten Mal seit 1799 entstand wieder eine Republik. Als sie drei Jahre später durch den Staatsstreich Louis Napoléons, der sich dann als Napoleon III. und politischer Erbe seines Onkels zum Kaiser machte, beendet wurde, war dies in keiner Weise eine Restauration früherer Zustände. Das Zweite Kaiserreich war eine modernisierte Neuauflage des ursprünglichen Bonapartismus, in manchem Sinne eine Synthese aller Tendenzen der politischen Kultur Frankreichs seit dem Ende der Schreckensherrschaft 1794.<sup>116</sup> Das Regime des Präsidenten Louis Napoléon und nachmaligen Kaisers Napoleon III. begann mit einer harten Unterdrückung aller Gegner, sollte sich mit der Zeit aber als durchaus liberalisierungswillig erweisen und wurde zu einem Rahmen, in dem sich die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft Frankreichs ruhig entfalten konnte. Spektakulär war hingegen die Niederlage der Revolutionäre in Ungarn, wo nationale Autonomie im Zentrum aller Forderungen gestanden hatte. Da die ungarischen Revolutionäre die einzigen waren, die sich zureichend bewaffnet hatten, musste hier der Konflikt zu einem Krieg zwischen Ungarn und der störrischen Imperialmacht Österreich eskalieren. Russland kam im Zeichen konterrevolutionärer Solidarität zu Hilfe. In Ungarn endete die Revolution im August 1849 mit einer förmlichen militärischen Kapitulation. Ungarn wurde rachsüchtig unterworfen. Alle Spuren der Revolution sollten getilgt werden, durchaus mit wohlwollendem Einverständnis mancher ungarischer Magnaten. Die ungarischen Offiziere wurden kriegsgerichtlich abgeurteilt; die grausame Strafe von Zwangsarbeit in Ketten (das österreichische Äquivalent der Verbannung auf tropische Inseln) wurde reichlich ausgesprochen. Einschließlich der Opfer auf österreichischer Seite verloren 1848/49 in Ungarn allein etwa 100 000 Soldaten ihr Leben, dazu kamen Tausende von Bauern, die bei ländlichen Nationalitätenkämpfen im Donauraum getötet wurden.<sup>117</sup>

Wenn man schließlich das «Scheitern» der Achtundvierziger-Revolution in einen längeren Zeithorizont rückt, dann relativiert es sich deutlich. Wir können nur darüber spekulieren, wozu ein Erfolg der Revolution geführt hätte. Frankreich wäre Republik geblieben, gewiss eine mit unverlöschten Gegensätzen. Bei einem Sieg der italienischen und der ungarischen Rebellen wäre das Habsburgerreich als Vielvölkerstaat zerfallen, in

Deutschland hätte sich die Richtung auf Verfassungsstaat und breitere politische Partizipation beschleunigt. Man muss aber unterscheiden zwischen den Wirkungen, die von der Revolution, *wie sie war*, ausgingen, und denen, die von einer siegreichen Revolution hätten ausgehen können. Die konservativen Oligarchien, die den Sturm überdauert hatten, reagierten mit einer neo-absolutistischen Politik, die keinen Zweifel daran ließ, wo die Macht – gerade auch die nun gestärkte militärische Macht – lag, dennoch aber zu Zugeständnissen bereit war. Die Suche Napoleons III. nach Akklamation aus dem Volk, die österreichische Besänftigung der ungarischen Oberschicht im verfassungspolitischen «Ausgleich» von 1867 (der ohne die militärische Niederlage vom Vorjahr gegen Preußen nicht denkbar gewesen wäre) und die Gewährung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts in der Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 waren solche Zugeständnisse, fraglos ganz unterschiedlicher Art. Eine zweite ebenso unumkehrbare Langzeitfolge bestand darin, dass viele gesellschaftliche Gruppen lernten, die oft für sie selbst überraschende Erfahrung der Politisierung in festere institutionelle Formen zu gießen. Daraus markieren die europäischen Revolutionsjahre einen Wendepunkt in einer Entwicklung «von den überlieferten Formen kollektiver Gewalt zur organisierten Interessendurchsetzung».<sup>118</sup>

Ein *globales* Ereignis waren die Achtundvierziger-Revolutionen nicht. Hier liegt ihr tiefstes Paradox: Die größte europäische Revolutionsbewegung zwischen 1789 und 1917 blieb in ihrer Weltwirkung überaus beschränkt. Als Fanal wurde sie außerhalb Europas nicht verstanden. Im Unterschied zur Französischen Revolution hatte sie keine neuen universalen Prinzipien formuliert. Um 1848 waren die Dauerkontakte Kontinentaleuropas mit dem Rest der Welt weniger zahlreich und dicht als fünfzig Jahre früher oder später, die möglichen Transmissionswege daher selten und eng. Am wichtigsten war die transatlantische Emigration. Die USA nahmen flüchtige «Achtundvierziger» gerne auf und sahen dadurch ihre eigene überlegene Fortschrittlichkeit bestätigt. Lajos Kossuth gelangte über den Umweg des Osmanischen Reiches Ende 1851 in die USA und wurde dort als Held gefeiert. 1867 von Kaiser Franz Joseph begnadigt, blieb er aber bis zu seinem Tode im oberitalienischen Exil. Carl Schurz, Teilnehmer am pfälzisch-badischen Aufstand von 1849, wurde in der amerikanischen Immigration einer der einflussreichsten Führer der neuengründeten Republikanischen Partei, General im Bürgerkrieg, seit 1869 Senator und 1877 (bis 1881) Innenminister in der Bundesregierung. Gustav von Struve, etwas weniger anpassungsbereit und erfolgreich als

Schurz, war in Südbaden wie im Shenandoah Valley militärisch aktiv und stolz darauf, an zwei großen Freiheitskämpfen der Menschheit teilgenommen zu haben. Ein kleinerer revolutionärer Fisch, der sächsische Kapellmeister Richard Wagner, ließ sich bis 1864 nicht wieder in Deutschland blicken.<sup>119</sup> Wie stark die nach der Jahrhundertmitte anschwellende Auswanderung aus Mitteleuropa von politischen Motiven bestimmt war, ist schwer abzuschätzen. Unbezweifelbar ist aber, dass die Revolution einen erheblichen *brain drain* in die liberaleren Länder Europas und in die Neue Welt auslöste und dass viele Emigranten ihre politischen Ideale mitnahmen.<sup>120</sup>

1848/49 waren die beiden europäischen Flügelmächte Großbritannien und Russland, die wichtigsten Brücken zu anderen Kontinenten, weniger stark in das Revolutionsgeschehen einbezogen als während der Sattelzeit, als immerhin der Vollstrecke der Französischen Revolution mit 110 000 Mann in Moskau eingerückt war. In Russland blieb es 1848 ruhig, in England hatte der Chartismus, eine lose organisierte Massenbewegung der kleinen Leute, die für den Schutz alter Rechte gegen «Willkürherrschaft» (*arbitrary government*) kämpfte, schon 1842 seinen Höhepunkt erreicht und war 1848 noch einmal ergebnislos aufgeflackert, ohne dass danach die Ideen und die Sprache des Radikalismus völlig aus der britischen politischen Kultur verschwunden wären. Die nicht-radikalen Richtungen in der britischen Öffentlichkeit beglückwünschten sich 1848 zur überlegenen Leistungsfähigkeit der eigenen Institutionen. Die unruhigsten Nationen in den beiden großen Imperien – hier die Iren, dort die Polen – waren nach den westeuropäischen Maßstäben der Zeit ruhig geblieben. Immerhin wurden mehrere Hundert irische Rebellen strafweise in die Kolonien verschickt. Dies bietet einen ersten Fingerzeig auf imperiale Zusammenhänge.<sup>121</sup> Wie schon so oft in der Vergangenheit, nutzte die britische Regierung das bequeme Mittel der Deportation (*transportation*), um Unruhestifter unblutig aus dem Weg zu räumen. Mittlerweile waren es viele Bewohner der Kolonien aber leid, ihre Länder als Ferngefängnisse des britischen Staates missbraucht zu sehen. 1848/49 kam es zu heftigen Protesten mit jeweils Tausenden von Demonstranten gegen Sträflingsschiffe in Australien, Neuseeland und Südafrika. Wenn der britische Staat sich also Chartisten und aufmüpfige Iren durch Verschickung erfolgreich vom Leibe hielt, so löste er damit unliebsame Reaktionen an anderen Stellen des Empire aus.

Eine weitere Verbindung zwischen Weltreich und vermiedener Revolution im Heimatland ergab sich über die Finanzen. Die Machthaber in

London sahen, dass um jeden Preis eine Erhöhung der steuerlichen Belastung der Mittelschichten vermieden werden musste. Das konnte verschiedenartige Konsequenzen haben. Wo die Steuerbürde in den Kolonien verstärkt wurde (wie 1848 in Ceylon/Sri Lanka), riskierte man Steuerproteste von einem klassischen, auch in Europa bekannten Typus, die nur durch Repression unter Kontrolle gebracht werden konnten. Wo der koloniale Staat seine Präsenz durch Personalreduktion verbilligte (wie in Kanada), konnten selbstbewusste Siedler diese Lücke füllen. In Indien war es sogar eines der Motive für die Annexion des Panjab 1848/49, dass dadurch eine notorisch unruhige Grenze befriedet wurde und die Verteidigungskosten gesenkt werden konnten. Auch wenn von den europäischen Revolutionen keine Funken zur Peripherie des British Empire übersprangen, so nutzten doch Gegner des Empire die Nachrichten aus Europa, sobald sie nach mehreren Monaten – dies war die Zeit vor der Verkabelung der Welt – eingetroffen waren. In Ceylon, unter den Frankokanadiern und in radikalen Zirkeln von Sydney fanden sich Echos französischer Revolutionsrhetorik. Trotz solcher Verbindungen: die imperialen Konflikte von 1848/49 steigerten sich nirgendwo zu politischen Explosions. Und dennoch gab es im Empire so etwas wie eine post-revolutionäre Politik der Konfliktentschärfung. Kolonialen Repräsentativversammlungen, den sogenannten *assemblies*, wurde ein größerer Spielraum als zuvor eingeräumt und zugleich die Kontrolle der Gouverneure über die alles entscheidenden Finanzen verstärkt. Symbolisches Entgegenkommen verband sich mit festerem Zugriff auf die Hebel der Macht.

### Die Taiping-Revolution in China

Nichts spricht dafür, dass die Taiping-Rebellen in China auch nur das Mindeste von der Achtundvierziger-Revolution in Europa gehört hatten. Umgekehrt gilt Ähnliches. Während es um die Mitte des 19. Jahrhunderts gar keine chinesischen Beobachter in Europa gab, die über die aktuellen politischen Entwicklungen hätten berichten können, saßen um 1850 immerhin europäische Konsuln, Missionare und Kaufleute in Hongkong sowie in den 1842 durch den Vertrag von Nanjing geöffneten Vertragshäfen, also relativ nahe am Geschehen. Sie erfuhren wenig. Die ersten Berichte, noch ganz auf Gerüchte aufbauend, stammten vom August 1850, als sich die Taiping-Bewegung gerade in der entlegenen Provinz Guangxi zu rühren begann. Erst 1854 nahm aber das westliche Interesse zu, dann hörte man vier Jahre lang gar

nichts mehr über die Taiping und kam erst 1858 während des Zweiten Opiumkrieges wieder in flüchtige Berührung mit ihnen. Erst nach 1860, als die Bewegung bereits auf dem Rückzug war und ums Überleben kämpfte, vervielfältigten sich Kontakte und Berichte.<sup>122</sup> Die Führer der bei weitem größten Aufstandsbewegung der Neuzeit wussten also nichts über die Ereignisse in Europa, und den Europäern blieb die Dimension des Geschehens in China weithin verborgen. Eine unmittelbare Wechselwirkung kann man ausschließen. Auf Taiping-Seite kämpften einige westliche Söldner. Dass unter ihnen Achtundvierziger gewesen seien, ist nicht bekannt. Nichts verband um die Mitte des 19. Jahrhunderts die mentalen Welten europäischer und chinesischer Revolutionäre, und dennoch müssen *beide* einen Platz in der Weltgeschichte des 19. Jahrhunderts finden.

Was war der Taiping-Aufstand, der mindestens genauso revolutionär war wie die Achtundvierziger-Revolution, da er für eine Weile erfolgreich einen Gegenstaat errichtete und in einigen Provinzen Chinas die alte soziale Elite nahezu auslöschte?<sup>123</sup> Die Taiping-Bewegung, die China fast fünfzehn Jahre lang mit Bürgerkrieg überzog, ging auf die charismatische Erleuchtung ihres prophetischen Gründers Hong Xiuquan zurück, 1814 als Bauernsohn im tiefen Süden Chinas geboren. Hong war durch das Scheitern bei den Provinzprüfungen in eine persönliche Krise geraten. Er hatte Visionen erlebt, die durch die Lektüre christlicher Traktate (in chinesischer Sprache) eine von den chinesischen Traditionen wegführende Richtung erhalten hatten. In Kanton suchte er 1847 Unterweisung bei einem amerikanischen Erweckungsmissionar. Aus allem, was er erfuhr, zog Hong Xiuquan den Schluss, er sei der jüngere Bruder Jesu Christi und von Gott beauftragt, den rechten Glauben zu verbreiten. Bald gesellte sich dem das eingebildete Mandat hinzu, China von den Mandschu zu befreien. Charismatische Ursprünge von Politik waren auch im Westen nicht unbekannt. Die Sekte der Mormonen in Nordamerika entstand auf ähnliche Weise, und die Apokalyptik eines Endkampfes zwischen den Mächten der Finsternis und den Kämpfern für eine erneuerte Weltordnung findet sich auch am extremen Rand der Französischen Revolution. Einzigartig in China war, dass aus der Erweckung eines einzigen Individuums innerhalb weniger Jahre eine gigantische Massenbewegung wurde. Dies wäre nicht möglich gewesen, hätte nicht im Südwesten Chinas, wo die Bewegung sich zunächst sammelte, und dann auch in den anderen Landesteilen, die sie als rasch anschwellender Heerzug überrollte, das Potenzial für eine soziale Revolution bereit gelegen. Immer mehr traten neben das politische Ziel, die ethnisch fremden Mandschu zu vertreiben,

Programme einer radikalen gesellschaftlichen Umgestaltung. In jenen Gebieten Süd- und Zentralchinas, die unter Taiping-Kontrolle gerieten, wurde im großen Stil Land enteignet, wurden Beamte und Grundbesitzer verfolgt und neue Gesetze eingeführt. Das Anfang 1851 proklamierte Himmelsreich des Großen Friedens (*Taiping Tianguo*), das 1853 Nanjing, die alte Kaiserstadt der Ming-Dynastie, zu seiner Hauptstadt erhob, verwirklichte einige Jahre lang ein radikales Gegenmodell zur überkommenen konfuzianischen Ordnung, allerdings nicht ganz so egalitär oder gar proto-sozialistisch, wie es die offizielle Geschichtsschreibung in der Volksrepublik China später darstellte. Man ahnt zumindest, in welche Richtung China gegangen wäre, hätten sich die Taiping schließlich durchgesetzt.

Der außergewöhnliche militärische Erfolg der Taiping erklärt sich durch die anfängliche Schwäche der kaiserlichen Streitkräfte und dadurch, dass sich zu Hong Xiuquan mehrere Unterführer gesellten, die militärisch und administrativ begabter waren als der ziemlich konfuse Prophet. Zwischen diesen Unterführern, die sich nach dem alten chinesischen Muster der «streitenden Reiche» bald Königstitel zulegten (Nordkönig, Ostkönig usw.) brachen mit der Zeit scharfe Rivalitäten aus. Wurden die revolutionären Bewegungen Europas 1848/49 durch inneren Dissens geschwächt, so galt dies erst recht für die Taiping, zumal sie durch solchen Streit auch mehrere medial begabte Führer verloren, die die göttlichen Visionen Hong Xiuquans durch neue Erleuchtungen aktualisiert hatten. 1853 waren Taiping-Truppen in die Sichtweite der Mauern von Peking gekommen, aus dem der Qing-Hof bereits geflohen war. Ihr Kommandant kehrte jedoch um, angeblich, weil er keinen «himmlischen Befehl» zu Eroberung der Hauptstadt erhalten habe. Damit war die größte Chance der Bewegung bereits vertan. Um 1856 begannen sich die Kräfteverhältnisse umzukehren. Die Qing-Dynastie erlaubte in ihrer Not einigen hohen regionalen Beamten, neue Armeen und Milizen aufzustellen, die den offiziellen kaiserlichen Truppen bei weitem überlegen waren und die Taiping allmählich zurückzudrängen vermochten. Dass die Qing-Regierung mit Duldung der europäischen Regierungen westliche, vor allem britische und französische Söldner anheuerte, stärkte die kaiserliche Seite, ohne kriegsentscheidend gewesen zu sein. 1864 wurde die Himmelsstadt Nanjing in einem gigantischen Blutbad von den Kaiserlichen zurückerobert. Die Brutalität, mit der die Taiping gegen ihre Gegner vorgingen, und der Ausrottungswille, mit dem diese zurückgeschlagen, sind in der Geschichte des 19. Jahrhunderts einzigartig. Nur

zwei Beispiele unter vielen: Bei der Eroberung der Stadt Nanjing durch die Taiping im März 1853 kamen durch Massaker und Massenselbstmorde etwa 50 000 Mandschu-Soldaten und deren Familienangehörige ums Leben. Als Nanjing im Juni 1864 wieder von den Qing-Truppen eingenommen wurde, fielen deren Säuberungen innerhalb von zwei Tagen vermutlich 100 000 Menschen zum Opfer; viele waren einem grausamen Schicksal durch Selbstmord zuvorgekommen.<sup>124</sup> Allein in den drei dichtbesiedelten ostchinesischen Provinzen Jiangsu (mit der Stadt Nanjing), Zhejiang und Anhui soll zwischen 1851 und 1864 die Bevölkerung um 43 Prozent zurückgegangen sein.<sup>125</sup> Die Erbitterung und Gewaltsamkeit, mit der die Auseinandersetzungen in China ausgetragen wurden, gab ihnen die Schärfe eines genuinen Bürgerkrieges. Alle, die als Führer der Taiping galten, wurden umgebracht oder nach Gerichtsverfahren hingerichtet, auch der fünfzehnjährige Sohn des «Himmelskönigs» Hong Xiuquan. Dieser selbst war in Nanjing einer Krankheit oder einem Giftanschlag erlegen. Die Praxis pauschaler Vernichtung der «Banditen», wie sie genannt wurden, war nicht eine natürliche Folge chinesischer Grausamkeit, sondern die Konsequenz politischer Entscheidungen. Die Taiping erlitten, anders als die europäischen Revolutionäre, eine *totale* Niederlage. Daher konnte es nach 1864, dem ersten Jahr des Aufatmens, in China keine Kompromisse und keine Versöhnung geben.

Auf westlicher Seite sahen einige, insbesondere Missionare, in den Taiping die Gründer eines neuen, christlichen China. Andere misstrauten ihnen als einer unberechenbaren Kraft des Chaos und stellten sich auf die Seite der angeschlagenen Qing-Dynastie. In China lag zunächst jahrzehntelang eine Art von Tabu über der Erinnerung an die Bewegung. Die überlebenden Verlierer vermieden, sich als frühere Taiping-Anhänger zu erkennen zu geben, die Sieger lebten in dem (berechtigten) Glauben, die Bewegung vollkommen ausgemerzt zu haben. Es gibt erstaunlich wenige Anzeichen dafür, dass China durch die Taiping-Episode mit ihren radikalen Programmen und ihren massenhaften Morden andauernd traumatisiert worden sei. Der Revolutionsführer Sun Yatsen berief sich gelegentlich auf die Taiping, doch erst die parteikommunistische Geschichtsschreibung holte sie in ein offizielles Geschichtsbild zurück, nunmehr als anti-feudaler und anti-imperialistischer Kampf der vereideten Bauernschaft gedeutet, eine Interpretation, von der man in China heute abrückt. Ebenso einseitig und überholt ist die spiegelbildliche Gedenkdeutung aus der Zeit des Kalten Krieges, die in den Taiping eine frühe «totalitäre» Bewegung sah.

Globalgeschichtlich ist vierlei von Interesse:

| *Erstens.* Die Taiping-Bewegung unterschied sich von allen früheren Volksbewegungen der chinesischen Geschichte durch ihre Inspiration aus dem Westen. Auch wenn in die synkretistische Weltanschauung der Bewegung manches andere Element einfloss, so hätte es ohne die Präsenz von europäischen und amerikanischen Missionaren und ihren ersten chinesischen Konvertiten in Südchina die Revolution in solcher Form nicht gegeben. Die Machthaber und die kulturelle Elite Chinas wussten um die Jahrhundertmitte noch so gut wie nichts vom Christentum. Die Ideenwelt der Taiping war ihnen daher ganz fremd, das besondere Amalgam von chinesischen Volksreligionen, Konfuzianismus und evangelikalem Protestantismus unverständlich. Auch war die wirtschaftliche Krise in Südwestchina, die der Bewegung viele ihrer Anhänger zuführte, teilweise eine Folge der allmählichen Öffnung Chinas für einen unkontrollierten Außenhandel seit 1842. Opium und die Bedrängung der chinesischen Wirtschaft durch Importe führten zu sozialen Verwerfungen, die zum Entstehen einer revolutionären Situation beitrugen. Die Taiping-Revolution war *auch*, wenngleich keineswegs ausschließlich, ein Globalisierungsphänomen.

| *Zweitens.* Parallelen der Taiping zu religiösen Erweckungsbewegungen in anderen Teilen der Welt sind unverkennbar. Einzigartig waren aber die frühe Militarisierung und der militärische Erfolg der Bewegung und ihr keineswegs weltfremdes Ziel des Umsturzes einer herrschenden politischen Ordnung. Die Taiping waren eine charismatisch inspirierte Bewegung, aber keine messianische Sekte, die im Banne einer erlösenden Endzeiterwartung stand. Sie waren, hier ganz der chinesischen Tradition folgend, innerweltlich orientiert.

| *Drittens.* Programmatisch verband die Taiping und die europäischen Revolutionen wenig. Die Vorstellung, eine Dynastie könne wegen Erfolglosigkeit ihr «himmlisches Mandat» verwirken, stammte nicht aus westlichen Quellen, sondern war Gemeingut des altchinesischen Staatsdenkens. An Menschen- und Bürgerrechte, Schutz des Privateigentums, Volkssouveränität, Gewaltenteilung und Verfassungen dachte damals in China niemand. Auch innerhalb der Taiping-Bewegung wurden aber, vor allem von Hong Reng'an (dem «Schildkönig», faktisch eine Art Kanzler des Taiping Tianguo), einem in Hongkong bei Missionaren ausgebildeten und daher mit dem Westen bekannten Vetter Hong Xiuquans, Pläne zur infrastrukturellen und ökonomischen Modernisierung Chinas formuliert, die deutlich von Erfahrungen im britischen

Hongkong geprägt waren und weit in die Zukunft wiesen. Hong Reng'an konnte sich ein christliches China als Teil der Weltgemeinschaft vorstellen und war damit den meisten offiziellen Vertretern des chinesischen Staates, die damals noch am Bild eines einzigartigen und überlegenen «Reichs der Mitte» festhielten, weit voraus. Hong wollte bereits Eisenbahnen, Dampfschifffahrt, ein Postsystem, Patentschutz sowie Banken westlichen Stils und Versicherungen einführen, und er wollte dies nicht allein durch den Staat realisiert sehen, sondern warb für das öffentliche Engagement von Privatleuten («wohlhabenden und an öffentlichen Angelegenheiten interessierten Leuten»).<sup>126</sup> Dieses Programm war den Bedürfnissen Chinas nicht unangemessen. Es wies wie die europäischen Revolutionen über die Zukunftshorizonte der Anciens Régimes hinaus.

| *Viertens.* Die Unterdrückung der Taiping löste keine Fluchtwelle vom Umfang der europäischen nach 1848/49 aus. Wohin hätten Chinesen auch fliehen sollen? Es gibt aber manche Spuren, die vor allem nach Südostasien weisen, und unter denjenigen, die auf dem Wege über den nun beginnenden Kulihandel ins Ausland gelangten, müssen manche gewesen sein, die sich als ehemalige Revolutionäre in der Heimat nicht mehr sicher fühlten. Die Taiping-Revolution ist aber nicht exportiert worden, und alte Taiping-Kämpfer haben ihre Ziele nicht in andere Milieus übertragen.

#### *Der Große Aufstand in Indien*

Im Frühjahr 1857 befanden sich die Qing-Truppen an mehreren Fronten in fluchtartigem Rückzug vor den Taiping-Heeren. Dass an anderer Stelle, etwa in der Provinz Hubei, die kaiserlichen Kräfte erstarnten, sollte sich erst später als Beginn einer Trendwende zu erkennen geben. 1857 hing das Überleben der Dynastie und damit des traditionellen Kaisertums in der Schwebe. Auf der anderen Seite des Pazifiks war 1857 das Jahr der großen Weichenstellung in den USA. Als Folge einer kumulativen Verschärfung mehrerer Konflikte erreichten der Norden und der Süden einen *point of no return*, danach lief die Entwicklung mit großer Fatalität auf eine gewaltsame Lösung der Spannungen zu. Einigen klarsichtigen Beobachtern blieb dies damals nicht verborgen, und sie ahnten die Heraufkunft eines Bürgerkrieges, wie er vier Jahre später tatsächlich begann.<sup>127</sup> Nicht nur die älteste Monarchie der Welt war von einem dramatischen Zusammenbruch bedroht, auch die größte aller Republiken, die in mancher Hinsicht das fortschrittlichste

Gemeinwesen der Welt war, stand am Abgrund einer existenziellen Krise. Der größte Staat Eurasiens durchlief ebenfalls eine Zeit besonderer Unsicherheit. Die Machthaber Russlands waren soeben durch die Niederlage im Krimkrieg in tiefe Selbstzweifel gestürzt worden. Zar Alexander II. und seine Berater verbrachten das Jahr 1857 damit, Pläne für die Emanzipation der Leibeigenen zu entwickeln, die nun für unvermeidlich gehalten wurde.<sup>128</sup> Noch schien kein großer Bauernaufstand bevorzustehen, doch waren vorbeugende Reformen dringend geboten.

Was einem Imperium widerfuhr, wenn seine Peripherie aufbegehrte, konnte man gleichzeitig in Indien erleben. Die Briten hatten seit genau hundert Jahren in Feldzug um Feldzug ihre Herrschaft über den Subkontinent ausgedehnt und dabei so gut wie keine Rückschläge erlitten. Sie glaubten sich im sicheren Besitz der Macht und wiegten sich in der Vorstellung, nicht nur von ihren indischen Untertanen als Herrscher akzeptiert zu werden, sondern den Indern auch als Bringer einer überlegenen Zivilisation Gutes zu tun. Die Realität und ihre Einschätzung änderten sich innerhalb weniger Wochen. Im Juli 1857 war die britische Herrschaft über große Teile Nordindiens zusammengebrochen, und es schien zumindest den Pessimisten fraglich, ob die größte Kolonie der Welt im Empire gehalten werden könnte.

Die Briten sprachen und sprechen von der indischen «Meuterei» (*Mutiny*). Bis zum heutigen Tage gehören Schreckensbilder wie das Massaker von Kanpur (Cawnpore), als im Juli 1857 mehrere Hundert europäische und anglo-indische Frauen und Kinder umgebracht wurden, zur Mythologie imperialer Erinnerungen.<sup>129</sup> In Indien, wo man sich eher an die brutale Bestrafung der Aufständischen – Hunderte oder gar Tausende wurden mit Kanonen exekutiert, manche Muslime vor der Hinrichtung in Schweinehäute eingenäht – erinnert, spricht man vom Großen Aufstand, eine Bezeichnung, die vorzuziehen ist.<sup>130</sup> Ob der Aufstand als Beginn der indischen Unabhängigkeitsbewegung betrachtet werden kann, ist eine politisch seit langem umstrittene Frage, die hier nicht entschieden werden muss. Wichtig ist: Er war eine Rebellion, keine Revolution. Die Aufständischen hatten kein anderes Programm als die Rückkehr zu vor-britischen Zuständen. Anders als die amerikanischen und europäischen Revolutionäre, anders auch als gleichzeitig die Taiping, entwarfen sie keine Visionen einer den Herausforderungen der Gegenwart angemessenen neuen Ordnung. Im Unterschied zu den Taiping gelang es ihnen auch niemals, einen über kurzfristige militärische Besetzung hinaus lebensfähigen Gegenstaat zu errichten. Dennoch lohnt es, den Indischen Aufstand

vergleichend in die Serie der großen Konvulsionen der Jahrhundertmitte einzuordnen.

Im Unterschied zu früheren und späteren Erhebungen in Indien begann der Große Aufstand nicht als Protest der Landbevölkerung, sondern als Soldatenrevolte, eine ständige Gefahr in einem Militärapparat, in dem 1857 neben 45 000 Briten 232 000 Inder dienten.<sup>131</sup> Die Unruhe braute sich in der Armee von Bengalen zusammen, der größten der drei Armeen der East India Company. Seit etwa eineinhalb Jahrzehnten hatte die Unzufriedenheit unter den indischen Truppen, den Sepoys, zugenommen. Gerüchte, die Soldaten sollten zwangsweise zum Christentum bekehrt werden, standen am Beginn. 1856 nährte die Anordnung, die Armee in Übersee einzusetzen und ihr damit die Verletzung religiöser Vorschriften abzuverlangen, solche Befürchtungen. Seit einiger Zeit hatten die hohen Kasten der Nordwest-Provinzen, die bis dahin das Rückgrat der britisch-indischen Armee gebildet hatten, manche Privilegien verloren. Zahlreiche Mitglieder dieser Militärelite stammten aus dem Fürstenstaat Awadh (auch: Oudh), der erst kurz zuvor von den Briten annexiert worden war. Diese Annexion war auch außerhalb von Awadh als besonders willkürlich empfunden worden. In Awadh schloss sich den meuternden Soldaten eine besonders breite Koalition der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte an: Bauern, Großgrundbesitzer (*taluqdar*), Handwerker usw. Der Beginn des Aufstandes lässt sich exakt auf den 10. Mai 1857 datieren. An jenem Tag meuterten drei Sepoy-Regimenter in der Stadt Mirat (auch: Meerut) in der Nähe von Delhi, nachdem einige ihrer Kameraden in Eisen gelegt worden waren, weil sie den Gebrauch neuer Patronen verweigerten, die mit religiös (für Hindus wie für Muslime) anstößigem Tierfett behandelt waren. Die Soldaten ermordeten ihre europäischen Offiziere und marschierten auf Delhi. Die Revolte verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit. Übergriffe auf europäische Offiziere und ihre Familien entsprangen nicht nur spontanem Zorn, sondern dienten auch der taktischen Radikalisierung. Danach gab es kein Zurück zu normalen Verhältnissen. Ein Tiefpunkt aus britischer Sicht war erreicht, als die Rebellen die große Durchgangsstraße (*Great Trunk Road*) blockierten, die Bengalen mit dem Khyber-Pass verband. Etwa um diese Zeit gewann die britische Gegenoffensive an Schwung. Wie gleichzeitig in viel größerem Maßstab in China, gab die Belagerung und Eroberung von Städten auch hier militärisch den Ausschlag. Die Briten waren auf Truppen angewiesen, die sie von anderen Schauplätzen abzogen: aus dem Iran, aus China (wo gerade der Zweite Opiumkrieg vorbereitet wurde) und von der Krim. Mit dem

Fall von Lakhnaу (auch: Lucknow) am 1. März 1858 hatte sich die Kolonialmacht im Prinzip durchgesetzt. Letzte Kämpfe konzentrierten sich auf Zentralindien, wo die *Rani* von Jhansi sich an der Spitze ihrer Reitertruppen heroisch den Briten entgegenwarf. Anfang Juli 1858 erklärte der Generalgouverneur den Aufstand für beendet.

Die indischen Rebellen trieben den britischen Kolonialstaat niemals ganz so nahe an den Rand des Untergangs, wie es den Taiping (verstärkt durch die unabhängig von ihnen operierenden Nian-Rebellen) mit der Qing-Dynastie gelang. Trotz eines in der indischen Bevölkerung weitverbreiteten Hasses auf die Fremdherrscher erlangte der Aufstand außerhalb von Awadh niemals eine solch breite soziale Basis wie die Taiping. Er blieb regional viel stärker begrenzt. Ganz Südindien war nicht einbezogen, und die beiden anderen Sepoy-Armeen, die von Bombay und Madras, waren kaum involviert. In Bengalen selbst, also der Gegend um Kalkutta, war die militärische Präsenz der Briten so stark, dass es hier ruhig blieb. Im erst 1848 annexierten Panjab zahlte es sich für den Kolonialstaat aus, dass man die dortige Oberschicht und die einheimischen Sikh-Kämpfer gut behandelt hatte. Sie wurden nach dem Aufstand zum Kern der britisch-indischen Armee. Mit schottischen Hochlandtruppen und Gurkhas aus dem nepalesischen Himalaya zählten sie fortan zu den wichtigsten jener männlich-heroischen «Kriegervölker» (*martial races*), in deren Hand die britische Öffentlichkeit die Sicherheit des Empire gut aufgehoben sah.

Dank einer viel größeren Medienpräsenz, etwa den Berichten des vorzüglichen *Times*-Korrespondenten William Howard Russell, der später auch den Amerikanischen Bürgerkrieg beobachten würde, war die internationale Öffentlichkeit über das Geschehen in Indien bei weitem besser informiert als über die Zustände im Inneren Chinas.<sup>132</sup> Indien war kommunikationstechnisch ein Stück weiter als China. Es gab bereits binnennationale Telegraphenverbindungen, die, sofern die Rebellen sie nicht kappten, von den Briten militärisch sowie propagandistisch genutzt werden konnten. Auch entstand später eine riesige britische Erinnerungsliteratur, wie sie für China fehlt. Man ist daher über die konkreten Umstände des Großen Aufstandes besser informiert als über die Taiping-Revolution. Diese dauerte bedeutend länger als der Aufstand: hier vierzehn Jahre, dort gerade einmal zwölf Monate. Dass der Aufstand so wie die Taiping-Revolution ganze Landstriche entvölkert und die Oberschicht physisch vernichtet hätte, kann man nicht sagen. Die Ursprünge beider Bewegungen waren unterschiedlich: In Indien stand die Meuterei am Anfang, in

China verwandelte sich eine zunächst zivile Bewegung unter dem Druck ihrer Gegner rasch in eine militärische Truppe. Während in China christliche Inspiration den Urimpuls gab, wollte der Indische Aufstand eine befürchtete Christianisierung abwehren. Doch auch in Indien spielte millenarische Religiosität eine gewisse Rolle. Sie ging weniger von Hindus als von Moslems aus. Muslimische Prediger hatten am Vorabend der Revolte das Ende der britischen Herrschaft prophezeit. Auf dem Höhepunkt wurde an vielen Orten zum Jihad aufgerufen, ein Appell, der breite Bevölkerungskreise mobilisierte, aber offen ließ, ob er nicht auch gegen indische Nicht-Muslime gerichtet sei. Strategisch einsichtige Führer versuchten aber, keinen schwächenden Gegensatz zwischen Muslimen und Hindus aufzubrechen zu lassen.<sup>133</sup> Der Aufstand war gewiss nicht, wie einige britische Zeitgenossen vermuteten, das Ergebnis einer großen, vielleicht sogar weltweiten Muslimverschwörung. Die religiöse Dimension, die in den indischen Mythen vom patriotischen Volksaufstand in den Hintergrund tritt, sollte jedoch nicht vergessen werden.

Die Erhebungen in Indien und China trugen eine patriotische Note. Sie standen daher in Europa einem Aufstand wie dem ungarischen von 1848/49 am nächsten. Man könnte sie vielleicht als proto-nationalistisch bezeichnen, wenngleich in Indien nicht erkennbar ist, wie die traditionelle Zersplitterung des Subkontinents nach einem Erfolg der Rebellion überwunden worden wäre. Die Protestbewegungen in Indien und China scheiterten dramatischer als die europäische Revolution von 1848/49. In allen Fällen ging zunächst einmal die herrschende Ordnung gestärkt aus der Herausforderung hervor. In Indien wurde die East India Company abgeschafft und die Herrschaft über Indien direkt der Krone übertragen. Hier hielt sich das koloniale Ancien Régime bis 1947, in China die gerettete Qing-Dynastie nur bis 1911. In China versuchte sich der restaurierte Qing-Staat in der sogenannten Tongzhi-Restauration immerhin an zaghaften Reformen, allerdings eher militärischer als politischer oder gar sozialer Natur. In Indien wurde die britische Herrschaft konservativ und konservierend, stützte sich noch mehr auf traditionale Eliten und hielt eine größere innere, zunehmend durch Rassendenken geprägte Distanz zu den Indern. Sie musste erst nach der Jahrhundertwende auf neue politische Forderungen der indischen Elite reagieren. Man kann nicht sagen, die «reaktionären» Kräfte hätten über die Träger des «Fortschritts» gesiegt. Der «Himmlische König» Hong Xiuquan oder Nana Sahib, eigentlich Govind Dhondu Pant, der bekannteste oder jedenfalls der im Ausland berüchtigte Führer des indischen Aufstandes, waren kaum Leute, die

ihre Länder in die Moderne führen können. Hier enden daher Analogien zu Europa.

### Bürgerkrieg in den USA

Beim Amerikanischen Bürgerkrieg kann es eine solche Offenheit des Urteils nicht geben.<sup>134</sup> Er war von allen großen innergesellschaftlichen Konflikten der Jahrhundertmitte derjenige, in dem die Kräfte des moralischen und politischen Fortschritts eindeutig siegten und wo dies mit einem konservativen oder konservierenden Ziel verbunden war: der Bewahrung eines bereits existierenden Nationalstaates. Anders in Indien und China: Die indischen Sepoy-Rebellen und die kleine Zahl von Fürsten, bei denen sie Unterstützung fanden, hätten mit Sicherheit die große Klammer nicht ersetzen können, die damals schon der britische Militär- und Herrschaftsapparat bildete. Es war nicht absehbar, dass aus dem Aufstand ein «indisches Preußen» hervorzugehen begann, das die britische Rolle als Einiger des Subkontinents hätte übernehmen können. Ein «befreites» Indien wäre wahrscheinlich in die Kleinstaatlichkeit des 18. Jahrhunderts zurückgefallen. Ein von den Taiping beherrschtes China vermag man sich noch weniger vorzustellen. Eine liberale Demokratie wäre es – trotz der Pläne Hong Reng's – mit Sicherheit nicht gewesen, eher schon ein autoritärer Gottesstaat, vielleicht mit der Zeit auch nur eine modifizierte Variante der konfuzianischen Ordnung ohne mandschurische Komponente. Die Spaltungstendenzen unter den Taiping waren aber so stark, dass die Bewahrung des Einheitsreiches kaum denkbar ist. Hätte sich China schon im 19. Jahrhundert zu einer Pluralität von Nationalstaaten entwickeln können, wären sie wirtschaftlich überlebensfähig gewesen? Man kann daran zweifeln.

Eindeutig hingegen ist der Befund in Nordamerika. Der Sieg des Nordens 1865 verhinderte die dauerhafte Verselbständigung eines dritten Großstaates auf nordamerikanischem Boden und zerstörte jene Institution, mit der alles zusammenhing, was damals in einem amerikanischen Kontext als konservativ oder reaktionär gelten konnte. Die politischen Koordinaten der USA waren ganz andere als die des gleichzeitigen Europa. Wer um 1850 oder 1860 in den Vereinigten Staaten «rechts» stand, der war kein Vertreter von Obrigkeitsstaat, neo-absolutistischer Monarchie oder aristokratischen Standesprivilegien, er war ein Verteidiger der Sklaverei. Darf man den Amerikanischen Bürgerkrieg unter dem Problemtitel der «Revolutionen» behandeln, wie einige zeitgenössische Beobachter (so

Karl Marx oder der junge französische Journalist Georges Clemenceau) es taten?<sup>135</sup> Die US-amerikanische Geschichtsschreibung hat darüber seit den 1920er Jahren mehrfach debattiert; eine vergleichende Betrachtung verleiht dieser Frage eine zusätzliche Dimension.<sup>136</sup> Ähnlich war es schon bei der Taiping-Bewegung. Aus strikt konfuzianischer Sicht handelte es sich um illegitime Banditen, die ausgerottet zu werden verdienten, von späterer sino-marxistischer Warte aus waren die Taiping zwar Vorläufer der Revolution, aber keine «bürgerlichen» Revolutionäre, und die eigentliche Revolution begann dann ohnehin erst mit der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas 1921.<sup>137</sup> Wenn man aber von den europäischen Ereignissen 1848/49 als revolutionär spricht, dann muss man dies auch von den Taiping sagen. Auch ihre Revolution scheiterte. Die sozialen Umwälzungen, die von den Taiping ausgelöst wurden, waren aber mindestens so radikal wie alles, was in Europa 1848/49 geschah. Sie bauten keine neue dauerhafte Ordnung auf, schwächten aber tragende Pfeiler der alten. Das chinesische Ancien Régime kollabierte bereits 1911, das mitteleuropäische erst 1918/19.

Der Amerikanische Bürgerkrieg lässt sich in der Dimension von Gewalt und Tod, die er mit sich brachte, nur neben die noch viel gewaltsamere Taiping-Revoltion stellen. 1848/49 in Mitteleuropa oder 1857/58 in Indien verblassen neben diesen monströsen Großereignissen. Noch mehr als in anderen Fällen muss man beim Amerikanischen Bürgerkrieg zwischen der revolutionären Qualität von Ursachen und Folgen unterscheiden. Unmittelbare Voraussetzung des Bürgerkrieges war das Entstehen zweier völlig konträrer Interpretationen der US-Verfassung, also des wichtigsten symbolischen Bandes, das die Union seit 1787 zusammengehalten hatte. Spannungen zwischen den politischen Eliten im Süden und im Norden waren in den vorausgegangenen Jahrzehnten durch ein ziemlich robustes Zwei-Parteien-System gemildert worden, das regionale (in Amerika hieß es «sektorale») Widersprüche überbrückte. Dieses System hatte sich in den 1850er Jahren regional polarisiert: Die Republikaner standen für den Norden, die Demokraten für den Süden. Sobald die Wahl des Sklavereigegners Abraham Lincoln zum neuen Präsidenten Ende 1860 bekannt wurde, begannen die Vertreter eines neuen südlichen Nationalismus, ihr Programm in die Tat umzusetzen. Als Lincoln Ende Januar 1861 sein Amt antrat, hatten bereits sieben südliche Bundesstaaten ihren Austritt aus den USA erklärt. Im Februar bildeten sie einen neuen Nationalstaat, die Confederate States of America. Sie begannen unverzüglich, die Kontrolle über Bundesbesitz auf ihrem Territorium zu übernehmen. In seiner

Antrittsrede vom 4. März ließ Lincoln keinen Zweifel daran, dass er die Einheit der Nation wahren werde und die Sezession des Südens als einen rebellischen Akt betrachte.<sup>138</sup> Der Krieg begann am 14. April, nachdem der Süden Fort Sumter, eine Garnison von Bundesstruppen auf einer Insel vor der Küste von South Carolina, angegriffen hatte.

Die Ursachen des Konflikts, unter Historikern seit den Ereignissen selbst umstritten, waren nicht die typischen der europäischen Revolutionsgeschichte. Es handelte sich nicht um ein Aufbegehren von wirtschaftlich und sozial benachteiligten Bevölkerungsteilen, also nicht um eine Sklavenrevolte, einen Bauernaufstand oder einen Arbeiterprotest. Auch ging es selbstverständlich nicht um die Befreiung von monarchischer Alleinherrschaft – obwohl Barrington Moore Recht hat, wenn er schreibt, die Unterdrückung der Sklaverei sei «ein zumindest ebenso bedeutsamer Akt wie die Niederwerfung der absolutistischen Monarchie im englischen Bürgerkrieg und in der französischen Revolution» gewesen.<sup>139</sup> Beide Seiten führten das Wort *liberty* im Munde: Der Norden wollte Freiheit für die Sklaven, der Süden die Freiheit, sie weiter halten zu dürfen.<sup>140</sup> Was immer die tieferen Hintergründe des Konflikts gewesen sein mochten (ungleiche ökonomische Entwicklung zwischen Nord und Süd, Zusammenstoß unterschiedlicher nationalistischer Identitätsbildungen, unerfahrener und übermäßig emotionalisierter Umgang mit neuartigen politischen Institutionen, ein Antagonismus zwischen einem «aristokratischen» Süden und einem «bürgerlichen» Norden usw.): der Bürgerkrieg gründete nicht in einem typisch europäischen Kampf für den Verfassungsstaat. Er war vielmehr ein *post-revolutionärer* Folgekonflikt früher und unvollendeter Verfassungsstaatlichkeit. Gekämpft wurde nicht für eine Verfassung, sondern um die Spielräume unterschiedlicher Gesellschaftsmodelle *innerhalb* einer bestehenden Verfassung. Der nationale Zusammenhang, wie ihn die Verfassung von 1787 definierte, wurde durch das Auseinanderdriften regionaler Interessen unterminiert.<sup>141</sup> Eine Bereitschaft zum Bürgerkrieg, die auf beiden Seiten am Ende weit über die jeweiligen Machteliten hinausreichte, entwickelte sich aus den Widersprüchen von Amerikas inkompletter Revolution des 18. Jahrhunderts, einer Revolution, die weißen Männern ihre Freiheit garantierte und über die Unfreiheit der Afroamerikaner hinwegging.

Der Bürgerkrieg begann, ereignisgeschichtlich gesehen, damit, dass diejenigen, die an einem solchen Widerspruch festhielten, die einheitliche Nation der Unabhängigkeitsepoke spalteten und ihren eigenen Staat errichteten.<sup>142</sup> Die Jahre des Bürgerkriegs zerfasern in viele Ge-

schichten. Eine, die sich erzählen lässt, ist die Geschichte, wie der Süden trotz großer materieller Unterlegenheit sich zunächst erstaunlich gut behauptete und erst Mitte 1863 vor dem stärkeren Norden zurückweichen musste. Eine andere Geschichte wäre die der Mobilisierung immer größerer Bereiche der Gesellschaft auf beiden Seiten, eine dritte die der ungeheuren Führungsleistung Abraham Lincolns, der, wenn denn ein solcher Superlativ überhaupt statthaft ist, größten «weltgeschichtlichen Persönlichkeit» des 19. Jahrhunderts. Der Krieg endete im April 1865 mit der Kapitulation der letzten konföderierten Truppen.<sup>143</sup>

Die gescheiterte Kollektivrevolte großer Teile der weißen Bevölkerung im Süden mündete in Konsequenzen, die man revolutionär nennen kann. Der separate Staat, den der Süden 1861 errichtet hatte, und sein Militäraparat wurden zerschlagen. Durch Abraham Lincolns 13. Verfassungszusatz gewannen die Sklaven im ganzen Lande ihre konstitutionell verbürgte Freiheit. Die Verwandlung von vier Millionen Menschen aus rechtlosen Sklaven in Staatsbürger muss auch dann als einer der tiefsten möglichen sozialen Einschnitte gelten, wenn sie in der Praxis noch lange durch Diskriminierung eingeschränkt war. Die Befreiung der Afroamerikaner prägte auf Jahrzehnte hinaus den Charakter des Südens und die Mentalität seiner Bevölkerung. Die alte Elite der Sklavenhalter wurde zwar nicht physisch ausgelöscht, verlor ihr Sklaveneigentum aber ohne Entschädigung und war unmittelbar nach Kriegsende von den Entscheidungen über die Nachkriegsordnung ausgeschlossen. Die Sieger übten an den Führern der unterlegenen Seite keine Rachejustiz, wie die qingkaiserlichen Generäle an den Taiping, die Briten an den indischen Meuterern und das habsburgische Militär 1849 an den Ungarn. Jefferson Davis, der Gegenpräsident der Konföderation, verlor seine Staatsbürgerschaft, saß zwei Jahre im Gefängnis und starb in Armut. Robert E. Lee, der militärische Führer der Südstaaten und brillanteste Strategie des gesamten Bürgerkrieges, wurde später zu einem Anwalt der Versöhnung und beschloss seine Tage als Präsident einer Universität. Das waren milde Folgen von offenem Hochverrat. Der Süden mit seinen verwüsteten Landschaften und ruinierten Städten – Atlanta, Charleston und Richmond hatte es besonders hart getroffen – wurde zunächst unter militärische Besatzungsverwaltung gestellt. Sie machte schnell einer erneuerten zivilen Ordnung Platz, die unter dem Nachfolger Abraham Lincolns, der am 15. April 1865 ermordet worden war, durch eine Generalamnestie fast sämtlicher Funktionsträger der Konföderation untermauert wurde.<sup>144</sup> Alle, die während der ersten Nachkriegsjahre im Süden lebten oder aus den unterschied-

lichsten Motiven dorthin gekommen waren, hatten das Gefühl, durch eine Zeit tiefen Umbruchs hindurchzugehen. Die einstmals herrschende Klasse im Süden wurde dramatisch geschwächt. Krieg und Abolition berabten sie mehr als der Hälfte ihres früheren Vermögens. Vor 1860 war die Pflanzeroligarchie des Südens reicher als die Wirtschaftselite des Nordens gewesen. Nach 1870 lebten vier Fünftel der superreichen Amerikaner in den früheren Nordstaaten.<sup>145</sup>

Dass nun die befreiten Sklaven keine Gelegenheit verpassten, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, war allein schon etwas Neues.<sup>146</sup> Begonnen hatte dies bereits in den beiden letzten Jahren des Bürgerkriegs. In der Armee des Nordens hatten insgesamt 180 000 Afroamerikaner gedient; im Süden war mit den militärischen Niederlagen der Konföderation die Unruhe unter den Sklaven immer größer geworden. In der offenen Situation nach Kriegsende kämpften, nun eher mit den Mitteln der Gesetzgebung als mit Waffen, verschiedene soziale Gruppen um ihre Positionen in der Nachkriegsordnung: die Besitzer der nun zerfallenden großen Plantagen, weiße Farmer, die zuvor wenige oder keine Sklaven beschäftigt hatten, Freigelassene aus der Zeit vor 1865, die Ex-Sklaven. Dies geschah im politischen Rahmen der «Rekonstruktion» durch den Norden.

Nicht unmittelbar nach Kriegsende, sondern 1867–72 erreichten die reformierenden Eingriffe der Bundesregierung in den Südstaaten ihren Höhepunkt: die Zeit der *radical reconstruction*. Sie reduzierte die Macht der alten Südstaatenoligarchie zugunsten größerer politischer Partizipation, ließ aber bis auf die großen Plantagen ihre soziale und ökonomische Stellung weitgehend intakt. Auch wenn die Republikanische Partei spätestens 1877 ihre Versuche aufgab, dem Süden eine neue Machtverteilung aufzuzwingen und sich mit der Südstaatenelite arrangierte (einer der großen beschwichtigenden Kompromisse der Epoche neben dem österreichisch-ungarischen «Ausgleich» von 1867 und der Gründung des Deutschen Reiches als Bund von Fürstenstaaten 1871): Zu den Verhältnissen vor 1865 gab es kein Zurück, und insofern war die Wende revolutionär. Dass Ende der siebziger Jahre Afroamerikaner in Wahlämter auf fast allen politischen Ebenen gelangt waren, wäre um 1860 noch undenkbar gewesen. Die schwarze Bevölkerung wurde aber nicht in den Stand gesetzt, von neuen Chancen wirklich zu profitieren. Politische Emanzipation verband sich nicht mit sozialer und wirtschaftlicher Emanzipation und führte bei den meisten Weißen nicht zu einem Bewusstseinswandel, der rassistisch motivierte Verfolgung und Diskriminierung hinter sich ließ.<sup>147</sup>

In dieser Hinsicht blieb der Bürgerkrieg eine «unvollendete Revolution».<sup>148</sup> Auch wurden Hoffnungen auf größere politische Rechte für Frauen (aller Hautfarben) enttäuscht. In einer weiteren Hinsicht gingen jedoch von den 1860er und 1870er Jahren Impulse aus, die viele Historiker als ebenfalls «revolutionär» bewerten: Nach Jahrzehnten eines weitgehenden *Laissez-faire* übernahm der Staat, vor allem auf bundesstaatlicher Ebene, eine aktiver Rolle und weitergehende Kompetenzen: Aufbau eines staatlichen Bankensystems, das die vordem chaotischen Währungsverhältnisse vereinheitlichte, Schutzzollpolitik (also eine aggressive Außenhandelspolitik, wie die USA sie bis heute treiben), verstärkte Regierungsinvestitionen in den Ausbau der Infrastruktur, striktere Regulierung der Expansion nach Westen. Dieses *American system*, wie es genannt wurde, war eine wichtige politische Voraussetzung für den Aufstieg der USA zur führenden Wirtschaftsmacht. All dies wird erst dann sichtbar, wenn Bürgerkrieg und *Reconstruction* als eine zusammenhängende Epoche der Jahre 1861 bis 1877 gesehen werden, ebenso wie die Französische Revolution und die Napoleonzeit als ein Kontinuum begriffen werden müssen, das sich von 1789 bis 1815 erstreckte.<sup>149</sup>

#### 4 | Eurasische Revolutionen nach 1900

##### | Seitenblick auf Mexiko

Das dritte Quartal des 19. Jahrhunderts war weltweit (mit der relativen Ausnahme Afrikas) eine Zeit großer, oft gewalttätig ausgetragener Krisen. Revolutionsartige Herausforderungen bestehender Ordnung begannen 1847 in Westeuropa und endeten 1873 mit der verwüstenden Niederschlagung der letzten großen, aus ethnischen ebenso wie religiösen Spannungen entstandenen Muslim-Aufstände in Südwestchina.<sup>150</sup> In diese Zeit fallen von der Krim bis Sedan auch die größten innereuropäischen Kriege zwischen 1815 und 1914. Nach den Erschütterungen traten viele Länder der Welt beinahe gleichzeitig in eine Phase der staatlichen Konsolidierung ein, die in einigen Fällen die besondere Form des integrierenden Aufbaus von Nationalstaaten annahm. Einige Jahrzehnte lang blieb die Welt nun ruhiger, bis 1917 in Russland eine neue Art von Revolutionären siegte, die sich Revolution als einen Prozess vorstellten, der über nationale Grenzen

hinaustrieb, als Weltrevolution. Mit der Gründung der Kommunistischen Internationale 1919 begannen Versuche, dieser Weltrevolution durch Entsendung von Emissären und durch Militärhilfe auf die Sprünge zu helfen. Das war ein ganz neuer Ansatz in der Geschichte der Revolutionen. Im 19. Jahrhundert hatten allein die Anarchisten Ähnliches versucht, waren aber durchweg gescheitert. Eine Zeitlang war der bekannteste Anarchist, Michail Bakunin, an den Krisenherden Europas nahezu omnipräsent, doch erreicht hat er nichts. Ein Revolutionsexport, der nicht wie der französische nach 1792 durch militärische Eroberungen getragen wurde, war eine Neuerung des 20. Jahrhunderts. Es war charakteristisch, dass das einstweilen letzte große Revolutionseignis in Europa, die Pariser Commune von 1871, vollkommen isoliert blieb und sich trotz anderer Ähnlichkeiten das Muster gesamteuropäischer Verbreitung von 1830 und 1848 nicht wiederholte. Sie war ein lokales Intermezzo, aus dem Deutsch-französischen Krieg entstanden, und der Beweis dafür, dass die französische Gesellschaft auch mehr als achtzig Jahre nach der Großen Revolution noch nicht ganz zur Ruhe gekommen war.

In einer solchen Vogelperspektive übersieht man leicht einige «kleinere» Revolutionen, die an der «Peripherie» zu liegen scheinen, und von denen man nicht so recht sagen kann, ob sie nach europäischen Maßstäben scheiterten oder erfolgreich waren. Sie fielen alle in den Zeitraum zwischen 1905 und 1911 und waren weniger spektakulär gewaltsam als die Konvulsionen der Jahrhundertmitte. Die Ausnahme davon ist die Revolution in Mexiko, die das Jahrzehnt zwischen 1910 und 1920 ausfüllte; es bedurfte aber noch der ganzen zwanziger Jahre, um ihre Folgen einigermaßen einzudämmen. Die mexikanische Revolution wurde schnell zu einem Bürgerkrieg, der mehrere unterschiedliche Phasen durchlief und dem jeder achte Mexikaner zum Opfer fiel: ein fürchterlicher Tiefpunkt in der Geschichte der Revolutionen, nur noch dem Taiping-Aufstand in Ostchina vergleichbar.<sup>151</sup> Die mexikanische Revolution war eine «große» Revolution nach französischem Modell. Sie besaß eine breite soziale Basis, war im Kern ein Bauernaufstand, aber doch viel mehr als das. Sie beseitigte ein Ancien Régime, hier nicht eine absolute Monarchie, sondern eine mit der Zeit versteinerte Oligarchenherrschaft, und ersetzte sie durch ein «modernes» Einparteiensystem, das bis vor wenigen Jahren bestand. Bemerkenswert an der mexikanischen Revolution war neben der tiefen Mobilisierung der Bauernschaft auch das Fehlen der Abwehr eines äußeren Feindes. Gewiss, die USA mischten sich ein, aber das sollte man nicht überschätzen. Anders als später die Bauern Chinas oder Vietnams

kämpften die Mexikaner nicht primär gegen koloniale Herren und imperiale Eindringlinge. Eine weitere Besonderheit der mexikanischen Revolution, die sie von den «großen» Revolutionen in Nordamerika, Frankreich, Russland und China (seit den 1920er Jahren) unterscheidet, ist die Abwesenheit einer ausformulierten revolutionären Theorie. Ein mexikanischer Jefferson, Sieyès, Lenin oder Mao wurde niemals international bekannt, und die mexikanischen Revolutionäre erhoben nie den Anspruch, den Rest der Welt oder auch nur ihre Nachbarländer beglücken zu wollen. Daher ist die mexikanische Revolution trotz ihrer gewaltigen Ausmaße und ihrer langen Dauer ein eher lokales oder nationales Ereignis gewesen.

### Eurasische Gemeinsamkeiten und Lernprozesse

hundertwende sagen. Es waren dies vier Ereignisfolgen:

- (1) die russische Revolution «von 1905», die sich, zeitlich etwas breiter gesehen, in den Jahren 1904 bis 1907 entfaltete;
- (2) die, wie man sie meist nennt, «konstitutionelle» Revolution im Iran, die im Dezember 1905 begann, ein Jahr später zur ersten iranischen Verfassung führte, und Ende 1911 mit einem Abbruch der Parlamentarisierung endete;
- (3) die «jungtürkische» Revolution im Osmanischen Reich, die im Juni 1908 begann, als rebellische Offiziere Sultan Abdülhamid II. zwangen, die 1876 suspendierte Verfassung erneut in Kraft zu setzen; diese Revolution *endete* nicht eigentlich, sondern war der Beginn eines längeren Transformationsprozesses von der Sultansherrschaft zum türkischen Nationalstaat;
- (4) die «Xinhai»-Revolution in China: sie begann im Oktober 1911 als Militärrevolte in den Provinzen, führte zum unverzüglichen und relativ unblutigen Zusammenbruch der Qing-Dynastie und schon am 1. Januar 1912 zur Gründung einer Chinesischen Republik; sie endete 1913 mit der Machtübernahme Yuan Shikais, eines hohen Würdenträgers des Ancien Régime, der sich gegen die Revolutionäre von 1911 stellte und die Republik bis 1916 als Präsident diktatorisch regierte.

Die Gesellschaften und politischen Ordnungen, in denen diese vier Revolutionen ihren Lauf nahmen, unterschieden sich selbstverständlich in vielerlei Hinsicht. Es wäre unverantwortlich, von einem einheitlichen

Das wird man auch von den «kleinen» Revolutionen Eurasiens nach der Jahr-

Typus zu sprechen. Auch entzündeten sich die Revolutionen nicht direkt aneinander. Das entscheidende auslösende Moment war in keinem Falle die vorausgegangene Revolution im Nachbarland. So war, um ein Beispiel zu konstruieren, die iranische Revolution nicht der primäre Auslöser des jungtürkischen Umsturzes von 1908. Indes lassen sich einige Wirkungsketten finden, mit denen man gedankenspielerisch umgehen kann. Das Zarenreich wäre politisch vermutlich stabiler geblieben, wenn es 1904/05 nicht beschämend deutlich den Krieg gegen Japan verloren hätte (ähnlich wie sich Ludwig XVI. 1787 mit seiner Untätigkeit in der niederländischen Krise blamiert hatte). Wäre das Zarenreich dann nicht durch den Krieg und die Revolution von 1905 weiter geschwächt worden, dann hätte es sich vermutlich nicht 1907 zur Abgrenzung asiatischer Einflusssphären mit dem British Empire bereitgefunden. Und wäre diese Übereinkunft ausgeblieben, dann hätte sich unter den osmanischen Offizieren in Mazedonien die Panik, auch die Aufteilung des Osmanischen Reiches unter den Großmächten stehe bevor, nicht so heftig bemerkbar gemacht, wie sie es dann tat und den letzten Anstoß zur Revolte gab.

Wenn sich auch die eurasischen Revolutionen nicht durch einen Dominoeffekt unmittelbar fortpflanzten, so handelten die Akteure doch mit einem Wissen um das Repertoire revolutionärer Möglichkeiten. Dazu gehörte zuallererst die jüngere Geschichte des eigenen Landes. Die Verfassung von 1876, deren Reaktivierung die Jungtürken durchsetzten, war bereits durch eine Art «Revolution von oben» dem damaligen Sultan von den «Jungosmanen» in Regierung und Verwaltung abgetrotzt worden. Die Jungtürken übernahmen die Vorstellung, durchgreifende Veränderung müsse von aufgeklärten Mitgliedern der Elite ausgehen. In China spielten die Taiping als Vorbild in den letzten Jahren vor 1911 keine Rolle mehr. Wer zu Beginn des Jahrhunderts revolutionär aktiv war, dachte jedoch an zwei Initiativen, die erst wenige Jahre zuvor gescheitert waren: 1898 der Versuch eines Teils der Beamenschaft, dem Hof ein ehrgeiziges Reformprogramm nahezubringen («100 Tage-Reform»), und 1900/01 der Boxeraufstand, der keinerlei konstruktive Perspektiven aufzuzeigen vermochte. Die Reformbewegung von 1898 bot ein Beispiel für eine zu schmale gesellschaftliche Basis für Veränderungen, der Boxeraufstand eines für die Maßlosigkeit unkontrollierten Volkszorns.

Die eurasischen Revolutionäre kannten in unterschiedlichem Maße auch die europäische Revolutionsgeschichte. Schon die Jungosmanen, also die reformorientierten Intellektuellen und hohen Staatsbeamten der Zeit etwa zwischen 1867 und 1878, hatten die Französische Revolution

(nicht den Terror, den man missbilligte) bewundert, und die Jungtürken der Jahrhundertwende taten es ihnen hier nach.<sup>152</sup> Grundschriften der vorrevolutionären europäischen Aufklärung, etwa Werke von Rousseau, waren in verschiedene orientalische Sprachen übersetzt worden. In China war die Amerikanische Revolution populärer als die Französische; über beide war aber wenig historische Literatur ins Chinesische übertragen worden. Für besonders vorbildlich hielten die meisten Intellektuellen um die Jahrhundertwende eine energische Modernisierungspolitik «von oben», für die insbesondere Zar Peter der Große stand.<sup>153</sup> Ein noch wichtigeres Vorbild, in China ebenso wie im Osmanischen Reich, war Meiji-Japan.<sup>154</sup> Dort hatte eine aufgeklärte Elite ohne Blutvergießen das Land reich, stark und für den Westen zivilisatorisch akzeptabel gemacht. Chinesische Revolutionäre sahen ihr Vorbild und Ziel teils unmittelbar in den politischen Institutionen Mitteleuropas und Nordamerikas, teils in der Anverwandlung, gewissermaßen Asiensierung solcher Institutionen, *ähnlich* wie in Japan, wenn auch nicht unbedingt im Detail *à la japonais*.<sup>155</sup> Den Jungtürken war Japan auch deshalb besonders sympathisch, weil es soeben Russland, dem Erzfeind der Osmanen, eine schwere Niederlage zugefügt hatte. Sie beobachteten aufmerksam, was «nebenan» in Russland und Persien geschah, und kommentierten es in ihrer Presse. In beiden Revolutionen spielten Volksproteste eine größere Rolle, als die Jungtürken dies in ihren eigenen Szenarien vorgesehen hatten. Die Entwicklungen in den Nachbarländern, vor allem in Russland, überzeugten sie nun, dass es mit der älteren jungsmanischen Strategie der Druckausübung innerhalb des Herrschaftsapparats allein nicht getan war.<sup>156</sup>

Die Revolutionen im Iran, im Osmanischen Reich und in China waren keine unvollkommenen Imitate westlicher Vorbilder, und sie kopierten sich auch nicht gegenseitig. Das schloss die Bereitschaft nicht aus, voneinander zu lernen. «Transfers», obwohl niemals von ganz entscheidender Bedeutung, kamen immer wieder vor. So brachten iranische Arbeiter bei den Ölquellen im russisch-aserbaidschanischen Baku revolutionäre Ideen nach Täbris mit.<sup>157</sup> Die chinesische Revolution von 1911 fand viel Unterstützung bei wohlhabenden Auslandschinesen, die in den USA oder den westeuropäischen Kolonien in Südostasien die Vorzüge einer vergleichsweise liberalen Wirtschaftspolitik kennengelernt hatten. Solch ein Lernen konnte auch kompliziertere Wege gehen. Der japanische Prinz Saionji Kinmochi aus dem noblen Fujiwara-Clan traf im März 1871 in Paris ein, um Französisch und Jura zu studieren. Er wurde zum Augenzeugen der Commune, blieb zehn Jahre in der französischen Hauptstadt und kehrte

nach Japan mit der Überzeugung zurück, das Land benötige bürgerliche Grundfreiheiten, ohne sich der Gefahr ungezügelter Volksherrschaft auszuliefern.<sup>158</sup> Dieser Freund Georges Clemenceaus wurde später als vielfacher Minister, Ministerpräsident und schließlich letzter überlebender Elder Statesman der Gründerzeit zu einem der wichtigsten Vertreter liberaler Elitenherrschaft in Japan.

In der Vierergruppe der Fin-de-Siècle-Revolutionen war Russland in *einer* Hinsicht ein Sonderfall: Es war, vor allem als Resultat der Modernisierungspolitik unter dem Finanzminister Witte, wirtschaftlich deutlich weiter entwickelt als die übrigen drei Länder. Nur in Russland gab es bereits ein Industrieproletariat, das groß und artikuliert genug war, um seine Interessen politisch vertreten zu können. In keinem der asiatischen Länder wäre damals bereits eine Demonstration möglich gewesen wie die vom 9. Januar 1905 (dem «Blutsonntag» in St. Petersburg), als 100 000 Arbeiter in friedlicher Absicht zum Winterpalast zogen, um dem Zaren eine Petition vorzulegen. Als Folge des Massakers, mit dem zarische Truppen diese Demonstration beendeten, begann eine beispiellose Streikbewegung im ganzen Russischen Reich von Riga bis Baku, an der mehr als 400 000 Menschen teilgenommen haben sollen.<sup>159</sup> Noch umfangreicher war der Generalstreik, der ab Oktober 1905 die wachsende Unruhe in zahlreichen Teilen des Reiches bündelte. Wo es noch nicht genügend Industrie gab und wo die Eisenbahnen noch so selten waren, dass ihre Bestreikung keinen wirklichen Schaden anrichten konnte, stand das Kampfmittel des Boykotts, also des Händler- und Konsumentenstreiks, bereit, mit dem im Iran und in China (hier bis in die 1930er Jahre hinein) große Wirkungen erzielt wurden. War die russische Revolution von 1905 hinsichtlich ihrer sozialen Trägerschaft also eine «modernere» Revolution als die parallelen Bewegungen in den drei asiatischen Ländern, so stand sie ihnen in anderer Beziehung doch nahe genug, um einen Vergleich zu erlauben. Insgesamt sind die Ähnlichkeiten zwischen den vier Revolutionen mindestens so groß wie die Unterschiede zwischen ihnen, und selbst dort, wo vor allem die Unterschiede der Voraussetzungen und der nationalen Entwicklungspfade auffallen, kann der Vergleich doch die jeweiligen Besonderheiten erhellen.

### | Despotie und Verfassung

Alle vier Revolutionen wandten sich gegen Autokratien alten Stils, wie es sie in Westeuropa niemals gegeben hatte. Traditionen der Einschränkung von Macht durch Recht fehlten in Russland und Asien nicht ganz,

waren aber wesentlich schwächer entwickelt als in Westeuropa. Der Adel und andere landbesitzenden Elitegruppen waren nicht stark genug, um in der Art eines westeuropäischen (oder japanischen) Feudalismus Gegengewichte gegen die absolute Macht des Herrschers zu bilden. Die relative Stellung der Monarchen in den jeweiligen politischen Systemen war unangefochtener als diejenige Ludwigs XVI. und erst recht Georgs III. von England. Es handelte sich daher im Prinzip um Despotien, in denen der Herrscher das letzte Wort hatte und auf keine Ständeversammlung und kein Parlament Rücksicht nehmen musste. Dies bedeutete nun nicht, dass die Macht auch tatsächlich mit despotischer Willkür ausgeübt wurde. Hier hing sehr viel, mehr als in anderen Systemen, von den persönlichen Qualitäten des jeweiligen Throninhabers ab. Sultan Abdülhamid II. entsprach am ehesten dem westlichen Klischee eines Despoten. Er hatte im Februar 1878 die erst zwei Jahre zuvor eingeleitete Periode einer zaghaften Parlamentarisierung des Osmanischen Reiches beendet, das (bis dahin ziemlich nutzlose) Parlament in die Ferien geschickt und die Verfassung von 1876 suspendiert.<sup>160</sup> Seither regierte er als ziemlich aktiver Selbstherrscher. Zar Nikolaus II. (r. 1894–1917) stand ihm dabei wenig nach. Er machte liberalen Zeitströmungen in seinem Selbstbild als Monarch keine Zugeständnisse. Nikolaus war insgesamt vielleicht ein weniger tüchtiger Monarch als Abdülhamid, noch weniger im Einklang mit großen Tendenzen seiner Zeit und in seinen letzten Jahren zunehmend einem seltsamen Obskuratorismus verfallen.<sup>161</sup> Im Iran war Schah Nasir al-Din (r. 1848–96) 1896 nach einem halben Jahrhundert auf dem Thron von einem Attentäter erschossen worden. Reformen hatte er so gut wie nicht in die Wege geleitet, aber immerhin die im Iran notorisch unruhigen Stämme unter Kontrolle gebracht und damit das Land einigermaßen zusammengehalten.<sup>162</sup> Sein Sohn und Nachfolger Muzaffar al-Din (r. 1896–1907) erwies sich als mild und entscheidungsschwach und wurde zum Spielball von Hofkräften. Ihn ersetzte sein grausamer und tyrannischer Sohn Muhammad Ali Schah (r. 1907–9). Einmalig unter den vier Revolutionen, fand im Iran ein Thronwechsel zu einem Zeitpunkt statt, als der revolutionäre Prozess bereits im Gange war. Dass der neue Schah eine vollkommen kompromisslose Haltung einnahm, und noch nicht einmal zu minimalen Zugeständnissen bereit war, verschärfe die Situation im Iran erheblich.

In China wiederum war die Zeit mächtiger Selbstherrscher spätestens mit dem Tode des Daoguang-Kaisers 1850 beendet. Die vier Kaiser, die ihm noch folgten, waren allesamt zu Regierungsgeschäften unfähig oder

an ihnen desinteressiert. Seit 1861 wurde die Autokratierolle von einer Frau gespielt, der «Kaiserinwitwe» Cixi (1835–1908), einer überaus energischen Dame, die die Interessen der Dynastie listenreich zu wahren wusste. Formal gesehen war Cixi eine Art von Usurpatorin und daher niemals so unangreifbar, wie die großen Qing-Kaiser des 18. Jahrhunderts es gewesen waren. Sie regierte buchstäblich als «Herrcherin hinter dem Thron» – der Vorhang, hinter dem sie gesessen haben soll, wird heute noch in Peking gezeigt – für zwei schwächliche Kaiser. Ihren Neffen, den Guangxu-Kaiser (r. 1875–1908), hielt sie seit 1898, als der junge Mann es gewagt hatte, Sympathien mit liberalen Reformern zu zeigen, unter Hausarrest. Kurz vor ihrem eigenen Tod 1908 hat sie ihn vermutlich vergiften lassen. Nach Cixi war der chinesische Thron im Grunde leer. Auf ihm wurde 1908 ein Großneffe der Witwe, der dreijährige Puyi, platziert. Die Regentschaft übernahm sein Vater, ein Halbbruder des verstorbenen Kaisers. Dieser Prinz Qun hatte zum Zeitpunkt der Revolution 1911 faktisch die monarchische Gewalt inne. Er war ein engstirniger Mann, der mit einer aggressiven Pro-Mandschu-Politik am Hofe die hohen chinesischen Bürokraten vor den Kopf stieß.

Richtige Autokraten gab es also am Vorabend der jeweiligen Revolutionsprozesse nur in Russland und im Osmanischen Reich, bedingt auch im Iran. Gegen diese Herrschaftssysteme stellten die Revolutionäre – und das war ihre wichtigste Gemeinsamkeit überhaupt – den Gedanken der Verfassung.<sup>163</sup> Ganz wie in Europa auch, wurde die Forderung nach einer Verfassung zum Kern der politischen Programme der Revolutionäre. Man war mit den europäischen Vorbildern vertraut. Im Osmanischen Reich und im Iran genoss die belgische Verfassung von 1831, die eine parlamentarische Monarchie vorsah, einen besonders guten Ruf.<sup>164</sup> Republikanische Kräfte, denen eine konstitutionelle Monarchie nach dem Vorbild der französischen Juli-Monarchie oder des Deutschen Kaiserreichs seit 1871 nicht genügte, waren zumeist innerhalb der revolutionären Strömungen in der Minderheit. Allein in China herrschten republikanische Tendenzen vor. Nach mehr als zweieinhalb Jahrhunderten mandschurischer «Fremd»-Herrschaft gab es nicht einmal unterdrückte Reste einer einheimischen Dynastie, die als Alternative zu den Qing in Frage gekommen wäre, und das Fehlen eines Hochadels schloss andere Aufstiegswege zur Kaiserwürde aus. Alle vier Revolutionen brachten Verfassungen hervor. Trotz der unvermeidlichen Anleihen bei westlichen Vorbildern bemühten sich die Urheber dieser Verfassungen durchweg, den Besonderheiten ihrer jeweiligen politischen Kultur gerecht zu werden. Der Konstitutiona-

lismus war daher eine genuin politische Strategie und keineswegs nur ein hilfloses oder opportunistisches Anlehnern an Europa. Ein allgemein bekanntes und vielbewundertes Vorbild war die japanische Verfassung von 1889, weithin das Werk des welterfahrenen Staatsmanns Itō Hirobumi, die in exemplarischer Weise eine Verbindung zwischen übernommenen Elementen und Einheimischem verwirklicht zu haben schien. In Japan schien sich auch gezeigt zu haben, dass die Verfassung tatsächlich zum einigenden politischen Symbol in einer entstehenden Nation werden konnte. Sie war nicht nur der Organisationsplan für die staatlichen Instanzen, sondern eine kulturelle Leistung, auf die man stolz sein konnte. In Japan hatte man das europäische Konzept der Volkssouveränität ausdrücklich nicht übernommen. Hier lag im Allgemeinen der größte Unterschied zu Westeuropa, und jede der entstehenden asiatischen Verfassungstraditionen hatte sich damit auseinanderzusetzen: Auf welchen anderen Quellen von Legitimität, weltlichen wie religiösen, durfte politische Herrschaft beruhen?

### | Reformen als Auslöser von Revolutionen

Der Französischen Revolution von 1789 war nicht eine Verschärfung von Repression und Ausgrenzung vor-

ausgegangen, sondern durchaus der Versuch, vor allem unter dem Minister Turgot, das System behutsam zu öffnen und zu modernisieren. Daraus hat man die – noch in der Sowjetunion unter Michail Gorbačev bestätigte – Hypothese abgeleitet, Revolutionen würden durch erste Liberalisierungssignale des alten Regimes erleichtert, gewissermaßen als Beginn einer Spirale steigender Erwartungen. In diesem Punkt unterschieden sich die Voraussetzungen der Revolutionen im Osten voneinander. Der Sultan war nicht ganz der Tyrann, als den ihn seine Gegner propagandistisch darstellten. Manche Reformen, die bereits vor seiner Regierungszeit eingeleitet worden waren, setzte er fort, etwa den Ausbau des Bildungswesens und die Modernisierung des Militärs. Abdülhamid II. zeigte aber keinerlei Entgegenkommen in der Frage der Ausweitung politischer Partizipation. Auch im Iran war am Vorabend der Revolution von Reformen wenig zu spüren. Der Schah hatte in den vorausgegangenen Jahrzehnten öfters unter dem Druck von Protesten einzelne Maßnahmen zurückgenommen, sich aber niemals zu Änderungen am System bereitgefunden. Russland und China waren sich hier ähnlicher. Weniger aus Einsicht denn aufgrund äußerer Drucks ließ Nikolaus II. im Sommer 1904 kleine

Reformschritte ankündigen. Anstatt aber damit die erhoffte Dämpfung der öffentlichen Unruhe zu erreichen, war dieses lange erwartete Signal minimaler Konzessionen der Anstoß für die Verstärkung der oppositionellen Aktivitäten gegen die Autokratie.<sup>165</sup> Ähnlich hatte schon die Entscheidung König Ludwigs XVI., die Generalstände einzuberufen, der öffentlichen Debatte großen Auftrieb gegeben.

China bot die größte Überraschung und entfernte sich am weitesten vom Klischee der orientalischen Despotie. Die Kaiserinwitwe hatte im Ausland den Ruf, der vielleicht extremste *hardliner* unter den asiatischen Monarchen zu sein. Nirgendwo war das Leben für Oppositionelle so gefährlich wie im Chinesischen Kaiserreich. Noch 1898 hatte Cixi eine moderate Reformbewegung gnadenlos unterdrückt. Die katastrophale Niederlage im Boxerkrieg 1900 hatte die Kaiserinwitwe dann aber von der Notwendigkeit überzeugt, die Institutionen des chinesischen Staates auf den Prüfstand zu stellen, die Modernisierung des Landes aktiver voranzutreiben und Teile der Oberschicht an der politischen Willensbildung zu beteiligen. Eine solche Beteiligung gab es im Zarenreich bereits seit 1864 in Gestalt der *zemstva* (Singular: *zemstvo*): Organen der ländlichen Selbstverwaltung auf der Gouvernements- und der Kreisebene, die sich um die Belange der lokalen Bevölkerung, vor allem um Bildung, medizinische Versorgung, Wegebau usw. kümmern sollten. Die *zemstva* waren bis zu einem gewissen Grade von der staatlichen Bürokratie unabhängig. Sie wurden seit 1865 durch Wahlen gebildet, an denen nicht nur der Adel beteiligt war. So konnten Bauern ihre eigenen Vertreter entsenden, seit 1890 jedoch nicht mehr in direkter Wahl. Die Einrichtung der *zemstva* führte zu einer Politisierung der verschiedenen Bevölkerungskreise, damit auch zur Aufspaltung in Richtungen, die sich bekämpften. Dort, wo radikale Kräfte die Oberhand gewannen, wurden *zemstva* in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts zu Foren der Opposition. Ansätze lokaler Parlamentarisierung waren mit einer verfassunglosen Autokratie und einem wachsenden und selbstbewusster werdenden Staatsapparat, der ihr diente, schwer in Einklang zu bringen. Russland betrat vor 1914 keinen Pfad eines sich stetig ausweitenden *self-government*.<sup>166</sup>

In China war es seit jeher völlig undenkbar, außerhalb der Bürokratie Politik zu machen. Das Prinzip der Repräsentation war unbekannt. Daher bedeutete es einen radikalen Bruch mit der Tradition, als die Kaiserinwitwe im November 1906, ohne auf nennenswerten oppositionellen Druck reagieren zu müssen, die Vorbereitung einer Verfassung versprach, und der Hof Ende 1908 den Übergang zur konstitutionellen Regierung inner-

halb von neun Jahren ankündigte. Im Oktober 1909 traten Provinzversammlungen zusammen, in denen nur männliche Angehörige der Elite vertreten waren, ganz wie früher in europäischen Organen dieser Art auch. In der gesamten chinesischen Geschichte hatte es nichts Ähnliches gegeben. Erstmals entstanden legale Foren, in denen über die Probleme der Provinz und sogar des Landes insgesamt frei diskutiert werden konnte. Mindestens ebenso wichtig waren eine ganze Reihe von Reformen, die die hohen Beamten der Qing-Dynastie im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts auf den Weg brachten: die Einrichtung von Fachministerien, die Unterdrückung des Opiumanbaus, der Ausbau der Eisenbahnen, die stärkere Förderung von Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen und vor allem die Abschaffung des staatlichen Prüfungssystems, durch das seit mehr als 800 Jahren die Spitzenbeamten des chinesischen Staatsapparates im Wettbewerb der Besten ausgewählt worden waren. Die Abschaffung des Prüfungssystems veränderte von heute auf morgen den Charakter des chinesischen Staates und zugleich den der gesellschaftlichen Oberschicht. In keinem anderen der hier verglichenen vier Länder wurden am Vorabend des revolutionären Prozesses solch radikale und auch weitsichtige Reformen nicht nur angekündigt, sondern auch in die Tat umgesetzt wie in China. Die älteste Monarchie der Welt schien sich, wohl auch unter dem Eindruck des Geschehens in Russland seit 1905, als besonders lernfähig zu erweisen.<sup>167</sup> Umso größer ist die Ironie, dass keines der Anciens Régimes so blitzartig von der Bildfläche verschwand wie das chinesische.

#### Hinter jeder Revolution stehen besondere Koalitionen von gesellschaftlichen Kräften. Hier differierten die

**| Intelligentsia**

vier Fälle schon deshalb, weil ihre traditionalen Gesellschaftsformen ganz unterschiedlich beschaffen waren. Dennoch gibt es einige Gemeinsamkeiten. Überall war die Intelligentsia (*intelligencija*) ein treibender Faktor. In Russland, wo dieser Begriff geprägt wurde, war sie im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts durch die gemäßigt aufklärerische Bildungsreform unter Alexander I. entstanden. Nun wurde für große Teile des Adels Bildung «zum unentbehrlichen Teil des Lebensplans».<sup>168</sup> Am Beginn standen das Rollenmodell des westeuropäischen Aufklärers und überhaupt die Einflüsse der Aufklärung und später eines heroisch-romantischen Idealismus, wie sie die recht kosmopolitische russische Elitenkultur erreichte. Die Intelligentsia konnte sich, auch unter dem Schutz der Oberschicht-

herkunft vieler ihrer Mitglieder, trotz Zensur seit den sechziger Jahren entfalten. Das Aufkommen freier Berufe und eine weitere, wenn auch im Vergleich zu Westeuropa begrenzt und elitär bleibende Expansion der Bildungseinrichtungen erweiterten ihre Rekrutierungsbasis über adelige Kreise hinaus. Zunehmend entwarf sie sich anti-staatlich: *intelligencija* versus Beamtentum. Auch der Lebensstil der in den sechziger Jahren aufkommenden «nihilistischen» Gegenkultur und Gesinnungsgemeinschaft war von Symbolen des Protests bestimmt, wie man sie in den anderen drei östlichen Ländern der heranreifenden Revolution schwächer findet. Nach dem Mord an Zar Alexander II. am 1. März 1881, der von einer terroristischen Gruppierung innerhalb der Intellektuellenbewegung der *narodniki* («Volksfreunde») verübt worden war, wurde die Intelligentsia stärker als eine Kraft radikaler *politischer* Opposition gesehen.<sup>169</sup>

Im Osmanischen Reich – in gewisser Weise mit Preußen oder den süddeutschen Staaten im frühen 19. Jahrhundert zu vergleichen – hatten sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts aufklärerische und reformistische Denkansätze am ehesten in der hohen Staatsbürokratie bemerkbar machen können. Hier war die kritische Intelligenz zunächst eine besonders staatsnahe Gruppe, bis die autoritäre Kehrtwendung unter Sultan Abdülhamid II. Kritik an den bestehenden Zuständen zu einem gefährlichen Geschäft werden ließ. Im Staatsdienst war fortan wenig Raum für unabhängige Geister. Zahlreiche von ihnen gingen ins Exil, auch nach Westeuropa. Die revolutionären Aktivitäten wurden überwiegend von dieser Exildiaspora vorbereitet. Sie spielte auch im iranischen Fall eine gewisse Rolle, wenn auch eine kleinere. Eine Besonderheit des Irans war, dass hier die Säkularisierung, verstanden als Trennung von Religion und Politik, weniger schnell und weit fortgeschritten war als im Osmanischen Reich. Die schiitischen Gottes- und Rechtsgelehrten, vor allem die hochrangigen unter ihnen (*mujtahids*), konnten ihren allgemeinen kulturellen Einfluss stärker als die sunnitische Geistlichkeit bewahren. Er war sogar im 18. Jahrhundert gestärkt worden und unter der Qajaren-Dynastie (seit 1796) dann nochmals größer geworden als zuvor unter den Safaviden.<sup>170</sup> Äquivalente zur europäischen Intelligentsia fand man daher nicht, wie im Osmanischen Reich, auf dem liberalen Flügel der Staatsbürokratie, sondern bei aufgeschlosseneren Gruppierungen innerhalb des religiösen Establishments.

In China war seit jeher außerhalb der durch den Prüfungserfolg eindeutig definierten Elite der Gelehrten-Beamten (Literati) kein Raum für eine unabhängige kritische Intelligenz gewesen. Kritik wurde *immer* aus

der Bürokratie selbst geäußert. Als seit 1842 auf chinesischem Boden Gebiete entstanden, zunächst die britische Kolonie Hongkong, auf welche die chinesische Obrigkeit keinen direkten Zugriff hatte, entwickelten sich dort die Anfänge eines modernen Pressewesens und die ersten Spielräume zu kritischem Räsonnement.<sup>171</sup> Solange das Prüfungssystem aber weiter bestand und den jungen Chinesen ihre Lebensplanung vorgab, konnte sich eine «freischwebende» Intelligenz nur sehr eingeschränkt entfalten. Daher datiert ihre Geschichte im Grunde erst von 1905 an.<sup>172</sup> Zu dieser Zeit wurde auch das Studium im Ausland in größerem Umfang möglich, eine Chance, die sehr schnell Tausende nutzten. Eine revolutionäre Intelligentsia entstand in China nicht aus einer reformorientierten Staatsbürokratie (die gescheiterten Reformer von 1898 waren Außenseiter) und auch nicht wie in Russland aus einer zum Westen hin orientierten Elitenkultur; eine Geistlichkeit wie im Iran gab es nicht. Der Begriff der Intelligentsia (*zhishi fenzi*) lässt sich überhaupt nur auf Zirkel nationalistischer Studenten anwenden, die sich nach 1905 vor allem in Japan bildeten. Ihre wichtigste Organisation war der *Tongmenghui*, ein revolutionärer «Schwurbund», der Wesentliches zur Programmatik der Revolution beitrug und aus dem die *Guomindang* entstand, die «Nationalpartei» Sun Yatsens. In kaum einem anderen Land der Welt wurde im 20. Jahrhundert die Intelligentsia zu einer solch geschichtsprägenden Kraft wie in China, vor allem nach etwa 1915. An der Revolution von 1911 nahmen solche Intellektuelle, die überwiegend im Exil lebten, einige auch in Shanghai oder Hongkong, nicht unmittelbar teil. Anders als bei den übrigen drei Revolutionen, war die Intelligentsia in China eine im Hintergrund einflussreiche, aber auf dem Schauplatz des Geschehens schwach vertretene Größe. Am wichtigsten war sie in Russland und im Iran. Im Osmanischen Reich ging die Initiative im Frühjahr 1908 von den Exilrevolutionären (zu denen auch armenische Revolutionäre gehörten) auf eine Gruppe von Offizieren im osmanischen Mazedonien über. Sie waren es, aus denen sich nach dem Erfolg der Revolution die Führung der jungtürkischen Bewegung rekrutieren sollte.<sup>173</sup>

#### Militär und internationaler Rahmen

loyal auf der Gegenseite. Wenn die Streitkräfte in Russland auf die Seite der streikenden Arbeiter, der aufrührerischen Bauern und der unruhigen

Keine der drei Revolutionen war ein Militärputsch. In Russland und im Iran stand das Militär

Nationalitäten in den Grenzgebieten übergegangen wären, hätte das autokratische Regime nicht überleben können. Unruhe in der Schwarzmeerflotte eskalierte nicht zu einer allgemeinen Meuterei. Nur auf dem Schlachtschiff *Potemkin* ergriffen revolutionäre Matrosen das Kommando und verbrüderierten sich im Hafen von Odessa mit örtlichen radikalen Gruppen. Am 16. Juni 1905 unterdrückte die Armee den Aufstand mit einer Brutalität, die ihr Vorgehen am Petersburger «Blutsonntag» noch weit übertraf. Innerhalb weniger Stunden sollen über 2000 Menschen umgekommen sein.<sup>174</sup> Im Iran gab es gar keine Armee, die der zivilen Staatsmacht eindeutig unterstellt gewesen wäre. Nach dem frühen Tod des Kronprinzen Abbas Mirza im Jahre 1833 endete der Versuch einer modernisierenden Militärreform. Nachdem Schah Nasir al-Din bei einer Russlandreise Kosaken getroffen hatte, richtete er 1879 eine Kosakenbrigade unter dem Kommando russischer Offiziere ein. Dies war eine Art von Prätorianergarde, die außer ihren eigenen Interessen und denen des Schahs auch die Anliegen Russlands vertrat. Im Juni 1908 setzte Muhammad Ali Schah die Kosaken, nur etwas mehr als 2000 Mann, zu einem Staatsstreich ein, der das Parlament verjagte und damit die erste Phase der Revolution beendete.

Der Unterschied zum Osmanischen Reich und zu China hätte kaum größer sein können.<sup>175</sup> In beiden Ländern waren Offiziere die für den Erfolg der Revolution ausschlaggebenden Kräfte. Auch die Voraussetzungen waren ähnlich. Sowohl Sultan Abdülhamid als auch, zwei bis drei Jahrzehnte später beginnend, die Qing-Dynastie gründeten Kriegsakademien, holten Militärberater ins Land und versuchten, wenigstens einige Einheiten auf einen europäischen Standard von Training, Kampfgeist und Bewaffnung zu heben. Während dies recht gut gelang, versäumten es die Zentralregierungen aber, sich die Loyalität dieser neuen Offiziersgeneration, die besonders patriotisch gestimmt war, zu sichern. Die jungtürkische Bewegung, in deren Emigrantenzirkeln Militärs zunächst eine sehr geringe Rolle gespielt hatten, wurde in dem Moment zur großen Gefahr für das Sultanat, als es zivilen Organisationen gelang, Offiziere anzusprechen.<sup>176</sup> Militärischer Druck bewirkte, dass Abdülhamid am 23. Juli 1908 die Verfassung wieder in Kraft setzte und damit zumindest auf dem Papier von seinem Absolutismus abrückte. Ganz ähnlich fanden die in Japan entwickelten Ideen des revolutionären Schwurbundes Interesse unter den Offizieren der modernisierten Armeeteile im Qing-Imperium. In China waren im Zuge der Bekämpfung der Taiping regionale Milizen aufgebaut worden. Auch die neuen Armeen, die seit den 1890er Jahren entstanden,

waren nicht zentral auf die Hauptstadt konzentriert, wo die militärisch inzwischen ziemlich nutzlosen Mandschu-Truppen stationiert waren, sondern in den Provinzhauptstädten. Dort ergaben sich oft enge Beziehungen zwischen den Offizieren und den örtlichen Beamten und sonstigen Notabeln. Diese Allianz war für die Dynastie verhängnisvoll.<sup>177</sup>

Zufällig entdeckte subversive Aktivitäten unter dem Militär in Hankou (ähnlich war es 1908 im osmanischen Saloniki gewesen) führten zu einer eher improvisierten Meuterei in mehreren Provinzen. Die chinesische Revolution von 1911 nahm die Form eines Abfalls der meisten Provinzen vom Kaiserhaus an.<sup>178</sup> Damit war die Machtkonstellation der folgenden Jahre vorgegeben. Die Autonomiebestrebungen militärisch-ziviler Machteliten in den Provinzen bildeten mehr als zwanzig Jahre lang die dominierende Grundtendenz chinesischer Politik. Das türkische System war viel stärker zentralisiert. Hier rückten Militärführer nach 1908 allmählich in die zentralen Machtpositionen ein. Dass die Türkei, anders als China, tatsächlich in den Ersten Weltkrieg verwickelt wurde – China blieb ein eher nomineller Teilnehmer – und dass sie gleich nach Kriegsende einen neuen Krieg, nämlich gegen Griechenland, zu führen hatte, stärkte die Stellung der Militärführung weiter. Während es in der Türkei einem der erfolgreichsten Generäle, Kemal Pascha (später: Atatürk), aber gelang, das Militär in den 1920er Jahren zu «zivilisieren» und militärische Energien in den Aufbau eines zivilen republikanischen Nationalstaates umzulenken, setzte sich die Militarisierung Chinas bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts fort. «Militärdiktatur» wäre nicht das richtige Wort für das, was in der Türkei und in China geschah. Enver Pascha, der einflussreichste Militär in der jungtürkischen Regierung, die 1913 fest im Sattel saß, war zwar stark genug, um das Osmanische Reich 1914 auf der Seite der Mittelmächte in den Ersten Weltkrieg zu ziehen, besaß aber niemals absolute Macht und blieb *primus inter pares* einer gemischt militärisch-zivilen Machthabergruppe. In China übernahm schon nach wenigen Monaten ein mächtiger Bürokrat und Militärreformer der Qing-Zeit, Yuan Shikai, die Präsidentschaft. In den Jahren 1913–15 regierte er *de facto* diktatorisch, gestützt auf die Armee, aber keineswegs allein auf sie. Yuan stand noch unter dem Eindruck des alten chinesischen Misstrauens gegen die Autonomie der Waffenträger. Erst nach seinem Tod 1916 zerfiel das Land in ein Mosaik von Militärherrschaften.<sup>179</sup>

Die gesellschaftlichen Koalitionen, auf denen die einzelnen Revolutionen beruhten, waren unterschiedlich breit. Die intensivste Beteiligung des «Volkes» war in Russland festzustellen. Revolutionsbereite Gegner der

Autokratie fanden sich im Spektrum zwischen liberalen Adligen und bitterarmen Bauern, die unter den Folgen von Hungersnöten und unter den hohen Ablösezahlungen nach der Bauernbefreiung litten. In China verlief die Revolution so schnell, dass sich ihre Dynamik gar nicht von den Städten auf das Land übertragen konnte. In den Jahren vor 1911 gab es in einigen Teilen Chinas ein überdurchschnittliches Maß an bäuerlichem Protest, doch wurde die Qing-Dynastie keineswegs durch Baueraufstände, wie sie vor 1644 den Fall der Ming-Dynastie vorbereitet hatten, vom Thron vertrieben. «Bürgerliche Kräfte» waren wegen der weiter fortgeschrittenen sozialökonomischen Entwicklungen in Russland wichtiger als in den anderen Revolutionsprozessen. Im Iran waren Basarkaufleute aktiv und beteiligten sich an Boykotten. In China kann man vor 1911 eigentlich von einer «Bourgeoisie» nicht sprechen. Das Etikett der «bürglerlichen» Revolution war schon, wie Lenin erkannte, auf Russland schwer anzuwenden, erst recht galt das für den Iran, China und das Osmanische Reich. Keine der vier Revolutionen kann aus ihrem internationalen Kontext gelöst werden. In allen Fällen waren die bestehenden Regime durch militärische oder außenpolitische Niederlagen angeschlagen: Russland durch den Russisch-japanischen Krieg, China durch die Boxer-Invasion von 1900, das Osmanische Reich durch neue Rückschläge auf dem Balkan, der Iran durch ausländische Konzessionsjäger und das Vordringen von Briten und Russen in ihren jeweiligen Einflusszonen. Alle vier standen außenpolitisch in der Defensive. Die Revolutionäre erwarteten von einer Veränderung oder gar Beseitigung des bisherigen politischen Systems nicht nur die Lösung ihrer eigenen materiellen Probleme, die Gewährung bürgerlicher Freiheiten und die Möglichkeiten zu politischer Mitsprache. Sie erhofften sich ebenso, dass ein gestärkter Staat den Zumutungen der Großmächte und des kapitalistischen Auslandes selbstbewusster und erfolgreicher entgegentreten würde. Dies galt weniger für Russland, das ja selbst, gerade gegenüber den drei anderen Ländern, eine aggressive Imperialmacht war. Hier war es umgekehrt eher die Kritik an einer teuren und letztlich wenig erfolgreichen Außenpolitik, welche die Proteste motivierte.

### | Ergebnisse des revolutionären Prozesses

Wozu führten die vier verschiedenen Revolutionen? In keinem einzigen Fall wies nach ihnen ein Weg zurück zur alten Ordnung. Russlands mittelfristige Zukunft war die bolschewistische Revolution. In der Türkei und im Iran etablierten sich in

den frühen 1920er Jahren nicht-kommunistische, autoritäre Entwicklungsregime. In China gelang einem Regime dieses Typs, der Regierung der *Guomindang* nach 1927, eine weniger umfassende Stabilisierung, und der langfristige Prozess politischer Desintegration, den die Revolution von 1911 verstärkt hatte, wurde erst nach 1949 durch den Erfolg einer zweiten, der kommunistischen Revolution gestoppt und umgekehrt. Wie aber sahen die kurzfristigen Resultate der Revolutionen, gewissermaßen noch im Horizont des 19. Jahrhunderts, aus? In Russland wurden die An-sätze verfassungsstaatlicher Entwicklung, die zeitweise mehr gewesen war als bloßer «Scheinkonstitutionalismus» (Max Weber), im Juni 1907 durch den vom Zaren unterstützten Staatsstreich des Premierministers Stolypin beendet. Die Staatsduma, also die während der Revolution 1905 vom Zaren konzidierte gewählte Volksvertretung (es handelte sich, genau gesagt, um die zweite Duma), wurde nach Hause geschickt. Ihre Nachfolgerin, die dritte Duma, wurde auf der Grundlage eines neuen, extrem ungleichen Wahlrechts gewählt und war entsprechend zaghaft und gefügig. Die vierte Staatsduma (1912–17) war dann nahezu vollkommen irrelevant. Der entscheidende Abbruch der Parlamentarisierung Russlands war 1907 erfolgt. Ein ähnlich harter Rückschlag traf den blühenden Parlamentarismus, der sich innerhalb kürzester Zeit im Iran entwickelt hatte. Hier hatte sich in einem Maße wie nirgends sonst in Asien das Parlament, der *majles*, zu einer zentralen Institution des politischen Lebens entwickelt, getragen durch eine Trias von Basarkaufleuten, liberaler Geistlichkeit und weltlicher Intelligentsia, die in der Islamischen Revolution von 1979 abermals zum Vorschein kommen sollte.<sup>180</sup> Der Staatsstreich des Schahs vom Juni 1908 wurde mit großer Brutalität und Gründlichkeit durchgeführt. Während aber in Russland nach der Auflösung der zweiten Duma eine allgemeine Apathie ausbrach, führte der Widerstand gegen den Schah und seine Kosaken zu einem Bürgerkrieg, der im Norden des Landes erst endete, nachdem im Winter 1911 russische Truppen eingriffen. Im großen Stil wurden konstitutionelle Politiker und revolutionäre Aktivisten aus ihren Ämtern entfernt, exekutiert und deportiert.<sup>181</sup> Parallelen zu Ungarn 1849 sind deutlich, obwohl damals die Russen den Habsburgern die Rache an den Revolutionären überließen. Der Parlamentarismus hatte aber bereits Wurzeln in der politischen Kultur geschlagen, und der Iran hat sich seither über alle Regimewechsel hinweg immer als ein prinzipiell konstitutionelles Land betrachtet.

Ganz anders China. Dort war vor 1911 die Forderung nach staatlicher Effizienz im Inneren wie nach außen viel wichtiger gewesen als das Drän-

gen auf Demokratisierung. Von 1912 an gab sich China immer wieder Verfassungen. Die Institution des Parlaments hat aber bis heute niemals Fuß fassen können (mit der Ausnahme Taiwans seit den 1980er Jahren). Die Revolution von 1911 schuf keine stabilen parlamentarischen Institutionen und, was noch wichtiger ist, keinen kritisch aktivierbaren Mythos von Parlamentssouveränität. Nirgendwo brach ein Ancien Régime so schnell und geräuschlos zusammen wie in China. Nirgendwo entstand so unvermittelt aus seinen Trümmern eine Republik. Nirgendwo handelte aber auch die einzige Kraft, die das Land unter solchen Umständen theoretisch hätte zusammenhalten können, das Militär, derart verantwortungslos. Die Revolution beseitigte die Zensur und einen staatlich verordneten institutionellen Konformismus. Sie öffnete damit zumindest die Städte Chinas einer besonderen Art von «Moderne», ohne stabile Institutionen zu bauen.

In dieser Hinsicht war die osmanisch-türkische Entwicklung erfolgreicher. Die Übergänge waren gleitender. Der Altsultan Abdülhamid blieb sogar noch ein Jahr lang auf dem Thron, bis seine Anhänger versuchten, die neuen Machthaber zu beseitigen. Sein Nachfolger Mehmed V. Reşad (r. 1909–18) war dann erstmals in der osmanischen Geschichte ein konstitutioneller Monarch ohne politische Ambitionen. Ein solch sanfter Ausklang war den Dynastien Romanov und Qing nicht vergönnt. Die Periode von Freiheit und Pluralismus, die 1908 begonnen hatte, endete freilich schon 1913 nach einem erfolgreichen Attentat auf Mahmud Şevket Paşa, einen der Führer der Jungtürken. Gleichzeitig geriet das Reich durch den Balkankrieg in extreme äußere Bedrängnis.<sup>182</sup> Die jungtürkische Revolution führte aber nicht zu einer vorläufigen Restauration (wie in Russland und im Iran) und nicht zur territorialen Desintegration des Kernlandes (wie in China nach dem Intermezzo Yuan Shikais nach 1916), sondern über Hindernisse und Umwege zur Herausbildung eines der krisenfesteren und humaneren Gemeinwesen im Eurasien der Zwischenkriegszeit: der kemalistischen Republik. Atatürk, gewiss kein Demokrat, war in der Bilanz ein Erzieher, kein Verführer seines Volkes, kein Kriegstreiber, kein türkischer Mussolini. Der osmanisch-türkische Revolutionsprozess zeigt daher die klarste Logik unter den vier eurasischen Revolutionen. Er verlief relativ stetig und kontinuierlich und fand im Kemalismus der zwanziger Jahre ein ruhendes Ziel. Um 1925, als dieses Ziel erreicht war, traten Russland (die Sowjetunion) und China hingegen in neue Phasen ihrer stürmischen Geschichte ein. Im Iran setzte in diesem Jahr der militärisch starke Mann des Landes, Reza Khan, die rein ornamentale ge-

wordene Qajaren-Dynastie ab und er hob sich selbst zum ersten Schah der neuen Dynastie Pahlavi. In den zwanzig Jahren seiner faktischen Alleinherrschaft, vom Aufstieg zum Kriegsminister 1921 bis zu seinem Gang in die Verbannung 1941, verkörperte Reza viel deutlicher als seine Zeitgenossen Kemal Atatürk in der Türkei und Jiang Kaishek (seit 1926 in wechselnden militärischen und politischen Führungsrollen) in China den Typus des brachialen, aber begrenzt modernisierungswilligen Militärdiktators. Er war aber, anders als Atatürk, kein Institutionenbauer und kein Mann mit politischen Visionen, und die Schwäche des Irans machte ihn von den Großmächten, die ihn schließlich wegen pro-deutscher Neigungen stürzten, bei weitem abhängiger.<sup>183</sup> Die iranische Geschichte im 20. Jahrhundert, eine Konsequenz der Revolution von 1905–11, verlief diskontinuierlicher als die türkische. Wichtige Ziele der Revolutionäre blieben unerfüllt. Eine zweite Revolution verfolgte 1979 eine neue, illiberale Agenda, zehn Jahre, bevor auch die Ordnung in Russland abermals revolutionär verändert wurde. Allein die Türkei erlebte in ungefährer Gleichzeitigkeit mit dem post-revolutionären Mexiko nach der Übergangszeit 1908–13 keine weiteren Revolutionen mehr.

Alle vier eurasischen Revolutionen kurz nach 1905 brachen nicht plötzlich in versteinerte Zustände ein. Europäische Imaginationen, wie sie im 17. Jahrhundert aufkamen, von der Friedhofsrufe unter blutrünstigen «orientalischen Despoten» verzerrten die Wirklichkeit. Überall in Eurasien waren die Gesellschaften in kaum weniger gärender Bewegung als die europäischen, gab es zahlreiche Spielarten von Protest und kollektiver Gewalt.<sup>184</sup> Im Iran etwa, der hauptsächlich den Stoff für das okzidentale Konzept des orientalischen Despotismus geliefert hatte, gerieten immer wieder einzelne Bevölkerungsgruppen in Aufruhr und versuchten auf diese Weise, ganz wie im frühneuzeitlichen Europa, ihre Interessen durch Druck und Theatralik durchzusetzen: Nomadenstämme und städtische Arme, Frauen, Söldner und schwarze Sklaven, manchmal das «Volk» insgesamt, vor allem im Protest gegen Ausländer.<sup>185</sup> In anderen asiatischen Ländern war es nur graduell anders. In China hatte der Staat die Bevölkerung traditionell besser unter Kontrolle gehabt als in den muslimischen Ländern. Durch ein System der Kollektivhaftung (*baojia*) wurden ganze Familien oder Dörfer für die Regelüberschreitungen einzelner verantwortlich gemacht. Dies gelang aber nur, solange die Bürokratie einigermaßen effizient blieb und die Menschen nicht in die Verzweiflung existenzgefährdender Notlagen getrieben wurden. Spätestens nach 1820, als diese Voraussetzungen zu entfallen begannen, wurde auch China immer

schwerer regierbar.<sup>186</sup> So waren die Revolutionen *auch* Antworten auf Regierbarkeitsprobleme. Diese Probleme wiederum waren durch gesellschaftliche Konfliktdynamik und kulturellen Wertewandel *mitbedingt*, daneben auch durch die mannigfaltige Destabilisierung «peripherer» und sozialökonomisch «rückständiger» Länder von außen.

Es kann nicht überschätzt werden, wie stark der westeuropäische Verfassungsgedanke im Osten – von Russland bis Japan – wirkte und wie kreativ er den jeweils besonderen Bedürfnissen der einzelnen Länder angepasst wurde.<sup>187</sup> Die osmanische Verfassungsbewegung von 1876 hatte ein wichtiges erstes Signal gesetzt, Japan seit 1889 den Beweis erbracht, dass eine Verfassung nicht bloß ein Stück Papier war, sondern auch in einem asiatischen Kontext zu einem wirkungsvollen Symbol nationaler Integration werden konnte. Mit Rhetorik und Praxis des Konstitutionalismus begann unweigerlich der Kampf um den Staat. Obrigkeiten wurden nicht länger als natürlich gegeben betrachtet. Macht konnte im Konflikt errungen und dann institutionell geformt werden. Dynastische Herrschaft hatte damit ihre Selbstverständlichkeit verloren. Sie war am Ende ihrer Epoche angekommen. Das Zeitalter der Ideologien und der Massenpolitik begann.

**XI****Staat:**

«Minimal government», Herrscherpomp  
und «Hörigkeit der Zukunft»

**I****Ordnung und Kommunikation:  
Der Staat und das Politische**

In keinem anderen Jahrhundert dürfte die Vielfalt politischer Formen größer gewesen sein als im neunzehnten. Zwischen der völligen Staatslosigkeit kleiner Jägergemeinschaften und den ausdifferenzierten politischen Systemen von Imperien und Nationalstaaten spannte sich ein breites Spektrum von Gestalten des Politischen. Bis zur Ankunft des europäischen Kolonialismus, in den einzelnen Teilen der Welt ganz unterschiedlich datiert, herrschte eine große Mannigfaltigkeit der Arten und Weisen, auch ohne einen institutionell kristallisierten «Staat» neuzeitlich-europäischen Typs Macht zu generieren und auszuüben und die Angelegenheiten des Gemeinschaftslebens zu regeln. Diese Varianten eines vorstaatlichen Politischen wurden erst allmählich durch den kolonialen Staat, der von Fall und Fall in ganz unterschiedlichen Erscheinungsformen auftrat, absorbiert und zumindest modifiziert. Von einer universalen, wenngleich keineswegs einförmigen und lückenlosen Verbreitung «des» europäischen Staates kann man für die Zeit kurz vor dem Weltkrieg sprechen, keineswegs aber für 1770, 1800 oder noch 1830. Das 19. Jahrhundert begann mit dem Erbe staatlicher Neubildungen, wie sie weltweit in der frühen Neuzeit erfolgt waren. Man weiß heute, dass die «absoluten» Monarchien Europas, vielleicht mit Ausnahme des petrinischen Zarentums, gar nicht so absolut und unumschränkt handlungsfähig waren, wie es zeitgenössische Apologeten und spätere Historiker darzustellen liebten. Selbst «absolute» Herrscher waren in Gespinsten gegenseitiger Verpflichtung gefangen. Sie mussten auf Kirchen oder einen landbesitzenden Adel Rücksicht nehmen, konnten etablierte Rechtsvorstellungen nicht völlig vom Tisch wischen, hatten ihre Höflinge bei Laune zu halten und mit der Tatsache zu leben, dass selbst das

autoritäste Gebaren nicht mit Verlässlichkeit die Staatskassen füllte. Die europäischen Monarchien um die Mitte des 18. Jahrhunderts waren das Ergebnis einer Evolution, die nicht vor dem 16. Jahrhundert begonnen hatte. Das Gleiche gilt für die monarchischen Systeme Asiens. Sie stammten ebenfalls nicht aus unvordenklichen Zeiten. Vielmehr waren sie in der Form, die sie im 18. Jahrhundert angenommen hatten, Produkte militärischer Reichsbildungen, die nicht allzu lange zurücklagen. Die politischen Ordnungen Eurasiens um die Mitte des 18. Jahrhunderts waren vornehmlich junge, neuzeitliche Monarchien. Die ehrwürdige, etwa durch Montesquieu 1748 in seinem Werk *De l'esprit des lois* («Vom Geist der Gesetze») zuspitzend entwickelte Gegenüberstellung zwischen gemäßigter Monarchie in Westeuropa und maßloser Despotie vom Zarenreich an ostwärts ist nicht ganz abwegig, doch es überwiegt der Gesamteindruck eines differenzierten Spektrums monarchischer Staatlichkeit im frühneuzeitlichen Eurasien, eines Spektrums, das sich nicht dichotomisch in einen westlichen und einen östlichen Bereich zerlegen lässt.<sup>1</sup>

Eine weitere Neuentwicklung der frühen Neuzeit war der europäische Kolonialstaat in Übersee, einstweilen auf die westliche Hemisphäre beschränkt, seit den 1760er Jahren dann auch nach Indien übertragen. Er war einerseits Ableger und Kopie europäischer Staatsformen, passte sich andererseits aber den lokalen Gegebenheiten an. Auch dieser Typus von Staat hielt sich im 19. Jahrhundert, dabei vielfältige Wandlungen durchlaufend. Mit seinem Zusammenbruch in Nordamerika in den 1770er Jahren begann innerhalb kurzer Zeit eine ganz neue Entwicklung von größter Tragweite: der Aufstieg des republikanischen Verfassungsstaates. Die größte Variationsbreite politischer Formen auf der Welt war um die Mitte des 19. Jahrhunderts erreicht. Niemals zuvor existierten zur gleichen Zeit so extrem unterschiedliche Ausprägungen politischer Herrschaft. Danach transformierten sich Staaten weltweit in territorial definierte National-Staaten, verwandelten sich also in einen relativ einheitlichen Typus, der sich mit unterschiedlichen Verfassungsgestalten verbinden konnte, der Demokratie ebenso wie der Diktatur. Nach der politischen Formenfülle des 19. Jahrhunderts war das zwanzigste durch weiter fortschreitende Homogenisierung gekennzeichnet. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde der durch Wahlen legitimierte Verfassungsstaat zur weltweit allein anerkannten Norm. Mit dem Verschwinden der immerhin als «Volksdemokratien» getarnten kommunistischen Parteidiktaturen blieb nur noch ein «nicht-westliches» Gegenmodell, das sich selbstbewusst auf

eigene Prinzipien gründet: die islamische Republik theokratischer Prägung.

### | Differenzierung und Vereinfachung

der Differenzierung und neuerlichen Vereinfachung. Zugleich war es Ausgangspunkt von vier großen Entwicklungen, die sich erst im 20. Jahrhundert weltweit entfalten sollten: Nationenbildung, Bürokratisierung, Demokratisierung und Sozialstaatsentwicklung. Im Rückblick vom Europa zwischen den Weltkriegen musste das 19. Jahrhundert geradezu als das Goldene Zeitalter des Staates erscheinen: durch die Revolutionen in Nordamerika und Frankreich an Prinzipien des Gemeinwohls gebunden, ordnungskräftig und zugleich in Maßen partizipationsichernd, bis 1914 sogar für lange Zeit seine militärischen Potenziale im Zaume haltend, mithin das Gegenteil der Extreme politischer Erfahrung: Despotie und Anarchie.

Dies waren die großen Linien staatlicher Entwicklung im 19. Jahrhundert:

- Aufbau militarisierter Industriestaaten mit neuartigen Kapazitäten für *empire-building*;
- Erfindung der «modernen» Staatsbürokratie;
- Ausbau des Staates zum systematisch die «Gesellschaft» abschöpfenden Steuerstaat;
- Neudefinition des Staates als Anbieter von *public goods* (z. B. Daseinsvorsorge, Sozialleistungen, Infrastrukturausbau usw.);
- Entstehung des Rechts- und Verfassungsstaates, begleitet von der neuen Idee des Staatsbürgers (*citizen*) mit legitimem Anspruch auf Wahrung von Privatinteressen und Mitsprache am politischen Geschehen;
- Diskreditierung der Idee von Herrschaftslegitimation durch Geburt, von daher Unterminierung der Monarchie als «normaler» politischer Form, die allerdings in der Praxis ein großes Beharrungsvermögen zeigte;
- Entstehung der Diktatur als Formalisierung von Klientelbeziehungen und/oder Ausübung akklamierter Technokratenherrschaft.

Keineswegs gingen alle diese Tendenzen von Europa aus und verbreiteten sich durch bewussten Export oder schleichende Diffusion allmählich über die ganze Welt. Einige von ihnen waren durchaus *nichteuropäischen*

Das 19. Jahrhundert war also in der Geschichte der Organisation politischer Macht ein Übergangssta-

Ursprungs: Der moderne Verfassungsstaat entstand in Nordamerika auf der Grundlage der englischen Glorious Revolution von 1688 und ihrer politiktheoretischen Begründung. Die post-monarchische Diktatur florierte zuerst in Südamerika. Ebenso einseitig wäre es, die großen Tendenzen sich überall «hinter dem Rücken der Subjekte» entfalten zu sehen. Die Staatsentwicklung war kein automatisch ablaufender, von gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Entscheidungen unabhängiger Prozess. Dies zeigt sich spätestens dann, wenn die Frage beantwortet werden muss, warum sich ein und dieselbe große Tendenz *hier* ganz anders und viel stärker ausprägte als *dort*.

Das Problem verschärft sich, wenn man davon abrückt, den westeuropäischen Staat als historische Norm zu betrachten. So waren politische Ordnungen im vorkolonialen Afrika keineswegs «primitiv» oder «rückständig», auch wenn sie dem Modell des europäischen Staates ganz und gar nicht entsprachen. «Staat» in Afrika bedeutete nicht die militärisch gesicherte Kontrolle über ein genau definiertes Territorium, in dem eine einzige Macht «Souveränität» beanspruchte und daraus Gehorsamserwartungen ableitete. Vielmehr organisierte sich Afrika als ein Flickenteppich sich überlappender und sich rasch ändernder Verpflichtungen zwischen übergeordneten und mindermächtigen Herrschern. Auf der Arabischen Halbinsel gab es bis weit ins 19. Jahrhundert hinein ebenfalls keine im europäischen Sinne «staatliche» Organisation, wohl aber komplexe Beziehungen zwischen einer Vielzahl von Stämmen unter einer lange Zeit kaum spürbaren osmanischen Oberhoheit. Man hat hier von «tribalen Quasi-Staaten» gesprochen.<sup>2</sup>

Auf andere Weise fragmentiert war die zwar zu Fürstentümern (Sultanaten) geformte, aber doch polyzentrische politische Landschaft Malayas, ein Mikrokosmos des größeren Mosaiks Südostasien, in dem erst der Kolonialismus eindeutige Herrschaftsverhältnisse auf territorialer Grundlage definierte.<sup>3</sup> Den europäischen Staat für «normal» zu halten, würde bedeuten, die Geschichte dieser Weltteile mit Zwangsläufigkeit auf die koloniale Eroberung und Neuordnung zulaufen zu lassen. Tatsächlich war der Kolonialismus nicht das sanfte Telos der historischen Entwicklung, sondern aus der Sicht der Betroffenen eine oft brutale Intervention.

Ebenso problematisch ist es, das «Gewaltmonopol» des Staates nicht bloß als theoretische Idealforderung, sondern als konkrete Zustandsbeschreibung zu betrachten. Für einige Gegenden der Welt ist «Gewaltmonopol» niemals eine sinnvolle Kategorie gewesen; dies gilt etwa bis heute für Afghanistan. In den großen Imperien hielten sich bis zum letzten Vier-

tel des 19. Jahrhunderts mitunter autonom bewaffnete Minderheiten, die keinem zentralen Militärkommando unterstanden, etwa die Donkosaken im Zarenreich.<sup>4</sup> Die schon totgeglaubte Piraterie flammt im Zuge der lateinamerikanischen Unabhängigkeitskämpfe in den 1820er Jahren in der Karibik nochmals auf und konnte erst nach 1830 von der britischen und der US-Kriegsmarine mühsam unterdrückt werden.<sup>5</sup> Das Gewaltmonopol ist also nicht ein gleichsam naturgegebenes Definitionsmerkmal des «modernen» Staates, sondern ein historischer Extremzustand, der nur vorübergehend angestrebt und erreicht wurde. In revolutionären Zeiten brach ein solches Gewaltmonopol schnell zusammen. Der chinesische Staat zum Beispiel hatte sich das ganze 18. Jahrhundert hindurch mit einem Erfolg darum bemüht, die Bevölkerung zu entwaffen und ruhig zu halten. Nach 1850 griffen dann aber in der Taiping-Revolution Millionen von Aufständischen zu Gewaltmitteln gegen den Qing-Staat. Es ist für Revolutionäre selten ein Problem gewesen, sich Waffen zu besorgen. Gewaltmonopole lassen sich nur aufrechterhalten, solange ein zentraler Staat kriegerische Eliten domestiziert und solange er einem großen Teil der Bevölkerung das Gefühl vermittelt, effektiv für Recht und Ordnung sorgen zu können. Ist dies nicht der Fall, öffnen sich private Gewaltmärkte. Die Sozialisierung von Gewalt kann dann sehr schnell in ihre Privatisierung umkippen. In einer der stabilsten Demokratien, den USA, waren beide Kräfte eng miteinander verwoben. Dies führt noch zu einer anderen Schlussfolgerung: Seine «Stärke» ist nicht immer nur eine *unabhängige Variable* in der Entwicklung des Staates. Eine eingebaute Tendenz zur wachsenden Rationalität, zum «Sachlichwerden» des Staates zu sehen, wäre eine arg idealisierende Annahme. Der Staat prägt die Gesellschaft, aber er ist zugleich auch abhängig von Revolution und Krieg, von der produktiven Basis seiner Finanzkraft und von der Loyalität seiner «Diener».

#### | Typen politischer Ordnung

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, politische Ordnungen zu typologisieren. Sie unterscheiden sich danach, welchen Unterscheidungskriterien man den Vorrang gibt. Eine sinnvolle Möglichkeit wäre es, zu fragen, wo in politischen Ordnungen Macht ihren Sitz hat und in welcher Intensität und Weise sie ausgeübt wird. So könnte man eine Unterscheidung treffen zwischen Ordnungen, in denen Macht «extensiv» eingesetzt wird, um eine große Zahl von Menschen in weiträumigen Territorien zu

organisieren (etwa einem großen Imperium), und solchen, in denen «intensive Macht» in einem engeren Rahmen Menschen zu einem hohen Niveau an politischer Aktivität bringt (etwa in einer Polis). Eine weitere nützliche Unterscheidung wäre die zwischen «autoritativer Macht», d. h. der Weitergabe von Befehlen in einer Hierarchie der Über- und Unterordnung, und «gestreuter Macht», die sich weniger direkt als Kommandokette zu erkennen gibt und über subtilere Einschränkungen wirkt, etwa durch eine Rechtsordnung oder durch ideologische Vorgaben. Diese zweite Unterscheidung kann nicht nur auf ganze politische Ordnungen angewendet werden, sondern auch auf einzelne Organisationen, zum Beispiel eine Behörde, eine Kirche oder eine Schule.<sup>6</sup> Ein Kriterium, das sich auf die Übergangszeit des 19. Jahrhunderts gut anwenden lässt, ist das der Kontrolle von Macht. Die weltweit einflussreichste politische Lehre des Jahrhunderts, der Liberalismus, sah in einer solchen Kontrolle eines seiner wichtigsten Ziele. Auch wenn sich der Liberalismus bis zum Ersten Weltkrieg in kaum einem Land der Welt im Sinne der Idealvorstellungen seiner Vertreter durchgesetzt hatte, so gab es doch eine Tendenz, die sich in vielen Teilen der Welt bemerkbar machte, die Ausübung von politischer Macht der Willkür Einzelner zu entziehen und sie rechenschaftspflichtig zu machen. Um 1900 findet man unter diesem Gesichtspunkt folgende Grundtypen politischer Ordnung:

*Autokratien*, in denen der Wille eines einzelnen Fürsten, der mit der Hilfe von Beraterstäben regierte, letzte Gültigkeit hatte (durchaus auch im Rahmen einer gewissen Rechtsordnung), waren selten geworden. Es gab solche absolutistischen Verhältnisse noch im Zarenreich, im Osmanischen Reich (wiederhergestellt 1878) oder in Siam. Dies musste nicht notwendig bedeuten, dass es sich um besonders rückständige Systeme handelte. König Chulalongkorn von Siam war einer der unumschränktesten Herrscher des Zeitalters, und dennoch traf er als aufgeklärter Despot und umsichtiger Reformer eine ganze Reihe von Entscheidungen, die dem Gesamtinteresse seines Landes dienten und es an die Moderne heranführten.

Auch in Monarchien können Minister nahezu unumschränkte Vollmachten übertragen bekommen, etwa der Kardinal Richelieu oder auch im Portugal der 1760er Jahre der Marquês de Pombal. Sie sind aber stets vom Wohlwollen des Herrschers abhängig, sei er noch so schwach. *Diktaturen* sind postrevolutionäre oder aus Republiken hervorgegangene Systeme, in denen ein Einzelner, meist umgeben von einer kleineren Gruppe von Helfern und untergeordneten Machthabern, ähnliche Hand-

lungsmöglichkeiten besitzt wie ein absoluter Monarch. Es fehlt ihm allerdings die Sanktionierung durch Tradition, dynastische Legitimität oder religiöse Weihe. Der Diktator, als Typ in Europa seit der Antike bekannt, hält sich mit Gewalt und Gewaltandrohung an der Macht und außerdem dadurch, dass er eine – unterschiedlich große – Klientel versorgt. Die Kontrolle über Militär und Polizei, denen es unter seiner Herrschaft gut geht, ist für ihn unerlässlich. Er hat sich selbst auf Lebenszeit ins Amt gesetzt und muss darauf achten, die besonderen Umstände, denen er seinen Aufstieg verdankt, sei es durch einen Putsch, sei es durch Akklamation, in belastbare Institutionen zu übersetzen. Beispiele für diesen Typus waren in Europa nach Napoleon I. selten anzutreffen. Am nächsten kommt ihm Feldmarschall (später Herzog) Juan Carlos de Saldanha, der von 1823 bis zu seinem Tod 1876 immer wieder in die portugiesische Politik eingriff, aber auf längere Sicht weniger der eigenen Herrschaft als dem Aufbau einer «oligarchischen Demokratie» diente.<sup>7</sup> Erst mit der bolschewistischen Revolution von 1917 und ihrer neuen Form der Parteidiktatur sowie dem Aufstieg rechter Machthaber 1922 in Italien (Benito Mussolini) und 1923 in Spanien (Miguel Primo de Rivera) begann auf diesem Kontinent eine Epoche der Diktatur, im gleichen Jahrzehnt auch im nichtkolonialen Asien (Iran, China). Im 19. Jahrhundert war Hispano-amerika die weltweit einzige Arena der Diktatoren. Ein deutlich ausgeprägtes Exemplar der Gattung war Porfirio Díaz, der Präsident Mexikos in den Jahren 1876 bis 1911, ein Mann, der Mexikos Teufelskreis von politischer Instabilität und wirtschaftlicher Stagnation durchbrach, aber die Partizipation der Bevölkerung an politischen Entscheidungen auf ein Minimum reduzierte und das öffentliche Leben lahmsagte. Don Porfirio war kein Warlord, kein mörderischer Tyrann wie Juan Manuel de Rosas, der von 1829 bis 1852 (besonders brutal in den Jahren 1839–42) Argentinien mittels Geheimpolizei, Spitzelwesen und Todesschwadronen beherrschte,<sup>8</sup> und auch kein typischer süd- und mittelamerikanischer Caudillo, also kein institutionenfeindlicher, an ökonomischer Entwicklung uninteressierter Gewaltunternehmer, der vor allem seine eigene unmittelbare Anhängerschaft mit Beute versorgt und sich den Besitzenden als «Protektor» andient. Im Gegensatz zum typischen Caudillo war Díaz von Stabilität geradezu besessen, ohne aber eine wohlgeölte, ganz von seiner Person abhängige Patronagemaschine in einen krisenfesten Staatsapparat zu transformieren.<sup>9</sup> Ein anderer starker Präsident aus dem Militär, Julio Argentino Roca in Argentinien, bewies mehr Weitsicht, indem er in den 1880er und 1890er Jahren über Parteien und Wahlen die Leistungs-

fähigkeit des politischen Systems seines Landes stärkte und es auf eine elitäre «Demokratie» vorbereitete.<sup>10</sup>

In *konstitutionellen Monarchien*, in jener Form jedenfalls, die dieser Staatstyp um 1900 angenommen hatte, war zwar durch eine geschriebene Verfassung ein gewisses Maß an parlamentarischer Repräsentation und Mitsprache vorgesehen, doch konnte das Parlament eine vom Fürsten berufene Regierung nicht stürzen. Die Exekutive wurde nicht aus dem Parlament heraus gebildet, und sie war ihm gegenüber nicht wirklich verantwortlich. Der Monarch spielte eine verhältnismäßig aktive Rolle und wurde in der Regel auch als Schiedsrichter zwischen den zahlreichen informellen Machtgruppen benötigt, in welche die politische Elite zerfiel. Systeme dieses Typs gab es zum Beispiel im Deutschen Kaiserreich, in Japan, dessen Verfassung von 1889 wesentliche Anleihen bei der deutschen Reichsverfassung von 1871 gemacht hatte, sowie in Österreich-Ungarn seit den 1860er Jahren, wo der Parlamentarismus allerdings weitaus weniger funktionsfähig war als im Deutschen Reich – unter anderem als Folge der starken ethnischen Zersplitterung der Untertanenschaft.

*Systeme parlamentarischer Verantwortlichkeit* konnten ein monarchisches (wie in Großbritannien oder den Niederlanden) oder auch ein republikanisches (wie im Frankreich der III. Republik) Staatsoberhaupt besitzen. Dies war von nachgeordneter Bedeutung hinter der Tatsache, dass sich die Exekutive aus dem gewählten Parlament heraus konstituierte und von diesem Parlament wieder abberufen werden konnte. Eine Sonderform dieses Typus bildete der US-amerikanische Dualismus von Präsident und Kongress. Aber obwohl hier der Präsident nicht aus der Versammlung der Volksvertreter heraus an die Macht berufen wurde, sondern durch – direkte oder indirekte – Volkswahl, so war das Präsidentenamt doch ein zeitlich befristetes Wahlamt, das niemals, auch nicht in Kriegszeiten, in eine Präsidialdiktatur verwandelt wurde. Die nordamerikanische Revolution brachte keinen Napoleon hervor.

Anhand von Material aus aller Welt hat die politische Anthropologie zu zeigen vermocht, in welch zahlreichen Formen Machtdifferenzen innerhalb von Gesellschaften entstehen und politische Prozesse, die dem Erreichen der Ziele des Kollektivs oder einzelner seiner Untergruppen dienen, in Gang kommen und ablaufen. Noch schwieriger aus den Quellen zu ermitteln sind die politischen Gedankenwelten oder «Kosmologien» in Gesellschaften mit fehlender oder spärlicher schriftlicher Überlieferung. Durchaus komplexe Vorstellungen vom «Politischen» gab es nicht nur in den großen literarischen Traditionen politischen Denkens (China, Indien,

christliches Europa, Islam). Eine statische, auf den «Staat» bezogene Be- trachtung von Institutionen muss von solcher Warte aus durch einen Blick auf dynamisches Geschehen innerhalb politischer Räume und Felder er- setzt werden. Das ganze Unternehmen einer typisierenden Staatsformen- lehre samt der Idee einer notwendigen Zuordnung eines Staates zu einem bestimmten Territorium wird dadurch fragwürdig.<sup>11</sup> Zur Ergänzung der be- reits unterschiedenen vier Spielarten von Machtausübung und ihren Grenzen kann man eine fünfte Restkategorie annehmen, die eine Fülle unterschiedlicher Möglichkeiten relativ schwacher Institutionalisierung aufnimmt. Es handelt sich, auf den allgemeinsten Nenner gebracht, um *Gefolgschaftsbeziehungen* oder Patron-Klient-Verhältnisse, bei denen, durch das Herkommen getragen (darin liegt ein Unterschied zur Diktatur), ein Fürst, Häuptling oder *big man* (auch Frauen konnten diese Rollen gelegentlich füllen) Protektion bietet und als Fokus der symbolischen Einheit der Gemeinschaft dient. Es mag hier auch einzelne Ämter geben, aber keine von Personen relativ unabhängige Ämterhierarchie. Dynastisches Prinzip und Sakralisierung des Herrschers sind schwächer ausgeprägt als bei stabileren und komplexeren Formen von Monarchie, Usurovationen leichter zu realisieren. Die Legitimität von Machthabern beruht zu einem Teil auf erwiesener Führungsleistung, die Kontrolle von Machtausübung auf der Beratung und dem Urteil über solche Leistung. Erbkönigtum ist einem solchen Verständnis von Politik fremder als die Bestimmung des Ersten Mannes durch Wahl oder Akklamation. Politische Systeme dieser Art gab es zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter ganz unterschiedlichen kulturellen Voraussetzungen auf allen Kontinenten einschließlich der pazifischen Inselwelt. Sie machten dem europäischen Kolonialismus das «Andocken» relativ leicht, konnten die Europäer doch nach der Eroberungsphase versuchen, sich als Oberpatrone an die Spitze von Gefolgschaftsketten zu setzen.<sup>12</sup>

### **Vision und Kommunikation**

Derlei Typologien ermöglichen geordnete und gleichsam eingefrorene Momentaufnahmen, müssen aber daraufhin befragt werden, welche Arten von politischen Prozessen sie vorsehen. Politische Ordnun- gen können sich hier in zwei weiteren Hinsichten voneinander unter- scheiden. Zum einen werden sie durch Visionen und Bilder politischer Ganzheit unterlegt. Die Ideologen des Systems, aber auch eine größere Zahl von Menschen, die in ihnen leben, sehen sie nicht bloß als Struktu-

ren ungleicher Machtverteilung, sondern als Rahmen von Zugehörigkeit. Im 19. Jahrhundert wurde immer mehr die Nation zur größten denkbaren Einheit gelebter Identifizierung. Daneben hielten sich unter anderen Bedingungen aber auch Vorstellungen wie die von einem paternalistischen Band zwischen einem Herrscher und seinen Untertanen oder, wie im chinesischen Fall, von der kulturellen Einheitlichkeit eines Großreiches, bei dem Zivilisation und Imperium zusammenfielen. Abgesehen von einer Handvoll von Anarchisten stellte sich niemand den politischen Idealzu- stand als Chaos vor. Die Integration der idealen Ordnung konnte durch vielerlei geschehen. Auch im 19. Jahrhundert war die Religion, die das Weltbild einer Mehrheit definierte, ein besonders stark wirkender Kitt.

Zum anderen wiesen realisierte politische Ordnungen unterschiedliche Kommunikationsformen auf, und man muss fragen, welche dieser Formen jeweils dominant und charakteristisch waren. Diese Kommunikation lief intern innerhalb von Herrschaftsapparaten ab, also etwa zwischen einem Monarchen und seinen hohen Beamten. Sie konnte sich in Kabi- netten oder in inoffiziellen Elitezirkeln (etwa britischen Clubs oder «pa- triotischen Gesellschaften» im Zarenreich) vollziehen. Sie konnte aber auch – und dies wurde im 19. Jahrhundert immer wichtiger – Politiker und ihre Wähler- und Gefolgschaft miteinander verbinden. Könige und Kaiser hatten sich schon immer ihrem Volk präsentiert, meist mit zeremo- niell gesichertem Abstand, wenn nicht gar die Rolle eines unsichtbaren oder abwesenden Herrschers gepflegt wurde, wie etwa von den chinesischen Kaisern seit etwa 1820. Napoleon III. war ein früher Meister sol- cher Appelle an das Volk, mehr als sein Onkel, der einsamer und despoti- scher regiert hatte. Auch Wilhelm II., der konstitutionell auf die Meinung seiner Untertanen wenig Rücksicht zu nehmen brauchte, redete so häufig zu öffentlichen Versammlungen wie kein anderer Hohenzollernmo- narch.<sup>13</sup> Neu im 19. Jahrhundert war, dass Politiker sich direkt ihren An- hängern und Wählern stellten, sie unmittelbar ansprachen, sie um ein Mandat baten. Diese Art von Politik wurde zunächst in den USA zum Normalfall, beginnend unter der Präsidentschaft Thomas Jeffersons (1801–1809), dann vor allem seit der «Jacksonian Revolution», d. h. wäh- rend der Amtszeit von Präsident Andrew Jackson (1829–1837), als die Eli- tepolitik der Gründergeneration durch eine stärker populistische oder «basisdemokratische» Politikauffassung abgelöst wurde und die Skepsis gegenüber «Faktionen» unter der Bürgerschaft durch eine Bejahung des Wettsstreits zwischen Parteien abgelöst wurde.<sup>14</sup> Die Zahl der Wahlämter vermehrte sich außerordentlich, auch Richter wurden nun weithin ge-

wählt. Abgesehen von der Schweiz blieb in Europa demokratische Praxis noch sehr lange viel stärker oligarchisch, selbst in Großbritannien bis 1867. Das Wahlrecht war restriktiver als in den USA.

Revolutionen brachten selbstverständlich besondere Ausbrüche populären Engagements hervor. In revolutionsfreien Zeiten wurde der Wahlkampf – abermals eine «Erfindung» des 19. Jahrhunderts – zur Gelegenheit für unmittelbare Kommunikation zwischen Politikern und Bürgerschaft. Hier war William Ewart Gladstone mit der «Midlothian Campaign» 1879/80 in seinem schottischen Wahlkreis ein Pionier. Bis dahin waren britische Wahlkämpfe eher gesellige Unternehmungen in kleinerem Rahmen gewesen, von Charles Dickens in den *Pickwick Papers* (1837) satirisch beschrieben. Gladstone war der erste europäische Politiker (und Disraeli machte es ihm dann auf konservativer Seite nach), der Massenveranstaltungen als Teil des normalen demokratischen Geschehens abhielt, also unabhängig von besonderen Protestaktionen. Der Ton seiner Versammlungen war der quasi-religiöser Erweckung. Der Redner agitierte sein Publikum, lieferte sich Wortkämpfe mit Zwischenrufern und badete hinterher in der Menge seiner Anhänger.<sup>15</sup> Für Gladstone gehörte dies, verantwortungsvoll gehandhabt, zur politischen Erziehung einer sich sozial verbreiternden Wählerschaft. Die feine Grenze zur Demagogie wurde dort überschritten, wo – wie im Falle von Juan Manuel Rosas in Argentinien – der Diktator und seine Frau, eine Evita des 19. Jahrhunderts, sich mit aufwiegelnden, von institutionellen Zwecken (wie etwa einem Wahlkampf) gelösten Reden gegen Widersacher direkt an die städtische Plebs wandten: eine primitive und personalistische Form politischer Manipulation, in Europa seit der Antike bekannt, aber außerhalb revolutionärer Situationen wenig gebräuchlich.<sup>16</sup> Charakteristisch und neu im 19. Jahrhundert war die Zähmung von Agitation als Form des Wahlkampfes im regulären Funktionieren eines politischen Systems.

## 2 | Neuerfindungen der Monarchie

Noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts, also lange nach der Französischen Revolution, war die Monarchie die weltweit vorherrschende Staatsform. Kaiser und Könige gab es auf allen Kontinenten. In Europa verschwanden die frühneuzeitlichen und die im Revolutionszeit-

alter neu ausgerufenen Republiken im Zuge einer neuen und letzten «Monarchisierung».<sup>17</sup> Wenn die Enthauptung Ludwigs XVI. der Monarchie als Ordnungs- und Bewusstseinsform in Europa die Grundlage entzogen haben soll, wie mitunter bemerkt wird, dann erlebte sie danach noch eine lange und fröhliche Agonie. Nach 1815 war zunächst unter allen größeren europäischen Staaten allein die Schweiz nicht monarchisch verfasst. Bis hin nach Australien, wo sich vor 1954 kein regierender britischer Monarch blicken ließ (wohl aber seit 1867 eine Abfolge von Prinzen), wurden monarchistische Sentimentalitäten kultiviert, und 1901, als sich die australischen Kolonien zur Föderation zusammenschlossen, dachte niemand an eine republikanische Lösung.<sup>18</sup> Es gab Herrscher mit einigen Tausend und solche mit mehreren Hundert Millionen Untertanen, direkt regierende Autokraten und Fürsten, die sich mit einer rein zeremoniellen Rolle zufriedengeben mussten. Gemeinsam war einem kleinen Königium im Himalaya oder auf einer Südseeinsel und den gekrönten Staatsoberhäuptern in London oder St. Petersburg vor allem zweierlei: zum einen die dynastische Legitimation, welche die Königs- oder Kaiserwürde erblich machte, zum anderen die Aura des Throns, die seinem Inhaber, unabhängig von seinen persönlichen Qualitäten ein Grundmaß an Respekt und Verehrung verschaffte.

### Monarchie in der kolonialen Revolution

Hinter den Etiketten von «Monarchie» und «Königtum» verbarg sich eine außerordentliche Fülle politischer Formen. Selbst Fälle, die strukturell ähnlich waren, unterschieden sich durch die sehr unterschiedliche kulturelle Einbettung der monarchischen Institution. Während die absolut regierenden russischen Zaren bis zum Ende der Romanov-Dynastie ihre sakrale Ausstrahlung pflegten und gerade der letzte Zar, Nikolaus II., ein Einverständnis gemeinsamer Frömmigkeit zwischen allmächtigem Kaiser und russischem Volk pflegte und zelebrierte,<sup>19</sup> blieb seit 1830 Monarchen in Frankreich oder Belgien nur die veralltäglichste Rolle von Bürgerkönigen. Die russisch-orthodoxe Kirche propagierte eifrig die Heiligkeit des Zaren; in römisch-katholischen Ländern übte die Kirche größere Zurückhaltung; der Protestantismus kannte ohnehin immer nur einen eher abstrakten Begriff von Staatskirchentum. Ein schönes Beispiel für das, was an monarchischer Vielfalt möglich war, bietet Südostasien. Dort fanden sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts

- in Burma, Kambodscha oder Siam buddhistische Königtümer, in denen die Monarchen in abgeschlossenen Palastwelten lebten und angesichts von übermächtigen Beratern oder protokollarischer Last kaum politische Initiativen ergreifen konnten;
- ein vom chinesischen Vorbild geprägtes vietnamesisches Kaisertum, bei dem der Herrscher an der Spitze einer komplexen Beamtenpyramide stand und daran gewöhnt war, die Nachbarvölker als zivilisierungsbedürftige «Barbaren» zu betrachten;
- muslimische Sultane in der stark polyzentrischen malaiischen Welt, deren Stellung gegenüber ihrer Umwelt weit weniger erhaben war als die der benachbarten Herrscher und die ihre meist am Meer oder an Flüssen gelegenen Hauptstädte und deren Hinterland mit geringerem Pomp regierten.
- Daneben darf man die europäischen Kolonialgouverneure, vor allem in Manila und Batavia, nicht vergessen, die als Stellvertreter europäischer Monarchen auftraten und sogar als Abgesandte der frugal und republikanisch gestimmten Niederlande fürstliche Pracht zu verbreiten suchten.<sup>20</sup>

Neben der Revolution war im 19. Jahrhundert die europäische Kolonialherrschaft der größte Feind der Monarchien. In vielen Teilen der Welt zerstörten Europäer einheimische Königsherrschaft, und wenn sie sie nicht ganz beseitigten, so trugen sie doch zu ihrer Schwächung bei. Dies war der häufigste Effekt der europäischen Kolonialinvasion. Einheimische Monarchen wurden unter «Protektion» gestellt. Man ließ ihnen einen großen Teil ihrer Einkünfte, garantierte ihnen weiterhin einen fürstlichen Lebensstil und duldet religiöse Rollen, die sie gespielt hatten. Zur gleichen Zeit beschnitt man ihre politischen Kompetenzen, nahm ihnen das Kommando über ihr eigenes Militär und entzog ihnen tradierte Privilegien der Rechtsprechung, etwa die Entscheidung über Leben und Tod ihrer Untertanen. Der langwierige Prozess der Unterwerfung außereuropäischer Könige (und Häuptlinge) unter indirekte Herrschaft war kurz vor dem Ersten Weltkrieg abgeschlossen. Das marokkanische Sultanat war 1912 die letzte substantielle Monarchie, die zwar in Rang und Würden gelassen, aber einem kolonialen Residenten unterstellt wurde.<sup>21</sup> Wann eine Kolonialmacht direkte, wann sie indirekte Herrschaft praktizierte, folgte niemals allgemeinen Prinzipien oder einem generellen strategischen Plan. Es ergab sich im jeweils besonderen Fall aus den örtlichen Umständen, welchen Weg der koloniale Verwaltungsdespotismus wählte.<sup>22</sup>

Dabei konnte es durchaus zu gravierenden Fehleinschätzungen kommen. In Burma hatte König Mindon bis zu seinem Tod 1878 eine Reihe stabilisierender Reformen eingeleitet, die den beliebtesten Vorwand für imperiale Intervention, nämlich «Chaos» und «Machtvakuum», ausräumen sollten. Nach der Ära Mindons kamen wirtschaftliche Schwierigkeiten unter der Willkürherrschaft seines Nachfolgers sowie steigender Druck britischer Wirtschaftsinteressen zusammen, um die britische Politik interventionsbereit zu machen. Die Briten fürchteten vor allem, die Königliche Regierung in Mandalay sei unfähig oder unwillig, dritte Interessen aus dem herauszuhalten, was man für eine britische Einflusssphäre hielt. 1885 wurde dem Königreich Oberburma der Krieg erklärt. Nachdem letzter Widerstand überwunden war, wurde Oberburma annektiert und in den folgenden Jahren an die Verwaltung des schon länger britischen Unterburma angeschlossen – und damit an diejenige Britisch-Indiens. Die burmesische Monarchie war abgeschafft. Die britische Fehleinschätzung lag darin, dass es eine der traditionellen Rollen des burmesischen Königs gewesen war, den umfangreichen buddhistischen Klerus unter Kontrolle zu halten. Das Verschwinden der königlichen Strukturen führte daher zu einer plötzlichen Entmachtung und Entwertung der gesamten Klosterwelt. So war zum Beispiel nun niemand mehr da, um ein Oberhaupt der Hierarchie zu ernennen. Es war daher kein Wunder, dass die gesamte Kolonialzeit von Unruhe unter den buddhistischen Mönchen geprägt war, einer einflussreichen Bevölkerungsgruppe, deren Vertrauen und Unterstützung der koloniale Staat niemals errang.<sup>23</sup>

In ausgedehnteren Kolonialgebieten wurde kein einheitliches System durchgesetzt. Die Briten hatten dies in Indien demonstriert, wo (a) einige Provinzen unter direkte Herrschaft der East India Company – seit 1858 der Krone – gestellt wurden, (b) etwa 500 andere, über ganz Indien verteilte Territorien ihre Maharadjas, Nizams (usw.) behielten, und (c) einige Grenzregionen besonderer Militärverwaltung unterlagen.<sup>24</sup> Die Franzosen zerstörten in den 1880er Jahren das vietnamesische Kaisertum, an das sie weder symbolisch noch durch Übernahme seines administrativen Personals anschlossen. In anderen Teilen der Indochinesischen Föderation gingen sie flexibler vor: In Laos und Kambodscha wurden die einheimischen Dynastien im Amte gehalten, mussten sich aber gefallen lassen, dass Frankreich die königliche Nachfolge regelte. Es gab – wie auch in Afrika – feine Schattierungen unter einem System indirekter Herrschaft. Die Kolonialmächte fanden es nicht leicht, das Charisma von Herrschern erfolgreich zu manipulieren. So wurden König Norodom I. (r. 1859–1904)

und seine Minister nach 1884 weitgehend entmachtet, und der König, ein starker Charakter, wurde auf die Protagonistenrolle in den Hofritualen reduziert, doch fürchteten die Kolonialherren stets das Störfeuer royalistischer Widerständigkeit und waren sich der Tatsache bewusst, dass die Absetzung des tief verehrten Königs unkontrollierbare Reaktionen in der kambodschanischen Bevölkerung auslösen könnte.<sup>25</sup> Das kambodschanische Königtum überlebte als eines der wenigen in Asien die Kolonialzeit und spielte unter König Norodom Sihanouk (r. mit Unterbrechungen 1941–2004) eine nicht unbedeutende Rolle in der Nachkriegsgeschichte des Landes.

Eine der stärksten Kontinuitätslinien in der gesamten Kolonialgeschichte findet sich in Malaya. Hier war kein einziger der Sultane stark genug, um britischem Einfluss wirkungsvoll zu widerstehen. Die Briten setzten auf enge Kooperation mit der königlich-aristokratischen Elite Malaysias, deren Privilegien viel weniger beschnitten wurden als diejenigen der indischen Fürsten. In einer Weltgegend, in der politische Herrschaft mehr als anderswo in Asien eher ein kompliziertes Geflecht als eine deutlich ausgeprägte Hierarchie war, stärkten sie die Souveränität der Sultane in ihren jeweiligen Staaten, vereinfachten Nachfolgeregelungen (in die sie in der Praxis selten eingriffen), betonten ideologisch die Führungsrolle der malaiischen Herrscher in der multikulturellen, wirtschaftlich zunehmend von Chinesen dominierten Gesellschaft und öffneten schließlich die Verwaltung weitaus mehr, als dies im vergleichbaren Indien geschah, für Prinzen aus den sultanischen Familien. Die Monarchie in Malaya wurde daher in der Kolonialzeit eher gestärkt als geschwächt; allerdings gab es beim Übergang in die Unabhängigkeit 1957 keine zentralisierte malaiische Monarchie, sondern eine Koexistenz von neun Thronen.<sup>26</sup> Das malaiische Beispiel einer extremen Form von indirekter Herrschaft, faszinierend wie es ist, war freilich eine Ausnahme. Allenfalls in Marokko findet sich noch eine Parallel, und auch dort hat sich die Monarchie erfolgreicher gehalten als nahezu überall sonst in der muslimischen Welt. Wo das Königtum außerhalb Europas fortbestand, verharrte es nicht immer in den Bahnen der Tradition. Neue Kontakte brachten neue Herrschermodelle und neue Möglichkeiten der Aneignung von Ressourcen mit sich. Wenn es Königen oder Häuptlingen gelang, sich in den Außenhandel einzuschalten oder ihn gar monopolistisch zu dominieren, konnten sie mitunter ihre Stellung stärken. Dies war auf Hawaii der Fall, wo schon in den 1820er und 1830er Jahren, also lange vor der Annexion der Inseln durch die USA 1898, Häuptlinge und Könige aus den Erträgen des San-

delholzhandels ausländische Luxusgüter erwarben und ihre Personen und Residenzen mit prestigesteigernden Wertobjekten ausstaffierten: eine monarchische Erhöhung, wie sie bis dahin unbekannt gewesen war.<sup>27</sup>

Insgesamt gesehen, haben sehr wenige Monarchien die Kolonialzeit überstanden, und wenn, dann nur unter Bedingungen besonders schwach ausgeprägter indirekter Herrschaft. Nirgendwo hat es nach der Unabhängigkeit eine Restauration einer bereits abgesetzten Dynastie gegeben. Eine kleine Zahl von Monarchen traten nach der Dekolonisation als republikanische Präsidenten in Erscheinung, etwa der Kabaka von Buganda in den Jahren 1963–66. Die Königs- und Kaiserhäuser Asiens und Afrikas, die sich bis ins vierte Quartal des 20. Jahrhunderts – und manchmal bis heute – gehalten haben, finden sich überwiegend in Ländern, die keiner Kolonialherrschaft unterlagen: allen voran Japan und Thailand, daneben auch Afghanistan (bis 1973) und Äthiopien (bis 1974). Die asiatischen Monarchien waren nicht bloß kunstvolle Inszenierungen, geschichts- und entwicklungslose «Theater»-Staaten, die im ästhetischen Leerlauf ihre folgenlosen Routinen abspulten.<sup>28</sup> In den nicht-muslimischen Traditionen Asiens hatte der Herrscher die Aufgabe der spirituellen Vermittlung mit höheren Mächten. Ihm oblag, die tradierte Etikette zu pflegen und über die korrekten Kommunikationsformen am Hofe und zwischen Hof und Bevölkerung zu wachen. Die königlichen Spektakel dienten der symbolischen Integration der Untertanenschaft. Sie waren selten bloß leere zeremonielle Hüllen, wie etwa in der französischen Restaurationsmonarchie zwischen 1815 und 1830, die ein offenkundiges Legitimitätsdefizit durch nostalgische Inszenierungen zu überspielen versuchte.<sup>29</sup> Asiatische Monarchen mussten sich, wie europäische auch, vor allem durch Leistung legitimieren. Der König musste «gerecht» sein und hatte sein Land so zu ordnen, dass in ihm zivilisiertes Leben möglich sei. Aus ganz unterschiedlichen Quellen gespeist, hatten sowohl in China als auch in Indien und schließlich dort, wo diese beiden großen Traditionen zusammenflossen, in Südostasien, Lehren innerweltlicher Staatskunst eine große Bedeutung für die Erwartungen, mit denen sich Herrscher konfrontiert sahen. Der gute König oder Kaiser musste Ressourcen kontrollieren, sich mit verlässlichen Administratoren umgeben, eine starke Armee aufstellen und den Naturgewalten entgegentreten.<sup>30</sup> Die Monarchie selbst stand jenseits aller Kritik, aber der einzelne Inhaber des Throns musste sich bewähren. Gerade weil die Monarchie vielfältige Aufgaben zu erfüllen und disparate Erwartungen zu befriedigen hatte, riss ihre Abschaffung durch die koloniale Revolution solch tiefe Löcher in das Sinngeflecht

asiatischer Gesellschaften. Übergänge waren dort besonders schwierig, wo selbst ein Minimum an monarchischer Verbindung zum Symbolrepertoire der Vergangenheit fehlte und wo nach dem Ende des Kolonialstaats nur das Militär oder eine kommunistische Partei als Träger nationaler Zentralisierung übrig blieb.

Bereits um 1800 war die Zeit unumschränkter Despoten und Willkürherrscher vorüber. Massenschlächter vom Format eines Ivan IV. (des «Schrecklichen», r. 1547–84), des Gründers der chinesischen Ming-Dynastie (Ming Taizu, der Hongwu-Kaiser, r. 1368–98) oder des osmanischen Sultans Murad IV. (r. 1623–40) gab es nicht mehr. Das in Europa am meisten publizierte Beispiel eines «blutrünstigen Monsters» war der südafrikanische Militärdespote Shaka. Europäer, die ihn nach 1824 besuchten, berichteten unweigerlich davon, dass er vor ihren Augen mit einer beiläufigen Handbewegung Exekutionen angeordnet habe. Shaka erklärte daraufhin den beunruhigten Briten, er halte das englische Gefängnissystem, wie sie es ihm beschrieben, für weitaus schlimmer.<sup>31</sup> Shaka war eine große Ausnahme. Auch für Afrika trifft der einfache Gegensatz einer durch Recht und Herkommen gebundenen Monarchie in Europa gegenüber ungezügelter Allmacht anderswo nicht zu. Zulukönige und andere Herrscher in Afrika mögen größere Entscheidungsspielräume als europäische Fürsten gehabt haben, sich an Gesetz und Tradition zu halten – oder auch nicht. Ihre Legitimation beruhte geradezu auf einer willkürlichen Reservemacht, doch blieben Clans und ihre führenden *lineages* stets halbautonome Machtfaktoren, mit denen der König rechnen musste, und seine Kontrolle über die ökonomischen Ressourcen seines Volkes, vor allem Vieh, war eng begrenzt.<sup>32</sup> In Südostasien hatten sich die monarchischen Systeme bereits im Übergang vom 18. ins 19. Jahrhundert, also in vorkolonialer Zeit, von extremer Personalisierung hin zu unpersönlicheren und stärker institutionell ausgeformten Ordnungen hin entwickelt.<sup>33</sup> In China mit seiner starken bürokratischen Tendenz mussten sich Kaiser immer wieder ihre eigenen Gestaltungschancen gegenüber dem Beamtenapparat erkämpfen. Die Kaiser, die nach der Abdankung des großen Qianlong 1796 herrschten, taten dies mit bedeutend weniger Erfolg als ihre Vorgänger im 18. Jahrhundert. Am Ende des 19. Jahrhunderts bestand das politische System Chinas *de facto* aus einer labilen Balance im Viereck zwischen der Kaiserinwitwe Cixi, den Mandschu-Prinzen am Hof, den Spitzen der chinesischen Beamenschaft in der Hauptstadt und einigen Generalgouverneuren, die sich in ihren Provinzen semi-autonome Machtbasen geschaffen hatten. Gültig waren dabei die allgemeinen Ge-

setze und Statuten des Qing-Staates und das residual nachlebende Rollenmodell chinesischen Kaisertums, dem eine Cixi aber nur noch beschränkt gerecht werden konnte. Auch dies war ein System der *checks and balances*, aber keines im Sinne einer Montesquieuschen Gewaltenteilung.

### Konstitutionelle Monarchie

Die eingeschränkte, geregelte, am Exzess gehinderte Monarchie war keine europäische Erfindung, doch die *konstitutionelle* Monarchie wurde zuerst in Europa erdacht und erprobt und von dort aus in andere Teile der Welt importiert. Selbst in der europäischen Verfassungsgeschichte ist die Kategorie der «konstitutionellen Monarchie» nicht eindeutig definierbar. Das bloße Vorhandensein einer geschriebenen Verfassung gibt noch keinen verlässlichen Hinweis auf politische Praxis. Relativ eindeutig sind jene Fälle, in denen in allen Bereichen der Politik der Wille des Monarchen letztgültige Befehlskraft hatte. Man spricht hier von «Autokratie» und findet als Beispiel neben Frankreich zwischen ca. 1810 und 1814 (als es aber immerhin Repräsentativkörperschaften gab) vor allem Russland bis 1906 und das Osmanische Reich zwischen 1878 und 1908. «Absolutismus» bedeutet demgegenüber, dass die Allgewalt des Monarchen durch ständische Kräfte eingeschränkt wird und dass er in der Regel nicht dermaßen aktiv in die Politik eingreift wie der ausgeprägte Autokrat. Solche Verhältnisse herrschten etwa in Bayern und Baden bis 1818, in Preußen bis 1848. Wenn sie nach einer Zwischenphase der Liberalisierung (vorübergehend) wieder eingeführt werden, ist meist von «Neo-Absolutismus» die Rede; ein Beispiel ist Österreich zwischen 1852 und 1861: im Kern ein Fall von bürokratischem Reformdespotismus mit liberalisierender Tendenz. Innerhalb der Gruppe der Verfassungsstaaten unterscheiden Historiker gerne zwischen *monarchischem* Konstitutionalismus und *parlamentarischem* Konstitutionalismus. Im ersten Fall stellt sich eine prekäre Balance von Monarch und Parlament ein, in dem je nachdem die eine oder die andere Seite die Oberhand gewinnen kann. Bei der «parlamentarischen Monarchie» besteht in Theorie wie Praxis kein Zweifel an der alleinigen Souveränität des Parlaments. Der Monarch herrscht als *king-in-parliament*, aber er (oder sie) regiert nicht.<sup>34</sup>

Diese Parlamentssouveränität, die so stark gemacht wurde, dass sie eine unabhängige Verfassungsgerichtsbarkeit ausschloss, war eine britische Spezialität, der im 19. Jahrhundert außerhalb des Empire niemand

sonst folgte, eine exportresistente Sonderentwicklung. Allein in Großbritannien war ein konstitutioneller Autoritarismus endgültig überwunden worden, der in Kontinentaleuropa als Spätfolge des Absolutismus auch noch die konstitutionellen Staaten des 19. Jahrhunderts atmosphärisch durchdrang. Nur in Großbritannien, einem Land *ohne* geschriebene Verfassung, gab es spätestens seit dem Herrschaftsantritt Victorias 1837 keinerlei Unklarheit darüber, dass der Monarch auch in Krisenzeiten der Verfassung gehorchen müsse.<sup>35</sup> Queen Victoria war eine der fleißigsten Königinnen der Geschichte, sie las Berge von Akten, ließ sich über alles Mögliche auf dem Laufenden halten und erlaubte sich zu fast jedem politischen Thema eine eigene Meinung. Aber sie hütete sich, über den Kreis des Herkommens hinaus in die politischen Geschäfte einzugreifen und sich der Mehrheitsansicht im Parlament zu widersetzen. Sie hatte, wie auch noch ihre heutige Nachfolgerin, einen kleinen Spielraum, wen sie bei uneindeutigen Wahlausgängen oder bei unklaren Führungsverhältnissen der politischen Parteien mit der Regierungsbildung beauftragen solle, einen Spielraum, den sie sehr zurückhaltend nutzte und über den sie es niemals zu einer Verfassungskrise kommen ließ. Queen Victoria besaß ein enges Vertrauensverhältnis zu einigen «ihrer» Premierminister, vor allem Lord Melbourne und Benjamin Disraeli, auf der anderen Seite musste sie sich über vier Amtsperioden hinweg mit einem Premier abgeben, den sie persönlich gar nicht mochte: William Ewart Gladstone. Aber sie hatte keine Möglichkeit, ihn zu übergehen.

Der Grad der «Absolutheit» eines monarchischen Systems lässt sich gut daran ablesen, ob und wie weit sich das Amt eines Premierministers herausbildete, also eines Vermittlers und Impulsgebers von Politik. Dem Zarenreich zum Beispiel gelang dies nie. Bismarck, der als preußischer Ministerpräsident seine mangelnde Kontrolle über die anderen Minister beklagte, schrieb in die Reichsverfassung von 1871 eine starke Position des Kanzlers hinein. Die Stellung des Premiers war aber allein unter der britischen Lösung der Kabinetsregierung unangreifbar gefestigt, wie sie sich seit der Herrschaft von Wilhelm III. und Maria II. (1689–1702) allmählich herausgebildet hatte. Hier wählte im 19. Jahrhundert – und es ist immer noch so – das Parlament aus seiner Mitte heraus einen Regierungschef, der mit der Gewissheit, eine Parlamentsmehrheit hinter sich zu haben, dem Monarchen selbstbewusst entgegentreten konnte. Zugleich war auch das Kabinett als Ganzes dem Parlament gegenüber verantwortlich. Der Monarch konnte weder den Premierminister noch ein anderes Kabinettsmitglied über den Kopf des Parlaments hinweg entlas-

sen. Die Beschlüsse des Kabinetts unterstanden dem Prinzip der kollektiven Verantwortlichkeit, demzufolge Mehrheitsentscheidungen für die gesamte Regierung bindend waren. Ein Minister, der mit der Meinung seiner Kollegen nicht übereinstimmte, durfte sich im Kabinettssaal frei äußern, war aber in der Öffentlichkeit an die Kabinetsdisziplin gebunden. Das Kabinett wurde dadurch zum effektiv stärksten Staatsorgan. Das für die kontinentaleuropäische Verfassungsentwicklung typische Problem des «Dualismus» zwischen Parlament und Monarch wurde durch diese einfallsreiche Lösung umgangen. *Cabinet Government* war eine der bedeutendsten politischen Innovationen des 19. Jahrhunderts. Erst im 20. Jahrhundert sollte sie sich außerhalb des britischen Zivilisationskreises verbreiten.

In einer parlamentarischen Monarchie, besonders unter einem Mehrheitswahlrecht wie in Großbritannien, kann das Parlament im Idealfall als leistungsfähiger Mechanismus der «Führungsauslese» (Max Weber) dienen. Es hat denn auch in Großbritannien im 19. Jahrhundert niemals eine wirklich inkompetente Exekutive gegeben: ein zusätzlicher Vorteil des Landes im internationalen Wettbewerb. Die Stärke von Parlament und Regierung zeigt sich im Prinzip auch daran, dass die individuelle Qualität des monarchischen Personals relativ unwichtig ist. Großbritannien hatte diesen Test nicht zu bestehen, da Queen Victoria nach 64 Jahren auf dem Thron erst 1901 von ihrem (allerdings wenig tauglichen) Sohn Edward (VII., r. 1901–1910) abgelöst wurde. Weniger Glück hatte das Deutsche Reich, unter dessen Verfassung es wesentlich stärker auf die Person des Monarchen ankam. Obwohl man die Rolle von Wilhelm II. (r. 1888–1918) nicht überschätzen oder gar dämonisieren sollte, haben seine zahlreichen öffentlichen Auftritte und Interventionen in die Politik doch selten konstruktive Ergebnisse gezeitigt.<sup>36</sup>

Entgegen einer hartnäckigen Legende ließ sich die monarchische Erbfolge in Europa nicht unbedingt rationaler lösen als in Asien, wo die Praxis, beim Thronwechsel die unterlegenen Brüder umzubringen, der Vergangenheit angehörte. Europa hatte den einzigen Vorteil, dass es über eine große Reserve an regierenden Häusern und über einen höfisch gesellschaftsfähigen Hochadel verfügte, aus dem notfalls eine neue Dynastie importiert werden konnte. Bei der Neugründung monarchischer Staaten wie Belgien und Griechenland war dies ganz unumgänglich, und Fürstenhäuser wie Sachsen-Coburg-Gotha dienten als verlässliche Lieferanten von dynastischem Personal. Solche Beweglichkeit fehlte in Asien, wo es keine gesamtasiatische Zirkulation von Prinzen und Prinzessinnen

gab. Dort mussten sich herrschende Dynastien aus sich selbst heraus regenerieren. Im 19. Jahrhundert kam es der Monarchie als Staatsform weltweit zugute, dass in einigen der wichtigsten Staaten der Erde kompetente und langlebige Herrscher auf den Thronen saßen, denen es nicht an Energie und Erfahrung fehlte, um ihre Stellung auszufüllen: Queen Victoria in Großbritannien und im British Empire (r. 1837–1901), Franz Joseph I. in Österreich-[Ungarn] (r. 1848–1916), Abdülhamid II. im Osmanischen Reich (r. 1876–1909), Chulalongkorn in Siam (r. 1868–1910) oder der Meiji-Kaiser in Japan (r. 1868–1912). Dort, wo formal mächtige, aber persönlich unfähige Monarchen sich schwache Minister aussuchten (wie etwa Viktor Emanuel II. von Italien, r. 1861–1878, es tat), blieb die Monarchie unterhalb der ihr verbliebenen Möglichkeiten.

Mit den herausragenden «viktorianischen» Herrschern war ein gewisses Revival der Monarchie verbunden. Der weltweiten Tendenz zum monarchischen Niedergang wurde vor allem symbolpolitisch gegengesteuert. Dies nahm ganz unterschiedliche Formen an: Kaiser Wilhelm II. nutzte die Presse, die Photographie und den um die Jahrhundertwende aufkommenden Film (und diese Medien nutzten umgekehrt ihn) und wurde dank seiner zahlreichen Auftritte in der Öffentlichkeit zum ersten und letzten Medienstar unter den deutschen Kaisern und Königen.<sup>37</sup> Ludwig II. von Bayern (r. 1864–1886), der für eine ähnliche Rolle getaugt hätte, gehörte noch einer medial früheren Epoche an. Umgekehrt kann man Ludwig aber auch als einen frühen «Aussteiger» aus einem als obsolet erkannten Hofrummel verstehen.<sup>38</sup> Ludwig war ein Freund der damals avantgardistischen Musik Richard Wagners, Wilhelm II. ein solcher neuester Technik, besonders wenn sie etwas mit Krieg zu tun hatte, und umgab sich nicht nur mit alt-preußischem Adel, sondern fühlte sich, wie Walther Rathenau notierte, unter «strahlenden Großbürgern, liebenswürdigen Hanseaten, reichen Amerikanern» am wohlsten.<sup>39</sup> Die Zaren hielten an einem traditionalistischen Kaiserbild fest und kultivierten im Konflikt mit modernen Ideen von rationaler Politik eine politische Symbolik, welche die sakrale Aura des Herrschers betonte, verschmähten jedoch dabei die neuen Medien keineswegs. In drei anderen, jeweils ganz besonders profilierten Fällen wurde die Monarchie geradezu neu entworfen und den Bedingungen des

### **Neue Entwürfe von Monarchie: Queen Victoria, der Meiji-Kaiser, Napoleon III.**

19. Jahrhunderts angepasst: bei Queen Victoria, dem Meiji-Kaiser und Napoleon III.<sup>40</sup>

Als Victoria 1837 gekrönt wurde, war das Ansehen der britischen Monarchie auf einem Tiefpunkt angelangt. Unterstützt von ihrem fähigen Ehemann Albert (seit 1857 mit dem erstmals verwendeten Titel eines Prinzgemahls), erarbeitete sich Victoria mit der Zeit den Ruf einer gewissenhaften, ein vorbildliches Familienleben führenden Landesmutter. Nach Alberts Tod 1861 zog sie sich für viele Jahre von allen Repräsentationsaufgaben zurück und hielt sich lange Zeit auf ihren schottischen Besitzungen verborgen. Dass dies die britische Öffentlichkeit nicht unberührt ließ und sogar einzelne Stimmen die Zukunft der Monarchie in Frage stellten, zeigt nur, wie groß die Rolle inzwischen wieder geworden war, welche die königliche Familie im emotionalen Haushalt der Nation spielte. Die Monarchie war, wie der Journalist Walter Bagehot 1865 in seinem einflussreichen Buch *The English Constitution* formulierte, kein machthabender, sondern ein symbolisch für Bürgervertrauen und Gemeinschaftsbewusstsein sorgender Teil der britischen Staatsmaschinerie.<sup>41</sup> Bagehot überschätzte die momentane Schwäche der britischen Monarchie. Victoria trat 1872 aus ihrer Witwenverborgenheit heraus und wurde dank ihres ernsthaften Interesses an den öffentlichen Angelegenheiten, eines immer glaubwürdigeren Rufes, «über den Klassen» zu stehen, und nicht zuletzt dank einer sorgfältig orchestrierten politischen Propaganda zu einer genuin populären Königin. Von ihren neun Kindern und 40 Enkelinnen und Enkeln gelangten mehrere auf europäische Throne. Dadurch dass Benjamin Disraeli sie 1876 zur Kaiserin von Indien erheben ließ, wurde sie eine Art von Weltmonarchin, eng identifiziert mit dem britischen Imperialismus, den sie unterstützte. Allerdings hatte bereits die junge Victoria ein starkes Gefühl für die Zugehörigkeit Indiens zu ihrem Königreich und für ihre eigenen Verpflichtungen gegenüber den indischen Völkern entwickelt. Das diamantene Thronjubiläum 1897 rief quer durch die britische Gesellschaft und die politischen Lager eine royalistische Begeisterung hervor, wie sie die englische Monarchie niemals zuvor geweckt hatte. Als Victoria 1901 starb, konnten sich die meisten Menschen in Großbritannien an eine Zeit ohne sie gar nicht mehr erinnern. Die Kritiker der britischen Monarchie waren fast ganz verstummt. Victoria, Albert und ihre Berater hatten die königliche Institution sowohl in ihren politischen Funktionen als auch in ihrer symbolischen Ausstrahlung an die neuen Zeiten angepasst.<sup>42</sup> Als Frau an der Spitze der größten Weltmacht stand sie eher für matriarchalische Für-

sorge denn für eine größere Rolle von Frauen in Politik und Öffentlichkeit. Dennoch verkörperte sie die selbständige politische Präsenz von Frauen in einer Männerwelt wie sonst nur eine andere kaiserliche Witwe: ihre etwas jüngere Zeitgenossin Cixi in China. Ursprünglich den Liberalen nahestehend, stützte Victoria gegen Ende ihres Lebens die konservativen Elemente in der britischen Politik. Doch blieb sie zurückhaltend gegenüber extremen Formen eines aggressiven Imperialismus und hinterließ ihrer Familie ein Erbe der fürsorglichen Zuwendung auch zu den ärmeren Schichten der britischen Gesellschaft.<sup>43</sup>

Auf den ersten Blick scheint das *japanische Kaisertum* in einem anderen Orbit zu kreisen als die europäischen Monarchien. Es kann in dokumentarisch greifbarer Form auf das Ende des 7. Jahrhunderts n. Chr. zurückgeführt werden, als in Japan zum ersten Mal ein zentralisiertes Gemeinwesen entstand, war also ungefähr zwei Jahrhunderte älter als die englische (angelsächsische) Monarchie, wenn man deren Geschichte mit Alfred dem Großen (r. 871–899) beginnen lässt. Die japanische Tennō-Institution war trotz des großen Vorbildes des um weitere 800 Jahre älteren chinesischen Kaisertums von Anfang an in den kulturellen und politischen Besonderheiten Japans verwurzelt. Auch im 19. Jahrhundert entwickelte sie sich außerhalb der monarchischen Landschaft Europas, in die der Meiji-Kaiser allenfalls durch symbolische Akte inkorporiert wurde.<sup>44</sup> Er war der europäischen Monarchenklasse nicht verwandtschaftlich verbunden, während sein einziger amerikanischer Kollege, Kaiser Peter II. von Brasilien, immerhin ein Cousin des österreichischen Kaisers war. Asiatische Souveräne konnten sich das Modellrepertoire europäischer Fürstenherrschaft nur literarisch aneignen, wie es etwa Shah Nasir al-Din tat, der aus der Lektüre von Biographien Peter den Großen, Ludwig XIV. und Friedrich II. bewundern lernte.<sup>45</sup> Mit der praktizierten Solidarität unter Monarchen über Zivilisationsgrenzen hinweg war es nicht weit her. Sultan Abdülaziz fühlte sich bei seiner Europareise, die ihn 1867 von Hauptstadt zu Hauptstadt geführt hatte, allein von Kaiser Franz Joseph mit ressentimentfreier Brüderlichkeit behandelt.<sup>46</sup>

Der japanische Kaiser war eine entrückte Persönlichkeit, kein «Bürgerkönig» westeuropäischen Zuschnitts, kein Oberhaupt einer von außen transparenten Hofgesellschaft. Und dennoch finden sich zahlreiche Parallelen zu Europa. Anders als die kaiserliche Institution in China, die bis zu ihrem Ende 1911 an einem Selbstverständnis festhielt, das aus dem 17. Jahrhundert stammte, war das Meiji-Kaisertum das Produkt eines revolutionären Zeitalters, ein Neubeginn unter den Vorzeichen der Moder-

ne. Ganz ähnlich wie in Großbritannien erlebte Japan im 19. Jahrhundert eine kolossale Aufwertung der Monarchie. Um 1830, als die Monarchie in Großbritannien durch Amtsmisbrauch und Unmoral weitgehend diskreditiert war, verharrete auch der Kaiserhof zu Kyoto in gewohnter Machtlosigkeit. Die Regierung des Landes zentrierte sich um den Shōgun in Edo. Als aber der Meiji-Kaiser 1912 starb, war das Kaisertum zur obersten Quelle politischer Legitimität und zum wichtigsten Fixstern am nationalen Wertehimmel geworden. Der Tennō war auf dem Papier wie in der Realität innerhalb des japanischen politischen Systems mächtiger als Queen Victoria in Großbritannien. Gemeinsam war beiden jedoch, dass sich die Monarchie eine zentrale Funktion als Integrationsinstanz für die jeweilige Nationalkultur gesichert hatte. Im japanischen Falle war dies noch stärker als in Großbritannien das Ergebnis einer bewusst betriebenen Revitalisierung der Monarchie.

Hier muss zweierlei unterschieden werden. Auf der einen Seite wurde das Kaisertum mit dem revolutionären Edikt vom 3. Januar 1868, das die «Wiederherstellung» kaiserlicher Herrschaft proklamierte, zur zentralen Institution des japanischen Staates – zu dem also, was in Großbritannien das Parlament war. Politische Macht konnte hinfest nur dann als zumindest minimal legitimiert gelten, wenn sie im Namen und Auftrag des jungen Prinzen namens Mutsuhito ausgeübt wurde, der unter der Regierungsdevise «Meiji» sechzehnjährig auf den Thron gelangt war. Die Urheber der Meiji-Renovation benutzten den Kaiser als Legitimationssender ihres Regimes, das im Grunde usurpatisch war. Sie fanden in ihm eine starke Persönlichkeit, die mit ihren Ansichten im Prinzip übereinstimmte, ohne sich jemals willenlos instrumentalisieren zu lassen. Japan wurde dann am Ende des Jahrhunderts zu einem Verfassungsstaat mit einer ungewöhnlich starken kaiserlichen Spalte, einer Position, die von den beiden Nachfolgern des Meiji-Kaisers nicht mehr ähnlich souverän (im doppelten Wortsinne) ausgefüllt werden sollte. Auf der anderen Seite dauerte es eine Weile, bis sich die symbolische Apparatur des Kaisertums herausbildete. Das Kaisertum wurde als eine prononciert *nationale* Institution neu entworfen. Nach innen sollte es die Nation über alle sozialen und regionalen Grenzen hinweg einigen, Disziplin und Gehorsamsbereitschaft in der Bevölkerung fördern, als Träger einer homogenen nationalen Kultur – die gegen die Pluralität der Volkskulturen gestellt wurde – dienen und der Bevölkerung eine Anschauung vermitteln, in der sie sich wiedererkennen konnte.

Der Kaiser war nicht, was zwischen 1600 und 1868 der Shōgun aus dem

Hause Tokugawa gewesen war: der oberste Feudalherr an der Spitze einer Pyramide von Privilegien und Abhängigkeiten. Er sollte der Kaiser des ganzen japanischen Volkes sein, ein Instrument und Agent der Erziehung der Japaner zu ihrer besonderen Form von Moderne. Nach außen hin verkörperte der Tennō, und er tat es mit beträchtlichem Erfolg, eben dieses moderne Japan. Die Repräsentation des Hofes wurden zu einer Mischung aus einerseits authentischen oder «erfundenen» altjapanischen Elementen, andererseits Anleihen bei Symbolik und Praxis der zeitgenössischen europäischen Monarchien. Der Kaiser trat teils in japanischen Roben, teils in Uniformen und Anzügen europäischen Stils auf und wurde so in Photographien seinem Volk und der internationalen Öffentlichkeit in einer dualen Amtspersönlichkeit vorgestellt. Sein monogames Familienleben war ein deutlicher Neuansatz gegenüber den Harems seiner Vorgänger. Es dauerte eine Weile, bis erfolgreiche symbolische Strategien des erneuerten Kaisertums gefunden waren. Neueingeführte Symbole von kaiserlichen Emblemen bis zur Nationalhymne mussten erst geschaffen und dann der Bevölkerung vermittelt werden.

Dass der Meiji-Kaiser in mehreren genau vorbereiteten Reisen als erster japanischer Monarch die verschiedenen Teile des Landes selbst besuchte, diente dem Zweck, die neue politisch gestaltete Nationalkultur den Untertanen nahezubringen.<sup>47</sup> In einer Zeit, als Massenmedien ein Nationalbewusstsein noch nicht zu schaffen vermochten, waren es diese direkten Begegnungen zwischen Kaiser und Volk, die einen neuen Sinn von Japanertum schufen. Den Kaiser gesehen zu haben bedeutete, an der Solidarität der Nation und an ihrem Aufbruch teilzuhaben. In den achtziger Jahren kam die japanische Monarchie dann buchstäblich zur Ruhe. Tokyo wurde zur imperialen Metropole ausgebaut: zum symbolischen und rituellen Mittelpunkt der Nation und zum Schauplatz öffentlicher Inszenierungen, die denen in den Hauptstädten des Westens in nichts nachstanden. Zweierlei traf hier in wohlgeordneter Weise zusammen: das Spektakel der Monarchie und die Disziplin einer Bevölkerung, die im Alltag durch Institutionen wie Schule und Armee normiert und «zivilisiert» wurde.<sup>48</sup> Darin unterschied sich Japan kaum von den Monarchien und Republiken des Westens. Japan fällt durch eine besonders geschickte Instrumentalisierung des reisenden und später in seiner Hauptstadt fixierten Herrschers auf. Sobald das zentralisierte politische System gut funktionierte und alle Macht in Tokyo gebündelt war, brauchte der Kaiser sich nicht mehr auf den Weg zu machen, während es in einer heterogeneren Ordnung wie derjenigen des Russischen Reiches ratsam war, dass der Zar

gelegentlich den persönlichen Kontakt zum provinziellen Adel suchte, auch wenn Attentatsversuche, so etwa 1866 auf Alexander II. (der schließlich 1881 von Revolutionären ermordet wurde), das Überschreiten der Palastgrenzen riskant machten. Im Falle von Abdülhamid II. führten solche Spannungen zu einer Spaltung des herrscherlichen Selbst- wie Fremdbildes. Wollte der Sultan einerseits als «moderner» Monarch auftreten und gesehen werden, dessen Staat tiefer denn je in das Alltagsleben der osmanischen Bevölkerung eindrang, so führte die Obsession des Sultans mit seiner persönlichen Sicherheit dazu, dass er sich seinen Völkern weniger zeigte als viele seiner Vorgänger und auch niemals das Ausland besuchte. In einer solchen Lage wurde eine umfangreiche Symbolpolitik nötig, um den Mangel an Sichtbarkeit zu kompensieren.<sup>49</sup> Sie betonte zum Beispiel die religiöse Rolle des Sultans als Kalif aller Gläubigen.

Die Kalifenwürde war in ihrem Appellcharakter übernational und daher eher für panislamische Ziele als für imperiale oder gar nationale Identitätsbildung verwendbar. In Japan hingegen wurde die Monarchie zum wichtigsten kulturellen Integrationsfaktor eines entstehenden Nationalstaates. Im Deutschen Reich nach 1871, das allerdings viel stärker bundesstaatlich und viel weniger unitarisch verfasst war als Meiji-Japan, spielte Kaiser Wilhelm I. (r. 1871–88), obwohl eine persönlich glänzlosere Figur, eine annähernd ähnlich Rolle, allerdings ohne quasi-religiösen Kaiserkult und ohne die Überhöhung von «Kaisertreue» zum obersten Kriterium aller politischen Loyalität. In Großbritannien war die erneuerte Monarchie unter Victoria als integrative Kraft ebenfalls sehr erfolgreich, auch im Hinblick auf Schottland, dem die besondere Liebe der Queen galt. Im Empire war die Bindekraft der Monarchie weniger stark entwickelt als auf den Britischen Inseln, doch zeugt das Fortleben des Commonwealth, das bis heute wesentlich durch Sympathie mit der britischen Krone zusammengehalten wird, von der grenzüberschreitenden Beständigkeit (und Wandlungsfähigkeit) der Idee des imperialen Königtums. Dem zweitgrößten Kolonialreich der Europäer, dem der französischen Dritten Republik, ist eine solche freiwillige Anbindung früherer Kolonien an das «Mutter»-Land nicht dauerhaft gelungen.

Auch die dritte Form einer *neuen* Monarchie im 19. Jahrhundert erfüllte zuallererst eine integrative Funktion. Die Kaiserherrschaft Napoleons III. (r. 1852–70) war das Regime eines Außenseiters und Aufsteigers, der erfolgreich an den Mythos seines Onkels anknüpfte, aber niemals vergessen machen konnte, dass er nicht einem der großen regierenden Häuser Europas entstammte. Napoleon gelang, was 1915 in China Yuan Shikai miss-

raten sollte: in der postrevolutionären Situation einer frisch gegründeten Republik sich vom gewählten Präsidenten in einen kaiserlichen Dynasten zu verwandeln. Trotz seiner putschistischen Vergangenheit wurde der Parvenu Napoleon III. im Kreise der europäischen Herrscher respektiert. Einige asiatische Monarchen sahen ihn als Vorbild aufgeklärter Selbstherrschaft.<sup>50</sup> Großbritannien erkannte sein Regime, vor allem aus außenpolitischen Gründen, unverzüglich an, und umgekehrt eignete sich Napoleon, der fern vom höfischen Leben aufgewachsen war, rasch die Regeln monarchischer Prunkentfaltung und korrekter Etikette an. Es war ein Triumph für ihn, dass er bereits 1855 Königin Victoria und den Prince Consort Albert in Paris empfangen konnte, der erste Besuch eines regierenden englischen Monarchen in der französischen Hauptstadt seit 1431: kein höfisches Treffen blaUBLütiger Vettern und Cousinsen, sondern ein politischer Staatsbesuch modernen Typs.<sup>51</sup> Napoleon III. war, wie auf ganz andere Weise der Meiji-Kaiser, ein Revolutionsgewinner. Anders als der Meiji-Kaiser, war er nicht ein Bündnis mit einer revolutionären Elite eingegangen, sondern hatte sich aus eigenen Kräften die Macht gesichert, zunächst im Dezember 1848 durch die Wahl zum Präsidenten der Republik, dann drei Jahre später durch einen Militärputsch und nach abermals zwölf Monaten durch die Errichtung eines erblichen Kaiserreichs. Napoleon war also ein *selfmade-man*, der sich, anders als sechzehn Jahre später Mutsuhito, nicht auf die institutionelle Kontinuität des kaiserlichen Amtes berufen konnte.

Der Charakter der Herrschaft Napoleons III. ist bis heute unter Historikern umstritten; oft werden die Begriffe des Cäsarismus und des Bonapartismus bemüht.<sup>52</sup> Einig sind sich die Historiker mit zeitgenössischen Kommentatoren wie Karl Marx und dem preußischen Publizisten Constantin Frantz darin, dass es sich um einen *modernen* Regimetyp handelte. Modern an der politischen Ordnung unter Napoleon III. war, lässt man einmal die gesellschaftlichen Grundlagen des Regimes außer Acht, dreierlei: Erstens huldigte der Präsident und spätere Kaiser der postrevolutionären Rhetorik der Volkssouveränität und erblickte den tiefsten Grund seiner Legitimität in einem Plebisitz vom Dezember 1851, in dem der Putschist die Zustimmung von über 90 Prozent der etwas mehr als acht Millionen abstimmenden Franzosen erhalten hatte. Der Kaiser sah sich selbst als dem Volk gegenüber verantwortlich und fügte in die Verfassung von 1852 sein Recht ein, das Volk jederzeit zu konsultieren. Er konnte sich dabei ziemlich sicher sein, im Einklang mit den Wünschen eines großen Teils der französischen Bevölkerung, insbesondere auf dem Lande, zu

regieren. Dies war eine Monarchie, die ihre Legitimität aus der Zustimmung der Bevölkerung bezog, die sich aber auch mehr als jede ihrer Vorgängerinnen Mühe gab, diese Bevölkerung durch öffentliche Feierlichkeiten, Zeremonien und Galaereignisse bei Stimmung zu halten.<sup>53</sup> Zweitens war es nach den Maßstäben des mittleren 19. Jahrhunderts modern, dass ein Regime, das in seinen Anfangsjahren blutig und mit harter Unterdrückung der Opposition an die Macht gekommen war, sich seit 1861 zögernd, ab 1868 energisch um eine verfassungsmäßige Weiterentwicklung seiner inneren Form bemühte. Louis Napoléon stellte sich in die Kontinuität der französischen Verfassungsgeschichte, und eben dies ermöglichte ihm seit den frühen sechziger Jahren eine geordnete Liberalisierung des Systems, in dem andere Verfassungsorgane als der – dominant bleibende – Kaiser allmählich mit weitergehenden Rechten und Handlungsspielräumen ausgestattet wurden. Die zunächst nahezu allgemeine Stellung des Monarchen konnte daher systemimmanent reduziert werden. Drittens sah der Kaiser eine aktive Rolle des Staates bei der Herstellung der Bedingungen für wirtschaftlichen Wohlstand vor. Sein Engagement für die Erneuerung der Stadt Paris war ebenso Ausdruck dieser staatsaktivistischen Haltung wie eine Reihe seiner wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Auch wirtschaftspolitisch war dies ein auf beispiellose Weise interventionistisches Regime.<sup>54</sup>

Gewisse Parallelen zu Japan sind nicht von der Hand zu weisen. Zwar fehlte dort der Gedanke der Volkssouveränität (den auch ein europäischer Kaiser wie Franz Joseph niemals akzeptierte),<sup>55</sup> doch lief auch das Meiji-Projekt auf eine sorgfältig vorbereitete Verfassung als Krönung nationalstaatlicher Integration zu, und der ökonomische Interventionismus der Regierung seit den frühen 1880er Jahren erinnert an eine wirtschaftspolitische Grundeinstellung, wie sie zuerst Napoleon III. an den Tag gelegt hatte. Auch die japanische Monarchie erteilte sich selbst den Auftrag, eine zurückgebliebene Nation zu «zivilisieren», und sie bediente sich dazu ungescheut autoritärer Maßnahmen. Allerdings hätte niemand den Meiji-Kaiser als «Diktator» bezeichnet. Auf Napoleon III. angewandt, wie es oft geschehen ist, führt dieses Etikett jedoch ebenfalls in die Irre, dann jedenfalls, wenn man mit «Diktatur» die unablässige Mobilisierung der Bevölkerung und die über längere Zeiträume durchgeholtene systematische Repression oder gar Tötung von Regimegegnern verbindet, also das Diktaturkonzept des 20. Jahrhunderts zugrunde legt. Napoleon III. war normalerweise nicht in der Lage, so etwas wie «Führerbefehle» ungehindert durchzusetzen. Er musste auf zahlreiche Interessen und auf jene Aristo-

kraten und *grands bourgeois* Rücksicht nehmen, die schon unter der Restauration (1814–30) und der Julimonarchie (1830–48) dem französischen Staat gedient hatten. Genuine Bonapartisten waren selbst im engen Umkreis des Kaisers selten. Die tragende Ebene der territorialen Regierung Frankreichs war die der Präfekten, die auf der Ebene der Départements für Regierungs- und Verwaltungsaufgaben in ihrer ganzen Breite zuständig waren. Diese Präfekten unterlagen einer Fülle von lokalen Zwängen. Sie hatten es auch mit gewählten Departementsräten zu tun. Wenngleich das Staatsoberhaupt selbst auf Lebenszeit im Amte war (und damit eine wichtige Voraussetzung der Definition von «Monarchie» erfüllte), so wurde doch in den Départements regelmäßig gewählt und das praktiziert, was man heute eine «gelenkte Demokratie» nennen würde: Es gab offizielle Kandidaten, während ihren oppositionellen Rivalen das Siegen schwergemacht wurde. Die Opposition gewann aber aus einer Dialektik von eigener Erstarkung und Zugeständnissen des Kaisers mit der Zeit einen erheblichen Äußerungs- und Handlungsspielraum.<sup>56</sup> Ein relativ frei abgehaltenes Referendum vom Mai 1870 machte die breite Unterstützung sichtbar, die Napoleon III. und seine Regierung dennoch genossen, vor allem auf dem Lande und bei der *bourgeoisie*. Es zeigte, wie erfolgreich der Kaiser sich als Bringer von Prosperität und als Bollwerk gegen die soziale Revolution profiliert hatte. Als das napoleonische System 1870 ein Opfer der internationalen Politik – auch eigener diplomatischer Inkompetenz – wurde, befand es sich nicht weniger auf dem Wege weiterer innerer «Liberalisierung», wie oft ungenau behauptet wird, als im Prozess der Konsolidierung von so etwas Widersprüchlichem wie einer illiberalen Führerdemokratie in monarchischem Gewande.<sup>57</sup>

#### Höfe

Eine weltweite Tendenz im 19. Jahrhundert war die Zusammenführung von Monarchie und Nationalstaat. Einige Nationen entstanden überhaupt erst durch monarchische Gründungsakte. In Ägypten schuf eine neue, faktisch 1805 begründete, doch erst 1841 durch einen *firman* des Sultans von Istanbul in der Erbherrschaft bestätigte Dynastie die Grundlagen eines modernen Nationalstaats. Eine üppige Hofgesellschaft in orientalisch-westlichem Hybridstil entstand noch nicht unter dem Dynastiegründer Muhammad Ali (r. 1805–48), einem eher kargen und anspruchslosen General, sondern nach 1849 unter seinen Nachfolgern.<sup>58</sup> Auch das moderne Siam/Thailand war weithin das Geschöpf eines aufgeklärten Despoten, des Königs Chulalongkorn (auch: Rama V.). Mene-

lik II. (r. 1889–1913) spielte in Äthiopien eine ähnliche Rolle. In Europa hingegen lag nach Napoleon I. die Initiative zu Veränderungen großen Stils selten bei gekrönten Häuptern. Kein europäischer Monarch nach 1815, vielleicht mit der beschränkten Ausnahme Napoleons III. und Alexanders II. von Russland (r. 1855–81), war aus eigenem Antrieb ein großer Beweger, Reformer oder *nation-builder*. Nationalstaaten, einmal geschaffen, suchten sich aber monarchische Legitimation und duldeten bizarre Figuren wie Leopold II. von Belgien (r. 1865–1909), einen skrupellosen imperialen Abenteurer, der seine Stellung über dem innenpolitischen Dauerzwist zwischen Liberalismus und politischem Katholizismus zu sichern vermochte. Herrscher über Vielvölkerreiche hatten es schwerer und mussten zusehen, wie sie ihre Integrationsrolle über expandierende (Russland) oder territorial schrumpfende (Habsburg, Osmanisches Reich) Imperien mit ethnisch und national zentrifugalen Tendenzen spielen konnten. Sie hatten keine Chance zum nationalmonarchischen Kompromiss, bei dem im Sonderfall Großbritannien gegen Ende des Jahrhunderts noch ein kräftiges imperiales Moment hinzutrat. Die stärkste Identifikation zwischen Monarchie und Nation fand sich aber gar nicht in Europa, sondern in Japan, eine symbolische Verschmelzung, die unter dem Enkel des Meiji-Kaisers, dem Shōwa-Kaiser (Hirohito, r. 1926–89), zur Katastrophe Asiens im Zweiten Weltkrieg beitrug.

Dass die Monarchie in weiten Teilen der Welt erhalten blieb, verschaffte der alten Sozialform des Hofes eine letzte Blüte. Von Peking, Istanbul und dem Vatikan bis hinunter zur thüringischen Kleinstadt Meiningen, deren Hofkapelle unter Herzog Georg II. in den 1880er Jahren zu einem der besten Orchester Europas wurde (sie spielte 1885 die Uraufführung von Johannes Brahms' IV. Symphonie), gab es Höfe. Deutschland war bis 1918 voll von ihnen. In zahlreichen Residenzstädten war der Fürstenhof das Gravitationszentrum der örtlichen *high society*. Auch anderswo leisteten sich entmachtete Potentaten Pomp und Protokoll des Hoflebens, so weit es finanziertbar war. Indien mit seinen Maharajas war dem Deutschland von Bismarcks «Zaunkönigen» in dieser Hinsicht nicht ganz unähnlich. Ausgerechnet der ehemalige Revolutionsgeneral Bonaparte war der Wiedererwecker des Hoflebens in Europa gewesen. Wenige Jahre nach der Zerstörung des Bourbonenhofes, etwa ab 1802, führte Napoleon das höfische Leben wieder ein, kopiert in den Residenzen seiner Brüder und Statthalter in Amsterdam, Kassel und Neapel. Neue Livreen wurden geschniedert, neue Titel, Ämter und Rangordnungen eingeführt, ein militärischer Hof wurde kreiert, eine richtige Kaiserin enthronisiert, die bei der

Krönung am 2. Dezember 1804 ein Gewand aus Goldsatin trug, mit Bienen bestickt, den Symbolen eines geschäftigen und produktiven Imperiums. Napoleon, selbst ohne Interesse an Prunk, inszenierte das Ganze aus purer Funktionalität: um seine Entourage, einschließlich der abenteuerlustigen Ehefrau Joséphine, beschäftigt und unter Kontrolle zu halten. Auch glaubte er, die Franzosen ließen sich durch Pomp blenden – wie die «Wilden».<sup>59</sup> Der Kaiser selbst stilisierte sich als schlichter *workoholic* – ein friderizianischer Topos, den zuvor schon der Yongzheng-Kaiser (r. 1712–35) in China perfektioniert hatte. In den USA versuchte bereits der zweite Präsident, John Adams, ein wenig Hofatmosphäre zu erzeugen und am Potomac eine matte Kopie des Court of St. James erstehen zu lassen. Das wurde von seinem lockeren und, da verwitwet, ohne First Lady auftretenden Nachfolger Thomas Jefferson bald wieder abgeschafft.<sup>60</sup> Zum Hof europäischen Typs – und darin vor allem unterschied er sich von orientalischen Formen – gehörten eine kaiserliche oder königliche Familie und ein öffentlich auftretendes Paar von Souveränen. Durch kaum etwas anderes machte Japan seinen Anspruch auf Eintritt in die globale Moderne so sichtbar wie durch die Übernahme dieser westlichen Symbolik.<sup>61</sup> Und durch nichts schien das chinesische Kaisertum seine antiquierte Dekadenz so schlagend unter Beweis zu stellen wie durch das Fehlen einer solch demonstrativen Bürgerlichkeit an der Spitze des Staates, der sich bis zu seinem Ende Exotismen wie Eunuchen und Konkubinen leistete.

### 3 | Demokratie

War die Monarchie, ob nun tatsächlicher Konzentrationspunkt von Macht oder bloßes Ornament, im 19. Jahrhundert omnipräsent, so muss man nach Spuren von Demokratie länger suchen. Es ist noch nicht einmal ganz sicher, ob um 1900 ein größerer Teil der Weltbevölkerung einen unmittelbaren Einfluss auf ihr eigenes politisches Schicksal zu nehmen vermochte als ein Jahrhundert früher. In Westeuropa und Amerika war dies gewiss der Fall, doch bleibt als große Unbekannte die nicht bezifferbare Einschränkung von Partizipationsmöglichkeiten, die der Kolonialismus mit sich brachte. Vorkoloniale politische Ordnungen in aller Welt waren keine liberalen Demokratien, in denen alle Bürger

im Prinzip gleiche politische Rechte besitzen und in denen sie gegen staatliche Willkür weitgehend geschützt sind. Doch in vielen Fällen war zumindest unter den Eliten der Spielraum für die Beratung und Verhandlung von Fragen des Gemeinwesens größer als unter den autoritären Befehlsverhältnissen, die der Kolonialismus einführte. Während des 19. Jahrhunderts machte die Demokratie Fortschritte in der Welt, aber sie siegte nicht unter allen Umständen, und selbst an die am demokratischsten funktionierenden Staaten des 19. Jahrhunderts dürfen nicht die Maßstäbe stabiler Massendemokratien angelegt werden, wie sie heute für den größten Teil Europas selbstverständlich sind.

Die Amerikanische und die Französische Revolution formulierten das Ideal der Volksherrschaft und legten es in ihren Verfassungen nieder. In der Nachfolge Jean-Jacques Rousseaus wurden vor allem in Frankreich solch weitgehende Ideale ungebremster Artikulation und Durchsetzung eines Volkswillens formuliert, wie sie bis heute so gut wie nie verwirklicht wurden. Schon die nordamerikanischen Verfassungsväter hatten freilich der Tyrannie eines ungeteilten Mehrheitswillens durch das Prinzip der gegenseitigen Kontrolle und Ausbalancierung der Verfassungsorgane entgegengewirkt und sich zuweilen geradezu ängstlich gegen einen ungefilterten Ausdruck des Wählerwillens abgesichert. Die indirekte Bestimmung des Präsidenten durch Wahlmänner, die angesichts der Größe des Landes lange auch logistisch begründet war, bleibt bis heute als Relikt dieser Haltung. In Europa saß der Schrecken über den Terror von 1793/94 tief. Auch diejenigen unter den Besitzenden, die fürstlichen Absolutismus jeglicher Couleur, also auch den postrevolutionären napoleonischen Neo-Absolutismus, zu überwinden trachteten, fürchteten nichts mehr als «Anarchie» und «Mobherrschaft» und trafen ihre Vorkehrungen dagegen. Dennoch, einmal in die Welt gesetzt, blieb das doppelte Ideal eines möglichst unverfälscht in Politik umgesetzten Wählerwillens und der prinzipiellen Absetzbarkeit jeder Art von Regierung durch das souveräne «Volk» ein Maßstab, an dem sich alle Politik auf irgendeine Weise orientierte. Dies war das eigentlich Neue am 19. Jahrhundert: eine Revolution politischer Erwartungen und Ängste. Der Kampf um politische Ordnungen erhielt eine neuartige Dynamik. Nicht mehr, wie «gerecht» ein Herrscher zu sein habe und wie am besten für die «alten Rechte» der eigenen Statusgruppe zu sorgen sei, war nunmehr die zentrale Frage von Politik. Jetzt ging es darum, wer mit welcher Tragweite an welchen Entscheidungen über das allgemeine Wohl partizipieren dürfe und müsse.

Bis heute ist es sehr schwierig anzugeben, *wie «demokratisch» ein*

bestimmtes Land ist.<sup>62</sup> Zwischen demokratischer Fassade und weniger demokratischer Realität ist oft schwer zu unterscheiden. Ebenso mischen sich die Kriterien auf eine oft unklare Weise, etwa der formale Maßstab der rechtlich verbrieften Partizipationschancen mit dem der Menschenrechtsbilanz (*human rights record*) eines Staates, heute vielfach die bevorzugte Messlatte für die moralische Qualität einer politischen Ordnung. Die übergroße und diffuse Frage nach der Demokratie kann für das 19. Jahrhundert in mehrere Aspekte aufgespalten werden. Dabei ist es ratsam, einen weiten Begriff von «Demokratie» zu verwenden. Legt man einen strengen Maßstab an und postuliert etwa das allgemeine und gleiche *Frauenwahlrecht* als Bedingung für Demokratie, dann findet sich im Europa des 19. Jahrhunderts kein einziger demokratischer Staat, und wählt man ein aus heutiger Sicht keineswegs übertrieben scharfes Kriterium wie ein aktives Wahlrecht für mehr als 45 Prozent der erwachsenen männlichen Bevölkerung, dann hätte ihm um 1890 nur eine Minderheit europäischer Länder genügt.<sup>63</sup>

### **Rechtsstaat und Öffentlichkeit**

Vor jeder liberalen Einschränkung von Macht im politischen System steht logisch wie historisch das Leitbild des *Rechtsstaates*. In allen politischen Ordnungen, gleich in welchem kulturellen Kontext, gilt Schutz der Einzelnen gegen obrigkeitliche Willkür als ein besonders hohes Gut. Herrschaft solle nicht allein durch willkürliche Einzelmaßnahmen, sondern nach Maßgabe allgemein bekannter, im Idealfall sogar für alle gültiger Gesetze ausgeübt werden. Einige dieser Gesetze, vor allem solche mit religiöser Sanktionierung, sollte selbst der mächtigste Herrscher nicht ändern können, ja, er sollte ihnen selbst unterworfen sein. Diese Idee der Rechtsbindung von Macht ist keine europäische Erfindung. Sie ist zum Beispiel schon früh in China und der islamischen Welt zu entdecken. Ein besonders anspruchsvolles, tatsächlich in der politischen Praxis des Landes verwirklichtes und zunehmend selbstverständlich werdendes Verständnis von der Herrschaft des Gesetzes bildete sich aber in England heraus. Den Kern dieses englischen Konzepts, das um die Mitte des 18. Jahrhunderts voll entwickelt war, bildeten drei Punkte: (a) die Unabhängigkeit der Justiz, die von den zünftig organisierten und sich zünftig rekrutierenden Juristen als Pflege eines alten Rechtswissens (*common law*) betrieben wurde; (b) die grundsätzliche Möglichkeit, gegen staatliche Verwaltungsmaßnahmen vor Gericht Klage zu führen; (c) die

Respektierung in parlamentarischer Gesetzgebung und richterlicher Rechtsprechung solcher individuellen Freiheitsrechte wie der Unverletzlichkeit der Person und des Eigentums sowie der Pressefreiheit.<sup>64</sup> Auf dem europäischen Kontinent dauerte es länger, bis sich eine ähnliche Rechtskultur verbreitete. Von Grundrechten war hier viel weniger und viel später die Rede als im britischen Zivilisationskreis. «Rechtsstaat» bedeutete im frühen 19. Jahrhundert zunächst die Unabhängigkeit der Justiz, verstanden als Unabsetzbarkeit von Richtern und öffentliche Transparenz der Rechtslage, sowie die Rechtsfähigkeit allen Verwaltungshandelns. Rechtlich geschützt wurde zunächst vor allem das Eigen-  
tum.

Solche Formen von Rechtsstaatlichkeit im bürgerlichen Alltagsleben konnten durchaus mit «undemokratischen», sogar vorkonstitutionellen Verhältnissen auf der Ebene der politischen Ordnung einhergehen. So gab es in den deutschen Staaten eine weithin respektierte Rechtsstaatlichkeit, schon bevor sich das Prinzip verfassungsmäßig eingeschränkter Herrschaft durchsetzte. Es war nach dem Verständnis einiger Theoretiker des späten 18. Jahrhunderts sogar ein Merkmal des «aufgeklärten Absolutismus», dass er solche Rechtsstaatlichkeit zuließ, die ihn von Tyrannie unterschied. Ähnlich entstand in Russland durch die Reformen der 1860er Jahre allmählich ein Bewusstsein für «Legalität» (*zakonnost*) im Alltagsleben, das ein halbes Jahrhundert lang mit einem autokratischen System koexistierte.

Europäische Konzepte von Rechtsstaatlichkeit wurden im Prinzip auch in die Kolonialreiche übertragen. Selbst wenn sie dort gegen Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend durch rassistisch begründete Sondergesetze für Einheimische außer Kraft gesetzt wurden, so hatten doch vor allem die farbigen Untertanen der britischen Krone Chancen auf einen fairen Prozess vor unabhängigen Gerichten, die nicht dramatisch schlechter waren als die von Bewohnern der Britischen Inseln. Dass soviele Führer etwa des indischen Freiheitskampfes im frühen 20. Jahrhundert Juristen waren, erklärt sich aus eben dieser Bedeutung einer weithin entpolitisierten Rechtssphäre für das Funktionieren der kolonialen Gesellschaft. Juristen waren hier wichtige Vermittler. Zur gleichen Zeit hatten sie Zugang zu einem universalisierten Normenkosmos, dem sich auch die Kolonialherren selbst unterwarfen. Zumal im British Empire war daher die koloniale Despotie, wie geringfügig auch immer, rechtsstaatlich eingeschränkt. In Situationen des Ausnahmezustandes, etwa während des Großen Aufstandes von 1857 oder der jamaikanischen Rebellion von 1865,

wurden solche Rechtsgarantien freilich außer Kraft gesetzt. Das britische Konzept von *rule of law* verbreitete sich also durch das Vehikel des Empire auf allen Kontinenten. Trotz all seiner kolonialen Einfärbung war britisches Recht für Nichteuropäer nicht immer nachteiliger als der Rechtszustand in benachbarten Territorien unter einheimischer Herrschaft. So entstand eine freie chinesische Presse nicht im Herrschaftsbereich des Kaisertums, sondern in kolonialen Enklaven wie Hongkong und der Internationalen Niederlassung von Shanghai, wo britische Rechtsvorstellungen galten. Schon im französischen Rechtsverständnis, wie es sich im 19. Jahrhundert fortentwickelte, wurde der Rechtscharakter des Staates weniger gewürdigt.<sup>65</sup> Die juristische Kontrolle der Verwaltung war bereits im Mutterland viel weniger stark ausgeprägt als etwa in Großbritannien, und in den französischen Kolonien waren die für Nichteuropäer gesicherten Rechtsräume wesentlich enger begrenzt und schwächer geschützt.

Unter den vielen rechtlichen Besonderheiten der USA war die wichtigste die Existenz eines Höchsten Gerichts, des *Supreme Court*, der 1803 die Aufgaben eines Verfassungsgerichtshofes übernahm. Nirgendwo unter den europäischen Verfassungsstaaten gab es solch einen unabhängigen Hüter der Verfassung, der der Verfassungsentwicklung durch seine Interpretationen eine eigene, von der Politik unabhängige Dynamik verlieh. Ebenso fehlte damit eine öffentlich sichtbare Höchstinstanz, bis zu der die Appellation gegen Gerichts- und Verwaltungsurteile getragen werden konnte. Es kam aber auch vor, dass Entscheidungen des *Supreme Court* die Öffentlichkeit polarisierten und zur Verschärfung politischer Konflikte beitrugen. Als das Gericht 1857 im Dred Scott Case entschied, Schwarze könnten keine Bürger der USA sein, trug dies zur Wahl des Sklavereigegners Abraham Lincoln ins Präsidentenamt bei und beschwore unmittelbar den Bürgerkrieg herauf.<sup>66</sup> Dass selbst höchste Gerichtsurteile nicht als Verlautbarungen abstrakter Staatlichkeit kritiklos hingenommen wurden, gehörte zur politischen Kultur der Vereinigten Staaten.

In den USA war der neuartige politische und rechtliche Status eines *citizen* ein Produkt der Revolution der 1770er Jahre: aus Untertanen der britischen Krone sollten Bürger einer amerikanischen Republik werden. Um 1900 waren Vorstellungen von einer Staatsbürgerrolle (*citizenship*) auch in Europa verbreitet.<sup>67</sup> Dadurch unterschied sich die Lage am Ende des 19. Jahrhunderts von der rudimentären Rechtsstaatlichkeit im spätabsolutistischen Preußen oder Österreich. Aus einer Pluralität von Rechten war die Einheitlichkeit eines Rechts für alle geworden. Eine solche Ein-

führung eines allgemeinen Staatsbürgerstatus setzte die kommunikative Kompaktheit und die homogenisierenden Tendenzen eines Nationalstaates voraus. *Citizenship* war eine jener westlichen Erfindungen, die sich als kulturreutral universalisierbar erwiesen haben. So machte Meiji-Japan im Zuge seiner Rechtsreform nach 1868 alle (männlichen) Japaner zu gleichen Bürgern des Staates unter einheitlichen nationalen Gesetzen. Einige Rechte wurden vom Staat garantiert: die Freiheit der Berufswahl, das Recht zur Veräußerung von Eigentum oder das der Freizügigkeit vom Dorf in die Stadt. Auch sonst war Japan um 1890 zu einem Rechtsstaat geworden, der europäischen Vorbildern wenig nachstand.<sup>68</sup>

Eng verbunden mit dem Aufkommen demokratischer Politik ist das Entstehen einer «Öffentlichkeit» als Raum von Geselligkeit und mündlicher sowie schriftlicher Kommunikation, angesiedelt in einem dritten Raum zwischen der Intimität des «privaten» Hauses und zeremoniell gevierelter staatlicher Inszenierung. Die anhaltenden Debatten um «Öffentlichkeit» und (wie die übliche englische Übersetzung lautet) *public sphere*, bis heute vielfach als Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas' Buch *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (1962) geführt, sollen uns hier nicht interessieren. Sie werden dadurch unübersichtlich, dass «Öffentlichkeit» vielfach als Element einer noch umfassender konzipierten «Zivilgesellschaft» aufgefasst wird. Öffentlichkeit wird in solchen Überlegungen als Voraussetzung für demokratische Formen von Politik, nicht als ihr Ergebnis für verstanden. Auch im Gehäuse eines Obrigkeitstaates, so lässt sich ein oft verwendetes Modell zusammenfassen, können als Folge autonomer gesellschaftlicher Entwicklung öffentliche Räume entstehen. Öffentliche Räume dieser Art, wenn sie nicht bloß die Sphäre eines ästhetisch rezipierenden, «kulinarischen» Publikums erweitern, neigen aber dazu, einige Funktionen des Staates an sich zu ziehen sowie die Artikulation herrschaftskritischer Ansichten zu fördern. Habermas hatte ein allgemeines Modell entworfen und es nur punktuell in Raum und Zeit verankert. Für ihn war das 18. Jahrhundert in Westeuropa die Entstehungs- und gleichzeitig Blütezeit einer solchen «bürgerlichen» Öffentlichkeit.<sup>69</sup> Im 19. Jahrhundert ließ ihr Prinzip, die kritische Publizität, allmählich nach. Die Öffentlichkeit verlor ihren charakteristischen «Zwischen»-Charakter in dem Maße, wie ihre Ausgangsbasis, die Privatsphäre, durch das manipulative Eigengewicht von Massenmedien unterminiert wurde. Am Ende dieses Prozesses war aus dem öffentlich räsonierenden *citoyen* ein ruhiggestellter Kulturkonsument geworden.<sup>70</sup> Der zweite, pessimistische Teil von Habermas' Argumentation ist von Historikerinnen

und Historikern selten aufgegriffen worden; umso eifriger haben sie, beflogen von einem neuen Interesse für Kommunikationsgeschichte, nach Anzeichen für das Entstehen von Öffentlichkeit gesucht.

Die im Einzelnen außerordentlich reichen Befunde lassen sich kaum auf einen Nenner bringen. Klar scheint aber dies zu sein:

| *Erstens.* Es besteht ein unmittelbarer wechselseitiger Zusammenhang zwischen Medientechnologie und Kommunikationsintensität. Überall dort, wo die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Buchdruckkultur gegeben sind, ist die Formierung einer Öffentlichkeit nicht weit. Daher kann etwa für die muslimische Welt vor dem 19. Jahrhundert, also vor der Verbreitung des Buchdrucks, von einer solchen Öffentlichkeit nicht die Rede sein. Die technologische Entwicklung wirkte indes nicht als eine unabhängig treibende Kraft. Es konnte vorkommen, dass die Medientechnik im Prinzip verfügbar war, aber die Nachfrage nach Druckerzeugnissen fehlte.

| *Zweitens.* Die öffentliche Kommunikation und ihr subversiver Inhalt nehmen in revolutionären Zeiten sprunghaft zu. Man kann darüber streiten, ob Kommunikation die Revolution gebiert oder ob es sich eher umgekehrt verhält. Auf sicherem Grund ist man, wenn man schlicht die Gleichzeitigkeit der Phänomene feststellt. So war im gesamten atlantischen Raum die revolutionäre Sattelzeit um 1800 eine Phase sprunghaft ansteigender Buchkommunikation und zugleich eine solche kritischer Radikalisierung.<sup>71</sup> Ähnliches lässt sich während des eurasischen Revolutionsschubs kurz nach 1900 beobachten.

| *Drittens.* Wenn sich außerhalb des Okzidents im 19. Jahrhundert öffentliche Räume auftaten, dann ging dies nicht unbedingt allein auf Versuche zurück, den Westen zu imitieren. Innerhalb von Bürokratien (etwa der chinesischen oder der vietnamesischen), von Kirchen, Klöstern und Klerikergemeinschaften oder feudalen Strukturen (wie in Japan, wo die Sprecher einzelner regionaler Interessen miteinander wetteiferten), hatte es zuvor schon das institutionalisierte Dauergespräch über Belange der Allgemeinheit gegeben. Unter europäischer Kolonialherrschaft wurden einige dieser kommunikativen Strukturen unterdrückt, andere wanderten gewissermaßen, den Kolonialherren unzugänglich, in einen subversiven Untergrund ab, wiederum andere, etwa unter der Intelligentsia Bengalens, entstanden neu und wurden zu einem Faktor kolonialer Politik. Unter relativ liberalen Kolonialregimen wie dem britischen in Malaya konnte sich eine lebhaft debattierende einheimische Öffentlichkeit entwickeln, in der ein breites Spektrum politischer

Meinungen zum Ausdruck kam, auch solche, die den Kolonialismus scharf attackierten.<sup>72</sup>

| *Viertens.* Öffentlichkeit konnte auf den verschiedensten räumlichen Ebenen aufgebaut werden. Mikroöffentlichen, in denen oft Hörensagen und Gerücht wichtiger als das geschriebene Wort waren, bestanden nebeneinander und in Überlappung. Sie konnten zu größeren Öffentlichkeiten integriert werden. Die Öffentlichkeiten der Gelehrsamkeit und der Religion überschritten politische Grenzen verhältnismäßig leicht. Die lateinisch-christliche Kultur des europäischen Mittelalters oder die Ökumene der klassischen chinesischen Kultur, die mindestens bis zum 18. Jahrhundert auch Korea, Vietnam und Japan umfasste, sind dafür Beispiele. Das England und das Frankreich der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts besaßen eine *nationale* Öffentlichkeit: Alles, was politisch und intellektuell wichtig war, spielte sich auf den großen Bühnen der Metropolen London und Paris ab. Dies war jedoch eher die Ausnahme denn die Regel. Dort, wo ein einzelnes Zentrum weniger stark dominierte oder wo die Repressionsmittel des Staates in einem solchen Zentrum konzentriert waren, entstand Öffentlichkeit eher abseits von Hof und Regierung: in russischen, chinesischen oder osmanischen Provinzhauptstädten oder in den zahlreichen neu gegründeten Städten der dezentral organisierten USA, in denen erst spät New York zum allseits anerkannten kulturellen Gravitationspunkt wurde.<sup>73</sup> Oft war es ein wichtiger Schritt nach vorn, wenn sich überhaupt ein Kommunikationsraum bildete, in dem man sich über lokale Grenzen hinaus mit Fragen von Macht, Status und solchen des «allgemeinen» Interesses befassen und so politische Segmentierung überwinden konnte.<sup>74</sup> In besonders wenig egalitären Gesellschaften wie der Kastenordnung in den hinduistischen Regionen Indiens war gar nicht an die in Europa idealisierte «Gleichheit» der Kommunikationsteilnehmer zu denken. Institutionen europäischen Stils, die nun eingeführt wurden, gaben dem Ausleben von Statusunterschieden zwischen Individuen und Gruppen aber eine neue Bedeutung und führten allmählich neue Wettbewerbsregeln ein. In Indien war im 19. Jahrhundert überall von *public* die Rede. Im frühen 19. Jahrhundert bildeten sich unter der englischsprachigen Elite zunächst Bengalens zahlreiche Assoziationen, die den kolonialen Staat kritisierten und ihre Interessen schriftlich zum Ausdruck brachten. Die gar nicht so allmächtige Kolonialmacht stand manchmal hilflos vor der Fülle von zivilem Streit und gerichtlicher Auseinandersetzung. Der Gerichtssaal wurde zur neuen Bühne des Status-

wettbewerbs, und spektakuläre Verhandlungen erregten ein großes Publikumsinteresse.<sup>75</sup>

| **Fünftens.** Öffentlichkeit in ihren Frühstadien manifestiert sich nicht immer (nur) in ausdrücklicher politischer Kritik. Das Interesse an «Zivilgesellschaft» hat die Aufmerksamkeit auf vorpolitische Formen «gesellschaftlicher» Selbstorganisation gelenkt. In Europa oder Amerika konnten dies Vereine, zweckgerichtete Bürgerinitiativen oder religiöse Gemeinden sein. Alexis de Tocqueville registrierte 1831/32 die Fülle solcher *associations* in den Vereinigten Staaten.<sup>76</sup> In China nach etwa 1860, als die Kontrollkraft des Staates weiter nachließ, waren es typischerweise philanthropische Projekte, etwa Hospitäler, bei denen sich wohlhabende Angehörige der außerbürokratischen Elite zusammenfanden. In muslimischen Ländern konnten religiöse Stiftungen eine ähnlich integrierende und mobilisierende Rolle spielen. Von der Organisation solcher zunächst unpolitisch anmutender Vorhaben bis zum Engagement in anderen Fragen von persönlichem Interesse und allgemeiner Bedeutung war es dann oft nur noch ein kleiner Schritt. Man muss allerdings die Proportionen im Auge behalten. Der Grad der Dauerpolitisierung städtischer Bevölkerungen war ganz unterschiedlich. Nur in wenigen Ländern Europas reichte er an jene kommunale Demokratie heran, die in den Städten der USA praktiziert wurde. Auch lokale Öffentlichkeit blieb vielfach eine sehr elitäre Angelegenheit: in Europa, in Asien und anderswo.

### **Verfassung und Partizipation**

Das, was der große Politologe Samuel E. Finer die «Konstitutionalisierung Europas» genannt hat, begann nach einflussreichen Vorbildern (US-Verfassung von 1787, französische Verfassung von 1791, spanische Cortes-Verfassung von 1812) mit dem endgültigen Sturz Napoleons und war mit der Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 im Wesentlichen abgeschlossen.<sup>77</sup> Dieser Prozess blieb nicht auf Europa beschränkt. In keinem Teil der Welt wurden im 19. Jahrhundert so viele Verfassungen geschrieben wie in Lateinamerika, allein elf in Bolivien zwischen 1826 und 1880, zehn in Peru zwischen 1821 und 1867, ohne dass dies als Anzeichen für die Entwicklung einer tatsächlich die Verfassung achtenden politischen Kultur gewertet werden kann.<sup>78</sup> Die japanische Verfassung von 1889 war der Kulminationspunkt der Herausbildung des Meiji-Staates als japanisch-europäischem Hybridkonstrukt. Eine neue Welle der Konstitutionalisierung erfasste an der Jahrhundertwende die größten Länder des

östlichen Eurasien. Mit den Morley-Minto-Reformen von 1909 betrat sogar Britisch-Indien, zunächst noch ganz kurz am autokratischen Zügel geführt, den Weg einer eigenständigen Verfassungsentwicklung, die durch viele Etappen hindurch schließlich zur Verfassung der Republik Indien von 1950 führte.<sup>79</sup>

Es ist hier nicht nötig, die Entwicklung des Verfassungsstaates in Europa im Einzelnen zu beschreiben.<sup>80</sup> Entscheidend ist, dass am Vorabend des Ersten Weltkriegs, also nach einem vollen Jahrhundert der Konstitutionalisierung, nur wenige Länder des Kontinents eine demokratische Verfassungsform mit allgemeinen Wahlen und einer parlamentarisch verantwortlichen Mehrheitsregierung erreicht hatten: die Schweiz, Frankreich, Norwegen, ab 1911 Schweden sowie ebenfalls seit 1911, als die Macht des nicht-gewählten aristokratischen Oberhauses mit seinen weniger als 600 Mitgliedern beschnitten wurde, auch Großbritannien.<sup>81</sup> Weltweit die wichtigste Bastion der Demokratie waren damals die neoeuropäischen Siedlungskolonien in Übersee: neben den USA auch Kanada, Neufundland, Neuseeland, die australische Föderation sowie Südafrika, wo allerdings die schwarze Bevölkerungsmehrheit von Wahlen ausgeschlossen oder am Gebrauch ihres Wahlrechts gehindert war.<sup>82</sup> Es ist ein großes Paradox eines Jahrhunderts, in dem Europa, dem Fortschrittsgedanken verpflichtet, der Welt seinen Stempel aufdrückte wie niemals zuvor, dass die am weitesten gehenden politischen Errungenschaften an der kolonialen Peripherie erzielt wurden. Das britische Empire wurde einerseits von vielen Völkern in der Welt als entmündigende Repressionsapparatur aufgefasst. Andererseits konnte es wie ein Fahrrad zur Demokratie wirken. In den «weißen» Dominions innerhalb eines liberal regierten Imperiums konnten Siedlergesellschaften den Weg zur modernen Demokratie noch schneller zurücklegen als das Mutterland mit seinen starken oligarchisch-aristokratischen Traditionen. Den «farbigen» Kolonien blieb ein solcher Schnellstart zu *responsible government* auf nationaler Ebene versagt. Immerhin wurden aber Indien und Ceylon in eine im Prinzip ähnliche Verfassungsdynamik einbezogen. Unter dem Druck der nationalistischen Freiheitsbewegung erhielt Indien 1935 mit dem *Government of India Act* eine volle geschriebene Verfassung, die Partizipationsmöglichkeiten der Inder auf Provinzebene vorsah und von der vieles später im unabhängigen Indien erhalten blieb. Ein autoritär geordnetes Imperium schuf immerhin im Falle seiner größten Kolonie einen Rahmen für eine eigenständige Entwicklung von demokratischer Verfassungsstaatlichkeit.

Im Europa des 19. Jahrhunderts stand die Demokratisierung des Wahlrechts in keinem eindeutigen Zusammenhang mit der Parlamentarisierung des politischen Systems. Um ein bekanntes Beispiel zu geben: Für die Wahlen zum Reichstag besaßen im Deutschen Reich seit 1871 alle Männer, die 25 Jahre oder älter waren, das aktive Wahlrecht. Zur gleichen Zeit war das Wahlrecht in England und Wales noch durch Besitzqualifikationen eingeschränkt, war also eine Form von Zensuswahlrecht. Auch nach der Wahlrechtsreform von 1867, die erstmals auch einer größeren Zahl von Arbeitern eine Stimme gab, waren auf dem Lande (d. h. in den Grafschaften) nur 24 Prozent und in den Städten 45 Prozent der erwachsenen Männer in den Wählerlisten eingetragen.<sup>83</sup> Die englischen Wähler entschieden aber über die Zusammensetzung eines Parlaments, das das Herz des politischen Systems bildete und bei weitem mächtiger war als der demokratischer gewählte Reichstag. In England ging die Parlamentarisierung der Demokratisierung voraus, in Deutschland war es umgekehrt, auch wenn sich für die Wahlen zum preußischen Landtag bis 1918 neben dem Reichstagswahlrecht ein extrem ungleiches «Drei-Klassen-Wahlrecht» hielt. Die Geschichte des Wahlrechts ist für alle Länder eine komplizierte technische Materie. Sie hat eine wichtige territoriale Dimension, denn selbst ein «gleiches» Wahlrecht kann bei unterschiedlich zugeschnittenen Wahlkreisen zu ganz verschiedenartigen Ergebnissen führen. Ebenfalls wichtig ist, ob Wahlkreise einen oder mehrere Abgeordnete entsenden und ob ständische Sonderrepräsentanzen fortbestehen – wie in England lange Zeit besondere Sitze für Vertreter der Universitäten. Ein Verhältniswahlrecht, wie man es heute in Deutschland kennt, war im 19. Jahrhundert ungebräuchlich. Nur Belgien, Finnland und Schweden hatten es vor 1914 eingeführt.<sup>84</sup> Begriffe von «geheimem» Wählen waren dehnbarer als heute. Besonders auf dem Lande und vor allem gegenüber Dienstpersonal und anderen Abhängigen konnte leicht Druck ausgeübt werden. Frankreich war das erste Land, das (1820) geheime Abstimmungen einführte, überall sonst dauerte es oft wesentlich länger. Bis über die Jahrhundertwende hinaus wurden die Vor- und Nachteile geheimen Abstimmens diskutiert. In Österreich wurde diese Praxis erst 1907 gesetzlich eingeführt.<sup>85</sup>

Eine *stufenweise* Erweiterung der wahlberechtigten Bürgerschaft war die Norm. Solche Erweiterungen wurden teils revolutionär erkämpft, teils von oben konzidiert. Unweigerlich waren mit den entsprechenden Reformgesetzen Grundsatzüberlegungen strategischer Natur verbunden. In einem Land ohne neuere Revolutionen wie Großbritannien markieren die

drei Wahlrechtsreformen von 1832, 1867 und 1884 tiefe Einschnitte der politischen Geschichte. Die Reform von 1884 in Großbritannien bedeutete nicht nur eine erhebliche Erweiterung der Wählerschaft, die nun auf etwa 60 Prozent der männlichen Erwachsenen anstieg. Sie beendete nicht nur die faktische Kontrolle der landbesitzenden Oberschicht über die Zusammensetzung beider Häuser des Parlaments, sondern beseitigte auch zahlreiche Ausnahmen und Absonderlichkeiten, die britische Wahlen bis dahin ausgezeichnet hatten, und schuf damit erstmals so etwas wie ein rationales Wahlsystem. Erst 1918 wurde im Vereinigten Königreich das allgemeine Männerwahlrecht eingeführt.<sup>86</sup> Mit der Expansion der Wählerklientel änderten sich die soziale Zusammensetzung des Parlaments und die Art parlamentarischen Arbeitens. Eine «Massenwählerschaft», wie sie in Frankreich 1848, im Deutschen Reich 1871 und in Großbritannien nach der – immer noch nicht «allgemeinen» – Reform von 1884 entstand, erforderte andere Arten von Parteiorganisation als eine elitäre Honoratioren-demokratie. Um 1900 hatten sich in den meisten konstitutionellen Staaten Europas programmatisch definierte Parteien herausgebildet, manche, wie der Soziologe Robert Michels in seinem Buch *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie* (1911) feststellte, mit einer Tendenz zur bürokratischen Aufblähung und inneren Oligarchisierung. Zur gleichen Zeit entstand ein neuer Typus des Berufspolitikers, der neben den politisierenden Gentleman trat. Dieser Typus wurde allerdings nicht dominant, solange Parlamentsabgeordnete keine Diäten erhielten, von denen sie leben konnten. In Deutschland geschah dies erst seit 1906. Wie sich «der Abgeordnete» als Sozialfigur auch in der öffentlichen Wahrnehmung formte, lässt sich im Frankreich der Dritten Republik besonders gut erkennen.<sup>87</sup> Je mehr diese Figur an Profil gewann, desto deutlicher schälte sich ein eher distanziertes Verhältnis zu direkter Repräsentation heraus: Der Abgeordnete wurde zu einer Gestalt von eigenem Gewicht. Gerade in Frankreich war dies wichtig, hatten sich dort doch seit der Großen Revolution Vorstellungen von einer direkten Kundgabe des Volkswillens – und sei es auch in einem «bonapartistischen» Plebisitz zugunsten nicht eines Gesetzes, sondern einer Person – zäh gehalten. In den Zusammenhängen unterschiedlicher politischer Kulturen hat das Wählen, auch über die Zeit veränderlich, eine jeweils besonders symbolische Bedeutung. Man kann sich als Wähler ganz unterschiedlich fühlen: als «Souverän» oder als «Stimmvieh». Das bleibt ein Thema für eine vergleichende Kulturgeschichte des Politischen.<sup>88</sup>

Eine große Ausnahme wirft einen Schatten auf die Erfolgsgeschichte

einer kontinuierlichen Ausweitung demokratischer Partizipationschancen. Die USA waren zwar die größte und älteste unter den modernen Demokratien, machten es in der Praxis ihren Bewohnern aber besonders schwer, ihre staatsbürgерlichen Rechte auszuüben. Die Lage ist deshalb besonders unübersichtlich, weil das Wahlrecht zumeist auf der Ebene der einzelnen Bundesstaaten geregelt wurde und wird. Die Schwierigkeiten begannen (und beginnen immer noch) mit der Eintragung in Wählerverzeichnisse. Sie setzten sich fort über Besitzqualifikationen (deren Bedeutung mit der Zeit stark zurückging) und Residenzvoraussetzungen im betreffenden Bundesstaat bis hin zu rassistischer Exklusion. Vor dem Bürgerkrieg waren Schwarze auch dort so gut wie nicht wahlberechtigt, wo es keine Sklaverei gab. Nach dem Bürgerkrieg war derlei weniger problemlos zu rechtfertigen. Umso einfallsreicher wurde man nun, vor allem nach dem offiziellen Ende der *Reconstruction* 1877, bei dem Versuch, mit schikanösen Ad-hoc-Bestimmungen die befreiten Afroamerikaner an der Ausübung ihres Wahlrechts zu hindern. Neuen, oft als «unzivilisiert» betrachteten Einwanderern aus Europa (etwa Irland) und Asien (China, Japan) wurden ebenfalls große Hindernisse in den Weg gelegt.<sup>89</sup> Die Demokratisierung der amerikanischen Staatsbürgerschaft erlitt also schon wenige Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges einen schweren Rückschlag. Die USA blieben im Vergleich eines der demokratischsten Länder der Welt, hatten aber große Schwierigkeiten, die universalen Prinzipien ihrer republikanischen Ordnung mit den Realitäten einer «multikulturellen» und rassistisch gespaltenen Gesellschaft in Übereinstimmung zu bringen.

#### | **Lokale Demokratie und Sozialismus**

homogenen Gesamtrepräsentanz einer Nation in einem zentralen Parlament. Unerhört war auch eine zweite Idee: dass nämlich Praktiken der Repräsentation nicht nur bestehende Hierarchien abbilden, sondern dass über Wahlgesetze die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst geändert werden könnten. Die Bedeutung solcher großen Fragen darf freilich nicht vom sub-nationalen Geschehen ablenken. Für die meisten Menschen ist die politische Regelung ihres alltäglichen Lebenskreises wichtiger als die hohe Politik in einer fernen Hauptstadt. Lokalverwaltung war noch vielgestaltiger als die Ordnung gesamtstaatlicher politischer Systeme. Sie konnte nach englischem Modell in den Händen patriarchalischer «Frie-

Neu war außerhalb Englands mit seiner alten parlamentarischen Tradition im 19. Jahrhundert die Vorstellung einer

densrichter» (*Justices of the Peace*) aus der lokalen Oberschicht liegen oder nach napoleonischem Vorbild durch Funktionäre des Zentralstaates bewältigt werden oder auch in der von Tocqueville so bewunderten amerikanischen Art der örtlichen Basisdemokratie geschehen. An Stellen, wo sich ein zentraler Staat (wenn es ihn gab) zurückhielt oder wo seine Kapazitäten nicht ausreichten, öffneten sich immer wieder Räume für begrenzte Konsensbildung deliberativer, also demokratischer Art. Dies konnte – wie in Russland – in einer bäuerlichen Umverteilungsgemeinde geschehen, die sich über die Nutzung gemeinschaftlichen Landes zu verständigen hatte. Ähnliches fand sich in der Demokratie intern wenig hierarchisierter lokaler Elitegruppen, seien es hanseatische Senate, die inoffiziellen, also vom Staat nicht als legitim anerkannten (aber auch nicht als illegitim verfolgten) Beratungsrunden unter syrischen Notabeln im Osmanischen Reich oder Mitglieder des Stadtrats im chinesischen Teil von Shanghai, der 1905 als erste im formalen Sinne demokratisch arbeitende Institution der chinesischen Geschichte gegründet wurde.<sup>90</sup>

Auch die Politik in der Frühzeit der USA hatte einen elitär-patrizischen Charakter, vor allem in den Städten des Ostens. Mit der «Jacksonian Revolution» der 1830er Jahre kam eine neue Auffassung von Demokratie zum Durchbruch. Als politisch mündiger Bürger erschien nicht länger der Eigentümer, also bis dahin meist der Grundbesitzer. Die alte, aus dem europäischen Republikanismus übernommene Vorstellung, nur Besitz garantiere Unabhängigkeit und qualifiziere zu maßvoller politischer Urteilskraft, wurde verworfen; die Autonomie des Bürgers sollte fortan auf dem Besitz an der eigenen Person beruhen. So konnte eine neue Form von Demokratie entstehen. Besitzqualifikationen für die Aktivbürgerschaft entfielen weitgehend. Ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligungen (oft über 80 Prozent) waren Anzeichen für die Energie, die nun in Politik investiert wurde. Wie der junge französische Richter Alexis de Tocqueville auf seiner amerikanischen Studienreise feststellte, war nicht Washington D. C. die wichtigste Bühne dieser Art von Politik. Ihre Stärke gewann sie aus der Selbstregierung lokaler Gemeinschaften, die sich auch ihre Hoheitsträger (Richter, Sheriffs usw.) selbst wählten – ein radikales Gegenmodell zum autoritären Zentralismus, wie ihn Napoleon in Westeuropa eingeführt hatte. Wie Tocqueville notierte, bedeutete diese Art von Demokratie weitaus mehr als nur das Recht zu wählen. Sie war eine *gesellschaftliche Innovation* und gab dem Prinzip der Gleichheit, das die französischen Revolutionäre abstrakt und negativ als Abschaffung ständischer Privilegien formuliert hatten, den positiven Sinn der Selbstermächtigung einer durch gleiche

Persönlichkeitsrechte konstituierten Bürgerschaft. Die Spannung zwischen Freiheit und Gleichheit, die Tocqueville mit den Augen eines liberalen europäischen Aristokraten diagnostizierte, war für die meisten (weißen) Amerikaner seiner Zeit kein Problem. Das, was später in Europa «Massendemokratie» genannt werden sollte, entstand in den USA bereits während der 1820er und 1830er Jahre.<sup>91</sup> Ihre demokratische Effektivität wurde aber teilweise durch den charakteristischen Föderalismus der USA, also die territoriale Seite der Verfassung, abgeschwächt. Wie repräsentativ war denn der Kongress? Schon früh standen sich «sektionale» Interessen gegenüber: Sklavenstaaten gegen freie Staaten. Fast bis zum Bürgerkrieg dominierten die Sklavenstaaten die nationale Politik, und insofern waren die USA *insgesamt* eine Sklavenhalterrepublik. Von der zwischen 1836 und 1844 im Repräsentantenhaus praktizierten *Gag Rule*, die jede Debatte über die Sklaverei im Keim erstickte, bis zum Kansas-Nebraska-Gesetz von 1854 setzen sich die Sklavenstaaten immer wieder durch. Sie verfügten dank der *Three-Fifths Clause* über eine strukturelle Mehrheit: Bei der Zuteilung von direkten Steuern und von Sitzen im Repräsentantenhaus wurden zu der Gesamtzahl der freien Personen drei Fünftel der Sklaven hinzugezählt.<sup>92</sup>

Mit der «Jacksonian Democracy» schlugen die USA zum zweiten Mal nach 1776 einen welthistorisch ganz neuen politischen Weg ein. «Massendemokratie» dieser Art, sehr kompetitiv mit Freiheitsrhetorik überladen und manchmal auch gewalttätig, gab es vor dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts nirgendwo in Europa, auch nicht in Frankreich, wo über mehrere Regimewechsel hinweg und selbst nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts die lokale Macht der Präfekten ungebrochen blieb. Vor allem traten der US-amerikanische und der britische Weg abermals auseinander. In Großbritannien erreichte zwischen den beiden Reformgesetzen von 1832 und 1867 die Vorrangstellung einer Gentleman-Elite von Großgrundbesitzern, Finanziers und Industriellen ihren Höhepunkt. Diese Elite war eine in ihrem kulturellen Selbstverständnis überaus homogene, durch dichte soziale Netze integrierte Oligarchie, die freilich nicht kastenmäßig abgeschlossen, sondern an den Rändern für Aufsteiger offen war, und die ein in hohem Maße integratives Verständnis von Politik entwickelte. Sie konnte nach 1832 im Prinzip unter den Bedingungen eines «modernen» Parlamentarismus agieren. Die Parlamentssouveränität war vollends von dem Zeitpunkt an hergestellt, als die Krone nicht länger imstande war, einen Premierminister gegen den Willen der Parlamentsmehrheit im Amt zu halten. Solche Zeiten waren seit den dreißiger Jahren vorüber. Fortan war Großbritannien mehr als eine konstitutionelle, es war

eine parlamentarische Monarchie, in der übrigens auch die Kirche eine schwächere politische Rolle zu spielen begann, als es in vielen anderen Ländern auf dem europäischen Kontinent noch lange die Regel war. Zur gleichen Zeit mussten die Politiker in Westminster erst kaum auf ein «*anonimes*», ihnen sozial und kulturell fern stehendes Massenelektorat Rücksicht nehmen, denn die Reform von 1832 hatte die Wählerschaft nur von 14 auf 18 Prozent der erwachsenen Männer erweitert. Die mittleren Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts waren in Großbritannien daher eine Zeit demokratischer Prozeduren ohne *breite* demokratische Legitimation, zugleich aber auch der Beginn einer allgemein verbreiteten Überzeugung, die *middle classes* hätten von nun an eine wichtige Rolle in der Politik zu spielen.<sup>93</sup> Der Demokratievorsprung der USA, auf lokaler wie auf nationaler Ebene, wurde selbst in den politisch fortschrittlichsten Staaten Europas mit einer Verzögerung von fast einem halben Jahrhundert aufgeholt.

Außerhalb der Aktivbürgerschaft standen die allermeisten Frauen. Frauenwahlrecht gab es in den USA zuerst 1869 im Bundesstaat Wyoming (allgemein in den USA erst 1920), in einem souveränen Staat erstmals 1893 in Neuseeland, am Anfang als Stimmrecht, als passives Wahlrecht erst ab 1919; es wurde bei seiner Einführung weltweit beachtet und gefeiert. In Europa richtete Finnland, damals noch zum Zarenreich gehörig, als erstes Land 1906 das Frauenstimmrecht ein, gefolgt von Norwegen 1913; in beiden Fällen wurden die Frauen als nationalistisches Legitimationspotenzial benötigt.<sup>94</sup> Frauenwahlrechtsbewegungen entstanden dort früh und mit starkem Impetus, wo auch das Männerwahlrecht umkämpft war. In Deutschland aber war dieses 1867/71 als «Geschenk» von oben gnädig erteilt worden. Daher war der Suffragismus dort schwächer als etwa in Großbritannien.<sup>95</sup>

Demokratie wurde in unterschiedlichem Maße von unten aufgebaut. Den Grundprozess der Transformation von Gewohnheiten in Rechte auf lokaler Ebene findet man nicht nur in postrevolutionären Gesellschaften wie der US-amerikanischen; er ist auch keine westliche Besonderheit. In der späten Tokugawa-Zeit, als sich in Japan kaum jemand eine Nationalversammlung vorzustellen vermochte, erweiterten sich allmählich die Spielräume für lokale Partizipation, ohne dass man an eine Tradition städtischer Selbstverwaltung anknüpfen konnte und ohne dass es zu einer politischen Revolution gekommen wäre: Alteingesessene Familien mussten immer öfter die Ansprüche aufsteigender «neuer Familien» anerkennen.<sup>96</sup> Nach der Meiji-Renovation von 1868, die zunächst eine administrative Dezentralisation mit sich brachte, mussten die Grenzen zwischen

nationaler und lokaler Regierung neu gezogen werden. Zunächst erklangen allenthalben Forderungen nach Dorfversammlungen, in zahlreichen Präfekturen wurden sie nach 1880 errichtet. Gleichzeitig aber begann ein von der Zentralregierung ausgehender politischer Rückmarsch: Einschränkung unkontrollierter öffentlicher Aktivitäten, der Presse und der neuen politischen Parteien, 1883 Verbot der Volkswahl von Dorf- und Stadtbürgermeistern, die fortan ernannt wurden. Dagegen erhoben sich heftige Proteste. 1888 wurden die Verhältnisse zwischen zentralem Staatsapparat und Dorf gesetzlich geregelt: Bürgermeister durften gewählt werden, aber unter strikter Aufsicht durch die vorgesetzten Behörden.<sup>97</sup> Was blieb, waren dennoch viel größere Möglichkeiten der Partizipation als unter dem Ancien Régime vor 1868. Dieser Zustand wurde 1890 durch die erste allgemeine Wahl in der Geschichte Japans symbolisch beglaubigt, eine Wahl, die das Parlament mit Vertretern der gehobenen Mittelschicht füllte. Damit hatte eine «neue Klasse» ohne Samurai-Hintergrund, die bis dahin niemals im Mittelpunkt der Politik gestanden hatte, die Sphäre politischer Mitwirkung betreten.<sup>98</sup> Es dauerte aber noch ein Vierteljahrhundert, bis sich das Parlament, ständig von der Auflösung durch die kaiserliche Regierung bedroht, als Gegengewicht gegen die Exekutive behaupten konnte.

Politische Bewegungen und bürgerschaftliche Zusammenschlüsse konnten nicht nur in den USA und in Großbritannien gerade auch in ihren inneren Umgangsformen Schulen der Demokratisierung sein, Lernräume eines nicht von Statusrücksichten bestimmten Umgangs miteinander. Gleichheitsansprüche wurden häufig zunächst in Milieus, Gruppen und Organisationen, in welchen sich *objektiv* Gleiche zusammenfanden, artikuliert und im geselligen Verkehr untereinander eingebütt. Sie konnten dann umso erfolgreicher in größeren und konfliktreichen politischen Arenen zur Geltung gebracht werden. Dies war der politische Kern des Sozialismus und verwandter *grassroot*-Bewegungen. So spricht etwa manches dafür, die frühe deutsche Sozialdemokratie weniger als politische Partei im heutigen Sinne denn als Assoziationsbewegung zu deuten.<sup>99</sup> Sozialismus war eine neue Sprache der Solidarisierung von Nicht-Privilegierten, die aufkam, als ständische Sicherheiten von Unterschichten verschwanden und die politisch amorphe Existenz unorganisierter Armut als unzureichend empfunden wurde. In Institutionen umgesetzt, bedeutete Sozialismus vor seiner Bolschewisierung zur putschistischen Avantgarde-Partei sowohl kollektive Interessenvertretung im Kampf der Klassen als auch Einübung von Demokratie. Der europäische Sozialismus war eine

Kraft der Demokratisierung. Dies verband den vormarxistischen oder «utopischen» Frühsozialismus, vertreten etwa durch Robert Owen, Charles Fourier oder Pierre-Joseph Proudhon, mit der gewaltabstinenten Spielart des Anarchismus (vor allem bei dem russischen Fürsten und späteren schweizerischen Emigranten Pjotr Kropotkin)<sup>100</sup> und auch noch mit den meisten derjenigen – meist erklärtermaßen marxistischen – Parteien, die sich 1889 zur Zweiten Internationale zusammenschlossen. Die ursprünglichen Ideale von wirtschaftlicher Dezentralisierung, gegenseitiger Hilfe, genossenschaftlicher Produktion und manchmal sogar kommuneartigen Lebensweisen jenseits des bürgerlichen Privateigentums waren um 1900 schwächer geworden. Der Anspruch der Mitglieder, ihre individuellen Wünsche und Vorstellungen in Parteien und Gewerkschaften zum Ausdruck bringen zu können, die nach außen Interessenvertretungen, nach innen aber Vertrauen erzeugende Solidargemeinschaften waren, blieb jedoch ungebrochen. Auch wenn vor 1914 in keinem Land Europas Parteien der Arbeiterbewegung die Macht übernahmen, so wurden doch die Demokratisierungsprozesse nach dem Ersten Weltkrieg nicht zuletzt durch die Herausbildung einer demokratischen Mentalität in zahlreichen Strömungen des europäischen Sozialismus während des 19. Jahrhunderts vorbereitet. Schon vor dem Krieg gab es in Europa und in den britischen Dominions eine kontinuierlich erstarkende Sozial-Demokratie, in der sich bedeutende Tendenzen von einer marxistischen Revolutionserwartung lösten. In Deutschland firmierten sie als der «Revisionismus» Eduard Bernsteins und seiner Mitstreiter, in Großbritannien standen sie einem *New Liberalism* nahe, der die soziale Frage nicht länger, wie der ältere Liberalismus, als lästiges Übel betrachtete, sondern sie in den Mittelpunkt der Politik rückte.<sup>101</sup> Sozialer Liberalismus und demokratischer Sozialismus gingen im Zeichen eines reformistischen Politikverständnisses aufeinander zu, allerdings nur in wenigen Ländern Mittel-, West- und Nordeuropas, nicht unter Bedingungen der russischen Autokratie, die ihren Gegnern die revolutionäre Radikalisierung beinahe aufzwang, und ebensowenig in den USA, wo ein organisierter Sozialismus bedeutungslos blieb und eine intellektuelle Annäherung zwischen liberalem und gemäßigt sozialistischem Denken erst im New Deal der 1930er Jahre politische Konsequenzen zeigte.<sup>102</sup>

## 4 | Verwaltung

Demokratie in einem konstitutionell geregelten Sinne gab es sogar am Vorabend des Ersten Weltkriegs nur an sehr wenigen Orten auf der Welt. Selbst in republikanisch verfassten Großstaaten wie China oder Mexiko fehlte sie. Viel weiter verbreitet hingegen war der Staat nicht als Partizipationsarena, sondern als Herrschaftsagentur.<sup>103</sup> «Staat» kann man ganz unterschiedlich eng oder weit definieren. Viele kleine Gesellschaften auf der Welt waren «staatslos» in dem Sinne, dass es hier noch nicht einmal einen Helferstab im Haushalt eines Herrschers gab. In anderen Fällen war ein solcher kleiner Stab vorhanden, doch wenig stabil und kaum institutionell ausdifferenziert. Dann war oft die Chance sehr gering, so etwas wie «Staatsaufgaben» auf einer einigermaßen regelmäßigen Basis zu organisieren. Nicht nur in solchen Gesellschaften, die nach dem Sprachgebrauch des späten 19. Jahrhunderts als «primitiv» bezeichnet wurden, war der Staat schwach ausgeprägt. Auch in den USA, in mancher Hinsicht einem politisch besonders modernen Gemeinwesen, wollte man von Staat im europäischen Sinne einer Gehorsam erheischenden Obrigkeit wenig wissen. Im Selbstverständnis der amerikanischen Bürger hatte man alle Autorität, die nicht durch den erklärten Willen der Wählerschaft legitimiert war, weit hinter sich gelassen. *Government* war, anders als *the state* im alteuropäischen Sinne, rechenschaftspflichtig. Von einem US-amerikanischen «Staat» als einer abstrakten Kategorie zu sprechen, wagten erst einige Politikwissenschaftler an der Jahrhundertwende.<sup>104</sup> Dass die herrschende Ideologie der Staatslosigkeit, die in manchem auf ältere englische Rechtsauffassungen zurückging, in einem gewissen Widerspruch zur Realität stand, steht auf einem anderen Blatt. Gerade an der Frontier und insbesondere bei der territorialen Neuordnung der im Westen angegliederten Gebiete erfüllten die Bundesregierung und die – anfangs oft nur schwach demokratisch legitimierten – Behörden der neuen Territorien klassische Aufgaben politischer Raumordnung.

Eine engere Definition des Staates legt Wert auf die begriffliche Unterscheidung zwischen «Staat» und «Gesellschaft». Dies ist insofern ein modernes, mit der älteren politischen Theorie Europas und ähnlichen Auffassungen in vielen anderen Teilen der Welt brechendes Konzept, als es vom Patriarchalismus abrückt, der Idee oder besser dem Bild vom Staat als

einem Haushalt oder auch einem Körper, den der Kopf regiert. Wenn man Staat und Gesellschaft als unterschiedliche Sphären voneinander trennt, gilt nicht mehr, dass das ganze Land als eine große Familie aufgefasst werden können. Der Herrscher als sorgender, strafender und Respekt verdienender oberster Hausvater: diese Auffassung, die John Locke in seinem *First Treatise on Government* («Erste Abhandlung über die Regierung», 1689) vehement angegriffen und letztlich diskreditiert hatte, war während des 18. Jahrhunderts in Europa auf dem Rückzug, hielt sich aber etwa noch in der Staatsrhetorik des spätkaiserlichen China.

### | «Rationale» Bürokratie

Ein solcher als Instanz außerhalb der Gesellschaft betrachteter Staat hatte sich im Europa der frühen Neuzeit auf mehreren unterschiedlichen Pfaden entwickelt. Keineswegs haben alle oder auch nur die größeren europäischen Gesellschaften die gleiche Entwicklung durch einen einheitlichen «Absolutismus» hindurch genommen.<sup>105</sup> Zu diesem frühneuzeitlichen Staat gehörte unweigerlich eine Bürokratie, die vor allem dreierlei zu leisten hatte: Erstens hatte sie als Territorialverwaltung den Zusammenhalt größerer Staatsgebilde zu sichern. Zweitens musste sie dafür sorgen, dass der Staatsschatz gefüllt blieb, vor allem die Kriegskasse des Herrschers, denn der frühneuzeitliche europäische Staat war vor allem anderen Kriegsstaat. Drittens war der «Staat» vor dem Zeitalter der Gewaltenteilung, das erst mit dem späten 18. Jahrhundert in Nordamerika und Europa allmählich anbrach, für das Justizwesen zuständig. Jedoch war nirgendwo in Europa vor 1800 die Rechtsprechung auf allen Ebenen ganz in staatlicher Hand. Selbst in den zentralistischsten Systemen absoluter Herrschaft waren königliche und kaiserliche Gerichte keineswegs für *alles* zuständig, und es blieben Enklaven der Sonderjustiz von Städten, Ständen, besonderen Korporationen (etwa den Universitäten) und örtlichen Grundherren (die sogenannte Patrimonialgerichtsbarkeit). Kirchen, Klöster und andere religiöse Einrichtungen sprachen für ihre Angehörigen oft ein eigenes Recht nach eigenen Gesetzen. In der islamischen Welt war weltliches von geistlichem Recht nicht scharf getrennt, zumindest überlagerte sich beides in einer großen Überlappungszone. Im kaiserlichen China, wo es mangels staatlich anerkannter Kirchen kein Äquivalent des europäischen kanonischen Rechts gab, war noch im 18. Jahrhundert ein staatliches Justizmonopol stärker ausgeprägt als in den meisten Teilen Europas. Die vom Kaiser eingesetzten Beamten der

untersten Ebene, von denen es im späten 18. Jahrhundert im ganzen sino-mandschurischen Reich in jedem Landkreis (*xian*) nur einen einzigen gab, waren Generalisten, denen auch die Rechtsprechung in allen nur erdenklichen Fällen oblag. Todesurteile mussten vom Kaiser persönlich geprüft und bestätigt werden. Unter dem Gesichtspunkt abstrakter Verstaatlichung war daher das Qing-Rechtswesen vor etwa 1800 «moderner» als dasjenige Europas. Ob seine Gesetzesbindung ähnlich hoch war, ist schwierig zu entscheiden. Es gab aber seit 1740 ein Corpus weltlicher Strafgesetze, das sich mit gleichzeitigen europäischen Kodifikationen durchaus messen kann.<sup>106</sup>

Es gehört seit Max Weber zum eisernen Wissensbestand der Historischen Soziologie, dass sich im neuzeitlichen Europa patrimoniale Verwaltungsstäbe in rationale Bürokratien verwandelten, wie wir sie heute noch kennen. Dieser Übergang erfolgte im 19. Jahrhundert und hatte seine Ursprünge in der Französischen Revolution, die paradoxerweise einen bürokratischen Staat errichtete, der denjenigen des gestürzten bourbonischen Absolutismus nach Umfang und Leistungsfähigkeit weit in den Schatten stellte.<sup>107</sup> Napoleon verbreitete dieses Staatsmodell über Frankreichs Grenzen hinaus. Der Übergang geschah in den verschiedenen Ländern Europas in unterschiedlichem Tempo und unterschiedlicher Gründlichkeit.<sup>108</sup> Die allgemeine politische Kultur eines Landes spielte eine Rolle, ebenso sein politisches System und die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür, Verwaltungen als dicht integrierte und reibungsarm funktionierende Kommunikationsapparaturen entstehen zu lassen. Selbst wenn in all diesen Hinsichten die Unterschiede nicht sehr groß waren, so glich doch keine staatliche Bürokratie ganz der anderen. So war etwa die bayrische Bürokratie in der Mitte des 19. Jahrhunderts deutlich weniger hierarchisch und autoritär geordnet als die preußische.<sup>109</sup> In Frankreich und in großen Teilen Deutschlands waren eher bürgerliche oder neu nobilitierte Beamte charakteristisch, während in den Ländern Mittel- und Osteuropas von Österreich bis Russland große Staatsverwaltungen aufgebaut wurden, in denen vor allem Angehörige des deklassierten niederen Adels Beschäftigungsmöglichkeiten fanden. Da nirgendwo in dieser Großregion – mit der eingeschränkten Ausnahme Ungarns – repräsentative Institutionen funktionierten, welche die Exekutive einer wirksamen Kontrolle unterwarfen, war die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts dort die große Zeit der Bürokratenherrschaft innerhalb autoritär-monarchischer Systeme – eher «asiatische» als im modernen Sinne «europäische» Zustände.<sup>110</sup>

Am Ende des 19. Jahrhunderts war eine «rationale» Staatsbürokratie

zwar nicht überall in Europa tatsächlich tätig, aber zumindest als Normvorstellung hatte sie sich durchgesetzt. Danach beruhte eine moderne Staatsverwaltung auf einem Dienstethos von «Staatsdienern», für deren auskömmliche Versorgung aus Steuermitteln der jeweilige Herrscher sich zuständig fühlte. Korruption war daher weder erwünscht noch, wegen hinreichender Einkünfte der Beamten, erforderlich. Verwaltung hatte unparteiisch zu sein. Sie war durch Gesetze gebunden und unterlag im Prinzip der Revision. Innerbürokratische Hierarchien waren transparent. Der Aufstieg erfolgte über allgemein bekannte Karriereleitern, manchmal nach dem Senioritäts-, manchmal nach dem Leistungsprinzip. Beamte sollten aufgrund besonderer Fachkenntnisse oder speziell erworberner Diplome eingestellt werden, nicht als Folge von Nepotismus und anderen «Beziehungen». Ämterkauf war ausgeschlossen. Die Verwaltung arbeitete auf dem Schriftwege. Sie legte Archive an. Intern galt im Rahmen der allgemeinen Gesetze des Landes eine besondere Disziplinarrechtsprechung.<sup>111</sup>

Dafür, wann im konkreten Falle ein wirklich effizienter Staat nach modernen Maßstäben erreicht war, lassen sich keine vollkommen trennscharfen Kriterien angeben. Man hat es, grob und pragmatisch gesprochen, dann mit den Realitäten moderner Staatlichkeit zu tun,

- wenn Räuberbanden die Zivilbevölkerung nicht länger terrorisieren und eine effektive staatliche Polizeihoheit, also das «Gewaltmonopol» des Staates, durchgesetzt ist;
- wenn Richter vom Staat bestellt und bezahlt werden, aber unabsetzbar sind und in ihrer Dienstpraxis keiner Reglementierung durch andere staatliche Institutionen unterliegen;
- wenn eine Finanzverwaltung, die sowohl indirekte als auch direkte Steuern erhebt, für regelmäßige Staatseinnahmen sorgt und die Steuerforderungen des Staates prinzipiell von der Bevölkerung als legitim anerkannt werden (Steuereinnehmer also nicht länger Gefahr laufen, von den Leuten verprügelt zu werden, oder Steuern nicht in größtem Stil hinterzogen werden);<sup>112</sup>
- wenn man nur auf der Basis von geprüfter Fachkompetenz Beamter werden kann;
- wenn Korruption als strafbares Übel und nicht als Selbstverständlichkeit im Kontakt zwischen Bevölkerung und staatlichen Funktionären gilt.

Dass eine solche Art von Staatsbürokratie, seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zunehmend in großen Unternehmungen der Privatwirtschaft kopiert, eine Erfindung Europas mit besonders starken preußi-

schen und französisch-napoleonischen Wurzeln ist, darf die Tatsache nicht verdecken, dass es auch imposante bürokratische Traditionen außerhalb Europas gab, etwa in China, Japan und dem Osmanischen Reich. Sie sollten nicht vorschnell mit dem Stempel «vormodern» oder «patrimonial» abgetan werden. Im 19. Jahrhundert trafen diese Traditionen mit westlichen Einflüssen zusammen. Die Ergebnisse waren ganz unterschiedlich. Vier Beispiele dafür sollen genügen: Britisch-Indien, China, das Osmanische Reich und Japan.

### **Asiatische Bürokratien: Indien und China**

Die europäischen Kolonien des 19. Jahrhunderts waren im Verhältnis zu den jeweiligen Metropolen in der

Regel schwach bürokratisiert. Der koloniale Staat hatte zwei Seiten. Auf der einen war er oft die erste Institution überhaupt, die mit Hilfe von zentralisierten Machtmitteln wie Militär, Polizei, Zoll und Steuerbehörde ein Gebiet als einheitlich regiertes Territorium ins Leben rief. Der koloniale Staat brachte Gesetze mit und Richter, die nach ihnen – und häufig nach kolonialen Sondergesetzen – Recht sprachen. Er erfasste die Bevölkerung statistisch, klassifizierte sie in einer Weise (etwa nach ethnischen oder religiösen Kategorien), die bis dahin nicht gebräuchlich war, aber dann doch oft zu Normen gerann, welche die Wirklichkeit zu prägen begannen. So wurden «Stämme» oder Religionsgemeinschaften oder (in Indien) sogar ganze «Kasten» administrativ definiert, etwa zum Zwecke der Abgrenzung von Verwaltungsbezirken, der statistischen Klassifizierung oder der Bestimmung einheimischer Führungsfiguren, mit denen der koloniale Staat zusammenarbeiten wollte. Derlei wurde in großen Teilen Afrikas, Indiens oder Zentralasiens überhaupt erst durch die Etablierung kolonialer Staatsapparate europäischen Typs möglich. Auf der anderen Seite war der koloniale Staat niemals ein allmächtiges Monster. Er war personell so schwach ausgestattet, dass eine «Durchstaatlichung» ausgedehnter Kolonialgebiete selten erreicht werden konnte.

All dies galt auch für die größte aller Kolonien, Indien. Hier war das Zahlenverhältnis zwischen europäischem Personal und indischer Untertanenschaft sogar besonders ungünstig. Allerdings: in Indien – und in der kolonialen Welt des 19. Jahrhunderts *nur* dort – wurde eine der maßstäblichen Bürokratien der Epoche aufgebaut. Um 1880 war Indien in einem höheren Maße bürokratisiert als die Britischen Inseln. Dies galt nicht sehr in quantitativer Hinsicht. Entscheidend war, dass die Bürokratie in

Indien nicht die Hilfsdienste einer modernen Territorialverwaltung leistete, also eine bloß instrumentelle Exekutive unter politischer Direktion war. Sie war vielmehr der Kern eines Herrschaftssystems, das sich am besten als eine bürokratische Autokratie beschreiben lässt. Insofern war der indische Kolonialstaat mit dem politischen System des chinesischen Kaiserreiches enger verwandt als mit jeder politischen Ordnung in Europa. Die Parallelen gehen noch weiter. Beide, die chinesische Staatsbürokratie ebenso wie der Indian Civil Service (ICS), hatten ihren Kern in einem relativ kleinen Corps von hochqualifizierten, gesellschaftlich sehr angesehenen Spitzenbeamten. Außerhalb der Hauptstadt waren sie auf der untersten Ebene der Hierarchie als Distriktmagistrate (*zhixian*) in China bzw. *collectors* in Indien präsent. Die Amtspflichten auf beiden Posten waren sehr ähnlich.<sup>113</sup> Der chinesische wie der indische Distrikтbeamte waren in Personalunion Chef der lokalen Verwaltung, Steuereinnehmer und Richter. Beide waren für ihren Posten speziell ausgebildet und auf dem Wege kompetitiver Examina ausgewählt worden. Solche Examina gab es in China seit vielen Jahrhunderten. In Europa wusste man von dieser Praxis, hatte sie im 18. Jahrhundert vielfach bewundert, und es scheint, als hätten die Briten bei der Einführung solcher Prüfungen nicht nur für den indischen und kolonialen Dienst, sondern auch für die hohe Bürokratie (auf Ministerialebene) in Großbritannien selbst, wie sie 1854 von Fachleuten empfohlen und nach 1870 eingeführt wurden, das chinesische Vorbild vor Augen gehabt.

Die britische Kolonialbürokratie in Indien wurde keineswegs einer politischen Landschaft aufgestülpt, die ohne Staat auskommen wäre. Das Mogul-Reich und seine Nachfolgestaaten waren aber keine im Kern bürokratisierten Gebilde gewesen, wie China und Vietnam es waren. Sie verfügten über Hierarchien von Schreibern und über ein entwickeltes Kanzleiwesen, aber nicht über eine strikt durchorganisierte Dienstorganisation. Daher konnte der ICS nur begrenzt an einheimische Voraussetzungen anschließen. Sein unmittelbarer Vorgänger war die Verwaltung der East India Company (EIC). Die EIC war im 18. Jahrhundert eine der komplexesten formalen Organisationen der Welt, doch war sie in vieler Hinsicht vormodern. Die Ämter, die sie zu besetzen hatte, wurden noch durch Patronage und nicht nach objektiven Leistungsprinzipien vergeben. Solche Praktiken waren im europäischen Staat der frühen Neuzeit allenthalben üblich. In Frankreich wurden sie durch die napoleonische Rationalisierung des Staates unter dem Gesichtspunkt einer für Begaungen offenen Karrierestruktur früh zurückgedrängt. In Großbritan-

nien konnten bis 1871 noch Offiziersposten in der Armee gekauft werden, und erst um dieselbe Zeit wurde es zu einer allgemeinen Regel, für Ministerien (mit Ausnahme des weiterhin stark aristokratisch dominierten Foreign Office) die Beamten über Eignungsprüfungen zu rekrutieren. In Indien war dies bereits 1853 geschehen, also noch kurz vor dem Ende der East India Company, die nach dem Großen Aufstand von 1857 aufgehoben wurde.<sup>114</sup>

Der ICS war neben der Armee die zweite Säule, auf der die britische Herrschaft in Indien ruhte. Wenn man eine Organisation danach bewertet, ob sie ihre *eigenen* Ziele erreicht, dann war der ICS mindestens bis zum Ersten Weltkrieg ein sehr erfolgreicher Apparat. Die indischen Steuern flossen in die koloniale Kasse, und nach dem Aufstand von 1857 wurde nicht nur durch militärischen Zwang ein hohes Maß an innerer Friedlichkeit erreicht. Dank seiner hohen Gehälter und seines beträchtlichen Prestiges wurde der ICS zum zivilen Elitecorps des British Empire. Die Strapazen einer tropischen Existenz wurden auch dadurch aufgewogen, dass man im ICS-Dienst Wohlstand anhäufen und ihn nach einer frühen Pensionierung im Heimatland als wohl situierter Gentleman genießen konnte. Die indische Bürokratie, wie sie heute noch besteht, zeigt Spuren ihrer kolonialen Anfänge. Da nach dem Ersten Weltkrieg eine langsame Indisierung der Behörde begonnen hatte, kam die Indische Republik nach 1947 nicht in die Verlegenheit, den ICS als Symbol der überwundenen Kolonialepoche zurückweisen zu müssen. Sie führte ihn als Indian Administrative Service fort.<sup>115</sup>

Die Bürokratie in Indien war ein europäisches Implantat, aber eines, das nicht unmittelbar ein europäisches Vorbild kopierte, sondern unter den besonderen Bedingungen Indiens experimentell entwickelt wurde. China wurde nicht kolonisiert. Koloniale Staatsapparate nennenswerten Umfangs entstanden nur in Randgebieten unter japanischer Herrschaft: seit 1895 auf Taiwan und nach 1905, in größerem Stil nach 1931, in der Mandschurei. Die alte bürokratische Tradition Chinas lebte daher ohne direkten kolonialen Eingriff bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fort. Ihre alten institutionellen Formen endeten mit der Abschaffung der Staatsprüfungen durch die Qing-Regierung im Jahre 1905. Eine Art von mentalem Bürokratismus überdauerte aber unter den neuen Bedingungen der Republik und setzte sich nach 1949 unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas fort. Bis heute bilden die landesweiten Hierarchien von Staat und Partei die wichtigsten Klammern, die das große Land zusammenhalten. Die chinesische Staatsbürokratie war auf dem Höhe-

punkt ihrer neuzeitlichen Effizienz, in den mittleren Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts, die am «rationalsten» organisierte Bürokratie der damaligen Welt, die umfangreichste, erfahrenste und diejenige, die mit der größten Vielzahl von Aufgaben befasst war.<sup>116</sup>

Aus europäischer Sicht des späten 19. Jahrhunderts war China zum Inbegriff eines vormodernen, den Ansprüchen der Gegenwart nicht länger gewachsenen Bürokratismus geworden. Beobachter aus solchen westlichen Ländern, die manchmal selbst erst seit wenigen Jahrzehnten das Übel der Korruption hinter sich gelassen hatten, sprachen nun verächtlich über die Bestechlichkeit der chinesischen «Mandarine». <sup>117</sup> Die Tatsache, dass diese es nicht vermochten hatten, das Land wirtschaftlich zu modernisieren, nährte ebenfalls Zweifel an der Rationalität des chinesischen Staates. Manches an diesen zeitgenössischen Urteilen ist berechtigt. Die chinesische Bürokratie litt darunter, dass eine geringe Besoldung die Beamten in der Tat zu «Pfründnern» machte, dass die überwiegend literarisch-philosophische Erziehung der Beamtenanwärter – trotz mancher Reformbemühungen<sup>118</sup> – den Erfordernissen moderner Technostrukturen nicht länger angemessen war, dass durch Ämterkauf (aus finanzieller Not des Staates geboren) manch Ungeeigneter in den Apparat hineinkam und dass seit dem Tod des Jiating-Kaisers 1820 eine starke monarchische Spitze fehlte, die den bürokratischen Apparat zu Disziplin und Rechtschaffenheit hätte anhalten können. Hinzu kamen noch allgemeinere Probleme: Die Qing-Dynastie versäumte es, zwei tragende Pfeiler des Staates vor 1895 zu reformieren: das Militär und die Finanzverwaltung. Das Militär vermochte gerade einmal die Grenzen des Reiches in Innerasien zu verteidigen, war aber gegenüber den europäischen Großmächten nutzlos; und das Steuersystem, das auf einer fixen Grundsteuer beruhte, war dermaßen antiquiert, dass der kaiserliche Staat am Ende seiner Epoche hoffnungslos verarmt war.

Er wäre noch ärmer gewesen, hätte nicht ausgerechnet das einzige Beispiel für die Übertragung europäischer Verwaltungspraktiken den finanziellen Niedergang der Dynastie gebremst. Seit 1863 hatte der Nordire Robert Hart (ab 1893: Sir Robert) im Amte eines Generalinspekteurs das Kaiserliche Seezollamt (Imperial Maritime Customs, IMC) aufgebaut. Hart war auf westlichen Druck und als Gewährsmann der Welthandelsmächte in sein Amt gelangt. Er besaß aber einen hohen chinesischen Beamtenrang, war formal gesehen ein Untergebener des chinesischen Kaisers und interpretierte seine Rolle als die eines beiden Seiten verpflichteten Maklers zwischen den Kulturen. Das Seezollamt verließ sich

an der Basis auf chinesische Helfer und besaß sogar eine Art von chinesischer Schattenhierarchie, war aber im Kern dem Indian Civil Service nachempfunden, beruhte also auf einer Kadertruppe hochbezahlter europäischer Verwaltungsfachleute. Es war im Umfang kleiner als der ICS und weniger eindeutig britisch dominiert als sein indisches Pendant. Die IMC wurden zu einer ausgezeichnet funktionierenden Zollbehörde, die es dem chinesischen Staat ermöglichte, vom wachsenden Außenhandel zu profitieren. Mit den tradierten Techniken der chinesischen Distriktsverwaltung, die im Grunde Herrschaft über Bauern war, wäre dies nicht möglich gewesen. Erst nach 1895 sicherten sich die Großmächte den direkten Zugriff auf die Seezolleinnahmen, sehr zum Verdruss von Sir Robert Hart. Die IMC waren einerseits ein Instrument der Großmächte, das Chinas durch die «ungleichen Verträge» eingeschränkte Zollhoheit garantierte, andererseits ein Organ des chinesischen Staates, das nach westlichen Verwaltungsprinzipien wie Unbestechlichkeit, Regelmäßigkeit, transparente Buchführung (usw.) arbeitete.<sup>119</sup>

Die Ausstrahlung von Harts Behörde auf den Rest der chinesischen Staatsverwaltung blieb begrenzt. Erst nach der Jahrhundertwende leitete die Qing-Regierung Verwaltungsreformen ein, die dann in der frühen Republik fortgesetzt wurden, allerdings mit geringem Erfolg. Dennoch wäre es ein Fehler, bei der Beurteilung der chinesischen Bürokratie der karikierenden Abwertung des 19. Jahrhunderts zu folgen. Die chinesische Bürokratie (und ebenso die vietnamesische) war nicht schlichtweg «vormodern». Sie vereinigte zwei Seiten: Einerseits war sie an unpersönlichen, also Familien- und Klientelbeziehungen übersteigenden Regeln orientiert und erreichte ein hohes Maß an meritokratischer Personalauslese. In Korea zeigte sich sogar, dass solche Prinzipien mit einem fortdauernden Zugriff einer geburtsständischen Aristokratie auf die Spitzenposten der Verwaltung vereinbar waren.<sup>120</sup> Die Verwaltungspraxis war im Idealfall leistungsgetrieben, sachgerecht und innerbürokratisch rechenschaftspflichtig, auch in einem gewissen Grade rechtskonform. All dies ist nach soziologischen Kriterien «modern». Andererseits wirkte ein solcher Beamtenapparat in einer Gesellschaft, die von ethischen Prinzipien substanzialer Gerechtigkeit durchdrungen war, in der von der Gleichheit aller Bürger bzw. Untertanen (wie «moderne» Verwaltung voraussetzen muss) nicht die Rede war und wo nach konfuzianischem Verständnis Familienabhängigkeiten, vor allem die Unterordnung von Söhnen unter ihre Väter, eine handlungsleitende Bedeutung besaßen. Dieser innere Widerspruch war das Hauptproblem von Bürokratien.

chinesischen Typs in der Epoche eines nahezu weltweiten Übergangs zum rationalen Staat.<sup>121</sup> Auch war die traditionale Bürokratie unfähig zum Umgang mit politisierten, patriotisch bewegten Gruppen, für deren Behandlung das Herkommen keine Rezepte bereit hielt. Sie stand ratlos vor den revolutionären Bewegungen, die um die Jahrhundertwende in China auftraten.

### | *Asiatische Bürokratien: Osmanisches Reich und Japan*

Die bürokratische Tradition Chinas erwies sich gegenüber westlichen Einflüssen im 19. Jahrhundert als ziemlich resistent. Die

innere Struktur der Staatsverwaltung und ihr Ethos änderten sich wenig. Immerhin vermochte die Bürokratie eine ihrer Hauptaufgaben, die territoriale Integration des Reiches, bis kurz vor dessen Ende zu erfüllen. Länger war der Weg der Veränderung, den das Osmanische Reich zurücklegte. Hier wandelte sich während der gleichen Zeit der tradierte Schreiberdienst (*kalemiye*) in das, was seit den 1830er Jahren eine Zivilbeamtenchaft (*mülkiye*) genannt wurde. Dabei wurden freilich nicht einfach europäische Vorbilder, vor allem das in mehrfacher Hinsicht naheliegende französische, kopiert. Die Notwendigkeit der Reform wurde besonders in Kreisen des Außenministeriums wahrgenommen, die besonders engen Kontakt mit der Außenwelt hatten. Die Reform gewann dann aber eine innerosmanische Eigendynamik, die zu einer nicht bloß imitativen Herausbildung neuer Normen, neuer Rollenmodelle und neuer Vorstellungen von einem administrativen Professionalismus führte. Auch im Osmanischen Reich wurde – wie in Europa und China – eine seit Jahrhunderten übliche Patronagepraxis nicht von heute auf morgen durch eine rationale und an Sachkriterien ausgerichtete Personalpolitik ersetzt. Beide Richtungen und Einstellungen hielten sich nebeneinander und beeinflussten sich gegenseitig.<sup>122</sup> Die Tanzimat-Reformen nach 1839 machten die neue Zivilbeamtenchaft zur dominierenden Elite des Reiches. Es handelte sich dabei um ein Corps von (um 1890) mindestens 35 000 Karrierebeamten. Hatten sich hundert Jahre zuvor die mehreren Tausend Schreiber, die es gab, in der Hauptstadt Istanbul konzentriert, so war dort 1890 nur eine Minderheit der Spitzenbeamten neuen Typs beschäftigt. Die osmanische Bürokratie territorialisierte sich also erst sehr spät und ging erst während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen Weg, der seit vielen Jahrhunderten für China charakteristisch gewesen war.<sup>123</sup>

Einerseits fehlte die chinesische Erfahrung. Andererseits aber konnte es sich die osmanische Beamenschaft leisten, «moderner» zu sein als die chinesische, die bei ihrer starken «Pfadabhängigkeit» weniger frei war, ihre alten Bahnen zu verlassen, und deren Reform außerordentliche Energien der Veränderung voraussetzte.

In Japan entstand eine moderne Bürokratie ebenfalls im Dreieck zwischen traditionalen Voraussetzungen, westlichen Vorbildern und einheimischem Modernisierungswillen. Es gab seit der Tokugawazeit ein großes Reservoir an administrativer Kompetenz, das allerdings mehr als in China und im Osmanischen Reich nicht auf der zentralstaatlichen Ebene, sondern in den fürstlichen Herrschaftsbereichen (*han*) konzentriert war. Stärker als in den meisten anderen Ländern und eigentlich nur dem revolutionären Frankreich vergleichbar, bestand in Japan nach der Meiji-Restauration von 1868 die Notwendigkeit, eine gesamtjapanisch-nationale Bürokratie aufzubauen. In ihr wurden die administrativen Erfahrungen der Samurai, die unter der Friedensherrschaft der Tokugawa-Shōgune aus Schwertkämpfern zu Herren der Feder geworden waren, in nunmehr größeren Wirkungskreisen eingesetzt. Bereits 1878, also gerade einmal zehn Jahre nach dem Beginn der Meiji-Renovation, war bereits eine landesweite Durchrationalisierung der Staatsverwaltung nach dem Vorbild des französischen, unter dem Konsulat Bonapartes eingeführten Fachverwaltungssystems gelungen, in dem Beratungsorgane und jegliches *self-government* nur eine untergeordnete Rolle spielten. Eine lückenlose Ämterhierarchie, wie es sie noch niemals in der Geschichte für Japan insgesamt gegeben hatte, reichte von den Kanzleien der obersten Staatsführung über die Gouverneure der neu eingerichteten Präfekturen bis hinunter zu den Dorfforstern auf Lokalebene.<sup>124</sup> 1881, also nicht viel später als in Großbritannien, wurden Prüfungen für den höheren Staatsdienst eingeführt, die recht bald den traditionellen Faktor der Patronage beseitigten; nur die allerhöchsten Positionen wurden noch durch die oberste Führung besetzt, eine auch in Europa selbstverständliche Verfahrensweise. Um die Jahrhundertwende war die japanische Staatsverwaltung geradezu zu einem Lehrbuchbeispiel für Max Webers «rationale Bürokratie» geworden. Auch in Europa gab es nicht viele in ihrer Form so deutlich moderne Verwaltungsapparate. Da aber in Japan (ähnlich wie in Preußen, Österreich oder Russland) die Modernisierung der Bürokratie dem Aufbau einer kritischen Öffentlichkeit und eines Parteienwesens vorausging, entstand die Gefahr eines unkontrollierten Bürokratismus, sobald die politische Führung der Meiji-Oligarchen in ihrer Wachsamkeit gegenüber

dem Apparat nachließ. Im frühen 20. Jahrhundert sollten sich die Folgen einer solchen Entwicklung zeigen.

Während der ersten Jahrzehnte der Meiji-Zeit war diese Gefahr noch relativ gering. Dies hing auch mit den revolutionären Ursprüngen der neuen politischen Ordnung zusammen. Da die Meiji-Führung weder durch die Tradition noch (wie die revolutionären Regime in Frankreich bis hin zu Napoleon) durch repräsentative oder plebiszitäre Bestätigung von unten legitimiert war, musste sie ihre Befähigung und Befugnis zu herrschen durch Leistung unter Beweis stellen. Dazu gehörte es, ein öffentliches, über «feudale» Patron-Klient-Beziehungen hinausgehendes Dienstethos zu entwickeln und eine Bürokratie auf die Beine zu stellen, die streng zweckorientiert das Ziel verfolgte, die japanische Nation wirtschaftlich und militärisch im Kreise der Großmächte konkurrenzfähig zu machen. Man verband die einheimische Verwaltungstradition der Samurai mit Anleihen bei der britischen, französischen und deutschen Staatsverwaltung. Ähnlich wie im osmanischen Fall war das Ergebnis nicht ein schlichter Import des europäischen Staates. Japan fand eine eigene Form bürokratischer Modernität. Es war allerdings eine Art von halber Modernität. Denn der Meiji-Ordnung waren die Ideen von Freiheitsrechten des Einzelnen und Souveränität des Volkes fremd; etwas Ähnliches wie die europäische Denkfigur des Herrschaftsvertrages war in Japan nie entstanden. So konnte sich ein monarchischer Patriarchalismus in die Epoche bürokratischer Rationalisierung hinein fortsetzen. Die Verfassung von 1889 wich von ihren europäischen Vorbildern darin ab, dass sie die Person des Tennō für «heilig und unverletzlich» erklärte und feststellte, dass er seine umfassende Gewalt von seinen kaiserlichen Ahnen geerbt habe.<sup>125</sup>

Zur Untermauerung eines solchen kollektivistischen oder organistischen Staatsverständnisses griff man in der späten Meiji-Zeit auf den Begriff des japanischen Nationalwesens (*kokutai*) zurück, den der konfuzianische Gelehrte Aizawa Seishisai 1825 in die Diskussion eingeführt hatte.<sup>126</sup> Der Kaiser war demnach patriarchalischs Oberhaupt eines «Familienstaates» (*kazoku kokka*), der einen einheitlichen nationalen Willen verfolgte und in dem die Untertanen dem Kaiser und den von ihm eingesetzten politischen Organen Treue und Gehorsam schuldeten.<sup>127</sup> Die japanische Bürokratie, in formaler Hinsicht eine der «rationalsten» der Welt, erbrachte ihre Leistung also weniger als Dienst an der Bürgerschaft denn als Erfüllung nationaler Zwecke, die von oben verfügt wurden. In einem modernisierten Obrigkeitsstaat – hier gab es manche Paral-

lele zum Deutschen Reich nach 1871 – konnte sich eine rationale Bürokratie besonders gut entfalten. Die Staatsverwaltung war in hohem Maße modern, auch wenn das politische System, in welches sie eingefügt war, samt seiner Ideologie dies nicht war. Es macht also letzten Endes einen großen Unterschied aus, ob Bürokratisierung im Rahmen einer liberalen politischen Ordnung und politischen Kultur erfolgt oder nicht.

### Durchstaatlichung?

Dies kann aber nur *ein* Zugang zur Analyse bürokratischer Staatlichkeit sein. Ein anderer und ebenso wichtiger sieht darauf, wie sich Bürokratie auf den unterschiedlichen Ebenen des politischen Lebens bemerkbar macht. Dazu gehört die stets wichtige Frage, wie sich «Staat» im Dorf zum Ausdruck bringt, wie sich also jeweils die Beziehungen in dem Dreieck von bürgerlicher Selbstregelung, Hegemonie der lokalen Oberschicht und Eingriff niederer Organe der staatlichen Hierarchie gestalten.<sup>128</sup> Auf einer höheren Ebene ist es für viele Länder in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine fundamentale Frage gewesen, wie die administrative Integration großer Flächenstaaten, seien sie nun Nationen oder Imperien, zu bewerkstelligen sei. Alte Reichsverbände wie in China oder im Habsburgerreich (wo eher das Militär als die Zivilverwaltung die wichtigste Klammer bildete) wurden erfolgreich zusammengehalten. In Deutschland nach der Gründung des Norddeutschen Bundes 1866 und in noch größerem Stile nach der Etablierung des Deutschen Reiches 1871 oder in Japan von eben demselben Jahr an, als das System der Lehensfürstentümer (*han*), auch unter dem Eindruck von Bauernrevolten gegen die Fürstenherrschaft, abgeschafft und das Land nach französischem Vorbild in Präfekturen eingeteilt wurde, waren enorme Herausforderungen von administrativem Zusammenschluss und verwaltungstechnischer Vereinheitlichung zu bewältigen.<sup>129</sup> Betrachtet man solche Prozesse nicht von der nationalen Zentrale, sondern von der jeweiligen Peripherie her, dann werden die Hindernisse und Grenzen von staatlicher Zentralisierung sichtbar. Es lohnt daher, die deutsche «innere» Reichsgründung aus der Sicht eines kleinen Einzelstaates, die Meiji-Einigung aus der Perspektive eines einzelnen *han*, der in eine Präfektur verwandelt wurde, oder die politische Geschichte des spätkaiserlichen China von der Warte einer einzelnen Provinz aus zu sehen.<sup>130</sup>

Nicht schon die frühe Neuzeit, sondern erst das 19. Jahrhundert war auch in Europa die Epoche des Übergangs vom traditionalen zum rationa-

len Staat.<sup>131</sup> Damit war unweigerlich der Aufbau von Bürokratien und die Ausweitung der Staatstätigkeit verbunden. Dieser Prozess machte sich nahezu weltweit bemerkbar. Er war kein Nebenprodukt der Industrialisierung, sondern ging ihr nicht selten voraus. Alexander Gerschenkron hat darauf hingewiesen, dass bei Nachzüglern im Industrialisierungsprozess die ordnende und initiirende Rolle des Staates zunimmt. Russland und Japan sind dafür gute Beispiele. Die Ausweitung staatlicher Institutionen und Tätigkeiten erfolgte auf mehreren unterschiedlichen Wegen. Bürokratien unterschieden sich hinsichtlich ihrer Effizienz, also ihrer Fähigkeit, Informationen zu verarbeiten, und in Bezug auf die Geschwindigkeit, mit der sie Entscheidungen trafen und ausführten. Notorisch schwerfällige Bürokratien wie die habsburgische brauchten lange, um sich intern zu reformieren. Unter Bedingungen eines hohen Maßes an gesellschaftlicher Selbstorganisation, gerade auch beim Aufbau eines marktwirtschaftlichen Kapitalismus, konnte ein schlanker Staat effektiver sein als eine auf allen Ebenen dicht besetzte und regelungswütige Bürokratie. Das Beispiel Großbritanniens zeigt dies. Der Prozess der Bürokratisierung verlief selten stetig und kontinuierlich. Es gab sogar gegenläufige Bewegungen. In den USA war während des Bürgerkrieges der Staat des Nordens stark angewachsen. Die *Reconstruction* nach Kriegsende war ein Versuch gewesen, diese Art von Staat auf den Süden auszudehnen. Das Scheitern der *Reconstruction* bedeutete dann, dass im Süden antizentralistische und überhaupt staatsfeindliche Kräfte erstarkten. Die intensivierte liberal-kapitalistische Entwicklung im Norden während des letzten Quartals des 19. Jahrhunderts ließ dann auch im Norden den Ruf nach dem regulierenden Staat zurücktreten.<sup>132</sup> Dies war in Europa viel weniger der Fall, wo es den «Nachtwächterstaat», der sich aus politischer Einsicht selbst zurücknahm, außerhalb Großbritanniens nur ausnahmsweise wirklich gegeben hat. Um 1914 waren in vielen Ländern Europas fünf Merkmale von Bürokratisierung zumindest teilweise erfüllt: (1) ein Verständnis von Staatsdienst als regulär entlohnter Arbeit; (2) die Ernennung und Beförderung von Staatspersonal nach dem Kriterium der Kompetenz; (3) die Zusammenfügung einzelner Behörden zu arbeitsteilig ausdifferenzierten Ämterhierarchien mit festen Weisungsstrukturen («Dienstweg»); (4) die Integration aller einzelnen Ämter in eine nationale Administration (was in bundesstaatlichen Systemen schwieriger und unvollständiger zu bewerkstelligen war); (5) die «gewaltenteilende» Trennung zwischen parlamentarischer Politik und bürokratischer Exekutive, die sich allerdings an der Staatsspitze überall eng berührten.<sup>133</sup>

Selbst in Europa konnte damals jedoch von einer «Durchstaatlichung» der Gesellschaft, wie man sie heute kennt, keine Rede sein. Viele Bereiche des Lebens waren noch nicht durch Gesetze und Verordnungen geregelt. Es gab noch keine Industrienormen, keine Lärmschutzverordnungen, keine Pflicht, für alles Baugenehmigungen einzuholen, noch nicht einmal einen generellen Zwang zum Schulbesuch. Weltweit war die Bürokratisierung des Staates unter kaum veränderten technischen und medialen Bedingungen erfolgt. Die Schriftlichkeit der Verwaltung, in China schon zu einer Zeit praktiziert, als in Europa noch kaum jemand daran dachte, war zum allgemeinen Prinzip geworden. Verwaltung war Papierarbeit, auch der Telegraph, der keine großen Datenmengen übermitteln kann, brachte keine sensationellen Vorteile für die Territorialverwaltung. Allwissenheit und Allmacht des Staates fanden ihre Grenze an der Logistik.

Das Wachstum von Bürokratien lässt sich nur näherungsweise dokumentieren. Der Staat «wächst» dann, wenn das Tempo der Stellenvermehrung im Staatsdienst das demographische Wachstum übersteigt. Nach einem solchen Kriterium schrumpfte der Staat in China, und auch in manchen Kolonien hielt die Zunahme des Personals mit dem der Bevölkerung nicht Schritt. In einem gründlich verwalteten Land wie Deutschland nahm die Zahl der von staatlichen Stellen Beschäftigten erst nach 1871 deutlich zu. Sie verdreifachte sich zwischen 1875 und 1907. Dieser Zuwachs verdankte sich aber überproportional dem sprunghaften Anwachsen der Verkehrsbetriebe und des Postwesens, während zur gleichen Zeit der Beschäftigtenanteil in der eigentlichen Verwaltung sowie im Bildungswesen zurückging.<sup>134</sup> Ganz ähnlich war es in den Kolonien, vor allem den britischen und den französischen. Dort war außerhalb von Militär und Polizei der größte Teil der europäischen wie einheimischen Bediensteten bei Bahn, Post und Zoll angestellt. Der Staat griff an den verschiedenen Stellen in gesellschaftliche Bereiche ein. Als Steuerstaat setzte er ein einigermaßen funktionierendes Geldwesen voraus. Im kolonialen Bereich, etwa in Teilen Afrikas, musste er es erst schaffen. Staatsaufbau und Kommerzialisierung bedingten sich hier gegenseitig. Tempo und Ausmaß der Rationalisierung im Finanzwesen sollten allerdings auch für Europa nicht überschätzt werden. Es dauerte lange, bis regelmäßige Budgets aufgestellt wurden, bis der Staat seine Einnahmen und Ausgaben nicht nur zählen, sondern auch halbwegs prognostizieren und planen konnte. Dies wurde im Europa des 19. Jahrhunderts dadurch erleichtert, dass weniger Kriege zu finanzieren waren – der Hauptzweck und das Hauptrisiko von öffentlichen Etats im 18. Jahrhundert und ein Gebiet, auf

dem Großbritannien mit seiner immensen staatlichen Besteuerungskraft alle seine Rivalen übertraf. Besonders kompliziert waren und sind föderale Finanzsysteme, bei denen auf unterschiedlichen Ebenen verschiedene Steuern erhoben werden und sich irgendwann einmal das Problem des Finanzausgleichs stellt.<sup>135</sup> Wenn im 19. Jahrhundert Regierungen Schulden machten, dann vermieden sie es, sich – wie frühneuzeitliche Fürsten – zu sehr von einzelnen Finanziers abhängig zu machen. Großbritannien hatte als erstes Land eine geregelte, über Ad-hoc-Geschäfte hinausgehende Staatsschuldenverwaltung eingeführt. Lücken im Staatshaushalt durch öffentlich aufgelegte Anleihen zu schließen, wurde zu einem normalen finanzpolitischen Instrument. Es hatte den Nebeneffekt, investierende Kapitalbesitzer am Wohle des Staates zu interessieren. Der Konflikt zwischen Steuerzahlern und Gläubigern, in deren Taschen Steuergelder als Schuldendienst flossen, wurde nicht selten offen ausgetragen.

Der Staat wurde – und das weltweit – im 19. Jahrhundert noch nicht als Umverteilungsstaat begriffen. Steuern wurden kaum je als strategisch eingesetzte Instrumente des Eingriffs in die gesellschaftliche Schichtung benutzt. Im Konflikt zwischen *cheap government* und teuren staatlichen Dienstleistungen entschied sich nicht nur ein liberales Publikum von Steuerzahlern eher für Sparsamkeit. Als in den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts die Politik in Europa und Japan zunehmend nationalistisch aufgeheizt wurde, rückte ein neues Dilemma zwischen haushälterischem Staat und militärischer Aufrüstung in den Vordergrund. Trotz solch wachsender Belastungen überstieg am Vorabend des Ersten Weltkriegs der Anteil der Staatseinnahmen am Bruttonsozialprodukt in Europa kaum irgendwo 15 Prozent, in den USA lag er deutlich unter 10 Prozent.<sup>136</sup> Die Multiplikation dieser «Staatsquote» auf jene etwa 50 Prozent, wie man sie heute für selbstverständlich hält, war eine Entwicklung der Zeit nach den beiden Weltkriegen. Eine der wichtigsten steuerpolitischen Neuerungen des 19. Jahrhunderts war die einfache proportionale Einkommenssteuer. In Großbritannien war sie seit 1842 kontinuierlich in Kraft und erwies sich als ein Instrument, mittels dessen der wachsende Wohlstand der mittleren und oberen Einkommensgruppen behutsam abgeschöpft werden konnte. Zwischen 1864 und 1900 führten viele europäische Länder diese Steuer ein.<sup>137</sup> In Großbritannien war die Einkommenssteuer aber nicht als Maßnahme sozialreformerischer Umverteilung eingerichtet worden, sondern in direktem Zusammenhang mit der Umstellung auf Freihandel. Der Einnahmeverlust durch die entfallenden Zölle wurde

durch die neue Steuer ausgeglichen, während der Freihandel wiederum Wachstum und Wohlstandsvermehrung in Gang setzte.<sup>138</sup> Modern an den Steuersystemen, wie sie vor allem im Westen und in Japan bestanden, war schließlich, dass die Steuerzahler, zumindest in Friedenszeiten, nicht mit plötzlich und willkürlich erhobenen Sondersteuern zu rechnen hatten. Steuern wurden auf der Grundlage von Gesetzen erhoben (auch ein Budget ist seiner Form nach ein Haushaltsgesetz), und die regionale wie zeitliche Gültigkeit eines solchen Gesetzes war eindeutig bestimmt. Steuerstaat und Rechtsstaat bedingten sich gegenseitig.

## 5 | Mobilisierung und Disziplinierung

**Wehrpflicht** Napoleon hatte vorgemacht, wie ein wohlorganisierter Staat neben Geld auch Menschen als Ressourcen mobilisieren konnte. Eine allgemeine militärische Mobilisierung der jüngeren männlichen Bevölkerung gelang in Ausnahmefällen solchen Gemeinschaften, die sich als Kriegerformationen konstituierten und im Krieg ihren Hauptdaseinszweck sahen – wie den Zulu unter ihrem König Shaka in den 1820er Jahren oder einzelnen Gruppen und Stämmen von Reiterkriegern in Nordamerika und Zentralasien. Während der frühen Neuzeit waren vor allem vier Formen militärischer Organisation verbreitet: (1) das Söldnerheer; (2) der Kriegsunternehmer (*warlord*) mit seiner beutemachenden Klientel; (3) feudale Verbände (wie die Mandschu-Banner der Qing-Dynastie oder die Rajputen in Indien); (4) Prätorianergarden, die vor allem in Hauptstädten in die Politik eingriffen, so zum Beispiel die Janitscharen in Istanbul. Von diesen Formen finden sich im 19. Jahrhundert der *warlord*, vor allem in Lateinamerika nach der Unabhängigkeit und unter vergleichbaren Bedingungen der Desintegration einer imperialen Ordnung seit 1916 in China, sowie das Söldnerwesen, dieses insbesondere in Indien mit seinen zahlreichen militärischen Arbeitsmärkten, daneben auch in Teilen Afrikas. Gerade in Indien war die europäische Herrschaft auf dem Militär aufgebaut. Das Militär genoss finanzielle Priorität. Seit dem späten 18. Jahrhundert sorgten die Briten für loyale Söldnertruppen, die verwöhnt und belohnt wurden. Britische und indische Militärkultur verschmolzen in einer martialischen Sepoy-Welt. Bis 1895 war das Militär

dezentral organisiert: Verschiedene Armeen bewachten sich gegenseitig. Nach dem Großen Aufstand von 1857 stützten sich die Briten mehr als zuvor auf die Sikhs des Panjab, die etwa die Hälfte der stehenden Mannschaftsstärke ausmachten. Nach dem aktiven Dienst als Militärkolonisten angesiedelt, übernahmen sie Unterstützungsauflagen wie die Pferdezucht. Die Sikhs waren in einer Zeit sich ausbreitender Wehrpflicht weltweit die vielleicht schmuckste Profiltruppe.<sup>139</sup>

Eine Innovation des 19. Jahrhunderts war das auch in Friedenszeiten stehende, kasernierte Volksheer.<sup>140</sup> Es setzte einen egalitären Staatsbürgerverband voraus und war doch gleichzeitig auch ein Instrument des Staates, das die Herausbildung eines solchen Verbandes erst beförderte. Die allgemeine Wehrpflicht, ohne die ein Volksheer nicht denkbar ist, steht daher in einem komplizierten Wechselsehrtal mit der Bildung von Nationen und Nationalstaaten. In den Revolutionskriegen kämpften auf französischer Seite zum ersten Male Bürger für ihr Vaterland und nicht mehr Untertanen für ihren König. Damit war das Ideal der «Nation in Waffen» geboren. Es bedurfte allerdings der allgemeinen Wehrpflicht in Friedenszeiten, um eine neue Form des Verhältnisses des Staates zur Gesellschaft entstehen zu lassen. Der Unterschied zwischen Krieg und Frieden ist hier wichtig, denn die spontane Selbstmobilisierung von Volksmassen unter Kriegsbedingungen ist etwas anderes als die reguläre und routinierte Aushebung ganzer Jahrgänge von Jugendlichen. Der Wehrpflichtige fühlt sich nicht unbedingt als *soldat citoyen*. Nach ihren jakobinischen Anfängen setzte sich die allgemeine Wehrpflicht nur langsam und gegen große Widerstände durch. Beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs war Großbritannien die einzige Großmacht, die sich bei der Bemannung ihrer Armee auf Freiwillige verließ.

Mit Demokratie und Wehrgerechtigkeit hatte die Wehrpflicht nicht notwendig zu tun. In Frankreich war es bis 1872 wohlhabenden Bürgern fast immer möglich, sich vom Militär freizukaufen; es gab einen Substituten-Markt mit schwankenden Preisen. Bis 1905 blieben aber ganze Berufsgruppen (Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte usw.) von der Wehrpflicht verschont. Frankreichs Armee war bis weit in die Dritte Republik hinein weniger eine Bürger- als eine Stellvertreterarmee. In Preußen, das die Wehrpflicht früh einführte und ihre Absolvierung als «nationale Ehre» propagierte, weckte die Institution weniger den gewünschten Enthusiasmus als viel Findigkeit beim Umgehen der lästigen Pflicht. Erst im Kaiserreich nach 1871 wurde die Armee tatsächlich so etwa wie eine von vielen durchlaufene «Schule der Nation», eine wichtige Sozialisationsinstanz für fast alle Schichten der

Bevölkerung.<sup>141</sup> In Russland war der erzwungene Militärdienst Teil einer allgemeinen Dienstpflcht der Bevölkerung gegenüber dem Zaren, die im frühen 18. Jahrhundert formalisiert worden war. Wer als Nichtadliger in die Militärmaschinerie geriet, hatte vor dem Krimkrieg zwanzig Jahre lang zu dienen; rekrutiert wurde unter fast allen Völkern des Reiches. Von einer *allgemeinen Wehrpflicht* konnte aber zunächst nicht die Rede sein. Sie wurde offiziell im Jahre 1874 eingeführt.<sup>142</sup> Das zarische Heer war – ebenso wie das habsburgische – alles andere als eine *Nationalarmee*. Es war aus Soldaten aller möglichen ethnischen und sprachlichen Gruppen zusammen gewürfelt. Ähnliches gilt für die Armee, die Muhammad Ali in Ägypten seit den 1820er Jahren aufbaute, um seine Feldzüge im Sudan und in Arabien führen zu können. Ägypten verwandelte sich in einen aggressiven Militärstaat auf der Basis breiter Zwangsmobilisierung. Die einfachen ägyptischen Bauern, die Fellachen, wurden widerstrebend in den Dienst gepresst. Das Offizierskorps, das sie kommandierte, war aber nicht mit Ägyptern besetzt, sondern mit Türkisch sprechenden Türken, Albanern, Kurden oder Tscherkessen, denen französische Instrukteure die Grundzüge eines modernen Kriegshandwerks beibrachten. Muhammad Ali dachte noch nicht daran, die Bauern als *aktive Bürger* an seinem autoritär-dynastischen *nation-building* zu beteiligen.<sup>143</sup>

Dies war während der zweiten Hälfte des Jahrhunderts im Osmanischen Reich nur geringfügig anders. Die Grundlage militärischer Modernisierung war die Unterdrückung der unkontrollierbaren Sondertruppe der Janitscharen (1826), einer hauptstädtischen, sich aus nicht-muslimischen (aber dann zum Islam übertretenden) Gruppen innerhalb des Reiches selbst rekrutierenden Garde, die freilich zu einer militärisch kaum noch einsatzfähigen Pfründerkaste verkommen war. Im Zuge der Tanzimat-Reformen wurde in den 1840er Jahren eine Politik der Vereinheitlichung des Status männlicher Untertanen und der Annäherung zwischen Staat und Bevölkerung durch Beseitigung von Zwischeninstanzen betrieben. Dazu gehörte auch die ab 1843 schrittweise eingeführte allgemeine Wehrpflicht – auch hier ein tiefer Eingriff des Staates in die Gesellschaft. Wie in vielen europäischen Ländern, so galten auch im Osmanischen Reich Ausnahmen für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa Nomaden oder die Bewohner Istanbuls. Nicht-Muslime wurden als Ersatz eine besondere Steuer auferlegt; erst 1909 wurden auch sie in die Wehrpflicht einbezogen. Der Militärdienst, der sich in der Praxis weit über die vorgeschriebene Zahl von Jahren verlängern konnte, war verhasst und gefürchtet, das effektive Rekrutierungsaufkommen vergleichsweise gering. Die osmanische

Armee beruhte über die Jahrhundertwende hinaus auf der sesshaften muslimischen Bauernschaft der anatolischen Kernprovinzen. Im Militär entstand am Ende des Jahrhunderts ein kompetentes Offizierskorps, das zum aktivsten Faktor in der türkischen Politik werden sollte, doch eine «Schule der Nation» ist die osmanische Armee nicht geworden.<sup>144</sup>

Vielleicht in keinem Land außer Preußen-Deutschland erlangte die Wehrpflicht eine solch große Bedeutung wie in Japan. In extremem Gegensatz zu den ethnisch heterogenen Armeen der großen Kontinentalreiche war das japanische Militär seit 1873 auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht (drei Jahre bei der Truppe, vier in der Reserve) nach französischem Vorbild, also mit Freikaufmöglichkeit, organisiert, eine nationale Truppe. Anders als in allen anderen Fällen, in denen die Wehrpflicht eingeführt wurde, hatte diese Maßnahme in Japan einen unmittelbar revolutionären Sinn. Der Meiji-Militärreformer Yamagata Aritomo setzte sich damit gegen Pläne durch, die früheren Samurai zu einer neo-feudalen Profi-Truppe umzuformen. Mit der Bildung einer Wehrpflichtigenarmee sollte ein solch autonomes Rittertum vermieden und gleichzeitig die Chance genutzt werden, die Bevölkerung an das neue Regime zu binden und ihre Energien für nationale Ziele zu nutzen. Das Prestige des Militärs stieg nach den Siegen von 1895 und 1905 immens. Japans Militarismus im frühen 20. Jahrhundert war weniger die Fortsetzung alter Kriegertraditionen als die Konsequenz eines Neuanfangs, der sich an französische und preußische Vorbilder anlehnte.<sup>145</sup> Vor allem die allgemeine Wehrpflicht machte das Militär zu Friedenszeiten im zivilen Leben sichtbar.

#### | Polizei |

Im Militär kamen die Mobilisierung und Disziplinierung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zusammen. In Friedenszeiten für allgemeine Ordnung und Disziplin zu sorgen, war Aufgabe von Strafjustiz und Polizei, nur während revolutionärer Turbulenzen sowie auf dem Lande (etwa in Russland), wo die Polizeidichte meist geringer war als in der Stadt, auch der Armee. Der Staat zog sich in Europa, früher als anderswo, im Laufe des Jahrhunderts von spektakulären Akten öffentlicher Strafjustiz zurück. Er inszenierte nicht länger durch ritualisierte Hinrichtungen sein Theater des Schreckens und der Abschreckung. Der erstarrende Humanitarismus machte solche Praktiken allmählich intolerabel; nach der Jahrhundertmitte verschwanden sie in Westeuropa: in den deutschen Ländern bis 1863, in Großbritannien bis 1868.<sup>146</sup> So etwas wie eine weltweite «Vormoderne» im Strafvollzug endet überall dort, wo der staat-

liche Henker als Handwerker und Unterhaltungskünstler aus der Öffentlichkeit verschwindet. Allgemein augenfällige Exekutionen wurden auch aus dem marktlogischen Grunde anstößig, dass in vielen Städten die Nachbarschaft einer Richtstätte die nun steigenden Immobilienpreise verdarb. Nicht-tödliche staatliche Gewalt, wie sie ebenfalls heute in Europa undenkbar ist, kam länger vor. Zar Nikolaus I. verbot 1845 die öffentliche Züchtigung durch die Knute; die Praxis blieb jedoch so weit verbreitet, dass sie bis zur Jahrhundertwende humanitären Aktivisten Stoff für Proteste bot und ebenso Nationalisten, die fürchteten, Russland würde sein Ansehen als «zivilisiertes» Land aufs Spiel setzen.<sup>147</sup>

Eine stärkere Durchdringung der Gesellschaft mit Ordnungsorganen gab dem Staat andere Machtmittel als die drastische Abschreckung an die Hand. Das 19. Jahrhundert war das Pionierjahrhundert der Polizei. Frankreich war das erste Land Europas, in dem es hauptberufliche Polizeiagenten unter der Direktion der Zentralregierung gab. Dies war bereits um 1700 der Fall.<sup>148</sup> In Großbritannien entstand, von London ausgehend, seit 1829 ein Polizesystem; stets blieb dabei die Aufsicht lokaler Instanzen größer als auf dem Kontinent. Es dauerte aber immerhin noch bis 1848, dass die Polizei von Berlin mit Uniformen ausgestattet wurde: ein Anzeichen für ihre Verwandlung in eine erkennbare Truppe. Für die staatliche Kontrolle auf dem Lande war eher die Gendarmerie zuständig, eine besondere Ordnungsinstanz, die in Frankreich entstanden und während der Revolution zu Bedeutung gelangt war. Am Ende der 1790er Jahre hatte sie eine profilierte organisatorische Form erreicht und stand dem restlichen Europa als Modell vor Augen, das im gesamten napoleonischen Reich wie auch darüber hinaus kopiert wurde. Die Gendarmerie gehörte zu den wichtigeren politischen Exportartikeln Frankreichs während des gesamten 19. Jahrhunderts.<sup>149</sup> Polizei und Gendarmerie waren vielfach die dauerhaftesten Hinterlassenschaften schon des napoleonischen Imperiums gewesen. Wenig anderes übernahmen die Regierungen der Restaurationszeit so bereitwillig von ihrem Vorgänger.

Die Ausstrahlung des französischen Polizeimodells reichte über Europa hinaus. Japan, das sich seine Militärorganisation, beeindruckt vom Deutsch-französischen Krieg, vor allem von Deutschland abgeschaut hatte, orientierte sich beim Aufbau seiner Polizei weitgehend an Frankreich. Schon 1872 hatte Japans erster Justizminister acht junge Mitarbeiter nach Europa entsandt, um sie die dortigen Polizesysteme studieren und vergleichen zu lassen. Kurz nach der Rückkehr der Delegation wurde die erste moderne Polizeiorganisation Japans geschaffen, zunächst nur für die

Hauptstadt Tokyo. Das französische System erschien den japanischen Besuchern zu Recht als das am klarsten organisierte, außerdem hatte das Justizministerium kurz zuvor Frankreich bereits als wichtigstes Vorbild für ein neu aufzubauendes japanisches Gerichtswesen auserkoren. Das französische Polizesystem wurde während der folgenden zwanzig Jahre mit gewissen Modifikationen in Japan reproduziert. Aus der französischen Gendarmerie wurde zum Beispiel die japanische *Kempeitai*.<sup>150</sup> Nachdem Japan mit seiner imperialen Expansion begonnen hatte, folgte es auch der französischen (und im British Empire unbekannten) Gepflogenheit, die Kolonien durch die Militärpolizei kontrollieren zu lassen. Diese Rolle übernahm die *Kempeitai* auf Taiwan und später in Korea. Bis 1945 wuchs sie immer weiter bis zu jener brutalen Terrortruppe, mit der die Japaner die Zivilbevölkerung in allen Teilen ihres Kriegsimperiums in Angst und Schrecken hielten.

Um 1881 hatte Japan auf dem Sektor der Polizei ausgelernt. Was nun folgte, waren Erweiterungen des importierten Systems. Japan nahm die Professionalisierung und die Ausbildung der Polizei wichtiger als jedes Land Europas. Das Land wurde mit einem dichten Netz von Polizeiposten überzogen. Die Polizei war der wichtigste Agent des Staates, um die vielfältigen Reformen der Meiji-Ära tatsächlich durchzusetzen. Sie unterband möglichen Widerstand gegen das Neue Japan in einem frühen Stadium. Sozialer Wandel sollte allein von oben verfügt werden. Dass die Bevölkerung dabei der Regierung nicht in die Quere kam, dafür sorgte die Polizei.<sup>151</sup> Am erfolgreichsten war die Polizei bei der Verfolgung von missliebigen politischen Parteien und Organisationen der frühen Arbeiterbewegung. Als weniger effektiv erwies sie sich bei der Unterdrückung spontaner Proteste, wie sie sich um die Jahrhundertwende häuften. Zum Zeitpunkt des Todes des Meiji-Kaisers 1912 war der typische japanische Polizist nicht eine asiatische Version des freundlichen Londoner «Bobby», sondern ein unmittelbarer Agent des Zentralstaates. Japan war damals vielleicht die polizeilich am intensivsten durchdrungene Gesellschaft der Welt.

Es dürfte keine europäische Kolonie gegeben haben, in der während des 19. Jahrhunderts nicht ein Minimum an moderner Polizei europäischen Stils eingeführt worden wäre, vorwiegend in den Städten. Bei der Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Lande arbeiteten die kolonialen Machthaber fast immer in irgendeiner Weise mit der einheimischen Lokalélite zusammen und verließen sich teils auf Patron-Klient-Beziehungen, teils auf Vorrichtungen kollektiver Haftung. Dass in den asiatischen Kolo-

nien immer wieder lokale Aufstände ausbrachen, von denen die Kolonialbehörden vollkommen überrascht wurden, zeigt, wie wenig man in den großen agrarischen Flächenstaaten über das Geschehen auf dem Lande wusste.<sup>152</sup> Ob die Kolonien nun wie Indien und Indonesien schon seit langer Zeit europäische Kontrolle kannten oder ob sie, wie das tropische Afrika oder der Norden Vietnams, erst seit den 1880er Jahren kolonisiert worden waren: In beiden Fällen verstärkte sich der Zugriff der kolonialen Polizei erst seit den 1920er Jahren. Damals wurde es in den Städten unruhiger; eine aufmüpfige Arbeiterschaft forderte die kolonialen Behörden heraus. Auch die Kontrolle auf dem Lande nahm nun deutlich zu, übrigens auch im nicht-kolonialen China, wo es zu den halbherzigen Versuchen der Staatsbildung unter der Guomindang-Regierung (1927–37) gehörte, einen Polizeidienst auf dem Lande aufzubauen, wie es ihn bis dahin niemals gegeben hatte. Nur ausnahmsweise, etwa in Cochinchina (Südvietnam) machten koloniale Populationen vor 1920 Erfahrung mit einer Polizeikontrolle und einem Anschluss der Dorfverwaltungen an bürokratische Kommandoketten von kontinentaleuropäischem oder japanischem Typ.

Die weltweite Entwicklung von Polizeikräften im 19. und 20. Jahrhundert liefert schöne Beispiele für Transfers aller Art: nicht nur von den Metropolen in die Kolonien oder als Eigenimporte in Ländern wie Siam und Japan, sondern auch quer innerhalb einzelner Imperien. So wurden in Ägypten nach der britischen Okkupation von 1882 zunächst ohne Rücksicht auf einheimische Verhältnisse die Grundstrukturen der *indischen* Polizei eingeführt. Koloniale Ordnungsstiftung anderer Art konnte auch auf Europa zurückwirken. Das indische Strafgesetzbuch, 1835 von Thomas Babington Macaulay, dem berühmten Historiker, während seiner Amtszeit als Justizminister Indiens verfasst, 1860 in Kraft gesetzt und noch heute teilweise gültig, war in seiner Präzision und Konsistenz auf den Britischen Inseln mit ihrer Tradition eines kasuistischen Gewohnheitsrechts ohne Vorbild; erst in den 1870er Jahren entstand in seiner Nachfolge ein englisches Strafrecht von ähnlicher systematischer Qualität.<sup>153</sup> Wie in Indien der Staat als militärischer Eroberer, Gesetzgeber und Polizeiherr hoheitlich durchgegriffen hatte, so sollte nach der Vorstellung mancher Konservativer auch im britischen Mutterland die erzwingende Natur des Staates gegenüber der herrschenden Demokratierhetorik stärker herausgeholt werden.<sup>154</sup> In Großbritannien blieben die Gegenkräfte gegen einen solchen kolonialen Autoritarismus stark genug, um Gefährdungen des heimischen Repräsentativsystems abzuwehren. Doch zeigten

sich Kritiker des Imperialismus wie der scharfsichtige John Atkinson Hobson weiterhin darüber beunruhigt, dass neun Zehntel aller Bewohner des Empire unter dem Joch eines «britischen politischen Despotismus» lebten, der auch das politische Klima im Mutterland zu vergiften drohe.<sup>155</sup> Kolonialismus hat stets autoritäre Herausforderungen metropolitaner Liberalität hervorgebracht. Und eine regelmäßig wiederkehrende Forderung war dabei die nach der Stärkung polizeilicher Gewalt.

Die Polizei der USA hatte ihre Wurzeln in England: zunächst in dessen alter, in die amerikanischen Kolonien übertragener Tradition freiwilliger kommunaler Nachtwachen, dann in dem wichtigsten Ansatz polizeilicher Modernisierung in Großbritannien, der Metropolitan Police of London von 1829 mit ihren uniformierten Bobbies. Dieses Grundmodell wurde mit einer Verzögerung von zwei bis drei Jahrzehnten in den großen Städten der USA übernommen.<sup>156</sup> Erst in den 1850er Jahren legten sich die Städte des Ostens permanente, regelmäßige Gehälter beziehende Polizeitruppen in Uniform zu. Früh bildeten sich indes amerikanische Besonderheiten aus. Eine gesamtstaatliche Polizei wie in Frankreich und später auch in Großbritannien fehlte in den USA. Erst Jahrzehnte später wurde ein weiteres Kriterium «rationaler» Bürokratien erfüllt, ihre politische Unabhängigkeit. Bis dahin war die Polizei vielfach ein Instrument, das in der Parteipolitik der amerikanischen Städte eingesetzt wurde. Die extreme Dezentralisierung der Polizei in den USA führte dazu, dass die Polizeiintensität regional sehr stark schwankte, manche Gebiete (vor allem an der Frontier) nahezu polizeilos waren und die einzelnen Jurisdiktionsgebiete mosaikartig nebeneinander lagen. Es war sehr schwierig, Verbrecher zu verfolgen, die eine solche Grenze überschritten. In der Nachbarstadt konnte man sie oft nicht mehr belangen. In diese Marktlücke stießen private Detektivagenturen vor, unter denen die bekannteste 1850 von Allan Pinkerton gegründet worden war. Pinkertons Leute bewachten zunächst Eisenbahnen und Postkutschen; in den neunziger Jahren wurden sie durch ihre Attacken auf streikende Arbeiter berüchtigt. In keinem anderen Land der Welt ließ ein unvollständiges Gewaltmonopol soviel Raum für private Polizeidienste, deren juristische Kontrolle nicht einfach war. In den USA wurde die Polizei nicht als Organ eines hierarchischen «Staates» gesehen, sondern als Teil der lokalen Selbstverwaltung. Dies war das extreme Gegenteil zum französischen oder japanischen System. Aber auch die Kontraste zu England waren groß. Der englische Polizist des späten 19. Jahrhunderts sah sich als Vertreter des Gesetzes, so wie es in der ungeschriebenen Verfassung und im *common law* niedergelegt war, der

amerikanische Polizist verstand sich bei schwächerer Gesetzesbindung als Vertreter einer eher aus der Situation heraus definierten «Gerechtigkeit». Der *marshall* des nordamerikanischen Westens war die unverwechselbare Verkörperung dieses Typus.<sup>157</sup> Auch war er oft der einzige lokale Vertreter einer fernen Staatsmacht. Typisch war weltweit eher eine arbeitsteilige Verbindung zwischen Polizei bzw. Gendarmerie und Militär. Dass Militär nicht im Inneren zur Verteidigung der Ordnung eingesetzt werden solle, gehörte nur in wenigen Ländern zu den neuen Maximen ihrer politischen Kultur. Die Polizei ist historisch jünger als das Militär, entstand aus einer Ausdifferenzierung von Ordnungsfunktionen und spielte eine weniger prominente Rolle in Prozessen der Staatsbildung. Ihre Aufgabe war weniger die Errichtung als das Management eines staatlichen Gewaltmonopols.

### **Disziplinierung und Fürsorge**

Obwohl Staatsapparate des 19. Jahrhunderts, organisatorisch gesehen, im Vergleich zu heutigen Eingriffsmöglichkeiten der Behörden oft

«schwach» waren, mischten sie sich zuweilen in Bereiche des Alltagslebens ein, aus denen sich der (europäische) Staat des späten 20. Jahrhunderts stärker zurückgezogen hat. Dies war eine direkte Funktion der jeweiligen Kriminalisierung von Verhaltensweisen. So ist es historisch durchaus variabel, ob ein Staat religiöse Konformität zu erzwingen versucht, oder in welchem Maße er sich zum Hüter der privaten «Sittlichkeit» seiner Untertanen und Bürger berufen fühlt. Zumindest im protestantischen Europa – und hier vor allem in Großbritannien – ist im 19. Jahrhundert eine Moralisierung der Staatsaufgaben und damit auch der polizeilichen Tätigkeit zu beobachten. Im viktorianischen und edwardianischen England war man geradezu obsessiv mit der gesetzlichen und polizeilichen Bekämpfung des «Lasters» beschäftigt. Prostitution, Trunksucht und Wettelei kamen ins Visier der Behörden – und das nicht allein zum Schutz der wohlstandigen Mehrheit vor solcher Regelüberschreitung, sondern ebenso als moralische Aufgabe innerer Zivilisierung. Das Strafrecht wurde mehr als früher zum Werkzeug von Tugendkampagnen, nicht ohne den nationalistischen Hintersinn, die nationale Gemeinschaft moralisch «fit» zu machen.<sup>158</sup> John Stuart Mill hatte 1859 in seinem Essay *On Liberty* vor einer solchen Invasion der Privatsphäre gewarnt, und kurz nach der Jahrhundertwende legte Karl Kraus im österreichischen Kontext die Widersprüche von «Sittlichkeit und Kriminalität»

frei.<sup>159</sup> Dass solche Polemik nötig war, verweist auf das Gewicht widerstreitender Praxis.

Kriminalisierung wurde auch im kolonialen Raum als Mittel von Ausgrenzung und Kontrolle verwendet. In Britisch-Indien wurden Menschen als Stämme und Kasten zugehörig betrachtet, die als «erblich kriminell» eingestuft wurden. 1947, am Ende der Kolonialzeit, waren dies immerhin 128 meist migrante Gruppen, die etwa 3,5 Millionen Menschen umfassten, ca. ein Prozent der Gesamtbevölkerung. Diese *criminal tribes* spürten die Verfolgung durch den kolonialen Staat mit großer Härte. Tatsächliches Verhalten, etwa von Generation zu Generation weitergegebene kriminelle Praktiken, im Wechselspiel mit obrigkeitlicher Etikettierung führte zur stabilen Definition einer solchen Minderheit. 1871 fixierte ein *Criminal Tribes Act* die Position dieser Gruppen im Verhältnis zum kolonialen Staat. Zu den Kontrollmethoden gehörten polizeiliche Registrierung, Residenzpflicht in bestimmten Dörfern und Zwangsarbeit bei der Landurbarmachung. Analogien zu den Zigeunern Mitteleuropas sind offensichtlich. Die *criminal tribes* waren keine reinen Konstruktionen kolonialen Ordnungswahns. Heute gilt als wahrscheinlich, dass diese Gruppen ursprünglich zu nomadischen Stämmen aus Zentralasien gehörten, dann im 18. Jahrhundert Opfer des politischen Zerfalls nach dem Ende des Mogulreiches wurden und von da an in einen Teufelskreis der Ausgrenzung gerieten.<sup>160</sup>

Die indischen *criminal tribes* sollten nicht «erzogen» werden. Sie standen außerhalb der Sphäre, in der «Zivilisierung» möglich und wünschbar zu sein schien. Ähnliches konnte auch geschehen, wo – fast genau gleichzeitig mit der Verschärfung der Zwangsmaßnahmen in Indien – Kriminalisierung eingesetzt wurde, um die Folgen emanzipatorischer Politik teilweise rückgängig zu machen. In Alabama, vormals einem der größten Sklavenstaaten des Südens, entstand nach Bürgerkrieg und Rekonstruktionsperiode, vor allem seit 1874, eine überwiegend schwarze Gefängniswelt. Neue Delikte wurden eingeführt. Nach einem kurzen Intermezzo der Freiheit wurde das Gefängnis zu einer neuen Bedrohung der schwarzen Bevölkerung. Unter einem nun eingeführten *convict lease system* lieferten die Gefängnisse, die gewinnbringend betrieben wurden, billige Arbeitskräfte für die neuen Industrien und Bergwerke des Südens.<sup>161</sup>

Japan übernahm aus dem Disziplinierungsarsenal europäischer Staaten vor allem den Gedanken vom Gefängnis als Überwachungs- und Erziehungsort. Dazu war eine tiefgreifende Umgestaltung des Strafrechts erforderlich. In der späten Tokugawa-Zeit wurden viele Oppositionelle ins

Gefängnis geworfen und schrieben über die fürchterlichen Zustände, die sie dort kennenlernen: primitivste Verliese, wie sie ähnlich in vielen anderen Teilen der Welt üblich waren. Damals gab es keine öffentlich bekannten Strafgesetzbücher, die ersten solcher Codices, noch wenig vom Westen beeinflusst, erschienen 1870 und 1873. Die frühen Meiji-Strafgesetze legten immer noch genau spezifizierte Körperstrafen fest, etwa die Zahl von Schlägen in Relation zur Schwere des Vergehens. In den 1870er Jahren gewann die Idee Anhänger, der subjektive Bewusstseinsstand des Gefangenen müsse durch nützliche Arbeit verbessert werden. 1880 wurde das erste an westlichen Vorbildern orientierte Strafgesetzbuch, redigiert von einem französischen Juristen, in Kraft gesetzt.<sup>162</sup> Erstmals folgte man nun dem Grundsatz, dass es keine Strafe ohne gesetzliche Voraussetzung (*nulla poena sine lege*) geben dürfe, und staffelte die Strafen nicht mehr nach sozialem Status. Seit den 1880er Jahren kam es dann zum systematischen Ausbau von Erziehung im Gefängnis.<sup>163</sup> Hier ging Japan den europäischen Ländern voran. Gefängnisreform wurde weltweit zu einem der beliebtesten politischen Programmpunkte, um den eigenen Anschluss an die «moderne Zivilisation» und zugleich die Handlungsfähigkeit eines zeitgemäßen Nationalstaates unter Beweis zu stellen. Wer sich etwa im China der Jahrhundertwende um den Fortschritt des Landes sorgte, trat im Allgemeinen für die Errichtung von «Mustergefängnissen» nach europäischem oder nordamerikanischem Vorbild ein.<sup>164</sup>

In welchem Umfang war der Staat des 19. Jahrhunderts bereits ein sorgender Staat? Die ältere «Armen- und Bettelpolizey» wurde in Europa mit der Zeit abgebaut. In Frankreich blieben die Pläne der Revolution, ein staatlich finanziertes, auf Gleichheit beruhendes System der öffentlichen Unterstützung zu schaffen, unverwirklicht. Hospitäler, Hospize und andere Einrichtungen der gemeindlichen Armenpflege, so charakteristisch für das Ancien Régime, wurden fortgeführt, immer häufiger unter dem Patronat privater Philanthropie. Regierungen in West- und Mitteleuropa bauten manche neuen Anstaltskomplexe; Hospitäler wurden der Intention nach dabei in die Nähe zu Irren- oder Arbeitshäusern gerückt. Fürsorgende Hilfe und Sozialdisziplinierung waren kaum trennbar miteinander vermischt. Der Eigeninitiative der arbeitenden Bevölkerung waren enge Grenzen gesetzt, solange ihr die Vereinigungsfreiheit vorenthalten blieb. Sie wurde seit 1848 in vielen Ländern Kontinentaleuropas zur Grundlage der Bildung von Gewerkschaften, Konsumvereinen und Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit. In Großbritannien hatte es schon länger *friendly societies* mit ähnlichen Zwecksetzungen gegeben.

Der Staat griff in Europa stärker als zuvor kontrollierend ein, doch scheinen seine finanziellen Aufwendungen für Wohlfahrtsaufgaben bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nicht nennenswert gestiegen zu sein. In einigen Ländern, etwa England, fielen sie, wenn man den Anteil von Armenhilfe am Sozialprodukt als Maßstab nimmt.<sup>165</sup> Erst nach 1880 befassten sich Regierungen damit, das Fürsorgewesen *allgemein*, also nicht mehr nur für einzelne Berufsgruppen (vor allem Bergleute), durch Gesetze und Verordnungen zu regeln und dabei auch private oder kirchliche Institutionen einzubeziehen.<sup>166</sup> Die Armenhilfe wurde nun allmählich durch «wohlfahrtsstaatliche» Transfers und gesetzliche Sicherungsprogramme abgelöst.<sup>167</sup>

Eine Neudeinition staatlicher Aufgaben begann mit der Einrichtung öffentlicher Sicherungen gegen die Risiken lohnabhängiger Arbeit. Die 1883/84 eingeführte Kranken- und Unfallversicherung für Arbeiter im Deutschen Reich, der 1889 eine Invaliditäts- und Altersversicherung folgte, machte international den Anfang. Hier wurde sogleich eine ungewöhnlich stark statistische, den alternativen Gedanken genossenschaftlicher Solidarität in den Hintergrund drängende Lösung favorisiert, die den entstehenden Sozialstaat in die Hände von Bürokratien und Interessenverbänden legte. Bismarcks Sozialversicherung ging mit einem Verbot von Gewerkschaften und Sozialdemokratie (Sozialistengesetz, 1878) einher. Eines der Ziele des Reichskanzlers war es, die autonom verwalteten Hilfskassen der Arbeiterbewegung zu schwächen.<sup>168</sup> Der Sozialstaat kam nicht von Anbeginn als komplettes Paket der Daseinsvorsorge daher. Mit der Schaffung einer Arbeitslosenversicherung, die es in Dänemark bereits seit 1907 und in Großbritannien seit 1911 gab, wartete Deutschland bis 1927.<sup>169</sup> Die Chronologie des Übergangs zu einer gesetzlich geregelten, auf Ansprüchen beruhenden, staatlich finanzierten und bürokratisch verwalteten Sozialfürsorge zeigt dann ein sehr uneinheitliches Bild, wenn man die einzelnen Arten von Versicherung und Unterstützung unterscheidet. Demokratien waren hier nicht durchweg schneller als autoritäre oder semi-autoritäre politische Systeme. Im demokratischen Frankreich etwa begann die Epoche der Sozialversicherung erst 1898 mit der Einrichtung einer gesetzlichen Unfallversicherung. Die Regierungen und die nun entstehenden kleinen Gruppen von «Sozialexperten» in den einzelnen europäischen Ländern beobachteten sich gegenseitig genau, und man lernte quer über Systemgrenzen hinweg voneinander, auch transatlantisch.<sup>170</sup>

Dies führte zu keiner Vereinheitlichung der Systeme. Vielmehr bildeten sich im Übergang vom 19. und 20. Jahrhundert in Europa «drei Welten des

Sozialstaates» heraus: ein skandinavisches Modell, das soziale Sicherheit durch Umverteilung finanzierte, ein britisches Modell, dessen Hauptziel die Vermeidung von Armut durch steuerfinanzierte Grundleistungen war, und ein kontinentaleuropäisches Modell, das sich aus Beiträgen finanzierte und stärker nach sozialem Status (etwa Sonderbehandlung von Beamten) gestaffelt war als die anderen beiden Politikansätze.<sup>171</sup> Trotz solcher Pfadunterschiede lässt sich sagen, dass in keiner anderen Gegend der Welt als in Europa, Neuseeland und Australien die traditionalen Vorkehrungen gemeinschaftlicher, philanthropischer, religiös-kirchlicher oder obrigkeitlicher Art zur Linderung von Armut aus innerer Dynamik in ein neues Verständnis von den Aufgaben des Staates überführt wurden. In den USA, wo private Mildtätigkeit hoch angesehen war, aber die Aufwendung von Steuergeldern für die Armen als Verschwendug galt, wurden – trotz mancher eher lokaler Anleihen bei europäischen Vorbildern – umfassende wohlfahrtsstaatliche Programme erst in den 1930er Jahren in die Wege geleitet. Auch Japan, das in anderer Beziehung Europa so schnell folgte, ließ sich mit dem Aufbau eines Sozialstaates Zeit. Erst 1947 führte es als letztes der großen Industrieländer eine Arbeitslosenversicherung ein. Als ein ideologischer Rest aus dem 19. Jahrhundert hielt sich vielerorts noch lange die Prüfung von Ansprüchen unter dem Gesichtspunkt der «Moral» der Hilfsempfänger. Weltgeschichtlich gesehen, gehört der Vorsorge- und Wohlfahrtsstaat zur Geschichte des 20. Jahrhunderts. Dort findet sich auch das einzigartige Phänomen, dass unter staatssozialistischen Vorzeichen allumfassende, allerdings auf sehr niedrigem materiellen Niveau operierende Sicherungssysteme in wirtschaftlich rückständigen Ländern aufgebaut wurden. In einem Land wie China, das diese Phase nach 1949 durchlief, ist in der Phase der Liberalisierung nach ca. 1978 ein neues Sicherungssystem noch gar nicht wiederaufgebaut worden.

## 6 | Selbststärkung: Politik aus der peripheren Defensive<sup>172</sup>

### Rückständigkeitswahrnehmung

Mehr denn zuvor war der Staat im 19. Jahrhundert Reformstaat. Schon im ausgehenden Ancien Régime hatten einige Herrscher und ihre Minister die Notwendigkeit erkannt, den Staatsapparat effizienter zu gestalten, dadurch seinen Zugriff auf Ressourcen zu erhöhen und möglichst auch noch seine Loyalitätsgrundlage in der Bevölkerung zu verbreitern. Der friderizianische Staat in Preußen sowie der österreichische Staat unter Maria Theresia, Joseph II. und vor allem unter dessen Bruder Peter Leopold, dem später nur kurz regierenden Kaiser, in seiner Zeit als Großherzog des aufklärerischen Musterländes Toskana (1765–90) waren solche Reformstaaten gewesen; der Minister Turgot hatte Frankreich dazu machen wollen; und Spanien unter Karl III. hatte nach 1760 sogar die mittelfristig gar nicht so erfolglose Generalüberholung eines riesigen Überseereiches in Angriff genommen. Auch in China zum Beispiel war die Idee geläufig, der Staat bedürfe ab und zu planvoller Erneuerung. Der Yongzheng-Kaiser hatte um 1730 die einstweilen letzte Reparatur der bürokratischen Maschinerie vorgenommen. Im 19. Jahrhundert kamen die Anstöße für reformerische Veränderungen durch etablierte Machthaber mehr denn je von außen. Internationaler Wettbewerb erzeugte Reformdruck. Gewiss blieb daneben innere Reform auf Revolution bezogen. Nach 1789 war einiges über die Kosten *unterbliebener* Reform zu lernen, und der Schluss lag nahe, Reformen könnten der Vorbeugung gegen Revolution dienen. Umgekehrt legte zuweilen auch eine misslungene Revolution den Gedanken nahe, auf einige ihrer Forderungen reformerisch zu reagieren. Ganz folgenlos blieben die Achtundvierziger-Revolutionen nicht.

Dennoch wurden die zeittypischen Reformen des 19. Jahrhunderts durch die Wahrnehmung eigener Rückständigkeit ausgelöst. Schon die bourbonischen Reformen im spanischen Kolonialreich nach 1759 hatten unter anderem dem Zweck gedient, Spaniens Ruf als «rückständig» zu überwinden und den Respekt der aufgeklärten Öffentlichkeit Europas zu gewinnen. Keine dieser Wahrnehmungen war schärfer als die des Versagens im Krieg 1806, das Jahr der großen preußischen Niederlage gegen

Napoleon, zeigte Teilen der preußischen Machtelite, dass die alte Ordnung um ihrer Überlebenschancen willen einer Erneuerung unterzogen werden müsse. Dieselbe Wirkung hatten der Krimkrieg für das Zarenreich und mehr als vier Jahrzehnte später die Niederlage des Jahres 1900 gegen die internationale Expeditionstruppe im Boxerkrieg für das Qing-Imperium. Die Inhalte solcher Reformen unterschieden sich im einzelnen; sie hatten gemeinsam, dass Normen von rationalerer, stärker vom gleichmachenden Einfluss der Gesetze geleiteter Staatspraxis verwirklicht werden sollten. Kriegsniederlagen lösten also nicht allein *militärische* Reformen aus. Es wurde zu einer weithin verbreiteten Einsicht, dass ein Militärapparat nur so gut sein könne wie der zivile Rahmen des Staates, in den er eingebettet war. Das verstanden die preußischen, die russischen und – in diesem Fall zu spät – die chinesischen Reformer, die allesamt vor der Aufgabe standen, Schwäche in Stärke zu verwandeln.

Dahinter verbarg sich eine noch allgemeinere Problemwahrnehmung. Niemals zuvor in der Geschichte waren so wenige Gesellschaften als maßstäblich für soviele andere betrachtet worden. Man hatte eher oberflächlich die Erscheinungsformen glanzvoller Staaten und Zivilisationen zu kopieren versucht, so etwa, wenn das Frankreich des Sonnenkönigs Nachahmer in weiten Teilen des europäischen Kontinents fand. Auch war schon in der frühen Neuzeit so etwas wie die Idee politischer Fortschrittlichkeit aufgekommen. Im England vor 1700 war nicht unbekannt geblieben, dass der große kaufmännische und militärische Konkurrent, die Niederlande, manche geschäftlichen, gesellschaftlichen und politischen Dinge vorbildlich geregelt hatte. Aber das waren sehr begrenzte Differenzwahrnehmungen gewesen, die selten Zivilisationsgrenzen übersprangen. Die Begeisterung der Jesuiten und einiger Kameraltheoretiker des 17. und 18. Jahrhunderts für den, wie es ihnen schien, wohlgeordneten und weise regierten chinesischen Staat der großen Qing-Kaiser blieb in Europa ohne tatsächlich verändernde Wirkung. Und die vorübergehende Öffnung des Osmanischen Reiches gegenüber westeuropäischen Bau- und Dekorationsstilen während der «Tulpenzeit» (1718–30) war eine folgenlose Episode.<sup>173</sup> Im 19. Jahrhundert begann etwas ganz Neues: Die westeuropäische Zivilisation wurde zu einem Modell für große Teile der übrigen Welt. «Westeuropa»: das war zuallererst Großbritannien, von dem sich bis 1815 nahezu überall herumgesprochen hatte, dass es das reichste und mächtigste Land der Welt war. Trotz des Scheiterns Napoleons und anhaltender politischer Unbeständigkeit zählte auch Frankreich zu diesem maßstäblichen Westeuropa, allmählich auch Preußen,

das aber noch viele Jahrzehnte brauchte, um sich von seinem Image als spartanischer Militärstaat am östlichen Rand der Zivilisation zu befreien, in dem sich selbst sein größter König, am liebsten Französisch sprechend, unwohl gefühlt hatte.

Die staatliche Entwicklung außerhalb dieses westeuropäischen Kerns wurde während des gesamten 19. Jahrhunderts durch nichts so sehr bestimmt wie durch das Bestreben der machthabenden Eliten, sich durch präventive Übernahme westlicher Kulturelemente gegen die Dynamik eben dieses Westens zu wappnen. Schon Zar Peter der Große hatte um 1700 eine solche Politik betrieben und versucht, Russland gleichzeitig mit und gegen Westeuropa innerlich wie äußerlich stark zu machen. Die Abwehr des napoleonischen Frankreich löste ein Jahrhundert später die ersten Versuche zur Selbststärkung durch defensive Modernisierung aus. Das Osmanische Reich unter Sultan Selim III. (r. 1789–1807), schockiert durch die russische Südexpansion unter Katharina II. und durch Bonapartes Invasion Ägyptens 1798, machte den Anfang. Diese Reformen stießen auf zu starke innere Gegenkräfte; der erste Anlauf führte nicht weit. Weniger umstritten und daher erfolgreicher waren nach 1806 die Reformen von Militär, Staatsorganisation, Recht und Bildungswesen in Preußen. Der genau gleichzeitig beginnende Aufbau des ägyptischen Militärstaates unter Muhammad Ali nach 1805 ist ebenfalls eine Facette dieses welthistorischen Moments.

Der Erfolg der ägyptischen Militärexansion offenbarte die Schwäche des Osmanischen Reiches. Dass die Großmächte ihm gegen seinen eigenen Vasallen Muhammad Ali zu Hilfe kommen mussten und dass zuvor schon Griechenland unter der Protektion der Mächte dem Reich entlassen worden war, trug dazu bei, den Sultan und führende Staatsmänner des Reiches 1839 auf eine wagemutige Politik umfassender Reformen einzuschwenken zu lassen, die sogenannte Tanzimat.<sup>174</sup> Ein Vierteljahrhundert lang stand die osmanische Politik nun im Zeichen fortgesetzter Reformen: Umbau des Bildungswesens (mit einer gewissen Zurückdrängung islamischer Inhalte), Reform der Staatsverwaltung, rechtliche Veränderungen mit der Tendenz zu einer einheitlichen Staatsbürgerschaft, allmähliche Milderung der Nachteile für Nicht-Muslime, Erhöhung der Staatseinnahmen nicht durch Ad-hoc-Plünderung, sondern durch Verminderung der Steuerverpachtung und durch Umbau der Steuerstruktur. Die führenden Persönlichkeiten der «Hohen Pforte», die an der Spitze dieser Reformbewegung standen, kannten den Westen aus eigener Anschauung und machten sich eigene Gedanken über Ziel, Ausmaß und Realisie-

rungschancen einer partiellen Verwestlichung unter osmanischen Bedingungen. Sowohl Mustafa Reşid Pascha (1800–1858) als auch Ali Pascha (1814–1871) und Fuad Pascha (1815–1869), die wichtigsten Angehörigen der osmanischen Reformgeneration, waren zeitweise Botschafter in Paris oder London bzw. Außenminister gewesen. Die Gruppe derjenigen, die östliches und westliches Wissen verbinden konnten, war sehr klein. Dies gab ihren Initiativen einen stark zentralistischen und dirigistischen Charakter. Zivilgesellschaftliche Dynamik stand nicht am Anfang der Reform. Sie konnte sich aber unter günstigen Bedingungen entfalten, sobald Reformimpulse aus Istanbul Spielräume dafür geschaffen hatten. Am Beispiel von Städten wie Saloniki und Beirut ist dies eindrucksvoll gezeigt worden.<sup>175</sup>

**| Reformen** Ein Rückständigkeitsbewusstsein, zu dem sich immer wieder Anlässe fanden, stand auch hinter vielen Reformen und

Reformversuchen der zweiten Jahrhunderthälfte. Der bewunderte und gefürchtete Westen, auf den man zu reagieren suchte, blieb währenddessen nicht unverändert. Vor allem in den zweiten Hälfte der 1860er Jahre wandelten sich die politischen Ordnungen in Großbritannien, Frankreich, Preußen und Österreich-Ungarn in merklicher, wenngleich nicht-revolutionärer Weise. Fast überall wurde reformiert.<sup>176</sup> Am Rande und außerhalb Europas mischten sich auf unterschiedliche Weise die widerwillige Einsicht in die momentane Überlegenheit des Westens und eine genuine Bewunderung für manche seiner zivilisatorischen Leistungen mit einem Grundvertrauen in die Reformierbarkeit der eigenen Institutionen. Oft verband sich damit die Hoffnung, dass eigene kulturelle Grundwerte in die neue Zeit hinübergerettet werden könnten. In diesen Zusammenhang gehören die russischen Reformen unter Alexander II., deren Kern die Abschaffung der Leibeigenschaft 1861 und die Justizreform von 1864 bildeten,<sup>177</sup> die sehr vorsichtigen ersten Reformversuche in China nach dem Sieg der Qing-Dynastie über die Taiping 1864, vor allem aber die radikale «Neuformatierung» Japans nach 1868 sowie der gewissermaßen kleine Bruder der Meiji-Renovation: die Modernisierung Siams.<sup>178</sup> In jedem dieser Fälle wurden große Debatten in den Herrschaftszirkeln und in der entstehenden Öffentlichkeit geführt. Diese Debatten harren noch ihrer vergleichenden Aufbereitung. Im Kern ging es um Reichweite, Intensität und Realisierungschancen von «Westernisierung». «Westler» trafen auf Nativisten, ob sie nun russische Slawophile oder Anhänger eines

orthodoxen Konfuzianismus waren. Machthaber, die sich bis dahin wenig um derlei Fragen kümmern mussten, sahen sich nun vor riskante politische Kalküle gestellt. Keine Erfahrung half, die Folgen von Veränderungen zu prognostizieren. Welcher Preis für Wandel war zahlbar? Wer würden die Gewinner und Verlierer der Reformen sein? Von woher würde ein wie starker Widerstand kommen? Wie ließ sich das außenpolitische Umfeld abschirmen? Wie sollten die Reformen finanziert werden? Woher wäre das qualifizierte Personal zu nehmen, um sie in den verschiedenen Lebensbereichen und Regionen durchzusetzen? Die Antworten fielen von Fall zu Fall unterschiedlich aus. Die Ähnlichkeit der Probleme macht die einzelnen Fälle aber im Prinzip vergleichbar.

Alle diese Reformen gehören in eine Geschichte des Staates, und das in einem zweifachen Sinne: in die Geschichte des sich in der Welt in vielerlei Brechungen ausbreitenden europäischen Staates,<sup>179</sup> aber auch in eine Geschichte der Mobilisierung staatlicher Ressourcen als Antwort auf akute Überlebensprobleme in peripheren Lagen der internationalen Politik, des globalen Kapitalismus und der zivilisatorischen Ausstrahlung Westeuropas. Die jeweils gewählten Strategien differierten erheblich. Sie waren in ganz unterschiedlichem Maße erfolgreich. Mit Tempo und Umfang seines Systemwandels stand Meiji-Japan allein – und wurde zugleich zum allseits bewunderten Vorbild.<sup>180</sup> Die defensive Modernisierung des Zarenreiches war demgegenüber eine konservative Halteoperation. Im Osmanischen Reich mündete die Reformzeit in einen neuen Absolutismus unter Abdülhamid II., über dessen «Aufgeklärtheit» sich die Fachleute streiten. In China führten mehrere Anläufe der Reform (1862–74, 1898, 1904–11) zu keiner tragfähigen Erneuerung von Staat und Gesellschaft. In Ägypten endete die Westernisierung unter den Nachfolgern Muhammad Alis in Staatsbankrott und kolonialer Machtübernahme (1882). Auch die «Reform-Periode» in Mexiko von der Mitte der fünfziger bis zur Mitte der siebziger Jahre fügt sich in diesen Zusammenhang. Wie die Tanzimat brachte sie nicht den Durchbruch zu gefestigten repräsentativen Strukturen. Selbst der führende liberale Staatsmann, Benito Juárez (1806–1872), hatte nach 1867 Zuflucht in autoritären Ad-hoc-Maßnahmen gesucht. Wie dort Abdülhamid II., so übernahm hier Porfirio Díaz Mitte der siebziger Jahre die Alleinregierung und übte sie bis ins erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts aus. Nur manches aus einer Fülle von Reformgesetzen war vor der Ära Díaz verwirklicht worden. Immerhin wurde der Einfluss der Kirche, des Hauptgegners der mexikanischen Liberalen, zurückgedrängt und dem Prinzip der Gleichheit der («weißen») Bürger vor dem Gesetz Respekt

verschafft. Die Gängelung des Lebens durch weltliche und geistliche Obrigkeitkeiten ließ nach.<sup>181</sup> Ein weiteres Beispiel für postreformatorischen Absolutismus bietet Russland unter Alexander III. (r. 1881–94). Manche der Reformen des ermordeten Vorgängers wurden zurückgenommen, die sehr erfolgreichen Justizreformen, die zugleich Ausdruck wie Garant einer anspruchsvollen Rechtskultur im späten Zarenreich waren, zwar großenteils beibehalten, aber die Befugnisse der Polizei erweitert. Westliche Vorbilder, vor allem der Liberalismus, wurden nun mit viel größerer Skepsis betrachtet – eine genaue Parallele zum Osmanischen Reich nach 1878. In beiden Fällen wurde die Selbstherrschaft des Monarchen gestärkt und die innenpolitische Repression verschärft.<sup>182</sup>

Mit den Reformen waren neue Visionen der Zukunft verbunden. Sie waren es aber selten von Anfang an. Am osmanischen Beispiel hat sich zeigen lassen, wie erst im dritten Jahrzehnt der Tanzimat die ursprüngliche Auffassung von Reform als einer zeitgemäßen Wiederherstellung alter prekärer Gleichgewichte durch ein zukunftsoffenes Konzept abgelöst wurde, das die Errichtung einer *definitiven* neuen Ordnung als Ziel bestimmte. Mit dem Ziel änderten sich auch die Mittel. An die Stelle einer flexiblen Verbindung alter und neuer Herrschaftstechniken traten nun ein strikterer Zentralismus und ein neuer Kommandowille, der sich weniger um Kompromisse mit lokalen Machthabern bemühte, als dies noch in früheren Phasen der Reform geschehen war.<sup>183</sup>

Die verschobene Chronologie der einzelnen Reformprojekte machte es möglich, dass sie voneinander lernen konnten. Die Großwesire und Staatsphilosophen der Tanzimat-Epoche waren noch den westeuropäischen Urmodellen unmittelbar ausgesetzt. Sie hatten wenig mehr als Frankreich und Großbritannien vor Augen. Die Meiji-Führung konnte sich bereits von den langfristigen Folgen der preußischen Reformen beeindrucken lassen, besonders von Preußens militärischer Stärke. Sie sah sich selbst in der Rolle eines *rational shopper*, der die Modellkollektion der Außenwelt kritisch inspiziert. Kaum eines der kleineren Länder Asiens und Afrikas besaß eine solche Wahlfreiheit. Ahmad Bey (r. 1837–55) etwa, der reformfreudige Herrscher von Tunis, baute sein Militär mangels Alternativen ausgerechnet mit Hilfe des in Algerien drohend benachbarten Frankreich auf; britische Assistenz wäre in Paris sehr ungädig aufgenommen worden.<sup>184</sup> Sobald dann das Ausmaß und der Erfolg der japanischen Erneuerung in der Welt sichtbar wurde, war damit ein neuer Maßstab für Dritte gegeben. Der chinesischen Elite fiel es aus tiefverwurzelten kulturellen Gründen nicht leicht, die militärische Über-

legenheit Japans anzuerkennen. In den letzten Jahren der Qing-Zeit hatte Japan dann aber aus chinesischer Sicht den europäischen und nordamerikanischen Westen als Referenz für chinesische Reformen eingeholt oder, nach Ansicht einiger, überholt. Spätestens nach Japans Sieg über Russland 1905 leuchtete Japan über ganz Asien als dasjenige Land, welches den Bann europäischer Unüberwindlichkeit gebrochen hatte.

## 7 | Staat und Nationalismus

### Aus der politischen Theorie, jedenfalls der europäischen, verschwanden im

| **Starker, schwacher Staat**

19. Jahrhundert Ideen des starken Staates. In der frühen Neuzeit hatten sich führende Theoretiker über die möglichst große Stärkung des Staates, vornehmlich des Fürstenstaates, Gedanken gemacht. Ein *starker Staat* wurde als erstrebenswert angesehen, von ihm erwartete man die Eindämmung anarchischer Partikularinteressen, die Auflösung von Herrschaftsenklaven und die zielstrebig Verwirklichung des öffentlichen Wohls. Im 18. Jahrhundert kamen weitere Rechtfertigungen absoluter Herrschaft hinzu, ergänzt durch Lehren von der guten Verwaltung durch einen aufgeklärten Fürsten und seine uneigennützigen Beamten: Kameralistik und Polizeywissenschaft, wichtige Blaupausen der Staatsbildung. Ähnliches geschah genau zur gleichen Zeit in China, in dessen politischer Kultur Zentralismus und Dezentralisierung seit zweitausend Jahren im Widerstreit lagen. Dort wurde die alte Tradition der Verwaltungslehre im 18. Jahrhundert auf einen neuen Höhepunkt geführt. Die drei großen Kaiser der Qing-Dynastie, die hintereinander zwischen 1664 und 1796 herrschten, waren aktive Selbstherrschende, die an Energie und Kompetenz Friedrich II. von Preußen oder Joseph II. von Österreich in nichts nachstanden. Sie definierten ihre kaiserliche Rolle extensiv und suchten zugleich unablässig die Effizienz des Beamtenapparates zu sichern und zu heben. Der Staat ließ Freiräume, er war keineswegs der «totalitäre» Leviathan, wie ihn die ältere Sinologie gelegentlich beschwor, doch ergab sich Liberalität, vor allem die Zulassung marktwirtschaftlicher Nischen, nicht aus institutionellen Begrenzungen von Macht, sondern aus der gnadevollen Großzügigkeit eines möglichst starken Autokraten.

Im 19. Jahrhundert verschwanden Doktrinen des starken Staates aus der öffentlichen Diskussion. Selbst das napoleonische Regime, sonst um Propaganda nicht verlegen, präsentierte sich durchaus nicht offen und selbstbewusst als modernes Kommandosystem. Ein Liberalismus, der die «Grenzen der Wirksamkeit des Staates» (Wilhelm von Humboldt, 1792) zu bestimmen suchte, war die vorherrschende Haltung mindestens bis zum letzten Quartal des Säkulum. Selbst Konservative traten nicht offen als Anwälte neo-absolutistischer Herrschaft «von oben» auf, sondern eher als nostalgische Anhänger adelsfreundlicher Ständeromantik. Und die Sozialisten und Anarchisten, zwischen denen lange in diesem Punkt kein fundamentaler Unterschied bestand, machten sich über den Staat wenige Gedanken, würde doch die Revolution nach der Beseitigung des kapitalistisch-bürgerlichen Systems ein «Reich der Freiheit» entstehen lassen.

Diesen Lehren eines weit über liberale Parteikreise geteilten Misstrauens in staatliche Allmacht korrespondierte eine reale Entwicklung, die dem Staat immer mehr Verfügungsmittel in die Hand gab. Liberale ganz unterschiedlicher Couleur wie Herbert Spencer (*The Man against the State*, 1884) und Max Weber glaubten vor einer neuen Hörigkeit warnen zu müssen, in welche die Menschen als Folge von Staatswachstum, Bürokratisierung und – in Webers Sicht – eines zu Erstarrung tendierenden Kapitalismus zu geraten drohten. Diese in der Staatslehre lange untertheoretierte Akkumulation staatlicher Macht wurde – und hier löst sich das Paradoxon auf – auf einem anderen Feld in Gedanken gefasst: in Programmen des Nationalismus. Der Staat wurde durch die Nation auf indirekte Weise re-legalisiert. Wagte selbst der reaktionärste Monarch nicht länger zu behaupten, *er* selbst sei der Staat, so griff immerhin die Auffassung um sich, der Staat sei die Nation: es nütze der Nation, was dem Staat dient. So verschob sich die Legitimationsgrundlage staatlicher Macht. Der Nationalstaat hatte seine eigene Art von Räson, nicht länger die legitimen, in historischer Tiefe erzählbaren Ansprüche einer Fürstendynastie oder die körperartige Harmonie eines *body politick*, sondern die «nationalen Interessen». Wer diese Interessen definierte und in Politik übersetzte, war zweitrangig. Solange Politiker zumindest in Europa dem Nationalismusverständnis des einflussreichen Giuseppe Mazzini folgten, schienen die Interessen einer Nation, eine demokratische Ordnung im Inneren und der Frieden unter den Völkern zur gleichen Zeit erreichbar zu sein. Im Laufe des dritten Quartals des Jahrhunderts kam Skepsis gegenüber einem solchen utopischen Harmonismus auf (bei der Gründung des Völkerbundes 1919 sollte er vorübergehend wiederauferstehen), und

es wurde deutlich, dass sich der Nationalstaat mit recht unterschiedlichen politischen Systemen verbinden konnte. Entscheidend war zweierlei: die innere Homogenität der Nation, wie sie sich auf allen möglichen Integrationsebenen von der Sprachpolitik über religiöse Einheitlichkeit bis zur infrastrukturellen Verdichtung durch den Eisenbahnbau äußerte, und die militärische Handlungsfähigkeit nach außen. Der Nationalismus erhielt also eminent staats theoretische Bedeutung. Die «reine» Staats theorie sollte erst wieder bei prinzipiellen Begründungen des Wohlfahrtsstaates neu ansetzen.

### | Halbierter Nationalismus und staatliche Legitimität

Die im Laufe des Jahrhunderts, verstärkt in seinem letzten Viertel, stattfindende Akkumulation staatlicher Macht war im Weltmaßstab unterschiedlich verteilt. Der Hauptgrund dafür war die extrem ungleichmäßige Verbreitung der Industrialisierung. Waren in der frühen Neuzeit die Staaten Eurasiens in einem großen Bogen von Spanien bis Japan gleichzeitig und auch vor dem Hintergrund ähnlicher gesellschaftlicher Grundlagen erstarkt, so konzentrierte sich die Machtakkumulation des 19. Jahrhunderts in drei Regionen der Welt, in denen die nun so genannten Großmächte aufkamen: Europa zwischen den Pyrenäen und dem Ural, die USA und, mit ein wenig Verspätung, Japan. Die Erstarkung des Staates war also keineswegs ein menschheitlicher Evolutionsschub, sondern eine globale Neuverteilung von Ungleichgewichten. Diejenigen, die schwächer wurden oder im Verhältnis zu anderen zurückfielen, wurden verwundbarer. Imperialismus war die Konsequenz aus diesem Machtgefalle. Schwache Staaten standen in der Gefahr, von außen unterminiert oder gar unterworfen zu werden. Europäer der frühen Neuzeit hatten sich den Staat des «Orients» als alles zermalmende «Despotie» vorgestellt. Er war dies mitnichten, noch nicht einmal in China mit seiner mächtigen Bürokratie. Ironischerweise suchten asiatische Machthaber im 19. Jahrhundert ihre eigene Schwäche dadurch zu kompensieren, dass sie die bürokratische und zentralistische Energie des europäischen Nationalstaates zu übernehmen trachteten.

Der Nationalismus halbierte sich. Auf der einen Seite wurde er zur Doktrin der in sich geschlossenen, einzigartigen, eine ganz besondere Logik realisierenden starken Nationalstaaten des Westens. Auf der anderen Seite taugte er auch als Programm der Abwehr. Wer durch koloniale Eroberung

bereits seine Unabhängigkeit verloren hatte, dem blieb nur (und dies geschah in größerem Stil erst nach dem Ersten Weltkrieg), einen nationalistisch motivierten Abwehrkampf im Gehäuse kolonialer Herrschaft zu führen. In anderen Fällen verlangte defensiver Nationalismus zwingend eine Politik der Selbststärkung auf möglichst vielen Gebieten. So standen Expansionsnationalismus und Abwehrnationalismus in einer dialektischen Verbindung zueinander. Beide Formen waren auf je eigene Weise imstande, im Vorzeichen einer Solidarisierung unter «Abwesenden», die sich persönlich nicht kannten, außerordentliche Mobilisierungswirkungen hervorzurufen und gesellschaftliche Gruppen in die politische Arena zu ziehen, die bis dahin ohne Partizipationschancen gewesen waren.

Damit war eine noch allgemeinere Dialektik verbunden: die von Nationalisierung und Internationalisierung. Anders als es ihrem Selbstbild entsprach, folgen die Nationalstaaten keineswegs allein ihren inneren Potenzialen. Schon der Nationalismus als Ideologie und Programm verbreitete sich transnational, etwa über die Aufnahme der Ideen Mazzinis quer durch Europa oder über den Kult um nationale Freiheitskämpfer wie den Ungarn Lajos Kossuth. Während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde ein solch direkter Ideentransfer dadurch abgelöst, dass Nationalismen aufeinander reagierten und antagonistisch Bezug aufeinander nahmen. Die Verdichtung realer binnennationaler Zusammenhänge und der Aufstieg einer Rhetorik nationaler Abgrenzung und Überlegenheit war aber mit der Vervielfältigung und Intensivierung internationaler Kontakte auf vielen Ebenen eng verbunden. Auf diesen Widerspruch reagierten die Nationalstaaten unterschiedlich. Für Großbritannien zum Beispiel war das Empire seit langem eine Selbstverständlichkeit. Unter diesen Umständen war es eine mögliche Strategie, den Flickenteppich globaler Präsenz durch stärkere Bindungen einzelner Kolonien an das Mutterland rationalisierend zu vereinfachen. Dies versuchte, doch ohne Erfolg, an der Jahrhundertwende der Kolonialminister Joseph Chamberlain. Aus dem lose geknüpfte Empire sollte nach seinen Vorstellungen eine Art von Super-Nationalstaat werden: eine Föderation vor allem der «weißen» Reichsteile.<sup>185</sup> Das Deutsche Reich war in einer ganz anderen Situation. Es wurde just im Moment eines großen weltweiten Globalisierungsschubes gegründet und musste von Anfang an vor allem seine Außenwirtschaftspolitik auf diese Bedingungen einstellen. Das Deutsche Reich wurde unter anderem deshalb zu einem erstrangigen Industrie- und Militärstaat, weil seine Politiker und Unternehmer die Chancen der Internationalisierung im nationalen Interesse nutzten.<sup>186</sup>

### Musterbürger und Zwischengewalten

Die Idee der Demokratie, ob nun direkt im Sinne Rousseaus oder indirekt-repräsentativ im Sinne der britischen politischen Tradition,

sah in jedem Fall eine Vereinfachung der politischen Mechanismen vor. Jeremy Bentham, der englische Aufklärer «utilitaristischer» Prägung, hat es vielleicht am deutlichsten ausgedrückt, aber es war ein Grundgedanke aller demokratischen Programme: kontrollierte Herrschaft in der Moderne verlangte das Wegrealisieren von Zwischengewalten. Das Volk und die Regierenden sollten sich möglichst unvermittelt gegenüberstehen. Sie sollten durch Repräsentation miteinander verbunden sein: demokratisch als prozedural geregeltes Wahl- und Delegationsverhältnis oder auch in jener *unio mystica*, in der ein monarchischer oder diktatorischer Herrscher beanspruchte, eine Nation zu verkörpern und das nationale «Volk» diesen Anspruch akklamatorisch oder bloß «virtuell» unterstützte. Das politische System von Nationalstaaten beruht daher prinzipiell auf flach hierarchisierter Homogenität der Nation und Einfachheit der konstitutionellen Mechanismen.

Nationalstaaten oder sich modernisierende Imperien streben auch insofern nach diskursiver Vereinheitlichung, als sie Normen des «idealnen Bürgers» (*model citizen*) aufstellen und deren Verwirklichung anstreben. Vormoderne Debatten über das Politische kreisten in vielen Zivilisationen um die Figur des musterhaften Herrschers, seine Fähigkeiten, seine Tugenden, seine Frömmigkeit. Moderne Debatten fixieren sich auf den vorbildlichen Standardbürger, der ganz unterschiedlich bestimmt werden kann, von dem aber überall zumindest erwartet wird, dass er (und sie) ein Gleichgewicht findet zwischen der Verfolgung privater Interessen und dem Dienst am Ganzen der Nation. Überlegungen darüber, wie ein zeitgemäßer Brite oder Franzose, ein Chines oder Ägypter beschaffen sein sollte, was es unter den Bedingungen der Gegenwart heißen könne, «britisch», «französisch», «chinesisch» oder «ägyptisch» zu sein, beschäftigten um die Jahrhundertwende die Öffentlichkeit in zahlreichen Ländern. Es waren Debatten um nationale Identität ebenso wie um Normen von «Zivilisiertheit». Sie wurden im 19. Jahrhundert noch nicht zu den kollektivistischen Exzessen gesteigert, die im 20. Jahrhundert «Vaterlandsverräter», «Klassenfeinde» und «rassische» Minderheiten der physischen Ausgrenzung und Verfolgung anheimgaben.

Dennoch: die Einheitlichkeit und Einfachheit von Nationen und «Volkskörpern» blieb eine unerreichbare Illusion. Imperien konnten ihren

Vielvölkercharakter nicht wegzaubern. Nirgendwo wurde der radikale Schritt getan, eine «farbenblinde» imperiale Staatsbürgerschaft einzuführen. Überall, wo sie versucht wurde, stieß die Nationalisierung von Imperien schnell an die Grenze ihrer eigenen Widersprüchlichkeit. In Kolonialsystemen konnten die politischen Hierarchien gar nicht anders als kompliziert sein. Fast immer mussten manche Hoheits- und Ordnungsaufgaben delegiert werden. Es bedeutete auch, dass Kolonialregierungen zuweilen ihre eigene Finanzierung aus der Hand gaben. So wurden in manchen Kolonien Südostasiens die chinesischen Minderheiten, kompakt und handlungsfähig in *gongsi* (Bünden, Geheimgesellschaften) organisiert, zu kollektiven Steuerpächtern und Handelsmonopolisten (etwa im Opiumhandel), die dem kolonialen Staat halfen, seine eigene Finanzierung zu sichern.<sup>187</sup> Die *gongsi* waren nicht Teil eines formellen Herrschaftssystems, und dennoch blieb der Staat ohne sie funktionsunfähig. Auch in einer Situation, in der demokratische Mitsprache bedeutungslos war, vermochten sich auf diese Weise neu geschaffene organisierte Interessen bemerkbar zu machen.

Aber auch in den Staatsbürgergesellschaften des Westens verflüchtigte sich das Ideal des einfachen Regierens und des kleinen Staates. Neuartige Mittlerinstanzen machten sich breit. Zwischen Volk und Regierende schoben sich nicht länger altertümliche Stände, sondern Bürokratien, politische Parteien, die zunehmend als kompakte Organisationen (oder im US-amerikanischen Fall als örtliche *machines*) auftraten, weiterhin Syndikate, Gewerkschaften, Interessenverbände und Lobbies aller Art, Kirchen, die sich entsakralisierten und zu Vertretern besonderer Interessen umdefinierten, schließlich Massenmedien mit eigenem Verselbständigungsdrang. Die so rationellen und einfachen politischen Systeme des klassischen Liberalismus wurden zu ziemlich komplizierten Angelegenheiten. Schon vor dem Ersten Weltkrieg wurden mancherorts Keime zu jenen korporatistischen Elementen gepflanzt, die in den 1920er Jahren nicht nur in Europa in den Vordergrund treten sollten.

## THEMEN

## XV | Hierarchien: Vertikalen im sozialen Raum

### I | Eine globale Sozialgeschichte?

«Gesellschaft» hat viele Dimensionen. Eine der wichtigsten ist Hierarchie.<sup>1</sup> Die meisten Gesellschaften sind *objektiv* ungleich geordnet: Einige ihrer Mitglieder verfügen über mehr Ressourcen und Lebenschancen als andere, leisten weniger harte körperliche Arbeit, genießen mehr Respekt und finden eher Gehorsam für ihre Wünsche und Befehle. Die Mitglieder von Gesellschaften nehmen diese auch in aller Regel *subjektiv* als ein Bündel von Verhältnissen der Über- und Unterordnung wahr. Die Utopie einer Gesellschaft der Gleichen wurde in vielen Zivilisationen und zahlreichen Epochen geträumt. Sie war eben deshalb eine Utopie, weil sie im Widerspruch zur Lebenswirklichkeit stand, die als eine Rangordnung interpretiert wurde, in welcher der oder die einzelne seinen oder ihren eigenen Ort zu bestimmen suchte. Selbst in einer ausgeprägt modernen Gesellschaft wie der britischen war in der viktorianischen Zeit ein Bild von der Gesellschaft als abgestufter Rangtreppe bis in die Arbeiterschaft hinein verbreitet.<sup>2</sup>

Unter den Zugängen zur Sozialgeschichte ist «Hierarchie» nur einer von mehreren. Sozialgeschichtsforschung untersucht Klassen und Schichten, Gruppen und Milieus, Familienformen und Geschlechterbeziehungen, Lebensstile, Rollen und Identitäten, Konflikte und Gewalt, Kommunikationsbeziehungen und kollektive Symbolwelten. Viele dieser Aspekte eignen sich für den Vergleich zwischen räumlich voneinander entfernten Gesellschaften. Bei manchen lohnt es sich, der Vermutung nachzugehen, es könnte im 19. Jahrhundert über Distanzen und Zivilisationsgrenzen hinweg Einflüsse und Übertragungen gegeben haben. Solche «Transfers» sind im Falle wirtschaftlicher Vernetzungen, kultureller Inhalte und politischer Institutionen wahrscheinlicher und auch leichter nachzuweisen als auf dem Gebiet sozialer Strukturbildungen. Gesellschaft erwächst aus der

Alltagspraxis an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten. Sie ist auch von standortgebundenen ökologischen Rahmenbedingungen abhängig: Menschliches Zusammenleben muss im tropischen Regenwald anders aussehen als in der Wüste oder an der Mittelmeerküste. Peking und Rom liegen ungefähr auf derselben geographischen Breite, und dennoch haben sich dort über lange Zeiträume hinweg ganz unterschiedliche Gesellschaftsformen ausgebildet. Der ökologische Rahmen definiert Möglichkeiten, erklärt aber nicht, warum welche dieser Möglichkeiten tatsächlich realisiert wurden.

Eine weitere Schwierigkeit kommt hinzu: Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde es zu einer selbstverständlichen Erwartung, dass dem National-Staat innerhalb seiner politischen Grenzen eine charakteristische National-Gesellschaft entsprechen müsse. Das war auch ein Stück weit der Fall. Nationalstaaten entwickelten sich oft aus älteren gesellschaftlichen Bindungen. Gesellschaften begannen sich als solidarische «Nationen» zu verstehen und suchten dann nach einer geeigneten politischen Form. Umgekehrt wird Gesellschaft durch ihren jeweiligen politischen Rahmen stark geprägt. Die kontinuierliche Einwirkung des Staates prägt gesellschaftliche Formen. Die Urform dieser Einwirkung ist das Recht, sofern es von einer Staatsautorität mit Geltung versehen wird. Daher lassen sich «nationale» Gesellschaften besonders gut durch ihre jeweils spezifischen rechtlichen Institutionen charakterisieren. Alexis de Tocqueville wies darauf 1835 am Beispiel des Erbrechts hin. Gesetzliche Vorschriften zur Güterverteilung nach dem Tode eines Eigentümers gehören zwar «zum bürgerlichen Recht», sie sollten aber an der Spitze aller politischen Einrichtungen stehen, denn sie beeinflussen in unglaublicher Weise die Gesellschaftsordnung der Völker, die sich in den politischen Gesetzen ausprägt. Sie wirken ferner in bestimmter und gleichmäßiger Art auf die Gesellschaft ein; sie erfassen sozusagen die Geschlechter vor ihrer Geburt.<sup>3</sup> So entstehen ganz unterschiedliche Typen von Agrargesellschaft je nachdem, ob Grundbesitz und Betriebe durch Anerbenrecht zusammengehalten (England) oder durch Realteilung zersplittet werden (China).

Trotz solcher Formung von Gesellschaften durch den Willen eines Gesetzgebers in einem abgegrenzten Jurisdiktionsgebiet ist es nicht einfach und oft auch nicht sinnvoll, allgemeine Aussagen über die deutsche oder die chinesische Gesellschaft oder die Gesellschaft der USA zu treffen. Es ist fraglich, ob man für Deutschland um 1800 überhaupt von einer Gesellschaft sprechen kann.<sup>4</sup> Für das damalige China hat man zehn unter-

schiedliche «regionale Gesellschaften» beschrieben.<sup>5</sup> Die ägyptische Gesellschaft zum Beispiel war über die Jahrhundertmitte hinaus ethnisch und kulturell so strikt geschichtet, dass von einer auch nur minimal kohärenten «Gesamtgesellschaft» keine Rede sein kann: Eine Türkisch sprechende osmanisch-ägyptische Elite herrschte über eine Arabisch sprechende Bevölkerungsmehrheit, mit der sie wenig mehr als der Steuertribut verband.<sup>6</sup> Die britischen Kolonien, die sich zu den Vereinigten Staaten zusammenschlossen, waren im Grunde dreizehn verschiedene Länder mit jeweils charakteristischen Gesellschaftsformen und regionalen Identitäten.<sup>7</sup> Daran änderte sich auch während der folgenden Jahrzehnte wenig, manche Differenzen nahmen sogar zu. Um 1860 bestanden in den USA außerordentliche Unterschiede zwischen dem neuenglischen Nordosten, dem Süden der Sklavereistaaten, dem pazifischen Kalifornien und der Frontier im Landesinneren. In einem Maße, das heute kaum noch vorstellbar ist, überlebten in zahlreichen Teilen der Welt in ökologischen, technischen oder institutionellen Nischen ältere oder gar archaische soziale Formen lange, nachdem sie aufgehört hatten, fortschrittlich oder dominant zu sein.<sup>8</sup>

Noch fragwürdiger sind soziologische Verallgemeinerungen auf der höheren, supranationalen Ebene von «Zivilisationen». Historiker, auf feine Unterschiede und auf Wandel in der Zeit trainiert, operieren ungern mit statischen Makro-Konstrukten wie «der europäischen», «der indischen» oder «der islamischen Gesellschaft». Zahlreiche Versuche, die kulturellen oder gesellschaftlichen Besonderheiten Europas zu bestimmen, kranken daran, dass man solche Phantome nebeneinander stellt und das Fehlen wichtiger Vorzeile Europas in nichteuropäischen Regionen der Welt ungeprüft behauptet. Im schlimmsten Falle sind die Klischees über Europa selbst nicht weniger grob als etwa die über «die» indische oder chinesische Gesellschaft.<sup>9</sup>

### Große Erzählungen

Bisher gibt es weder für die gesamteuropäische noch für die US-amerikanische Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts synthetisierende Gesamtdarstellungen. Dies liegt nicht an einem Mangel an Forschung, sondern an der Schwierigkeit, die Fülle des Wissens zu ordnen und begrifflich durchzuarbeiten. Um wieviel schwieriger muss es dann sein, solche Synthesen für andere Teile der Welt zu entwerfen, bei denen viele empirische Fragen noch ungeklärt sind und die soziologisch-sozialgeschichtlichen Begriffe west-

lichen Ursprungs sich nicht umstandslos anwenden lassen. Vollends an eine Sozialgeschichte der Welt für ein ganzes Jahrhundert zu denken wäre vermassen. Sie hätte keinen klar fixierbaren Gegenstand, denn eine einförmig beschaffene «Weltgesellschaft» lässt sich weder für 1770 oder 1800 noch für 1900 oder 1920 entdecken. Im 19. Jahrhundert selbst war man weniger vorsichtig. Aufbauend auf dem Fortschrittsgedanken der Aufklärung, entwickelten führende Köpfe des Zeitalters Theorien über gesellschaftliche Entwicklung, denen sie oft allgemeine, also weltweite und menschheitliche Gültigkeit zumaßen. Bereits schottische Moralphilosophen, Ökonomen und Geschichtsphilosophen des 18. Jahrhunderts wie Adam Ferguson und Adam Smith hatten den Durchgang der menschlichen Gattung durch Stadien der materiellen Existenzsicherung von Jägern und Sammlern über Hirten und Ackerbauern hin zum Leben in der frühkapitalistischen *commercial society* ihrer Gegenwart postuliert. Die deutsche Schule der historischen Nationalökonomie griff im 19. Jahrhundert solche Überlegungen auf, während in Frankreich Auguste Comte ein Stadienmodell der gesellschaftlichen Entwicklung aufstellte, das die intellektuelle Entwicklung der Menschheit in den Vordergrund rückte. Karl Marx und seine Schüler glaubten eine notwendige Abfolge von Urgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalgesellschaft und bürgerlicher bzw. kapitalistischer Gesellschaft zu erkennen. Marx selbst deutete in späteren Jahren gelegentlich an, es könne in Asien eine Abweichung von diesem Normalpfad gegeben haben, die «asiatische Produktionsweise».

Andere Autoren dachten weniger in Entwicklungsstadien, die terrassenartig aufeinander folgen, als in großen Übergängen, in denen sie Haupttendenzen gerade auch des 19. Jahrhunderts erkannten. Der englische Philosoph Herbert Spencer diagnostizierte in den 1870er Jahren den Fortschritt von einer «militärischen» zu einer «industriellen» Gesellschaft, ein Gedanke, den er in eine komplexe Theorie gesellschaftlichen Wachstums durch Phasen von Differenzierung und neuerlicher Integration einbettete. Der Rechtshistoriker Sir Henry Maine, der auch mit Indien gut vertraut war, beobachtete, wie in zahlreichen Gesellschaften der Welt Statusverhältnisse durch Vertragsbeziehungen zurückgedrängt wurden. Ferdinand Tönnies, einer der Begründer der Soziologie in Deutschland, sah einen Entwicklungstrend von «Gemeinschaft» zu «Gesellschaft», Max Weber die «Rationalisierung» vieler Lebensbereiche von der Wirtschaft über den Staat bis zur Musik, Emile Durkheim die Ablösung von Gesellschaften mit «mechanischer» durch solche mit «organischer Solidarität». Trotz «außereuropäischer» Interessen zumindest bei Maine,

## Hierarchien

Durkheim und Weber verwundert es nicht, dass alle diese Theorien im Denkrahmen ihrer Zeit «eurozentrisch» waren, meist aber auf eine eher inklusive als exklusive Weise: Den Nachzüglern in nichteuropäischen Zivilisationen wurde im Prinzip und unabhängig von Hautfarbe und Religion zugetraut, sich den allgemeinen Mustern gesellschaftlichen Fortschritts einzufügen zu können. Erst gegen Ende des Jahrhunderts wurde – aber nur selten bei den wirklich maßgebenden Autoren – das Modernisierungssdenken rassistisch gekappt, indem man den «Primitiven» (wie es nun hieß) und manchmal sogar den «Orientalen» grundsätzlich und korrigierbar die Befähigung zu «höheren Kulturleistungen» absprach.<sup>10</sup>

| **Vom Stand zur Klasse?** Die Entwürfe der Soziologie des (späten) 19. Jahrhunderts und die Terminolo-

gien, in denen sie formuliert wurden, sind bis heute aus der Diskussion nicht verschwunden. Sie sind allerdings zu allgemein gehalten, um der Geschichtswissenschaft als Beschreibung konkreter Veränderungen dienen zu können. Historiker pflegen ihre eigenen Großen Erzählungen: von Industrialisierung, Urbanisierung oder Demokratisierung. Dazu gehört als Deutungsschema für das 19. Jahrhundert das Verlaufsmodell des Übergangs von einer «Ständegesellschaft» oder «ständisch-feudalen Gesellschaft» zu einer «Klassengesellschaft» oder «bürgerlichen Gesellschaft». Es stammt in solch antithetischer Zusitzung bereits aus der Polemik der Aufklärung gegen die monarchisch-feudale Ordnung und wurde im 19. Jahrhundert zu einem Grundmuster gesellschaftlicher Selbstbeschreibung. Dem Modell zufolge änderte sich gegen Ende der frühen Neuzeit das fundamentale Organisationsprinzip europäischer Gesellschaften. An die Stelle einer unbeweglichen Schichtung von klar definierten Statusgruppen mit jeweils besonderen Rechten, Pflichten und symbolischen Markierungen trat eine Gesellschaft, in der die Verfügung des Einzelnen über privates Eigentum und seine Stellung im Markt die jeweiligen Lebenschancen und die Platzierung in Berufsschichtung und Klassenhierarchie bestimmte. Sozialer Aufstieg und Abstieg waren viel leichter möglich als in der rigideren Ständeordnung. Formale Rechtsgleichheit war eine Voraussetzung solcher Mobilität.<sup>11</sup>

Dieses Modell war westeuropäischen Ursprungs und traf von Anfang an keineswegs auf alle Teile Europas gleich gut zu. Sogar der «moderne» Pionier Großbritannien lässt sich ihm nur bedingt zuordnen. England war bereits um 1750 eher eine *commercial society* im Sinne Adam Smiths

als eine Ständegesellschaft kontinentalen Typs. In den schottischen Highlands wiederum wurden ohne den Durchgang durch eine ständische Phase die alten gälischen Clanstrukturen, die afrikanischen Sozialformen nicht unvergleichbar waren, während des letzten Viertels des 18. Jahrhunderts direkt in agrarkapitalistische Verhältnisse überführt.<sup>12</sup> Ein deutliches Beispiel für eine europäische Gesellschaft ohne Stände war Russland. Dort gab es im 18. Jahrhundert keine Stände im Sinne der französischen oder deutschen Verhältnisse; also keine inkorporierten Gruppen mit definiertem Rechtsstatus, territorialer Basis, Verankerung in lokalen Rechtstraditionen und politischen Mitwirkungschancen. Die Einteilung der Gesellschaft (und im engeren Sinne der dem Staate dienenden Elite) in Rangklassen und die Zuweisung von kollektiven Privilegien ging vom Staat aus. Kein Gruppenrecht war umgekehrt davor geschützt, vom Monarchen wieder entzogen zu werden.<sup>13</sup> Die russische Gesellschaft war eine relativ offene Gesellschaft, in der sozialer Aufstieg durch Staatsdienst möglich war und die nicht-bäuerlichen Städter sich nur unscharf und instabil in Abgrenzung von anderen Segmenten der Gesellschaft definieren konnten. Die beharrlichen Versuche des Zarenstaates, der Gesellschaft ein System von juristisch definierten Rangkategorien aufzuprägen, stand in einem immerwährenden Widerspruch zur Plastizität der tatsächlichen Statuszuschreibungen. Man hat daher von einem generellen «Mangel an Struktur» und dem Fehlen allgemein anerkannter Konzepte von sozialer Ordnung in der Gesellschaft des späten Zarenreiches gesprochen.<sup>14</sup>

Angesichts der unterschiedlichen Ausgangslagen in den einzelnen Regionen beschreibt das «Vom Stand zur Klasse»-Modell den sozialen Wandel in Europa nur unvollkommen.<sup>15</sup> Nicht überall war zu Beginn des 19. Jahrhunderts der «Stand» das dominante Gliederungsprinzip europäischer Gesellschaften. Anderswo auf der Welt waren um 1800 Ständegesellschaften selten anzutreffen. Der Begriff lässt sich am ehesten auf Tokugawa-Japan mit seiner rechtlich und symbolisch tiefen Kluft zwischen Adel (Samurai) und Gemeinen anwenden, auch wenn dort die Stände keine politischen Repräsentativfunktionen besaßen, wie man sie etwa aus dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation oder aus Frankreich kennt.<sup>16</sup> Ansonsten waren in Asien ständische Kriterien gesellschaftlicher Hierarchisierung schwächer ausgeprägt als in der Mitte Europas. In manchen Fällen, besonders extrem in Siam, trennte ein tiefer Graben die Edlen (*nai*) vom gemeinen Volk (*phrai*), wobei beide Gruppen der grenzenlosen Herrschergewalt des Königs unterworfen waren,<sup>17</sup> in an-

deren, etwa China, propagierte die staatliche Rhetorik seit alters her eine Vierteilung der Gesellschaft in Gelehrte, Bauern, Handwerker und Kaufleute. Sie kristallisierte sich aber nicht in trennscharfen Rechtskategorien und Privilegiensystemen und wurde schon in der historischen Wirklichkeit des 18. Jahrhunderts von feineren Rangordnungen überlagert. Überall dort auf der Welt, wo tribale Verhältnisse vorherrschten, hat man es mit einem ganz anderen Organisationsprinzip als bei der Ständigesellschaft zu tun: in Afrika, Zentralasien, Ozeanien, im indianischen Nordamerika. Einem wiederum anderen Differenzierungsmodus folgten hinduistische Kastengesellschaften, in denen Hierarchien durch Endogamie- regeln, Tischgenossenschaft und Reinheitstabus hergestellt wurden. Auch wenn das Konzept der Kaste heute unter dem Verdacht steht, ein Phantasma von Kolonialstaat und westlicher Ethnologie zu sein, so ist doch klar, dass wichtige vormoderne Gesellschaftsformen auf dem indischen Subkontinent anderen Ordnungsregeln folgten als die alteuropäische Ständigesellschaft. Solche Regeln wurden allerdings in traditionalisierender Absicht verstärkt: Als die Briten nach 1796 ihre Herrschaft über die Insel Ceylon ausdehnten, betrachteten sie die dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse durch eine indische Brille und führten eine Art von Kastensystem ein, das es bis dahin nicht gegeben hatte.<sup>18</sup>

Die alteuropäische Ständigesellschaft wurde nur in gebrochener Form in die überseeischen Kolonien übertragen. In Britisch-Nordamerika überwogen von Anfang an die feineren Unterschiede, wie sie die Gesellschaft auf den britischen Inseln auszeichneten. Erbliche Aristokratien mit ständischer Privilegierung haben dort niemals Fuß fassen können, und das vorherrschende Gesellschaftsbild war das eines protestantischen Egalitarismus mit kleinschrittigen Binnenabstufungen. In sämtlichen amerikanischen Siedlergesellschaften spielte ethnische Ab- und Ausgrenzung eine Rolle, die sie in Europa nie haben konnte. In Nordamerika galt das Gleichheitsprinzip von Anfang an allein für Weiße. Für Hispanoamerika hat einer der aufmerksamsten Soziographen der Sattelzeit, Alexander von Humboldt, bereits am Ende der Kolonialepoche zeigen können, dass in ethnisch gemischten Gesellschaften die Hautfarbe das alles überlagernde Schichtungskriterium war.<sup>19</sup> Die ständischen Elemente, die im 16. Jahrhundert aus Spanien über den Atlantik transferiert worden waren und die zum Entstehen eines Conquistadorenadels beitrugen, wurden bald durch dieses neue Hierarchisierungsprinzip überlagert. Noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestimmten Mexikaner ihre eigene Stellung in der Gesellschaft und diejenige anderer primär in

Kategorien von Hautfarbe und «Blutmischung» und erst sekundär nach Beruf oder Klassenlage.<sup>20</sup>

Über weite Strecken ist die *globale Sozialgeschichte* des 19. Jahrhunderts identisch mit Migrationsgeschichte und eng verbunden mit der Geschichte von Diasporabildungen und Frontiers, die selbst wiederum das Ergebnis von Migrationen waren.<sup>21</sup> Neo-europäische Siedlergesellschaften jenseits der Ozeane wurden nach 1780 entweder neu gegründet (Australien gegen geringen, Neuseeland gegen starken Widerstand der einheimischen Bevölkerung) oder durch Intensivierung der Einwanderung aus Europa von dünn besiedelten peripheren Gebieten zu substanziellem Großgesellschaften und Staaten ausgebaut (USA, Kanada, Argentinien). In keinem einzigen dieser Fälle wurden europäische Sozialstrukturen vollständig exportiert. Adelsschichten, die sich als solche gesellschaftlich hätten reproduzieren können, schlugen niemals Wurzeln in den britischen Siedlungskolonien. Am anderen Ende des sozialen Spektrums war die ganz arme Unterschicht nicht überproportional vertreten, abgesehen von ausgesprochener Elendsemigration wie nach der Großen Hungersnot in Irland. Australien war ein Sonderfall, weil seine Besiedlung (in New South Wales) mit Sträflingstransporten begann.<sup>22</sup> Aber eine Unterschicht, die aus dem Rahmen ihrer ursprünglichen Rangordnung gelöst wird, ist in der offenen sozialen Situation der Kolonisationsgrenze keine mehr. In den Kolonien mussten Weltbilder und soziale Differenzierungen neu geschaffen und neu ausgehandelt werden.<sup>23</sup> Die Chancen für sozialen Aufstieg waren höher als in Europa. Neben Angehörigen der Unterschichten brachte die transatlantische Migration auch Millionen von Menschen aus den mittleren Rängen europäischer Gesellschaften in die neo-europäischen Kolonistenländer, dazu deklassierte Adlige und minderprivilegierte Mitglieder adliger Familien. Der Aufbau neuer Gesellschaften jenseits der alteuropäischen Ständeordnung durch europäische Emigranten ist eine der markantesten Entwicklungen in der globalen Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts.

Im 19. Jahrhundert praktizierten Gesellschaften auf der Welt nebeneinander eine Vielfalt von Hierarchisierungsregeln. Gesellschaften unterschieden sich unter anderem durch Eigentumsverhältnisse und die dominanten Ideale sozialen Aufstiegs. Eine klar abgrenzende, die meisten Möglichkeiten erfassende Klassifikation ist kaum möglich. Neben den rechtlich egalitären, marktregulierten Eigentümergesellschaften («bürgerlichen» Gesellschaften), die aus west- und mitteleuropäischer sowie nordamerikanischer Sicht den charakteristischen Gesellschaftstyp des

## Hierarchien

19. Jahrhunderts bilden, gab es residuale Ständegesellschaften (z. B. Japan bis ca. 1870), tribale Gesellschaften, theokratische Gesellschaften mit dem Klerus als dominanter Schicht (z. B. in Tibet), Gesellschaften mit meritokratischer Elitenauslese (China, vorkoloniales Vietnam), Sklaverei-gesellschaften (Südstaaten der USA bis 1863/65, Brasilien bis 1889, Reste in Korea),<sup>24</sup> koloniale *plural societies*, in denen im kolonialen Herrschaftsrahmen unterschiedliche ethnische Gruppen nebeneinander lebten und die mobile Gesellschaften an Erschließungsgrenzen (*frontier societies*). Die Übergänge waren fließend, Mischformen beinahe die Regel. Ein Vergleich wird einfacher, wenn man nicht ganze Hierarchieprofile nebeneinander stellt, sondern einzelne Hierarchiepositionen herausgreift. Dies soll anhand von zwei Beispielen geschehen, die zunächst aus europäischer Sicht gewählt sind: Adel und Bürgertum.<sup>25</sup>

## 2 | Aristokraten im (gebremsten) Niedergang

### Internationalität und Nationalisierung

Das 19. Jahrhundert war die letzte Epoche, in der eine der ältesten sozialen Gruppierungen eine wichtige Rolle

spielte: der Adel. Noch im 18. Jahrhundert war der Adel in Europa «gesellschaftlich sozusagen konkurrenzlos» gewesen.<sup>26</sup> Um 1920 konnte davon keine Rede mehr sein. In keinem Land Europas hielt sich der Adel zu jener Zeit noch als eine erstrangige politische oder tonangebende kulturelle Kraft. Dieser Abstieg des europäischen Adels war teils eine Folge der Revolutionen des späten 18. und dann wieder des frühen 20. Jahrhunderts, teils ein Resultat der relativen Abwertung von Landbesitz als Quelle von Reichtum und Prestige. Wo die Revolutionen Monarchien stürzten, büßte der Adel seine kaiserlichen und königlichen Protektoren ein. Aber auch dort, wo Adlige sich ohne Störung durch Systembrüche einen größeren Einfluss bewahren konnten als überall sonst, in Großbritannien nämlich, verlor der mit Ritter- und Peerstiteln ausgestattete Teil der Bevölkerung sein Quasi-Monopol auf die höchste politische Exekutive. Seit 1908 haben die britischen Premierminister mit nur zwei Ausnahmen stets einen bürgerlichen Familienhintergrund gehabt. Der Niedergang der uralten gesellschaftlichen Institution des Adels fällt in Europa in den relativ kur-

zen Zeitabschnitt zwischen etwa 1789 und 1920. Beide Zeitpunkte werden freilich nicht durch eine stetig absteigende Linie verbunden. Nicht vor der Endphase des Ersten Weltkriegs spitzte sich die politische Lage des Adels in Europa östlich des Rheins dramatisch zu. Das 19. Jahrhundert war, insgesamt gesehen, «eine gute Zeit für Adlige».<sup>27</sup>

Adel ist ein weltweites, mit Ausnahme «segmentärer» Gesellschaften nahezu überall vorfindliches Phänomen: eine kleine Minderheit in der Bevölkerung, die Gewaltmittel in ihren Händen konzentriert, die über einen ungewöhnlich guten Zugang zu ökonomischen Ressourcen (Land, Arbeitskräften) verfügt, Handarbeit (mit Ausnahme des Krieges und der Jagd) verschmäht, einen durch Betonung von Ehre und Vornehmheit herausgehobenen Lebensstil pflegt und ihre Privilegien im Erbgang von Generation zu Generation weitergibt. Adel stabilisiert sich oft zu Aristokratien. Solche Aristokratien sind in der Geschichte immer wieder durch Krieg dezimiert worden und manchmal sogar untergegangen. Koloniale Eroberung traf in der Neuzeit in den meisten Fällen auf Aristokratien. Sie wurden zerstört oder politisch und ökonomisch in drastischer Weise degradiert, wie es zuerst im 16. Jahrhundert in Mexiko mit dem aztekischen Adel und dann rund um den Globus immer wieder geschah. Es kam aber auch vor, dass Aristokratien unter Fortsetzung ihrer physischen Existenz und symbolischen Auszeichnung in untergeordneter Position in größere Reichsverbände inkorporiert wurden. So hat nach 1680 das mandschurische Kaiserhaus der Qing, dem ein eigener Mandschu-Adel zugeordnet war, die mongolische Aristokratie durch Vassalitätsbeziehungen entmachtet und an sich gebunden. *Indirect rule* in den europäischen Kolonialreichen war eine verwandte Herrschaftstechnik. Andere Reiche ließen Aristokratien nicht aufkommen. Das Osmanische Reich unterdrückte auf dem Balkan bestehende christliche Feudalherrschaften und ließ keine neue Grundherrenelite entstehen. Daher fielen etwa Serben und Bulgaren aus dem gesamteuropäischen Muster heraus. Sie hatten zu Beginn des 19. Jahrhunderts keine Aristokratien, dafür aber eine nach «ost»-europäischen Maßstäben relativ freie Bauernschaft.<sup>28</sup> Wo der Adel unter Fremdherrschaft erhalten blieb, wurde ihm vielfach politische Mitwirkung verweigert, etwa in Italien vor der Einigung, sodass es dort Adligen an Erfahrung mit der Ausübung öffentlicher Ämter fehlte.

In Europa war im 18. Jahrhundert die Zeit adligen Rittertums vorüber, anders als etwa in der arabischen Welt. Auch ohne diese Ur-Funktion war um 1800 wie auch noch um 1900 eindeutig klar, wer in den einzelnen Ländern Europas zum Adel gehörte. Nur in England mit seinen ungewöhn-

lich elastischen sozialen Zuschreibungen musste sich mancher Aufsteiger fragen, ob er die kritische Schwelle bereits überschritten habe.<sup>29</sup> Wo, wie vor allem in der östlichen Hälfte des Kontinents, bis zum Ersten Weltkrieg gewisse rechtliche Privilegien fortbestanden, war ohnehin unverkennbar, wie der Umfang der Adelswelt mit ihren feinen inneren Hierarchien beschaffen war. Sonst markierten Titel, Namenszusätze und andere symbolische Auszeichnungen diese Grenze. Keine andere gesellschaftliche Gruppierung legte soviel Wert auf Distinktion wie der Adel. Die Zugehörigkeit zu ihm musste sichtbar und eindeutig sein.

Neben quantitativ sehr kleinen transnationalen Eliten wie dem hohen katholischen Klerus oder der jüdischen Hochfinanz war der Adel im 19. Jahrhundert das am stärksten international orientierte Segment europäischer Gesellschaften. Man wusste voneinander, konnte gegenseitig seine Rangposition einschätzen, teilte eine Reihe von Verhaltensnormen und kulturellen Idealen, sprach, wenn es nötig war, Französisch und hatte Teil an einem transnationalen Heiratsmarkt. Je höher Rang und Reichtum, desto größer die Einbindung in solche ausgedehnten Netze. Auf der anderen Seite war der Adel, weil besonders eng mit Grundbesitz, der Landwirtschaft und dem Landleben verbunden, oft stark lokal verortet und daher weniger mobil als andere Teile der Gesellschaft. Zwischen diesen beiden Ebenen lag die mittlere Ebene *nationaler* Adelschichten. Diese Ebene der Solidarisierung und Identitätsbildung wurde im 19. Jahrhundert gestärkt. Während sich der Adel dank der neuen Kommunikationstechniken weiter internationalisierte, nahm gleichzeitig seine Nationalisierung zu.<sup>30</sup> Auf dieser Grundlage wurde ein *konservativer* Nationalismus möglich, der neben den liberalen Nationalismus trat, vor allem in Preußen-Deutschland.

### Drei Pfade europäischer Adelsgeschichte: Frankreich, Russland, England

In Frankreich wurden die alten Rechte zu einem großen Teil nicht restauriert, vor allem nicht die von Emigranten, sodass vielfach nur «leere» Titel blieben. Obwohl der adelige Großgrundbesitz nicht unterschätzt werden sollte, spielte der französische Adel doch nur eine sekundäre Rolle in einer in ungewöhnlichem Maße «bürgerlichen» Gesellschaft. Zu dem überdauernden Adel des Ancien Régime war unter dem aus korsischem

In Frankreich war der Adel während der Revolution aller Privilegien und Titel beraubt worden. Nach der Re-

Kleinadel stammenden Napoleon ein Neuadel hinzutreten, den die alte Aristokratie mit einer Mischung aus Abschätzigkeit und Bewunderung oft als parvenuhaft empfand: zumeist militärische Würdenträger, die mit Majoratsrechten ausgestattet wurden und den Kern einer neuen erblichen Elite bilden sollten.<sup>31</sup> Dass der Sohn eines Müllers, wie 1807 geschehen, aufgrund seiner Verdienste als Marschall zum «Duc de Danzig» aufstieg, wäre unter dem Ancien Régime undenkbar gewesen. Nobilitierung wurde dann im 19. Jahrhundert fast überall in Europa nach napoleonischem Vorbild großzügig gehandhabt und als Patronageinstrument des Staates eingesetzt. Daneben schuf Napoleon die Verdienstelite der Ehrenlegion, eine Art von postfeudaler Elitenkorporation ohne Erblichkeit, später problemlos in republikanische Formen überführbar. Nach 1830 gab es in Frankreich keine starke Zentralinstitution, um die sich der Adel scharen konnte, wie dies in England um das Parlament geschah, in den meisten anderen Ländern um den königlichen oder kaiserlichen Hof. Sowohl der «Bürgerkönig» Louis-Philippe als auch der kaiserliche Diktator Napoleon III. bauten keine ausgedehnten Hofstrukturen auf und stützten Herrschaft und Repräsentation nicht auf einen starken Hochadel; mit dem Kaiser verschwanden dann 1870 die Reste des Hoflebens. Sofern er identifizierbar blieb, war der französische Adel während der ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts weniger als weiter östlich in Europa eine Klasse für sich. In Frankreich konnte man auch eher als anderswo (mit der Ausnahme Polens) dem Typus des armen Adligen begegnen. Zur gesellschaftlich tonangebenden Schicht wurden die reicheren Eigentümer verschiedenster Herkunft: jene lokalen Meinungsführer, die man in Frankreich schon früh als «Notabeln» bezeichnete.<sup>32</sup> Nach etwa 1880 wurde diese aristokratisch-bürgerliche, typischerweise in Provinzstädten ansässige Kompositsschicht immer mehr marginalisiert. In keinem anderen großen Land Europas war der Besitz- und Machtvorsprung des Adels auf der entscheidenden lokalen Ebene so gering wie im Frankreich der Dritten Republik.<sup>33</sup>

Am anderen Ende des europäischen Spektrums stand der intern besonders heterogene russische Adel.<sup>34</sup> Er war und blieb stärker von der Krone abhängig als der Adel in den anderen großen Ländern und Reichen Europas. Erst die «Adelscharta» Katharinas II. hatte die Adligen 1785 von drastischer staatlicher Gängelung befreit, ihnen volle Eigentumsrechte übertragen und sie damit in etwa dem westeuropäischen Adel rechtlich gleichgestellt. Staat und Kaiserhaus blieben aber die mit Abstand größten Grundbesitzer. Seit Peter dem Großen hatten die Zaren immer wieder

Land und «Seelen», also Leibeigene, an den Adel verschenkt. Der russische Adel war verhältnismäßig «jung»; Nobilitierung war einfach und wurde am Ende des 19. Jahrhunderts großzügig praktiziert. Einige der größten grundbesitzenden Magnaten konnten Reichtum und Privilegien nur wenige Jahrzehnte oder gar Jahre zurückverfolgen. Es gab auch viel «kleinen» Adel, also Leute, die zum Beispiel in England nicht zu Adelskreisen gezählt worden wären. Das diffuse Bild einer auf Grundeigentum beruhenden *upper class* trifft eher zu als eine alte europäische Vorstellung von *nobilitas*. Die Abschaffung der Leibeigenschaft 1861 tangierte Vermögenslage und gesellschaftliche Position der Großgrundbesitzer nicht dramatisch. Daher war sie in ihren Auswirkungen nicht mit dem Ende der Sklaverei in den Südstaaten 1865 vergleichbar. Da die Reform unvollständig verwirklicht wurde und die politische Dominanz der ehemaligen Leibherren intakt blieb, blieben die Anreize für Landbesitzer, sich in kapitalistische Großagrarier zu verwandeln, begrenzt.

Der englische Adel wiederum, vom französischen wie vom russischen deutlich unterschieden, war insgesamt die reichste Adelsklasse Europas, rechtlich vergleichsweise wenig privilegiert, aber an den Schaltstellen von Politik und Gesellschaft präsent. Erbrechtliche Primogenitur hielt die großen Vermögen verlässlich zusammen. Jüngere Söhne mit ihren Familien drifteten an die Peripherie der Adelsgesellschaft. Gleichzeitig hatte der englische Adel wenig Kastenmäßiges an sich. Scharf definiert war allein das Recht, als *peer of the realm* im Oberhaus zu sitzen. Um 1830 gab es 300, um 1900 mehr als 500 solcher hochadligen Familienhäupter.<sup>35</sup> Schon in den 1780er Jahren, unter Premierminister William Pitt d. J., hatte die Regierung das Nobilitierungstempo gesteigert. Aufstieg in den niederen Ritteradel war relativ einfach. Unklar bleibt bis heute, in welchem Umfang viktorianische Neureiche aus Repräsentationsgründen Grund und Boden kauften.<sup>36</sup> Ein *country house* als Bühne des gesellschaftlichen Verkehrs war aber unerlässlich. Umgekehrt schreckten selbst die größten Grundbesitzer nicht davor zurück, sich an «bürgерlichen» Geschäften zu beteiligen.

Der englische Adel hatte ein gesellschaftliches Ideal des *gentleman* entwickelt, das eine außerordentliche Integrationswirkung entfaltete und auf der Insel und im Empire eine Homogenität von Lebensstil und Kultur entstehen ließ, die den formal randschärfer definierten adeligen Eliten Kontinentaleuropas oft fehlte.<sup>37</sup> Der *gentleman* war ein zunehmend sozial freischwebendes Erziehungsideal: «Blaues Blut» spielte kaum eine Rolle. Selbst wenn die Voraussetzungen dafür angeboren waren, musste der

männliche Nachwuchs auf Eliteschulen und an den Universitäten Oxford und Cambridge zum *gentleman* sozialisiert werden. Ein *gentleman* konnte auch werden, wer, auf der Basis eines gewissen, wie auch immer erworbenen Wohlstandes, sich Lebensstil, Werte und Verhaltensnuancen, die mit diesem Ideal verbunden waren, aneignete und sie praktizierte. Die Erziehung in den privat betriebenen *public schools* wie Eton, Harrow oder Winchester, zentralen Institutionen der Elitenintegration, war kein Standestraining nach der Art frühneuzeitlicher kontinentaler Ritterakademien, auch keine primär intellektuelle Bildung, sondern eine schichtenübergreifend bürgerlich-adlige Charakterformung – mit im Laufe des Jahrhunderts zunehmender militaristisch-imperialer Tendenz.<sup>38</sup> Diese Art der Erziehung unterwarf sich dem Leistungsprinzip. Adel hatte es in der englischen Gesellschaft leicht, aber er musste sich der Konkurrenz stellen. Der englische Adel, der vom schottischen und irischen allein schon rechtlich zu unterscheiden war, bemühte sich auch immer wieder um Verbündete außerhalb der eigenen Schicht. Er war von keiner Krone abhängig, war unter Victoria kein Hofadel mehr und erteilte sich selbst in vielen Bereichen der Gesellschaft Führungsaufgaben, für deren Erfüllung im Gegenzug Dankbarkeit und Folgsamkeit (*deference*) erwartet wurde. Dies war allerdings keine autoritäre Gehorsamerwartung, sondern eine Einstellung, die sich durch die Institutionen eines politischen Lebens kanalisierten ließ, das langsam demokratisiert wurde.<sup>39</sup> Deutlicher als anderswo war Adel in Großbritannien weniger ein genau fixierter Rechtsstatus als eine mentale Lage: das sichere Gefühl, den Ton anzugeben.

### Überlebensstrategien

Wenn der europäische Adel niederging, dann nicht, ohne mit wechselndem Erfolg verschiedene Überlebensstrategien erprobt zu haben.<sup>40</sup> Am meisten Erfolg versprachen die Überwindung einer traditionellen Rentier-Mentalität zugunsten einer Öffnung für bürgerliche Geschäfte (gerade auch in Zeiten einer langfristig fallenden Ertragskraft der Landwirtschaft in großen Teilen Europas nach etwa 1880), Umschichtung im Investitions-Portefeuille, soziale Fusion mit dem wohlhabenden Bürgertum, in dem es selbst starke Tendenzen zu Grunderwerb (Rittergüter, vom Staat verkaufter Kirchenbesitz in den lateinischen Ländern usw.) und einer landadligen Lebensweise gab, Familienpolitik zur Verhinderung von Besitzersplitterung, schließlich die Übernahme nationaler Führungsrollen vor allem dort, wo es für solche Positionen zu wenige andere Anwärter gab.

Auch wenn solche Strategien, die quer durch Europa in unterschiedlichen Kombinationen eingesetzt wurden, ihren unmittelbaren Zweck im Einzelfall erfüllen mochten, so hatte doch der europäische Adel um die Jahrhundertwende seine alte kulturelle Leitfunktion verloren. An die Stelle des aristokratischen Mäzenatentums, das noch bis hin zu Haydn und Mozart die europäische Kunst und Musik getragen hatte, war ein marktwirtschaftlicher Kunstbetrieb getreten. Musiker finanzierten sich über das städtische Konzertwesen, Maler über öffentliche Ausstellungen und den nun beginnenden Kunsthändel. In der Literatur wurden adlige Sujets seltener. Sie hielten sich beispielsweise noch in den melancholischen Geschichten Anton Čechovs über die Abenddämmerung des russischen Landadels. Nur wenige prominente Denker, etwa Friedrich Nietzsche und Thomas Carlyle, propagierten weiterhin – oder erneut – aristokratische Lebensideale, freilich losgelöst von einer konkreten sozialen Basis und eher an Aristokratien des Geistes und der Leistung als der Geburt denkend.

Die Imperien waren nicht generell ein Tummelplatz für europäische Aristokraten. Man wird dies unbesorgt nur vom British Empire sagen können, während das französische Kolonialreich Napoleons III. und der Dritten Republik einen deziidiert bürgerlichen Anstrich hatte. Hohe Militär- und Verwaltungsposten im britischen Empire wurden nach wie vor vorrangig mit Adligen besetzt. Sie betrachteten es als eine ihrer Spezialitäten, über die zivilisatorische und politische Kluft der Kolonialgesellschaft hinweg eine angeblich besondere Seelenverwandtschaft mit asiatischen und afrikanischen Edelleuten im Dienste höherer imperialer Zwecke zu pflegen.<sup>41</sup> Das galt insbesondere für Indien, die stabilste Adelsdomäne, während in Afrika und anderswo bürgerliche Verwaltungsfachleute auf dem Vormarsch waren. Eine gewisse Romantik des Untergangs sicherte den nichteuropäischen Unterworfenen des Empire ein Minimum an transkultureller Sympathie.<sup>42</sup> Eine Sondervariante aristokratischen Bewusstseins fand sich in den Südstaaten der USA vor dem Bürgerkrieg. Hier phantasierte sich die numerisch dünne Pflanzerelite, die über große Sklavenplantagen herrschte, in die Rolle einer «natürlichen» Herrscherklasse hinein. Sklavenhalter sahen sich als neo-mittelalterliche *lords of the manor*. Distanz zu eigener körperlicher Arbeit, Abscheu gegen die angebliche «materialistische» Vulgarität des industriellen Nordens, die freie Ausübung von Herrenrechten über Abhängige – all das schien eine solche Sonderblüte anachronistischer Ritterlichkeit zu gestatten.<sup>43</sup>

Im Vergleich zu dem «Aristozid»,<sup>44</sup> der nach 1917 auf ihn zukam, war das 19. Jahrhundert eine Art von Goldenem Oktober des europäischen Adels, vor allem seiner höheren Ränge. Die Verbürgerlichung der Welt schritt unaufhaltsam, aber nicht stürmisch voran. Aristokratische Untergänge fanden anderswo statt: in Nordamerika nach dem Bürgerkrieg, in Mexiko während der Revolution nach 1910 und in den drei großen Gesellschaften Asiens.<sup>45</sup>

### | Indien: Ein neo-britisches Landadel?

In Indien waren die Fürsten samt ihrer feudalen Anhängerschaft in Region nach Region ihrer einstigen Funktionen beraubt worden. Eine dezidiert anti-fürstliche Politik wurde nach dem Großen Aufstand von 1857 aufgegeben. Die Utopie eines «bürgerlichen» Indien, wie sie in den 1820er und 1830er Jahren von den zeitweise einflussreichen englischen Utilitaristen geträumt worden war, verlor ihre Attraktivität. Fortan gaben sich die Briten Mühe, ihre Herrschaft zumindest äußerlich zu feudalisieren. Solange die Maharajas und Nizame entwaffnet und finanziell bevormundet waren und sich auch sonst loyal verhielten, hatten sie nichts zu befürchten. Sie dienten als Ornamente, mit denen sich der bürokratische Charakter des kolonialen Staates pittoresk verkleiden ließ.<sup>46</sup> Eine ganz eigene und neue indische Nobilität wurde erfunden, an deren Spitze seit 1876 die ferne Queen Victoria als Kaiserin von Indien thronte. Die Ritterromantik des Viktorianismus, die sich auf den Britischen Inseln in neogotischer Architektur und dem einen oder anderen nachgestellten Turnier auslebte, wurde in Indien auf viel größerer Bühne und mit viel bunterem Pomp inszeniert.

Was im Einzelnen in Indien unter «Adel» zu verstehen sei, ist eine komplizierte Frage. Ähnlich wie in anderen Teilen der Welt suchten die Briten, jedenfalls diejenigen Adligen, die früh in der «bürgerlichen» East India Company Beschäftigung fanden, nach einem indischen Gegenüber, also einer *landed nobility*, fanden sie aber nicht ohne Mühe. Dies hatte seinen Grund in einem westeuropäischen Sonderweg der Rechtsentwicklung. Frühneuzeitliche europäische Theoretiker hatten das Problem erkannt, als sie darauf hinwiesen, in Asien gebe es im Grunde kein Privat-eigentum an Boden, alles unterliege dem Obereigentum des Monarchen. Das wurde bei den bekanntesten Theoretikern des «orientalischen Despotismus», allen voran Montesquieu, zwar stark übertrieben und zu einem

Bild von der völligen Unsicherheit agrarischen (und anderen) Privateigentums in asiatischen Ländern aufgebauscht, aber ganz falsch war es nicht. In den vielen verschiedenen asiatischen Ländern, so unterschiedlich die Rechtsverhältnisse auch waren, fand sich selten eine so unerschütterliche, von keinem Souverän anzutastende Verbindung zwischen einem besonderen Boden und einer besonderen Adelsfamilie wie in den meisten Teilen Europas. In Asien leiteten sich Status und Einkommen der Oberschicht vielfach weniger aus unmittelbarem Grundeigentum ab als aus einer oft flüchtigen Belehnung oder aus Rechten zur Steuerpacht, die vom Herrscher an einzelne und Gruppen übertragen wurden. So waren die Zamindare Bengalens, über die unter den britischen Zeitgenossen ausführliche Diskussionen geführt wurden, am Vorabend der Machtübernahme der EIC keine unanfechtbar gesicherte *landed nobility* im englischen Sinne, sondern eher eine mit Pfründnerrechten ausgestattete ländliche Elite, die freilich einen herrschaftlichen Lebensstil pflegte und die tatsächliche Macht auf dem Dorfe in der Hand hielt. Es handelte sich aus britischer Sicht um eine Art von Quasi-Aristokratie, die man als gegenwärtige und künftige Garantin sozialer Stabilität auf dem Lande betrachtete. Eine Weile gab man sich alle Mühe, sie in eine «richtige» Aristokratie zu verwandeln, wie sie einem «zivilisierten» Lande angemessen sei, allerdings ohne ihnen die alte Polizei- und Gerichtsgewalt zu lassen.<sup>47</sup>

Der scheinbare Aufstieg der bengalischen Zamindare, die nun mit einklagbaren Bodentiteln versehen wurden, bereitete aber nur ihren Fall vor. Einige von ihnen waren den Marktkräften nicht gewachsen, die der koloniale Staat nun entfesselte; andere mussten unmittelbar erleben, dass die Briten ihre finanziellen Forderungen eisern eintrieben und vor Enteignungen nicht zurückschreckten. Alte Familien wurden ruiniert, andere stiegen aus der Kaufmannschaft auf. Die Stabilisierung des Zamindarstatus zu einem erblichen Adel von europäischem Typ misslang, und die Hoffnung, die Zamindare würden als *improving landlords* englischen Stils die bengalische Landwirtschaft durch Investitionen und wissenschaftliche Anbaumethoden voranbringen, wurde enttäuscht. Nicht Zamindare, sondern grundbesitzende «mittlere» Bauern waren im frühen 20. Jahrhundert in Bengalen und manchen anderen Teilen Indiens zur dominierenden Schicht auf dem Lande geworden, zunehmend auch zur sozialen Basis der entstehenden Unabhängigkeitsbewegung. Herrschaftliche Denk- und Lebensweisen waren um 1920 in Indien nicht weniger marginalisiert als in Europa.

### *Japan: die Selbsttransformation der Samurai*

Einen ganz eigenständigen Weg ging Japan.<sup>48</sup> In keinem anderen großen Land der Welt erlebte eine privilegierte Statusgruppe eine ähnliche Transformation. Das japanische Äquivalent des europäischen Adels waren die Samurai. Ursprünglich waren sie Krieger im Dienste eines Herrn gewesen, mit dem sie enge Bande von Loyalität und gegenseitigem Nutzen verknüpften. Nach der Befreiung Japans in den Jahrzehnten um 1600 waren die meisten Samurai als Kämpfer überflüssig geworden. Sie standen aber weiterhin in den Diensten entweder des Shōgun oder eines der etwa 260 Lehensfürsten (*daimyō*), unter denen der gesamte japanische Archipel aufgeteilt war, und waren in die ausgeklügelte Rangordnung eingefügt, mit der das Shōgunat seine Herrschaft regelte. Die Samurai wurden mit mancherlei symbolischen Auszeichnungen versehen und auf diese Weise in jenem Moment zu einem herausgehobenen «Kriegeradel» stilisiert, als es keine Kriege mehr zu führen gab. Viele Samurai vertauschten das Schwert mit dem Pinsel und nahmen Aufgaben in der Verwaltung wahr. Japan wurde auf diese Weise zu einem der am dichtesten, wenn auch nicht in jeder Hinsicht am effizientesten administrierten Länder der Welt. Dennoch gab es für viele der Samurai und ihre Familien buchstäblich nichts zu tun. Einige arbeiteten als Lehrer, andere als Förster oder Türsteher, wieder andere waren insgeheim sogar in dem sonst verpönten Handel tätig. Umso vehementer hielten sie an ihren Privilegien fest: an ihrem Recht, einen Familiennamen zu führen, zwei Schwerter und besondere Kleidung zu tragen, auf einem Pferd zu reiten, gegenüber Nicht-Samurai den Vortritt auf der Straße erzwingen zu können. Mit einem dicken Paket an Sonderrechten, die vererbt wurden, waren die Samurai dem europäischen Adel eng verwandt. Sie machten aber einen viel größeren Prozentsatz der Bevölkerung aus: im frühen 19. Jahrhundert etwa 5 bis 6 Prozent. Das entsprach dem relativen Umfang des Adels in den Ausnahmeländern Polen und Spanien, lag aber weit über dem europäischen Normalwert von deutlich weniger als einem Prozent (in Deutschland etwa im frühen 19. Jahrhundert 0,5 Prozent, danach fallend).<sup>49</sup> Das Fehlen einer sinnvollen Funktion der Samurai war daher allein schon quantitativ ein großes soziales Problem, das auch mit hohen gesellschaftlichen Kosten verbunden war. Der wichtigste Unterschied zum europäischen Adel lag in der Trennung der Samurai vom Land. Sie waren im Allgemeinen keine belehnten Landbesitzer und erst recht nicht mit verlässlichen Rechtstiteln ausgestattete Grund-

eigentümer. Vielmehr erfolgte ihre Entlohnung durch Stipendien, die in Reis gemessen und in der Regel auch natural ausgezahlt wurden. Der typische Samurai kontrollierte also keinen der drei Produktionsfaktoren: weder Boden noch Arbeit und am wenigsten Kapital. Daher waren die Samurai ein im Prinzip besonders verwundbarer Teil der japanischen Gesellschaft.

Als sich die chronischen Problemlagen Japans durch die Konfrontation mit dem Westen nach 1853 krisenhaft zusetzten, waren es in erster Linie Samurai aus dem Hause Tokugawa fernstehenden Fürstentümern, von denen die Initiative zur Veränderung auf nationaler Ebene ausging. Eben diese kleine Gruppe, die 1867/68 das Shōgunat stürzte und mit dem Aufbau der neuen Meiji-Ordnung begann, erkannte, dass die Samurai als Bevölkerungselement nur dann überleben könnten, wenn sie ihren anti-quierten Status verlören. Mit der Entmachtung der Fürsten und der Umwandlung der Daimyō entfiel ohnehin der wichtigste institutionelle Rahmen der Samurai-Existenz. Seit 1869 wurde dann der Samurai-Status Schritt für Schritt demontiert. Der schwerste wirtschaftliche Schlag war die Abschaffung der Stipendien (am Anfang abfedernd als Umtausch in Staatsanleihen), die schlimmste symbolische Demütigung 1876 die Aufhebung des mittlerweile bizarr wirkenden Schwerterprivilegs. Die einzelnen Samurai mussten nun für sich selbst sorgen. Die Erlaubnis freier Berufswahl (in Frankreich schon 1790 dekretiert) schuf 1871 dafür eine wichtige gesetzliche Grundlage. Nach letzten Samurai-Aufständen 1877 gab es gegen diese Politik keinen Widerstand mehr.<sup>50</sup> Sie brachte für viele Samurai und ihre Familien große Härten mit sich, die vom Staat nur teilweise sozialpolitisch gemildert wurden. Ethos und Mythos der Samurai lebten in Japan fort, als erkennbares Gesellschaftselement verflüchtigte sich dieser Stand aber in den 1880er Jahren. Ein neuer Hochadel, den der Meiji-Staat nach dem Vorbild der britischen *peerage* schuf, war eher ein «napoleonisches» Kunstprodukt, das die Reste der Daimyō-Familien und des alten Hofadels in Kyoto aufnahm und mit dem sich die Oligarchen, die zum Zeitpunkt des Machtwechsels 1867/68 zumeist junge Männer von weniger als vierzig Jahren gewesen waren, selbst belohnten. Im neuen politischen System, das seit 1890 eine zweite Kammer als Herrenhaus vorsah, hatte er eine bedeutende Rolle als Puffer zwischen dem entrückten Tennō und dem «gemeinen Volk» zu spielen.

### China: Untergang und Transformation der «Mandarine»

China kam europäischen Verhältnissen am nächsten, ja, war ihnen an Modernität in manchem voraus. Hier gab es schon im 18. Jahr-

hundert einen weithin unbeschränkten Markt für Grund und Boden. Feudale Lasten und Dienstpflichten gegenüber privaten Herren waren fast ganz verschwunden, und die permanente Kontrolle einer bestimmten Familie über ein bestimmtes Stück Boden konnte rechtlich in keiner Weise zementiert werden. Aber die einmal erworbenen Besitztitel waren immerhin – wie in Europa – vor dem Zugriff des Staates weitgehend sicher. Kann man in den Gelehrtenbeamten Chinas, von den Europäern bis hin zu Max Weber oft «Literati» genannt, dennoch ein Äquivalent eines europäischen Adels sehen? In mancher Hinsicht kann man es durchaus. Die Gelehrtenbeamten besaßen die effektive Kontrolle über den größten Teil des landwirtschaftlich genutzten Bodens, und sie waren, bei weitem umstrittener als der europäische Adel der frühen Neuzeit, die kulturell dominierende Schicht. Der wichtigste Unterschied lag darin, dass zwar das private Eigentum an Land in einer Familie tradiert, aber der Status nicht vererbt werden konnte. Status und Landbesitz waren nahezu vollständig getrennt. Eintritt in die Schicht, die im chinesischen *shenši* genannt und im Westen oft als *gentry* übersetzt wird und die mit ca. 1,5 Prozent zwischen dem Anteil des Adels an der Bevölkerung in Europa und Japan lag, erlangte man durch Erfolg in den regelmäßig stattfindenden Staatsprüfungen.<sup>51</sup> Nur wer hier mindestens den untersten von neun Erfolgsrängen erreicht hatte, kam in den Genuss der Reputation und der handgreiflichen Vorteile eines *shenši*, zu denen etwa Steuerbefreiung und die Verschonung von Körperstrafen gehörten. Wer *shenši* war, durfte sich mit seiner Familie zur örtlichen Oberschicht rechnen. Ihm wurden Führungsaufgaben im lokalen Bereich übertragen. Wo es Clanorganisationen gab, gehörte er zu deren interner Elite. Er hatte Teil an der kulturellen und sozialen Welt des konfuzianischen Gentleman (*qunzi*), deren normatives Grundgerüst dem des englischen Widerparts in manchem entsprach. Nur aus dem Kreis derjenigen, welche die höchsten Prüfungsränge erreicht hatten, die also in der Regel vor dem Kaiser persönlich in der Hauptstadt examiniert worden waren, wurden die Beamten des Reiches berufen. Dass eine Familie einmal einen solchen Beamten am Hofe oder in der Provinzialverwaltung stellen würde, war das höchste Ziel, das sich in der rangbewussten Gesellschaft des kaiserlichen China erreichen ließ.

In der Geschichtsschreibung ist immer wieder Japans Erfolg mit Chinas Versagen kontrastiert worden. Japan habe den Schock seiner «Öffnung» produktiv in ein großes Programm der Modernisierung und Nationsbildung umgesetzt, China hingegen die Zeichen der Zeit verkannt und die Gelegenheit zur stärkenden Erneuerung verstreichen lassen. Daran ist vieles richtig. Chinas Unbeweglichkeit hatte verschiedene Ursachen. Mindestens ebenso wichtig wie ein «kulturell» bedingtes Desinteresse an der Außenwelt waren das Fehlen einer starken monarchischen Führung nach etwa 1820 und das labile Gleichgewicht im Staatsapparat zwischen Mandschu-Würdenträgern und han-chinesischen Beamten; jeder starke Reformimpuls musste diese wackelige Balance gefährden. Man kann die Geschichte experimentell aber auch anders lesen. Die Leitfrage wäre dann diese: In Japan hatte ein viel geringerer Anstoß von außen – denn die Öffnung durch Commodore Perry verlief unblutig und lässt sich mit dem Opiumkrieg von 1839–42 im Ausmaß der Gewaltanwendung überhaupt nicht vergleichen – viel heftigere Wirkungen ausgelöst als in China. Warum war dies so? Darauf lassen sich zwei Antworten geben. Zum einen besaß die chinesische Beamtenelite, sofern sie mit Grenzfragen befasst war, eine unendlich viel größere Erfahrung in der Behandlung von aggressiven Fremden aller Art als die japanischen Samurai, die den langnasigen Seebarben ohne erprobte Ordnungsschemata und Handlungsregeln desorientiert gegenübertraten und zu einer radikalen Neuorientierung *gezwungen* wurden. Solange in China die Bedrohung von außen das eigentliche Machtzentrum Peking nicht erreichte (diesem Punkt kam man allerdings 1860 bei der Plünderung und Zerstörung des kaiserlichen Sommerpalastes nahe), schienen die alten Methoden der Fremdenabwehr irgendwie noch zu greifen. Man geriet also nicht in eine Orientierungslosigkeit, die ein grundsätzlich neues Nachdenken über die Probleme erforderlich gemacht hätte. Erst die Demütigung der Dynastie durch die Acht-Mächte-Invasion während des Boxerkrieges von 1900 markierte einen *point of no return*. Zum anderen waren der Beamtenapparat und die *shenshi*-Schicht, auf welcher er sozial beruhte, in China weniger geschwächt als die Samurai in Japan. Immerhin hatte exakt gleichzeitig mit den dramatischen Entwicklungen in Japan die dominante Schicht Chinas die für sie schreckliche soziale Revolution der Taiping trotz großer Opfer physisch und politisch überlebt. Auch war es 1860 gelungen, mit den aggressiven Großmächten Großbritannien, Frankreich und Russland mindestens so etwas wie einen *modus vivendi* zu finden, der für mehr als drei Jahrzehnte den Außenpolitischen und militärischen Druck auf China verminderte. In dem Moment, als die

alte Ordnung in Japan zusammenbrach, schien sie sich in China ohne allzu viele destabilisierende Reformen gefangen zu haben.

Als dann 1900 ein Punkt erreicht war, der als Existenzgefährdung nicht bloß der Dynastie, sondern des ganzen Reiches verstanden werden musste, da waren maßgebende Kräfte an der Spitze des chinesischen Staates, Han-Chinesen ebenso wie Mandschu, zu radikalen Reformen bereit.<sup>52</sup> Die Abschaffung des viele Jahrhunderte lang praktizierten Prüfungssystems, also des bis dahin alternativlosen Mechanismus der Elitenrekrutierung, war ein ziemlich genaues Äquivalent der Abschaffung des Samurai-Status drei Jahrzehnte zuvor. Damit hatten in China, ganz ähnlich wie in Japan, aktive Elemente der Elite ihrer eigenen sozialen Formation den Boden entzogen. Es fehlten der chinesischen Reform ebenso der Systemcharakter der Meiji-Politik wie der Außenpolitische Schonraum, in dem diese realisiert werden konnte. Die Dynastie stürzte 1911, und mit ihr verlor der zahlenmäßig nicht sehr große Mandschu-Adel von heute auf morgen seine Privilegien.<sup>53</sup> Hinfört lebten aber Hunderttausende von Familien der han-chinesischen *gentry* getrennt einerseits von der alten Quelle von Ehre und Prestige, andererseits von den Beschäftigungsmöglichkeiten im zentralen Staatsdienst. Aus den gebildeten, praktisch fähigen und am Gemeinwohl orientierten (so jedenfalls das Ideal, aber auch nicht selten die Praxis) Gelehrtenbeamten der hohen Kaiserzeit wurde binnen kurzem in Realität wie gesellschaftlicher Wahrnehmung eine schäbige und parasitäre Grundherrenklasse, während zur gleichen Zeit (genau: seit Beginn der Bewegung für Neue Kultur 1915) die neu entstehende Intelligentsia in den großen Städten Chinas sich vehement gegen die gesamte Weltsicht stellte, die die Gelehrtenbeamten verkörpert und vertreten hatten. Verlassen vom Staat, von den politisierten Intellektuellen verachtet und bekämpft und in einem strukturellen Konflikt mit den Bauern stehend, wurde die alte Oberschicht des kaiserlichen China zu einem der verwundbarsten Elemente der chinesischen Gesellschaft. Der Samurai-Weg der Rettung durch Selbstabschaffung war ihr nun versperrt. Diejenigen, die von den chinesischen Marxisten seit den 1920er Jahren als «Grundherrenklasse» angefeindet wurden, hatte weder die materiellen Mittel zur eigenen Verteidigung noch die Visionen einer nationalen Zukunft, für die man Verbündete hätte finden können. Durch den Zweiten Chinesisch-japanischen Krieg nach 1937 weiter geschwächt, hatte die alte ländliche Oberschicht Chinas der kommunistischen Bauernrevolution der späten 1940er Jahre nichts mehr entgegenzusetzen.

Die chinesischen *shenshi* waren keine Kriegeraristokratie im europäi-

schen oder japanischen Sinne. Sie rekrutierten sich nicht geburtsst ndisch, sondern meritokratisch. Elitepositionen hielten sich weniger lange in einzelnen Familien. Der Zyklus von Aufstieg und Niedergang von Familien konnte oft nur wenige Generationen betragen. Die Elitenkontinuit t wurde nicht durch Genealogie, sondern durch die Stärke der immer wieder neu rekrutierenden staatsnahen Institutionen gewahrleistet. Mit einer «klassischen» Aristokratie verband die *shenshi* indes ihre Nähe zum Herrscher, ihre staatstragende Rolle und ihre agonale Weltauftassung, die sich nicht auf den körperlichen Wettbewerb in Krieg und Jagd richtete, sondern auf die intellektuelle Konkurrenz bei der Meisterung des tradierten Bildungskanons. Gemeinsam waren schließlich die Kontrolle über Land und die Distanz zu körperlicher Arbeit. Insgesamt gesehen überwiegen die Ähnlichkeiten vor den Unterschieden. Die *shenshi* waren in vieler Beziehung ein funktionales  quivalent einer europäischen Adelsschicht. Wie der europäische Adel, so überstanden auch sie das chronologische 19. Jahrhundert einigermaßen glimpflich. Nach dem Ende der Taiping-Bedrohung 1864 war die unmittelbare gesellschaftliche Konkurrenz sogar schwächer als in Europa. Das entstehende chinesische «Bürgertum» forderte die Hegemonie der *shenshi* viel weniger heraus, als dies in der analogen Situation Europas der Fall war. In China ging die Bedrohung eher von Bauernrevolten und vom *ausländischen* Kapitalismus aus. Der terminale Punkt für die *shenshi* war das Jahr 1905, das in etwa den Jahren 1790 für den französischen Adel, 1873 für die Samurai oder 1919 für den Adel in Deutschland vergleichbar wäre. Auch die *shenshi* waren eine landbasierte Elite im Niedergang, die umfangreichste der Welt.

Die Schicksale aristokratischer und quasi-aristokratischer Eliten waren teils hausgemacht, teils durch übergreifende Entwicklungen geprägt. Hier standen sich zwei gegenläufige Tendenzen gegenüber. Auf der einen Seite erwies sich, dass die Ausstrahlung aristokratischer Ideale begrenzt war. In den USA und Australien wuchsen Gesellschaften heran, die in historisch neuartiger Weise adelsimmun waren. Auch die Kolonialreiche stabilisierten den Adel nur vorübergehend. In der frühen Neuzeit hatte die koloniale Expansion Europas den geographischen Operationsbereich des europäischen Adels immens erweitert. Trotz einer gewissen transkulturellen Solidarität der Edlen hatten aber nichteuropäische Adlige selten europäische Weltorientierungen und Rollenverständnisse übernommen. Im Vergleich dazu war das kulturelle Paket europäischer Bürgerlichkeit ein viel attraktiver Exportartikel. Die neuen Kolonien des späten 19. Jahrhunderts waren nicht länger aristokratisch geprägt. In den afrika-

nischen und s udostasiatischen Kolonien sämtlicher europäischen M chte überwog nach 1875 ein bürgerlicher Funktion rtypus, und selbst in Indien konnte feudal Mummenschanz den bürokratischen Charakter des kolonialen Staates nur durchsichtig verh ullen. Auf der anderen Seite machten sich allgemeine Veränderungen bemerkbar. Die Internationale der Nobilit ten erlebte den Anfang ihres Endes, als die auswärtigen Ämter und diplomatischen Dienste der Großmächte nicht länger fast ausschließlich mit Fürsten, Grafen und Lords besetzt wurden. Die Außenpolitik der USA und der französischen Republik wurde schon vor 1914 nahezu ganz von Bürgerlichen gemacht. Staatsbildung führte im 19. Jahrhundert fast überall zu einer gr o eren Distanz zwischen den zentralen Staatsorganen und einem Adel, der eigene lokale Machtfressourcen zu kontrollieren bestrebt war. Wenn der Staat Adlige beschäftigte, dann waren auch sie nichts als seine «Diener». Zur gleichen Zeit ließ der Zugriff des Adels auf die alten agrarischen Quellen von Einkommen, Macht und Prestige nach: Bauernbefreiungen aller Art, die Verminderung lokaler Privilegien und die Unterminierung landwirtschaftlicher Einkommen in einer Epoche industriellen Umbaus und weltwirtschaftlicher Expansion schränkten die gewohnten Entfaltungschancen von Adelsschichten ein. Der Adel behielt sein Schicksal dort am ehesten auch im frühen 20. Jahrhundert in der Hand, wo man sich als Teil einer ständisch nur noch schwach markierten «Elite» sah und in diesem Rahmen pragmatisch und mit gez gelterem Dünkel seine sozialen und politischen Bündnisse schmiedete.

### 3 | Bürger und Quasi-Bürger

#### *Phänomenologie des Bürgers*

Das 19. Jahrhundert war, so scheint es, das Jahrhundert der Bürger und der Bürgerlichkeit, jedenfalls in Europa.<sup>54</sup> Zwischen einem Adel, der im relativen Rückzug Angebote für einen Klassenkompromiss unter den Wohlhabenden m chte, und einer Lohnarbeiterschaft, die im letzten Dritteln des Jahrhunderts zu politischer Selbstorganisation und kultureller Eigenständigkeit gefunden hatte und den Weg «vom P obel zum Proletariat» (Werner Conze) gegangen war, öffnete sich in den St d-

ten ein sozialer Raum von eigener Wertprägung und charakteristischen Lebensstilen. Die Villenvororte, die während der zwei Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg in vielen Städten Europas entstanden, sind sichtbare Relikte dieser untergegangenen Welt repräsentativer, die eigenen Distinktionsmerkmale zur Schau stellenden Bürgerlichkeit. Wer und was ein «Bürger» ist, lässt sich nach objektiven Kriterien der familialen Herkunft, des Einkommens und der Berufsausübung nicht verlässlich bestimmen.<sup>55</sup> Bürger – zu kaum mehr als einem solchen tautologischen Ergebnis haben umfangreiche Forschungen und Diskussionen geführt – waren diejenigen, die sich dafür hielten und die ihre Überzeugungen in ihrer Lebensführung zum praktischen Ausdruck brachten. Radikale Skeptiker haben sogar das ganze Konstrukt des «Bürgertums» in Zweifel gezogen. Einzelne Bürger und ganze Generationenketten unzweifelhaft bürgerlicher Familien in literarischer Fiktion (Thomas Mann: *Buddenbrooks*, 1901) und historischer Wirklichkeit mag man identifizieren können.<sup>56</sup> Das Bürgertum als Schicht oder Klasse entzieht sich dem definitorischen Zugriff. War «die Bourgeoisie», so ist gefragt worden, nicht überhaupt ein «Mythos»?<sup>57</sup>

Einfacher ist es zu sagen, was ein Bürger *nicht* ist: kein feudaler Herr, der sein Selbstverständnis aus Grundbesitz plus Genealogie bezieht, und kein mit seinen Händen in abhängiger Stellung Arbeitender. Ansonsten ist die Kategorie des «Bürgers» geräumiger als jedes andere soziale Ordnungskonstrukt. Sie umfasst, wenn man etwa an die Zeit um 1900 denkt, gleichermaßen einige der reichsten Leute der Welt – Industrielle, Bankiers, Reeder, Eisenbahnmagnaten – wie auskömmlich, aber nicht üppig besoldete Professoren oder Richter. Sie schließt Angehörige der dienstleistenden «freien Berufe» auf akademischem Qualifikationsniveau (im Englischen kurz *professions* genannt), also etwa Ärzte oder Rechtsanwälte,<sup>58</sup> ebenso ein wie den Besitzer eines Krämerladens, den selbständigen Schustermeister oder den Polizisten. Um 1900 machte sich zudem der neue Typus des Angestellten im «weißen Kragen» bemerkbar: einer Grenzfigur der Bürgerlichkeit, abhängig arbeitend, aber großen Wert auf den Umstand legend, dass er sich im Kassensaal einer Bank oder in der Buchhaltung eines Industrieunternehmens die Hände nicht schmutzig mache. Seit eine wachsende Zahl großer Firmen nicht mehr von ihren Eigentümern geleitet, sondern von entlohnten Managern geführt wurden, gab es auch den großbürgerlich auftretenden, im Arbeitsalltag über weite Dispositionsspielräume gebietenden «leitenden» Angestellten, der von gleich zu gleich mit den eifrigsten Hütern bürgerlicher Werte auftreten konnte.<sup>59</sup>

«Bürgertum» als Konzept ist auch deshalb so trügerisch, weil sich Bürgerlichkeit in einzelnen Lebensschicksalen besonders schnell verflüchtigen kann. Bürger streben den «Aufstieg» an und fürchten nichts so sehr wie sein Gegenteil, den Absturz in Richtung Unterschicht. Ein ruinerter Aristokrat ist immer noch ein Aristokrat, ein ruinerter Bourgeois nichts als ein *déclassé*.<sup>60</sup> Der erfolgreiche Bürger verdankt seine Position Selbstständigkeit und eigener Leistung. Nichts scheint ihm verlässlich angeboten zu sein. Gesellschaft ist in den Augen des Bürgers eine Leiter. Er selbst befindet sich irgendwo in der Mitte, stets vom Drang nach oben getrieben. Der Ehrgeiz des Bürgers gilt nicht allein seinem persönlichen Vorankommen, dem Wohlergehen seiner Familie und der Wahrung seines unmittelbaren Klasseninteresses. Der Bürger will gestalten und organisieren, er hat einen hohen Begriff von seiner Verantwortung und will, sofern es ihm seine Lebensumstände gestatten, mithelfen, dem gesellschaftlichen Leben eine Richtung zu geben.<sup>61</sup> Im schlimmsten *bourgeois* glimmt noch ein Funke des *citoyen*. Bürgerliche Kultur erhebt wie kaum ein anderes nicht-religiöses Wertesystem einen «Anspruch auf Verallgemeinerung»<sup>62</sup> und drängt damit über ihre Urheber und ursprünglichen sozialen Träger hinaus. Der Bürger hat immer viele unter sich, denen gegenüber er eine Einstellung der Superiorität, des Sich-für-etwas-Besseres-Haltens, pflegt, und er hat in aller Regel zumindest wenige über sich. Solange es nicht-bürgerliche Eliten gibt, also einen Adel oder eine prestigereiche Geistlichkeit (man denke auch an die muslimische *ulama*), steht der Bürger, selbst der reichste, niemals an der Spitze der sozialen Hierarchie. Nur in wenigen Gesellschaften, etwa in der Schweiz, in den Niederlanden, in Frankreich nach etwa 1870 oder an der Ostküste der USA, war dies im 19. Jahrhundert anders. Die «bürgerlichste» Gesellschaft ist die, in welcher Bürger auf *allen* Gebieten die Regeln ihres Wettbewerbs miteinander selbst bestimmen. Im 20. Jahrhundert ist dies in der Tendenz der Normalfall gewesen, im 19. war es weltweit die Ausnahme.

Das 20. Jahrhundert sah aber auch den tiefen Sturz des Bürgers als Klasse, die radikale Entbürgerlichung und im gleichen Zuge Entfeudalisierung ganzer Gesellschaften: ein Drama, das sich seit 1917 in Russland abspielte und das sich bald darauf in Mitteleuropa und nach 1949 in China wiederholen würde. Bürgertum und Restadel wurden über denselben revolutionären Kamm geschoren. Im 19. Jahrhundert hingegen war es in Europa oft schwierig, aber nie wirklich lebensgefährlich, ein Bürger zu sein. Vor 1917 haben Bürger in Europa – als soziale Gruppe – niemals das Schicksal erlitten, das Teilen der französischen Aristokratie nach 1789 zu-

gefügt worden war. Die bolschewistische Revolution zerstörte die ihr entgegenstehenden Lebensformen viel radikaler, als frühere Revolutionen dies je vermocht hatten. Die Welt der russischen Wirtschaftsbourgeoisie, die überhaupt erst nach 1861 entstanden war und nur fünf Jahrzehnte Zeit für ihre Entfaltung gehabt hatte, nahm sich bereits von der Warte der späten 1920er Jahre wie eine versunkene Zivilisation aus.<sup>63</sup> Und vor der Inflation in Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg, dem bis dahin schwersten Schlag für klassische Bürgerlichkeit in Europa, sowie der Weltwirtschaftskrise der Jahre ab 1929 sind niemals große Teile des Bürgertums kollektiv um die Stützen ihres Anspruch nach «vornehmen» Lebensstandards gebracht worden. Auch für Bürger war das 19. Jahrhundert eine vergleichsweise gute Zeit.

### **Kleinbürger**

Wie umfänglich war das Bürgertum? Verwirrung stiftet bis zum heutigen Tage die terminologische Nähe zwischen der «eigentlichen» Bourgeoisie und dem «Kleinbürgertum» der Ladenbesitzer und selbständigen Handwerksmeister. Was hatten ein Stahlmagnat und ein Schornsteinfeger, formal beides «Bürger», gemeinsam? Die Unterschiede fallen schneller auf. Die Sozialcharaktere «größer» und «kleiner» Bürger sind auf den ersten Blick leicht unterscheidbar; die Entwicklung beider Gruppen verlief auf unterschiedlichen Bahnen. So rückten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in mehreren Ländern Europas die Bürger von «Besitz und Bildung» in größere mentale und politische Distanz zu einem Kleinbürgertum, das nun um seine Unterscheidbarkeit von den Industriearbeitern bangte. Das Kleinbürgertum wiederum prägte sich in ganz unterschiedlicher Deutlichkeit aus. Frankreich wurde geradezu zu einer Nation der Kleinbürger, während in Russland mit seinen relativ wenigen Mittel- und Kleinstädten die neue Schicht kapitalistischer Gründer und gebildeter Honoratioren nur auf einem dünnen Polster der Kleinbürgerlichkeit ruhen konnte.

Das «kleine» Bürgertum ist begrifflich besonders schwer zu fassen. Auch der in Großbritannien und den USA seit jeher bevorzugte Begriff der *middle class*, der immerhin erst 1889 in einem amerikanischen Wörterbuch auftauchte,<sup>64</sup> löst das Problem der Benennung der gesellschaftlichen Mitte nicht zu allgemeiner Zufriedenheit. Die Einheit und Einheitlichkeit einer solchen *middle class* (die übliche deutsche Übersetzung ist «Mittelschicht») lässt sich selbst für die USA, wo der bürgerliche Konsens von Anfang an breiter war als in Europa, schwer nachweisen. Man hat mit

großer Ausdauer, aber ohne ein verallgemeinerbares Ergebnis, die soziale Membran zwischen *lower middle class* und *upper middle class* zu entdecken versucht und hat selten vermeiden können, interne Trennlinien zu ziehen, etwa für England zwischen einer *capitalist middle-class* und einer *non-capitalist or professional middle-class*, eine Unterscheidung, die in etwa (aber nicht genau) der deutschen zwischen «Wirtschaftsbürgertum» und «Bildungsbürgertum» entspricht.<sup>65</sup> *Middle class* oder «Mittelschicht» sind kulturell inhaltsärmere Begriffe als «Bürgertum». Deshalb sind sie auf eine größere Zahl von Kontexten anwendbar und für eine globale Sozialgeschichte besser geeignet. Nicht jeder Angehörige einer Mittelschicht trägt einen kompletten «bürgerlichen Wertehimmel» mit sich herum. Besonders nützlich ist die Unterscheidung zwischen verschiedenen Milieus, also Sphären der Geselligkeit und der geteilten Grundüberzeugungen. So schlägt Hartmut Kaelble vor, zwischen einem bürgerlichen Milieu im engeren Sinne, d. h. der «oberen Mittelschicht», und einem kleinbürgerlichen Milieu zu differenzieren.<sup>66</sup> Solche Milieus sind keine präzise abgezirkelten Gruppen, sondern eher soziale Kraftfelder mit unscharfen Rändern, die sich überlappen und gegenseitig beeinflussen können. Milieus kann man sich auch konkreter als örtliche Lebenszusammenhänge vorstellen. Erst bilden sich, von Stadt zu Stadt je besonders zusammengesetzt und kulturell eingefärbt, Milieus des Umgangs, des Heirats und des Vereinszusammenschlusses, dann vielleicht translokale Schichten und Klassen.

Für eine globale Sozialgeschichte sind «Kleinbürger» als Thema noch nicht erschlossen worden. Das verwundert nicht, waren sie doch im 19. Jahrhundert in ganz besonders hohem Maße lokale Existzenzen.<sup>67</sup> Ihr ökonomischer Aktionsradius ging selten über die Nachbarschaft einer Anwesenheitsgesellschaft hinaus: Man kannte die Kundschaft persönlich. Sozial überschritten sie nach ihrer jugendlichen Gesellenwanderschaft, dem Motiv sovieler Gedichte der Romantik, nur noch selten Grenzen. Auch ihre Kultur war von begrenzter Reichweite. Das Kleinbürgertum war eine besonders wenig internationale Schicht – selbst wenn 1899 der erste Weltkongress der *petits bourgeois* stattfand: weniger mobil als wandernde Unterklassen, weniger international vernetzt als die Aristokratie mit ihren weitläufigen Familienbeziehungen und als die große Bourgeoisie mit ihren Geschäftskontakten in die Ferne. Wegen dieser lokalen Verdendung ist der Begriff des Kleinbürgers schwierig von einem Kontext in den anderen übertragbar. Was ist damit gewonnen, wenn man einen Silberschmied in Isfahan oder den Besitzer eines Teehauses in Hankou als

«Kleinbürger» bezeichnet? Auch der Beiklang des Pejorativen, der zur deutschen Steigerungsform des Kleinbürgers, dem Spießer, führen kann, lässt sich in anderen Zusammenhängen nur schwer vernehmen.

Hinter der pauschalen und von Geringschätzung niemals ganz zu befreienden Kategorie des «Kleinbürgers» steht manches an lokalspezifischem Handwerkertum mit seinem eigenen Ethos und einem besonderen Stolz, der auf der Sicherheit im eigenen Metier beruht.<sup>68</sup> Solche wertgestützten Handwerkerkulturen, die manchmal, etwa in Teilen Indiens, sogar kastenförmige Exklusivität besaßen, gab es auf der ganzen Welt, oft höher geachtet als die Sphäre des Handels: stationäre und stabile Sphären der sozialen Mitte, gestützt durch Monopole praktischen Wissens, die auch keine Oberschicht anzufechten und zu ersetzen vermochte. Tradierteres Können entgeht eher als rechtliche Privilegierung und konfiszierbares Eigentum der Entwertung durch politische Revolutionen; Handwerker und Garanten elementarer Versorgung werden immer gebraucht. Erst Maschinenproduktion stellt solche Dienste in Frage, ohne sie überflüssig machen zu können. Von daher gibt es eine Beharrungskraft des kleinen Gewerbes, die der Proletarisierungsangst des Kleinbürgers entgegensteht. Kleinbürger (in einem weiten Sinne) blicken nicht unbedingt devot zu den höheren Rängen der sozialen Hierarchie auf. Der Kleinbürger hat nicht den Ehrgeiz, Urheber und Träger einer überlegenen Kultur zu sein. Daher investiert er nicht viel von seinem kulturellen Kapital in Bildung, hat ein pragmatisches Verhältnis zu ihr, insofern sie – eher als Ausbildung – den Nachkommen nutzen könnte. Kleinbürger sind freilich zu politischem Kollektivhandeln fähig. Wenn sie wichtige Kanäle der gesellschaftlichen Zirkulation kontrollieren, können sie mehr Macht ausüben als mancher Industriekapitän. Streiks von Basarkaufleuten oder Boykotte durch Kleinhändler in chinesischen Hafenstädten haben immer wieder politischen Druck erzeugt. Waren solche Aktionen gegen ausländische Interessen gerichtet, dann wurden sie zu einer frühen Äußerungsform nationalistischer Politik. Die große internationale Erfahrung von Kleinbürgern war der Krieg. Neben Bauern und Arbeitern stellten sie die Hauptmasse europäischer Armeen, auch in den Kolonien. Die niederen Offiziersränge, die Korporale und Feldwebel, waren von Herkunft wie Habitus her kleinbürgerlich. Der Unteroffizier war der Kleinbürger in Uniform. Überhaupt spiegeln militärische Hierarchien oft die Rangordnung in der zivilen Gesellschaft getreulich und verdeutlichend wider. Auf kaum einem anderen Gebiet lässt sich der wechselvolle «Aufstieg» des Bürgertums, in jedem Land Europas mit eigener Färbung, besser beob-

achten als im Kampf um Offizierspatente und um Anerkennung durch aristokratische Militärführungen.<sup>69</sup>

### Respektabilität

Die eigentliche Bourgeoisie, in etwa übereinstimmend mit Hartmut Kaelbles Milieu der «oberen Mittelschicht», bestand aus Leuten, die in weiträumigeren Bezügen dachten als Kleinbürger, die mit Kapital wirtschafteten – auch dem kulturellen Kapital von akademischem Wissen – und die sich die Hände nicht schmutzig machten. «Der Bourgeois», bemerkt der süffisante Edmond Goblot in einem unübertroffenen Essay aus den 1920er Jahren, «trägt Handschuhe».<sup>70</sup> Dies war ein Grundelement eines besonderen bürgerlichen Habitus. Ein anderes war die Sorge um den guten Ruf. Statt, wie der Adlige, auf die Ehre, achtet der typische Bürger auf Respektabilität, auch wenn er sich gelegentlich dem aristokratischen Ehrenkodex des Duells unterworfen hat. Respektabel sucht man vor allem in den Augen *anderer* Bürger zu sein, aber auch in denen der Oberschicht, der man keinen Anlass zu Herablassung geben will, und denen der gesellschaftlich tiefer Stehenden, von denen man erwartet, mit Ehrerbietung behandelt und als Meinungsführer anerkannt zu werden. Das Streben nach Respektabilität ist eine über Europa hinaus anzutreffende Haltung der gesellschaftlichen Mitte. Seine wirtschaftliche Ausdrucksform ist die Kreditwürdigkeit, die Bonität. Der Bürger verfügt über ein halbwegs sicheres Einkommen, und wenn er selbst Geld braucht, vermittelt er dem Gläubiger die Erwartung, dass der Kredit nicht verloren sei. Der respektable Bürger befolgt Gesetze und moralische Gebote. Man weiß, was sich «schickt», und verhält sich danach. Die Bürgerin meidet Müßiggang, aber auch körperliche Arbeit außerhalb des eigenen Hauses. Ein Bürger ist, wessen Frau und Töchter den Erwerb in fremdem Dienst nicht nötig haben, und ein gehoben bürgerliches Gesellschaftsmitglied, wer sich umgekehrt materiell in der Lage findet, Dienstboten im eigenen Haushalt zu beschäftigen.

«Respektabilität» war, ebenso wie das Charaktermodell des englischen *gentleman*, ein mobiles und erlernbares Kulturideal. Europäer wie Nicht-europäer konnten ihm gleichermaßen nachstreben. Im städtischen Südafrika des 19. Jahrhunderts zum Beispiel näherten sich weiße und schwarze Mittelschichten im Zeichen solcher Respektabilität einander an – bis ein zunehmender Rassismus diese Konvergenz immer mehr erschwerte.<sup>71</sup> Auch der arabische, chinesische oder indische Kaufmann kultivierte seine Distanz zur Handarbeit, legte Wert auf häusliche Tugen-

den (die sich auch bei Polygamie auf besondere Weise verwirklichen ließen), betonte den dispositiven Charakter seiner Tätigkeit, rechnete und plante nach den Regeln rationalen Geschäftskalküls und gab sich Mühe, seine hohe Reputation unter Beweis zu stellen. So etwas wie ein «bürglicher» Habitus ist nicht notwendig an die kulturellen Voraussetzungen des Okzidents gebunden. Das Aufkommen riesiger, insgesamt nach Hunderten von Millionen zählender *middle classes* in Ländern wie Japan, Indien, China oder der Türkei seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts kann daher als bloßer Export westlicher Gesellschaftsformen nicht zureichend erklärt werden. Es ist ohne einheimische Grundlagen undenkbar.

Überall bildete im 19. Jahrhundert das gehobene Bürgertum eine Minderheit. Selten überstieg der Anteil der Bürger von «Besitz und Bildung» an einer nationalen Gesamtbevölkerung mehr als die etwa fünf Prozent (maximal 15 Prozent unter Einschluss des nicht-agrarischen Kleinbürgertums), auf die er für Deutschland veranschlagt wird.<sup>72</sup> In den USA entstand demgegenüber eine einflussreiche, bis heute wirkende Tradition, sich als eine Gesellschaft zu begreifen, die aus nichts anderem als *middle class* bestehe. Das amerikanische Volk, so schrieb der Historiker Louis Hartz 1955, sei «eine Art von nationaler Verkörperung des Begriffs der Bourgeoisie».<sup>73</sup> Die Sozialgeschichtsforschung hat diesen Mythos der Klassenlosigkeit, ein Zwilling des Mythos vom «Schmelztiegel», dekonstruiert und die Spezifik und Differenziertheit bürgerlicher Lebenslagen und Weltbilder in den USA herausgearbeitet. Gerade die amerikanische Großbourgeoisie grenzte sich nicht weniger scharf von sozial tiefer Gestellten ab als ihr Widerpart in Europa.<sup>74</sup> Wenn Bürger außerhalb weniger Länder und Regionen wie England, den Niederlanden, Belgien, der Schweiz, Nordfrankreich, Katalonien, Westdeutschland oder den nordöstlichen Bundesstaaten der USA auch im sogenannten «Westen» noch um 1900 vielfach Einsprengsel in einer Welt der Unbürgerlichkeit waren, dann galt dies umso mehr für die Weltszene. Im «bürglerlichen Zeitalter» bildeten Bürger von «Besitz und Bildung» eine winzige Minderheit unter der Weltbevölkerung. Bürger und Bürgerlichkeit waren in der Welt höchst ungleich verteilt. Jedoch folgte diese Verteilung nicht dem simplen Schema «the West and the rest». Europa war keineswegs *als Ganzes* in ein bürgerliches Zeitalter eingetreten, und Ansätze bürgerlicher oder quasi-bürgerlicher Entwicklung fehlten außerhalb Europas und Nordamerikas nicht völlig.

### Die Universalität gesellschaftlicher Mittellagen

An diesem Punkt beginnt das Interesse einer globalen Sozialgeschichte. Gewiss, Bürger und Bürgerlichkeit waren Produkte der westeuropäischen Stadtkultur

und des Fernhandels der frühen Neuzeit, im 19. Jahrhundert neu geformt unter den Bedingungen von industriellem Kapitalismus und revolutionärem Gleichheitsdenken. Ebenso waren Idee und teilweise verwirklichte Praxis «bürglerlicher Gesellschaften» eine der markantesten Facetten des (west-)europäischen Sonderweges in der neueren Geschichte. Nirgendwo sonst als in Westeuropa und den neo-europäischen Siedlergesellschaften scheint es die Vorstellung gegeben zu haben, die Mitte der sozialen Hierarchie könne dem gesellschaftlichen Ganzen ihre Ideale der Lebensführung aufprägen. Dennoch lohnt es, danach zu fragen, wo und wie sich außerhalb des nordatlantischen Okzidents im 19. Jahrhundert soziale Milieus herausbildeten, die den westlichen *middle classes* ähnlich oder gar in ihren Rollen äquivalent waren. Die folgenden Bemerkungen addieren sich nicht zu einem Panorama «außereuropäischer» Bürgerlichkeit.<sup>75</sup> Sie beleuchten einige Analogien und Beziehungen und illustrieren sie durch Beispiele, die überwiegend aus dem asiatischen Raum genommen sind. Dort hatten sich während der frühen Neuzeit Kaufmannskulturen herausgebildet, die den gleichzeitigen europäischen an Komplexität und Leistungsfähigkeit nicht nachstanden.<sup>76</sup> Und dort waren in vielen Regionen spätestens bis 1920 im Spannungsfeld zwischen Kapitalismus und höherer Bildung embryonale Bourgeoisien entstanden, die – und das war neu – in Kategorien nationaler Politik dachten. Auch in zahlreichen Teilen Afrikas hatten damals solche Prozesse sozialer Neubildung begonnen. Die sozialen Diskontinuitäten waren aber im subsaharischen Afrika typischerweise schärfer als in Asien. Das hatte zwei Gründe. Zum einen war die europäische Kontrolle über die entstehenden modernen Sektoren der Wirtschaft (Bergbau, Plantagen) noch vollständiger als zumeist in Asien; Afrikaner waren in dieser neuen ökonomischen Ordnung nur als Lohnarbeiter oder kleinbäuerliche Zulieferer vorgesehen. Zum anderen führte das Auftreten christlicher Missionare in Afrika zu einem viel tieferen soziokulturellen Bruch als fast überall in Asien. Es war allein die Mission mit ihren Erziehungsangeboten, die eine westlich orientierte Bildungselite neu entstehen ließ, während in Ost- oder Südasien einheimische Wissenskulturen in komplizierteren Prozessen umgewandelt wurden.<sup>77</sup> Wir suchen also nach Quasi-Bürgern im Asien des 19. Jahrhunderts.

Ganz allgemein gesprochen, nahm im 19. Jahrhundert, besonders nach der Jahrhundertmitte, in vielen Teilen der Welt das relative Gewicht gesellschaftlicher Mittellagen zu. Dies hing mit dem Bevölkerungswachstum, das eine fortschreitende gesellschaftliche Differenzierung förderte, ebenso zusammen wie mit der generellen Expansion von Handel und Geschäftstätigkeit im Fern- wie im Nahbereich, einem Prozess, der keinen Kontinent unberührt ließ und etwa auch das subsaharische Afrika lange vor dem Beginn der kolonialen Eroberung erfasste.<sup>78</sup> Kaufleute und Bankiers, also Experten für Tausch und Zirkulation, trieben diese Entwicklung in vielen kulturellen Kontexten voran und profitierten von ihr. Ein dritter bedingender Faktor war der Ausbau von Staatsverwaltungen, der neue Beschäftigungsmöglichkeiten auf mittleren Hierarchieniveaus schuf, also für nicht-adlige, aber gebildete oder zumindest geschulte Funktionäre. Bürger waren im 19. Jahrhundert solche sozialen Gruppierungen, die sich selbst in einer «dritten» Position am Rande oder in der vertikalen Mitte sozialer Hierarchien verorteten.

Ein derart beschaffenes Gesellschaftsbild verstand sich nicht von selbst. Gesellschaften konnten von innen heraus als egalitär-bruderschaftlich, als dichotomisch (oben/unten, *insiders/outsiders*) oder als fein nach Rängen und Ständen abgestuft imaginiert werden. Die Vorstellung, ein Drittes zwischen Elite und bäuerlichen Massen oder städtischer Plebs zu bilden, anders gesagt: eine nicht leere, sondern mit Bedeutung gefüllte Zentralposition zu besetzen, wurde erst für das 19. Jahrhundert charakteristisch, nachdem das 18. Jahrhundert in manchen europäischen und asiatischen Ländern vorbereitend gewirkt und die Wirtschaftsbürger gestärkt hatte. Nun erst wurde der Kaufmann oder Bankier nicht nur praktisch geduldet und insgeheim geschätzt, sondern auch «theoretisch», also im dominanten Wertgefüge von Gesellschaften, allgemein anerkannt. Eine solche Aufwertung der Mitte musste nicht gleich den «Aufstieg des Bürgertums» bedeuten. Manchmal waren die Akzentverschiebungen zugunsten von Großkaufleuten und Notabeln kaum spürbar und nur in Nuancen des geselligen Umgangs zu erkennen. Aber die Tendenz war weltweit verbreitet: Tätigkeiten, Lebensstile und Mentalitäten, die mehr mit Kommerz und nicht-kanonischem Wissen als mit Landwirtschaft, Landleben und kulturellen Orthodoxien zu tun hatten und deren Reichweite und Horizont den «Blick vom Kirchturm» überstiegen, nahmen gegenüber früheren Epochen an Bedeutung zu.

Die Subjekte solcher Tätigkeiten, Lebensstile und Mentalitäten, also Quasi-Bürger, waren oftmals (aber nicht immer) neue und traditionslose

soziale Kräfte, definierten ihre eigene soziale Identität eher durch ein Leistungs- und Wettbewerbsdenken als durch die Einpassung in gegebene Statushierarchien und strebten die Anhäufung und Sicherung von mobilem Reichtum an, auch wenn viele aus Sicherheits- und Prestigegründen ihr Geld teilweise in Immobilien anlegten: das Gegenstück zu jener «Feudalisierung» des Bürgertums in den europäischen Ländern, die lange unter den Historikern ein heiß umstrittenes Thema gewesen ist. Quasi-bürgerliche Gruppierungen waren nirgendwo in Asien «an der Macht», aber sie waren trotz geringer Zahlen oft einflussreich und wirkten auf die Modernisierung ihrer Gesellschaften hin. Dies geschah häufig ohne reflektierte Programme und ohne artikulierte «Bürgerlichkeit» dadurch, dass sie sich fortgeschrittene Techniken der Produktion und der kommerziellen Organisation zunutze machten, in Wachstumsbranchen (wie die agrarische Produktion für den Export oder den mechanisierten Bergbau) investierten und Verfahren der Mobilisierung von Kapital nutzten, die über die tradierten einheimischen Möglichkeiten hinausgingen. Diese Bürger waren in ihrer objektiven Wirkung wirtschaftliche Pioniere mit einer betriebswirtschaftlich kalkulierenden Unternehmermentalität. Selten traten sie aber als selbstbewusste Vertreter eines wirtschaftlichen oder gar politischen Liberalismus auf. Das hat ihre Sichtbarkeit für europäische Zeitgenossen und Historiker verschleiert, die erst nach liberaler Rhetorik suchten und dann hinter ihr die zugehörigen Bürger fanden.

Die Quasi-Bürger Asiens hätten sich einen anti-etatistischen Liberalismus ohnehin nicht leisten können, denn sie standen in einem ambivalenten Verhältnis zum Staat. Wie für Wirtschaftsbürger überall sonst war ihr Ziel einerseits die möglichst unbehinderte Selbstorganisation und die eigene Kontrolle über das Marktgeschehen. Die chinesische Wirtschaft des 18. Jahrhunderts zum Beispiel war eine solche Art von Marktwirtschaft gewesen, und als sich eine chinesische Bourgeoisie erneut Freiräume erobern konnte, geschah dies nicht zufällig zwischen 1911 und 1927, als chinesische Staatlichkeit so schwach war wie selten zuvor und nie wieder seither.<sup>79</sup> Andererseits waren kommerzielle Mittelschichten in vielen asiatischen Ländern auf den Staat angewiesen, mit dem sie zuweilen eine symbiotische Beziehung verband. Als Steuerzahler und Bankiers finanzierten sie ihn und genossen umgekehrt seine Protektion. Der Staat, ob einheimisch oder kolonial, musste sie vor ihrer oft missgünstigen Umwelt schützen und ein Minimum an Rechtssicherheit garantieren. Dabei war das Spektrum der Möglichkeiten sehr breit. Es reichte von der monopolistischen Begünstigung kommerzieller Minderheiten in einigen europäi-

schen Kolonien Südostasiens – etwa durch Opiummonopole für chinesische Händler<sup>80</sup> – bis zur Sicherung äußerer Freiräume durch einen kaum intervenierenden *Laissez-faire*-Kolonialstaat wie im britischen Hongkong. In den meisten Fällen war die Staatsnähe größer als im westlichen Europa. Die gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstehenden asiatischen Bourgeoisien waren zwar nicht in erster Linie Staatsdienerklassen. Auch waren sie selten unmittelbar durch den Staat ins Leben gerufen worden, sondern hatten ihre *eigenen* Geschichten mercantilen Erfolges hinter sich. Sie waren jedoch – vom Osmanischen Reich bis nach Japan – zunächst staatlich protegierte kommerzielle Nischengruppen. Für autonome Systeme privater Marktregelung fehlten im 19. Jahrhundert im überwiegenden Teil der Erde die institutionellen Voraussetzungen.

Daher waren voll entwickelte «bürgerliche Gesellschaften», zumal solche, in denen auch das politische System «verbürgerlicht» war, auf der Welt sehr selten. Charakteristisch war vielmehr nicht nur in den Kolonien, sondern auch in den unabhängigen Ländern Asiens sowie an der südlichen und östlichen Peripherie Europas das, was Iván T. Berend mit Blick auf Ostmitteleuropa den Typus der *dual society* genannt hat:<sup>81</sup> asymmetrische Koexistenz alter und neuer (bürgerlicher) Eliten bei wachsender ökonomischer Bedeutung der Bürger, doch unter Wahrung des politischen Übergewichts und teilweise auch der kulturellen Leitfunktion der alten Eliten, auch wenn diese aus der Sicht der fleißigen, bildungsbeflissensten und selbstdisziplinierten Mitte der Gesellschaft häufig als dekadent und minder leistungsfähig eingeschätzt wurden.

#### **Kommerzielle Minderheiten in der wachsenden Weltwirtschaft**

waren zweifellos eines ihrer hervorstechenden Merkmale. Ganze Händlergesellschaften, etwa die Suaheli in Ostafrika, konnten sich über lange Zeiträume durch Anpassung an sich wandelnde äußere Bedingungen behaupten.<sup>82</sup> Die Quasi-Bürger waren zum größten Teil in Handel und Finanzen tätig – Feldern, auf denen es manche Familien bereits im 18. Jahrhundert zu großem Reichtum gebracht hatten, etwa unter den Kaufleuten in Indien (*bania*), von denen die Briten zum Teil noch abhängig blieben, als andere einheimische Spezialistengruppen wie die indo-islamischen Verwaltungsbeamten längst entbehrlich geworden waren, oder den Hong-

Nicht alle Quasi-Bürger außerhalb des Okzidents waren zur Weltwirtschaft hin orientiert, aber ihre Vernetzungsfunktionen

Kaufleuten, die vor dem Opiumkrieg den chinesischen Handel mit den Europäern abwickelten. Diese Gruppen hatten in unterschiedlicher Weise unter der Expansion des europäischen, insbesondere britischen Asienhandels nach etwa 1780 gelitten und dabei Wohlstand und Prestige eingebüßt: die indischen Kaufleute wegen der Errichtung von Handelsmonopolen durch die East India Company, ihre chinesischen Kollegen umgekehrt wegen der Unterminierung und schließlich Abschaffung des kaiserlichen Außenhandelsmonopols und der Öffnung Chinas für einen begrenzten Freihandel, in dem die alten, an parasitären Bürokratismus und immobile Monopolpraktiken gewöhnten Kaufmannsfamilien keine neue Rolle fanden.<sup>83</sup> Von diesen «frühnezeitlichen» Kaufmannschaften führte ebensowenig ein direkter Weg zu einer «modernen» Bourgeoisie, wie sich in Europa Kaufmannsfürsten im Regelfall in industrielle Unternehmer verwandelten. Überall außer in Japan und im Westen Indiens, wo Parsi-Kaufleute in Bombay und Umgebung eine Baumwollindustrie auf die Beine stellten, blieb selbst noch um 1900 wenig Spielraum für unternehmerisches Engagement in der Industrie. Die Eisenbahnen, die privatem Unternehmertum in vielen Ländern Europas und in den USA soviel Auftrieb gaben, befanden sich zumeist in ausländischer Hand. Eine günstige, da technologisch relativ unaufwendige Einstiegsmöglichkeit in die kapitalistische Produktion boten allenfalls Plantagen. Die singalesische Bourgeoisie im kolonialen Ceylon, die zu den ältesten und dauerhaftesten bürgerlichen Formationen in Asien gehört (noch heute dominieren einige der Pionierfamilien aus dem 19. Jahrhundert Sri Lankas Politik), verdankt ihren Aufstieg einem solchen frühen Engagement in der Plantagenwirtschaft. Arabische Kaufmannsdynastien in Malaia und Indonesien investierten ebenfalls in diesem Sektor.<sup>84</sup>

Nichteuropäische Quasi-Bürger übten seit dem Beginn des Handelskontakts mit Europa oft vermittelnde «Komprador»-Funktionen aus.<sup>85</sup> Dabei konnten sie ihre Erfahrung mit einheimischen Handelsnetzen ausbauen und diese Netze selbst an die Weltwirtschaft ankoppeln. Sie ermöglichten überhaupt erst den Austausch zwischen unterschiedlichen Geschäftskulturen, etwa der indischen oder chinesischen (das Wort Komprador stammt aus dem portugiesisch-chinesischen Kontext der frühen Neuzeit) und der westlichen. Sie erschlossen Finanzierungsquellen und nutzten ihre Kontakte zu Geschäftspartnern im Binnenland. Allein in China gab es um 1870 etwa 700, um 1900 bis zu 20 000 solcher Kompradore.<sup>86</sup> Oft spielten religiöse bzw. ethnische Minderheiten (Juden, Armenier, Parsis in Indien, Griechen in der Levante) eine solche Rolle.<sup>87</sup> Dies

war im Übrigen keine «außereuropäische» Besonderheit. In Ungarn zum Beispiel, wo ein starker Adel sich wenig für das moderne Wirtschaftsleben interessierte, nahmen jüdische und deutsche Unternehmer innerhalb der entstehenden Geschäftsbourgeoisie eine zentrale Stellung ein.<sup>88</sup> Sie waren die wichtigsten Initiatoren der Eingliederung Ungarns in die Weltwirtschaft. In China blieben die Vermittlungsgeschäfte in chinesischer Hand; Gruppen chinesischer Kaufleute in den Treaty Ports spezialisierten sich darauf. Emigrierte Chinesen waren aber wiederum in allen Ländern Südostasiens als kommerzielle und teilweise auch in Bergbau (Zinn in Malaya) und Plantagenwirtschaft tätige Geschäftsminderheiten zu finden. Sie bildeten in sich selbst wiederum Hierarchien des Reichtums und Prestiges, die vom Krämerladen einer chinesischen Familie in einem Dorf des Binnenlandes bis zu den steinreichen Multifunktionskapitalisten in Kuala Lumpur, Singapur oder Batavia reichten.<sup>89</sup> In der niederländischen Kolonie Java war zu Beginn des 19. Jahrhunderts nahezu der gesamte Binnenhandel in chinesischer Hand. Die Kolonialmacht verließ sich bei der Ausbeutung der Insel fast ganz auf eine Minderheit, die in der Kolonialhauptstadt Batavia seit deren Gründung 1619 das Geschäftsleben dominiert hatte. Auch wenn später auf Java europäische Interessen aktiver eingriffen, blieb die chinesische Minderheit (weniger als 1,5 Prozent der Bevölkerung) für das Kolonialsystem unentbehrlich und profitierte ihrerseits von ihm; sie stellte bis zum Ende der niederländischen Herrschaft 1949 die Verbindung zwischen ausländischen Firmen und der javanischen Bevölkerung her.<sup>90</sup> Kommerzielle Minoritäten wickelten auch – abermals als «Dritte» – Geschäfte über weiteste Entfernung ab. So lag der russische Weizenexport über Odessa in die USA zu Beginn des 19. Jahrhunderts in den Händen griechischer Kaufmannsfamilien, die vorwiegend von der Insel Chios stammten.<sup>91</sup>

Die Stellung solcher Minderheiten war selten krisensicher, und sie hatten wenig Anlass zu selbstbewusster Bürgerlichkeit. Die Griechen von Chios wurden nach der Einführung des Freihandels im Osmanischen Reich 1838 zu Agenten westlicher Firmen degradiert und nahmen vielfach die britische oder französische Staatsangehörigkeit an. Die chinesischen Kompradore, durchweg ethnische Chinesen, wurden nach etwa 1900 allmählich durch angestellte *Chinese managers* der großen japanischen und westlichen Import/Export-Häuser an der Chinaküste ersetzt. Trotz staatlicher Protektion kamen immer wieder Übergriffe und Enteignungen vor. Sie wurden mit dem Anwachsen des Nationalismus der Mehrheitsbevölkerung virulenter, eine Entwicklung, die im 20. Jahrhundert dramatische

Ausmaße annehmen sollte. Im 19. Jahrhundert hat es solch drastische Attacken wie die Vertreibung europäischer Minderheiten aus Ägypten nach der Suezkrise von 1956 und das große Massaker an den Chinesen in Indonesien 1964 noch nicht gegeben.<sup>92</sup> Europäische Kolonialregierungen schützten oft Minderheiten, auf deren Steuerkraft der Fiskus angewiesen war. Dass die Quasi-Bourgeoisien außerhalb Europas sich sowohl gegenüber der einheimischen Gesellschaft als auch gegenüber den Kräften des Weltmarktes in einer schwachen Position befanden, hinderte sie nicht daran, die Möglichkeiten einer eigenständigen Geschäftspolitik zu nutzen und ihre Spielräume zu erweitern. Sie hüteten sich jedoch vor allzu einseitigen Abhängigkeiten und strebten oft die Sicherheit der Vermögensakkumulation innerhalb der eigenen nahen oder erweiterten Familie an. Die engen Familienverknüpfungen, die heute noch viele Spielarten des asiatischen Kapitalismus auszeichnen, bewährten sich als Strategie der Risikominimierung. Eine andere Strategie war die möglichst breite Diversifikation der Geschäftsinteressen: Handel, gewerbliche Produktion, Geldverleih, Landwirtschaft, städtischer Immobilienbesitz. Wenn Selbständigkeit, institutionell schwach gesicherte Eigeninitiative und die Notwendigkeit, in Umgebungen mit hohem Risiko zu operieren, ökonomische Definitionsmerkmale von Bürgerlichkeit sind, dann treffen sie auf die *self-made men* an der «Peripherie» der Weltwirtschaft in hohem Maße zu.<sup>93</sup>

### Moderne und Politik

Außerhalb Europas brachten Gruppen, die man als quasi-bürgerlich betrachten kann, selten ein offensives politisches Selbstbewusstsein zum Ausdruck. Sie waren politisch nicht sehr einflussreich und gesellschaftlich oft isoliert. Wenn sie als eindeutig erkennbare Minderheiten auftraten, wie die Griechen im Osmanischen Reich oder die Chinesen in Südostasien, waren ihre Möglichkeiten der Anpassung an die gesellschaftliche Umwelt und auch ihr Wille dazu oft begrenzt. Umso stärker pflegten sie eine minoritäre Sonderkultur, ein Charakteristikum quasi-bürgerlicher Nischengesellschaften. Eine solche Abkapselung stand jedoch häufig in einer Spannung zum gegenläufigen Streben nach Öffnung und nach Anschluss an weltweite Trends und universale Normvorstellungen. Einen ähnlichen Widerspruch findet man innerhalb des jüdischen Bürgertums in Westeuropa: ein Wechselspiel zwischen Assimilation an die Umwelt, von Überzeugung getragener Übernahme universaler Kulturwerte und dem

Wunsch, die gelebte Solidarität der jüdischen Religionsgemeinschaft zu erhalten. Sucht man eine übergreifende, sich in mehreren Teilen der Welt findende Orientierung, dann ist es weniger der Anspruch auf politische Macht und eigenständige kulturelle Hegemonie als auf «Zivilisation». Bürgerlichkeit in Asien und Afrika bedeutete seit dem späten 19. Jahrhundert (wie zuvor schon für die westeuropäischen Juden seit den Zeiten Moses Mendelssohns), Anschluss an einen großen Prozess der «Zivilisierung» der Sitten und der Lebensformen zu finden. Man sah diesen Prozess nicht unbedingt als Emanation Europas und sich selbst keineswegs allein in der Rolle abhängiger Imitatoren. So unverkennbar der Prozess der Zivilisierung in Städten wie Paris, London oder Wien vorangeschritten war, so waren außereuropäische Quasi-Bürger doch selbstbewusst genug, um ihn als eine allgemeine Tendenz der Zeit aufzufassen, an der sie selbst aktiven Anteil zu nehmen gedachten. Städte wie Istanbul, Beirut, Shanghai oder Tokyo wurden modernisiert, und indem sie darüber schrieben, schufen (einheimische) Intellektuelle zugleich die Stadt «als Text».⁹⁴

Überall auf der Welt erkannten sich Angehörige von «Mittelschichten» untereinander daran, dass sie «modern» sein wollten. Dabei waren einschränkende Adjektive gegenüber dem Allgemeinheitsanspruch von Modernität von nachrangiger Bedeutung. Moderne sollte ihre «englische», «russische», «osmanische» oder «japanische» Ausprägung finden. Wichtiger war aber die Unteilbarkeit der Moderne. Nur so ließ sich die fatale Unterscheidung zwischen authentischer und imitativer Moderne vermeiden. Das Programm «multipler» Modernen, das sich im späten 19. Jahrhundert bereits abzeichnete und das in der heutigen Soziologie eine solch große Rolle spielt, war daher für die entstehenden quasi-bürgerlichen Eliten Asiens ein Danaergeschenk. Modernität musste einen kulturell neutralen und transnationalen Appell haben, um mit Autorität auftreten zu können und überall verständlich zu sein. Sie sollte eine einheitliche Symbolsprache mit lokalen Dialekten sein.<sup>⁹⁵</sup>

Fanden sich *middle classes* – wie zuerst in Indien oder um 1920 auch in Indonesien oder Vietnam – auf unterschiedlichen Seiten des kolonialen Grabens, dann war das Verhältnis ambivalent. Aus Partnern konnten wirtschaftliche und kulturelle Konkurrenten werden. Europäisierte Asiaten oder Afrikaner, so nützlich sie als kulturelle Makler sein mochten, brachten die Werteverordnung «moderner» Europäer durcheinander. Indigene Ansprüche auf Modernität wurden mit besonderer Schärfe zurückgewiesen. Verweigerte Anerkennung als gleichwertige Bürger – auch im staatsbürgerlichen Sinne –

machte ausgerechnet einige der «westlichsten» Asiaten zu unerbittlichen Gegnern des Kolonialismus. Eine eigene nationalistische *Politik* haben Mittelklassen in Asien und Afrika erst nach 1900 gemacht, eigentlich erst nach dem Ersten Weltkrieg, als von Irland über die Peripherien Russlands, Ägypten, Syrien und Indien bis Vietnam, China und Korea große Protestwellen die imperiale Welt erschütterten. Selbst in Japan, dem konstitutionell fortschrittlichsten Land Asiens, konnten sich Repräsentanten politischer Bürgerlichkeit erst um diese Zeit in einem politischen System einigermaßen Gehör verschaffen, das bis dahin von den Meiji-Führern mit ihrem ritterlichen Samurai-Hintergrund beherrscht worden war. Generell bedurfte es als Anstoß der Revolutionen des 20. Jahrhunderts (einschließlich der Dekolonisation nach 1945), um politische Räume für eine bürgerliche Politik der «Zivilgesellschaft» zu öffnen.

Elemente von «Zivilgesellschaft» im vorpolitischen Raum gab es freilich früher und weiter verbreitet. Das europäische, östlich bis in russische Provinzstädte hineinreichende Assoziationswesen fand Entsprechungen in anderen Teilen der Welt. Wohlhabende Kaufleute in China, dem Mittleren Osten oder Indien engagierten sich philanthropisch in der Katastrophenhilfe, stifteten Hospitäler, trugen Geld für den Bau von Tempeln oder Moscheen zusammen, unterstützten Prediger, Scholaren und Bibliotheken; dies taten sie häufig in überregionaler Abstimmung miteinander.<sup>⁹⁶</sup> Organisierte Philanthropie war oft der unverfängliche Ausgangspunkt für eine weitergehende Befassung mit öffentlichen Belangen und einer Arena, in der sich Privateute der gesellschaftlichen «Mitte» mit Aristokraten und Vertretern der Staatsmacht trafen. Ein anderes zivilgesellschaftliches Element waren städtische Gilden, die zum Beispiel in der mittelchinesischen Metropole Hankou nach etwa 1860 immer weitere Funktionen übernahmen und zu wichtigen Kristallisierungskernen einer weniger spezifisch «bürgerlichen» als schichtenübergreifenden Gemeinschaftsbildung wurden.<sup>⁹⁷</sup>

### Bildungsbürger

Einige soziale Typen, in denen sich «Bürgerlichkeit» ausprägte, waren leichter universalisierbar als andere. Der kulturprotestantische Gymnasialprofessor des deutschen Kaiserreichs oder der couponschneidende Rentier der französischen Dritten Republik, der die Renditen seiner Russlandanleihen genoss, waren lokale Sonderentwicklungen, weniger «exportfähig» als etwa der unternehmerische Gründer in Industrie und Finanz, den es spätestens um 1920 fast

überall gab, wenn auch in manchen Ländern nur in wenigen Exemplaren. Handeltreibende Bürger waren ohnehin in aller Welt verbreitet, der Bildungsbürger hingegen war eine mitteleuropäische, ja, eine deutsche Sonderentwicklung.<sup>98</sup> Dies lag nicht allein am Inhalt der Bildung, die sprachlich geformt oder in ganz besonderen, anderswo unverständlichen ästhetischen und philosophischen Idiomen ausgedrückt war. Es lag auch am relativen Stellenwert von «Bildung» in der Gesellschaft. Das Bildungsbürgertum schuf sich in Deutschland, auf der Grundlage der neuhumanistischen Bildungsreform nach 1810 und vielfach auf dem Weg durch das protestantische Pfarrhaus, seinen eigenen Entfaltungsräum in Opposition zu den gar nicht primär geistigen Prioritäten des Adels und zu den Formen und Motiven aristokratischer Kultur. Der Bürger konnte durch Bildung nur deshalb Ansprüche und Überlegenheit zur Geltung bringen, weil die Werte der vormodernen Eliten auf anderen Gebieten lagen – was die außerordentliche Kennerschaft und praktische Kompetenz von Aristokraten nicht ausschließt, etwa im schichtenübergreifenden Wiener Musikleben der Zeit Haydns und Mozarts. Dass sich soziale Aufsteiger ohne Verwurzelung in Genealogie und Tradition zu Schöpfern und Hütern einer nationalen Kultur aufschwangen und ein Lebensideal der individuellen Vervollkommnung durch Selbsterziehung propagierten, war nur unter bestimmten Bedingungen überhaupt möglich. Die wichtigste dieser Bedingungen war die in Deutschland besonders weit vorangetriebene «Verstaatlichung der gelehrten Stände»: Unter staatlichem Patronat wurden «Beruf» und «Bildung» dauerhaft verknüpft und Aufstiegschancen im «öffentlichen Dienst» geschaffen, die nicht den Gesetzen des freien Arbeitsmarktes gehorchten.<sup>99</sup> Man musste nicht weiter als in die Schweiz und nach England gehen (von den USA ganz zu schweigen), um eine marktwirtschaftliche und staatsferne Regulierung der «gebildeten Berufe» zu finden. Auf der anderen Seite garantierte ein staatslastiges System noch nicht, dass sich ihm eine homogene Bildungsschicht anlagerte. Im Zarenreich gründeten die hohen Verwaltungsbeamten, zumeist Juristen, «ihr Selbstbewusstsein nicht auf höhere Bildung, sondern auf ihren Platz in der Hierarchie der Rangtabelle».<sup>100</sup>

Das Bildungsbürgertum war eine solch rare Pflanze, dass man nicht begründen muss, warum sie anderswo *nicht* gedieh; schon der deutsche Begriff «Bildung» ist notorisches unübersetzbare. Aber selbstverständlich gab es in mehreren schriftlich kommunizierenden Zivilisationen Ideale von literarisch-philosophischer Erziehung und geistiger Vervollkommnung, die man als Varianten von «Bildung» deuten kann. Die innerweltliche

Selbstperfektionierung durch traditionsgeleitete Charakterformung konnte auch in Asien mitunter als Aufgabe des Individuums verstanden werden, im spätkaiserlichen China ein sogar von Kaufleuten verfolgtes Ziel, das vom europäisch-deutschen Bildungsgedanken keineswegs durch Abgründe getrennt war. Auch in Japan kam es in der späten Tokugawa-Zeit zu einer ähnlichen Annäherung zwischen der Kultur der Samurai und derjenigen der kommerziell tätigen Stadtbewohner (*chōnin*) im Zeichen geteilter Werte und Vorlieben.<sup>101</sup> Warum aber gab es, um ein Gedankenspiel zu treiben, in China – dem plausibelsten Kandidaten dafür – kein Bildungsbürgertum? Eine solche soziale Gruppierung konnte dort nicht auftreten, wo sich die etablierte Elite selbst bereits durch Bildung definierte und ein Monopol auf die Institutionen und Ausdrucksformen solcher Bildung besaß. Dies war im spätkaiserlichen China der Fall, wo bis zum Ende der Beamtenprüfungen 1905 und der Dynastie 1911 die kanonisierte Bildung niemals durch eine noch weiter überhöhte Idee herausgefordert werden konnte. Die konfuzianische Tradition ließ sich nicht übertrumpfen. Sie konnte nur kulturrevolutionär verworfen und vernichtet werden. Genau dies geschah, nachdem um die Jahrhundertwende innere Reformbewegungen unter den Literati gescheitert waren. 1915 begann ein Generalangriff auf das Weltbild des alten China. Dieser Angriff wurde nicht von Wirtschaftsbürgern und Staatsbediensteten unternommen. Getragen wurde er von Vertretern einer radikal ikonoklastischen Intelligentsia, die vom entstehenden literarischen Markt lebte oder in neuen Bildungseinrichtungen westlichen Typs beschäftigt war und unter deren Vertretern sich auch zahlreiche Abkömmlinge des untergegangenen Mandarinate befanden.<sup>102</sup> In China entstand daher kein politisch indifferentes oder quietistisches Bildungsbürgertum, sondern eine stark politisierte, auf die großen Städte konzentrierte Intelligenzschicht, aus der später fast alle Führer der kommunistischen Revolution hervorgingen. Gewisse Ähnlichkeiten mit der europäischen Bohème samt ihrem anti-bürgerlichen und subkulturellen Habitus sind unverkennbar.<sup>103</sup> Da auch die intellektuelle Verwestlichung Chinas aufgrund der äußeren Zeitumstände begrenzt blieb, entwickelte sich keine neue, posttraditionale Bildungswelt eigener Prägung.

Eine zweite Voraussetzung für das Entstehen eines Bildungsbürgertums war die Lösung geistiger Orientierung aus einem alles durchdringenden religiösen Zusammenhang. Das europäische Bildungsbürgertum, selbst in seiner deutschen kulturprotestantischen Ausprägung, setzte die Aufklärung und ihre Religionskritik voraus. Nur unter dieser Vorausset-

zung war die Hochschätzung säkularer Inhalte denkbar, von ihrer Steigerung zu Bildungskult, Kunstreligion und wissenschaftlichem Religionsersatz ganz zu schweigen. In anderen religiösen Zusammenhängen, etwa dem islamischen oder buddhistischen, war eine derartige Differenzierung weniger weit fortgeschritten. Die Zurückdrängung religiöser Geltungsansprüche in Fragen der allgemeinen Weltorientierung steckte hier ebenso in ihren Anfängen wie die Relativierung und ritualisierende Entschärfung religiöser Verbindlichkeiten im Namen «gebildeter» Lebensgestaltung. Der Bildungsbürger als bedächtiger Exponent eines hochkulturellen Werte- und Geschmackskonsenses war daher ein rares Geschöpf in der Mitte Europas. In vielen anderen kulturellen und politischen Zusammenhängen standen sich eher Vertreter der Orthodoxie und radikale Protagonisten einer traditionskritischen, von den dissidenten Traditionen des Westens (Anarchismus, Sozialismus) beeinflussten Intelligentsia in scharfem Antagonismus gegenüber.

#### | Kolonialbourgeoisie und kosmopolitische Bourgeoisie

prägt. Insgesamt hat der Kolonialismus wenig zum Export europäischer Bürgerlichkeit beigetragen. Europäische Gesellschaften haben sich, sieht man von Kanada und Neuseeland ab, nur sehr fragmentarisch und gebrochen in den Kolonien reproduziert. Eine Verzerrung im Transfer war dadurch nicht zu vermeiden, dass *alle* Europäer automatisch in eine Herrenrolle einrückten. Noch der unterste weiße Angestellte oder Bedienstete des kolonialen Staates oder einer privaten Firma stand nach sozialem Rang und oft auch Einkommen über der *gesamten* kolonisierten Bevölkerung mit Ausnahme von deren fürstlichen Spitzen (sofern es sie gab). Koloniale Bourgeoisie waren also Groteskformen bürgerlicher Gruppierungen in den europäischen Mutterländern und auch kulturell von ihnen weithin abhängig. Nur in wenigen Kolonien, die keine Siedlungskolonien waren, kam auch genügend quantitative Masse zusammen, um eine örtliche *society* entstehen zu lassen. Die sozialen Profile der einzelnen Kolonien waren recht unterschiedlich beschaffen. In Indien, wo privatwirtschaftliches Engagement von Briten relativ schwach entwickelt war, lagerten sich bürgerliche Lebensformen vor allem an den kolonialen Staatsapparat an, der nur in seinen oberen Etagen aristokratisch dominiert war. Hier wurde zwischen *official British* und *unofficial British*

*Westliche Kolonialbourgeoisie* waren im 19. Jahrhundert relativ schwach ausge-

unterschieden, die gemeinsam lokale Mischgesellschaften von Beamten, Offizieren und Geschäftsleuten bildeten. Sie schotteten sich nach dem Großen Aufstand von 1857 zunehmend entlang der Hautfarbgrenze ab. Familienmitglieder zirkulierten zwischen Indien und Großbritannien. Dass man sich «indisierte» und über mehrere Generationen hinweg den Lebensschwerpunkt der Familie nach Indien verlegte, war nicht die Regel.<sup>104</sup> Man war weniger Siedler als temporärer Migrant (*sojourner*). Ein kleineres Abbild dieser Verhältnisse war Britisch-Malaya, wo das Siedler-element in der Bevölkerung stärker überwog als sonst im britischen Asien.<sup>105</sup>

Südafrika war auf seine Weise ein einmaliger Fall, weil hier die Entdeckung von Gold und Diamanten binnen kurzem das Entstehen einer winzigen, steinreichen Unternehmerplutokratie ermöglichte, einer isolierten «großen» Wirtschaftsbourgeoisie, den *Randlords* wie Cecil Rhodes, Barney Barnato oder Alfred Beit in den Bergaugebieten. Diese Leute waren nicht in ein breit ausdifferenziertes Bürgertum eingebettet und unterhielten mit den alteingesessenen Bürgern am Kap nur schwache Beziehungen. Die «weißen» Hierarchien in Siedlerkolonien hatten meist nur einen indirekten Anschluss an die sozialen Reproduktionsmechanismen in den kolonialen Mutterländern. Sie waren keine bloßen Kopien heimatlicher Gesellschaftsverhältnisse. Im Normalfall richtete man sich darauf ein, als Familie permanent in der Kolonie zu leben und entwickelte oft einen entsprechenden kolonialen Lokalgeist und Chauvinismus. In Frankreichs größter Siedlungskolonie, Algerien, war am Ende des 19. Jahrhunderts Landbesitz, für Getreide- und Weinbau genutzt, relativ breit gestreut und wenig konzentriert. Dies führte zu einer Gesellschaft bürgerlicher und kleinbürgerlicher *colons*, die in großer sozialer und mentaler Distanz zu den Bourgeoisie der französischen Großstädte standen. Algerien war das Musterbeispiel einer Kleinbürgerkolonie, in der trotz vielfältiger Diskriminierung auch eine wachsende einheimische Mittelschicht von Kaufleuten, Grundbesitzern und Staatsfunktionären ihren Platz fand.<sup>106</sup>

Ein weiteres Merkmal von Bürgern ist Häuslichkeit. Sie muss nicht notwendig mit bestimmten Familienformen verkoppelt sein, also der mitteleuropäischen monogamen Zwei-Generationen-Familie. Aber die Grundmerkmale sind klar: Die häusliche Sphäre ist von der öffentlichen klar getrennt und bildet ein Refugium, zu dem Fremden der Zutritt verwehrt ist. Beim aufwendiger lebenden höheren Bürgertum verläuft die Scheidelinie zwischen privatem und semi-öffentliche Raum durch das Haus oder die Wohnung hindurch. Man empfängt Gäste im Salon oder

im Speisezimmer, gewährt ihnen aber keinen Zutritt zum inneren Wohnbereich. Dies war in der bürgerlichen Familie Westeuropas nicht anders als im osmanischen Haus. Auch die Zuordnung besonderer Funktionen zu bestimmten Räumen im Haus findet sich im 19. Jahrhundert in Europa ebenso wie in den Städten des Osmanischen Reiches.<sup>107</sup> Wo entstehende bürgerliche Gruppen nach Europa blickten, füllten sich ihre Häuser mit Utensilien des Westens: Tischen, Stühlen, Metallbesteck, sogar offenen Kaminfeuern im englischen Stil – aber selektiv. Japan widerstand dem Stuhl, China lehnte Messer und Gabel ab. Die farblose und eng geschneiderte Einheitskleidung des europäischen Bürgers wurde zum öffentlichen Kostüm der gesamten «civilisierten» und zivilisiert sein wollenden Welt, allerdings oft der Öffentlichkeit vorbehalten, während man in den privaten Gemächern Kleider in den älteren einheimischen Formen trug. Globale Bürgerlichkeit manifestierte sich in der sartorialen Vereinheitlichung der Erde, der in den bürgerferneren Ländern die Missionare mit ihren genauen Vorstellungen von «anständiger» Kleidung nachhalfen. Wenn man eigene Akzente setzte, dann konnte selbst das einen «bürgerlichen» Sinn tragen: Im Osmanischen Reich hatten Kopfbedeckungen in mannigfachen Formen und Materialqualitäten seit jeher Ränge symbolisiert, bis Sultan Mahmud II. 1829 den Fez zur obligatorischen Einheitskappe aller Staatsdiener und Untertanen erklärte.<sup>108</sup> Das orientalische Objekt gewann durch seine undifferenzierte Einförmigkeit die Bedeutung bürgerlicher *égalité*. Damit war das Tanzimat-Dekret von 1839, das die Gleichheit aller osmanischen Untertanen ungeachtet ihrer Gruppenzugehörigkeit verfügte, auf den männlichen Köpfen um ein Jahrzehnt vorweggenommen worden.

Über westliche und östliche Bürgerlichkeit hinweg entwickelte sich schließlich ein übergreifendes Phänomen: Schon der frühneuzeitliche Atlantik war durch europäische und amerikanische Händler kommerziell integriert worden, ebenso wie gleichzeitig der Indische Ozean durch arabische Seefahrer und Kaufleute. Die großen niederländischen oder englischen Handelsgesellschaften, durchweg von Bürgern aus dem Handelspatriziat betrieben, verknüpften ebenfalls Kontinente. Neu war im 19. Jahrhundert das Entstehen einer besonderen *kosmopolitischen Bourgeoisie*. Darunter kann zweierlei verstanden werden. Auf der einen Seite entstand mit der Zeit in den reichereren Ländern des Westens ein von fernem Kapitalgewinnen profitierendes Rentierpublikum. Ein weltweiter Kapitalmarkt, wie er nach der Mitte des 19. Jahrhunderts aufkam, ermöglichte es bürgerlichen (und natürlich auch anderen) Anlegern in Europa,

aus Geschäften in aller Welt Vorteile zu ziehen: von ägyptischen und chinesischen Staatsanleihen über den argentinischen Eisenbahnbau bis zu südafrikanischen Goldminen.<sup>109</sup> Der Kosmopolitismus lag in dieser Hinsicht weniger in Vielfalt und grenzüberschreitender Reichweite unternehmerischen Handelns als in dessen Folgen: einem Renditenkonsum, der aus allen Weltteilen gespeist wurde, dessen Ort aber die Metropolen waren, denn die Nutznießer solcher investiven Globalisierung saßen in Pariser Stadtwohnungen und englischen Vorortvillen. Auf der anderen Seite gab es so etwas wie die gescheiterte Utopie des bürgerlichen Kosmopolitismus.<sup>110</sup> Eine Wunschvorstellung des Freihandelsliberalismus, wie er um die Jahrhundertmitte den Höhepunkt seiner Wirkung erzielte, bestand im freien Verkehr der Waren zwischen Ländern und Kontinenten, von Staatszwang befreit, von nationalen Grenzen nicht länger behindert, vorangetrieben durch unternehmungsfreudige Individuen jeglicher Religion und Hautfarbe. Nationalismus, Kolonialismus und Rassismus machten einer solchen Vision im letzten Drittel des Jahrhunderts den Garaus.

Die kosmopolitische Bourgeoisie wurde niemals zu einer tatsächlichen Bewusstseinsgemeinschaft und sozialen Formation. Die Nationalisierung der Bourgeoisien verhinderte dies, und die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Teile der Welt entzog einem solchen Kosmopolitismus die reale Grundlage. Was blieb, waren national basierte Unternehmer, von denen manche zu wahrhaften *international operators* wurden, teils Abenteurer, teils (die Grenzen waren fließend) Konzernstrategen. Auf allen Kontinenten wurden Rohstoffe erschlossen, Konzessionen übernommen, Kredite gewährt, Verkehrsverbindungen geschaffen. Die große britische, deutsche, nordamerikanische und selbst belgische oder schweizerische Geschäftsbourgeoisie operierte um 1900 in Reichweiten, die jeder früheren Elite unvorstellbar gewesen wären. Auf dieser Ebene des beginnenden globalen Kapitalismus vermochte sich einstweilen niemand aus einem nicht-westlichen Land zu etablieren. Selbst die japanischen Konzerne (mit Ausnahme einiger Reedereien) beschränkten sich vor dem Ersten Weltkrieg auf die Expansion im politisch gesicherten japanischen Kolonial- und Einflussbereich auf dem chinesischen Festland.<sup>111</sup>

Zu wechselnden Zeitpunkten im 19. und 20. Jahrhundert erreichten manche Gesellschaften (ob auf regionaler oder sogar nationaler Ebene) eine schwer zu bestimmende Schwelle, an der aus einer unstrukturierteren Vielzahl «mittlerer» Elemente, den *middling sorts* in der Sprache der

anglo-amerikanischen Sozialbeschreibung des 18. Jahrhunderts, so etwas wie eine soziale Formation wurde, die in der Reichweite ihrer Solidarisierung über die einzelne Stadt oder gar den einzelnen Stadtteil hinausging, sich um bestimmte Institutionen (in Deutschland etwa das humanistische Gymnasium) sammelte, sich auf einen gemeinsamen «Wertehimmel» besann und in Abgrenzung vom sozialen Oben und Unten ein eigenes, sich auch politisch artikulierendes Selbstbewusstsein ausbildete. In Frankreich wurde diese Schwelle zur Inkorporation der Bürger in den 1820er Jahren, im Nordosten der USA oder im städtischen Deutschland um die Mitte des Jahrhunderts erreicht, auch wenn etwa das deutsche Bürgertum wesentlich heterogener blieb als etwa das französische.<sup>112</sup>

Als Epoche des Übergangs sah das 19. Jahrhundert den Aufstieg, aber nicht unbedingt auch den Triumph der bürgerlichen Welt- und Lebensauffassung. Sie wurde in Europa durch das Anwachsen der Arbeiterschaft herausgefordert. Dass diese sich teilweise «verbürgerlichte», hat das Bürgertum nicht unbedingt gestärkt, und am Ende des Jahrhunderts rückten in einigen europäischen Ländern und in den USA Gruppen von Aufsteigern in die Angestelltenschaft in gefährliche Bürgernähe, auch wenn sie sich politisch selten nach Art der Arbeiterbewegung selbständig machten. Die bürgerliche Kultur selbst nahm massenkulturelle Aspekte an, noch bevor nach dem Ersten Weltkrieg eine sich industrialisierende Kultur der Unterhaltung breiten Zuspruch fand. Neben die klassische bürgerliche Hochkultur und die entstehende Massenkultur trat um die Jahrhundertwende als dritte Position im kulturellen Feld die Avantgarde hinzu. Kleine Künstlerzirkel, etwa die Wiener Komponisten um Arnold Schönberg, die sich die «Emanzipation der Dissonanz» auf die Fahnen geschrieben hatten, zogen sich von der großen bürgerlichen Öffentlichkeit zurück und hoben ihre Werke in Privataufführungen aus der Taufe. In München, Wien oder Berlin trennten sich in den 1890er Jahren bildende Künstler in «Sezessionen» von den dominierenden ästhetischen Strömungen. Dies war eine fast unausweichliche Reaktion auf die Musealisierung und Historisierung bürgerlicher Kultur, von der sich die aktuelle Kunstproduktion weiter denn je entfernte. Schließlich wurde bürgerliche Geselligkeit im frühen 20. Jahrhundert durch die Suburbanisierung, die mit Vorortbahnen und dann vor allem dem Auto immer weiter um sich griff, unterminiert. Der klassische Bürger ist ein Stadtmensch, kein Vorortbewohner. Entformung und Zersiedlung der Städte ließ die Intensität bürgerlicher Kommunikation erschlaffen.

So war es nicht unbedingt nur der «Schock» des Ersten Weltkriegs, der für Adlige wie für die gehobenen Mittelklassen eine *belle époque* abschloss. Tendenzen der Desintegration waren bereits vor 1914 angelegt. Die Krise des europäischen Bürgertums in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ging in die gewaltige Expansion von Mittelklassegesellschaften nach 1950 über, die das Tugend- und Respektabilitätsdenken des «klassischen» Bürgertums durch Konsumorientierung ersetzen. Dies war ein weltweiter, dabei ungleichmäßig zutage tretender Vorgang. Auch dort, wo Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert sehr schwach ausgeprägt gewesen war, wuchsen nun die Mittelschichten nach Anzahl und Einfluss deutlich an. Kommunistische Herrschaft bremste diesen Prozess, obwohl sich «Gulaschkommunismus» mit einem kleinbürgerlichen Habitus durchaus vertrug und der Lebensstil der Nomenklatura großbürgerliche oder gar aristokratische Vorbilder (man denke an die Jagdleidenschaft von Spitzendekadern) parodierte. In den Ländern des östlichen Europa und in China hat die Geschichte des Bürgertums erst wieder nach 1990 neu ansetzen können. Manche Linien führen in das 19. Jahrhundert zurück.

Eine globale Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts kann sich viele andere Aufgaben als die hier umrissenen stellen. Zum Beispiel kann sie danach fragen, welche Positionen Hüter des Wissens und «Wissensarbeiter» in verschiedenen sozialen Räumen einnahmen, wie sich etwa im Westen der Typus des «Intellektuellen» herauptschied und in anderen Teilen der Welt modifiziert übernommen wurde, ein Prozess, der sich kurz nach 1900 beschleunigt zu haben scheint.<sup>113</sup> Sie kann sich für die Entwicklung von Geschlechterrollen und Familienformen interessieren. Deren enorme Variationsbreite macht Verallgemeinerungen besonders schwierig.<sup>114</sup> Ob es ein typisch europäisches Muster von Familie und Verwandtschaftsbeziehungen gab und gibt und welche spezifischen Veränderungen es im 19. Jahrhundert erfuhr, ist umstritten und kann nur durch umfassende Vergleiche einer Klärung näher gebracht werden.<sup>115</sup> Mit Sicherheit haben sich europäische Familienideale nicht durch einfache Diffusion und Vorbildwirkung «über die Welt verbreitet». Die Vorteile europäischer Technik oder europäischer Kriegsmethoden ließen sich leicht einsehen und bereitwillig kopieren, nicht aber diejenigen fremder Formen der biologischen und sozialen Reproduktion. Solche Basiselemente des Sozialen «reisen» besonders schwer. Kolonialregierungen haben ihnen gegenüber viel mehr Zurückhaltung gezeigt als auf anderen Gebieten; Reformversuche staatlicher und privater Instanzen

begannen in größerem Umfang erst nach der Jahrhundertwende.<sup>116</sup> Selbst der Kampf gegen die sichtbarste und für Christen anstößigste Abweichung von europäischen Maßstäben, Polygamie und Konkubinat, wurde meist nur halbherzig geführt, wurde den Missionaren überlassen und war selten vom erwarteten Erfolg gekrönt.

## XVI | Wissen:

### *Vermehrung, Verdichtung, Verteilung*

«Wissen» ist eine besonders flüchtige Substanz. Als gesellschaftliche Größe, unterschieden von den verschiedenen Wissensbegriffen der Philosophie, ist es die Erfindung einer kaum hundert Jahre alten Wissenschaft, der Wissenssoziologie. Sie rückte das, was in der idealistischen Philosophie «Geist» genannt worden war, in die Mitte der Gesellschaft, setzte es in Beziehung zu Lebenspraktiken und sozialen Lagen. «Wissen» ist ein etwas enger gefasster Begriff als der alles umgreifende Begriff der «Kultur». Religion und die Künste sollen für unseren Zweck ausgeschlossen bleiben.<sup>1</sup> «Wissen» bezieht sich in diesem Kapitel auf kognitive Ressourcen, die der Lösung von Problemen und der Bewältigung von Lebenssituationen in der realen Welt dienen. Das ist eine Vorentscheidung, die dem 19. Jahrhundert selbst entspricht. Zumindest in Europa und Nordamerika kam damals ein rationalistisches und instrumentelles Verständnis von Wissen auf. Wissen sollte Zwecke erfüllen. Es sollte die Beherrschung der Natur steigern, durch technische Anwendung den Reichtum ganzer Gesellschaften erhöhen, Weltbilder vom «Aberglauben» befreien und überhaupt in so vielen Hinsichten wie möglich «nützlich» sein. Kein anderer Maßstab ließ den Fortschritt, der in den Augen europäischer Eliten eine Signatur der Epoche war, augenfälliger werden als die Vermehrung und Verbesserung von Wissen.

| *Von der  
«res publica litteraria»  
zum modernen  
Wissenschaftssystem*

Man hat die Entstehung der «modernen Wissensgesellschaft» in eine lange frühe Neuzeit verlegt, die bis etwa 1820 reichte.<sup>2</sup> Die folgenden hundert Jahre schlossen sich daran kontinuierlich an. Auf die Entstehung folgte die Ausweitung, Institutionalisierung, Veralltäglichung und in den Anfängen auch schon die Globalisierung der «modernen Wissensgesellschaft». Die Kontinuität

sollte man indes nicht übertreiben. Um nur den Bereich der Wissenschaft anzusprechen: Im 19. Jahrhundert wurde der alte Begriff der «Wissenschaft» erstmals durch Aspekte angereichert, die wir heute fest mit ihm verbinden. Die Fächersystematik, wie sie immer noch verwendet wird, geht erst auf diese Epoche zurück. Moderne institutionelle Formen der Gewinnung und Verbreitung von Wissen wurden geschaffen: die Forschungsuniversität, das Labor, das geisteswissenschaftliche Seminar. Die Beziehungen zwischen der Wissenschaft und ihren Anwendungen in Technik und Medizin wurden enger. Die Herausforderungen, die von der Wissenschaft für religiöse Weltbilder ausgingen, erhielten ein größeres Gewicht. Manche Disziplinbezeichnungen wie «Biologie» – ein zuerst im Jahre 1800 verwendeter Terminus – oder «Physik» setzten sich erst jetzt durch. Der «Wissenschaftler» (auch dies ein neu geschaffenes Wort, in der englischen Fassung *scientist* 1834 geprägt) wurde zu einem eigenständigen sozialen Typus, der sich trotz mancher Überlappungen vom «Gelehrten» oder «Intellektuellen» (auch dies eine Neuschöpfung des 19. Jahrhunderts) unterschied. Wissenschaft insgesamt grenzte sich schärfer denn je von Philosophie, Theologie und anderen Arten traditioneller Wissensmeisterung ab.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war unter Wissenschaftlern ein Begriff der Wissenschaft Gemeingut geworden, der den älteren «Anspruch auf strenge Allgemeinheit, unbedingte Notwendigkeit und absolute Wahrheit» aufgegeben hatte und nun den Reflexionscharakter von Erkenntnis, ihre konditionale Gültigkeit, Intersubjektivität und ihre Autonomie im besonderen Sozialsystem der Wissenschaft betonte.<sup>3</sup> Aus der älteren imaginären Gemeinschaft der Gelehrten, der *res publica litteraria*, die der Kulturhistoriker Peter Burke mit Samuel Taylor Coleridge als eine «Klerisei» beschreibt, schälte sich eine besondere *scientific community* mit enger definierten Zugehörigkeitskriterien heraus.<sup>4</sup> Der Wissenschaftler sah sich als «Profi», als Fachmann auf einem klar umgrenzten Gebiet, den wenig mit dem wortkünstlerischen, eine breitere Öffentlichkeit ansprechenden, auch politisch engagierten «Intellektuellen» verband. Der Weg zu den «zwei Kulturen» war beschritten, und nur wenige Naturwissenschaftler wie Alexander von Humboldt, Rudolf Virchow oder Thomas H. Huxley suchten und fanden für ihre Ansichten zu außerwissenschaftlichen Fragen Gehör. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts begannen sich Regierungen mehr denn je für Wissenschaft zu interessieren; Wissenschaftspolitik wurde zu einem neuen Zweig systematischer Staatstätigkeit. Zunehmend sah auch die Große Industrie, etwa im Bereich der Chemie, naturwissen-

schaftliche Forschung als ihre eigene Aufgabe an. Die Bezüge zwischen Wissenschaft auf der einen, Krieg und imperialer Expansion auf der anderen Seite wurden enger denn je.

### Autorität der Wissenschaft

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs war in mehreren Ländern das moderne Wissenschaftssystem, wie es in seinen Grundzügen heute noch besteht, institutionell zur Reife gelangt. Wissenschaft war zu einer Weltdeutungsmacht und zu einer kulturellen Instanz von außerordentlichem Prestige geworden. Wer sich nicht auf wissenschaftliche Standards des Argumentierens und Begründens einließ, fand sich in der Defensive. Selbst gläubige Christen mussten wissenschaftlichem Denken Zugeständnisse machen. In den Schulen wurde es allgemeinverbindlich gelehrt. Wissenschaft war auch für eine beispiellos große Zahl von Menschen, zum überwiegenden Teil noch Männern, zum Beruf geworden. Hatten im 17. und 18. Jahrhundert – bis hin zu Alexander von Humboldt, der ein ererbtes Vermögen seinen Forscherinteressen opferte – noch manche Helden der «wissenschaftlichen Revolution» auf der materiellen Grundlage anderer Einkünfte für die Wissenschaft gelebt, so lebte man um 1910 von ihr. Der Amateur hatte gegenüber dem spezialisierten Fachmann auf breiter Front den Rückzug angetreten. Niemand konnte noch wie Goethe, der Farbenforscher, Morphologe und Anatom, als wissenschaftlicher Dilettant Anerkennung gewinnen.

All dies gilt nur für Teile Europas und für die USA. Ein globalgeschichtlicher Frageansatz wird das Gesamtbild jedoch nicht umstürzen können. Ebenso wie die moderne, auf der Nutzung fossiler Energie beruhende Industrie in Europa entstand, so auch die heute konkurrenzlos dominierende Wissenschaft. Ein globalgeschichtlicher Blick kann aber die okzidentale Entwicklung in einen vergleichenden Zusammenhang rücken und die Aufmerksamkeit auf die weltweiten Wirkungen der westlichen Wissensexploration richten. Zuvor soll aber der Begriff des «Wissens» über Wissenschaft hinaus ausgeweitet werden. Insofern Wissenschaft selbst kommunikativ verfasst ist und ihre Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit kommunikativ vermittelt, ist sie auf Symbolsysteme angewiesen, die wissenschaftliche Inhalte überhaupt erst geistig transportabel machen. Die Mathematik, die übrigens nach etwa 1875 auch zu einer wichtigen Ausdrucksweise der Wirtschaftswissenschaft wurde, und einige natürliche Sprachen von transkontinentaler Verbreitung garantierten die Mobilität

wissenschaftlichen Sinns. Sprachen sind aber selbstverständlich auch die wichtigsten Vehikel für viele andere Arten von Wissen weit über die organisierte Wissenschaft hinaus. Man kann daher nicht über die Geschichte des Wissens im 19. Jahrhundert reden, ohne auf Sprache und Sprachen einzugehen. Verbreitung und Benutzung von Sprachen sind schließlich auch ein feines Anzeichen für die sich ständig wandelnde Geographie politischer und kultureller Gewichtsverhältnisse.

## I | Welt-Sprachen: Großräume der Kommunikation

Im 19. Jahrhundert expandierten einige große Sprachgebiete noch weiter, als sie es bereits in der frühen Neuzeit getan hatten. Um 1910 hatten sich die «WeltSprachen» (dieser Begriff war nun erstmals gerechtfertigt) in einem Muster über die Erde verteilt, das noch heute weithin gültig ist. Man muss dabei zwei Aspekte unterscheiden, obwohl sich in der Praxis oft keine klare Trennung finden ließ. Es ist etwas anderes, ob eine Bevölkerungsmehrheit eine fremde Sprache als ihr wichtigstes Kommunikationsmedium im Alltag übernimmt, sie gleichsam als eine Muttersprache zweiter Ordnung adoptiert, oder ob eine Sprache «Fremd»-Sprache bleibt, dabei aber für gewisse funktionell bestimmte Zwecke verwendet wird: Handel, Gelehrsamkeit, religiösen Kultus, Verwaltung oder den transkulturellen Kontakt. Die Expansion von Sprachen wird durch politisch-militärische Reichsbildung erleichtert, ohne zwangsläufig aus ihr zu folgen. So verbreiteten sich in der frühen Neuzeit in Asien das Persische und das Portugiesische, ohne durch territoriale Kolonialherrschaft Portugals und des Irans getragen zu werden. Auf der anderen Seite haben relativ kurz bestehende Imperien wie das mongolische Weltreich im Mittelalter oder das japanische Reich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kaum nachhaltige sprachliche Spuren hinterlassen. Aber auch in Indonesien hat sich trotz einer drei Jahrhunderte dauernden Kolonialzeit das Niederländische neben den einheimischen Sprachen nicht halten können; anders als die Briten in Indien hatten sich die Niederländer nie um das Entstehen einer kulturell europäisierten Bildungsschicht bemüht.

Portugiesisch hielt sich um den Indischen Ozean herum bis in die

1830er Jahre als Verkehrssprache einer multikulturellen Kaufmannskultur. Die zwischen dem 13. und dem 17. Jahrhundert blühende «Persephonie» in West-, Süd- und dem westlichen Zentralasien zerbrach als literarische Ökumene im 18. Jahrhundert.<sup>5</sup> Bis ebenfalls in die 1830er Jahre spielte Persisch aber noch weiter seine alte Rolle als Verwaltungs- wie auch Händlersprache weit über die Grenzen des Irans hinaus. Beide, Portugiesisch wie Persisch, wurden danach durch das Englische abgelöst, das in Indien 1837 zur allein gültigen Sprache der Verwaltung erhoben und spätestens mit der Öffnung Chinas 1842 zum herrschenden nicht-chinesischen Idiom in den östlichen Meeren wurde. Die Verbreitung der portugiesischen Sprache hatte sich bis zum Ende des Jahrhunderts auf Portugal, Brasilien und die lusophonen Gebiete im südlichen Afrika reduziert. Spanisch in Süd- und Mittelamerika war ein Erbe der Kolonialzeit. Der geographische Umfang der spanischsprachigen Welt änderte sich im 19. Jahrhundert nicht wesentlich. Chinesisch breitete sich mit der Kuli-Emigration aus China geringfügig weiter aus. Es blieb aber eine interne Sprache der überseechinesischen Gemeinschaften und wurde nicht zu einer auf die Umgebung ausstrahlenden Bildungssprache. Dass die meisten der Überseechinesen aus den Provinzen Fujian und Guangdong stammten und deren Dialekte sprachen, die selbst für Sprecher des Hochchinesischen kaum verständlich sind, trug zur Abkopplung der chinesischen Sprache bei.

### Sprachliche Globalisierungsgewinner

Die deutsche Sprache wurde nur in bescheidenem Ausmaß kolonial verbreitet und ist in Afrika ohne nennenswerte Nachwirkung geblieben. Sie stärkte aber in der Folge der Reichsgründung von 1871 und des andauernden literarischen und wissenschaftlichen Ansehens, das sie seit dem 18. Jahrhundert genoss, ihre Stellung in Ostmitteleuropa. Sie blieb Verwaltungssprache des Habsburgerreiches und gehörte bis zum Ende der Zarenzeit neben dem Französischen und dem Lateinischen zu den wichtigsten Sprachen, in denen die gelehrt Russlands kommunizierte. Die Schriften der St. Petersburger Akademie der Wissenschaften waren zu einem großen Teil auf Deutsch verfasst. Überall, wo das Deutsche Reich eine Germanisierungs-politik an seinen Grenzen betrieb, nahm auch die Zwangsverwendung der deutschen Sprache zu. Das Russische expandierte in noch viel größerem Maße. Dies war eine unmittelbare Folge der zarischen Reichsbildung und

der kulturellen Russifizierung, die etwa seit der Mitte der 19. Jahrhunderts mit ihr verbunden war. Russisch war die einheitliche Amtssprache des Imperiums. Es wurde überall den widerstrebenden Völkern auferlegt, den Polen ebenso wie den unterworfenen Bewohnern des Kaukasus. Neben der Symbolik des Zarentums war die russische Sprache die wichtigste kulturelle Klammer des Imperiums. Anders als die ethnisch extrem heterogene Armee des Habsburgerreiches, bestand das zarische Militär überwiegend aus Russisch sprechenden Soldaten.<sup>6</sup> Dies war auch die Zeit, in der sich das Russische als Sprache einer klassischen Literatur von Weltrang entwickelte. Insgesamt kann aber bezweifelt werden, ob das Zarenreich wirklich zu einer integrierten Sprachgemeinschaft wurde. Vor allem in den baltischen Provinzen im Nordwesten und den muslimischen Ländern im Süden drang das Russische nicht über die Kreise russischstämmiger Siedler und Verwaltungsbeamter hinaus.

Zu einer Zeit, als die Maßstäblichkeit der französischen Sprache unter den Gelehrten und Gebildeten Europas allmählich zurückging, nahm die Zahl der Französischsprecher im Kolonialreich zu. Daneben hielt sich die frankokanadische Sprachgruppe in der Provinz Quebec, die seit 1763 nicht mehr zum französischen Reich gehörte. Nur hier unter allen jemals von Frankreich kontrollierten Überseegebieten war Französisch am Ende des 19. Jahrhunderts (und ist es mit etwa 80 Prozent Muttersprachlern noch heute) über die Elite hinaus als Umgangssprache verbreitet. Dies war in den afrikanischen und asiatischen Kolonien anders. Immerhin wird der Französisch sprechende oder verstehende Teil der algerischen Bevölkerung auch fast ein halbes Jahrhundert nach dem Ende der Kolonialzeit auf bis zu einem Viertel geschätzt.<sup>7</sup> In den Staaten, die ehemals zu Frankreichs westafrikanischem Kolonialreich gehörten, ist Französisch heute durchweg Amtssprache (in Kamerun neben Englisch), auch wenn es im Alltagsleben von gerade einmal 8 Prozent der Bevölkerung benutzt werden dürfte.<sup>8</sup> Haiti hält noch zweihundert Jahre nach seiner revolutionären Trennung von Frankreich an Französisch als offizieller Sprachfest. Wenn ein Weltreisender sich um 1913 mit Französisch besser durchschlagen konnte als mit jeder anderen Sprache außer dem Englischen, so war dies eine Folge der neuerlichen militärischen Kolonialexpansion Frankreichs nach etwa 1870, verbunden mit dem hohen kulturellen Prestige, das Frankreich insbesondere unter den Eliten des Nahen und Mittleren Ostens genoss. So gehörte Französisch seit 1834 zum Trainingsprogramm osmanischer Eliteoffiziere, und in Ägypten behauptete sich auch nach der britischen Okkupation von 1882 in der Oberschicht das Franzö-

sische.<sup>9</sup> Es gab am Ende des 19. Jahrhunderts eine bis in die Weiten des Pazifiks reichende «Frankophonie», die man jedoch schwerlich als ein Weltreich der Sprache bezeichnen kann. Daftir waren kulturell *autonome*, vom politischen Imperium gelöste Kohärenzkräfte zu schwach.

Der größte Globalisierungsgewinner unter den Sprachen war im 19. Jahrhundert das Englische. Schon um 1800 eine in ganz Europa respektierte Sprache der Geschäfte, der Dichtung und der Wissenschaften, aber noch keineswegs die unangefochtene Nummer eins unter den Sprachen, war es spätestens um 1920 zur kulturell maßgebenden und geographisch am weitesten verbreiteten Sprache der Welt geworden. Eine grobe Schätzung besagt, dass für den Zeitraum von 1750 bis 1900 bereits die Hälfte der «einflussreichen» Publikationen zu (Natur-)Wissenschaft und Technik auf Englisch erschienen.<sup>10</sup> Schon 1851 hatte Jacob Grimm, der führende Sprachforscher seiner Zeit, bemerkt, keine andere Sprache zeige so viel Kraft wie die englische.<sup>11</sup> In Nordamerika (wo es entgegen der Legende niemals die Chance gegeben hatte, Deutsch zur Nationalsprache der USA zu machen) war es ebenso bodenständig wie in Australien, Neuseeland und am Kap der Guten Hoffnung. In all diesen Fällen war Englisch die Sprache von Siedlern und Invasoren und öffnete sich nur wenig für Einflüsse aus den Sprachen der ursprünglichen Bewohner, die auch amtlich niemals von Belang waren. Anders war die Lage in Indien, wo Englisch erst in den 1830er Jahren zur Standardsprache der höheren Rechtsprechung wurde, während die lokalen Gerichte weiterhin in einheimischen Sprachen verhandelten, oft mit der Hilfe von Übersetzern. In Indien und Ceylon verbreitete sich das Englische nicht durch europäische Siedler und erst recht nicht als Folge einer rabiaten Anglisierungspolitik der Kolonialmacht, sondern durch eine Verbindung von kulturellem Prestige und konkreten Karrierevorteilen, die eine Beherrschung des Englischen ratsam werden ließen.<sup>12</sup> Neue Bildungsschichten entstanden zunächst in Bengalen und um die Kolonialmetropolen Bombay und Madras herum, später auch in anderen Teilen des Subkontinents. Um die Vorteile und Nachteile englischsprachiger Erziehung im Vergleich zu einer solchen in den indischen Sprachen war in den 1830er Jahren zwischen «Anglizisten» und «Orientalisten» heftig gestritten worden.<sup>13</sup> Die Anglizisten hatten sich 1835 auf der Ebene der großen Politik durchgesetzt, aber in der Praxis waren pragmatische Kompromisse möglich. Der britische Sprachexport nach Indien war zugleich auch ein freiwilliger Import durch indische Bürger und Intellektuelle, die sich dadurch den Anschluss an ausgedehntere Kommunikationskreise erhofft

ten. Im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbreitete sich das Englische mit britischen Kolonialadministratoren und Missionaren in Südostasien und Afrika. Im pazifischen Raum (Philippinen, Hawaii) waren US-amerikanische Einflüsse maßgebend.<sup>14</sup> Die Weltkarriere der englischen Sprache war im 19. Jahrhundert aber eher britisch als amerikanisch angetrieben. Der phänomenale Siegeszug des Englischen in Ausbildung, *business*, Massenmedien, Popmusik, Wissenschaft und internationaler Politik, wie wir ihn heute kennen, begann erst, diesmal von US-amerikanischer Dynamik beflogt, nach 1950.

### Sprachtransfer als Einbahnstraße

Auch außerhalb der Kolonialgebiete nahmen Druck und Anreiz zu, europäische Fremdsprachen zu erlernen. Der chinesische

Staat, der in der Qing-Zeit offiziell dreisprachig war (Chinesisch, Mandchurisch, Mongolisch), hatte niemals eine Notwendigkeit verspürt, das Studium europäischer Sprachen zu fördern. Paradoxerweise war dies einer der Gründe für die hohe linguistische Kompetenz der Jesuitenmissionare während der frühen Neuzeit. Viele von ihnen eigneten sich das Chinesische so gut an, dass sie als Dolmetscher in kaiserlichen Diensten bei den Kontakten mit diplomatischen Gesandtschaften aus Russland, Portugal, den Niederlanden und Großbritannien vermittelten. Da die Ex-Jesuiten, die nach der Aufhebung ihres Ordens in China verblieben, kein Englisch konnten, mussten die Äußerungen der englischen Gesandten bei der ersten diplomatischen Kontaktaufnahme 1793 zum Teil erst ins Lateinische übersetzt werden, um für die Jesuiten verständlich zu werden. Als nach 1840 diplomatische Verhandlungen von ganz anderer Tragweite geführt werden mussten, gab es diese Vermittler nicht mehr. China fehlte zunächst jegliches sprachlich geschulte Personal – ein zusätzlicher Nachteil in einer allgemeinen Asymmetrie zwischen China und dem Westen. Lange hielt das Kaiserhaus auch an der alten Qing-Politik fest, die «Barbaren» möglichst am Studium der chinesischen Sprache zu hindern. Auch im Osmanischen Reich fehlten bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein Anreize, europäische Sprachen zu erlernen. Dass das Reich jedoch, anders als China, das damit erst 1877 begann, seit 1834 auf permanenter Basis Gesandtschaften in den wichtigsten europäischen Hauptstädten unterhielt, gab einigen der führenden Reformpolitiker der Tanzimat die Gelegenheit, sich auf diplomatischen Posten Fremdsprachen- und Auslandskenntnisse anzueignen. Die neue Machtelite der Tanzimat-Zeit re-

krutierte sich weniger aus der Armee und der *ulema* (der rechtsgelehrten Geistlichkeit) als aus dem staatlichen Übersetzungsamt und den Botschaftskanzleien.<sup>15</sup> Die Qing-Regierung nahm erst nach der Niederlage im Zweiten Opiumkrieg 1860 einen Kurswechsel vor. 1862 wurde in Peking die Übersetzerhochschule *Tongwenguan* gegründet, die erste nach westlichem Vorbild gestaltete Bildungseinrichtung des chinesischen Staates überhaupt. Ihr doppelter Auftrag bestand darin, Englischsprecher heranzubilden und technische Literatur aus dem Westen zu übersetzen: eine wahre Pionieraufgabe, denn das technische Vokabular musste – wie einige Jahrzehnte zuvor im osmanischen Türkisch – bei der Übersetzung überhaupt erst geschaffen werden.<sup>16</sup> Auch einigen der großen staatlichen Arsenale und Werften, die in dieser Zeit entstanden, waren Fremdsprachenabteilungen angegliedert. Der wichtigste Transferkanal für Fremdsprachen aber wurden die Missionsschulen und Missionsuniversitäten. Auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919 trat China dann mit einer jungen Garde fähiger Diplomaten an, die durch ihre Fertigkeit in Fremdsprachen beeindruckten.

In Japan, das lange Erfahrungen mit Sprachkontakte zu China hatte und wo klassisches Chinesisch bis zum Ende der Tokugawa-Zeit die prestigereichste Bildungssprache blieb, waren vor 1854 spezialisierte Übersetzerhierarchien für den Kontakt mit den Niederländern in Nagasaki zuständig; die eigentliche Gelehrtenwelt hatte damit wenig zu tun. Über das Nadelöhr des allein erlaubten niederländischen Handels gelangte europäisches Wissen ins verschlossene Japan. Nach 1800 wurde der japanischen Regierung erst allmählich klar, dass Niederländisch nicht die wichtigste Sprache Europas sei. Zunehmend wurde nun aus dem Russischen oder Englischen übersetzt.<sup>17</sup> Daneben hatte Japan aber seit dem 17. Jahrhundert zahlreiche jener Übersetzungen westlicher wissenschaftlicher und medizinischer Texte ins klassische Chinesisch kennengelernt, die in China von Jesuiten in Zusammenarbeit mit einheimischen Gelehrten angefertigt worden waren.<sup>18</sup> Die «Hollandstudien» (*rangaku*), in denen seit den 1770er Jahren naturwissenschaftliche Materien eine größere Rolle spielten, waren also nicht der einzige Transmissionsweg westlichen Wissens ins abgeschottete Japan. Der neuerliche und intensivierte Import westlichen Wissens in der Meiji-Zeit wurde nur möglich, weil zusätzlich zur Anwerbung westlicher Experten nun systematisch Übersetzerkompetenz aufgebaut wurde.

Europäische Fremdsprachen wurden im 19. Jahrhundert erst spät und sporadisch in den allgemeinen, staatlich verordneten Bildungskanon

nichteuropäischer Länder aufgenommen, die durchaus nicht selten selbst mehrsprachig waren, also etwa von Gebildeten Kenntnisse im Türkischen, Arabischen und Persischen verlangten. Europakenntnisse blieben lange ein kleines Reservat unentbehrlicher, aber nicht sehr hoch angesehener Spezialisten, deren Urmodelle die Dragomane im Osmanischen Reich waren, eine kleine Gruppe staatlich bestallter Dolmetscher und Übersetzer, unter denen bis 1821 christliche Griechen dominierten.<sup>19</sup> Umgekehrt hat man in Europa niemals daran gedacht, eine nicht-okzidentale Sprache zur Ehre einer «Schulsprache» zu erheben. Unter europäischen Sprachkennern galten vor allem Persisch und das erst im späten 18. Jahrhundert in Europa bekannt gewordene Sanskrit als Sprachen von höchster Vollkommenheit. Doch wenn daraus jemals, vielleicht um 1810 oder 1820, dem Griechischen und Lateinischen eine ernsthafte Konkurrenz hätte entstehen können, verstrich dieser Moment ungenutzt.<sup>20</sup> Der europäische Humanismus der Gymnasien, *lycées* und *public schools* blieb unvermischt griechisch-römisch, die europäische Bildung abendländisch. Erst in der Gegenwart deutet sich durch die Einführung von Chinesisch als Unterrichtsfach an einer wachsenden Zahl deutscher Gymnasien ein Umschwung an.

#### **Sprachliche Hybridität: Pidgin**

weiligen Ursprungsgebietes verständigte, lagerten meist lose über einer Vielzahl von lokalen Sprachen und Dialekten. Sogar in Indien verstanden noch nach dem Ende der Kolonialzeit höchstens drei Prozent der Bevölkerung Englisch (heute in der Republik Indien etwa 30 Prozent).<sup>21</sup> Vielfach erleichterten vereinfachte Mischformen die Kommunikation. Sie ersetzten selten die Ursprungssprachen und beweisen durch ihre bloße Existenz, wie hoch die Widerständigkeit einheimischer Sprachen gegenüber den auf sie treffenden Kolonialsprachen war. Nicht wenige Pidgin-Sprachen waren älter als der Kolonialismus. Auch nachdem seit dem Frieden von Utrecht 1713 Französisch das bis dahin übliche Latein als diplomatische Verhandlungs- und Vertragssprache abgelöst hatte, benutzte man im östlichen Mittelmeer und in Algerien weiter die *lingua franca* (Sprache der Franken), eine Art von Pidgin-Italienisch.<sup>22</sup> In anderen Teilen der Welt, etwa in der Karibik und in Westafrika, entwickelten sich Kreolsprachen zu eigenständigen Sprachsystemen.<sup>23</sup> «Pidgin»-Englisch,

Die Welt-Sprachen, verstanden als solche Sprachen, mit denen man sich auch außerhalb ihres je-

zunächst *Canton jargon* genannt, war in einem langsamen Prozess seit etwa 1720 als Zweisprache an der südchinesischen Küste entstanden. Nach der Öffnung Chinas diente es überall in den Treaty Ports der Verständigung zwischen chinesischen und europäischen Händlern. Dass es anfangs der Unwilligkeit, Unfähigkeit oder fehlenden Möglichkeit westlicher Kaufleute, Chinesisch zu lernen, entsprungen war, wurde später vergessen. Die Lächerlichkeit von Pidgin mit seinen reduzierten und unflektierten Formen («likee soupee?») wurde ein wesentlicher Bestandteil des rassistischen Klischees vom «primitiven» Chinesen. Umgekehrt war das Bestreben, dieser Schmach entgegenzuwirken, ein wichtiger Antrieb dafür, dass im frühen 20. Jahrhundert gerade nationalistisch gesinnte chinesische Intellektuelle Fremdsprachen lernten. Damit war eine De-Pidginsierung verbunden. Bei genauer Betrachtung erweist sich allerdings das reife *China Coast English*, zu dem Pidgin um die Jahrhundertwende geworden war, als ein durchaus situationsangemessenes Verständigungsmittel. Aus zahlreichen sprachlichen Quellen, auch Malay, Portugiesisch oder Persisch, gemischt, bot es ein reiches Vokabular für die Lebenswirklichkeit an der Chinaküste.<sup>24</sup>

Wie in Indien auch, so bedeutete die anspruchsvolle Kommunikation in einer europäischen Sprache weniger die Unterwerfung unter einen linguistischen Imperialismus als einen wichtigen Schritt zu kultureller Anerkennung und Gleichberechtigung. Pidgin blieb eine Sprache der Geschäftswelt, die nach Westen orientierten Intellektuellen lernten richtiges Englisch. In China hat sich Pidgin im 20. Jahrhundert nicht gehalten, sogar in Hongkong nur in lexikalischen Resten. Die chinesische Bildungssprache hat den Kontakt mit dem Westen unbeschadet überstanden; in Japan fehlten sogar Anfänge von Pidgin. Auch das klassische Chinesisch erfüllte im Ausstrahlungsraum der chinesischen Kultur weiterhin praktische Zwecke. Als Phan Boi Chau, der berühmteste vietnamesische Patriot seiner Zeit, 1905 den großen chinesischen Intellektuellen Liang Qichao im Tokyoter Exil aufsuchte, fanden die beiden keine gemeinsame gesprochene Sprache. Da Phan Boi Chau aber klassisches Chinesisch, seit Jahrhunderten das Kommunikationsmedium vietnamesischer Mandarine, meisterte, konnten Phan und Liang das führen, was Phan in seinen Erinnerungen «Pinselgespräche» nennt.<sup>25</sup>

Wissen reist im Gepäck von Sprachen. Die Ausweitung großer Sprachgebiete im 19. Jahrhundert verstärkte einerseits den lokalen Sprachpluralismus und die praktische Notwendigkeit von Mehrsprachigkeit in dem Moment, als eine zusätzliche Sprache Aufmerksamkeit verlangte, ande-

rerseits erschloss sie horizontale Kommunikationsräume und erleichterte so die Mobilität von Wissen. Kolonialismus und Globalisierung schufen kosmopolitische Sprachordnungen. In der chinesischen Zivilisation, die ihre hochsprachliche Einheitlichkeit und Widerständigkeit nie verloren hatte, war dies eine weniger dramatische Veränderung als etwa dort, wo, wie in Südasien, in den Jahrhunderten davor lokale Sprachen auf Kosten einer übergreifenden Sprache, des Sanskrit, an Boden gewonnen hatten und nun auf der Elitenebene *neue* Reichweiten von Sinn entstanden. Das sprachlich fragmentierte Indien wurde durch Aneignung des Englischen kommunikativ neu geeint.<sup>26</sup>

### | Grenzen sprachlicher Integration

kleiner Eliten machen. Auch in Europa entstand sprachliche Homogenität innerhalb der Grenzen von Nationalstaaten oft erst im Laufe des 19. Jahrhunderts. Oberhalb einer Vielzahl regionaler Idiome wurde die Nationalsprache zur Idealnorm der Verständigung und zum Maßstab der Korrektheit, aber sie wurde es nur langsam.<sup>27</sup> Dies traf sogar auf das zentralistische Frankreich zu. 1790 hatte eine offizielle Untersuchung festgestellt, dass die Mehrheit der französischen Bevölkerung andere Sprachen als Französisch sprach und las: Keltisch, Deutsch, Okzitanisch, Katalanisch, Italienisch oder Flämisch. Selbst 1893 sprach jedes achte Schulkind im Alter zwischen 7 und 14 Jahren überhaupt kein Französisch.<sup>28</sup> Noch wesentlich divergenter waren die Verhältnisse in Italien. Dort verstanden in den 1860er Jahren weniger als zehn Prozent der Bevölkerung ohne Mühe jenes toskanische Italienisch, das bei der Nationalstaatsbildung zur offiziellen Sprache erklärt worden war.<sup>29</sup> Auch in den Nachfolgerstaaten des spanischen Kolonialreichs war dies nicht unbedingt anders. In Mexiko unter Porfirio Díaz dachte der Staat nicht daran, Schulen für die indianische und mestizische Bevölkerung zu schaffen. 1910 sprachen 2 Millionen Indios, also 14 Prozent der Gesamtpopulation, kein Spanisch.<sup>30</sup>

Während in ganz Europa Gelehrte die einzelnen Sprachen in Wörterbüchern sammelten (und durch Neubildungen ergänzten), in Grammatiken beschrieben und in Regelwerken Rechtschreibung, Aussprache und Stilniveaus standardisierten, während ganze Nationen zunächst als Sprachgemeinschaften konzipiert und propagiert wurden und eine ge-

Man darf sich aber keine übertriebenen Vorstellungen von sprachlichen Integrationswirkungen außerhalb

pflegte Bildungssprache als zentrale Errungenschaft jeder Nation zu gelten begann, blieb die volkssprachliche Praxis in vielen Gegenden noch zäh dem lokalen Herkommen verhaftet. Wenn Wissenschaftler und Intellektuelle in *asiatischen* Ländern – im Osmanischen Reich nach ersten Forderungen um 1862 verstärkt nach der Jahrhundertwende, in China nach 1915 – vereinfachende Reformen von Sprache, Schrift und Literatur in Gang setzten, die den tiefen Graben zwischen Elite- und Volkskultur überwinden sollten, dann taten sie nur das, was wenige Jahrzehnte zuvor oder gar gleichzeitig in europäischen Ländern unternommen worden war, ohne dass von direkter Nachahmung die Rede sein kann. Die sprachliche Spaltung zwischen Elite und Volk, zwischen geschriebener und gesprochener Sprache war im 19. Jahrhundert auch in Europa noch in einem Maße üblich, wie man es sich heute kaum noch vorstellen kann. Diglossie war keine Besonderheit von Kolonien und ethnisch extrem heterogenen Gesellschaften. Für reife Nationalstaaten aber wurde sie einige Jahrzehnte später unerträglich; sie gaben sich große Mühe, die Uniformität der Nationalsprache durchzusetzen oder zumindest den äußeren national-sprachlichen Anschein zu wahren. Nach dem Zweiten Weltkrieg leiteten europäische Regional- und Nationalbewegungen von Katalonien über Wales bis zum Balkan dann schon wieder eine Gegentendenz ein.

## 2 | Alphabetisierung und Verschulung

Zu den wichtigsten kulturellen Basisprozessen des 19. Jahrhunderts gehört die Verbreitung der Lesefähigkeit in großen Teilen der Bevölkerung. Diese Massenalphabetisierung ist ein Prozess, dessen Anfänge in vielen Gesellschaften Jahrhunderte zurückreichen, der regional und lokal in höchst unterschiedlichem Tempo verlaufen ist und der nicht zu rasch auf andere Basisprozesse wie Staatsbildung, Konfessionalisierung, Entstehung einer Wissensgesellschaft oder gar Industrialisierung zurückgeführt werden sollte.<sup>31</sup> Man kann lange darüber streiten, was genau unter «Alphabetisierung» (auch in Schriftsprachen ohne Alphabet) und ihrem Resultat, das man am besten mit einem schwer übersetzbaren englischen Wort *literacy* nennt, verstanden werden sollte. Diese Begriffe bezeichnen keine absoluten, sondern immer relative Zustände. Sie decken ein Spektrum ab, das von der Fähigkeit, eine Unterschrift unter eine

Heiratsurkunde zu setzen, über die Gewohnheit regelmäßiger Lektüre sakraler Texte und die Praxis privaten Briefeschreibens bis zur aktiven Teilnahme am öffentlichen literarischen Leben reicht. Dennoch ist klar, was im Kern gemeint ist: ein Umgang mit der Kulturtechnik des Lesens (und sekundär auch des Schreibens), der die Teilnahme an weiteren Kommunikationskreisen als der Sprech- und Hörgemeinschaft unter Anwesenden ermöglicht. Wer lesen kann, wird zum Mitglied einer überlokalen Öffentlichkeit. Zugleich setzt er sich auch neuen Möglichkeiten der Manipulation und Fremdsteuerung aus. Bis 1914 waren die männlichen Populationen Europas so weit alphabetisiert worden, dass die Soldaten aller Seiten die Gebrauchsanweisungen ihrer Waffen verstehen, die Propaganda ihrer Kriegsherren aufnehmen und ihre Familien mit Nachrichten aus dem Felde versorgen konnten.

### **Massenalphabetisierung in Europa**

Die Massenalphabetisierung im 19. Jahrhundert war zunächst ein Prozess der europäischen Kulturgeschichte.

Auf diesem Kontinent mit seiner alten, ähnlich (und ohne gegenseitige Beeinflussung) nur in China zu findenden Befähigung zu massenhaftem Buchdruck hatte sie da und dort Wurzeln, die in das Zeitalter der Reformation oder in die praktisch-pädagogisch ausgerichtete «Volksaufklärung» des 18. Jahrhunderts zurückreichten. Das 19. Jahrhundert setzte diese Tendenzen fort und führte sie zu einem gewissen Abschluss. In der Geschichte der Massenbildung schuf es – und nicht bereits die «Wissensgesellschaft» der frühen Neuzeit – die Grundlagen unserer Zeit. Literacy gewann über den funktionalen Aspekt gesteigerter Fähigkeiten hinaus neue symbolische Bedeutungen als Ausdruck von Fortschritt, Zivilisiertheit und nationaler Kohäsion durch Schaffung einer untereinander kommunizierenden, dabei aber auch auf gemeinsame Ziele hin lenkbaren imaginären Gemeinschaft.<sup>32</sup> Um 1920 waren die männliche Bevölkerung der maßgebenden europäischen Länder und ein Teil der weiblichen Bevölkerung des Lesens und Schreibens kundig. Bevor sich der Eindruck einstellt, ein gebildetes Europa stehe einem in Unwissenheit befangenen Rest der Welt gegenüber, muss allerdings innereuropäisch differenziert werden. Nur Großbritannien, die Niederlande und Deutschland hatten um 1910 eine Alphabetisierungsrate von 100 Prozent erreicht. Für Frankreich lag sie bei 87 Prozent, für Belgien, das am wenigsten literarisierte unter den «entwickelten» europäischen Ländern, bei 85 Prozent. Deutlich

niedriger fielen die Werte für den europäischen Süden aus: 62 Prozent für Italien, 50 Prozent für Spanien, nur 25 Prozent für Portugal.<sup>33</sup> An der östlichen und südöstlichen Peripherie Europas sahen die Verhältnisse nicht besser aus. Es gab aber gemeineuropäische Tendenzen: Auf dem gesamten Kontinent fiel der Anteil männlicher wie weiblicher Analphabeten an der Gesamtbevölkerung ziemlich kontinuierlich, nirgendwo stagnierte er. Einzelne Länder, wie etwa Schweden, machten von hohen Ausgangswerten des Analphabetismus aus besonders schnelle Fortschritte.

Die Zeit um 1860 markiert für ganz Europa einen Wendepunkt in diesem allgemeinen Trend. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich allein Preußen dem Ziel einer vollständigen Beseitigung der Leseunfähigkeit genähert. Nach 1860 beschleunigte sich die Entwicklung. Dies schlug sich nicht nur in statistisch greifbaren Daten nieder, sondern auch im gesellschaftlichen Gesamtklima. Um die Jahrhundertwende hatte in ganz Europa, auch auf dem Balkan und in Russland, der Analphabetismus seine Selbstverständlichkeit verloren. Die allgemeine Lese- und Schreibfähigkeit wurde generell als politisch erstrebenswertes Ziel und gesellschaftlich zu erwartender Normalzustand angesehen. Das Vermögen, mit dem geschriebenen Wort umzugehen, verbreitete sich über Adel und städtische Mittelschichten hinaus auf die städtische und ländliche Handwerkerschaft, auf qualifizierte Arbeiter und eine immer größere Zahl von Bauern.<sup>34</sup> Regionale Unterschiede verschwanden dadurch nicht ganz. Besonders in den kontinentaleuropäischen Imperien blieben sie erheblich. In Vorarlberg ermittelte der Zensus von 1900 eine Analphabetenrate von einem Prozent, im habsburgischen Dalmatien gleichzeitig von 73 Prozent.<sup>35</sup> Bis das Lesen und Schreiben in das letzte russische oder serbische, sizilianische oder pelopponesische Dorf vorgedrungen war, sollte es noch eine Weile dauern.

Alphabetisierung kam nicht von heute auf morgen. Sie war ein langsamer Prozess, der nicht ganze Nationalstaaten auf einmal erfasste. Er begann in kleinen Gruppen. Einzelne Mitglieder einer Familie, anfangs zumeist die jüngere Generation, konnten lesen, andere nicht. Dies hatte Folgen für die elterliche Autorität. Dörfer, Nachbarschaften oder Kirchengemeinden veränderten allmählich das Gemenge ihrer Kulturtechniken. Es wäre viel zu einfach, einen pauschalen Übergang von Mündlichkeit zu Schriftlichkeit anzunehmen. Schriftkundigkeit begründete, wie in früheren Zeiten auch, neue kulturelle Autorität. Daneben bestand Mündlichkeit aber fort, wenngleich sie einige ihrer Verwendungen einbüßte. Dass seit etwa 1780 städtische Intellektuelle in Europa Märchen, Sagen

und Volkslieder sammelten, aufschrieben und in einen Ton hochartifiziel-ler Natürlichkeit brachten, war ein Indiz für die schwindende Selbstverständlichkeit mündlicher Traditionen. In Deutschland etwa taten dies Johann Gottfried Herder (seit 1778 mehrere Volksliedsammlungen), später Achim von Arnim und Clemens Brentano mit *Des Knaben Wunderhorn* (1805–8) sowie die Brüder Grimm mit ihrer ersten Sammlung der *Kinder- und Hausmärchen* (1812), die zu den dauerhaftesten Klassikern der deutschen Literatur werden sollten.<sup>36</sup> Nur was «fremd» ist oder es zu werden beginnt, kann wiederentdeckt werden. Massenalphabetisierung begann in den Städten und strahlte oft nur sehr langsam auf die dörfliche Gesellschaft aus. In einer Übergangszeit zur allgemeinen *literacy* verbreiterte sich die kulturelle Kluft zwischen Stadt und Land. Sie veränderte auch die Parameter von «Bildung». Nur wer mühelos und viel las, hatte Teil am Bedeutungskosmos der Hochkultur. Die Verbreitung der Lesefähigkeit steigerte jedoch ebenso die Nachfrage nach populären Lesestoffen vom Bauernkalender bis zum Kolportageroman. Historiker des Lesens sind diesen Abschattierungen der Demokratisierung des Lesens zwischen «Hochkultur» und «Volkskultur», zwei Begriffen an den Enden eines fein differenzierten Spektrums, bis ins Einzelne nachgegangen.<sup>37</sup>

Eliten reagierten auf Massenalphabetisierung widersprüchlich: Auf der einen Seite erschienen die Aufklärung des «einfachen Volkes», die Aus-treibung von «Aberglauben» durch rationalisierende Lektüre und über-haupt die Standardisierung von Kulturpraktiken als «Zivilisierung» von oben, Durchsetzung der Moderne und Förderung nationaler Integration. Auf der anderen Seite gab es weiterhin ein Misstrauen, das freilich mit der Zeit überall abnahm, gegenüber der kulturellen Emanzipation der Massen, die zugleich – Arbeiterbildungsvereine zeigten dies schnell – mit Forderungen nach sozialer und politischer Besserstellung verbunden war. Dieses Misstrauen der Besitzer von Macht und Bildung war nicht unberichtig. Alphabetisierung, also die «Demokratisierung» des Zugangs zu schriftlichen Kommunikationsinhalten, führt in der Regel zu Umschich-tungen in Prestige- und Machthierarchien und eröffnet neue Möglichkei-ten des Angriffs auf bestehende Ordnungen.<sup>38</sup> Die Sorgen der kulturell Besitzenden hatten auch eine geschlechterpolitische Stoßrichtung. Dass unmäßiges und ungebändigtes Lesen zu weltfremden Illusionen und beson-ders bei Leserinnen zu einer überhitzten erotischen Einbildungskraft führe, blieb bis zu Gustave Flauberts *Madame Bovary* (1856) und weit darüber hinaus ein satirisches Thema der Literatur und eine Sorge männ-licher Moralwächter.<sup>39</sup>

Programme zur Massenalphabetisierung gingen vor allem auf staat-liche Initiative zurück. Die Elementarschule war dafür das wichtigste In-strument, allerdings eines, das viele Regierungen Europas einstweilen noch in den Händen der Kirchen ließen. Je schwächer der Staat war, desto stärker blieb die erzieherische Rolle religiöser Institutionen, und sei es nur das stille Wirken von Sonntagsschulen. Oder anders gesehen: Staat, Kirchen und private Anbieter bedienten konkurrierend einen wach-senden Erziehungsmarkt. Dies war grundsätzlich nicht nur in Europa so. Das englische Erziehungswesen zum Beispiel zeigt manche Ähnlichkeit mit dem gleichzeitigen Erziehungswesen muslimischer Länder: In beiden Fällen lag die Primarerziehung in hohem Maße in den Händen religiöser Institutionen, deren Ziele nicht weit voneinander entfernt waren: Lesen, Schreiben, Internalisierung moralischer Werte und Schutz der Kinder vor den «schlechten Einflüssen» ihrer alltäglichen Umgebung. Die Unter-schiede waren eher gradueller als prinzipieller Natur: in England weniger Auswendiglernen, weniger Rezitation heiliger Texte, eine etwas größere praktische Orientierung, eine etwas bessere materielle Ausstattung der Schulen mit Hilfsmitteln und Mobiliar.<sup>40</sup>

Volkserziehung konnte nicht vollständig *erzwungen* werden. Sie konnte nur dann erfolgreich sein, wenn die zu Erziehenden eigene Interessen und Wünsche damit verbanden. Die Schwierigkeiten in allen Ländern der Welt, eine zu unterschiedlichen Zeitpunkten im 19. (und 20.) Jahrhundert gesetzlich eingeführte Schulpflicht auch tatsächlich durchzusetzen, ver-weiseen auf die außerordentliche Wichtigkeit der Mitwirkung der Eltern. Ökonomische *Voraussetzungen* mussten erfüllt sein, um Massenalphabe-tisierung zu ermöglichen, auch wenn es falsch wäre, das genuine Bildungsstreben großer Bevölkerungsgruppen in vielen Gesellschaften zu unterschätzen. Die *Motivation*, Lesen und Schreiben selbst zu lernen und seine Kinder lernen zu lassen, kann nicht allein mit dem Streben nach Gewinn und materiellem Nutzen erklärt werden. Allerdings: nur oberhalb einer gewissen Wohlstandsschwelle konnten Familien ihre Kinder von der Produktion freistellen und die Kosten für den regelmäßigen Schulbesuch aufbringen. Schulförmige Volkserziehung mit festen Anwesenheitszeiten und einem Pensem, das unabhängig von den Rhythmen der lokalen Öko-nomie absolviert werden musste, war nur dort möglich, wo Kinderarbeit nicht länger für das Überleben eines Haushalts notwendig war. Erst im letzten Quartal des 19. Jahrhunderts setzte sich, im europäischen Durch-schnitt gesehen, die Bereitschaft durch, Kinder zwischen etwa dem sieb-ten und zwölften Lebensjahr der Sonderwelt «Schule» anzuvertrauen, in

der professionelle Erzieher (über deren Professionalität sich freilich oft streiten ließ) eine von außen kaum angreifbare Autorität ausübten.<sup>41</sup> Man darf jedoch den *tatsächlichen* Schulbesuch nicht überschätzen. Noch 1895 drückten in Großbritannien nur 82 Prozent der registrierten schulpflichtigen Kinder im Grundschulalter regelmäßig die Schulbank.<sup>42</sup> In vielen anderen Ländern Europas lag der Anteil weit darunter.

#### | *Ein «age of reading» in den USA*

Gab es ähnliche Entwicklungen außerhalb Europas? Die schulische Erfassung von Kindern lag in Ländern wie Mexiko, Argentinien oder den Philippinen nicht dramatisch unter denjenigen in Südeuropa und auf dem Balkan.<sup>43</sup> Was *literacy* betrifft, so steht ihre vergleichende Erforschung erst in den Anfängen. Für viele Teile der Welt fehlen noch für das gesamte 19. Jahrhundert statistische Angaben. Dies gilt selbstverständlich nicht für Nordamerika. Die nordamerikanischen Kolonien wiesen recht früh schon einen Alphabetisierungsgrad auf, der dem in den fortgeschrittensten Ländern Europas entsprach. Die gestiegerte Einwanderung im 19. Jahrhundert führte dazu, dass Lesefertigkeit im Englischen mit «Amerikanisierung» gleichgesetzt wurde. Emigranten mit unterschiedlichstem sprachlichem Hintergrund sollten so schnell wie möglich Englisch auch als Schriftsprache erlernen. Manche Neuankömmlinge, insbesondere Katholiken, akzeptierten den Imperativ der Literalisierung, schufen sich aber ihre eigenen Bildungseinrichtungen, in denen enge Verbindungen zwischen Lernen, Religion und ethnischer Solidarität gepflegt wurden. Seit den 1840er Jahren verbreitete sich in den USA das Gefühl, ein *age of reading* sei angebrochen. Es wurde unterstützt durch die schnelle Expansion der Presse und der Buchproduktion. Die USA, vor allem der Nordosten, wurden zum Ort einer kraftvollen *print culture*.

Die Alphabetisierungsrate unter Männern lag schon 1860 in den Neuenglandstaaten bei 95 Prozent; einzigartig in der Welt, hatten Frauen dort damals bereits ähnliche Werte erreicht. Dass der nationale Durchschnitt (hier eine besonders wenig aussagekräftige Größe) deutlich darunter fiel, hatte seinen Grund weniger in einem gewissen Rückstand der weißen Bewohner des Westens und des Südens als in der niedrigen Alphabetisierung der schwarzen und der indianischen Bevölkerung. Einige Herrinnen brachten ihren Sklavinnen und Sklaven die Lektüre der Bibel bei. Normalerweise wurden Sklaven aber vom Lesen und Schreiben ferngehalten;

Gab es ähnliche Entwicklungen außerhalb Europas? Die schulische Erfassung von Kindern lag in Ländern wie Mexiko, Argentinien oder den Philippinen nicht dramatisch unter denjenigen in Südeuropa und auf dem Balkan.<sup>43</sup> Was *literacy* betrifft, so steht ihre vergleichende Erforschung erst in den Anfängen. Für viele Teile der Welt fehlen noch für das gesamte 19. Jahrhundert statistische Angaben. Dies gilt selbstverständlich nicht für Nordamerika. Die nordamerikanischen Kolonien wiesen recht früh schon einen Alphabetisierungsgrad auf, der dem in den fortgeschrittensten Ländern Europas entsprach. Die gestiegerte Einwanderung im 19. Jahrhundert führte dazu, dass Lesefertigkeit im Englischen mit «Amerikanisierung» gleichgesetzt wurde. Emigranten mit unterschiedlichstem sprachlichem Hintergrund sollten so schnell wie möglich Englisch auch als Schriftsprache erlernen. Manche Neuankömmlinge, insbesondere Katholiken, akzeptierten den Imperativ der Literalisierung, schufen sich aber ihre eigenen Bildungseinrichtungen, in denen enge Verbindungen zwischen Lernen, Religion und ethnischer Solidarität gepflegt wurden. Seit den 1840er Jahren verbreitete sich in den USA das Gefühl, ein *age of reading* sei angebrochen. Es wurde unterstützt durch die schnelle Expansion der Presse und der Buchproduktion. Die USA, vor allem der Nordosten, wurden zum Ort einer kraftvollen *print culture*.

schriftkundige Sklaven standen als potenzielle Rädelsführer von Aufständen unter Dauerverdacht. Dafür waren trotz mancher Diskriminierung die freien Schwarzen im Norden schon vor dem Bürgerkrieg an schriftlicher Kommunikation sehr interessiert. Mehrere Hundert Autobiographien aus den zwei Jahrzehnten vor dem Bürgerkrieg zeugen von ihrem literarischen Ausdruckswillen. 1890 lag die Alphabetisierungsrate unter Afroamerikanern nationsweit bei 39 Prozent, 1910 schon bei 89 Prozent, fiel dann aber bis 1930 auf 82 Prozent.<sup>44</sup> Damit war diese Minderheit höher alphabetisiert als jede schwarze Bevölkerungsgruppe vergleichbaren Umfangs in Afrika und als zahlreiche Teile des ländlichen Ost- oder Südeuropa. Nach der Wiederherstellung der weißen Hegemonie in den Südstaaten in den 1870er Jahren mussten sich die Afroamerikaner ihre Bildung aber durch gemeinschaftliche Anstrengungen gegen eine feindselige weiße Umwelt und einen bestenfalls indifferenten Staat erkämpfen.<sup>45</sup> Ebenso war es bei dem anderen benachteiligten ethnischen Segment der US-Gesellschaft. Einige Indianervölker nutzten *literacy* gegen große Widerstände als Instrument kultureller Selbstbehauptung. Am weitesten ging hier die Cherokee-Nation, deren Sprache nach 1809 verschriftlicht worden war: die Grundlage zur gleichzeitigen Aneignung der Lese- und Schreibfähigkeit auf Cherokee und Englisch. In vielen Teilen der Welt findet man Ähnliches: Sprachen mussten *erst* – oft, aber nicht immer von Missionaren – mit einem Alphabet versehen und lexikalisch verzeichnet werden, *dann* wurden Teile der Bibel übersetzt und als Übungsmaterial verwendet: das Fundament für die Bereicherung mündlicher Kommunikation durch die Schrift.

#### | *Die alten Schriftkulturen Asiens*

Wiederum anders verhielt es sich in Zivilisationen, die Schrift und Gelehrsamkeit seit jeher einen hohen Wert zugesprochen hatten. Dazu gehören die islamischen Länder mit ihrem starken Schriftbezug auf den Koran und die juristisch-theologische Kommentarliteratur sowie die Länder der sinischen, von China ausstrahlenden Zivilisation. In Ägypten soll der Anteil der lesefähigen Bevölkerung um 1800 bei weniger als 1 Prozent gelegen haben, bis 1880 war er als Folge einheimischer Modernisierungspolitik auf 3 bis 4 Prozent gestiegen. Nach dem Zensus von 1897, dem ersten im neuzeitlichen Ägypten, gab es damals 400 000 lesekundige Menschen, d. h. etwa 6 Prozent der Bevölkerung über sieben Jahren (ohne Nomaden und Ausländer).<sup>46</sup>

Japan war bereits um 1800 eine auch nach strengen europäischen Maßstäben von Schriftlichkeit durchdrungene Gesellschaft. Ein literarischer Massenmarkt für die städtische Bevölkerung war bereits im 17. Jahrhundert entstanden. Alle Samurai und zahlreiche Dorfvorsteher mussten literat sein und chinesische Zeichen lesen können, um ihre Verwaltungsaufgaben zu erfüllen. Die Obrigkeiten fürchteten geschulte Untertanen in der Regel nicht; einige Fürstenhäuser sahen es als ihre Aufgabe an, das moralische und technische Niveau der breiten Bevölkerung zu heben. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts überschritt Elementarbildung den Kreis der ländlichen Honoratiorenfamilien. Am Ende der Tokugawa-Zeit (1867) erhielten bis zu 45 Prozent der Knaben und bis zu 15 Prozent der Mädchen regelmäßigen Unterricht im Lesen und Schreiben außerhalb des eigenen Haushalts; manche Schätzungen liegen noch höher.<sup>47</sup> All dies geschah ohne den geringsten europäischen Einfluss; Missionare waren das Land seit den 1630er Jahren verboten. Die Meiji-Regierung setzte seit 1871, als ein nationales Erziehungsministerium eingerichtet wurde, eine hohe Priorität auf den weiteren Ausbau des Bildungswesens auf allen Ebenen von der Dorfschule bis zur Universität, im ganzen Lande und unter zentralisierender Staatsaufsicht. Viele Schulen der Tokugawa-Zeit und ihre Lehrer wurden in das neue System, das einen vierjährigen Pflichtkursus vorsah, übernommen. Nun studierte man auch westliche Modelle und übernahm von ihnen einiges, doch hatte sich Japan bereits in seiner isolierten Vormoderne selbst auf den Kurs in Richtung Erziehungsstaat gesetzt und gab seinem Erziehungssystem, viel stärker etwa als seinem gleichzeitig reformierten Militär, eine eigene Note. 1909, also gegen Ende der Meiji-Zeit, war die Zahl der Analphabeten unter zwanzigjährigen Rekruten in fast allen Teilen Japans unter 10 Prozent gefallen: ein in ganz Asien einzigartiger Erfolg.<sup>48</sup>

Japans Bevölkerung stand um 1912 mit an der Weltspitze der Schriftkundigkeit. Die Alphabetisierung der Chinesen, für die das jahrhunderte lang maßgebende Lehrbuch bereits um 500 entstand, scheint während des 19. Jahrhunderts auf einem für vormoderne Gesellschaften im weltweiten Vergleich hohen Niveau stagniert zu haben. Qing-China erbte im 17. Jahrhundert von einer reichen Tradition der Schriftlichkeit die Verehrung für das geschriebene, gerade auch das kalligraphisch veredelte Wort, die technischen Mittel zur massenhaften Herstellung und Verbreitung von Büchern aller Art sowie eine vielfältige, aber vom Staat kaum geregeltete und überhaupt nicht systematisch durchgestaltete Landschaft von Privatunterricht, Gemeinde-, Wohlfahrts-, Clan- und Tempelschulen. Meist

waren es Ein-Lehrer-Schulen, die auf lokale Initiative zurückgingen und ihr Lehrpersonal aus dem großen Reservoir von etwa 5 Millionen hochkulturell Trainierten bezogen, die auf einer frühen Leitersprosse des Prüfungssystems gescheitert waren und damit den Zutritt zur Statusgruppe der Titelträger verfehlt hatten. Viele von ihnen waren als Hauslehrer bei Familien der Oberschicht tätig.<sup>49</sup> Angesichts des Fehlens von Statistiken ist man auf qualitative und anekdotische Quellen angewiesen, die immerhin den Schluss erlauben, dass 30 bis 45 Prozent der männlichen und 2 bis 10 Prozent der weiblichen Bevölkerung zum mindesten Grundfertigkeiten im Lesen und Schreiben besaßen.<sup>50</sup> Dies hieß natürlich nicht, dass sie den hohen Maßstäben der Elitekommunikation genügten, aber sie verstanden ein Grundrepertoire an Schriftzeichen und damit Inschriften und Edikte, mit denen sich der Staat ansprörend, mahnend und verbietend an die Untertanenschaft wandte, oft auch klassische Texte in vereinfachten Versionen. Der kaiserliche Staat engagierte sich bis zu einem gewissen Punkt für die Einrichtung und Finanzierung von Schulen, ohne eine allgemeine Schulhoheit anzustreben, wie sie sich auch in Europa erst während des 19. Jahrhunderts langsam herausbildete. Die Legitimität der politischen und gesellschaftlichen Ordnung hatte seit Jahrhunderten darauf beruht, den Zugang zu Bildung und damit zu Status und Wohlstand nicht nur den Sprösslingen von Oberschichtfamilien zu reservieren. Es mussten daher Aufstiegskanäle offen gehalten werden, wie sie im Europa der frühen Neuzeit allenfalls die Kirche bot. Die Praktiken waren recht flexibel. So wurde etwa Elementarunterricht für Bauernkinder auf jene Monate konzentriert, in denen wenig Arbeit auf den Feldern anfiel.

**| Warum fiel die alte Bildungskultur China zurück?**

Das chinesische Elementarschulwesen wie die institutionellen Arrangements für Bildung überhaupt gerieten im 19. Jahrhundert in einen internationalen Rückstand, waren gewissermaßen nicht länger konkurrenzfähig. Das traditionelle Erziehungswesen, so leistungsstark es in mancher Beziehung gewesen war, barg, anders als dasjenige Tokugawa-Japans, keine Modernisierungspotenziale. Die kaiserliche Regierung erkannte dies nach langer Verzögerung selbst. 1904 erließ sie eine nationale Schulordnung und erklärte ihre Absicht, ein nationales, dreigliedriges Erziehungssystem nach westlichem und vor allem japanischem Vorbild (das sich wiederum auf Europa bezog) aufzubauen. Ein Jahr später wurde das alte

System der Statuszumessung und Beamtenrekrutierung durch Staatsprüfungen abrupt und ohne Vorkehrungen für einen Übergang abgeschafft.<sup>51</sup> Korea, neben China und Vietnam die dritte asiatische Gesellschaft mit einer alten Prüfungstradition, hatte einen ähnlichen radikalen Schritt bereits 1894, erstaunlich früh, vollzogen.<sup>52</sup> Der Zerfall zentralstaatlicher Macht in China, der mit der Revolution von 1911 begann und während der gesamten Republikzeit (bis 1949) nicht aufgehalten werden konnte, vereitelte die Verwirklichung der Pläne der Jahrhundertwende. Dass China heute eine schulisch intensiv durchdrungene Gesellschaft ist, gekennzeichnet durch ein differenziertes, stark leistungsorientiertes Erziehungssystem, das internationale Hilfe mit eigenen Erfahrungs- und Wissensbeständen verschmolzen hat und bei vergleichenden *rankings* ausgezeichnet abschneidet, ist ein Ergebnis der Politik der Kommunistischen Partei nach 1978. Der internationale Rückstand, der um 1800 aufgetreten war, wird zweihundert Jahre später korrigiert.

Wie aber kam dieser Rückstand zustande? Dafür lassen sich drei Gründe nennen:

| **Erstens.** Das traditionelle Erziehungswesen war ausschließlich «von oben» konzipiert. Bildung aller Art war auf die Staatsprüfungen bezogen. Selbst wenn man von der allergrößten Mehrzahl der schulisch versorgten Bauernbuben nicht ernsthaft erwartete, dass sie sich dereinst den streng formalisierten Examensprozeduren unterziehen würden, so mussten auch sie, sobald sie einen Grundstock an Schriftzeichen erlernt hatten, die einfacheren unter den Schriften des konfuzianischen Kanons memorieren. In einem solchen unitarischen Verständnis von Bildung blieb kein Raum für die spezifischen Qualifikationsbedürfnisse der unterschiedlichen Bevölkerungsschichten. Zwar waren die Schulen dicht in das Alltagsleben integriert, und es fehlte ein Analogon zu dem europäischen Verständnis von Schule als einem vom Alltag distanzierten Sonderraum (heute in China extrem entwickelt). Der Unterrichtsstoff war aber zunehmend von der Lebenspraxis abgekoppelt und blieb curricular eingefroren: ein vorübergehender Kreativitätsverlust, denn in früheren Zeiten waren in China immer wieder Debatten um das Curriculum geführt worden.

| **Zweitens.** Die mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit chinesischer Erziehung zeigte sich erst mit den militärischen Niederlagen des bis dahin unangefochtenen Reiches nach 1842. Die Analyse der Ursachen für Chinas militärische Schwäche und wirtschaftliche Stagnation zog sich aber Jahrzehnte hin. Nichts fiel den Gelehrten-Beam-

ten, die das Reich regierten und verwalteten, schwerer als einzuräumen, dass die Bildung, aus der sie selbst sozialen Rang und persönliche Identität bezogen, an der Schwäche Chinas nicht unschuldig sein könne und daher der Anpassung an veränderte Herausforderungen bedürfe. Man erkannte bald die Überlegenheit von «westlichem Wissen» (*xixue*) auf einigen Gebieten, war aber nicht bereit, ihm kulturelle Gleichwertigkeit zuzubilligen. Dass es das Wissen von Aggressoren und Invasoren war und dass die christlichen Missionare, die als seine wichtigsten Importeure auftraten, oft ohne den nötigen Takt vorgingen, trug zu einem allgemeinen Misstrauen bei. Nach 1860 öffneten sich kleine Zirkel intellektuell zum Westen, und der Staat richtete Übersetzungsbüros ein. Eine sterile Gegenüberstellung von «chinesischem Wissen» und «westlichem Wissen» wurde aber zum Dogma der Literati-Mehrheit während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.<sup>53</sup> Als dann 1904/05 in einer Situation der akuten nationalen Krise die Stimmung kippte, wurde die chinesische Tradition als nutzlos betrachtet, westliches Wissen umgekehrt zum Allheilmittel überhöht, sein Import, vornehmlich auf dem Wege über das zähnekirnischend bewunderte Japan, zur vordringlichen Aufgabe erklärt und das japanische Erziehungssystem (oder jedenfalls einige seiner Elemente) in panischer Hast übernommen. Während der gesamten Republikzeit (1912–49) kämpften chinesische Intellektuelle und Erziehungsreformer mit dem Problem der Assimilation und Integration von Wissensbeständen unterschiedlichen Ursprungs. Die einen versuchten, durch kritische Prüfung mit den Methoden der Quellenkritik das Wertvolle der Tradition zu retten, andere sahen das Heil im anti-westlichen Marxismus bolschewistischer Prägung oder in maximaler Verwestlichung. Angesichts der Schwäche des chinesischen Staates konnten aber Lösungen, welcher Art auch immer, niemals in eine für alle Teile des Landes praktikable Politik umgesetzt werden. Die intellektuellen und bildungspolitischen Grundprobleme des 19. Jahrhunderts mussten in der Volksrepublik nach 1949 neu angepackt werden.

| **Drittens.** Schon der spätkaiserliche Staat hätte weder die administrativen noch die finanziellen Ressourcen besessen, um zum Erziehungsstaat zu werden. Die Ausdehnung des Landes, die traditionell schwache Entwicklung eines religiös-kirchlichen Erziehungswesens als dritter Kraft neben Haus- und Staatserziehung, die fehlende Präsenz der Bürokratie auf der Dorf Ebene und die fiskalische Schwäche der Zentralregierung schlossen eine zielpstrebig Politik nach dem Muster Meiji-Japans aus.<sup>54</sup>

### Schulstaat und Staatsschule

Eine Diskussion, die mit dem Wissensindikator des Alphabetisierungsniveaus beginnt, erweitert sich schnell zu einer vergleichenden

Erörterung institutioneller Erziehung insgesamt. Dabei sind zwei allgemeine Befunde festzuhalten: Zum einen begann man erst im 19. Jahrhundert, die zahlreichen Formen, in denen praktisches Lernen und moralische Unterweisung in allen Gesellschaften stattfinden, als ein Erziehungssystem zu denken und in der Praxis als ein solches zu ordnen. Dass Schulformen zu standardisieren und in einen Kursus hintereinander zu schalten seien, dass Schüler Jahrgangsklassen durchlaufen, dass Lehrer besonders ausgebildet und zertifiziert werden und dass spezielle Ministerien diese Neuerungen leiten und überwachen sollten – dies waren in Europa wie anderswo Ideen, die erst im 19. Jahrhundert praktische Bedeutung gewannen. Zum anderen begann der Staat, in Konkurrenz mit privaten Trägern, darunter auch Religionsgemeinschaften, ein Erziehungsmopol für «schulpflichtige» Kinder und Jugendliche anzustreben. In manchen Ländern, etwa Frankreich oder den Niederlanden, riss die Frage von staatlicher oder kirchlicher Kontrolle über das Schulwesen tiefe innenpolitische Gräben auf. Das staatliche Erziehungsmonopol konnte sogar im zentralistischen Frankreich nur langsam verwirklicht werden und ist in einigen Leitgesellschaften des Westens, etwa den USA und Großbritannien, niemals auch nur annähernd vollständig erreicht worden. Es wird heute auch in Kontinentaleuropa durch die wachsende Bedeutung von Privatschulen zunehmend unterhöhlt und ist gewiss kein markantes Merkmal des «Westens». Am weitesten wurde es in den «realsozialistischen» Staaten des 20. Jahrhunderts durchgesetzt; die Lockerung des staatlichen Zugriffs hat allerdings seit den 1990er Jahren in der Volksrepublik China die Zahl der Analphabeten (die nicht mindestens 1500 Schriftzeichen lesen können) dramatisch in die Höhe schnellen lassen.<sup>55</sup>

Der staatliche Anspruch auf Oberhoheit über die formale Ausbildung junger Menschen war eine revolutionäre Neuerung des 19. Jahrhunderts. Die Kinder der unteren und mittleren Schichten wurden erstmals durch die schulischen Organe des Staates «erfasst», die der Reichen immer seltener durch Hauslehrer und Hofmeister und immer öfter gemeinsam in Bildungsanstalten unterrichtet. Der Staat wurde «Schulstaat», die Gesellschaft «Schulgemeinschaft». So hat es Thomas Nipperdey für die deutschen Länder formuliert.<sup>56</sup> Dort galt es in ganz besonders hohem Maße, aber die Tendenz war weltweit zu spüren, und Deutschland, insbesondere

Preußen, wurde zum genau beobachteten und gerne kopierten Vorbild. Dabei erschienen die organisatorischen und bürokratischen Vorkehrungen Preußens als besonders maßstäblich, weniger der – historisch geradezu einmalige – idealistische Ehrgeiz der frühen Reformzeit, Preußen als einen Bildungsstaat gleichsam neu zu erfinden; von solchen hehren Zielen hatte sich auch die preußische Politik bis zur Mitte des Jahrhunderts verabschiedet.<sup>57</sup> Regierungen in aller Welt verfolgten mit dem Ausbau eines öffentlichen Erziehungswesens unterschiedliche Absichten und setzten unterschiedliche Prioritäten: Disziplinierung der Bevölkerung, Formung von «Musterbürgern» für einen «Musterstaat»,<sup>58</sup> Verbesserung der militärischen Schlagkraft, Schaffung einer homogenen nationalen Kultur, kulturelle Integration von Imperien, Förderung wirtschaftlicher Entwicklung durch Qualifizierung von «Humankapital». Einer solchen obrigkeitlichen Perspektive muss freilich eine Sicht «von unten» an die Seite gestellt werden. Unabhängig vom Willen der Staatseliten, sahen die Menschen in vielen Gesellschaften der Welt in besserer Erziehung ein Versprechen für ein besseres Leben. Die Utopie des Aufstiegs durch Bildung setzte sich in eine Nachfrage nach Chancen um, die staatlich, kirchlich, philanthropisch oder durch Selbsthilfe befriedigt werden konnte.

Am wenigsten ehrgeizig und entgegenkommend waren koloniale Regierungen. Am minimalistischen Ende des Spektrums kümmerte sich der koloniale Staat um Erziehung gar nicht und überließ die Initiative völlig den Missionaren. Das war etwa im Kongo-Freistaat (seit 1908: Belgisch-Kongo) der Fall, wo es beim Beginn der Dekolonisation um 1960, also nach rund achtzig Jahren Kolonialherrschaft, so gut wie keine europäisch gebildete Elite gab und Alphabetisierung nur spurenweise in einigen lokalen Sprachen erfolgt war. Günstiger sah es in Kolonien wie Nigeria (britisch seit 1851/62) und im Senegal (französisch seit 1817) aus, wo aber weiterführende Schulen extrem dünn gesät waren. In Algerien stand ein staatliches Schulwesen in Konkurrenz zu den von den Kolonialbehörden nur schwer kontrollierbaren Koranschulen: ein edukativer Dualismus.<sup>59</sup> Das andere Extrem repräsentieren die seit 1898 von den USA kontrollierten Philippinen; dort wurde bereits um 1919 eine Alphabetisierungsrate von 50 Prozent erzielt. Die großen Kolonien der Europäer in Asien lagen deutlich darunter: 8 Prozent in Indonesien, 10 Prozent in Französisch-Indochina, 12 Prozent in Britisch-Indien.<sup>60</sup> Indien fiel aus dem allgemeinen kolonialen Rahmen, weil hier die Kolonialmacht bereits vor dem Ersten Weltkrieg auch das mittlere und höhere Unterrichtswesen förderte, im Verhältnis zur riesigen Bevölkerungszahl

allerdings nur für wenige Schüler und Studenten. Schon 1817 war in Kalkutta das Hindu College eröffnet worden, 1857 folgten Universitäten in Kalkutta, Bombay und Madras, 1882 in Lahore und 1887 in Allahabad. Sie waren aber keine ausgebauten Lehr- und Forschungsuniversitäten, sondern im Grunde nur Prüfungsanstalten, die den Studierenden aus zahlreichen regional verstreuten Colleges aller Art Grade und Diplome verliehen; nur in Lahore wurde auch gelehrt. An den Colleges wurden fast ausschließlich *liberal arts* unterrichtet, also höhere europäische Bildung. Die Briten waren vorrangig an einer angisierten indischen Bildungsschicht interessiert, die in die Verwaltung des Landes eingespannt werden konnte. Naturwissenschaftliche und technische Ausbildung hatte einen viel geringeren Stellenwert. Erst nach dem Indian Universities Act (1904), den Lord Curzon als Vizekönig erlassen hatte, bauten einige indische Universitäten, auch solche in Fürstenstaaten wie Baroda und Hyderabad, die nicht der Bürokratie des Raj unterstanden und mitunter besonders ehrgeizige Modernisierungsziele verfolgten, Forschungsabteilungen auf. Sofern Forschung in Indien unter der Ägide der britischen Herrschaft stattfand, war sie stark auf Anwendung hin orientiert. Theorie und Grundlagenforschung hatten es schwer. Im kolonialen Rahmen nützliche Wissenschaften wie die landwirtschaftlich verwertbare Botanik wurden noch am ehesten gefördert.<sup>61</sup>

Unabhängige Regierungen Asiens mussten das anders sehen und die Etablierung eines breit basierten Wissenschaftssystems anstreben. In Japan erkannte man die Bedeutung technischer Kompetenz früh, in China kämpften wenige Reformer jahrzehntelang erfolglos gegen den «humanistischen» Kulturstolz der Beamtenmehrheit. Erst in einigen amerikanischen Missionsschulen und -universitäten, die nach 1911 in Peking und Shanghai entstanden, erhielten Wissenschaft und Technik eine hohe Bedeutung. Im Osmanischen Reich des späten 19. Jahrhunderts, wo zahlreiche auch architektonisch imposante «neue Schulen» errichtet worden waren, lagen ähnliche Richtungen im Widerstreit: Sollte das höhere Erziehungswesen primär der islamisch basierten Formierung von Staatsdienstern oder der Schulung von technisch und ökonomisch versierten Praktikern, also von «produktiven» Individuen, dienen? Bis zur Jahrhundertwende überwog die Beamtenausbildung.<sup>62</sup> Wie auch in China (viel weniger in Japan), stellten im Osmanischen Reich ausländische, oft missionarische Bildungsanstalten eine mächtige Konkurrenz zu Staatsinitiativen dar. Sie boten Fremdsprachen an und genossen oft einen besseren Ruf als öffentliche Schulen. Die Präsenz ausländischer Schulen und Uni-

versitäten war weniger ein Fall imperialistischer Kulturaggression als ein Anreiz für den einheimischen Staat, sein eigenes Bildungsangebot zu erweitern und zu verbessern.<sup>63</sup> Allerdings wäre es falsch, Rückschlüsse auf «die islamische Welt» insgesamt zu ziehen. Im Iran zum Beispiel, dem zweitgrößten nicht-kolonialen Muslimstaat der Welt, mangelte es bis in das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hinein fast ganz an Erziehungsreformen, wie sie Ägypten und das Osmanische Reich bereits sichtbar verändert hatten. Das Schulwesen blieb beinahe völlig unter der Kontrolle der *ulama*, und der Staat mischte sich nicht ein.<sup>64</sup>

### | Die Verschulung der Welt

Die Verschulung der Gesellschaft war ein europäisch-nordamerikanisches Programm des frühen 19. Jahrhunderts, das mit der Zeit weltweit zum Ziel staatlicher Politik erhoben wurde. Die Schule wurde zu einem wichtigen Instrument der Durchstaatlichung von Gesellschaften, gleichzeitig aber auch zu einem Fokus bürgerschaftlichen Engagements. Entscheidend war und ist, ob der Staat oder lokale Gemeinschaften oder unmittelbar die Eltern den Schulbetrieb finanzieren. Einschulungsquote und Alphabetisierungsrate gelten in den internationalen Organisationen bis heute als wichtige Kennziffern gesellschaftlicher Entwicklung, also dessen, was man in der Sprache des europäischen 19. Jahrhunderts das «Zivilisationsniveau» eines Landes nannte. Drei Aspekte kamen in der Schule zusammen: der Sozialisationsaspekt, also die Schule als Menschenshmiede und Gestalterin bestimmter Menschentypen; der politische Aspekt, der im Kern das Verhältnis zwischen weltlichem Staat und religiösen Erziehungsinstanzen traf; und schließlich der Aspekt der Wissenssicherung und Wissensverbreitung. Dass Wissenschaft als Erkenntnisfinderin, Produktivkraft und gesellschaftliche Lebensmacht der systematischen Qualifizierung künftiger Wissenschaftler durch einen wohlgeordneten Schulbetrieb bedurfte, war eine jener Einsichten, mit denen die neuartige Wissensgesellschaft des 19. Jahrhunderts über ihre Vorgängerin in der frühen Neuzeit hinausführte. Die schulischen Entwicklungspfade verliefen aber schon unter den wichtigsten Wissenschaftsnationen der Epoche recht unterschiedlich. In Frankreich, Großbritannien, Preußen/Deutschland und den USA bildeten sich verschiedenartige Vorstellungen vor allem vom höheren Schulwesen. Nirgends war der sekundären Phase der Erziehung so viel Eigengewicht und so viel staatliche Aufmerksamkeit gewidmet worden wie in Deutschland – vor

allem bei den bildungspolitischen Pionieren Preußen und Bayern – mit seiner originellen Erfindung des humanistischen Gymnasiums, dem um die Mitte des Jahrhunderts den «Realien» näher verbundene höhere Schulformen an die Seite gestellt wurden. Das Gymnasium, eine seit den 1830er Jahren standardisierte Institution, bildete die Grundlage für den Aufschwung der deutschen Wissenschaft nicht erst im Kaiserreich. In Großbritannien, um ein extrem anderes Muster zu nennen, gab es zwar verschiedene Privatschulen von hoher Leistungsfähigkeit, vor dem Erziehungsgesetz von 1902 aber nichts, das sich als sekundäres Bildungssystem bezeichnen ließe.<sup>65</sup> Wie sonst in dieser Epoche nur noch auf dem Gebiet des Militärs, wurde Deutschland im Bereich der Bildung zum Inspirator der Welt. Dies gilt auch für die Universitäten.

### 3 | Die Universität als europäischer Kulturexport

#### | Die Diskontinuität zwischen frühnezeitlicher und moderner Universität

bildungsstätte, die Wissen ordnet, bewahrt und weitergibt, (b) als Ort der Forschung, also der Generierung *neuen* Wissens, (c) als Instanz der Sozialisation, Charakterprägung und Selbstfindung für junge Leute jenseits des Schulzwangs. Die Neuordnung der Universitätsausbildung und der wissenschaftlichen Forschung ging in den meisten Ländern Europas der Umgestaltung der höheren Schulen voraus; Bildungssysteme wurden «von oben» in Bewegung versetzt. Die Universität als autonome Korporation der Gelehrten war eine altehrwürdige Institution, die für das lateinische Europa kennzeichnend war. In anderen Zivilisationen, etwa der chinesischen und der islamischen, gab es vor dem Kontakt mit dem Westen nicht weniger leistungsfähige Einrichtungen für die Gewinnung und Tradierung von Wissen: Klöster, religiöse Hohe Schulen oder Akademien, in denen sich Gelehrte formlos trafen (wie die chinesischen *shuyuan*). «Foren für rigorose intellektuelle Debatten» waren in vormodernen Epochen keine Besonderheit Europas.<sup>66</sup> In einer solchen Vielfalt von Kulturen der Gelehrsamkeit fiel die europäische Universität mittelalterlicher Prägung

Im 19. Jahrhundert entstand die moderne Universität mit ihren drei Dimensionen (a) als Aus-

dadurch auf, dass sie von äußeren Mächten relativ unabhängig und als Raum eigenen *Rechts* verfasst war.

Der chinesische Staat, um ein extremes Gegenbeispiel zu wählen, duldette keine semi-autonome *res publica* der Wissensträger. Teils waren die Gelehrten fest in den Staatsapparat eingefügt, viele von ihnen etwa als Beamte der kaiserlichen Hanlin-Akademie in Peking, teils kamen sie in quasi-privaten Zirkeln zusammen, die der Kaiser stets mit Misstrauen beobachtete. Es gab in China keine rechtlich geschützten Gelehrtenkorporationen, die womöglich sogar eine eigene politische Repräsentanz besessen hätten – so wie die englischen Universitäten mit eigenen Abgeordneten im Parlament vertreten waren.

Solche Institutionen «vormoderner» Art verschwanden zu unterschiedlichen Zeitpunkten während des 19. Jahrhunderts, in China und Japan in den Jahrzehnten zwischen 1870 und 1910, auch wenn sich in Japan neben dem staatlichen Schulsystem einstweilen private Akademien mit weniger stark am Westen ausgerichteten Bildungsinhalten behaupteten. Nur in der islamischen Welt bestehen einige von ihnen, vor allem der Typus der vom Staat unabhängigen religiösen Schulen (*madrasa*), modifiziert fort; die auf das 10. Jahrhundert zurückgehende theologisch-juristische Lehrstätte al-Azhar («Die Leuchtende») in Kairo gilt als die älteste Universität der Welt.<sup>67</sup> Die europäische Universität hingegen hat sich im 19. Jahrhundert grundlegend reformiert und in dieser Gestalt auf der ganzen Welt verbreitet. Die *moderne* Universität als Ort der *Produktion* von säkulararem Wissen entstand nach 1800 in enger Verbindung mit dem Aufkommen von Nationalstaaten in Europa und entfaltete sich im letzten Drittel des Jahrhunderts als eine der Basisinstitutionen der modernen Welt. Erfinder, Zeit und Ort lassen sich genau benennen: eine Handvoll adliger Reformer (vom Stein, Hardenberg) und idealistischer Philosophen (Fichte, Hegel, Schleiermacher) – mit Wilhelm von Humboldt als Verbindungsman zwischen beiden Gruppen – im Berlin der Jahre nach 1803 und insbesondere nach 1806, als der preußische Staat so gut wie zusammengebrochen war, ein örtliches Machtvakuum plötzlich ungeahnte Handlungsspielräume öffnete und zur Rettung von Staat und Nation unorthodoxe Neuansätze geboten waren. Obwohl die damals entstehende moderne Universität, zu deren Prototyp die 1810 gegründete Berliner Universität wurde, sich manche Rituale und Symbole ihrer mittelalterlichen Vergangenheit bewahrte, war sie im Kern eine revolutionäre Neuerfindung im Zeitalter der Revolutionen.<sup>68</sup>

Mit der neuen Universität konturierten sich auch besondere Sozial-

typen: etwa der englische «Don» als weltfremdes Mitglied der Gelehrtenrepublik eines College in Oxford oder Cambridge oder der deutsche «Ordinarius» als autoritärer Herrscher über Institute und Heerscharen von Assistenten.<sup>69</sup> Vor allem kam «der Student» auf, der in Europa den älteren Typus des Scholaren ablöste. Die Folgen sind bis heute erkennbar. In einigen Ländern merkt der nicht-akademische Beobachter mitunter erst dann etwas von der Existenz von Universitäten, wenn Studenten durch politische Aktionen auf sich aufmerksam machen. Die Assoziationskette «Student – Jugend – Rebellion» wurde erst im frühen 19. Jahrhundert geschmiedet. In Deutschland waren es die «Burschenschaften», erstmals 1815 öffentlich in Erscheinung tretend, durch welche studentischer Protest zu einem Faktor der Politik wurde. Für Frankreich hat man mit Blick auf die drei Jahrzehnte nach 1814 von «der Geburt der Studentenschaft als sozialer Gruppe» gesprochen.<sup>70</sup> In allen französischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts spielten Studenten eine bedeutende Rolle. Später wurden in vielen Ländern Studierende und Absolventen «moderner» Bildungseinrichtungen zu Aktivisten radikaler, zunehmend auch nationalis-tischer Politik. Eine russische Studentenbewegung entstand in den Jahren nach dem Krimkrieg an den damals fünf Universitäten des Reiches, anfangs noch streng gegängelt; 1861 kam es zu den ersten Unruhen.<sup>71</sup> In Indien beteiligten sich 1905 Studenten führend an großen Massenprotes-ten gegen die Teilung Bengalens, einem Gründungseignis in der Ge-schichte des indischen Nationalismus. In der japanischen Kolonie Korea führten Studenten die landesweite anti-japanische Protestbewegung im März 1919, der sich mehr als zwei Millionen Koreaner anschlossen.<sup>72</sup> In China wurden nur zwei Monate später die Studentenunruhen der «Bewe-gung des Vierten Mai» zu einem ebenso anti-imperialistischen wie kultur-revolutionären Fanal, mit dem der Revolutionsprozess in eine neue Phase eintrat. Überall war es die Voraussetzung für solchen Aktivismus, dass Universitäten in Anlehnung an westliche Vorbilder entstanden waren, in denen es Freiräume zur Bildung eines politischen Bewusstseins gab.

### **Universitäten im kolonialen Raum**

Rika blieben sie in ein System kirchlicher Kontrolle über das kulturelle Leben eingebunden. Freier waren die kolonialen Gründungen in Nordamerika, die allein schon durch ihre Zahl auffielen. Gibt es heute in Eng-

Universitäten europäischen Typs waren vor 1800 nur in der Neuen Welt gegründet worden. Im spanischen Amerika

land nur zwei Universitäten, die vor 1800 gegründet wurden, so sind es in den Vereinigten Staaten dreizehn. Schon in Kanada war das Interesse an der Errichtung von Universitäten deutlich geringer. Auf den nicht-spani-schen Antillen machte man sich nicht die Mühe, eigene Universitäten zu schaffen; die Söhne der kreolischen Elite wurden zur höheren Erziehung nach Europa geschickt. Im portugiesischen Amerika gab es überhaupt keine Hochschule, erst 1922 öffnete die erste Universität in Brasilien. Seit 1636 in der Nähe von Boston ein College gegründet wurde, das drei Jahre später den Namen eines Mäzens, des Geistlichen John Harvard, erhielt, waren die englischen Kolonien am Nordatlantik neben Europa und His-panoamerika das dritte Zentrum der Entwicklung von Universitäten in der Welt. Yale, Princeton, die Columbia University, die University of Pennsylvania oder die Rutgers University waren bereits vor der Ameri-kanischen Revolution entstanden. Diese Bildungseinrichtungen hatten einen je eigenen Charakter und eine Vielfalt von Organisationsformen; gemeinsam war ihnen nur ihre beträchtliche Unabhängigkeit von politi-schen Obrigkeit. Keine von ihnen kopierte ungebrochen das Modell von Oxford und Cambridge. Kaum weniger groß war der Einfluss der schottischen Universitäten sowie der presbyterianischen und nonkonfor-mistischen Akademien. Gemeinsam war ihnen auch ihre relative Armut. Ein großzügiges Legat wie das von John Harvard bildete eine große Aus-nahme. Die Landschenkungen, welche die meisten von ihnen erhielten, waren in einer Gegend der Welt, wo es Land im Überfluss gab, anfangs nicht viel wert. So mussten die frühen Colleges sich aus Quellen der ver-schiedensten Art finanzieren, in erster Linie aus Studiengebühren. Quan-titativ war der Lehrbetrieb sehr bescheiden. Vermutlich sind zwischen 1750 und 1800 an allen nordamerikanischen Colleges zusammen nicht mehr als 210 Professoren tätig gewesen. Neben den Hauptzweck, die Ausbildung von Geistlichen, trat nur sehr langsam die Vorbereitung auf andere akademische Berufe.<sup>73</sup>

Erst nach der Mitte des 19. Jahrhunderts verbreiteten sich Idee und Praxis der Universität in der ganzen Welt. In den halbautonomen Siedler-kolonien innerhalb des British Empire wurde es für Kolonialbehörden und städtische Honoratioren zu einer Ehrensache, sich Universitäten zu-zulegen, auch wenn lange keine Chance bestand, sich von den großen bri-tischen Vorbildern zu emanzipieren. 1850 entstand in Sydney die erste Universität Australiens, 1869 die erste Universität in Neuseeland. In den «farbigen» Kolonien der europäischen Mächte wurden dann Universitäten gegründet, wenn dies den Behörden zum Zweck der Ausbildung höhe-

ren einheimischen Personals ratsam erschien. Die Söhne von Kolonialfunktionären und Siedlern wurden zur weiterführenden Ausbildung in die Metropolen geschickt. Lange blieben Kolonialuniversitäten unterfinanziert und waren dadurch eingeschränkt, dass sie keine Doktorgrade verliehen konnten. Kolonial war an ihnen auch, dass Europäer in der akademischen Hierarchie stets und unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten an der Spitze standen. Sogar in einer verhältnismäßig alten und dem Mutterland nahen Kolonie wie Algerien gab es erst seit 1909 eine Volluniversität. Die später renommierte Universität von Hanoi, die originellste Schöpfung der französischen Kolonialpolitik auf dem Gebiet des Hochschulwesens, wurde erst 1917 gegründet. Sofern es in der kolonialen Welt Universitäten gab, die sich als prestigereiche Institutionen mit gehobenem Anspruch aus einer Vielzahl von mittleren und höheren Schulen heraushoben, entstanden sie erst nach der Jahrhundertwende, die meisten nach dem Ersten Weltkrieg. In Ägypten wurden zahlreiche selbständige Lehranstalten 1908 zu einer (privaten) Ägyptischen Universität zusammengefasst. In Westafrika waren die Ideen, die im 20. Jahrhundert zur Gründung von Universitäten führten, bereits nach 1865 von Afrikanern formuliert worden; aber erst in den 1940er Jahren wurden in den britischen Kolonien des tropischen Afrika leistungsfähige Universitäten errichtet. Die breiteste Hochschulausbildung von allen kolonialen Ländern boten die amerikanischen Philippinen an, wo 1908 nach dem Vorbild amerikanischer Landwirtschafts- und Ingenieurcolleges eine staatliche Universität in Manila eröffnet wurde; daneben gab es verschiedene private Universitäten, manche davon von Missionaren betrieben.

In keiner einzigen Kolonie entstand ein Hochschulsystem nach deutlichem Vorbild. Ebensowenig wurde das englische Modell der demokratisch verfassten, sich selbst regierenden Colleges unter einem lose aufliegenden Dach der Gesamtuniversität nach Asien und Afrika exportiert. Die kolonialen Universitäten waren autoritärer geordnet und in ihren Lehrplänen zumeist von Curricula in den Metropolen und von den besonderen Zwecksetzungen der kolonialen Behörden abhängig. Manchmal verzichteten die kolonialen Machthaber ganz auf die höchste Etage eines Bildungssystems. An den niederländischen Universitäten, vor allem der alten «Reichsuniversität» Leiden, gab es bedeutende Zentren asienwissenschaftlicher Forschung. Anders als in Britisch-Indien und Französisch-Indochina wurde solche Forschung nur zu einem sehr geringen Teil in Indonesien selbst betrieben. Vor dem Zweiten Weltkrieg dachten die Niederländer nicht daran, den Bildungsbedürfnissen einer indonesischen Elite entge-

genzukommen. Vollends die flüchtige, unter Lord Curzons vizeköniglichem Regime propagierte britische Vision einer *imperial science*, an der alle Talente des Empire mitwirken sollten, fand kein Gegenstück im niederländischen Kolonialraum. Erst 1946, drei Jahre vor der Unabhängigkeit, wurde die «Provisorische Universität von Indonesien» mit juristischen, medizinischen und philosophischen Fakultäten eröffnet, die Keimzelle der späteren «Universitas Indonesia». <sup>74</sup>

### | Gelehrtentraditionen und Neuansätze im nicht-kolonialen Asien

Insgesamt begann die Übernahme europäischer Universitätsmodelle außerhalb der neo-europäischen Siedlungsländer nicht vor

der Jahrhundertwende. Auch die politisch selbständigen Länder Asiens und Afrikas bildeten keine Ausnahme von dieser Regel. Südafrika hatte bereits in der britischen Kolonialzeit eine größere Zahl höherer Bildungseinrichtungen als jedes andere afrikanische Land, doch erst nach 1916 wurden die Fundamente für ein Universitätssystem gelegt, wie es heute noch besteht. Im Nahen Osten bildete der Libanon einen Sonderfall. Nirgendwo in der Region setzte die Hochschulentwicklung früher ein, jedoch nicht auf Initiative des osmanischen Zentralstaates, sondern als missionarische Implantation. Aus einer Reihe von Vorläufern entstand 1910 die protestantische American University of Beirut, während sich gleichzeitig die von französischen Jesuiten geleitete Université Saint-Joseph herausbildete: eine ursprünglich rein theologische Hochschule, in den 1880er Jahren um eine Medizinschule ergänzt, deren Grade auch der laizistische Staat der französischen Dritten Republik anerkannte.<sup>75</sup> Die wichtigste Neuschöpfung im türkischen Teil des Osmanischen Reiches war die Universität von Istanbul (1900), eine im vierten Anlauf gelungene Gründung, die sich ausdrücklich am Vorbild amerikanischer und europäischer Universitäten orientierte und mit fünf Fakultäten ausgestattet war. Im Unterschied zu den libanesischen Universitäten erhielten die Naturwissenschaften in Istanbul von Anfang an einen wichtigen Platz.<sup>76</sup> Die Universität Istanbul war ein Neuansatz ohne Kontinuität zu älteren osmanischen Institutionen. Ihre Vorläufer waren weniger die traditionellen Rechts- und Religionsschulen als halbprivate Zirkel (von oft nur flüchtigem Bestand), in denen sich Einzelne mit westlichem Wissen und seinem Verhältnis zur einheimischen Überlieferung befasst hatten.

Zeitlich parallel und in der Sache ganz ähnlich verlief die Hochschul-

entwicklung in China. Dort entstanden die ersten Universitäten nach 1895, die Kaiserliche Universität (die Urzelle der späteren Peking-Universität) im Jahre 1898. Traditionale Institutionen der Gelehrsamkeit waren zum Zeitpunkt der Revolution von 1911 so gut wie verschwunden, doch blieben – abermals ähnlich wie im Osmanischen Reich – manche der Werte und Einstellungen, die mit klassischer Gelehrsamkeit verbunden gewesen waren, weiter bestehen. So gab es etwa große Widerstände gegen fachliche Spezialisierung, hatte der konfuzianische Gelehrte doch bis zum Ende der Staatsprüfung 1905 seine Kompetenz auf nahezu allen Gebieten des Wissens zu beweisen. Eine kritische Geisteshaltung fehlte zwar im kaiserlichen China nicht. Es gab zum einen entwickelte Methoden des philologischen Zweifels an der Überlieferung, zum anderen das Recht zu politischer Kritik, wenn Würdenträger bis hinauf zum Kaiser von den Prinzipien der klassischen Schriften abwichen. Aber die kulturelle Autorität der obersten Staatsbürokratie, die bis zum Ende des Systems die Aufgaben für die Staatsprüfungen stellte, galt als unanfechtbar. Die außerbürokratisch, etwa in lokalen Privatakademien, geübte freimütige Kritik, musste erst in den öffentlichen Raum der neu entstehenden Universitäten Eingang finden.<sup>77</sup> Dies war in allen Ländern, wo ein Ethos der Universität als autonomer Korporation fehlte, ein mühsamer und zum Teil bis heute nicht abgeschlossener Prozess, der zusätzlich gehemmt wurde, wenn es wenig Erfahrung mit öffentlicher Debatte gab.

Die chinesischen Universitäten griffen auf unterschiedliche Quellen zurück. Im Hintergrund der Kaiserlichen Universität von 1898 stand die Universität Tokyo, die selbst wiederum von französischen und deutschen akademischen Mustern geprägt war. Als Japan während des Ersten Weltkriegs seine aggressive Politik gegenüber China intensivierte, wandten sich Teile der gerade entstehenden akademischen Intelligentsia in China von Japan ab und stärker europäischen und nordamerikanischen Vorbildern zu. Missionsuniversitäten, von denen einige nach dem Ersten Weltkrieg zu den auch wissenschaftlich besten Hochschulen im Lande zählten, waren ohnehin an solchen Modellen orientiert. Erst in den 1920er Jahren entstand in China eine abwechslungsreiche Universitätslandschaft und damit auch eine *academic community*. Der wichtigste Reformschub ging von dem bedeutenden Gelehrten Cai Yuanpei aus, der seit 1917 als Rektor die Peking-Universität nach deutschem Vorbild zu einer forschungsorientierten Volluniversität ausbaute und dabei auch das – in den kolonialen Universitäten wenig relevante – Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre beachtete. Unter schwierigsten äußeren Bedingun-

gen entstand im China der Republikzeit ein Wissenschaftsbetrieb, der, auch an der 1928 gegründeten Academia Sinica, zu Spitzenleistungen fähig war. Dies war im späten Kaiserreich jedoch nur rudimentär vorbereitet worden. Trotz tiefer Wurzeln in der Gelehrtentradition wurden die Grundlagen für die heutige Wissenschaftsnation China erst in der frühen Republikzeit gelegt.

In ganz Asien verhielt es sich allein in Japan anders. Die vormodernen Voraussetzungen waren dort nicht unbedingt günstiger als in China, doch war die Rezeption europäischen Wissens in Japan nicht so drastisch unterbrochen worden, wie dies in China im späten 18. Jahrhundert geschehen war, als der Informationsstrom über die Jesuiten versiegte. Aus den «Hollandstudien» wurde im frühen 19. Jahrhundert eine breitere Öffnung für die europäischen Wissenschaften. Seit den 1840er Jahren konnte man in Edo (Tokyo) bereits westliche Chirurgie und Medizin studieren. Die Meiji-Führung suchte nach 1868 systematisch westliches Wissen zu nutzen. Unter dieser Prämissen wurde 1877 die Universität Tokyo eröffnet, die ganz auf westliche Wissenschaften ausgerichtet war und auf den Unterricht in japanischer und chinesischer Literatur verzichtete. Obwohl private Initiativen nicht übersehen werden dürfen, stand der japanische Staat doch viel stärker als jede andere Regierung Asiens hinter dem Ausbau der Universitäten. Ein kaiserlicher Universitätserlass vom 18. März 1886 bestimmte ausdrücklich, die fortan zahlreicher zu gründenden kaiserlichen Universitäten sollten solche Künste und Wissenschaften lehren, «die für die Dienste des Staates erforderlich sind».<sup>78</sup> In Japan entfaltete sich ein stark diversifiziertes Hochschulsystem, dessen Kern eine wachsende Gruppe von breit ausgebauten Universitäten bildete. Nach dem Ersten Weltkrieg besaß Japan ein Hochschulwesen, das nur von den USA und wenigen Ländern Europas übertroffen wurde. Trotz der ungewöhnlich starken Position des Staates waren die Professoren der Universitäten in der späten Meiji-Zeit (d. h. seit etwa 1880) keineswegs bloße Befehlsempfänger und Rädchen in einem Getriebe. Mit den äußeren Organisationsformen der französischen und vor allem der deutschen Universitäten übernahmen sie auch deren Ethos als politikfreie Räume von Untersuchung und Debatte. Die akademische Elite der Meiji-Zeit verknüpfte auf spannungsreiche Weise zwei «mandarcale» Traditionen: Konnte sie zum einen an das Selbstbewusstsein und die Autonomietendenzen der klassischen chinesischen Gelehrten (deren japanische Nachahmer freilich selten Beamte gewesen waren) anknüpfen, so erbte sie andererseits den autoritären Habitus, aber auch den Stolz deutscher akademischer «Man-

darine», wie Fritz K. Ringer sie genannt hat.<sup>79</sup> Bezahlt wurden sie allerdings weniger wie deutsche denn wie chinesische Mandarine: schlecht.<sup>80</sup>

### Ideal und Modell der Forschungsuniversität

ten und mit den nötigen sachlichen Betriebsmitteln (Laboratorien, Bibliotheken, externen Forschungsstationen usw.) versehenen Forschung war ein wesentliches Element der kontinentaleuropäischen Universitätsidee des 19. Jahrhunderts, dabei aber eine Sonderentwicklung, die sich viel schwieriger ex- oder importieren ließ als der allgemeinere Rahmen der Universität als Bildungsinstitution. Schon einige Universitäten der frühen Neuzeit, an erster Stelle Leiden, hatten sich als Forschungsuniversitäten verstanden. Das bis heute erfolgreiche Modell der Forschungsuniversität als ein «Gesamtpaket» entstand aber erst während der Sattelzeit, genauer zwischen den 1770er und 1830er Jahren im protestantischen Deutschland: in Göttingen, in Leipzig und schließlich in Wilhelm von Humboldts und Friedrich Schleiermachers Berlin.<sup>81</sup> Keineswegs alle deutschen Universitäten wurden solche Forschungsuniversitäten. Es war das Beispiel der wenigen, die mit ihren Leistungen auf sich aufmerksam machten, das in der Welt wirkte. Dieses Modell bedeutete im Kern eine Zentralisierung von Aufgaben, die in der Republik der Wissenschaftler verstreut waren. Selbst wenn in Deutschland auch weiterhin außeruniversitäre Orte der Forschung bestehenblieben und gegen Ende des 19. Jahrhunderts sogar weiter ausgebaut wurden (Physikalisch-Technische Reichsanstalt, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft u. a.), so war es doch eine Grundidee der deutschen Reformer, Forschung aus den Akademien in die Universitäten hineinzulagern und bis dahin selbständige «Schulen» als Institute und Seminare unter dem Dach der Universität anzusiedeln.

Die Universität erhielt dadurch viel weiter gesteckte Zwecke als zuvor. Sie wurde erstmals neben Akademien, Gelehrtensozietäten (wie etwa der Royal Society, der zentralen Institution englischer Naturforscher), Museen oder botanischen Gärten zur dominierenden Institution der Wissenschaft und zum maßgebenden gesellschaftlichen Raum, in dem sich akademische Gemeinschaften herausbildeten.<sup>82</sup> Auch öffnete sie Chancen für Forschungen, die ohne den Gedanken an verwertende Umsetzung betrieben wurden. Nur so war die Abspaltung des neuen Feldes Theoretische Physik von der dominierenden Experimentalphysik möglich, eines

Das Ideal einer verlässlich finanzierten, von unmittelbaren Verwertungszwecken entlasteten

Feldes, dessen große Zeit um die Jahrhundertwende begann.<sup>83</sup> Dieses Modell der Forschungsuniversität ist neben der klassisch-romantischen Kunstmusik Deutschlands (bei der Musik, um genau zu sein, auch Österreichs) wichtigster kultureller Exportartikel seit der Reformation geworden, ein kultureller Komplex von globaler, aber sich sehr unterschiedlich verteilender Wirkung. Auch die Nachteile des deutschen Modells dürfen nicht übersehen werden: Da Schulpatente, etwa das Abitur, den Zugang zur Hochschule garantierten, war die Gefahr der Überfüllung der Universitäten systemimmanent. Dass Bildungsbürgertum und technische Fachkräfte in Deutschland Produkte eines vollkommen vom Staat, allerdings dezentral auf Länderebene, gesteuerten Hochschulwesens waren, trug im Kaiserreich zu einer illiberalen Staatsfixierung großer Teile der deutschen Eliten bei. Die Allgemeinbildung, in Großbritannien und den USA als *liberal education* bis heute Aufgabe des tertiären Bildungssektors, endete mit dem Abgang vom Gymnasium. Die deutsche Universität formte Fachmenschen. Nirgendwo wurde disziplinäre Spezialisierung in Forschung wie Lehre so weit getrieben.<sup>84</sup>

### Verzögerte Übernahme des deutschen Modells in Europa

In Europa fanden die deutschen Rezepte keineswegs unverzügliche und enthusiastische Nachahmung. Um 1800 hatte sich wissenschaftlicher Fortschritt, von individuellen Ausnahmen abgesehen, in Frankreich, Großbritannien und den deutschen Ländern konzentriert. Italien oder die Niederlande waren hinter diese großen Drei zurückgefallen. Aus Skandinavien kamen Durchbrüche in Sprachwissenschaft und Archäologie, aus Russland später wichtige Einzelleistungen in den Naturwissenschaften (etwa Mendeleevs periodisches System der Elemente von 1869). Unter den drei führenden Wissenschaftsnationen schienen sich nach der Wahrnehmung vieler Beobachter während des 19. Jahrhunderts die Gewichte zu verschieben. Auch in Frankreich und Großbritannien wurden weiterhin bedeutende wissenschaftliche Entdeckungen gemacht, doch in beiden Ländern geschah dies zu einem viel größeren Teil als in Deutschland außerhalb universitärer Strukturen. Unter Napoleon waren die *grandes écoles* als anspruchsvolle und straff autoritär organisierte Kadernschmieden für die Bürokratie und das Ingenieurwesen geschaffen worden, aber ohne zureichenden Raum für Naturwissenschaften und die Humaniora. In England wehrten Oxford und Cambridge, die sich traditio-

nell als Ausbildungsstätten für Geistliche verstanden, lange die Naturwissenschaften ab und zeigten kein Interesse, wissenschaftliche Labors einzurichten. Dahinter stand die Idee, wie sie auch in China selbstverständlich war, *higher education* solle durch das Studium von Texten erfolgen, streng getrennt von *practical education* in Hospitälern, Gerichtshöfen oder Museen. Folgerichtig war die Geologie die fröhlestes an den Universitäten etablierte Naturwissenschaft: das Lesen im steinernen «Buch der Natur».

*Gentleman scholars* wie Charles Darwin, Sohn eines reichen Arztes und Spekulanten und Enkel von Josiah Wedgwood, einem der großen Pionierunternehmer der englischen Frühindustrialisierung, behielten in der englischen Wissenschaft weiterhin eine Bedeutung, wie sie in Deutschland nach Alexander von Humboldt nicht mehr vorstellbar war. Eine Ausnahmeerscheinung war Gregor Mendel, der seine genialen Entdeckungen zur Vererbungslehre in der Abgeschiedenheit der Augustinerabtei Brünn (Brno) machte und in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit für mehr als drei Jahrzehnte ohne Wirkung blieb. Wissenschaftliche Gesellschaften, von denen manche noch während des 19. Jahrhunderts neu gegründet wurden, behielten im französischen und englischen Wissenschaftsleben lange Zeit eine herausragende Bedeutung. Wie schon in der frühen Neuzeit, so blieb London für die britischen Naturwissenschaften weiterhin ein viel wichtigeres Zentrum als Oxford und Cambridge. Hier saßen alle jene gelehrten Gesellschaften, die auf ihren unterschiedlichen Gebieten mit nationaler Reichweite tätig waren. Moderne Entwicklungen im Hochschulgremium gingen eher von speziellen Einrichtungen innerhalb der University of London oder von langsam aufstrebenden städtischen Neugründungen wie Manchester (1851) aus.

Es gab noch keine Nobelpreise; die ersten wurden 1901 vergeben. Es fehlten auch noch quantifizierte *rankings*. Reputationen mussten sich im dichter werdenden persönlichen Austausch der Gelehrten herausbilden. Dieser Austausch hatte von Anfang an eine nationale wie eine internationale Dimension. Die deutschen Wissenschaftler bildeten schon Jahrzehnte vor der Gründung des Nationalstaates eine Gemeinschaft, die dank eigener Leistung und der wissenschaftsdiplomatischen Bemühungen Alexander von Humboldts in Europa gut integriert war. Seit etwa der Mitte des Jahrhunderts beobachteten sich die wissenschaftlichen *communities* der einzelnen Länder gegenseitig. Wissenschaft wurde zur öffentlichen Arena nationalen Wettbewerbs, etwa zwischen den Mikrobiologen Louis Pasteur und Robert Koch. Als Wilhelm Röntgens Entdeckung der

X-Strahlen 1896 bekannt wurde, telegraphierte Kaiser Wilhelm II., dem späteren Nobelpreisträger, er danke Gott für diesen Triumph des deutschen Vaterlandes.<sup>85</sup> Gleichzeitig wurden auch die Zusammenhänge zwischen Wissenschaft, Technik, Industrie und nationaler Macht deutlicher sichtbar. In der britischen Öffentlichkeit entstand der Eindruck, man habe bei der Internationalen Ausstellung in Paris 1867 blamabel schlecht abgeschnitten. In Frankreich führte man die Niederlage von 1871 gegenüber dem neuen Deutschen Kaiserreich auch auf die Rückständigkeit von Bildung und Wissenschaft zurück. Die Forderung, der Staat möge endlich große Universitäten «deutschen Typs» einrichten, ließ sich aber erst nach der Festigung der Dritten Republik um 1880 verwirklichen. 1896 wurden dann die gesetzlichen Grundlagen für die Errichtung eines modernen französischen Universitätssystems geschaffen.

Auch noch zu diesem Zeitpunkt fand aber der Forschungsimperativ, der für die deutsche Universität seit der Sattelzeit charakteristisch war, weniger Anklang als im Ursprungsland.<sup>86</sup> Ein modernes Hochschulsystem entstand in Frankreich nicht früher als etwa in Japan, und in Großbritannien machten es die dezentralen Strukturen des akademischen Lebens noch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein schwierig, überhaupt von einem *System* der Universitäten zu sprechen. Cambridge und Oxford, die nach der Jahrhundertmitte ihren Lehrbetrieb modernisiert und die Verleihung von Graden ohne vorhergehende Prüfung sowie die Verpflichtung der lehrenden Fellows zur Ehelosigkeit abgeschafft hatten, verwandelten sich erst nach dem Ersten Weltkrieg in Forschungsuniversitäten mit einer starken naturwissenschaftlichen Komponente. Die hohen Kosten der neuartigen Laborforschung verlangten auch hier eine zentralisierte Finanzplanung, die über Einzelbudgets von Colleges und Fakultäten hinausging. Spezialisierte technische Hochschulen haben bis heute in Großbritannien eine geringere Rolle gespielt als in Deutschland, Frankreich, der Schweiz, wo 1858 mit der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich der Prototyp solcher Anstalten entstand, oder in Japan. Der philosophische Doktorgrad (Ph. D.), der zunächst auch für die Naturwissenschaften galt, wurde in Cambridge erst 1919 eingeführt, als er in Deutschland und den USA schon lange üblich war.<sup>87</sup> Auch dauerte es sehr lange, bis in Oxford und Cambridge die Selbstrekrutierung des Lehrpersonals eingedämmt wurde, eine dichte Barriere gegen das Eindringen frischer Gedanken von außen.

### **Der Aufstieg der Universitäten in den USA**

Die deutsche Forschungsuniversität wurde also mit einer außerdörflichen Verzögerung von mindestens einem halben Jahrhundert in anderen europäischen Wissenschaftsnationen modifiziert übernommen. Früher schon wurde sie außerhalb Europas einflussreich. Das zweite Land auf der Welt, in dem die Forschungsuniversität zur herausstechenden Hochschulform wurde, waren die USA. Die Leistungsfähigkeit der nordamerikanischen Universitäten nicht nur bis zum Ende der Kolonialzeit, sondern sogar bis zum Bürgerkrieg sollte allerdings nicht überschätzt werden. Einer ihrer wichtigsten Historiker spricht für die Zeit zwischen 1780 und 1860 von einer trügerischen Morgendämmerung (*false dawn*) und datiert den eigentlichen hegemonialen Aufbruch der amerikanischen Forschungsuniversität auf die Zeit nach 1945.<sup>88</sup> Erst in den zwei Jahrzehnten nach dem Bürgerkrieg bildeten sich um die großen Fächer *scientific communities* heraus, nachdem Ähnliches in Frankreich, Deutschland und Großbritannien bereits seit den 1830er Jahren geschehen war. Das deutsche Modell der Forschungsuniversität wurde damals in den USA gründlich studiert und 1876 mit der Errichtung der Johns Hopkins University in Baltimore als umfassender Volluniversität zum ersten Mal jenseits des Atlantiks verwirklicht; andernorts freilich nur sehr zögernd übernommen. *Research* wurde vielfach als prestigereicher Luxus, aber nicht als Wesenskern der Universität gesehen.<sup>89</sup>

Es wäre noch lange nicht zum spektakulären Aufstieg einiger der amerikanischen Universitäten gekommen, hätten sie nicht vom Wirtschaftsboom im letzten Quartal des Jahrhunderts profitiert. Die nordamerikanischen Universitäten waren seit John Harvards und Elihu Yales Zeiten von privaten Spenden und Stiftungen abhängig gewesen. Um 1850 begann sich eine gesteigerte Bereitschaft wohlhabender Privatleute bemerkbar zu machen, den akademischen Bereich philanthropisch zu fördern. Nach 1880, als sich die großen amerikanischen Vermögen buchstäblich explosionsartig vermehrten, stieg mit dem Reichtum der Wille, sich als Universitätsstifter zu verewigen. Nun wurde nicht nur anonym gespendet, so wie John D. Rockefeller es für die Columbia University getan hatte; vielmehr entstanden jetzt jene Universitäten, die bis heute die Namen von Eisenbahn-, Tabak- oder Stahlbaronen tragen. Oft standen dabei auch religiöse Motive im Hintergrund. Neue Universitätsgebäude wurden in einem einheitlichen neogotischen Stil errichtet, manchmal auch, wie in Palo Alto

Die deutsche For-  
schungsuniversität wur-  
de also mit einer außerdörflichen Verzöge-

auf Wunsch der Familie Stanford, nach mediterranem Geschmack. Die alten amerikanischen Colleges waren auch baulich klein und einfach gewesen. Nun wurden große Flächen und Räume benötigt, um neue Bibliotheken, Laboratorien und Sportanlagen unterzubringen. Mehr als in Europa fand betuchter Bürgerstolz seinen Ausdruck in prachtvollen Universitätsgebäuden, die selbst in Großstädten wie Chicago nicht selten die Glanzlichter städtischer Architektur bildeten. Der deutsche Einfluss fand sich vor allem in der ehrgeizigen Forschungsorientierung und im Zuschnitt der Fächer und Fakultäten. Ganz anders als in Deutschland, waren staatliche Planung, Lenkung und Finanzierung aber auf die Minderheit staatlich gegründeter Universitäten beschränkt. Die nun schnell wachsenden Spitzenuniversitäten bauten ihre eigenen internen Bürokratien auf. Professoren, deren soziales Ansehen in dieser Zeit stieg, wurden intern als Angestellte betrachtet, die dem Management untergeordnet waren. Universitätspräsidenten verstanden sich zunehmend als Unternehmer. Stolz auf die eigenen Institutionen verband sich bei Administratoren, Lehrenden und Lernenden mit einer kühlen, marktwirtschaftlichen Sicht auf Bildung und Wissenschaft. Damit wurde in den USA im späten 19. Jahrhundert ein *neues* Gesamtpaket geschnürt, das die amerikanische Forschungsuniversität zu einer unverwechselbaren transatlantischen Eigenentwicklung machte.<sup>90</sup>

### **Japan: ein halber Import des deutschen Modells**

Im Vergleich zu den USA waren die japanischen Universitäten am Vorabend des Ersten Weltkriegs noch schwach ausgebaut. Alle irgendwie als modern geltenden Wissenschaften waren in Tokyo oder in einer der anderen kaiserlichen Universitäten vertreten, doch fehlte es an der üppigen Finanzierung, die den amerikanischen und auch einigen der deutschen Universitäten zugute kam. Medizin und Ingenieurwissenschaften waren die Fakultäten, die sich der großzügigsten Unterstützung erfreuten. Hier hatte die japanische Wissenschaft auch erste Erfolge vorzuweisen, die sich im Ausland sehen lassen konnten. In anderen Bereichen war die Abhängigkeit von der westlichen Wissenschaft noch so stark, dass man über die Wiederholung kanonischen Stoffes nicht hinausgelangte. Mittlerweile hatten Hunderte und Tausende von Japanern in Europa und den USA studiert. Diejenigen, die nach ihrer Rückkehr in verantwortliche akademische Positionen einzückten, imitierten ihre westlichen Lehrmeister zuweilen bis in kleine

Details. Beim Aufbau der verschiedenen Disziplinen hatten westliche Berater eine große Rolle gespielt, die in der späten Meiji-Zeit allmählich zurückging; insgesamt wurden etwa achttausend solcher Experten beschäftigt.<sup>91</sup> Manche dieser Berater und ausländischen Universitätslehrer gaben einzelnen Disziplinen entscheidende Anstöße. Dies war nicht nur bei Naturwissenschaften und Medizin, sondern auch in der Jurisprudenz oder in der Geschichte der Fall, wo Ludwig Rieß, ein Schüler des Berliner Historikers Hans Delbrück, während seiner Jahre an der Kaiserlichen Universität (1887–1902) eine wichtige Rolle als Lehrer, Vermittler und Gründer früher Fachinstitutionen spielte. Da man im Ausland nicht systematisch rekrutieren konnte und eine Karriere in Japan trotz verhältnismäßig guter Bezahlung nicht jedermanns Lebenstraum war, beruhte viel auf Zufall und Glück der Anwerbung. Das Beispiel von Ludwig Rieß zeigt auch die Grenzen des Transfers.<sup>92</sup> In Japan übernahm man den quellenkritischen Positivismus der deutschen Historikschule (der gut zu der aus China übernommenen eigenen Textkritik passte), nicht aber zugleich auch das philosophische Programm und die literarischen Darstellungstechniken des deutschen Historismus und erst recht nicht dessen Appell an ein breites Publikum. Die Fachhistorie blieb eng und spezialistisch und wagte sich nicht an die neuen nationalen Mythen der Meiji-Ordnung heran, die zur gleichen Zeit geschaffen wurden, etwa eine fiktive Kaisergenealogie. Anders als im bewunderten Deutschland, wurde die Historie in Japan nicht zur leitenden Orientierungswissenschaft unter den Geisteswissenschaften und in einer liberalen Bildungsöffentlichkeit.

Ein weiterer Schwachpunkt des frühen japanischen Universitätssystems war die extreme Hierarchisierung mit der Tokyo-Universität auf dem unangefochtenen Spitzensitz. Dies verhinderte einen Wettbewerb, wie er zwischen den amerikanischen Universitäten, aber auch im stärker dezentralen und föderalen deutschen System herrschte, dessen Arbeitsmarkt neben dem Reich auch Österreich, Prag und die Deutschschweiz einschloss. Dennoch war der internationalen Wissenschaftleröffentlichkeit spätestens in den 1920er Jahren klar, dass innerhalb weniger Jahre in Ostasien mit dem Aufbau forschungsorientierter Wissenschaftssysteme begonnen worden war. Man hatte neben den organisatorischen Formen der europäischen Universität auch schon spurenweise deren Forschungs-imperativ übernommen. Darin bestand ein Unterschied zwischen Japan und China auf der einen, dem Osmanischen Reich auf der anderen Seite. Der türkische Wissenschaftshistoriker Ekmeleddin İhsanoğlu hat die These vertreten, dass die beträchtlichen, mehrere Jahrzehnte vor ähn-

lichen Initiativen in China und Japan einsetzenden Bemühungen der osmanischen Reformelite, sich durch Übersetzung und «Kauf» (etwa von europäischen Experten) westliches Wissen anzueignen, vor der Schwelle einer experimentellen Geisteshaltung und einer ergebnisoffenen Recherche kultur halt gemacht hätten.<sup>93</sup>

## 4 | Wissensmobilität und Übersetzung

### | Unterschiedliche Rezeptionsmuster

Die Wissenschaft selbst, die in solch neuen organisatorischen Formen aufblühte, war europäischen Ursprungs. Nur wenige Elemente nichteuropäischer Wissensbestände gingen in die großen Ordnungsschemata dessen ein, was um 1900 universell gültige Wissenschaft war. Mochte die arabische Naturkunde der gleichzeitigen des lateinischen Westens im Mittelalter überlegen, mochten die alten Inder vorzügliche Mathematiker und Linguisten gewesen sein: die europäische Wissenschaft des 19. Jahrhunderts verdankte Nichteuropäern weniger als die Naturbeschreibung der frühen Neuzeit, die vor Ort in Asien nur mit Hilfe einheimischer Experten ihre großen Sammlungen, Klassifikationen und kartographischen Erfassungen realisieren konnte. Noch im 18. Jahrhundert hatten Europäer geglaubt, von asiatischen Textiltechnologien und Agrarpraktiken, etwa bei Düngung und Fruchtwechsel, lernen zu können.<sup>94</sup> Im 19. Jahrhundert nahm ihre Bereitschaft ab, den Anderen den Besitz praktisch brauchbarer Kenntnisse zuzutrauen. Der «wissenschaftliche» Kolonialismus der Jahrhundertwende gelangte häufig zu agronomischen Einsichten, die den einheimischen Bauern längst bekannt waren, oder beging Fehler, vor denen die Einheimischen leicht hätten warnen können. Die Landeskenntnis einheimischer Führer und die Fähigkeiten einheimischer Handwerker nutzte man auf dem Höhepunkt des kolonialen Autismus allenfalls noch beim Häuser- und Wegebau, nahm aber das Wissen der Anderen ansonsten nicht länger ernst.

Es wäre naiv, das einheimische Wissen in außereuropäischen Kulturen, heute oft *local knowledge* genannt, zu romantisieren, und ungerecht wäre es, dem expandierenden Europa pauschal die Unterdrückung solcher Wissensbestände vorzuwerfen: eine schlimmere Sünde als bloße Nicht-

beachtung. Die Bedeutung des naturwissenschaftlichen und technologischen Wissens, das aus Europa und zunehmend auch aus den USA kam, wurde von den Eliten Asiens und Afrikas anerkannt. Sie bemühten sich um die Aufnahme dieses Wissens, um seine kritische Prüfung, seine Übersetzung in nicht-westliche Sprachen und Denkschemata, seine Vermittlung mit eigenen Traditionen und Erfahrungen. Dabei unterschieden sich die einzelnen Wissenskomplexe in ihrer Widerständigkeit. Einige «reisten» leichter und schneller als andere. Die ältere Vorstellung, die europäischen Wissenschaften hätten sich kraft der ihnen innenwohnenden «Überlegenheit» durch «Diffusion» in einem gleichsam natürlichen Prozess über die Welt verbreitet, ist nicht ganz falsch, aber doch zu einfach, übersieht sie doch die jeweils besonderen kulturellen und politischen Umstände von Wissenskontakt und Wissensübertragung.<sup>95</sup>

Der Wissenschaftshistoriker Nakayama Shigeru hat solche unterschiedlichen Transfermuster für Ostasien untersucht: Da die europäische und die japanische *Mathematik* in ihrer Struktur und Notationsweise in sich geschlossene und daher miteinander unvereinbare Systeme waren, verschwand die japanische Mathematik nach der Meiji-Renovation von 1868 schnell von der Bildfläche. Dies geschah nicht, weil sie «primitiver» gewesen wäre. Es war für japanische Mathematiker einfach praktischer und ökonomischer, das neue System komplett zu übernehmen, als das alte zu modifizieren. Ganz anders verlief die Entwicklung in der *Medizin*. Hier bestanden die einheimische chinesische bzw. japanische und die importierte westliche Lehre unverbunden nebeneinander fort. Die beiden Wissenssysteme wurden niemals amalgamiert. Die Verbindung wurde (und wird) nicht in der Theorie, sondern in der Praxis hergestellt. In Japan waren jedoch alle Transferentscheidungen mit dem Bestreben aufgeladen, sich vom alten Lehrmeister China zu emanzipieren und zum Musterschüler der westlichen Moderne zu werden. Daher verlor die einheimische Medizin schon in der Meiji-Zeit ihren wissenschaftlichen Status, wurde also an den neuen Universitäten erst gar nicht gelehrt und zu einer volkstümlichen – aber weiterhin genutzten – Kunstlehre degradiert. Ein wiederum anderes Muster findet Nakayama in der *Astronomie*. Bereits im 17. Jahrhundert hatten die Jesuitenmissionare die europäische Astronomie in China eingeführt. Die von ihnen ermittelten Daten und Kalkulationsmethoden ließen sich aber der chinesischen Kalenderastronomie relativ problemlos inkorporieren. Die traditionelle Position der Hofastronomie als Stütze kaiserlicher Legitimität wurde daher durch die Beiträge der Jesuiten noch gestärkt. Zweieinhalb

Jahrhunderte lang kam niemand auf die Idee, die westliche Himmelskunde als «modern» oder überlegen zu betrachten. Die einheimische Astronomie verschwand nicht in erster Linie, weil sie in einem Wettbewerb der Ideen unterlegen wäre, sondern weil sie ihrer gesellschaftlichen Funktion verlustig ging. Als – erst im späten 19. Jahrhundert! – in China wie in Japan die Ämter der Hofastronomen und staatlichen Kalenderwächter abgeschafft wurden, war es um sie geschehen. Junge, in Europa und Amerika ausgebildete Astronomen bauten an den neuen Universitäten rasch eine neue Disziplin auf. Bis dahin hatte die importierte Wissenschaft die einheimische Tradition gefestigt.<sup>96</sup>

Die Wege der Verbreitung westlichen Wissens waren verschlungen und unberechenbar. Eine internationale Forschergemeinschaft, wie wir sie heute für selbstverständlich halten, entstand erst im späteren 20. Jahrhundert. Im 19. Jahrhundert mussten sich außereuropäische Kulturen nicht bloß aktuelle Forschungsstände, sondern komplette wissenschaftliche Weltbilder aneignen. So hatten die Jesuiten die chinesischen Gelehrten des 17. und 18. Jahrhunderts schon mit einigen Elementen der euklidischen Geometrie und der Physik Isaac Newtons bekanntgemacht, doch wurden erst in den 1860er Jahren vollständige Übersetzungen von Newtons *Principia* und Euklids *Elementen der Geometrie* angefertigt.<sup>97</sup> Zu dieser Zeit, als protestantische Missionare und chinesische Gelehrte in enger Zusammenarbeit umfangreiche Übersetzungsprojekte begannen, suchte man kompakte Information zunächst in westlichen Lehrbüchern, die selbst schon Kondensate und Popularisierungen spezieller Forschungsergebnisse waren. Solche Vermittlungstexte wurden als erste übersetzt. Im frühen 20. Jahrhundert waren chinesische Naturwissenschaftler dann fast durchweg in der Lage, englische oder deutsche Fachliteratur zu lesen. Derlei Anstrengungen sind aus westlicher Sicht schon von den Zeitgenossen und auch später als Versuche des «Nachholens» belächelt worden, die oft in Sackgassen führten. Man kann es aber auch anders sehen: Angesichts der Beharrungskraft traditionaler Gelehrtenkulturen war die Rezeption westlichen Wissens innerhalb weniger Jahrzehnte in Ländern wie Japan, China oder dem Osmanischen Reich eine respektable Leistung. Nur in Japan wurde sie vom Staat mit seinen finanziellen Möglichkeiten planvoll unterstützt. Dort, wo, wie in China, die Missionare die entscheidenden Transferträger waren, blieben die Initiativen privat.

Allein schon sprachlich schufen sie gewaltige Herausforderungen. Die Anverwandlung der vorwiegend lateinischen Wissenschaftsterminologie

Europas hatte spurenweise bereits in der frühen Neuzeit begonnen. Dabei entstanden keineswegs immer stabile Nomenklaturen. So wurden in China die terminologischen Entscheidungen der Jesuiten im 19. Jahrhundert vielfach kritisiert und korrigiert. Wie auch in Japan, so arbeiteten oft mehrere Übersetzer nebeneinander auf demselben disziplinären Feld. Es dauerte oft lange und bedurfte verzweigter Diskussionen, um lexikalisch fixierte Fachsprachen entstehen zu lassen. In Philosophie und Theologie, in Jurisprudenz und den Geisteswissenschaften waren die begrifflichen Schwierigkeiten oft noch größer. Begriffe wie «Freiheit», «Recht» oder «Zivilisation», an denen jeweils komplizierte Semantiken westlichen Ursprungs hingen, waren nicht eindeutig und unmittelbar im Japanischen, Chinesischen, Arabischen oder Türkischen abbildbar. Diese Kulturen und Sprachen hatten ihre eigenen, nicht minder komplexen Bedeutungswelten. Der neue westliche Begriff konnte nicht mechanisch übertragen, er musste stets in den Empfängerkontext hineininterpretiert werden und nahm dabei fast immer Bedeutungsnuancen an, die ihm ursprünglich fremd waren. Allein das englische Wort *liberty* wurde um 1870 von japanischen Lexikographen und Übersetzern mit vier unterschiedlichen, in chinesischen Zeichen ausgedrückten Begriffen wiedergegeben, die jeweils eine besondere Bedeutung trugen. Erst allmählich wurde eine dieser Lösungen, *jiyū* («seinen Intentionen ohne Einschränkung folgen»), zur Normalübersetzung.<sup>98</sup>

Zu den neuartigen Konzepten, auf die man nicht vorbereitet war und mit denen man sich auseinandersetzen musste, gehörte auch der Begriff der «Wissenschaft» selbst. Um abermals China als Beispiel zu nehmen: Dort gab es im klassischen Vokabular mehrere Ausdrücke, die der westlichen «Wissenschaft» nahekamen, ohne ihr genau zu entsprechen. So bedeutete der traditionale Begriff *zhizhi* «Wissen bis zum Äußersten erweitern», während *gezhi* eher «untersuchen und ausweiten» meint. Jeder chinesische Gelehrte des 19. Jahrhunderts wusste, dass diese verbalen Ausdrücke, die beide das Schriftzeichen *zhi* (Wissen) enthalten, vor dem Hintergrund der neokonfuzianischen Philosophie des 12. Jahrhunderts zu sehen waren. Seit den 1860er Jahren verfestigte sich allmählich der Begriff *gezhi* als Übersetzung von «Wissenschaft», aber auch von «Naturphilosophie». Daneben schob sich aber der über das Japanische importierte Begriff *kexue*, der sich dann nach etwa 1920 durchsetzte und heute die verbindliche Übersetzung von «Wissenschaft» ist. *Kexue* legt die Betonung weniger auf den Prozess des Wissenserwerbs als auf das Kategorisieren von Wissen, insbesondere seine curriculare Organisation. Als die

Enge und Statik dieses Begriffs die führenden Köpfe der Bewegung für Neue Kultur nach 1915 nicht länger zufriedenstellte, griffen sie, um die Neuartigkeit des modernen Wissenschaftsbegriffs zu unterstreichen, zeitweise sogar zum Mittel der phonetischen Nachbildung von «science» als *saiyinsi*. Dieser post-konfuzianische Begriff von Wissenschaft, den man auch noch mit einer ganzen Reihe anderer Vokabeln umschrieb, sollte neben dem Element der Wissensordnung auch die Idee eines moralischen Aufbruchs transportieren: des Erwachens aus dem Schlummer steriler Tradition zur Erneuerung von chinesischer Zivilisation und Nation durch Aufklärung und Kritik.<sup>99</sup>

### | **Wissenschaft im Tausch gegen Kunst und Irrationalismus?**

Mehr denn je zuvor und mehr als seit etwa der Mitte des 20. Jahrhunderts war im langen 19. Jahrhundert der Strom von Wissen um

die Welt ein Weg durch eine Einbahnstraße. Die okzidentale Naturwissenschaft entwertete die naturbezogenen Wissensbestände in anderen Teilen der Welt. Sogar die chinesische oder indische Medizin und Pharmakologie, die seit der Mitte des 20. Jahrhunderts im Westen wiederentdeckt wurden und bis heute zunehmenden Einfluss erlangt haben, wurden damals nicht rezipiert. In ost-westlicher Richtung flossen allein ästhetische und religiöse Impulse. Hier ging es nicht um Wissen, dessen transkulturelle Allgemeingültigkeit durch überprüfbares Verfahren des Forschens und der wissenschaftlichen Kritik verbürgt war, sondern um asiatische und später auch afrikanische Antworten auf die westliche Suche nach neuer Spiritualität und neuen Quellen künstlerischer Inspiration. Inder, Chinesen, Japaner oder die Bewohner des westafrikanischen Benin, wo eine britische «Strafexpedition» 1897 einen riesigen Schatz an Elfenbein- und Bronzeobjekten raubte, die in Europa großes Aufsehen erregten, propagierten ihre Kultur im Westen nicht. Westliche Künstler und Philosophen machten sich selbst auf die Suche und passten das, was sie fanden, an die eigenen Bedürfnisse an. Romantische Dichter und Denker, etwa Friedrich Wilhelm Joseph Schelling und Friedrich Creuzer, begeisterten sich für östliche «Mystrien». Die altindische Sanskrit-Literatur, aus der seit den 1780er Jahren in europäische Sprachen übersetzt wurde, fand einige Jahrzehnte lang viel Interesse bei Intellektuellen im Westen. Arthur Schopenhauer ließ sich von den ebenfalls neu übersetzten klassischen Büchern des Hinduismus faszinieren. Ralph Waldo Emerson, der führende nordamerikanische Philosoph

seiner Zeit, vertiefte sich in das religiöse Denken Indiens, kritisierte die Absolutheitsansprüche von Christentum und aufklärerischem Rationalismus und warb für eine geistige Annäherung des Westens an einen ernstgenommenen Osten.<sup>100</sup>

1857 begannen japanische Künstler, an erster Stelle Takahashi Yuichi, die europäische Technik der Ölmalerei zu praktizieren und lösten eine erste Welle des japanischen Interesses für westliche Kunst aus. In demselben Jahrzehnt gelangten die ersten japanischen Holzschnitte im Gepäck von Reisenden und Diplomaten nach Europa; 1862 wurden einige davon erstmals in London öffentlich gezeigt. Es handelte sich dabei noch keineswegs um repräsentative Sammlungen und Ausstellungen, die einen breiteren Überblick über die ältere und neuere japanische Kunst vermittelten. Aber schon einzelne Blätter von Meistern wie Hokusai oder Hiroshige regten Künstler und Kritiker in nachhaltiger Weise an. Der sogenannte Japonismus, der aus diesen Begegnungen hervorwuchs, war etwas Neues. Nicht länger wurde außereuropäisches Material nur als Dekor und Kostüm verwendet wie Chinesisches und Türkisches in den verschiedenen Orientmoden des 18. Jahrhunderts oder der nordafrikanische Orient als verfremdender Schauplatz für Wüsten- und Haremsmotive im Exotismus der französischen Malerei zwischen etwa 1830 und 1870 (Eugène Delacroix, Jean Auguste Dominique Ingres, Eugène Fromentin u. a.). Die japanische Kunst antwortete auf Probleme, mit denen die europäische Avantgarde aktuell beschäftigt war. Künstler, die in Europa an der Spitze der modernen Bewegung standen, erkannten in dem, was die Japaner ganz unabhängig von ihnen geleistet hatten, eng verwandte Bestrebungen. Genau zur gleichen Zeit und spiegelbildlich erreichten die europäische Begeisterung für japanische und der japanische Enthusiasmus für europäische Kunst ihre jeweiligen Höhepunkte. Die japanische Faszination durch die Ästhetik des Westens ging zurück, nachdem ausgerechnet der in Ost und West einflussreiche Ernest Fennelosa die Japaner auf den Reichtum ihres eigenen künstlerischen Erbes hingewiesen und sich an die Spitze einer Bewegung gesetzt hatte, die mit der Unterstützung staatlicher Kulturpolitik die patriotische Erneuerung einer genuin japanischen Malerei betrieb. Ein amerikanischer Japanophiler begründete den japanischen Neotraditionalismus. Fennelosas Schriften wurden auch in Europa stark beachtet und verliehen dort dem Japaninteresse eine kunstkritische Grundlage.<sup>101</sup>

Wichtig, aber doch weniger epochal war auch der musikalische Einfluss Ostasiens. Lange hielt sich das alte Vorurteil von der Unerträglichkeit chinesischer Musik für westliche Ohren. Es stützte sich freilich allein auf die

Eindrücke einiger Reisender und ihre unvollkommenen Versuche, solche exotischen Töne in europäischer Notenschrift aufzuzeichnen. Erst die Erfindung des Phonographen 1870 schuf die technische Voraussetzung dafür, außereuropäische Musik in Europa bekannt zu machen. Giacomo Puccini und Gustav Mahler zum Beispiel beschäftigten sich mit Phonogrammaufnahmen (ost-)asiatischer Musik. Puccini verwertete diese Studien in seinen Opern *Madame Butterfly* von 1904 und *Turandot* von 1924/25, Mahler in seinem *Lied von der Erde* (1908) und in seiner *Neunten Symphonie* (1909). In der Musik vor allem des leichteren Genres begnügte man sich damit, durch Instrumentierung und Klangfarbenkolorit Orientstimmungen hervorzurufen. Was oft klischeehaft wirkte, konnte freilich in der Hand von Meistern wie Giuseppe Verdi (*Aida*, 1871), Camille Saint-Saëns (*Suite algérienne*, 1881) oder Nikolaj Rimskij-Korsakov (*Sheherazade*, 1888) zu frischen Erfindungen führen. Tiefer drang der asiatische Einfluss dort, wo fremdartiges Tonmaterial in die abendländische Tonalität importiert und diese dadurch erschüttert wurde. Claude Debussy war hier der Pionier, angeregt vor allem durch die Pariser Weltausstellung von 1889, wo er zum ersten Mal authentische Gamelan-Musik aus Java gehört hatte.<sup>102</sup>

In der Zeit zwischen etwa 1860 und 1920 erreichte die europäische Faszination durch Asien einen Höhepunkt. In den Jahrzehnten danach ging dieses Interesse wieder zurück. Nach dem Ersten Weltkrieg war Europa stärker mit sich selbst beschäftigt; gleichzeitig schien das «orientalische» Asien durch eine beginnende Modernisierung seiner Städte, durch anti-imperialistische Protestbewegungen, durch Revolution und da und dort aufkommende Militärherrschaft seinen exotischen Zauber zu verlieren. Wenn sich europäische Intellektuelle des Fin-de-Siècle Asien zuwandten (und nur eine kleine Minderheit unter ihnen tat es), dann mit geringem Interesse für die asiatische Gegenwart. In einer Krise, die in manchen Augen gleichermaßen das Christentum wie das rationale Weltbild der Naturwissenschaften zu erfassen schien, lockte Asien mit der unerschöpften Tiefe seiner verschiedenen «Weisheitslehren». Sie wurden kulturtkritisch oder als individuelle Erlösungshoffnung gegen die geistigen Angebote des Westens ins Feld geführt. Im Verlag von Eugen Diederichs, einem Anwalt konservativer Lebensreform, veröffentlichte der Sinologe und Missionar Richard Wilhelm eine Reihe philologisch wie literarisch durchaus gelungener Übersetzungen der Gespräche des Konfuzius, des Buches Laozi (Laotse) und anderer Texte des althinesischen Kanons. International besonders einflussreich, auch in Indien und Ceylon, war die sogenannte «Theosophie», eine synkretistische Version eines traditio-

nellen Okkultismus, vermischt mit Zutaten aus den verschiedensten nahöstlichen und asiatischen Traditionen von der Kabbala bis zu den hinduistischen Veden plus einem Schuss Arier-Rassismus, die von Helena Petrovna Blavatsky seit 1875 mit bizarrem Mummenschanz propagiert und zelebriert wurden.<sup>103</sup> Rudolf Steiner, der Begründer der Waldorfschulen, entstammte diesem mystizistischen Milieu, machte sich aber 1912 mit seiner eigenen Anthroposophischen Gesellschaft unter gemäßigteren Doktrinen unabhängig.

Ein undifferenziertes «Asien» wurde auf diese Weise als Ursprungsort von Erlösungslehren zum Inbegriff eines Irrationalismus, der einem westlichen Vernunftglauben, wie er bis in den theologisch kühlen Kulturprotestantismus zu reichen schien, polemisch entgegengesetzt werden konnte. Vom Islam, einer im Hauptstrom eher rationalistischen Religion, erhoffte man sich in Europa noch nicht einmal solche Anstöße; er blieb ein wegen Poesie und Baukunst ästhetisch geschätztes, aber als Religion und Weltanschauung abgewertetes Gegenprinzip. So entstand im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine paradoxe Situation: Die Eliten der außerkzidentalen Welt strebten energisch danach, sich die fortgeschrittenen Naturwissenschaft und Technologie des Westens anzueignen, die sie vielfach als universale Errungenschaft des modernen Zeitalters ansahen.<sup>104</sup> Zugleich wollten sie auf diese Weise einen schmerzlich empfundenen zivilisatorischen Rückstand aufholen und ihre Länder gegen die Übermacht der westlichen Großmächte wappnen. Dazu gehörte auch, dass eine westlich geprägte Bildungsschicht in Ländern wie Indien und (einige Jahrzehnte später) China Irrationalismus und «Aberglauben» in den eigenen Traditionen schärfster Kritik unterzog.<sup>105</sup> Umgekehrt instrumentalisierten zur gleichen Zeit Minderheiten unter den Intellektuellen Europas und Nordamerikas «östliche Weisheit» in ihrem Kampf gegen die Vernunftgläubigkeit der okzidentalen Wissenschaftskultur. Der ironische Kontrapunkt, den Max Weber in seinen späten Studien über die Wirtschaftsethik der Weltreligionen setzte, blieb in dieser Hinsicht öffentlich unbemerkt. Weber sah nämlich in der Spannung zwischen innerweltlicher und außerweltlicher Orientierung eine Triebkraft ökonomischer Dynamik im Abendland. Indien war in seiner Sicht zu stark, das vormoderne China zu wenig auf spirituelle Erlösungshoffnungen hin orientiert gewesen. Asien wurde so um die Jahrhundertwende in gewissen Feldern westlichen Denkens wichtiger denn je. Zugleich wurde es aber zur Projektionsfläche des europäischen Irrationalismus: eine historische Rolle, die ihm keine eigenen Entwicklungschancen zu lassen

schien. Das verehrte, aber offenbar in weltferner «Spiritualität» erstarrte Asien hatte in dieser Sicht weder Gegenwart noch Zukunft. Erst Mohandas K. Gandhi, der spätere «Mahatma», von dem man im Westen erst nach seiner Rückkehr von einem jahrelangen Aufenthalt in Südafrika (1915) Notiz nahm, schaffte es, jedenfalls in europäischen Augen, den Gestus eines asiatischen Propheten und heiligen Mannes mit einer Machtpolitik der Ohnmächtigen zu verbinden.

## 5 | Humanwissenschaften vom Eigenen und vom Fremden

Um 1900 hatten die Wissenschaften in einigen Ländern Europas, in den USA, in Japan oder Indien eine unerhörte kulturelle Autorität erlangt.<sup>106</sup> Zunächst kleine, dann schnell wachsende *communities of scholars* waren entstanden und hatten sich zu Disziplinen formiert. Die große Mehrheit der Wissenschaftler auf der Welt waren nicht länger gebildete Amateure, sondern entlohnte Profis, die in Universitäten, Einrichtungen staatlicher Forschung oder in der Industrie arbeiteten. Das Erziehungswesen in den fortgeschrittenen Wissenschaftsgesellschaften umfasste nunmehr sowohl «reine» als auch «angewandte» Wissenschaft, eine Unterscheidung, die erst jetzt aufkam. Die Ausbildung in Mathematik und (alten) Sprachen als universell verwendbarer Propädeutik ermöglichte durch Training des Nachwuchses die weitere Expansion des Wissenschaftssystems auf vielen Gebieten. Infolge der Multiplikation der Zahl von Wissenschaftlern stieg freilich nicht im gleichen Maße das Gesamtvolume an Kreativität. Mit dem Wachstum von Wissenschaft hat der Anteil von mediokren Wissenschaftlern und routinemäßig betriebener Normalwissenschaft überproportional zugenommen. Nur sehr begrenzt lässt sich die Produktion von Genies gesellschaftlich steuern.<sup>107</sup>

### Geistes- und Sozialwissenschaften

Die Expansion institutionalisierter Wissenschaft erfasste neben den Naturwissenschaften und der Medizin, die sich im frühen 20. Jahrhundert nicht mehr nur als Handwerk und Kunstlehre verstand, auch die Geistes- und Sozialwissenschaften. Diese Begriffe wur-

den erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wenn nicht geprägt, so doch in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit popularisiert. Vor der *Einleitung in die Geisteswissenschaften* (1883) des deutschen Philosophen Wilhelm Dilthey war diese Bezeichnung selten zu hören. Analoge Prägungen waren *the humanities* oder *les sciences humaines*: Wissenschaften vom Menschen.<sup>108</sup> Der Begriff der «Sozialwissenschaft» ist einige Jahrzehnte älter. Er wurde seit Anbeginn nicht als allumfassender Dachbegriff für ältere Diskurse wie die «Statistik» (als Staatenbeschreibung) oder die Politische Ökonomie verwendet, sondern bezeichnete zunächst den «szientifischen» Anspruch, die Wissenschaftlichkeit der modernen Naturforschung in praktischer, vorzugsweise sozialreformerischer Absicht auf die «Gesellschaft» zu übertragen. Dies geschah zunächst, sieht man von einzelnen frühen, aus der Philosophie kommenden Theoretikern wie Auguste Comte oder Herbert Spencer ab, eher empirisch als theoretisch (bei Lorenz von Stein, bei den frühen Vertretern des 1873 in Deutschland gegründeten Vereins für Socialpolitik usw.). Karl Marx, ein unermüdlicher Erforscher gesellschaftlicher Realität, war einer der wenigen, die diesen Gegensatz in ihrem Werk aufhoben.

Nicht vor 1890 wurde versucht, eine gemeinsame Fächeridentität der Sozialwissenschaften in Abgrenzung zu anderen Wissensfeldern zu begründen.<sup>109</sup> Erst danach wurden in Europa und den USA in größerer Zahl Professuren für «Soziologie» eingerichtet. Soziologie und Ökonomie blieben einstweilen eng verschwistert, besonders in den beiden deutschen Traditionen des Marxismus und der historischen Schule der Nationalökonomie bis hin zu Max Weber. Die Wirtschaftswissenschaft vollzog nach 1870 international eine Wende von der älteren Politischen Ökonomie, die von Produktion und Arbeit im gesellschaftlichen Zusammenhang ausging, zur neueren Grenznutzenschule und Gleichgewichtstheorie, die sich in erster Linie für subjektive und individuelle Bedürfnisstrukturen und für das Geschehen auf Märkten interessierte. Wirtschaftliches Verhalten wurde von seinen gesellschaftlichen Voraussetzungen gelöst. Dies war Teil einer allgemeinen disziplinären Differenzierung der Sozialwissenschaften, auch der Psychologie, die sich in den letzten vier Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg abspielte.<sup>110</sup> Um 1930 war der Graben zwischen Soziologie und Ökonomie außerhalb Deutschlands, wo letzte Reste der gesellschaftsnahen «Historischen Schule» der Volkswirtschaftslehre fortbestanden, schon fast unüberbrückbar geworden. Dieser Gegensatz war auch ein Bruch zwischen einer eher systemkonformen Wirtschaftswissenschaft und einer Soziologie, die sich kritisch den Schattenseiten

der kapitalistischen Entwicklung zuwandte und auf sozialreformerische Abhilfe sann. In Japan wurden die westlichen Sozialwissenschaften mit charakteristischer Einseitigkeit rezipiert. «Gemeinschaft» war den frühen japanischen Soziologen und Staatswissenschaftlern wichtiger als «Gesellschaft», das Kollektiv wichtiger als das Individuum. Sie wirkten mit am großen Projekt der neo-traditionalistischen Integration der aufstrebenden Nation durch einen starken Staat und hüteten sich, die neuen Mythen der Meiji-Zeit, vor allem den Kaiserkult und die Fiktion vom japanischen Gemeinwesen als einer großen «Familie», wissenschaftlicher Kritik zu unterziehen.<sup>111</sup>

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts begannen sich, zuerst in Deutschland und Frankreich, die geisteswissenschaftlichen Fächer universitär zu formieren; in Großbritannien dominierte noch länger der individualistische *gentleman scholar*. Die Akademisierung der Geistes-«Wissenschaften» war etwas Neues. Geschichtsschreiber zum Beispiel hatte es, vor allem in Europa und in China, seit mehr als zweitausenden gegeben, aber niemals zuvor hatte man die Historie als methodisierte Wissenschaft an Bildungseinrichtungen gelehrt. Die ersten *Geschichtsprofessoren*, die der Wissenschaftsgeschichte heute noch einer Erinnerung wert sind, finden sich nach 1760 an der damals angesehensten Universität Deutschlands in Göttingen; sie unterrichteten aber daneben auch noch gegenwartsbezogene Staatenkunde («Statistik», «Polizeywissenschaft») oder Politik. Zur selben Zeit schrieb der größte europäische Historiker der Epoche, Edward Gibbon, sein monumentales Werk *Decline and Fall of the Roman Empire* (1776–1788) in der komfortablen Situation eines wohlhabenden Privatgelehrten am Genfer See. In Großbritannien kam erstmals 1866 ein bedeutender Historiker, William Stubbs, auf einen Universitätslehrstuhl. Nachdem mit der Einrichtung historischer Professuren abermals Deutschland den Anfang gemacht hatte (Leopold Ranks Berufung nach Berlin 1834, wo er bis 1871 lehrte, sollte sich als epochal erweisen), dauerte es noch Jahrzehnte, bis in allen europäischen Ländern unter deutschem Einfluss die Historie als akademisches Fach etabliert wurde. Relativ früh geschah dies in Russland, wo mit Sergej Michailovič Solov'ev ab 1850 ein bedeutender Historiker in Moskau schulbildend wirkte. In Frankreich begann ein ähnlicher Prozess erst 1868 mit der Gründung der École Pratique des Hautes Études. Dort wurde «wissenschaftliche» Geschichtsforschung nach dem Vorbild der Ranke-Schule betrieben. Noch Jules Michelet, der zu seiner Zeit wie noch heute berühmteste französische Historiker des 19. Jahrhunderts, hatte als Redner und

Schriftsteller, kaum jedoch als ausbildender Lehrer gewirkt. Nachdem ihn Louis Napoléon 1851 aus politischen Gründen seiner Ämter im Nationalarchiv und am Collège de France entthoben hatte, lebte Michelet als freier Schriftsteller von seinen Veröffentlichungen.

Die Professionalisierung der Geschichtswissenschaft war in Europa und den USA eine Erscheinung der Zeit nach etwa 1860.<sup>112</sup> In den ästhetischen Fächern dauerte eine entsprechende Entwicklung noch etwas länger. Eine intellektuell anspruchsvolle Literatur-, Kunst- und Musikkritik hatte es in Europa spätestens seit der Mitte des 18. Jahrhunderts gegeben.<sup>113</sup> Erst kurz vor 1900 entstanden *neben* – nicht an Stelle – dieser freieren öffentlichen Diskurse von Literaten, Journalisten, Privatgelehrten, Geistlichen, Berufsmusikern (usw.) universitäre Fächer wie Kunsthistorik, Musikwissenschaft und die verschiedenen nationalphilologischen Literaturwissenschaften. Kritik und Wissenschaft ließen sich weniger säuberlich trennen als in der Historie. Allenfalls als methodisch strenge Philologie und Editionskunde, zuerst mit antiken und mittelalterlichen Quellen befasst, unterschied sich gelehrte Arbeit von ästhetischem Räsonnement. Als Nationen sich immer mehr über ein gemeinsames kulturelles Erbe definierten, erlangten Literaturkritiker als Literaturhistoriker eine neue und herausgehobene Rolle: Der politischen wurde die poetische Nationalgeschichte an die Seite gestellt, und nicht selten, wie im Falle der Deutschen, waren Sprache und Literatur ein wichtiger Kern der Nationsbildung als die eher glanzlose Geschichte politischer Zusammengehörigkeit. So wurde die *Geschichte der poetischen National-Literatur der Deutschen* (1835–42) des Zeithistorikers und liberalen Politikers Georg Gottfried Gervinus zu einem Grundwerk der Epoche.

### | Orientalistik und Ethnologie

Am Rande des Aufbruchs der Geisteswissenschaften entstanden auch Wissenschaften von anderen Zivilisationen.<sup>114</sup> Sie haben im europäi-

schen Universitätsleben niemals eine zentrale Rolle gespielt. Wichtiger ist bis heute die Vergewisserung über die eigenen Wurzeln gewesen, die man teils in der griechisch-römischen Antike sah, teils in den nachantiken Gesellschaftsbildungen des frühen Mittelalters, die als Anfänge der eigenen Nation begriffen wurden. Kontakte mit anderen Völkern und Zivilisationen haben freilich in Europa stets Neugier auf das «Fremde» geweckt. Neben der ideologischen Verbrämung europäischer Aggression steht in Mittelalter und Neuzeit eine riesige Literatur, in der Europäer, viele von

ihnen Reisende ohne direkte Verbindung zu imperialen Aktionen, von ihren Erlebnissen und Erfahrungen berichten und in der sie versuchen, die Anderen in ihrer Differenz zu Europa genau zu beschreiben, ihre Sitten, gesellschaftlichen Ordnungen und Religionen zu verstehen. Eine besondere Spezialität der Europäer waren Sprachstudien. Mit der arabischen Sprache und Literatur, insbesondere dem Koran, beschäftigte man sich kontinuierlich seit dem 12. Jahrhundert. Das Chinesische wurde nach 1600 über Jesuitenmissionare bekannt. Dort, wo man regelmäßigen Kontakt zum Osmanischen Reich unterhielt, etwa in Venedig oder Wien, gab es schon früh Experten für das Osmanische. In der Neuen Welt begannen Missionare bald nach der Eroberung mit dem systematischen Studium von Indianersprachen. Die alte indische Kultursprache Sanskrit wurde mit Hilfe indischer Gewährsleute seit den 1780er Jahren in Kalkutta und in Paris für Europa – und in mancher Hinsicht auch für Indien – (wieder-)entdeckt und sprachwissenschaftlich eingehend untersucht.<sup>115</sup> Dank der Entschlüsselung der Hieroglyphen durch Jean-François Champollion im Jahre 1822 wurde das pharaonische Ägypten lesbar. Schon 1802 hatte Georg Friedrich Grotefend einen ersten Schlüssel zur Entzifferung der (altpersischen) Keilschrift gefunden.

Über mehrere Jahrhunderte hinweg entstand eine verzweigte Literatur von Reisebeschreibungen, Landeskunden, botanischen Enzyklopädien, Wörterbüchern, Grammatiken und Übersetzungen als Summe zahlloser Einzelleistungen und oft abseits der großen Zentren der Gelehrsamkeit. Nur die Arabistik und das Studium anderer nahöstlicher Sprachen, die für die biblische Theologie von Bedeutung waren, wurden bereits in der frühen Neuzeit an Orten wie Leiden und Oxford mit Lehrstühlen an Universitäten verankert. Dennoch war die gesamte europäische Wahrnehmung der außereuropäischen Umwelt seit dem Mittelalter von Gelehrteninteressen durchdrungen. Auch Reisebeschreibungen waren in der Regel nicht naive Berichte von spannenden Abenteuern und merkwürdigen Fabelwesen, sondern Texte aus der Feder von Beobachtern, die das fortgeschrittene Wissen ihrer Zeit im Reisegepäck hatten. Diese intellektuell anspruchsvolle Neugier auf die Außenwelt war in der frühneuzeitlichen Epoche eine Besonderheit der Europäer. Andere Zivilisationen kolonisierten nicht in Übersee und schickten, abgesehen von seltenen diplomatischen Gesandtschaften, auch keine Reisenden ins fernere Ausland. Die Muslime hatten trotz einiger osmanischer Berichterstatter wenig Interesse an den Ländern der Ungläubigen. Der japanische Staat schreckte die Bewohner des Archipels mit strengen Strafandrohungen davon ab, das

Inselreich zu verlassen. Chinesische Gelehrte studierten zwar die «Barben», wenn sie an den Kaiserhof kamen, schrieben aber erst im frühen 19. Jahrhundert aus eigener Anschauung Werke über die nicht-chinesische Peripherie innerhalb des Qing-Imperiums. Vor 1800 und auch noch um 1900 standen einer riesigen europäischen Literatur über fremde Zivilisationen nur sehr wenige Texte gegenüber, in denen ein externer Blick auf Europa geworfen wurde.<sup>116</sup> Allein in Europa entstand eine «Orientalistik»; von einer beginnenden «Okzidentalistik» in Asien und Afrika kann man erst für das Ende des 20. Jahrhunderts sprechen.

Die europäische Orientalistik änderte im frühen 19. Jahrhundert ihren Charakter. Sie spaltete sich nun noch schärfer als zuvor in regionale Disziplinen auf: Sinologie, Arabistik, Iranistik und andere. Zugleich definierte sie sich enger als zuvor als Wissenschaft von alten Texten und strebte nach einer kühlen Wissenschaftlichkeit, wie sie von ihrem Vorbild, der griechisch-lateinischen Philologie, bereits erreicht worden war. Daraus folgte ein Desinteresse am Orient der eigenen Gegenwart. Alles, was an Asien wertvoll zu sein schien, lag in tiefer Vergangenheit und war nur in fragwürdig tradierten Schriften und materiellen Überresten greifbar, für welche die asiatische oder ägyptische Archäologie ein Deutungsmonopol beanspruchte. Das Alte Ägypten wurde durch die große Wissenschaftlertruppe wiederentdeckt, die Bonaparte 1798 auf seine Expedition an den Nil mitgenommen hatte. Damit setzte eine kontinuierliche Geschichte der Ägyptologie ein, in der Franzosen und Briten, Deutsche und Italiener lange Zeit eine größere Rolle spielten als Ägypter selbst. Im Zweistromland begannen die ersten archäologischen Grabungen während der zweiten Dekade des Jahrhunderts. Den Anstoß gaben, wie später auch in Anatolien und im Iran, britische Konsularbeamte.<sup>117</sup> Diese Konsuln waren gebildete Leute, hatten meist wenig zu tun und konnten daher in der frühen Erforschung des Vorderen Orients eine ähnliche Rolle spielen wie in Indien Offiziere, die vor 1860 einen großen Teil der Erforscher der indischen Vergangenheit stellten.<sup>118</sup>

Bereits 1801 hatte Thomas Bruce, der 7. Earl of Elgin, damals britischer Botschafter an der Hohen Pforte, die Erlaubnis der osmanischen Regierung erwirkt, große Teile des bereits von Venezianern und Türken schwer beschädigten Parthenon-Frieses von Athen nach London zu bringen, die sogenannten Elgin Marbles. Hundert Jahre später hatten öffentliche Museen und Privatsammler, unterstützt durch eine sich seit der Jahrhundertmitte professionalisierende Archäologie, in den Metropolen Europas ungeheure Mengen an orientalischen «Altertümern» angehäuft, die Seite

an Seite mit den Schätzen der griechisch-römischen Antike gehortet und ausgestellt wurden. Manuskripte aller Kulturen gelangten in die Spezialabteilungen der großen Bibliotheken des Westens. Wo, wie in Ostasien, der direkte Zugriff auf einheimische Kulturgüter fehlte, wurden Kunstobjekte (steinerne Zeugnisse waren in dieser Sphäre des Holzbau seltener) über den Markt beschafft, aber auch in massiven Plünderungen gestohlen, so in China während des Zweiten Opiumkrieges (1858–60), der in der Ausraubung und Einäscherung des kaiserlichen Sommerpalastes gipfelte, und abermals während der ausländischen Besetzung Pekings nach der Niederschlagung des Boxeraufstandes im Sommer 1900. Aus den Grotten bei Dunhuang in der heutigen nordwestchinesischen Provinz Gansu wurden kurz nach der Jahrhundertwende Hunderttausende von Dokumenten aus dem 4. bis 11. Jahrhundert für einen symbolischen Preis «erworben», in europäische Bibliotheken und Museen verbracht. Archäologie war allerdings nicht bloß eine koloniale Wissenschaft. Sie konnte und kann ebensogut nationaler Sinnstiftung dienen. Dann wird sie zur Spenderin nationaler Authentizität durch Aufdeckung tiefer Kulturwurzeln weit vor den schriftlich dokumentierten Invasionen der Geschichte.

Die materielle Aneignung Asiens, Nordafrikas und Mittelamerikas durch Europäer (und Nordamerikaner), die im 19. Jahrhundert begann, entriss zahlreiche Relikte der Vergangenheit überhaupt erst sandiger oder tropischer Vergessenheit, rettete andere wahrscheinlich vor Zerstörung und schuf die Grundlagen für wissenschaftliches Kennertum über ägyptische Gräber und chinesische Keramik, Maya-Skulpturen und kamboodschanische Tempel, persische Inschriften und babylonische Reliefs. Zweifel an der Rechtmäßigkeit des westlichen Vorgehens wurden im 19. Jahrhundert selten laut, und einheimische Regierungen gaben mitunter ihr Einverständnis für Grabungen und den Abtransport von Kulturschätzen. Erst nach dem Ende des kolonialen Zeitalters ist die rechtliche und moralische Problematik solchen wissenschaftlichen Beutemachens in den Blick geraten.

Hatte es um 1780 in Europa nur wenige Spezialisten gegeben, die einen sprachlichen Zugang zu außereuropäischen Religionen, Philosophien, Literaturen und historischen Dokumenten hatten, und waren orientalische Objekte in der bunten Vielfalt fürstlicher «Wunderkammern» untergegangen, so verwaltete und vermehrte um 1910 eine fachlich fein differenzierte Orientalistik in Frankreich, Deutschland, Russland, Großbritannien und den USA einen gigantischen Fundus an Wissen über «fremde» Zivilisationen. In Archäologie, Orientalistik und einer neu entstehenden

Vergleichenden Religionswissenschaft, die in den 1870er Jahren von dem Sachsen Friedrich Max Müller in Oxford gegründet worden war, wurden einige der titanischen Leistungen der Geisteswissenschaften des 19. Jahrhunderts vollbracht. Außereuropäische Gesellschaften der Gegenwart, die schriftlos waren, sich nicht in wehrhaften Staaten organisierten und nicht in Städten wohnten, konnten mit den philologischen Methoden der Orientalistik nicht studiert werden. Für diese «Naturvölker» oder «Primitiven», wie es damals hieß, fühlte sich die neue Wissenschaft der Ethnologie zuständig, die sich von den 1860er Jahren an konturierte. Sie war in den ersten Jahrzehnten stark theoretisch im Sinne des Evolutionismus ausgerichtet, der einen allgemeinen Durchgang der Menschheit durch Entwicklungsstadien annahm, und suchte nach Überresten früherer gesellschaftlicher Verhältnisse, wie sie die «zivilisierten» Bewohner des Okzidents längst hinter sich gelassen hatten, in denen sie aber ihre eigene Vergangenheit erkennen sollten. Manche der frühen Ethnologen reisten nicht selbst in die Welt hinaus. Einige ordneten und interpretierten die Werkzeuge und Waffen, Kleidungsstücke und Kultgegenstände, die von wissenschaftlichen Expeditionen und kolonialem Militär gesammelt wurden waren; andere suchten in den Mythen der Völker nach verborgenen Grundmustern. Der Ehrgeiz, zu einer allgemeinen «Wissenschaft vom Menschen», einer umfassenden «Anthropologie» beizutragen, schwand mit der Zeit zugunsten einer Spezialisierung auf die genaue Erforschung besonderer Ethnien.

Durch den Polen Bronisław Malinowski und den in die USA ausgewanderten Westfalen Franz Boas, die unabhängig voneinander arbeiteten, wurde die Ethnologie (Boas nannte sie Anthropologie) von Spekulationen auf der Grundlage vereinzelten und anekdotischen Materials in eine Wissenschaft verwandelt, die streng empirisch vorging und die teilnehmende Beobachtung des Ethnologen über lange Zeiträume hinweg zu ihrem Grundverfahren machte. Um 1920 war dieser Paradigmenwechsel vollzogen. Es wurde nun möglich und üblich, die jeweils ganz besondere Eigenlogik nicht-okzidentalischer Gesellschaften zu beschreiben. Dies hatte einen paradoxen Effekt: Auf der einen Seite war die «Völkerkunde», wie man in Deutschland sagte, trotz vielfältiger Verwicklungen mit dem Kolonialismus ein vergleichsweise wenig rassistischer Diskurs. Vor allem Franz Boas' Lehre vom «kulturellen Relativismus» war ein gewichtiger Gegenentwurf zum rassistischen Zeitgeist. Auf der anderen Seite löste der Übergang vom allumfassenden Evolutionismus des späten 19. zu den spezialisierten Fallstudien des frühen 20. Jahrhunderts die schriftlosen Gesellschaften aus

dem Zusammenhang der menschlichen Gattungsgeschichte, machte sie zu Sonderfällen und versetzte sie damit in einen Sonderraum abseits von Geschichte und Soziologie. Dies trug auch zu einer gewissen Isolation der Ethnologie/Anthropologie im Kreis der Wissenschaften bei, am wenigsten noch von der Soziologie, wie sie in Frankreich von Emile Durkheim praktiziert wurde. Erst seit den 1970er Jahren gewann die Anthropologie Einfluss auf andere Geistes- und Sozialwissenschaften. In jenem Moment war ihre heroische Periode der weltweiten Beschreibung und Klassifikation bis dahin unbekannter Ethnien bereits im Wesentlichen vorüber. Sie dauerte von etwa 1920 bis 1970.

Es ist viel darüber gestritten worden, ob Orientalistik, Archäologie und Ethnologie als Handlangerwissenschaften von Kolonialismus und Imperialismus zu bewerten seien.<sup>119</sup> Ein allgemeines Urteil ist nicht möglich. Sicher ist, dass die schiere Existenz der Imperien manchen Wissenschaften günstige Entfaltungschancen bot, etwa der Botanik, der Zoologie oder der Tropenmedizin.<sup>120</sup> Ansonsten muss die Bilanz gemischt ausfallen.<sup>121</sup> Auf der einen Seite verblüfft aus der Sicht des frühen 21. Jahrhunderts die arrogante Sicherheit, mit der europäische Wissenschaftler von der allseitigen Überlegenheit ihrer eigenen Zivilisation ausgingen. Diese Annahme wurde aber gerade durch die großen Erfolge des organisierten Fremdverstehens bestätigt. Diese Erfolge waren durchaus auch praktischer Natur, denn wer über gute Landkarten, Sprachkenntnisse und ein Verständnis für die Sitten und Gebräuche Anderer verfügt, hat es leichter, diese Anderen zu erobern, zu regieren und auszubeuten. Insofern produzierten Orientalistik und Ethnologie, selbst wenn einzelne ihrer Vertreter dies nicht wollten, koloniales «Herrschaftswissen». Auf der anderen Seite ist fraglich, wie wichtig dieses Wissen tatsächlich war und in welchem Umfang es für praktische Zwecke genutzt wurde. Versuche, koloniale Herrschaft auf eine «wissenschaftliche» Grundlage zu stellen, wurden im politischen Auftrag erst nach dem Ersten Weltkrieg unternommen, und dann wurden Ökonomen und nicht Ethnologen die wichtigsten Fachleute. Vor 1914 spielten Ethnologen oder, noch wichtiger, Hobby-Völkerkundler unter den Kolonialadministratoren vor allem dort eine Rolle, wo versucht wurde, die Untertanen der Kolonialreiche in eine hierarchische Ordnung zu bringen.

Es gab aber damals nur sehr wenige Ethnologen im Felde, und als ihre Zahl nach dem Weltkrieg zunahm, waren sie oft lästige Kritiker der kolonialen Herrschaftspraxis.<sup>122</sup> Die philologische Orientalistik wiederum bot wenig an Wissen, das unmittelbar in koloniale Praxis hätte umgesetzt

werden können. Dies hat ihr wiederum den Vorwurf eingetragen, *gerade* durch ein apolitisches Selbstverständnis «objektiv» in die okzidentale Weltbeherrschung entwickelt gewesen zu sein. Das wäre dann gravierend, wenn die kolonialgestützte Übermacht westlichen Wissens Asiaten und Afrikaner nachweislich entmündigt und zum Verstummen gebracht hätte. Beispiele dafür, dass einheimisches Wissen über die *eigene* Zivilisation unterdrückt wurde, sind aber nicht leicht zu finden. So war die wissenschaftliche Wiederbelebung indischer Traditionen im Prinzip ein europäisch-indisches Gemeinschaftsprojekt, das nach der Unabhängigkeit 1947 in Indien unmittelbar weitergeführt werden konnte. In nicht kolonialisierten Ländern Asiens wie Japan, China oder der Türkei hat, um die Geschichtsschreibung als Beispiel zu nehmen, die Begegnung mit den kritischen Verfahren der rankeanischen Geschichtswissenschaft zu einer Pluralisierung des Umgangs mit der eigenen Vergangenheit und insgesamt zu einer deutlichen Hebung des wissenschaftlichen Niveaus geführt. Die Entfaltung westlicher Wissenschaften vom Anderen während des 19. Jahrhunderts erscheint daher weniger als ein imperialistischer Einbruch in lebendige Wissenskulturen denn als Gründungsschub der globalisierten Humanwissenschaften der Gegenwart.

### | Geographie als imperiale Wissenschaft

Die Geographie.<sup>123</sup> Während der ersten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts wurde die Geographie von datensammelnder Länderbeschreibung zu einem komplexen Diskurs über natürliche und gesellschaftliche Zusammenhänge auf der Erdoberfläche und im Rahmen konkret begrenzbarer Räume und Landschaften. Ihre wichtigsten Gründerfiguren standen dem europäischen Kolonialismus fern. Alexander von Humboldt, der die Verhältnisse im spätkolonialen Spanisch-Amerika eingehender studiert hatte als jeder andere, war einer seiner schärfsten Kritiker unter den Zeitgenossen. Carl Ritter, der große Enzyklopädist geographischen Wissens an der Berliner Universität, vertrat lange, bevor Franz Boas diese Haltung formulierte, einen kulturellen Relativismus, der die Gleichwertigkeit der gesellschaftlichen und kulturellen Formen auf der Erde anerkannte. Eine solch große Distanz zur Politik war aber nicht selbstverständlich. Bereits Napoleon, ein eifriger Förderer der Geographie, hielt sich Hausgeographen, die seine Reichsbildung wissenschaftlich begleiteten. Während

Wenn es eine Art von Komplizenfach der europäischen Expansion gibt, dann am ehesten die Geographie.

des gesamten Jahrhunderts findet man geographische Elemente in sehr vielen imperialen Unternehmungen. Eroberer hatten oft an ihren Kriegsschulen Unterricht in Geographie und Kartographie erhalten. Amtliche Kartographen erfassten neu okkupiertes Gelände. Geo-Fachleute halfen bei Grenzziehungen, gaben Rat, wenn Stützpunkte angelegt wurden, und traten als Experten für Bodenschätze (hier waren auch die Geologen gefragt), Verkehr oder Landwirtschaft in Erscheinung. Solche Funktionen waren getragen durch ein breites Interesse an Geographie in den nationalen Öffentlichkeiten. Es gehörte zum Bildungswissen, sich über die Erdkunde anderer Kontinente zu unterrichten, und die imperiale Expansion fand rege Zustimmung bei der Laienmitgliedschaft geographischer Gesellschaften. Seit 1880 entstand in den europäischen Kolonialmetropolen eine besondere Kolonialgeographie. Insbesondere im British Empire waren die Voraussetzungen für wahrhaft weltumspannende Visionen von Erkundung und «Inwertsetzung» gegeben. Mit der für Großbritannien charakteristischen Durchlässigkeit zwischen privaten und staatlichen Unternehmungen wurde etwa die 1830 gegründete Royal Geographical Society zu einer Art von Stabsstelle zur Organisation von Forschungsreisen und zur Sammlung von geographischem Wissen aus aller Welt. Der imperiale Nutzen, obwohl nicht immer im Vordergrund stehend, wurde dabei niemals übersehen. Von allen Wissenschaften war die Geographie der imperialen Expansion des Westens am nächsten verwandt.<sup>124</sup>

Daraus folgt jedoch nicht, *der* Geographie pauschal den Vorwurf der Kollaboration mit der Unterdrückung fremder Völker zu machen. Die Geographie fand erst sehr spät, in Großbritannien nicht vor 1900, in Deutschland, Frankreich und Russland im letzten Dritt des Jahrhunderts, einen Platz in der Universität. Lange war sie eine jüngere Schwester der angeseheneren Historie gewesen, die aber im 19. Jahrhundert im Zeichen des «Historismus» auf Distanz zu allem ging, was nach naturgebundener Determination menschlicher Freiheit aussah. Die noch bei Humboldt vereinten Aspekte der physikalischen und der kulturellen Geographie traten später auseinander, ohne dass das gemeinsame Dach des Faches aufgegeben worden wäre: eine notwendige Entzweigung, die aber ein unlösbares Identitätsproblem schuf und die Geographie zwischen die Stühle der strengen, an der Physik orientierten Naturwissenschaften und der «richtigen» Geisteswissenschaften fallen ließ. Außerdem waren, abgesehen von spezialisierten Kolonialgeographen, durchaus nicht alle wissenschaftlichen Vertreter der Erdkunde dem imperialen Projekt unmittel-

bar zu Diensten. Viele sahen die Beschreibung des eigenen nationalen Raumes als ihre Hauptaufgabe an.

Der Zusammenhang zwischen Expansion und Exploration ist enger und älter. Reisen nach Übersee und der Wille zu Landnahme und Kolonisation waren seit Kolumbus zwei Seiten ein und derselben Medaille. Entdecker und Eroberer entstammten in Europa demselben kulturellen Milieu. Sie hatten einen ähnlichen Bildungshintergrund, ähnliche Ziele und eine ähnliche Vorstellung von der Stellung und Mission ihres eigenen Landes, der Christenheit oder ganz Europas in der Welt. Im 18. Jahrhundert war es zu einer selbstverständlichen Erwartung geworden, dass Großmächte von Staats wegen zur Entschleierung der Erde beitragen sollten. Großbritannien und Frankreich schickten wissenschaftlich vorbereitete und üppig ausgestattete Weltumsegelungen auf den Weg. Das Zarenreich meldete seinen Anspruch auf imperiale wie wissenschaftliche Gleichrangigkeit dadurch an, dass es auf diesen Pfaden folgte (Kruzenstern-Mission, 1803–6). Als US-amerikanisches Äquivalent dieser maritimen Operationen kann die erste Durchquerung des Kontinents von Ost nach West gelten, die im gleichen Jahr von Präsident Thomas Jefferson initiiert wurde. Diese von Meriwether Lewis und William Clark geführte Expedition (1803–6) war mit wissenschaftlichen Aufträgen versehen, die denen der großen Seereisen seit Kapitän James Cook bis ins Detail glichen.

Der Typus des «Entdeckers» war dabei von Anfang an kompromittiert. Schon Kolumbus und Vasco da Gama hatten Gewalt angewendet. Im Verlauf von vier Jahrhunderten gab es jedoch mindestens ebenso viele Beispiele dafür, dass Forschungsreisende ihre Ziele gewaltlos erreichten. Für viele der bedeutendsten unter ihnen trifft dies zu: Alexander von Humboldt, Heinrich Barth oder David Livingstone. Das Zeitalter des Hochimperialismus verhalf aber auch dem Typus des Reisenden als Conquistador zu einer letzten Blüte. Bismarck, König Leopold II. von Belgien oder die Französische Republik bedienten sich der Dienste von Forschungsreisenden (von ganz unterschiedlicher wissenschaftlicher Kompetenz), um an Ort und Stelle Besitzansprüche auf afrikanisches oder südostasiatisches Land anzumelden. Henry Morton Stanley, ein gelernter Reporter, den König Leopold zu seinem Mann in Afrika erkör, verkörperte diesen Typus mit größter Resonanz in den Medien mehrerer Kontinente (drei Afrikaexpeditionen 1870–89). In der nachfolgenden Generation galt Sven Hedin, der 1894 eine lange Karriere als Erforscher Zentralasiens begonnen hatte, als der berühmteste Schwede seiner Zeit, überhäuft mit Orden, Goldmedaillen und Ehrendoktortiteln und im Besitz ungehinderten Zugangs zu

Monarchen und Regierungschefs in West und Ost. In Sven Hedin, der ein Mann des 19. Jahrhunderts blieb, verkörperten sich noch einmal die Widersprüche des europäischen Verhältnisses zum Osten. Hedin war ein ausgezeichneter Sprachkenner und ein in Deutschland auf hohem Niveau ausgebildeter Kartograph und geographischer Forscher. Die Organisation und Finanzierung seiner großen Expeditionen, deren letzte 1935 endete, bewies seine Talente als Wissenschaftsmanager. Hedin war von der allgemeinen Überlegenheit Europas über den Osten überzeugt. Er war ein schwedischer (und deutscher) Nationalist und Militarist, überhaupt ein Mann der politischen Rechten, und beteiligte sich gerne an geopolitischen Gedankenspielen und Planungen über die Rolle des zentralasiatischen «Machtvakuum» im Wettbewerb der Großmächte. Als einer der ersten westlichen Forscher nahm er aber, vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, die junge chinesische Wissenschaft, die um internationale Anerkennung rang, sehr ernst und kooperierte mit chinesischen Experten. Heute genießt er in China hohes Ansehen: ein nicht untypischer Nachruhm, denn nicht wenige europäische Forschungsreisende sind trotz ihrer Tätigkeit in imperialen Diensten in den nationalen Erinnerungskosmos postimperialer Länder aufgenommen worden.<sup>125</sup>

| **Folkloristik:  
die Entdeckung des  
nationalen Landlebens**

Zu den «Fremden», die im 19. Jahrhundert zu Gegenständen der Wissenschaft wurden, gehörten nicht zuletzt auch Bewohner des eigenen Landes. Rationalistische Eliten des Revolutionszeitalters hatten die Lebens- und Denkweisen von Bauern, städtischen Unterschichten und Vagabunden als Hemmnisse gesellschaftlicher Modernisierung und Relikte «abergläubischer» Geistesverfassung betrachtet. Die Militär- und Ziviladministratoren im napoleonischen Imperium hatten ebensowenig Verständnis für den katholischen Volksglauben in Italien oder Spanien, wie die Anhänger des utilitaristischen Philosophen Jeremy Bentham im Dienste der East India Company die hinduistischen wie muslimischen Traditionen Indiens für bewahrenswert hielten. Haltungen und Vorgehen gegenüber den «inneren Wilden» Europas unterschieden sich nicht grundsätzlich von der Lage in den Kolonien. Hier wie dort wurde eine obrigkeitliche «Erziehung zur Arbeit» propagiert und praktiziert.<sup>126</sup> Man mochte sich hier mehr auf den Staat, dort mehr auf Zwangsmittel verlassen. Absicht und Wirkung waren ähnlich: die Effektivierung von Human-

kapital, verbunden mit einem genuinen, oft christlich motivierten Bemühen um die «Hebung» des Zivilisationsniveaus niederer Schichten. Die 1865 in London gegründete, mit der Zeit international tätige Heilsarmee (*Salvation Army*) war Ausdruck eines solchen karitativen Zivilisierungswillens, und der «Heidenmission» in Übersee wurde im protestantischen Europa eine «Innere Mission» zur Hilfe für die gesellschaftlich Schwachen an die Seite gestellt. Eine Parallelerscheinung zu solcher frühen Sozialpolitik, ob nun philanthropisch oder bürokratisch begründet, war ein Respekt für die Lebensäußerungen des «Volkes», der sich zuweilen bis zur Verklärung steigerte. Johann Gottfried Herder war der geistige Urheber einer solchen Haltung gewesen. Sprachforscher, Rechtshistoriker oder Sammler von «Volkspoesie» hatten sie im frühen 19. Jahrhundert gestärkt.

Sozialromantik konnte politisch ganz unterschiedlich gepolt sein. Bei dem großen französischen Historiker Jules Michelet war sie als radikale Bewunderung der Schöpfer von Nation und Revolution gemeint, bei Wilhelm Heinrich Riehl, der zwischen 1851 und 1869 eine vierbändige *Naturgeschichte des deutschen Volkes als Grundlage einer deutschen Sozialpolitik* veröffentlichte, stand dahinter ein Misstrauen gegen die gesellschaftszersetzenden Folgen von Urbanisierung und Industrie. Beide, Michelet und Riehl, haben fast gleichzeitig unter ganz unterschiedlichen Voraussetzungen das Leben von Unterschichten in Gegenwart und Vergangenheit mit einer bis dahin seltenen Sympathie und Detailtreue beschrieben (bei Michelet kam ein besonderes Augenmerk auf die Geschichte der Frauen hinzu). Riehl wurde damit zu einem Begründer dessen, was sich in Deutschland «Volkskunde» nannte, einer aus dem Geiste konservativer Romantik geborenen Lehre von «Volksgeist» und Brauchtum.<sup>127</sup> Riehl fand vor allem in Russland Bewunderer. Sie sahen in seinem Werk eine Bestätigung ihrer eigenen, allerdings politisch entgegengesetzten Vorlieben. Die soeben aus der Leibeigenschaft befreiten Bauern mit ihrer urtümlichen Dorfgemeinde wurden von städtischen Intellektuellen aus der Oberschicht zum revolutionären Subjekt hochstilisiert. Mit diesen «Freunden des Volkes», den *narodniki*, beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte des russischen Radikalismus.<sup>128</sup>

Auch in den Künsten Europas fanden volkstümliche Elemente nun eine neue Beachtung. Dem äußeren Exotismus der orientalisierenden Anverwandlungen lief der innere des Folklorismus fast exakt parallel. Was als Suche nach neuer Inspiration in der anonymen Musik der einfachen Leute und zugleich nach nationalcharakteristischen Stilen gemeint war,

erwies sich rasch als exportfähige Melodiesprache. So entstand ein inner-europäischer musikalischer Orientalismus. Französische Komponisten (Georges Bizet: *Carmen*, 1875; Edouard Lalo: *Symphonie espagnole*, 1874) liebten das spanische Kolorit, und der «typisch ungarische» Zigeunerton, den schon Joseph Haydn kannte und den der aus dem Burgenland stammende Kosmopolit Franz Liszt zu einem nationalen Markenzeichen (*Ungarische Rhapsodien* für Klavier, ab 1851) überhöht hatte, fand mühelos Eingang in die Tonsprache des in Wien lebenden Hamburgers Johannes Brahms. Unzufrieden mit nationalromantischer Klischeebildung und Verkitschung, begann der junge Ungar Béla Bartók 1904 gemeinsam mit Zoltán Kodály die Suche nach der authentischen Musik der ungarischen Landbevölkerung, aber auch der nicht-magyarischen Minderheiten innerhalb des habsburgischen Königreichs Ungarn. Die dabei verwendeten Methoden der nun entstehenden Ethnomusikologie wurden bald ganz ähnlich auf die *außereuropäische* Musikproduktion angewendet. Bartók und Kodály freilich nahmen ihre Funde in eine eigene Kunstmusik von hoher kompositorischer Raffinesse auf. Bartók, ein Komponist jenseits der Romantik,<sup>129</sup> war zugleich ein führender Wissenschaftler vom inner-europäischen Fremden. Sein ethnomusikologisches Werk erbrachte den Beweis, dass Volksforschung ohne völkisch-nationalistische Ideologisierung möglich war.

Im 19. Jahrhundert verbesserten sich die Chancen vieler Menschen auf der Erde, durch Schriftgebrauch an großräumiger Kommunikation teilzunehmen. Dies war eine Folge zunehmender Alphabetisierung und wachsender Verfügbarkeit von Printmedien. Die Alphabetisierung schritt in extrem ungleicher Verteilung voran, abhängig vom Wohlstandsniveau, den politischen Zwecken, missionarischen Absichten und dem Bildungsgeiz von Einzelnen und Gruppen. Meist bedurfte es lokaler Anstöße, die dann in eine gewisse Form institutionell gestützter Nachhaltigkeit überführt werden mussten, deren Fluchtpunkt die allgemeine Pflichtschule war. Auch die Ausbreitung von Weltsprachen erweiterte die Kommunikationskreise, jedenfalls für diejenigen, denen es gelang, die Möglichkeiten zusätzlichen Spracherwerbs zu nutzen, denn die expansiven Sprachen Europas lagerten sich über bestehende Sprachwelten und setzten sich keineswegs an ihre Stelle.

Der Zugang zu Wissen wurde also leichter. Er musste dennoch mühsam erworben, besser: erarbeitet werden. Das Lesen ist eine beim Individuum voraussetzungsvolle Kulturtechnik, während es geringerer Anstrengungen

bedarf und Analphabeten leicht möglich ist, ein Rundfunk- oder Fernsehgerät in Betrieb zu setzen und seinen Programmen zu folgen. In dieser Hinsicht senkten die Technologien des 20. Jahrhunderts das Niveau kultureller Bemühungen, aber zugleich auch die Schwelle der zumindest passiven Beteiligung an Kommunikation. Aber was für ein Wissen wurde nun zugänglicher? Über Wissensinhalte lässt sich wenig weltweit Verallgemeinerbares sagen. Im 19. Jahrhundert vermehrte sich jenes dem Alltag entnommene, geordnete Wissen, das man nun allgemein «Wissenschaft» zu nennen begann, in beispiellosem Umfang. Es gab immer mehr Wissenschaftler, die solches Wissen produzierten. Dies geschah innerhalb von Institutionen, allen voran der Universität, die nicht nur einen Rahmen für das gelehrte Treiben von Einzelnen bildeten (wie Akademien im frühneuzeitlichen Europa), sondern systematisch und mit Hilfsmitteln ausgestattet den Gewinn neuer Erkenntnisse planvoll anstrebten. Wissenschaft griff auch deshalb weiter um sich, weil ganze Bereiche des gesellschaftlichen Diskurses sich neu als Wissenschaften definierten und organisierten: Aus Literaturkritik und der in Europa aufblühenden textkritischen Philologie wurde (am Ende des Jahrhunderts) Literaturwissenschaft, aus dem Sammeln von Wörtern und der grammatischen Beschreibung eine nach Gesetzmäßigkeiten suchende Sprachgeschichte, dann bei Ferdinand de Saussure (*Cours de linguistique générale*, 1916) eine Tiefenstrukturen von Sprache schleichthin postulierende Sprachwissenschaft. Geistes- und Sozial-«Wissenschaften» im Sinne formierter Disziplinen hatte es vor 1800 in Europa nicht gegeben. Um 1910 waren das System der Fächer und das Repertoire wissenschaftlicher Institutionen etabliert, wie wir sie heute noch kennen. Dies geschah mit erheblichen Zeitversetzungen zunächst in einigen Ländern Europas, etwas später in den USA, jedoch nicht lokal unverbunden, sondern in einem Prozess zunehmender Internationalisierung.

Ebenfalls vor 1910 waren eine Vielzahl grenzüberschreitender *scientific communities* entstanden, in denen Informationen rasch zirkulierten, Wettläufe um Priorität ausgetragen und Maßstäbe der Qualitätsbeurteilung und Prestigezuweisung ausgebildet wurden. Dies waren ausschließlich männlich dominierte Kreise, zu denen allmählich auch Nicht-Okzidentalen Zugang fanden, als erstes einige japanische Naturwissenschaftler, nach dem Ersten Weltkrieg auch langsam zunehmend Forscher aus Indien oder China. In den Naturwissenschaften setzten sich transnationale Standards durch. Dies machte in der Zwischenkriegszeit Versuche, eine besondere «deutsche», «japanische» oder (in der Sowjetunion) «sozialistische» Wis-

senschaft zu etablieren, anachronistisch und lächerlich. Dass Wissenschaftler vielfach den Drang verspürten, ihre Arbeit dem eigenen Land zugutekommen zu lassen, steht auf einem anderen Blatt. Bei aller Transnationalität der kommunikativen Infrastrukturen und der Kriterien für gute Wissenschaft fühlten sich doch Wissenschaftler in aller Welt ihren nationalen Institutionen verpflichtet (niemals mehr als im Ersten Weltkrieg), und die Geisteswissenschaftler, die Erben der älteren Rhetorik, wirkten zunächst einmal in den öffentlichen Arenen ihrer eigenen Länder. Internationalisierung und Nationalisierung von Wissenschaft standen in Spannung zueinander.

- 107 R. Owen, *Middle East* (1981), S. 122–35; Osterhammel, *China* (1989), S. 211–18. Zum Finanzimperialismus nicht überholt: Mommsen, *Der europäische Imperialismus* (1979), S. 85–148: musterhaft eine Studie zu Deutschland: B. Barth, *Die deutsche Hochfinanz* (1995).
- 108 Vorzüglich: Lipson, *Standing Guard* (1985), S. 37–57.
- 109 M. S. Anderson, *Rise of Modern Diplomacy* (1993); S. 103–11; Girault, *Diplomatie européenne* (1979), S. 13–19.
- 110 Headrick, *Invisible Weapon* (1991), S. 17.
- 111 Genauerer bei M. King, *Penguin History of New Zealand* (2003), S. 156–67; Belich, *Making Peoples* (1996), S. 193–97.
- 112 Kinji Akashi, Japanese «Acceptance» of the European Law of Nations: A Brief History of International Law in Japan, c. 1853–1900, in: Stolleis/Yanagihara, *Perspectives* (2004), S. 1–21, hier 9.
- 113 Paulmann, *Pomp und Politik* (2000), S. 295 ff.
- 114 Keene, *Emperor of Japan* (2002), S. 632.
- 115 Georgeon, *Abdulhamid II* (2003), S. 31–35.
- 116 Eine schöne Studie zu interkultureller Diplomatie: D. Wright, *The Persians amongst the English* (1985), dort S. 121–40 über die beiden Besuche des Schahs 1873 und 1889.
- 117 Keene, *Emperor of Japan* (2002), S. 308.
- 118 D. G. E. Hall, *South-East Asia* (1981<sup>4</sup>), S. 629 f.
- 119 Mawer, *Ahab's Trade* (1999), S. 97 f.
- 120 Grewe, *Epochen* (1988<sup>2</sup>), S. 554.
- 121 Jelavich, *Russia's Balkan Entanglements* (1991), S. 172.
- 122 Diese Stimmung fängt ein journalistisches Buch gut ein: Traxler, 1898 (1998).
- 123 Dülffer u. a., *Vermiedene Kriege* (1997), S. 615–39; Mommsen, *Großmachtstellung* (1993), S. 213–27.
- 124 Nikki R. Keddie, Iran under the Later Qajars, 1848–1922, in: H. Bailey, *Cambridge History of Iran*, Bd. 7 (1991), S. 174–212, hier 195 f.; Keddie, *Qajar Iran* (1999), S. 37–39.
- 125 Zit. nach Osterhammel, *China* (1989), S. 222. Zum Boykott vgl. Wang Guanhua, *In Search of Justice* (2001).
- 126 Quataert, *Social Desintegration* (1983), S. 121–45.
- 127 Lauren, *Power and Prejudice* (1988), S. 57, 76–101; vgl. auch die exzellente Studie: Shimazu, *Japan, Race and Equality* (1998).
- 128 John Boli/George M. Thomas, INGOs and the Organization of World Culture, in: dies., *Constructing World Culture* (1999), S. 13–49, hier 23 (Diagramm 1.1).
- 129 Moorehead, *Dunant's Dream* S. 125; vgl. auch Riesenberger, *Für Humanität* (1992), S. 35 f.
- 130 Chi Zihua, *Hongshizi yu jindai Zhongguo* (2004), S. 52 ff.
- 131 So die Formulierung bei F. S. L. Lyons, *Internationalism* (1963), S. 263 – ein unübertroffenes Standardwerk.
- 132 Dazu vor allem ältere Literatur: Braunthal, *Geschichte der Internationale* (1961–71); Joll, *Second International* (1974).
- 133 M. B. Jansen, *Making* (2000), S. 491.

- 134 Bock, *Frauen* (2005), S. 179.
- 135 McClain, *Japan* (2002), S. 381 f.
- 136 Fallstudie für Ägypten: Badran, *Feminists* (1995), S. 47–51.
- 137 Rupp, *Worlds of Women* (1997), S. 15–21. Karen Offen sieht die Jahre zwischen 1878 und 1890 als eine erste große Phase der Internationalisierung des Feminismus: *European Feminisms* (2000), S. 150 ff.
- 138 B. S. Anderson, *Joyous Greetings* (2000), S. 24 f., 204 f.
- 139 Vgl. McFadden, *Golden Cables* (1999), vor allem Anhänge A–F.
- 140 Zu Indien: Burton, *Burdens of History* (1994), Kap. 4–5.
- 141 Er konnte aber manchmal eine «nationale» Parteinahe gegen Aggressoren nicht vermeiden: Grossi, *Le pacifisme européen* (1994), S. 219 ff. (die beste Gesamtdarstellung).
- 142 Ceadel, *Origins of War Prevention* (1996).
- 143 S. E. Cooper, *Patriotic Pacifism* (1991), S. 219 f.
- 144 K'ang Yu-wei, *Ta T'ung Shu* (1974), bes. S. 77 ff.; maßgeblich dazu Hsiao Kung-chuan, *A Modern China* (1975), S. 456 ff.
- 145 Zu den Haager Konferenzen unübertraffen: Dülffer, *Regeln* (1981); optimistischer eine neue Deutung als symbolischer Fortschritt bei I. Clark, *International Legitimacy* (2007), S. 61–82.
- 146 So der wichtige Sammelband M. H. Geyer/Paulmann, *Mechanics* (2001).
- 147 Vec, *Recht und Normierung* (2006), S. 379.
- 148 Siehe oben Kapitel II.
- 149 Einige dieser Prozesse behandelt Martin H. Geyer, *One Language for the World*, in: M. H. Geyer/Paulmann, *Mechanics* (2001), S. 55–92. Die beste Übersicht aber ist Murphy, *International Organization* (1994), S. 46–118.
- 150 Forster, *Esperanto Movement* (1982), S. 22 (Tab. 3).
- 151 D. C. Young, *Modern Olympics* (1996), S. 68–70, 85.
- 152 Fußball: Goldblatt, *The Ball is Round* (2006), S. 85–170.
- 153 Zit. nach Herren, *Hintertüren zur Macht* (2000), S. 1.
- 154 Ebd., bes. Teil II zu Belgien.
- 155 Liste in Murphy, *International Organization* (1994), S. 47 f.
- 156 Vgl. ebd., S. 57–59.

## X | Revolutionen:

*Von Philadelphia über Nanjing nach St. Petersburg*

- 1 Arendt, *Über die Revolution* (1968), S. 10.
- 2 T. Paine, *Common Sense* (1976), S. 63.
- 3 Arendt, *Über die Revolution* (1968), S. 41.
- 4 «Große» Revolutionen sind solche, die (a) zu einer Konsolidierung einer revolutionären Staatsmacht führten und (b) deren Programm zumindest zeitweise globale Beachtung fand.
- 5 E. Zimmermann, *Krisen* (1981), S. 142, leicht vereinfacht.
- 6 Law, *Oyo Empire* (1977), S. 245 ff.
- 7 C. Tilly, *Revolutionen* (1993), S. 346 (Tab. 14, seltsamerweise ohne Deutschland).

- 8 Kimmel, *Revolution* (1990), S. 6.
- 9 Eine besonders markante theoretische Ausarbeitung bei Moore, *Soziale Ursprünge* (1969), S. 497–519 und dort S. 270 ff. zum japanischen Fall.
- 10 Beasley, *Meiji Restoration* (1973); Zöllner, *Geschichte Japans* (2006), S. 181 ff.; Quellen in Tsunoda Ryusaku, *Sources of Japanese Tradition*, Bd. 2 (1958), S. 131–210. Zur Meiji-Renovation als Revolution oder «revolutionäre Restauration» auch interpretierend Eisenstadt, *Vielfalt* (2000), S. 154–65.
- 11 Siehe unten Kapitel XI.
- 12 Dutton, *Tây Son Uprising* (2006).
- 13 Es gab später noch einen zweiten (1846–49) und einen dritten (1870–75) Karlistenkrieg.
- 14 Carr, *Spain* (1982), S. 184–95; P. Schmidt u. a., *Kleine Geschichte Spaniens* (2002), S. 335.
- 15 Labourdette, *Portugal* (2000), S. 522–27.
- 16 Farah, *Interventionism* (2000), S. 695 f.
- 17 Tutino, *Revolution in Mexican Independence* (1998).
- 18 McClain, *Japan* (2002), S. 123 f., 193 f.
- 19 So Edmund Burke III, *Changing Patterns of Peasant Protest in the Middle East, 1750–1950*, in: Kazemi/Waterbury, *Peasants and Politics* (1991), S. 24–37, hier 30.
- 20 Siehe auch oben Kapitel VIII.
- 21 Schöchl, *Ägypten den Ägyptern* (1972); J. A. Cole, *Colonialism* (1993).
- 22 Jacob Burckhardt, Die geschichtlichen Krisen, in: ders., *Werke*, Bd. 10 (2000), S. 463.
- 23 So Goldstone, *Revolution and Rebellion* (1991).
- 24 Siehe auch oben Kapitel II.
- 25 Ein erster Einspruch gegen eine solche binnennorientierte Sicht kam aus der Soziologie: Skocpol, *States* (1979), eines der klassischen Werke der vergleichenden Revolutionsgeschichte.
- 26 Schulin, *Französische Revolution* (2004<sup>4</sup>), S. 37.
- 27 Zu Sorel: Pelzer, *Revolution und Klio* (2004), S. 120–41; insgesamt ein sehr nützliches Sammelwerk zur Historiographie der Französischen Revolution.
- 28 Adams, *USA vor 1900* (1999), S. 166; programmatisch erst Bender, *Rethinking American History* (2002).
- 29 Pioniere waren hier Eugen Rosenstock-Huessy, *Die europäischen Revolutionen* (Jena 1931) und Crane Brinton, *The Anatomy of Revolution* (New York 1938).
- 30 Godechot, *France* (1965); Palmer, *Zeitalter* (1970).
- 31 Bailyn, *Atlantic History* (2005), S. 21–40.
- 32 Middell, *Weltgeschichtsschreibung* (2005), bes. Bd. 3, S. 999–1054.
- 33 Kossok, *Ausgewählte Schriften* (2000), bes. Bd. 2.
- 34 Als Einleitung immer noch H.-C. Schröder, *Amerikanische Revolution* (1982), auf neuerem Forschungsstand Countryman, *American Revolution* (2003<sup>5</sup>) sowie von einem der einflussreichsten Interpreten der Revolution: Wood, *American Revolution* (2002); auf unterschiedliche Weise enzyklopädisch: Greene/Pole, *Companion* (2000); Wellenreuther, *Von Chaos und Krieg* (2006).

- 35 Dass dies nicht nur ein taktischer Fehler Londons war, sondern dass in der Besteuerungsfrage unterschiedliche Vorstellungen von *empire* aufeinander prallten, zeigt schön Gould, *Persistence of Empire* (2000), S. 110–36.
- 36 Wood, *Radicalism* (1992), S. 109.
- 37 Langford, *A Polite and Commercial People* (1992), S. 550 f.
- 38 Foster, *Modern Ireland* (1988), S. 280.
- 39 Ebd., S. 281.
- 40 Texte in Hampshey-Monk, *Impact* (2005).
- 41 Mark Philp, Revolution, in: McCalman, *Romantic Age* (1999), S. 17–26.
- 42 Godechot, *France* (1965), S. 54 f.
- 43 Schama, *Patriots* (1977), S. 120–31.
- 44 Eine gute Diskussion der heute gängigen Interpretationen unter dem Gesichtspunkt ihrer Erklärungskraft ist Spang, *Paradigms* (2003); vgl. daneben P. R. Campbell, *Origins* (2006).
- 45 Grundlegend dazu Skocpol, *States* (1979).
- 46 Wellenreuther, *Von Chaos und Krieg* (2006), S. 603.
- 47 Vgl. besonders Whiteman, *Reform* (2003); zuvor schon die weniger gut «fokussierte», auf Sekundärliteratur beruhende Übersicht bei B. Stone, *Reinterpreting the French Revolution* (2002).
- 48 W. Doyle, *French Revolution* (2002<sup>2</sup>), S. 66; im einzelnen Whiteman, *Reform* (2003), S. 43 ff.
- 49 Aus der unendlichen Masse der Literatur zur Französischen Revolution: Reichardt, *Blut der Freiheit* (1998); Schulin, *Französische Revolution* (2004<sup>4</sup>); W. Doyle, *French Revolution* (2002<sup>2</sup>); die Einheit der Epoche 1789–1815 (die auch wir betonen möchten) bei Jessenne, *Révolution* (2002), sowie anspruchsvoller bei Sutherland, *French Revolution and Empire* (2003).
- 50 Kurze Darstellungen bei F. W. Knight, *Haitian Revolution* (2002); sehr knapp: Oliver Gliech, Die Sklavenrevolution von Saint-Domingue/Haiti und ihre internationalen Auswirkungen (1789/91–1804/25), in: Hausberger/Pfeisinger, *Karibik* (2005), S. 85–99. Das Standardwerk ist Dubois, *Avengers* (2004).
- 51 Zahlen ebd., S. 30.
- 52 Zur «market revolution» vgl. Sean Wilentz, *Society, Politics and the Market Revolution, 1815–1848*, in: Foner, *New American History* (1997), S. 61–64, bes. 62–70.
- 53 Dubois, *Avengers* (2004), S. 78.
- 54 Ebd., S. 125.
- 55 Vgl. Geggus, *Slavery* (1982) umfassend über diese wichtige Episode im atlantischen Weltkrieg.
- 56 Fox-Genovese/Genovese, *Mind of the Masterclass* (2005), S. 38.
- 57 Besonders eindrucksvoll bei Dubois, *Colony of Citizens* (2004), einer Studie vor allem über Guadeloupe.
- 58 Zit. bei Davis, *Problem of Slavery* (1966), S. 3.
- 59 Dubois, *Colony of Citizens* (2004), S. 7, 171 ff.
- 60 Vgl. Fallstudien in Klaits/Haltzel, *Global Ramifications* (1994).
- 61 Zur Französischen Revolution als «Katalysator der politischen Kulturen in Europa»: Reichardt, *Blut der Freiheit* (1998), S. 257–334.

- 62 Förster, *Die mächtigen Diener* (1992).
- 63 Vgl. Keddie, *Iran* (1995), S. 233–49; Shaw, *Between Old and New* (1971); Laurens, *L'Expédition d'Égypte* (1989), bes. S. 467–73.
- 64 Überblick über die wichtigsten Deutungen: Uribe, *Enigma* (1997).
- 65 Die Standarddarstellung bleibt J. Lynch, *Spanish-American Revolutions* (1986<sup>2</sup>); für die einzelnen Regionen vgl. Bernecker u. a., *Handbuch*, Bd. 2 (1992); eine neue Interpretation im atlantischen Kontext bei Adelman, *Sovereignty* (2006), bes. Kap. 5, 7.
- 66 Elliott, *Empires* (2006), S. 360.
- 67 Ebd., S. 374.
- 68 Wood, *Benjamin Franklin* (2004).
- 69 Rodríguez O., *Independence of Spanish America* (1998), S. 82.
- 70 Graham, *Independence* (1994<sup>2</sup>), S. 107 ff.
- 71 Ein Meisterwerk ist J. Lynch, *Simón Bolívar* (2006).
- 72 Dies zeigt das Monumentalwerk Van Young, *Other Rebellion* (2001).
- 73 J. Lynch, *Simón Bolívar* (2006), S. 122.
- 74 Graham, *Independence* (1994<sup>2</sup>), S. 142 f.
- 75 J. Lynch, *Simón Bolívar* (2006), S. 105.
- 76 Ebd., S. 147.
- 77 Zur (post-)revolutionären Militarisierung Lateinamerikas vgl. Halperin-Donghi, *Aftermath* (1973), S. 17–24.
- 78 Colin Lewis, The Economics of the Latin American State: Ideology, Policy and Performance, c. 1820–1945, in: A. A. Smith u. a., *States* (1999), S. 99–119, hier 106.
- 79 Finzsch, *Konsolidierung* (2005), S. 25 ff.
- 80 Ebd., S. 596 f.; D. B. Davis, *Inhuman Bondage* (2006), S. 262.
- 81 Kossok/Loch, *Die französische Julirevolution* (1985), darin bes. S. 53–72; Axel Körner, Die Julirevolution von 1830: Frankreich und Europa, in: Wende, *Große Revolutionen* (2000), S. 138–57; Pilbeam, *1830 Revolution* (1991), bes. S. 149.
- 82 So ein Fall aus den französischen Pyrenäen von 1829–31: P. Sahlins, *Forest Rites* (1994).
- 83 Das ist offenbar für Frankreich unter dem Gesichtspunkt des «Verlassens» einer Revolution am besten untersucht worden, vgl. zusammenfassend Jourdan, *La révolution* (2004), S. 71–83.
- 84 Woloch, *New Regime* (1994), S. 380–426.
- 85 Dominguez, *Insurrection* (1980), S. 227 f.
- 86 Breen, *Marketplace* (2004), bes. S. 235 ff.
- 87 Vgl. das großartige (in der Literatur fast nie zitierte) Werk R. G. Kennedy, *Orders from France* (1989), außerdem Roach, *Cities of the Dead* (1996).
- 88 Life of Napoleon Bonaparte, in: *The Complete Works of William Hazlitt*, Bd. 13, hg. v. P. P. Howe, London 1931, S. 38.
- 89 Brading, *First America* (1991), S. 583–602.
- 90 Vgl. zusammenfassend: Gould, *A World Transformed?* (2003); mehrere Beiträge in Gould/Onuf, *Empire and Nation* (2005).
- 91 Zur Rezeption der europäischen Aufklärung vgl. May, *Enlightenment in America* (1976), dessen Periodisierung aber etwas schematisch ist.

- 92 J. Lynch, *Simón Bolívar* (2006), S. 28.
- 93 J. Lynch, *Spanish American Revolutions* (1986<sup>2</sup>), S. 27.
- 94 Dies ist das Thema bei Liss, *Atlantic Empires* (1983), trotz des Titels im Kern eine Studie über die Ideen der political economy in Amerika.
- 95 W. Schulze, *Zahl der Opfer* (2008), S. 140–52, bes. 149.
- 96 So spricht John Lynch vom zehnjährigen Krieg in Venezuela als «a total war of uncontrolled violence»: *Spanish American Revolutions* (1986<sup>2</sup>), S. 220.
- 97 Conway, *British Isles* (2000), S. 43 f.; Heideking, *Geschichte der USA* (2003<sup>3</sup>), S. 56.
- 98 Langley, *The Americas* (1996), S. 61.
- 99 Royle, *Revolutionary Britannia?* (2000), S. 67 f.
- 100 Hilton, *A Mad, Bad, and Dangerous People?* (2006), S. 421.
- 101 Gesamtdarstellung: Hochschild, *Bury the Chains* (2005).
- 102 Ausführlicher wird dieses Thema unten in Kapitel XVII behandelt.
- 103 L. S. Kramer, *Lafayette* (1996), S. 113 f.
- 104 Jourdan, *La révolution* (2004), S. 357.
- 105 Beck, *Alexander von Humboldt*, Bd. 1 (1959), S. 223 f.; ebd., Bd. 2 (1961), S. 2 f., 194–200 (Humboldt 1848).
- 106 Es gab gleichzeitig noch andere bemerkenswerte Protestbewegungen, die bei einer ausführlicheren Analyse berücksichtigt werden müssten, etwa der mahdistische Aufstand des Bu Ziyan 1849 im algerischen Atlasgebirge. Vgl. dazu Clancy-Smith, *Rebel and Saint* (1994), S. 92–124.
- 107 Für eine gesamteuropäische Perspektive vgl. Hachtmann, *Epochenschwelle* (2002); Mommsen, *1848* (1998); Sperber, *European Revolutions* (2005<sup>2</sup>) – die beste Gesamtdarstellung; sowie zahlreiche Einzelbeiträge in Dowe u. a., *Europa 1848* (1998).
- 108 John Breuilly, 1848: Connected or Comparable Revolutions? in: Körner, *1848* (2000), S. 31–49, hier 34 f.
- 109 Dieter Langewiesche, Kommunikationsraum Europa. Revolution und Genrenrevolution, in: ders., *Demokratiebewegung* (1998), S. 11–35, hier 32.
- 110 Das zeigt brillant Ginsborg, *Daniele Manin* (1979) – eines der klassischen Werke über 1848/49.
- 111 Mommsen, *1848* (1998), S. 300.
- 112 Sperber, *European Revolutions* (2005<sup>2</sup>), S. 62.
- 113 Ebd., S. 124.
- 114 Blum, *End of the Old Order* (1978), S. 371.
- 115 Bilanz bei Hachtmann, *Epochenschwelle* (2002), S. 178–81.
- 116 Tombs, *France* (1996), S. 395.
- 117 Deák, *Lawful Revolution* (1979), S. 321–37 (Zahl S. 329).
- 118 Langewiesche, *Europa* (1993<sup>3</sup>), S. 112.
- 119 Ein paradigmatischer Lebenslauf: Aufstand – Exil – Rehabilitation. Vgl. Gregor-Dellin, *Richard Wagner* (1983), S. 279 ff.
- 120 Hachtmann, *Epochenschwelle* (2002), S. 181–85; Brancaforte, *German Forty-Eighters* (1989); Levine, *Spirit of 1848* (1992); Wolfram Siemann, Asyl, Exil und Emigration, in: Langewiesche, *Demokratiebewegung* (1998), S. 70–91.
- 121 Das Folgende nach M. Taylor, *1848 Revolution* (2000).

- 122 Eine vorzügliche Dokumentation ist Clarke/Gregory, *Western Reports* (1982).
- 123 Beste Darstellung und Analyse, vor allem der Anfänge, bei J. Spence, *God's Chinese Son* (1996); daneben immer noch Michael, *Taiping Rebellion*, Bd. 1 (1966); Jen Yu-wen, *Taiping* (1973); Shih, *Taiping Ideology* (1967).
- 124 Spence, *God's Chinese Son* (1996), S. 171; Michael, *Taiping Rebellion*, Bd. 1 (1966), S. 174.
- 125 Cao Shuji, *Zhongguo yimin shi* (1997), S. 469.
- 126 Michael, *Taiping Rebellion*, Bd. 1 (1966), S. 135–68, Quellen dazu in: ebd., Bd. 3 (1971), S. 729–1378, bes. 754 ff.
- 127 Stampp, *America in 1857* (1990), S. viii.
- 128 W. B. Lincoln, *Great Reforms* (1990), S. 68 f.
- 129 P. J. O. Taylor, *Companion* (1996), S. 75.
- 130 Die Ereignisse schildert jede neuere Gesamtdarstellung, etwa M. Mann, *Geschichte Indiens* (2005), S. 100–104; Markovits u. a., *Modern India* (2002), S. 283–93. Eine gut recherchierte ausführliche Erzählung, bei der man allerdings etwas Empireromantik in Kauf nehmen muss, ist David, *Indian Mutiny* (2002); Quellen bei Harlow/Carter, *Archives of Empire* (2003), Bd. 1, S. 391–551; eine interessante mentalitäts- und psychohistorische Studie ist Herbert, *War of No Pity* (2008).
- 131 Omissi, *Sepoy* (1994), S. 133. Nach der «Mutiny» wurde das Verhältnis 5:1 durch 2:1 ersetzt.
- 132 Die erstaunlich unvoreingenommenen und indienfreundlichen Reportagen Russells auszugsweise in: Russell, *Meine sieben Kriege* (2000), S. 149–88.
- 133 Cook, *Understanding Jihad* (2005), S. 80 f.; Bose/Jalal, *Modern South Asia* (2004<sup>2</sup>), S. 74.
- 134 Zum Ereignisverlauf jedes Lehrbuch, etwa Heideking, *Geschichte der USA* (2003<sup>3</sup>), S. 157–75, oder Norton u. a., *People* (2001<sup>6</sup>), S. 387–424; ausführlich und auf neuestem Stand: Finzsch, *Konsolidierung* (2005), S. 561–741.
- 135 McPherson, *Abraham Lincoln* (1990), bes. S. 6 f.
- 136 So hat der Soziologe Barrington Moore in einer weltweit vergleichenden Untersuchung der Wege in die Moderne vom Amerikanischen Bürgerkrieg als der «letzten kapitalistischen Revolution» gesprochen: Moore, *Soziale Ursprünge* (1969), S. 140 ff., bes. 193–90. Hauptvertreter der Revolutionsthese ist der große Historiker des Bürgerkrieges: McPherson, *Abraham Lincoln* (1990), bes. S. 3–22.
- 137 Aber auch eine große nicht-marxistische Autorität hat den Begriff der Revolution verwendet: Jen Yu-wen, *Taiping* (1973).
- 138 A. Lincoln, *Speeches and Writings*, Bd. 2 (1989), S. 218.
- 139 Moore, *Soziale Ursprünge* (1969), S. 188.
- 140 Foner, *American Freedom* (1998), S. 58.
- 141 Vgl. kurz: John Ashworth, *The Sectionalization of Politics, 1845–1860*, in: Barney, *Companion* (2001), S. 33–46. Das Standardwerk ist Freehling, *Road to Disunion* (1990–2007).
- 142 Potter, *Impending Crisis* (1976); Levine, *Half Slave* (2005).
- 143 Zum Kriegsverlauf: McPherson, *Battlecry* (1988).
- 144 W. J. Cooper/Terrill, *American South*, Bd. 2 (1996<sup>2</sup>), S. 373.

- 145 R. W. Fogel, *Slavery Debates* (2003), S. 63.
- 146 Klassisch: Litwack, *Been in the Storm so Long* (1979).
- 147 Boles, *Companion* (2002), Kap. 16–18.
- 148 So bei Eric Foner, der die umfassendste und am meisten respektierte Gesamtdarstellung dieser Episode geschrieben hat: *Reconstruction* (1988).
- 149 Oder gar noch umfassender 1848–1877 wie in der Standarddarstellung von Barney, *Battleground* (1990), die «1848» als ein formales Startdatum («mid-century») verwendet.
- 150 Atwill, *Chinese Sultanate* (2005), S. 185: kein reiner Religionskonflikt, zudem weithin von Hanchinesen provoziert.
- 151 Zahl nach M. C. Meyer/Sherman, *Mexican History* (1991<sup>4</sup>), S. 552; die Standarddarstellungen sind Töbler, *Die mexikanische Revolution* (1984); sowie, stärker narrativ, A. Knight, *Mexican Revolution* (1986).
- 152 Mardin, *Genesis of Young Ottoman Thought* (1962), S. 169–71, betont aber, dass es mehrere Jahrzehnte dauerte, bis die Französische Revolution im Osmanischen Reich Wirkungen zeigte.
- 153 D. C. Price, *Russia* (1974).
- 154 Für China grundlegend: Reynolds, *China* (1993).
- 155 Gasster, *Chinese Intellectuals* (1969), bes. S. 106 ff.
- 156 Sohrabi, *Global Waves* (2002), S. 58.
- 157 Gelvin, *Modern Middle East* (2005), S. 145.
- 158 Yoshitake, *Five Political Leaders* (1986), S. 180, 193, 222.
- 159 Ascher, *Revolution of 1905* (2004), S. 28. Dies ist die gekürzte Überarbeitung eines zuerst zweibändigen Werkes (1988–92).
- 160 Kreiser/Neumann, *Türkei* (2003), S. 341 f.; Georgeon, *Abdulhamid II.* (2003), S. 87–89.
- 161 Vgl. D. Lieven, *Nicholas II* (1993).
- 162 Standardbiographie mit Schwerpunkt auf dem Beginn der Herrschaftsperiode: Amanat, *Pivot* (1997).
- 163 Grundlegend: Arjomand, *Constitutions* (1992), S. 49–57; Sohrabi, *Historicizing Revolutions* (1995).
- 164 Text: Gosewinkel/Masing, *Verfassungen* (2006), S. 1307–22.
- 165 Ascher, *Revolution of 1905* (2004), S. 16 f.
- 166 Janet M. Hartley, Provincial and Local Government, in: D. Lieven, *Cambridge History of Russia*, Bd. 2 (2006), S. 449–67, hier 461–65; Philppot, *Les zemstvos* (1991), S. 76–80.
- 167 Eingehend zu den späten Qing-Reformen: Chuzo Ichiko, Political and Institutional Reform, 1901–11, in: Fairbank/Twitchett, *Cambridge History of China*, Bd. 11 (1980), S. 375–415; auch Reynolds, *China* (1993).
- 168 Sdvížkov, *Zeitalter der Intelligenz* (2006), S. 150.
- 169 Klassisch: Venturi, *Roots of Revolution* (1960), Kap. 21–22; knapperes Portrait: Sdvížkov, *Zeitalter der Intelligenz* (2006), S. 139–83.
- 170 Vgl. Vanessa Martin, *Islam and Modernism* (1989), S. 18 f.
- 171 Fallstudie: P. A. Cohen, *Between Tradition and Modernity* (1974).
- 172 Knappe sozialgeschichtliche Skizze: Jürgen Osterhammel, Die erste chinesische Kulturrevolution. Intellektuelle in der Neuorientierung (1915–1924), in: ders., *Asien* (1994), S. 125–42, hier 127–30.

- 173 Zum Aufstieg eines politisierten Militärs in der anti-hamidischen Bewegung vgl. die etwas wirre Analyse bei Turfan, *Rise of the Young Turks* (2000), vor allem aber das englischsprachige Standardwerk zur jungtürkischen Revolution: Hanioğlu, *Preparation* (2001).
- 174 Ascher, *Revolution of 1905* (2004), S. 57 f.
- 175 Keddie, *Qajar Iran* (1999), S. 59.
- 176 Zürcher, *Turkey* (1998), S. 93 f.
- 177 Fung, *Military Dimension* (1980); vor allem aber McCord, *Power of the Gun* (1993), S. 46–79.
- 178 Zur Ereignisgeschichte vgl. J. Spence, *Chinas Weg* (1995), S. 305–37.
- 179 Zu Yuan, einer faszinierenden Figur des Übergangs aus dem 19. ins 20. Jahrhundert, vgl. E. P. Young, *Presidency of Yuan Shih-k'ai* (1977).
- 180 Zu diesem frühen Parlamentarismus vgl. Abrahamian, *Iran* (1982), S. 81–92.
- 181 Afary, *Iranian Constitutional Revolution* (1996), S. 337–40.
- 182 Kreiser/Neumann, *Türkei* (2003), S. 361.
- 183 Zum Pahlavi-Regime bis 1941 vgl. Gavin R. G. Hambly, The Pahlavī Autocracy: Rizā Shāh, 1921–1941, in: H. Bailey, *Cambridge History of Iran*, Bd. 7 (1991), S. 213–43.
- 184 Eine Tendenz der neueren Revolutionsforschung: Revolution als *eine* (extreme oder Makro-)Spielart kollektiver Gewalt, so etwa C. Tilly, *Collective Violence* (2003).
- 185 Großartig dazu: Vanessa Martin, *Qajar Pact* (2005), die besonders eindrücklich «agency» von Frauen darstellt (S. 95–112).
- 186 Hsiao Kung-chuan, *Rural China* (1960), S. 502 f.
- 187 Vorzüglich: Gelvin, *Modern Middle East* (2005), S. 139–46.

## XI | Staat:

«Minimal government», Herrscherpomp und «Hörigkeit der Zukunft»

- 1 Über die Neuheit der asiatischen «gunpowder empires» vgl. Finer, *History of Government* (1997), Bd. 3, Kap. 1–4; ansonsten Lieberman, *Beyond Binary Histories* (1999).
- 2 Ernest Gellner, *Tribalism and the State in the Middle East*, in: Khoury/Kostiner, *Tribes* (1991), S. 109–26, hier 109.
- 3 Carl A. Trocki, Political Structures in the Nineteenth and Early Twentieth Centuries, in: Tarling, *Cambridge History of Southeast Asia*, Bd. 2 (1992), S. 79–130, hier 81.
- 4 O'Rourke, *Warriors* (2000), S. 43.
- 5 Earle, *Pirate Wars* (2003), S. 231 ff.
- 6 M. Mann, *Sources* (1993), S. 6.
- 7 Birmingham, *Portugal* (1993), S. 125.
- 8 Vgl. J. Lynch, *Argentine Dictator* (1981), dort S. 201–46 über Rosas Schreckensherrschaft.
- 9 Schöne Charakterisierung bei A. Knight, *Peculiarities* (1992), S. 102 f.; auch

- M. C. Meyer/Sherman, *Course of Mexican History* (1991<sup>4</sup>), S. 453–57. Zum klassischen *caudillismo* vor ca. 1850 vgl. J. Lynch, *Caudillos* (1992), bes. S. 183–237, 402–37. Zu Gewalt und rudimentärer Staatsorganisation im Hispanoamerika des 19. Jahrhunderts vgl. vorzüglich: Riekenberg, *Gewaltsegmente* (2003), S. 35–79, dort 59–63 über Caudillos; speziell über Mittelamerika: Holden, *Armies* (2004), bes. S. 25–50.
- 10 R. M. Schneider, *Latin American Political History* (2007), S. 139. Anders als im benachbarten Uruguay wurden in Argentinien nach Rosas die Caudillos von der Grundbesitzerolarchie «gezähmt».
- 11 Überblick: Herzfeld, *Anthropology* (2001), S. 118–32.
- 12 Grundlegend: Newbury, *Patrons* (2003), bes. die Zusammenfassung (S. 256–84).
- 13 C. M. Clark, *Kaiser Wilhelm II.* (2000), S. 162. Die Standardbiographie ist J. C. G. Röhl, *Wilhelm II.* (1993–2008).
- 14 Schudson, *Good Citizen* (1998), S. 132.
- 15 H. C. G. Matthew, *Gladstone* (1997), S. 293–312, bes. 310 f.
- 16 J. Lynch, *Argentine Dictator* (1981), S. 112, auch Bernand, *Buenos Aires* (1997), S. 149 f., 155–57.
- 17 P. Brandt u. a., *Handbuch* (2006), S. 42.
- 18 Rickard, *Australia* (1996<sup>2</sup>), S. 113.
- 19 Wortman, *Scenarios of Power* (2006), S. 347.
- 20 Das Panorama monarchischer Formen beschreibt: D. J. Steinberg u. a., *Southeast Asia* (1987), S. 57–91.
- 21 Pennell, *Morocco* (2000), S. 158–63.
- 22 Für Indien vgl. Fisher, *Indirect Rule in India* (1991).
- 23 Thant, *Modern Burma* (2001), S. 209 f.; Kershaw, *Monarchy in South-East Asia* (2001), S. 25.
- 24 Aus zahlreichen Studien über *princely states* in Indien ragt eine Untersuchung zu Südostindien hervor: P. G. Price, *Kingship* (1996).
- 25 Kershaw, *Monarchy in South-East Asia* (2001), S. 26.
- 26 Ebd., S. 28 f.
- 27 M. D. Sahlins, *Anahulu* (1992), S. 76 f.
- 28 So etwa Geertz, *Negara* (1988); diese einflussreiche Darstellung ist in ihren Einseitigkeiten korrigiert worden durch Schulte Nordholt, *Spell of Power* (1996), der vor allem auch Geertz' statisches Bild historisiert (bes. S. 5–11).
- 29 Kroen, *Politics and Theatre* (2000).
- 30 Sehr schön am Beispiel Burmas: Koenig, *Burmese Polity* (1990), S. 16–84.
- 31 Morris, *Washing of the Spears* (1965), S. 79 f., 91, 98 f. Zu Shaka und seiner Dämonisierung vgl. C. Hamilton, *Terrific Majesty* (1998).
- 32 Laband, *Kingdom in Crisis* (1992), S. 22 f.; Cope, *Characters of Blood* (1995), S. 266 f.; klassisch zu Formen der Monarchie in Afrika: Fortes/Evans-Pritchard, *African Political Systems* (1967), darin Fortes über die Zulu (S. 25–55).
- 33 David K. Wyatt, The Eighteenth Century in Southeast Asia, in: Blussé/Gaastra, *Eighteenth Century* (1998), S. 39–55, hier 47.
- 34 Zur Taxonomie der Verfassungsformen: Kirsch, *Monarch* (1999), S. 412 f. (Schaubild); vgl. auch P. Brandt u. a., *Handbuch* (2006), S. 41–51.

- 35 E. N. Anderson/Anderson, *Political Institutions* (1967), S. 35 – ein Klassiker.
- 36 C. M. Clark, *Kaiser Wilhelm II.* (2000), S. 259 f.
- 37 Kohlrausch, *Monarch im Skandal* (2005), S. 45 ff.; über Wilhelms Interesse an Technik überhaupt vgl. W. König, *Wilhelm II.* (2007), bes. S. 195–33 über den technisch bestens ausgestatteten «Reisekaiser».
- 38 Daniel, *Hoftheater* (1995), S. 369.
- 39 Rathenau, *Der Kaiser* (1919), S. 34.
- 40 Ein weiterer Fall in dieser Reihe, der hier nicht behandelt werden kann, wäre Kaiser Pedro II. von Brasilien (1825–1891, r. 1840–1889), dazu die Biographie Barman, *Citizen Emperor* (1999).
- 41 Bagehot, *English Constitution* (1964), S. 61, 82 ff.
- 42 Aus der Fülle neuerer Literatur ragt hervor: D. Thompson, *Queen Victoria* (2001), daneben Homans, *Royal Representations* (1998).
- 43 D. Thompson, *Queen Victoria* (2001), S. 144 f.
- 44 Keene, *Emperor of Japan* (2002), S. 632–35.
- 45 Amanat, *Pivot* (1997), S. 431.
- 46 So der Biograph seines Neffen und Nachfolgers: Georgeon, *Abdulhamid II.* (2003), S. 33.
- 47 Fujitani, *Splendid Monarchy* (1996), S. 49.
- 48 Ebd., S. 229; eines der besten Bücher überhaupt zur Monarchie im 19. Jahrhundert.
- 49 Deringil, *Well-Protected Domains* (1998), S. 18.
- 50 So der junge Schah von Persien: Amanat, *Pivot* (1997), S. 352.
- 51 Paulmann, *Pomp und Politik* (2000), S. 325, hier S. 301–31 eine eindringliche Analyse des Besuchs.
- 52 Vgl. zur Diskussion Kirsch, *Monarch* (1999), S. 210 ff. Eine neue originelle Diskussion bei Rosanallon, *La démocratie inachevée* (2000), S. 199 ff., der Louis Napoléon als einen Theoretiker des «Cäsarismus» sieht.
- 53 R. Price, *French Second Empire* (2001), S. 95; zur permanenten *fête impériale* vgl. Baguley, *Napoleon III.* (2000).
- 54 R. Price, *French Second Empire* (2001), S. 211.
- 55 Beller, *Franz Joseph* (1997), S. 52.
- 56 Price, *People* (2004), S. 67–120, über die verschiedenen Richtungen der Opposition.
- 57 Hier folge ich Rosanallon, *La démocratie inachevée* (2000), S. 199 ff., bes. 237 f.
- 58 Toledano, *State and Society* (1990), S. 50 f.
- 59 Bernier, *The World in 1800* (2000), S. 76, 78.
- 60 Ebd., S. 150.
- 61 Fujitani, *Splendid Monarchy* (1996), S. 182–85.
- 62 Eine gute, auch historisch fundierte Diskussion der methodischen Probleme bei C. Tilly, *Democracy* (2007), S. 59–66.
- 63 Caramani, *Elections in Western Europe* (2000), S. 53, Tab. 2.3.; Fenske, *Verfassungsstaat* (2001), S. 516.
- 64 Etwas verkürzt nach Raphael, *Recht und Ordnung* (2000), S. 28.
- 65 Rosanallon, *Staat in Frankreich* (2000), S. 51.
- 66 Fehrenbacher, *Slavery* (1981).

- 67 Aber in national sehr unterschiedlichen Auffassungen von politischer Partizipation. Vgl. den Vergleich von Pfaden bei B. Turner, *Theory of Citizenship* (1990).
- 68 Ikegami, *Citizenship* (1995) – unter Betonung der Rolle von Opposition und Protestbewegungen.
- 69 Einige gründliche Untersuchungen haben neuerdings das Entstehen einer «Habermas'schen» Öffentlichkeit vordatiert, so für England auf die 1640er Jahre McKeon, *Secret History* (2005), S. 56 und passim.
- 70 Habermas, *Strukturwandel* (1962), S. 157 ff.
- 71 H. Barker/Borrows, *Press* (2002); Uribe-Uran, *Birth of a Public Sphere* (2000).
- 72 Grundlegend dazu: A. Milner, *Invention of Politics* (1995).
- 73 Dazu neben vielen stadtgeschichtlichen Fallstudien übergreifend z. B. für die USA: M. P. Ryan, *Civic Wars* (1997); für China: Ranking, *Elite Activism* (1986).
- 74 P. G. Price, *Acting in Public* (1991), S. 92 f.
- 75 Ebd., S. 113. Zur Vielfalt der Stimmen, die sich in (Süd-)Indien artikulierten und die keineswegs von der Kolonialmacht kontrolliert werden konnten, vgl. exemplarisch Irschick, *Dialogue and History* (1994).
- 76 *De la démocratie en Amérique*, I/ii/4: Tocqueville, *Demokratie* (1976), S. 216–24.
- 77 Finer, *History of Government* (1997), Bd. 3, S. 1567 ff.; die wichtigsten Verfassungstexte in Gosewinkel/Masing, *Verfassungen* (2006).
- 78 Liste in Navarro García, *Historia de las Américas* (1991), Bd. 4, S. 164–73.
- 79 Zu den Revolutionen der Jahrhundertwende vgl. oben Kapitel X.
- 80 Vgl. Fenske, *Verfassungsstaat* (2001); prägnant: W. Reinhard, *Staatsgewalt* (1999), S. 410–26; einen gesamteuropäischen Querschnitt auf dem Höhepunkt des Verfassungsinteresses geben Kirsch/Schiera, *Verfassungswandel* (2001).
- 81 Fenske, *Verfassungsstaat* (2001), S. 525 f. Fenske rechnet Großbritannien aber seltsamerweise nicht zu den Demokratien, da seine politische Klasse in ungewöhnlichem Maße weiterhin vom Adel geprägt worden sei.
- 82 J. Fisch, *Geschichte Südafrikas* (1990), S. 203 f.
- 83 Hoppen, *Mid-Victorian Generation* (1998), S. 253.
- 84 Caramani, *Elections in Western Europe* (2000), S. 60.
- 85 Ebd., S. 65.
- 86 Ebd., S. 952; Searle, *A New England?* (2004), S. 133.
- 87 Rosanallon, *La démocratie inachevée* (2000), S. 299–302.
- 88 Maßstäblich dafür: Rosanallon, *Le sacre du citoyen* (1972).
- 89 Diese Geschichte erzählt Keyssar, *Right to Vote* (2000), S. 105 ff.
- 90 Zu dieser letzten Episode vgl. Mark Elvin, *The Gentry Democracy in Chinese Shanghai, 1905–1914*, in: ders., *Another History* (1996), S. 140–65.
- 91 Die Standarddarstellung ist jetzt Wilentz, *Rise of American Democracy* (2005), Kap. 9–14.
- 92 Fehrenbacher, *Slaveholding Republic* (2001), S. 24 f., 76 f., 236 f.
- 93 Wahrman, *Imagining the Middle Class* (1995), Kap. 9–11.
- 94 Daten nach Bock, *Frauen* (2005), S. 199.

- 95 Zur Geschichte des Frauenwahlrechts vgl. ebd., S. 201–15.
- 96 T. C. Smith, *Agrarian Origins* (1959), S. 197.
- 97 M. W. Steele, From Custom to Right: The Politicization of the Village in Early Meiji Japan, in: Kornicki, *Meiji Japan*, Bd. 2 (1998), S. 11–27, hier 24 f.
- 98 Mason, *Japan's First General Election* (1969), S. 197.
- 99 So Welskopp, *Banner der Brüderlichkeit* (2000).
- 100 Zu Früsozialismus und Anarchismus umfassend: P. Weber, *Sozialismus als Kulturbewegung* (1989).
- 101 Grebing, *Geschichte der sozialen Ideen* (2000), S. 160–68.
- 102 Als Zeitdiagnose immer noch diskutabel: Sombart, *Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?* (1906).
- 103 Vgl. hier auch die vier «Figurationen» des Staates bei Rosanallon, *Staat in Frankreich* (2000), S. 14.
- 104 Rodgers, *Contested Truths* (1987), S. 146, 169.
- 105 Unterschiedliche Interpretationen dieser Pfade etwa bei P. Anderson, *Lineages* (1974), der auch das Osmanische Reich einbezieht, und Ertman, *Birth of the Leviathan* (1997).
- 106 W. C. Jones, *Great Qing Code* (1994).
- 107 H. G. Brown, *War* (1995), S. 9 u. passim.
- 108 Eine vorzügliche Übersicht bleibt G. E. Aylmer, *Bureaucracy*, in: Burke, *Companion Volume* (1979), S. 164–200.
- 109 Krauss, *Herrschtspraxis* (1997), S. 240 und passim.
- 110 Berend, *History Derailed* (2003), S. 188 f., 259. Nicht zufällig wurde die Habsburgermonarchie, zumindest bis 1859, von Zeitgenossen «das China Europas» genannt. Zit. bei Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland* (1988), S. 72.
- 111 Gute Charakteristik der europäischen Pfade staatlicher «Rationalisierung» bei Breuer, *Der Staat* (1998), S. 175–89.
- 112 Steuerlegitimität: ein besonders wichtiger, aber oft übersehener Punkt, der auch zur Effizienz des Staates beiträgt. Vgl. Daunton, *Trusting Leviathan* (2001).
- 113 China: Watt, *District Magistrate* (1972); Indien: Gilmour, *Ruling Caste* (2005), S. 89–104.
- 114 Ebd., S. 43.
- 115 Misra, *Bureaucracy in India* (1977), S. 299–308.
- 116 Gute Beschreibungen bei R. J. Smith, *China's Cultural Heritage* (1994<sup>2</sup>), S. 55–67; Hucker, *Dictionary* (1985), S. 83–96. Zum Handlungsspielraum des chinesischen Staates im frühen 19. Jahrhundert am schönen Beispiel der Opiumverbote: Bello, *Opium* (2005).
- 117 Eine Kritik vieler Klischees zur «chinesischen Korruption» bei Reed, *Talons and Teeth* (2000), S. 18–25.
- 118 Elman, *Civil Examinations* (2000), S. 569 ff.
- 119 Osterhammel, *China* (1989), S. 163 f.; neuere Literatur nachgewiesen bei Eberhard-Bréard, *Robert Hart* (2006).
- 120 Hwang, *Beyond Birth* (2005), S. 334.
- 121 Woodside, *Lost Modernities* (2006), S. 3; eine überaus anregende Interpretation.

- 122 Findley, *Ottoman Civil Officialdom* (1989), S. 292 und passim.
- 123 Findley, *Turks* (2005), S. 161.
- 124 Silberman, *Cages of Reason* (1993), S. 180.
- 125 Verfassung des Japanischen Kaiserreiches (1889), Präambel, Kapitel 1 (Artikel 3).
- 126 Wakabayashi, *Anti-Foreignism* (1991), dort S. 147–277 eine Übersetzung von Aizawas «Neuen Thesen».
- 127 Wolfgang Schwentker, Staatliche Ordnungen und Staatstheorien im neuzeitlichen Japan, in: W. Reinhard, *Verstaatlichung der Welt?* (1999), S. 113–31, hier 126 f.
- 128 Dazu grundsätzlich: Lutz Raphael, *L'État dans les villages: Administration et politique dans les sociétés rurales allemandes, françaises et italiennes de l'époque napoléonienne à la Seconde Guerre Mondiale*, in: Mayaud/Raphael, *Histoire de l'Europe rurale contemporaine* (2006), S. 249–81.
- 129 Eine schöne Fallstudie zu Japan in den 1870er Jahren: Baxter, *Meiji Unification* (1994). Der Protestdruck von unten und Japans prekäre außenpolitische Lage unterschieden den japanischen vom deutschen Fall. Vgl. Yoda, *Foundations of Japan's Modernization* (1996), S. 72 f.
- 130 Baxter, *Meiji Unification* (1994), S. 53–92.
- 131 Vgl. Breuer, *Der Staat* (1998); auch M. Mann, *Sources of Social Power* (1993), S. 444–75.
- 132 Bensel, *Yankee Leviathan* (1990), S. 367.
- 133 M. Mann, *Sources of Social Power* (1993), S. 472.
- 134 Wunder, *Bürokratie* (1988), S. 72 f..
- 135 Ullmann, *Steuerstaat* (2005), S. 56 ff.
- 136 M. Mann, *Sources of Social Power* (1993), S. 366 (Tab. 11.3).
- 137 Raphael, *Recht und Ordnung* (2000), S. 123.
- 138 Daunton, *Progress* (1995), S. 519.
- 139 Ali, *Punjab* (1988), S. 109 ff.; Heathcote, *Military in British India* (1995), S. 126 f. Zur Entstehung des «garrison state» in Indien vgl. Peers, *Mars* (1995).
- 140 Vgl. die Fallstudien in Frevert, *Militär und Gesellschaft* (1997); Foerster, *Wehrpflicht* (1994).
- 141 Frevert, *Die kasernierte Nation* (2001), S. 193 ff.
- 142 Dietrich Beyrau, Das Russische Imperium und seine Armee, in: Frevert, *Militär und Gesellschaft* (1997), S. 119–42, hier 130–33.
- 143 Fahmy, *All the Pasha's Men* (1997), bes. S. 76 ff.
- 144 Eric J. Zürcher, The Ottoman Conscription System in Theory and Practice, in: ders., *Arming the State* (1999), S. 79–94, bes. 86, 91.
- 145 McClain, *Japan* (2002), S. 161.
- 146 R. J. Evans *Rituale der Vergeltung* (2001), S. 379–400. In Frankreich gab es allerdings bis 1939 vereinzelt öffentliche Exekutionen.
- 147 Schrader, *Languages of the Lash* (2002), S. 49, 144 ff.
- 148 Als Übersicht vgl. David Bayley, The Police and Political Development in Europe, in: C. Tilly, *Formation of National States* (1975), S. 328–79, bes. 340–60; als herrschaftssoziologischer Vergleich: Knöbl, *Polizei* (1998).
- 149 Emsley, *Gendarmes and the State* (1999).
- 150 Westney, *Imitation* (1987), S. 40–44, 72 f.

- 151 Ebd., S. 94 f.
- 152 Am Beispiel Südindiens: Arnold, *Police Power* (1986), S. 99, 147.
- 153 Clive, *Macaulay* (1973), S. 435–66.
- 154 Townshend, *Making the Peace* (1993), S. 23–29.
- 155 J. A. Hobson, *Imperialism* (1988<sup>3</sup>), S. 124.
- 156 Monkonen, *Police* (1981), S. 42, 46.
- 157 Vorzügliche Skizze bei Eric H. Monkonen, Police Forces, in: Foner/Garrett, *Reader's Companion* (1991), S. 847–50.
- 158 Dies ist das Thema bei Petrow, *Policing Morals* (1994).
- 159 Kraus' Beiträge zu diesem Thema erschienen zwischen 1902 und 1907 in *Die Fackel*, neu gesammelt in *Schriften*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1987.
- 160 A. J. Major, *State and Criminal Tribes* (1999), S. 657 f., 663; vgl. auch T. R. Metcalf, *Ideologies of the Raj* (1994), S. 122–25, dort auch Kap. 3 und 4 umfassend zu ethnischer Kategorisierung.
- 161 So M. E. Curtin, *Black Prisoners* (2000), S. 1 ff.
- 162 Karl-Friedrich Lenz, Penal Law, in: W. Röhl, *History of Law in Japan* (2005), S. 607–26, hier 609 ff.
- 163 Umemori Naoyuki, Spatial Configuration and Subject Formation: The Establishment of the Modern Penitentiary System in Meiji Japan, in: Hardacre/Kern, *New Directions* (1997), S. 734–67, bes. S. 744–46, 754, 759 f.
- 164 Dikötter, *Crime* (2002), S. 56–58; die Pläne wurden aber erst unter der Republik in größerem Stil umgesetzt.
- 165 Lindert, *Growing Public* (2004), S. 46 f.
- 166 Rosanvallon, *Staat in Frankreich* (2000), S. 104; Raphael, *Recht und Ordnung* (2000), S. 102; Lindert, *Poor Relief* (1998).
- 167 Grundsätzlich dazu das Standardwerk Lindert, *Growing Public* (2004), S. 171 ff.; auch W. Reinhard, *Staatsgewalt* (1999), S. 460–67.
- 168 Eichenhofer, *Geschichte des Sozialstaats* (2007), S. 54.
- 169 Daten im internationalen Vergleich in: M. G. Schmidt, *Sozialpolitik* (1998), S. 180 (Tab. 5).
- 170 Dies ist das Thema bei Rodgers, *Atlantic Crossings* (1998), bes. S. 209 ff. (zur Sozialversicherung).
- 171 Esping-Andersen, *Three Worlds* (1990).
- 172 Vgl. zu diesem Abschnitt insgesamt: P. D. Curtin, *World* (2000), S. 128–91.
- 173 Dazu Faroqhi, *Kultur und Alltag* (1995), S. 30.
- 174 Zusammenfassung in allen Geschichten des Osmanischen Reiches, besonders prägnant bei Davison/Dodd, *Turkey* (1998<sup>3</sup>), S. 91–104; Kreiser/Neumann, *Türkei* (2003), S. 330–38; Hanioğlu, *Brief History* (2008), S. 72–108. In bescheidenerem Ausmaß gab es auch in Iran Reformansätze, die vom osmanischen Vorbild beeinflusst waren: Bakhsh, *Iran* (1978).
- 175 Vgl. Anastassiadou, *Salonique* (1997); Hanssen, *Beirut* (2005).
- 176 Rich, *Age of Nationalism* (1977<sup>2</sup>), S. 145 ff., zieht interessante Parallelen zwischen den gleichzeitigen mehr oder weniger «liberalen» Reformen in Großbritannien und Russland.
- 177 W. B. Lincoln, *Great Reforms* (1990); Eklof u. a., *Russia's Great Reforms* (1994); Beyrau u. a., *Reformen* (1996).
- 178 Sogar Korea, das letzte noch weithin zum Westen abgeschottete Land Ost-

- asiens, begann mit einer «selbststärkenden» Reformpolitik. Vgl. Palais, *Politics and Policy* (1991).
- 179 W. Reinhard, *Verstaatlichung* (1999).
- 180 Fallstudie: Roussillon, *Identité et modernité* (2005).
- 181 Paul Wanderwood, Betterment for Whom? The Reform Period, 1855–1875, in: M. C. Meyer/Beezley, *Oxford History of Mexico* (2000), S. 371–96.
- 182 Polunov, *Russia* (2005), S. 123 f., 174–89.
- 183 Maurus Reinkowski, The State's Security and the Subjects' Prosperity: Notions of Order in Ottoman Bureaucratic Correspondence, in: Karateke/Reinkowski, *Legitimizing the Order* (2005), S. 195–212, hier 206; Reinkowski, *Dinge der Ordnung* (2005), S. 284, 287.
- 184 Perkins, *Modern Tunisia* (2004), S. 14 f.
- 185 Vgl. Mock, *Imperiale Herrschaft* (1982).
- 186 Vgl. Torp, *Herausforderung* (2005).
- 187 Trocki, *Opium and Empire* (1991).

## XII | Energie und Industrie: Wer entfesselte wann und wo Prometheus?

- 1 Pierenkemper, *Wirtschaftsgeschichte* (2005), S. 21 f. Vgl. einführend zu diesem Kapitel bes. Buchheim, *Industrielle Revolutionen* (1994).
- 2 Wischermann/Nieberding, *Die institutionelle Revolution* (2004), S. 17–29.
- 3 Vgl. Pollard, *Peaceful Conquest* (1981).
- 4 Wischermann/Nieberding, *Die institutionelle Revolution* (2004), S. 26, nach D. C. North.
- 5 Siehe oben Kapitel V.
- 6 Pomeranz, *Great Divergence* (2000); P. H. H. Vries, *Via Peking* (2003). Die Frage wurde zuerst in den 1950er Jahren von chinesischen Wirtschaftshistorikern gestellt.
- 7 So die einleuchtende These bei Amsden, *Rise of «the Rest»* (2001), S. 51 ff.
- 8 Immer noch attraktiv als undogmatische Interpretation auf dieser Linie: Hobsbawm, *Industrie und Empire* (1969), Bd. 1, S. 33–78.
- 9 Schumpeter, *Konjunkturzyklen* (1961, zuerst 1939). Kondrat'ev wurde im September 1938 in einem Moskauer Gefängnis erschossen. Seine gesammelten Schriften wurden erst 1998 vollständig im Westen publiziert.
- 10 Polanyi, *Great Transformation* (1957). Einflussreiche Erweiterungen dieses Ansatzes finden sich in der Anthropologie bürgerlicher Gemeinschaften sowie in der Theorie einer «moral economy» bei E. P. Thompson und James C. Scott.
- 11 Letzte Fassung der Theorie: Rostow, *World Economy* (1978).
- 12 Gerschenkron, *Economic Backwardness* (1962), gute Diskussion bei Verley, *La Révolution industrielle* (1997<sup>2</sup>), S. 111–14, 324, 26.
- 13 Bairoch, *Révolution industrielle* (1963); letzte Fassung: Bairoch, *Victoires* (1997), Bd. 1.
- 14 Landes, *Der entfesselte Prometheus* (1973) – ein Meisterwerk historischer Synthese und immer noch ein Grundbuch zum Thema.

- <sup>103</sup> Vgl. Kynaston, *City* (1994).
- <sup>104</sup> Girault, *Diplomatie européenne* (1979), S. 39.
- <sup>105</sup> Peter H. Lindert/Peter J. Morton, How Sovereign Debt Has Worked, in: Sachs, *Developing Country Debt* (1989), S. 225–35, hier 230.
- <sup>106</sup> Vorzüglich dazu Suzuki, *Japanese Government Loan Issues* (1994), dort zugleich eine gute Beschreibung des Londoner Kapitalmarktes (S. 23 ff.); auch Tamaki, *Japanese Banking* (1995), S. 87 ff.
- <sup>107</sup> Kuran, *Islam and Mammon* (2004), S. 13 f.
- <sup>108</sup> I. Stone, *Global Export* (1999), S. 381, 409 (auf- bzw. abgerundet).
- <sup>109</sup> Schularick, *Finanzielle Globalisierung* (2006), S. 44 (Tab. 1.10, auf- bzw. abgerundet).
- <sup>110</sup> G. Austin/Sugihara, *Local Suppliers of Credit* (1993), S. 5, 13.
- <sup>111</sup> Siehe oben Kapitel IX.
- <sup>112</sup> Kindleberger, *Financial History* (1984), S. 222.
- <sup>113</sup> Topik, *When Mexico Had the Blues* (2000).
- <sup>114</sup> Blake, *Disraeli* (1966), S. 581–87.
- <sup>115</sup> R. Owen, *Middle East* (1981), S. 127, Tab. 19.
- <sup>116</sup> Über Ismails kostspielige Verschönerung von Kairo siehe oben Kapitel VI.
- <sup>117</sup> R. Owen, *Middle East* (1981), S. 130–35.
- <sup>118</sup> Zum Problem des Staatsbankrotts vor 1914: Petersson, *Anarchie* (2009), Kap. 2.
- <sup>119</sup> Vgl. Marichal, *Debt Crises* (1989) zu Lateinamerika; für Asien fehlen noch ähnliche Überblicksdarstellungen.

## XV | Hierarchien:

### Vertikalen im sozialen Raum

- <sup>1</sup> Ich benutze diesen Begriff, nach der soziologischen Theorie ungenau, als ungefähres Synonym des etwas engeren und zu technisch klingenden Begriffs der «Schichtung». Mich interessieren hier nur bestimmte *Lagen* (vor allem «oben», «in der Mitte», «außen») in sozialen Gebilden, die von den Beteiligten als «ungleich» wahrgenommen oder «imaginiert» werden. Für das 19. Jahrhundert pauschal von «Hierarchie» zu sprechen, soll nicht bedeuten, eine «stratifikatorische Differenzierung» (Niklas Luhmann) von Gesellschaften für weltweit epochentypisch zu halten und empirisch möglicherweise zu beobachtende Prozesse des Übergangs zu «funktionaler Differenzierung» zu leugnen. Vgl. Luhmann, *Gesellschaft* der Gesellschaft (1997), Bd. 2, Kap. 4.
- <sup>2</sup> Cannadine, *Rise and Fall* (1999), S. 88 f., 91, 99.
- <sup>3</sup> Tocqueville, *Demokratie* (1976), S. 55 f. (Teil I, Kap. 3).
- <sup>4</sup> Kocka, *19. Jahrhundert* (2002), S. 100.
- <sup>5</sup> Naquin/Rawski, *Chinese Society* (1987), S. 138 ff.
- <sup>6</sup> Toledano, *State and Society* (1990), S. 157 f.
- <sup>7</sup> Eine Zusammenfassung zu drei regionalen Typen bei Heideking, *Geschichte der USA* (2003<sup>3</sup>), S. 6–18.
- <sup>8</sup> Stinchcombe, *Economic Sociology* (1983), S. 245 – ein bei Historikern wenig

- bekanntes, für die Sozialgeschichte ungemein anregendes Buch. Schöne Beispiele für Frankreich bei G. Robb, *Discovery of France* (2007).
- <sup>9</sup> Dies ist das Thema bei Goody, *Theft of History* (2006).
- <sup>10</sup> Übersicht: Burrow, *Crisis of Reason* (2000), Kap. 2.
- <sup>11</sup> Vgl. Gall, *Bürgertum* (1996), S. 81 f. Präzise zu den Begriffen Kocka, *Weder Stand noch Klasse* (1990), S. 33–35.
- <sup>12</sup> Devine, *Scottish Nation* (1999), S. 172–83.
- <sup>13</sup> Wirtschafter, *Structures of Society* (1994), S. 148; Elise Kimerling Wirtschafter, The Groups Between: *raznochintsy*, Intelligentsia, Professionals, in: D. Lieven, *Cambridge History of Russia* (2006), S. 245–63, hier 245.
- <sup>14</sup> Hartley, *Social History* (1999), S. 51.
- <sup>15</sup> Vgl. zur (west-)europäischen Gesellschaft im späten 18. Jahrhundert: Christof Dipper, Orders and Classes. Eighteenth-Century Society under Pressure, in: Blanning, *Eighteenth Century* (2000), S. 52–90.
- <sup>16</sup> Vgl. das Kapitel «Status Groups», in: M. B. Jansen, *Modern Japan* (2000), S. 96–126.
- <sup>17</sup> Dies ist eine extreme Vereinfachung. Als ein Beispiel für die – im Vergleich zum damaligen Europa – außerordentliche Kompliziertheit der gesellschaftlichen Hierarchien und ihrer terminologischen Beschreibung im Asien des frühen 19. Jahrhunderts vgl. Rabibhadana, *Thai Society* (1969), S. 97–170.
- <sup>18</sup> V. Das, Caste, in: Smelser/Baltes, *International Encyclopedia*, Bd. 3 (2001), S. 1529–32; Peebles, *Sri Lanka* (2006), S. 48.
- <sup>19</sup> A. v. Humboldt, *Studienausgabe*, Bd. 4 (1991), S. 162 ff.
- <sup>20</sup> Wasserman, *Everyday Life* (2000), S. 12.
- <sup>21</sup> Siehe oben Kapitel IV und VII.
- <sup>22</sup> Siehe oben Kapitel IV.
- <sup>23</sup> Rickard, *Australia* (1996<sup>2</sup>), S. 37.
- <sup>24</sup> Korea war die einzige Sklavereigesellschaft im neuzeitlichen Ostasien. Starke Reste von Sklaverei hielten sich bis ins 19. Jahrhundert hinein. Vgl. Palais, *Korean Uniqueness* (1995), S. 415.
- <sup>25</sup> Über Bauern und Arbeiter siehe oben Kapitel XIII.
- <sup>26</sup> Walter Demel, Der europäische Adel vor der Revolution: Sieben Thesen, in: Asch, *Adel* (2001), S. 409–33, hier 409. Vgl. auch Lukowski, *European Nobility* (2003).
- <sup>27</sup> D. Lieven, *Abschied* (1995), S. 27. Zu den Gründen für den langsam Abstieg des Adels aber Demel, *Der europäische Adel* (2005), S. 87–90.
- <sup>28</sup> Maria Todorova, The Ottoman Legacy in the Balkans, in: L. C. Brown, *Imperial Legacy* (1996), S. 46–77, hier 60.
- <sup>29</sup> Beckett, *Aristocracy* (1986), S. 40.
- <sup>30</sup> Demel, *Der europäische Adel* (2005), S. 17.
- <sup>31</sup> Woloch, *Napoleon and His Collaborators* (2001), S. 169–73.
- <sup>32</sup> Auch in der Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens wird dieser Begriff verwendet, allerdings stärker auf die politische Mittlerrolle zwischen Herrscher und Bevölkerung bezogen (vage vergleichbar den chinesischen *shenshi* oder *gentry*). Vgl. Albert Hourani, *Ottoman Reform and the Politics of Notables*, in: ders. u. a., *Modern Middle East* (1993), S. 83–109.

- 33 Haupt, *Sozialgeschichte Frankreichs* (1989), S. 116 ff.; Charle, *Histoire sociale de la France* (1991), S. 229 ff.
- 34 Gute Charakterisierung bei D. Lieven, *Empire* (2000), S. 241–44.
- 35 Beckett, *Aristocracy* (1986), S. 31.
- 36 Kontrahenten in der Debatte darüber waren vor allem F. M. L. Thompson und William D. Rubinstein.
- 37 Asch, *Europäischer Adel* (2008), S. 298.
- 38 Searle, *A New England?* (2004), S. 37 f.
- 39 Vgl. Beckett, *Aristocracy* (1986), S. 16–42, als Überblick.
- 40 Maria Malatesta, The Landed Aristocracy during the Nineteenth and Early Twentieth Centuries, in: Kaelble, *European Way* (2004), S. 44–67.
- 41 Cannadine, *Ornamentalism* (2001), S. 85 ff.
- 42 Dieses Motiv entwickelt am nordamerikanischen Beispiel Liebersohn, *Aristocratic Encounters* (1998), auch an Fällen der Kommentierung indianischer Ritterlichkeit durch reisende europäische Aristokraten.
- 43 Fox-Genovese/Genovese, *Mind of the Master Class* (2005), S. 304–82.
- 44 So der dramatisierende, aber nicht ganz verfehlte Begriff bei Wasson, *Aristocracy* (2006), S. 156.
- 45 Nutini, *Wages of Conquest* (1995), S. 322, vertritt die These, in Mexiko habe sich seit der frühen Kolonialzeit eine Aristokratie, am Ende gestützt auf großen Hacienda-Besitz, unangefochten halten können.
- 46 Klassisch dazu: Cohn, *Anthropologist* (1987), S. 632–82.
- 47 Panda, *Bengal Zamindars* (1996), S. 2.
- 48 Das Folgende nach Schwentker, *Samurai* (2003), S. 95–116. Sehr interessant als Interpretation (hauptsächlich der Tokugawa-Zeit) ist daneben das Buch einer historisch arbeitenden Soziologin: Ikegami, *Taming of the Samurai* (1995). Einen atmosphärischen Eindruck aus dem Leben eines niederen Samurai gibt Katsu Kokichi: *Musui's Story* (1993).
- 49 Demel, *Der europäische Adel* (2005), S. 88.
- 50 Ravina, *Last Samurai* (2004), S. 191 ff. Der Führer des Aufstandes war kein direktes Opfer der Meiji-Restauration, sondern einer ihrer wichtigsten Protagonisten.
- 51 Elman, *Civil Examinations* (2000), daneben weiterhin der sozialgeschichtliche Klassiker Chang Chung-li, *Chinese Gentry* (1955), auch R. J. Smith, *China's Cultural Heritage* (1994<sup>2</sup>), S. 55–64, 71–75; Joseph W. Esherick/Mary Backus Rankin, Introduction, in: dies., *Chinese Local Elites* (1990), S. 1–24.
- 52 Reynolds, *China* (1993), als Gesamtübersicht.
- 53 Crossley, *Orphan Warriors* (1990).
- 54 Für Deutschland (einige Zweifel abwägend): Kocka, *19. Jahrhundert* (2002), S. 98–137. Eine umfassende Momentaufnahme einer prototypischen «bürgerlichen» Gesellschaft Europas ist Bank/Buuren, *1900* (2004), ein empirisch dichtes Portrait des «bürgerlichsten» Landes der Welt: Tanner, *Arbeitsame Patrioten* (1995).
- 55 Vgl. aus einer riesigen Literatur: Lundgreen, *Sozial- und Kulturgeschichte* (2000); Kocka/Frevert, *Bürgertum* (1988) – mit vielen Beiträgen zum außerdeutschen Europa; Gall, *Stadt und Bürgertum* (1993); als kritischen Ver-

- gleich der «Bielefelder» und der «Frankfurter» Schule vgl. Sperber, *Bürger* (1997).
- 56 Am Beispiel der Familie Bassermann: Gall, *Bürgertum in Deutschland* (1989).
- 57 Maza, *Myth of the French Bourgeoisie* (2003).
- 58 Übersicht: Pilbeam, *Middle Classes* (1990), S. 74–106.
- 59 Vgl. Youssef Cassis, Unternehmer und Manager, in: Frevert/Haupt, *Mensch* (1999), S. 40–66.
- 60 Goblot, *Klasse und Differenz* (1994/1925), S. 37 – eines der geistreichsten Bücher, die je über die Bourgeoisie geschrieben wurden.
- 61 Daumard, *Les bourgeois* (1991), S. 261.
- 62 Jürgen Kocka, Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Entwicklungen und deutscher Eigensinn, in: Kocka/Frevert, *Bürgertum* (1988), Bd. 1, S. 11–76, hier 31.
- 63 Vgl. J. L. West/Petrov, *Merchant Moscow* (1998), auch die Photographien.
- 64 Cindy S. Aron, The Evolution of the Middle Class, in: Barney, *Companion* (2001), S. 178–91, hier 179.
- 65 Für England: Perkin, *Origins* (1969), S. 252 f.
- 66 Hartmut Kaelble, Social Particularities of Nineteenth- and Twentieth-Century Europe, in: ders., *European Way* (2004), S. 276–317, hier 282–84.
- 67 Für Europa (Deutschland, England, Frankreich, Belgien): Haupt/Crossick, *Kleinbürger* (1998).
- 68 Farr, *Artisans* (2000), S. 10 ff.
- 69 Pilbeam, *Middle Classes* (1990), S. 172.
- 70 Goblot, *Klasse und Differenz* (1994/1925), S. 69.
- 71 R. Ross, *Status* (1999). Andere Beispiele für «Victorian values» unter der gebildeten afrikanischen Elite, hier von Lagos: K. Mann, *Marrying Well* (1985).
- 72 Jürgen Kocka, Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Entwicklungen und deutscher Eigensinn, in: Kocka/Frevert, *Bürgertum* (1988), Bd. 1, S. 11–76, hier 12; Jürgen Kocka, The Middle Classes in Europe, in: Kaelble, *European Way* (2004), S. 15–43, hier 16. Zwei Grundtexte zum Thema.
- 73 Zit. bei Blumin, *Emergence of the Middle Class* (1989), S. 2. Als zeitgenössische Idealvorstellung erinnert dies von Ferne an das Ideal der «klassenlosen Bürgersellschaft», das Lothar Gall für Deutschland im frühen 19. Jahrhundert herausgearbeitet hat.
- 74 Beckert, *Monied Metropolis* (2001).
- 75 Dazu brauchte man eine Vielzahl einzelner Fallstudien von solch hoher Qualität wie Pernau, *Bürger mit Turban* (2008).
- 76 Dazu als erster Überblick immer noch Braudel, *Sozialgeschichte* (1985), Bd. 2.
- 77 A. Adu Boahen, New Trends and Processes in Africa in the Nineteenth Century, in: Ajayi, *General History of Africa* (1998), S. 40–63, hier 48–52.
- 78 Man weiß dies seit langem für Westafrika. Nun aber auch für ein weniger beachtetes Emporium: G. Campbell, *Imperial Madagascar* (2005), S. 161–212.

- 79 Bergère, *L'Âge d'or* (1986).
- 80 Trocki, *Opium and Empire* (1991).
- 81 Berend, *History Derailed* (2003), S. 196.
- 82 Zu ihnen eine vorbildliche Monographie: Horton/Middleton: *The Swahili* (2000).
- 83 Markovits u. a., *Modern India* (2002), S. 320, 325 f.; Cheong, *Hong Merchants* (1997), S. 303 f.
- 84 Jayawardena, *Nobodies* (2002), S. 68 ff.; Freitag, *Arabische Buddenbrooks* (2003), S. 214 f.
- 85 Siehe auch oben Kapitel XIV.
- 86 Bergère, *L'Âge d'or* (1986), S. 47; Hao Yen-p'ing, *Commercial Revolution* (1986).
- 87 Dobbin, *Asian Entrepreneurial Minorities* (1996).
- 88 Györgyi Ránki, Die Entwicklung des ungarischen Bürgertums vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert, in: Kocka/Frevert, *Bürgertum* (1988), Bd. 1, S. 247–65, hier 249, 253, 256.
- 89 Robert E. Elson, International Commerce, the State and Society: Economic and Social Change, in: Tarling, *Cambridge History of Southeast Asia*, Bd. 2 (1992), S. 131–95, hier 174.
- 90 Dobbin, *Asian Entrepreneurial Minorities* (1996), S. 47, 69, 171.
- 91 Frangakis-Syrett, *Greek Merchant Community* (1991), S. 399.
- 92 Allerdings gab es schon 1740 ein großes Massaker an Chinesen auf Java, das ähnliche Ursachen hatte.
- 93 Vgl. die Bemerkungen zur Geschäftspolitik nordindischer Kaufmannsfamilien vor 1870 bei Bayly, *Rulers, Townsmen and Bazaars* (1983), S. 394–426.
- 94 Schönes Beispiel: Hanssen, *Beirut* (2006), S. 213–35. Siehe auch oben Kapitel VI.
- 95 Vgl. die grundsätzlichen Überlegungen bei Watenpaugh, *Being Modern* (2005), S. 14 f.
- 96 Rankin, *Elite Activism* (1986), S. 136 ff.; Kwan, *Salt Merchants* (2001), S. 89–103; Freitag, *Indian Ocean Migrants* (2003), S. 9, 238–42.
- 97 Rowe, *Hankow*, Bd. 1 (1984), S. 289 ff.
- 98 Zur Semantik bleibt grundlegend: Engelhardt, «*Bildungsbürgertum*» (1986). Der Begriff stammt, trotz vieler Vorläufer, erst aus den 1920er Jahren. Sonst Conze u. a., *Bildungsbürgertum* (1985–92), dort Bd. 1 mit inneren europäischen Vergleichen.
- 99 Peter Lundgreen, Bildung und Bürgertum, in: ders., *Sozial- und Kulturgeschichte* (2000), S. 173–94, hier 173.
- 100 Dietrich Geyer, Zwischen Bildungsbürgertum und Intelligenzija: Staatsdienst und akademische Professionalisierung im vorrevolutionären Russland, in: Conze u. a., *Bildungsbürgertum* (1985–92), Bd. 1 (1985), S. 207–30, hier 229.
- 101 Lufrano, *Honorable Merchants* (1997), S. 177 ff. Denselben Begriff «self-cultivation», den Lufrano für chinesische Kaufleute benutzt, wendet ein Bruford, *German Standardwerk auf den deutschen Bildungsgedanken* (1975). Für Japan: Gilbert Rozman, *Social Tradition of Self-Cultivation* (1975). Für Japan: Gilbert Rozman, *Social Change*, in: J. W. Hall u. a., *Cambridge History of Japan*, Bd. 5 (1989),

- 100 S. 499–568, hier 513. Es fragt sich, ob die japanische Kaufmannskultur des 18. Jahrhunderts autönomer, weniger «embedded», war als die gleichzeitige chinesische.
- 102 Vgl. etwa Schwarcz, *Chinese Enlightenment* (1986).
- 103 Ebenso sozial- wie kulturhistorisch wichtig: Kreuzer, *Boheme* (1971).
- 104 Buettner, *Empire Families* (2004); anekdotisch: Yalland, *Boxwallahs* (1994); zum Vergleichsfall der vollkommen unaristokratischen chinesischen Treaty Ports: Bickers, *Britain in China* (1999).
- 105 Das ist besonders gut untersucht: Butcher, *British in Malaya* (1979).
- 106 Ruedy, *Modern Algeria* (1992), S. 99 f.
- 107 Quataert, *Ottoman Empire* (2000), S. 153.
- 108 Ebd., S. 146. Siehe auch oben Kapitel V.
- 109 Neueste Gesamtdarstellung dieser internationalen Finanzwelt: Cassis, *Capitals of Capital* (2005), S. 74 ff.
- 110 Ich referiere eine interessante These von C. A. Jones, *International Business* (1987).
- 111 Wray, *Mitsubishi* (1984), S. 513.
- 112 Musterhafte Analysen dieses Prozesses: für Frankreich Garrioch, *Formation of the Parisian Bourgeoisie* (1996), für die USA Blumin, *Emergence of the Middle Class* (1989); Bushman, *Refinement* (1992).
- 113 Dazu einige Andeutungen oben in Kapitel XVI.
- 114 Vgl. als Zugang zur Forschung: Gisela Bock, Geschlechtergeschichte auf alten und neuen Wegen. Zeiten und Räume, in: Osterhammel u. a., *Wege* (2006), S. 45–66.
- 115 Einstweilen gibt es für viele Teile noch keine Forschungssynthesen wie für Europa Gestrich u. a., *Geschichte der Familie* (2003).
- 116 Vorzügliche Fallstudien in Clancy-Smith/Gouda, *Domesticating the Empire* (1998).

## XVI | Wissen:

*Vermehrung, Verdichtung, Verteilung*

- 1 Zu Religion siehe Kapitel XVIII.
- 2 Dülmen/Rauschenbach, *Macht des Wissens* (2004).
- 3 H. Pulte, Wissenschaft (III), in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 12, Darmstadt 2004, Sp. 921.
- 4 Burke, *Papier und Marktgeschrei* (2001), S. 30 f.
- 5 Fragner, «*Persophonie*» (1999), S. 100.
- 6 Ostler, *Empires of the Word* (2005), S. 438 f.
- 7 Ebd., S. 411 f.
- 8 Mendo Ze u. a., *Le Français* (1999), S. 32.
- 9 B. Lewis, *Emergence* (1968<sup>2</sup>), S. 84..
- 10 Crystall, *English* (1997), S. 73.
- 11 Zit. ebd., S. 66.
- 12 Die Frage, in welchem Maße Englisch von oben «verordnet» worden sei, diskutiert ausführlich Phillipson, *Linguistic Imperialism* (1992).

- <sup>13</sup> Zastoupil/Moir, *Great Indian Education Debate* (1999), darin die Einleitung (S. 1–72).
- <sup>14</sup> Crystal, *English* (1997), S. 24 ff., gibt eine (etwas oberflächliche) Übersicht von Region zu Region.
- <sup>15</sup> B. Lewis, *Emergence* (1968<sup>2</sup>), S. 88, 118.
- <sup>16</sup> Adamson, *China's English* (2004), S. 25 f.
- <sup>17</sup> Keene, *Japanese Discovery of Europe* (1969), S. 78 f.
- <sup>18</sup> Elman, *Modern Science* (2006), S. 86 f.
- <sup>19</sup> B. Lewis, *Emergence* (1968<sup>2</sup>), S. 87.
- <sup>20</sup> Diesen geistesgeschichtlichen Moment hat Schwab, *La renaissance orientale* (1950), entdeckt.
- <sup>21</sup> Ostler, *Empires of the Word* (2005), S. 503.
- <sup>22</sup> H. M. Scott, *Birth* (2006), S. 122 f.; Haarmann, *Weltgeschichte der Sprachen* (2006), S. 314.
- <sup>23</sup> Überblick: ebd., S. 309–34.
- <sup>24</sup> Bolton, *Chinese Englishes* (2003), S. 146–96.
- <sup>25</sup> Mari, *Reflections from Captivity* (1978), S. 30, 35.
- <sup>26</sup> Pollock, *Cosmopolitan Vernacular* (1998).
- <sup>27</sup> Sassoon, *Culture* (2006), S. 21–40, über den Aufstieg der Nationalsprachen in Europa.
- <sup>28</sup> Vincent, *Mass Literacy* (2000), S. 138 f., 140.
- <sup>29</sup> Janich/Greule, *Sprachkulturen* (2002), S. 110.
- <sup>30</sup> M. C. Meyer/Sherman, *Course of Mexican History* (1991<sup>4</sup>), S. 457.
- <sup>31</sup> Zur Einführung in die Problematik: Ernst Hinrichs, Alphabetisierung, Lesen und Schreiben, in: Dülmen/Rauschenbach, *Macht des Wissens* (2004), S. 539–61, bes. 539–42. Die theoretische Komplexität des Themas zeigt Barton, *Literacy* (2007<sup>2</sup>); Fallstudien in Messerli/Chartier, *Lesen und Schreiben* (2000).
- <sup>32</sup> Graff, *Legacies* (1987), S. 262 – das unübertroffene Standardwerk zum Thema.
- <sup>33</sup> Tortella, *Patterns of Economic Retardation* (1994), S. 11 (Tab. 6).
- <sup>34</sup> Vincent, *Mass Literacy* (2000), S. 11. Es gibt noch nicht viele nationale Fallstudien von ähnlicher Qualität wie Brooks, *When Russia Learned to Read* (1985).
- <sup>35</sup> Graff, *Legacies* (1987), S. 295, Tab. 7–2.
- <sup>36</sup> Gesamteuropäisch: Sassoon, *Culture* (2006), S. 93–105.
- <sup>37</sup> Schenda, *Völk ohne Buch* (1970); Engelsing, *Analphabetentum* (1973), für Frankreich zahlreiche Arbeiten von Roger Chartier und Martyn Lyons.
- <sup>38</sup> Giesecke, *Entdeckung der kommunikativen Welt* (2007), S. 166.
- <sup>39</sup> M. Lyons, *Readers* (2001), S. 87–91.
- <sup>40</sup> Starrett, *Putting Islam to Work* (1998), S. 36.
- <sup>41</sup> Vincent, *Mass Literacy* (2000), S. 56.
- <sup>42</sup> Gillian Sutherland, Education, in: F. M. L. Thompson, *Cambridge Social History of Britain*, Bd. 3 (1990), S. 119–69, hier 145.
- <sup>43</sup> Schätzungen für 1882 bei Easterlin, *Growth Triumphant* (1997), S. 61 (Tab. 5.1.).
- <sup>44</sup> William J. Gilmore-Lehne, Literacy, in: Cayton, *Encyclopedia*, Bd. 3 (1993), S. 2413–26, hier 2419 f., 2422.

- <sup>45</sup> Graff, *Legacies* (1987), S. 365.
- <sup>46</sup> Ayalon, *Political Journalism* (1997), S. 105.
- <sup>47</sup> Gilbert Rozman, Social Change, in: J. W. Hall u. a., *Cambridge History of Japan*, Bd. 5 (1989), S. 499–568, hier 560 f.
- <sup>48</sup> Rubinger, *Popular Literacy* (2007), S. 184.
- <sup>49</sup> Pepper, *Radicalism* (1996), S. 52.
- <sup>50</sup> Rawski, *Education* (1979), S. 23.
- <sup>51</sup> P. Bailey, *Reform the People* (1990), S. 31–40.
- <sup>52</sup> M. E. Robinson, *Korea's Twentieth-Century Odyssey* (2007), S. 11.
- <sup>53</sup> Dies hielt sich bis zum Ende des Systems: Elman, *Civil Examinations* (2000), S. 597–600.
- <sup>54</sup> Alexander Woodside, The Divorce between the Political Center and Educational Creativity in Late Imperial China, in: Elman/Woodside, *Education and Society* (1994), S. 458–92, hier 461.
- <sup>55</sup> dpa-Meldung, 2. April 2007.
- <sup>56</sup> Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866* (1983), S. 451.
- <sup>57</sup> Karl-Ernst Jeismann, Schulpolitik, Schulverwaltung, Schulgesetzgebung, in: C. Berg u. a., *Handbuch*, Bd. 3 (1987), S. 105–22, hier 119.
- <sup>58</sup> Dazu eine einflussreiche, an Foucault orientierte Analyse Ägyptens: T. Mitchell, *Colonising Egypt* (1991), kritisch dazu aber Starrett, *Putting Islam to Work* (1998), S. 57–61.
- <sup>59</sup> Bouche, *Histoire de la colonisation française* (1991), S. 257–59.
- <sup>60</sup> Wesseling, *Europa's koloniale eeuw* (2003), S. 84.
- <sup>61</sup> D. Kumar, *Science* (1997), S. 151–79; Ghosh, *History of Education* (2000<sup>2</sup>), S. 86, 121 f.; Arnold, *Science* (2000), S. 160; Bhagavan, *Sovereign Spheres* (2003).
- <sup>62</sup> Somel, *Modernization of Public Education* (2001), S. 173–79. Somel bringt dies auf die Formel «duality of technological modernism and Islamism» (S. 3). Zur Architektur auch Fortna, *Imperial Classroom* (2003), S. 139–45.
- <sup>63</sup> Somel, *Modernization of Public Education* (2001), S. 204.
- <sup>64</sup> Szyliowicz, *Education and Modernization* (1973), S. 170–78; Keddie, *Modern Iran* (2006), S. 29; Amin u. a., *Modern Middle East* (2006), S. 43 f.
- <sup>65</sup> Ringer, *Education and Society* (1979), S. 206.
- <sup>66</sup> Zitat: Goonatilake, *Toward a Global Science* (1998), S. 62, der hier Benares als Beispiel anführt. Vgl. auch Burke, *Papier und Marktgeschrei* (2001), S. 64–67.
- <sup>67</sup> Zur (implizit vergleichenden) Charakteristik islamischer Wissensinstitutionen vgl. Huff, *Early Modern Science* (2003<sup>2</sup>), S. 147–79.
- <sup>68</sup> Björn Wittrock, The Modern University: The Three Transformations, in: Rothblatt/Wittrock, *European and American University* (1993), S. 303–62, hier 304 f., 310 ff.
- <sup>69</sup> Eine wunderbare soziologische Charakterskizze des «Don» ist Rothblatt, *Revolution of the Dons* (1968), S. 181–208.
- <sup>70</sup> J.-C. Caron, *Générations romantiques* (1991), S. 167.
- <sup>71</sup> Brim, *Universitäten* (1985), S. 154.
- <sup>72</sup> Lee Ki-baik, *Korea* (1984), S. 342; Lee Chong-sik, *Korean Nationalism* (1963), S. 89–126.

- 73 John Roberts u. a., Die Übernahme europäischer Universitätsmodelle, in: Rüegg, *Universität*, Bd. 2 (1996), S. 213–32.
- 74 Edward Shils/John Roberts, Die Übernahme europäischer Universitätsmodelle, in: ebd., Bd. 3 (2004), S. 145–96, bes. 166, 169, 175, 181–84; interessant für Afrika: Nwauwa, *Imperialism* (1997).
- 75 Rüegg, *Universität*, Bd. 3 (2004), S. 164.
- 76 İhsanoğlu, *Science* (2004), Text III, S. 38 f.
- 77 Hayhoe, *China's Universities* (1996), S. 13. Vgl. auch Lu Yongling/Ruth Hayhoe, Chinese Higher Learning: The Transition Process from Classical Knowledge Patterns to Modern Disciplines, 1860–1910, in: Charle u. a., *Transnational Intellectual Networks* (2004), S. 269–306.
- 78 Zit. nach Edward Shils/John Roberts, Die Übernahme europäischer Universitätsmodelle, in: Rüegg, *Universität*, Bd. 3 (2004), S. 192.
- 79 Ringer, *Die Gelehrten* (1983); B. K. Marshall, Professors and Politics: The Meiji Academic Elite, in: Kornicki, *Meiji Japan*, Bd. 4 (1998), S. 296–318.
- 80 Bartholomew, *Science in Japan* (1989), S. 84 f.
- 81 W. Clark, *Academic Charisma* (2006); vgl. auch Schalenberg, *Humboldt auf Reisen?* (2002), S. 53–75. Dass die Humboldtsche Universität kein radikaler Neuanfang war, sondern an europaweite Reformideen des «aufgeklärten Absolutismus» anknüpfen konnte, zeigt R. D. Anderson, *European Universities* (2004), Kap. 2, zu Humboldt dort Kap. 4.
- 82 David Cahan, Institutions and Communities, in: ders., *From Natural Philosophy* (2003), S. 291–328, hier 313–17.
- 83 Jungnickel/McCormmach, *Intellectual Mastery* (1986), Bd. 2, S. 166 ff.
- 84 Konrad H. Jarausch, Universität und Hochschule, in: C. Berg u. a., *Handbuch*, Bd. 4 (1991), S. 313–39, hier 38 f.
- 85 R. D. Anderson, *European Universities* (2004), S. 292.
- 86 W. Clark, *Academic Charisma* (2006), S. 461.
- 87 Leedham-Green, *Concise History* (1996), S. 195.
- 88 John R. Thelin, The Research University, in: Cayton, *Encyclopedia*, Bd. 3 (1993), S. 2037–45, hier 2037.
- 89 Veysey, *Emergence* (1965), S. 171.
- 90 Thelin, *American Higher Education* (2004), S. 114, 116, 122–31, 153 f. Unübertroffen zur Jahrhundertwende ist daneben Veysey, *Emergence* (1965).
- 91 Bartholomew, *Science in Japan* (1989), S. 64, 68 ff., 123.
- 92 Zu Rieß vgl. Mehl, *History and the State* (1998), S. 94–102.
- 93 İhsanoğlu, *Science* (2004), Text X, S. 53.
- 94 Goonatilake, *Toward a Global Science* (1998), S. 53–55.
- 95 Vgl. die grundsätzlichen Überlegungen bei Raina, *Images and Contexts* (2003), S. 176–91; dazu auch die vorzügliche Sammlung (von Reprints) Habib/Raina, *Social History of Science* (2007).
- 96 Nakayama, *Traditions* (1984), S. 195–202.
- 97 Elman, *On Their Own Terms* (2005), S. 298.
- 98 Howland, *Translating the West* (2000), S. 97.
- 99 Wang Hui, The Fate of «Mr. Science» in China: The Concept of Science and Its Application in Modern Chinese Thought, in: Barlow, *Formations* (1997), S. 21–81, hier 22 f., 30 f., 33, 56. Zahlreiche exzellente Fallstudien

- zum Begriffstransfer ins Chinesische in Lackner u. a., *New Terms* (2001), sowie Vittinghoff/Lackner, *Mapping Meanings* (2004).
- 100 C. T. Jackson, *Oriental Religions* (1981), S. 57.
- 101 Vgl. Sullivan, *Meeting of Eastern and Western Art* (1989), S. 120–39, 209–29; vgl. auch K. Berger, *Japonismus* (1980).
- 102 Vgl. Thomas Betzwieser/Michael Stegemann, Exotismus, in: Ludwig Fischer (Hg.), *Die Musik in Geschichte und Gegenwart*, 2. Ausgabe, Sachteil, Bd. 3, Kassel 1995, S. 226–40; Bellman, *The Exotic* (1998).
- 103 Schöne Charakterisierung bei: Burrow, *Crisis of Reason* (2000), S. 226–29; vgl. auch Aravamudan, *Guru English* (2006), S. 105–41.
- 104 Für Indien: Arnold, *Science* (2000), S. 124; sehr wichtig auch Yamada Keiji, *Transfer of Science* (1994).
- 105 Prakash, *Another Reason* (1999), S. 6, 53.
- 106 Besonders gut die Analyse Indiens ebd., S. 52 ff.
- 107 Bowler/Morus, *Making Modern Science* (2005), S. 338.
- 108 Alwin Diemer, Geisteswissenschaften, in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 3, Basel 1974, S. 213.
- 109 Theodore M. Porter, The Social Sciences, in: Cahan, *From Natural Philosophy* (2003), S. 254–90, hier 254. Siehe auch oben Kapitel I.
- 110 Dorothy Ross, Changing Contours of the Social Science Disciplines, in: D. Porter/Ross, *Modern Social Sciences* (2003), S. 205–37, hier 208–14.
- 111 Barshay, *Social Sciences* (2004), S. 40–42.
- 112 Kurze Übersicht bei Iggers/Wang, *Modern Historiography* (2008), S. 117–33, wo an anderer Stelle auch die Entwicklung der Historiographie im Asien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts behandelt wird.
- 113 René Wellek, die maßgebliche Autorität, lässt die Geschichte der Literaturkritik um 1750 beginnen. Die Kunstkritik beginnt in Europa bereits mit Giorgio Vasari (1511–1574).
- 114 Dazu mehr in Osterhammel, *Entzauberung* (1998).
- 115 Auch nach zahlreichen neueren Spezialstudien unübertroffen: Schwab, *La renaissance orientale* (1950).
- 116 Darunter einige Klassiker: Tahtawi, *Ein Muslim* (1989); Pantzer, *Iwakura-Mission* (2002); Kume Kunitake, *Iwakura Embassy* (2002); Chen Feng, *Entdeckung des Westens* (2001); Parsons, *King Khama* (1998). Vgl. auch Osterhammel, *Ex-zentrische Geschichte* (2002).
- 117 Gran-Aymerich, *Naissance de l'archéologie moderne* (1998), S. 83–86.
- 118 Peers, *Colonial Knowledge* (2005).
- 119 Said, *Orientalism* (1978), löste diese Debatte aus und bleibt der wichtigste Text, den sie hervorbrachte. Zur englisch- und arabischsprachigen Diskussion vgl. Varisco, *Reading Orientalism* (2007).
- 120 Fallstudien in Stuchtey, *Science* (2005).
- 121 Besonders gut wird diese Ambivalenz an einem französischen Beispiel herausgearbeitet: Singaravéou, *L'École Française d'Extrême-Orient* (1999), S. 183 ff.
- 122 Stocking, *Victorian Anthropology* (1987); ders., *After Tylor* (1996).
- 123 Siehe auch oben Kapitel I und III.
- 124 Stafford, *Scientist of Empire* (1989); Robert A. Stafford, *Scientific Explora-*

- tion and Empire, in: Louis, *Oxford History of the British Empire*, Bd. 3 (1998), S. 224–319; Driver, *Geography Militant* (2001).
- <sup>125</sup> Wennerholm, *Sven Hedin* (1978).
- <sup>126</sup> S. Conrad, *Globalisierung* (2006), Kap. 2.
- <sup>127</sup> Schleier, *Kulturgeschichtsschreibung* (2003), Bd. 2, S. 813–41.
- <sup>128</sup> Venturi, *Roots of Revolution* (1960), S. 633 ff.
- <sup>129</sup> Der junge Bartók hatte aber durch seinen Lehrer István Thomán, der einer von Liszts begabtesten Schülern gewesen war, den Habitus hochromantischen Virtuosentums kennengelernt.

## XVII | «Zivilisierung» und Ausgrenzung

- <sup>1</sup> Zum Folgenden: B. Barth/Osterhammel, *Zivilisierungsmisionen* (2005); Mazlîsh, *Civilization* (2004); mit engerem Bezug auf Südasien: Fischer-Tiné/Mann, *Colonialism* (2004). Eine gute Überblicksskizze findet sich an unerwarteter Stelle: Costa, *Civitas*, Bd. 3 (2001), S. 457–99.
- <sup>2</sup> Pagden, *Lords* (1995), S. 79 f.
- <sup>3</sup> Adas, *Contested Hegemony* (2004).
- <sup>4</sup> Eine vorzüglich kommentierte deutsche Ausgabe ist Sarmiento, *Barbarei und Zivilisation* (2007). Die Zentralität des Gegensatzes Barbarei/Zivilisation über Argentinien hinaus zeigen Brading, *First America* (1991), S. 621–47, und Manrique, *De la conquista a la globalización* (2006), S. 147–66.
- <sup>5</sup> Nani, *Ai confini della nazione* (2006), S. 97 ff.; Moe, *View from Vesuvius* (2002).
- <sup>6</sup> Seidl, *Bayern in Griechenland* (1981).
- <sup>7</sup> Broers, *Napoleonic Empire* (2005), S. 245 f. u. passim.
- <sup>8</sup> R. Owen, *Lord Cromer* (2004), bes. S. 304 ff.
- <sup>9</sup> Klassisch zum Wirken der Utilitaristen in Indien: Stokes, *English Utilitarians* (1959).
- <sup>10</sup> J. Fisch, *Tödliche Rituale* (1998), S. 365 ff. (zu den Schätzungen der Zahl der Fälle S. 236 f.) Im nicht-kolonialen Nepal blieb die Witwenverbrennung bis 1920 legal!
- <sup>11</sup> Vgl. die typologische Unterscheidung zwischen einem «Staatsmodell» der Kolonialisierung und einem von Missionaren getragenen «civilizing colonialism» bei Comaroff/Comaroff, *Ethnography* (1992), S. 198–205.
- <sup>12</sup> So am Beispiel der Jamaika-Affäre (Morant Bay) von 1865: Kostal, *Jurisprudence of Power* (2005), S. 463 und passim.
- <sup>13</sup> Gong, *Standard of «Civilization»* (1984).
- <sup>14</sup> Koskeniemi, *Gentle Civilizer* (2002), S. 49, 73.
- <sup>15</sup> Maßgeblich bleibt Betts, *Assimilation* (1970).
- <sup>16</sup> Im Allgemeinen verlässliche Angaben über koloniale Verbrechen bei Ferro, *Le livre noir* (2003). Besonders viel Aufmerksamkeit hat in jüngster Zeit das deutsche Vorgehen in Südwestafrika gefunden.
- <sup>17</sup> Brantlinger, *Dark Vanishings* (2003), S. 94 ff.
- <sup>18</sup> Rivet, *Le Maroc* (1999), S. 36–77.
- <sup>19</sup> M. C. Meyer/Sherman, *Course of Mexican History* (1991<sup>4</sup>), S. 457.

- <sup>20</sup> Bullard, *Exile* (2000), S. 17, 121 f.
- <sup>21</sup> Siehe auch unten «Schluss» (S. 1281–84).
- <sup>22</sup> Begriff bei Stephanson, *Manifest Destiny* (1998<sup>2</sup>), S. 80 – einer guten Einführung in amerikanische Ideen über «Zivilisierung».
- <sup>23</sup> Manela, *Wilsonian Moment* (2007).
- <sup>24</sup> Offenbar ein geflügeltes Wort aus dem Jahr 1930, quellenmäßig schwer zu greifen.
- <sup>25</sup> Clarence-Smith, *Islam* (2006), , 146.
- <sup>26</sup> Palais, *Korean Uniqueness* (1995), S. 418.
- <sup>27</sup> Thanet Aphornsuwan, *Slavery and Modernity: Freedom in the Making of Modern Siam*, in: Kelly/Reid, *Asian Freedoms* (1998), S. 161–86, bes. 177.
- <sup>28</sup> Sanneh, *Abolitionists Abroad* (1999).
- <sup>29</sup> Temperley, *British Antislavery* (1972), als genaue Darstellung dieses Internationalismus.
- <sup>30</sup> Gott, *Cuba* (2004), S. 45 f.
- <sup>31</sup> Green, *British Slave Emancipation* (1976), bleibt das Grundwerk zum Thema.
- <sup>32</sup> D. B. Davis, *Inhuman Bondage*, S. 79.
- <sup>33</sup> Spannende Ereignisgeschichte mit starkem biographischem Akzent: Hochschild, *Bury the Chains* (2005); profund zur Gedankenwelt der britischen Abolitionisten: D. B. Davis, *Slavery and Human Progress* (1984) 107–68; zum «Egoismus» dieses Denkens: C. L. Brown, *Moral Capital* (2006), umfassend zur «Kultur» der Bewegung: Turley, *English Anti-Slavery* (1991).
- <sup>34</sup> Coleridge 1808, zit. in C. L. Brown, *Moral Capital* (2006), S. 8.
- <sup>35</sup> Ein besonders einflussreicher Vertreter dieses Konsenses ist in zahlreichen Veröffentlichungen Seymour Drescher.
- <sup>36</sup> Carey, *British Abolitionism* (2005).
- <sup>37</sup> D. B. Davis, *Inhuman Bondage*, S. 236.
- <sup>38</sup> Satre, *Chocolate on Trial* (2005), S. 77 ff.
- <sup>39</sup> Keegan, *Colonial South Africa* (1996), S. 35 f.
- <sup>40</sup> Dharma Kumar, India, in: Drescher/Engerman, *Historical Guide* (1998), S. 5–7.
- <sup>41</sup> Blackburn, *Overthrow* (1988), S. 480; Bernecker, *Geschichte Haitis* (1996), S. 69.
- <sup>42</sup> N. Schmidt, *L'Abolition de l'esclavage* (2005), S. 221 ff.
- <sup>43</sup> Emmer, *Nederlandse slavenhandel* (2003<sup>3</sup>), S. 205 f.
- <sup>44</sup> Vgl. aus anderer Perspektive auch oben Kapitel X.
- <sup>45</sup> Genaue Zahlen bei Berlin, *Generations of Captivity* (2003), Appendix, Tab. 1.
- <sup>46</sup> Drescher, *From Slavery to Freedom* (1999), S. 276 f.
- <sup>47</sup> Übersicht: Stewart, *Holy Warriors* (1997); zum berühmtesten, wenn auch vielleicht nicht einflussreichsten unter den weißen Abolitionisten: H. Mayer, *All on Fire* (1998), leider zu unkritisch.
- <sup>48</sup> Als Einstieg in eine riesige Literatur über Lincoln und die Sklaverei: Oakes, *The Radical and the Republican* (2007), bes. 43 ff.
- <sup>49</sup> D. B. Davis, *Inhuman Bondage* (2006), S. 317 f.
- <sup>50</sup> Zeuske, *Kleine Geschichte Kubas* (2000), S. 124 ff.; Schmidt-Nowara, *Empire and Antislavery* (1999).